

Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/1379-01	Termin 13.12.2021	Rat der Stadt		
<u>Beschlussvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
06.12.2021	Haupt- und Finanzausschuss		V		
13.12.2021	Rat der Stadt		B		

Beratungsgegenstand

Beteiligungsbericht 2020

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt den Beteiligungsbericht 2020

Bereichsleiter Bereich 9-5	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Willecke Datum 19.11.2021	Datum	Tsalastras Datum 22.11.2021	Schranz Datum 26.11.2021
* Vorlage zur: Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	* Ergebnis : Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Beschlusskontrolle: Ja oder nein	Beteiligung: Personalrat [] Gleichstellungsstelle []

Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/1379-01	Termin 13.12.2021	Rat der Stadt
-----------------------------	---	------------------------------	----------------------

1 Bezug

- 2 • DS B/17/0057-01 vom 14.12.2020 (Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines
3 Gesamtab schlusses)

4 Konsequenzen

5 a) Finanzielle

6
7 keine [x]

8
9 ja []

10
11 b) Sonstige

12 Begründung

13 Nach §§ 116a Abs. 3, 117 Abs. 1 S. 1 GO NRW in der aktuell gültigen Fassung ist ein
14 Beteiligungsbericht ab dem Haushaltsjahr 2019 nur noch im Fall der Befreiung der Kommune von der
15 Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtab schlusses aufgrund der in § 116a Abs. 1 GO NRW festgelegten
16 Größenmerkmale verpflichtend aufzustellen. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in der Sitzung am
17 14.12.2020 (Drucksache: B/17/0057-01) die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des
18 Gesamtab schlusses 2020 der Stadt Oberhausen gemäß § 116a GO NRW beschlossen. Wenn ein
19 Beteiligungsbericht aufzustellen ist, wird gem. § 117 Abs. 1 S. 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss
20 des Rates in öffentlicher Sitzung herbeigeführt.

21 Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Abs. 2 GO NRW folgende Informationen zu sämtlichen
22 verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

- 23 1. die Beteiligungsverhältnisse,
24 2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
25 3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes
26 verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
27 4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen
28 untereinander und mit der Gemeinde.

29 Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hat mit Runderlass vom 06.04.2021
30 (Ministerialblatt NRW 2021, S. 173) Vorgaben für den Inhalt und den Aufbau des Beteiligungsberichtes
31 festgelegt. Dementsprechend ist der Beteiligungsbericht angepasst worden. Hinsichtlich des
32 gewohnten Informationsgehaltes ergeben sich keine Änderungen zum bisherigen Inhalt, da dieser um
33 die Mindestvorgaben des Erlasses erweitert wurde.

34 Der Beteiligungsbericht wird im ALLRIS-System zur Verfügung gestellt. Jede Fraktion erhält darüber
35 hinaus eine Fassung in Papierform. Nach Beschluss durch den Rat der Stadt ist der
36 Beteiligungsbericht für jedermann im Internetauftritt der Stadt Oberhausen unter der Rubrik
37 Rathaus => Verwaltung => Verwaltungsführung => Beteiligungen => Beteiligungsbericht einzusehen.

38 Kurzfassung

39 - entfällt -

40 Anlage

41 Beteiligungsbericht 2020

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2020

***Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister***

Bereich 9-5 / Beteiligungen

Stand: November 2021

Vorwort Beteiligungsbericht 2020

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dem Beteiligungsbericht 2020 erhalten Sie alle wesentlichen Informationen, Zahlen, Daten und Fakten zu unseren städtischen Beteiligungen. Dieses umfangreiche Werk schafft einmal mehr Transparenz und informiert detailliert über die einzelnen spartenbezogenen Entwicklungen im Konzern Stadt.

Das Jahr 2020 war auch bei den städtischen Unternehmen stark durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Herausforderungen geprägt. Dank Kurzarbeit, verschiedenen Rettungsschirmen von Land und Bund und einer angepassten Leistungserbringung konnten größere Verwerfungen im Ergebnis der Beteiligungen vermieden werden. So sind zum Beispiel die Einnahmeverluste aus Ticketverkäufen der STOAG genauso ausgeglichen worden wie erhöhte Hygieneaufwendungen. Das gleiche gilt bei unseren ASO Alteneinrichtungen für den Ausgleich von frei zu haltenden Kapazitäten für eventuelle Quarantänemaßnahmen und die zusätzlichen Aufwendungen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner. Die IKF Internationalen Kurzfilmtage mussten kreativ reagieren und ihr Festival online veranstalten.

Gleichzeitig wurden aber auch strategisch wichtige Entscheidungen getroffen. So ist es beispielsweise für die LAH gelungen, einen neuen hauptamtlichen Geschäftsführer zu bestellen. Damit konnte die über neunjährige Periode einer nebenamtlichen Geschäftsführung der Gesellschaft beendet werden. Und durch einstimmige politische Beschlüsse wurde die Gründung des Eigenbetriebes Servicebetriebe Oberhausen (SBO) zum 01.01.2021 ermöglicht, der seinen Betrieb auf der Grundlage eines Betriebspachtvertrages zwischen der Stadt und der OGM aufnehmen und das gesamte operative Geschäft der OGM übernehmen konnte.

Wie Sie sehen, gibt es im Beteiligungsbericht 2020 einiges zu erfahren, was unsere Stadtentwicklung nachhaltig prägt. Ich würde mich daher freuen, wenn der vorliegende Bericht Ihr Interesse findet.

Oberhausen, im November 2021



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.....	1
Beteiligungsbericht 2020	3
Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes.....	3
Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	4
Das Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen	5
Änderungen im Beteiligungsportfolio.....	11
Beteiligungsstruktur	12
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2020	14
Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen.....	15
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen.....	18
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen	20
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten.....	23
Einzeldarstellung der Beteiligungen nach Sparten	25
Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -	27
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	30
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH.....	42
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	56
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	68
Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -	71
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.....	74
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	82
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	88
evo Energieversorgung Oberhausen AG	92
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	108
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG.....	118
Biostrom Oberhausen Management GmbH.....	124
Quantum GmbH	128
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH.....	140
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG.....	144
STEAG GmbH	148
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	152
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	158
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	160
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.....	162
FSO GmbH & Co.KG.....	164
FSO Verwaltungs-GmbH.....	178
RWE Aktiengesellschaft	182
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	186
GMVA GmbH & Co. KG	196
GMVA Verwaltungs-GmbH.....	202
Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -	205
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	208
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	214
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	220
Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen -	229
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH.....	232
ecce - european centre for creative economy GmbH	238
Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -	243
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	246
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH.....	254
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	264
Freizeit und Tourismus - mittelbare Beteiligungen -	277

Gasometer Oberhausen GmbH.....	280
Wohnungsgenossenschaften	285
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrfer" e.G.....	286
Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen -	289
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	292
ASO Service GmbH.....	300
Jobcenter Oberhausen	306
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH.....	310
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG.....	312
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	318
CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper	326
Stadtsparkasse Oberhausen	340
Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen.....	367
Theater Oberhausen.....	370
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	378
Anlagen.....	386
Gründungshistorie	387
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2020	390
Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht.....	394
Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2021).....	395
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen und in Gesellschafterversammlungen	395
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.....	396
Besetzung der Betriebsausschüsse	399
Vergütungsbericht 2020.....	401
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	408
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung	420
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	423
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis.....	426

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine

Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

Beteiligungsbericht 2020

Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 14.12.2020 (Drucksache: B/17/0057-01) gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Oberhausen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 13.12.2021 den Beteiligungsbericht 2020 beschlossen.

Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Oberhausen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Oberhausen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Oberhausen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Oberhausen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

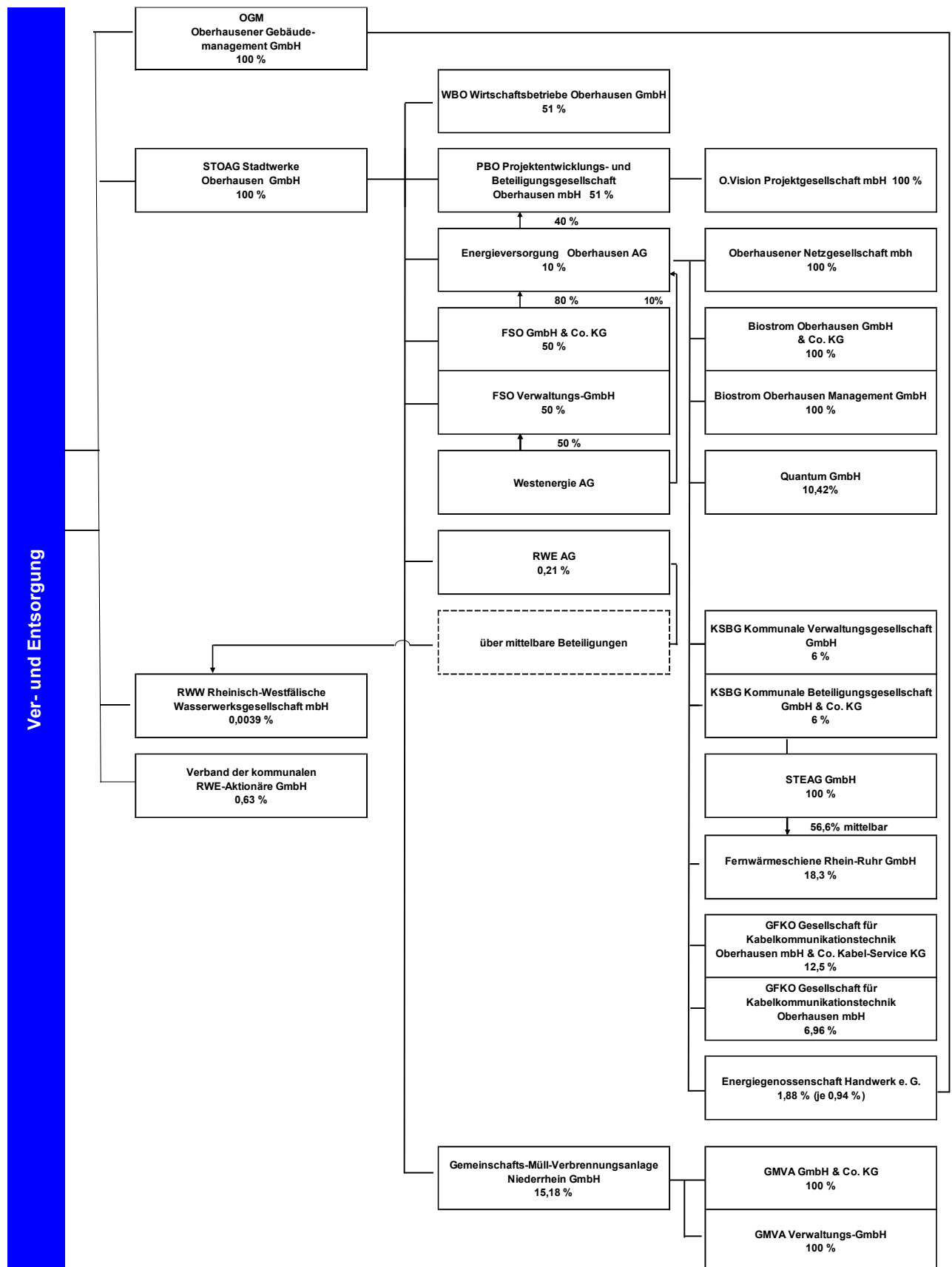
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Oberhausen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

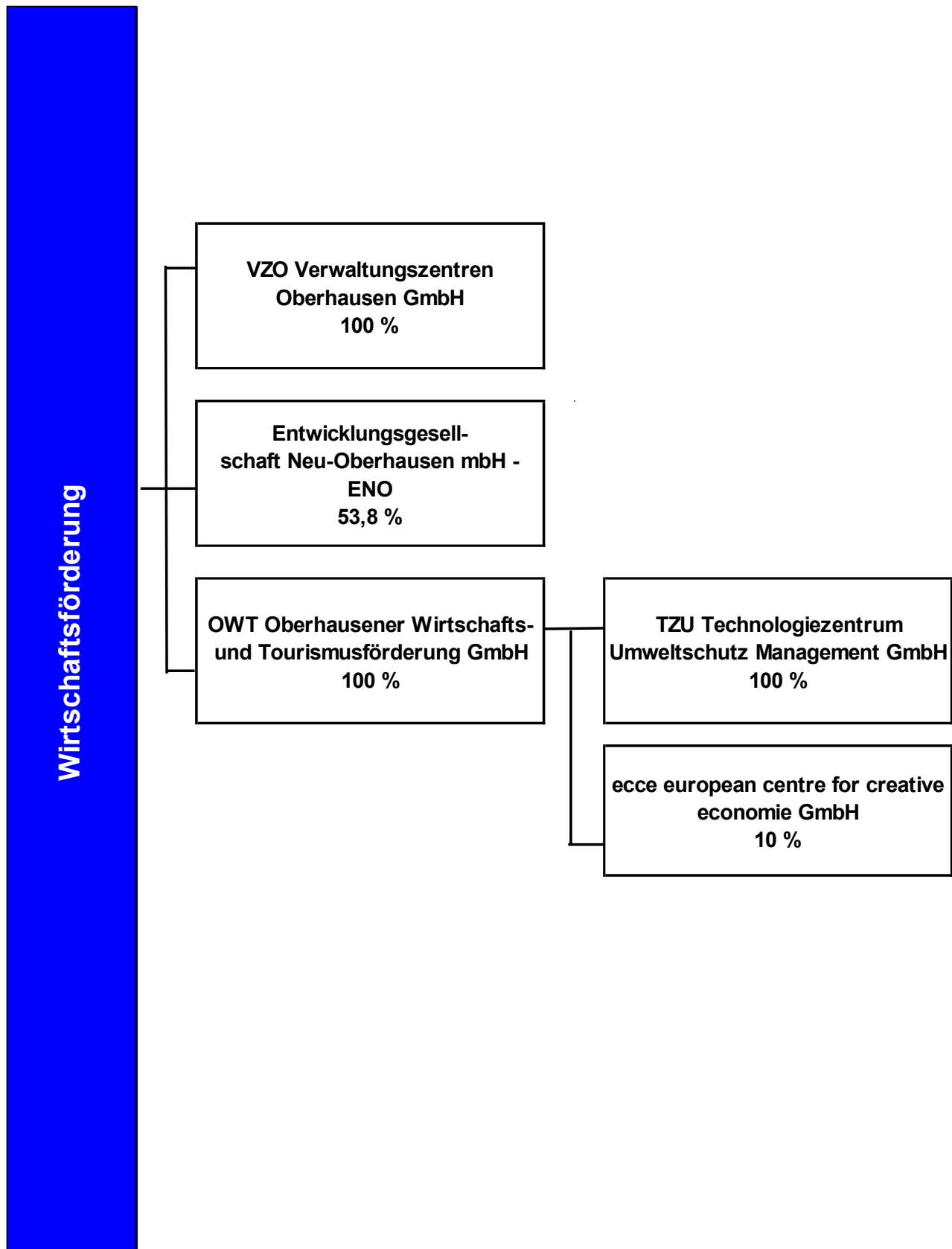
Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Oberhausen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Oberhausen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

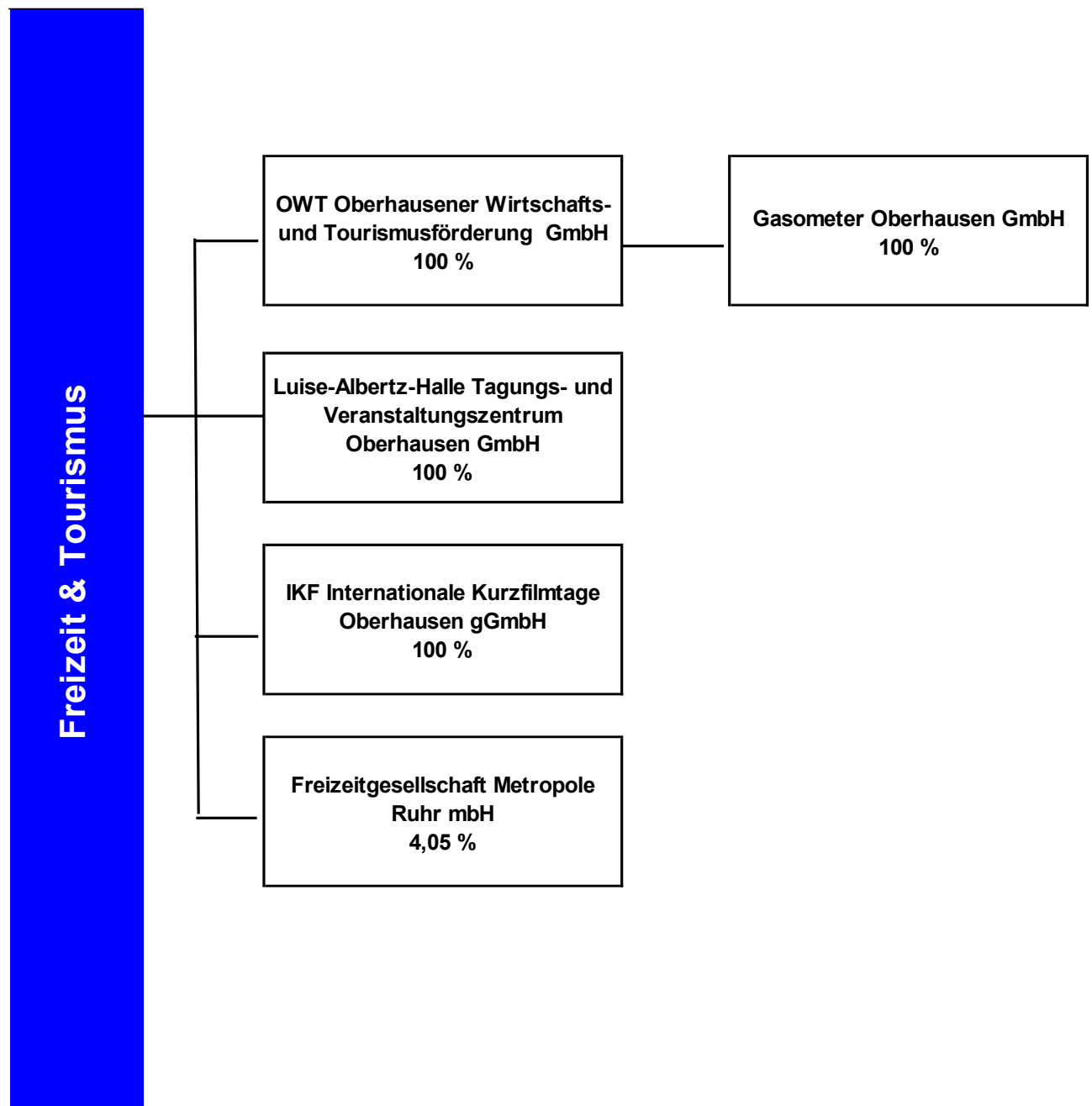
Hierzu kann die Stadt Oberhausen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2021 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2020. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus.

Das Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen

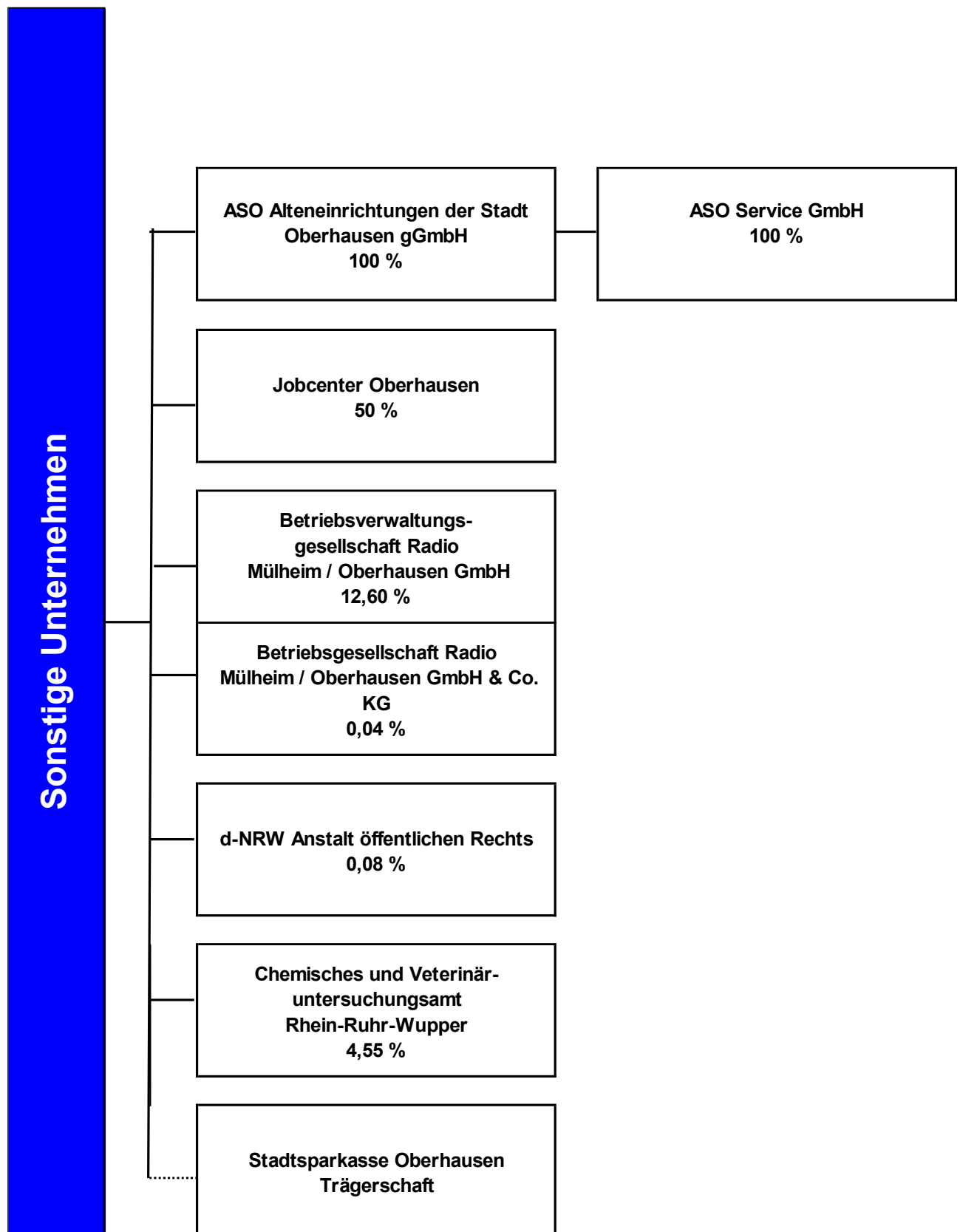


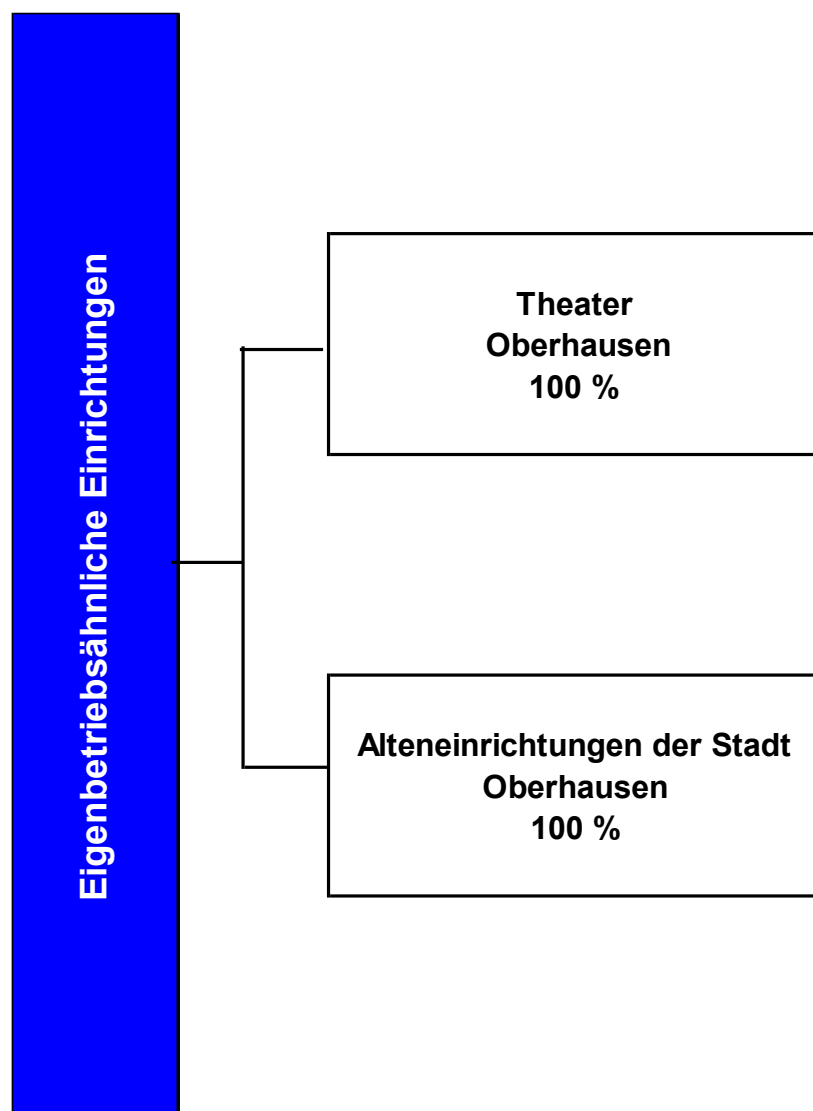




Wohnungsgenossenschaften

**Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
83,25 %**





Änderungen im Beteiligungsportfolio

Zugänge

Im Jahr 2020 wurde von der Stadt Oberhausen eine Beteiligung von 15 Geschäftsanteilen an der **PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH** erworben. Die Stadt Oberhausen ist zu 0,1497 % an dieser Gesellschaft beteiligt.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Bei der Beteiligung **Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper** (CVUA-RRW) haben sich im Jahr 2020 die Beteiligungsquoten geändert. Die Stadt Oberhausen ist neu mit 4,5454 % (2019: 5,5555 %) beteiligt.

Abgänge

- keine -

Beteiligungsstruktur

Lfd. NR.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2020 T€	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital T€	%	Beteiligungsart
Ver- und Entsorgung					
1	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	5.000	5.000	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 5.499			
2	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	26	26	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 10.088			
3	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	15.381,95	0,60	0,0039	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	4.991,16			
4	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	127,82	0,80	0,63	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
5	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	1.250	637,50	51,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	4310			
6	PBO Projektentwicklungs- und Betriebsgesellschaft Oberhausen mbH	255,65	205	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 393			
7	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25	20	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 349			
8	evo Energieversorgung Oberhausen AG	26.000	13.000	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 5.812			
9	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30	15,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	0,00			
10	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	500	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	648,89			
11	Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,0	12,5	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	-0,95			
12	Quantum GmbH	1.035,25	45,24	4,37	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	1,90			
13	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	3,0	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
14	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	1,00	0,03	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
15	STEAG GmbH	128.000,00	3.840	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
16	Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	100,00	11,04	11,04	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	-10.071,86			
17	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH & Co. Kabel-Service KG	143,16	8,95	6,25	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
18	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH	25,30	0,08	3,48	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
19	Energiegenossenschaft Handwerk e. G.	107,5	1,49	1,39	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
20	FSO GmbH & Co. KG	30	15	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 5.721			
21	FSO Verwaltungs-GmbH	30	15,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	-0,09			
22	RWE Aktiengesellschaft	1.573.748	3.012,68	0,21	mittelbar
	Jahresergebnis 2020				
23	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	255,65	38,81	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	11.452,45			
24	GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	151,8	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	58,68			
25	GMVA Verwaltungs-GmbH	25	3,80	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	0,0			

Lfd. NR.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2020	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital	Beteiligungsart	
	Wirtschaftsförderung				
26	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	1.544,92			
27	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	319	159	53,84	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 215			
28	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 1.250			
29	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	153	153	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 10.788			
30	ecce - european centre for creative economy GmbH	25	2,5	10	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	0,00			
	Freizeit und Tourismus				
31	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	256	256	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 477			
32	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 75			
33	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	440	18	4,05	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	- 6.476			
34	Gasometer Oberhausen GmbH	26	26	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	-975			
	Wohnungsgenossenschaften				
35	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e. G.	201,45	167,70	83,25	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+32,52			
	Sonstige Unternehmen				
36	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 328			
37	Jobcenter Oberhausen	0,00	0,00	50	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020				
38	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH.	25	3,15	12,6	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
39	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG	2.905,00	1,24	0,04	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	liegt noch nicht vor			
40	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.271,00	1,00	0,08	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	0,00			
41	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	330,00	15,00	4,55	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	1.241,89			
42	Stadtsparkasse Oberhausen	0	0	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 2.062			
43	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004,00	3,0	0,15	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	6.302,938			
44	ASO Service GmbH	25	25	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2020	+ 0			
	eigenbetriebsähnliche Einrichtung				
45	Theater Oberhausen	100	100	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	41,75			
46	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1.789,52	1.789,52	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	96,44			

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2020

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2020

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen										50.000,00
ASO Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						96.827,50				
ASO Service GmbH										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										3.865,36
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00	113.937,00								
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.490.756,65	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	297.600,00	294.000,00								
FSO GmbH & Co.KG								2.860.482,53		
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								1.011.360,08		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	769.570,00									
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.115.980,00	143.514,89			3.836.474,40				
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						3.010.258,84				
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						3.286.614,73				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.542.975,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								235,69	3.706.475,13	
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		10.085.806,75				7.186.419,33				7.121,59
Theater Oberhausen	8.926.166,67									
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						18.970.710,40				

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

[illegible]

gegenüber

[illegible]

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1 % werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2020“ aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2020 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2020 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2018 - 2020 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2020 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2021 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2020).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2020).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 30.09.2021) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2020 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (wie z. B. der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:
$$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Umsatz}}$$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:
$$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:
$$\text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} (- \text{Zuschreibungen})$$

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

= Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote:
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote:
$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

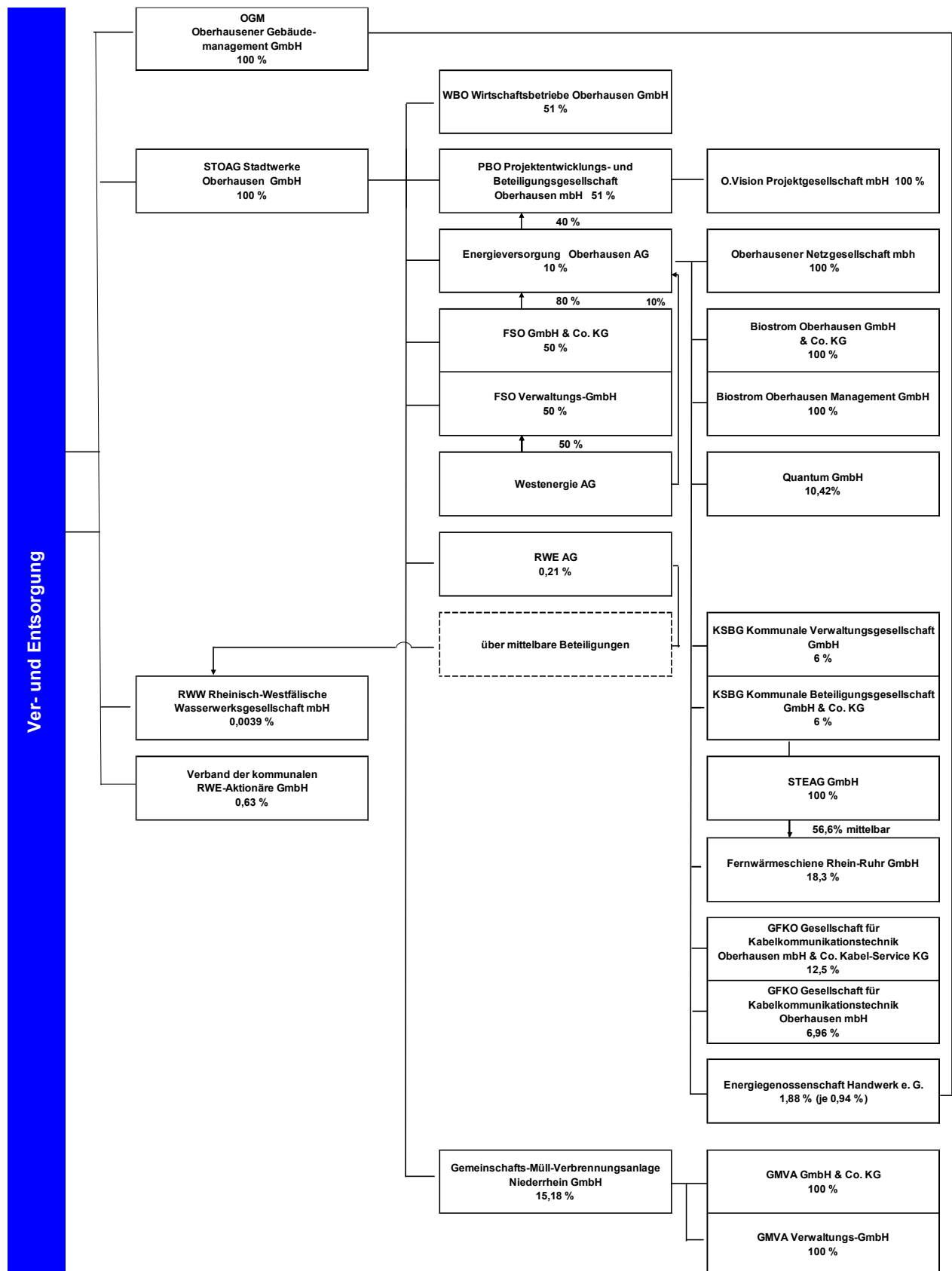
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2020

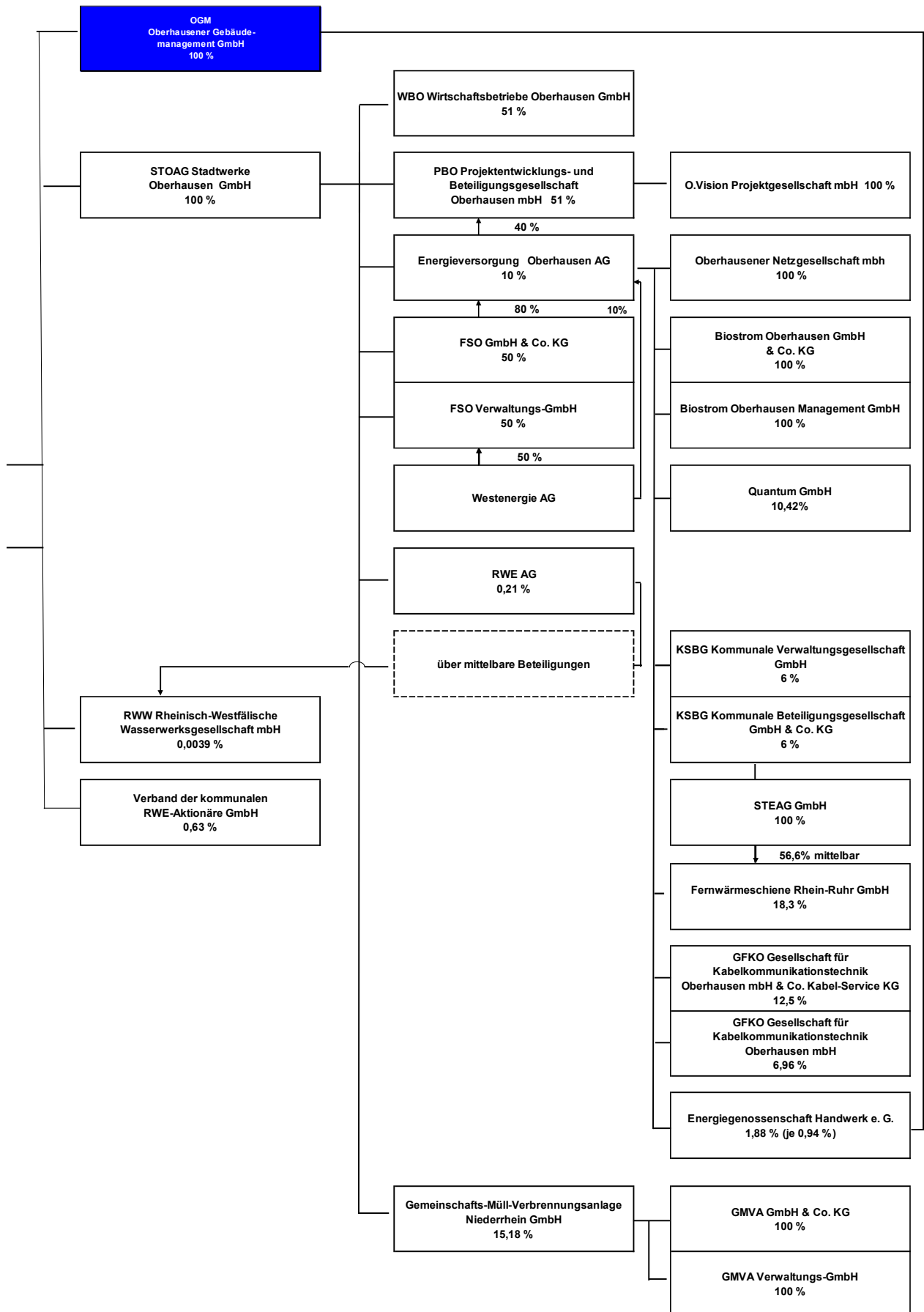
Kennzahlen zum Jahresabschluss der Unternehmen für das Jahr 2020

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1.937,80	1.918,19	96,44	27.805,55	26.754,58	6.056,91	21,8	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	23.646,73	22.825,03	327,73	14.071,37	8.745,83	4.782,77	34,0	200	7
ASO Service GmbH	1.468,20	1.269,01	0,00	82,25	0,00	25,00	30,4	33	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	142,87	141,58	32,52	1.598,94	1.425,15	636,28	39,8	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.433,85	5.320,46	648,89	9.294,85	8.555,08	5.001,50	53,8	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	2,50	0,00	-0,95	30,73	0,00	28,23	91,9	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	27.819,40	27.792,07	1.241,89	48.835,05	22.085,96	6.341,81	13,0	156	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	28.084,48	28.061,53	0,00	13.016,47	77,43	2.799,75	21,5	43	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	672,85	126,54	0,00	170,63	3,02	25,00	14,7	9	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	1.028,55	1.022,17	-215,04	406,43	0,35	178,63	44,0	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	196.206,28	181.743,45	9.162,04	175.341,78	135.624,93	35.344,99	20,2	250	22
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	7.446,47	4.463,86	-6.475,87	25.015,36	22.212,43	9.447,37	37,8	135	0
FSO GmbH & Co.KG	533,95	531,09	5.720,97	29.635,75	21.561,84	27.282,80	92,1	3	0
FSO Verwaltungs-GmbH	5,33	0,00	-0,09	36,82	0,00	34,28	93,1	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	10.147,97	40,00	-975,31	6.513,14	260,13	4.222,65	64,8	3	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	66.981,21	58.155,80	11.452,45	56.414,11	20.885,98	30.485,21	54,0	176	10
GMVA GmbH & Co. KG	17.931,84	17.930,32	146,66	1.356,03	0,00	1.229,55	90,7	0	0
GMVA Verwaltungs-GmbH	0,00	0,00	4,09	32,40	0,00	24,30	75,0	0	0
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.337,51	1.292,73	75,66	587,88	1,60	212,97	36,2	9	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	682,28	491,68	1.592,81	5.549,52	5.115,33	1.322,88	23,8	4	0
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	89.925,55	86.576,42	2.680,18	90.837,90	69.292,09	55.249,80	60,8	160	0
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	115.822,45	174.208,36	-5.499,19	71.566,66	59.950,47	3.021,15	4,2	548	26
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,66	8,65	-349,20	23.284,08	0,00	0,00	0,0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	3.036,03	3.612,97	-1.250,40	6.700,81	2.043,34	3.899,51	58,2	35	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	39,50	39,50	-392,52	8.177,92	0,00	0,00	0,0	1	0
Quantum GmbH	361.731,46	361.527,35	1,90	13.563,94	131,96	5.090,32	37,5	24	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserversorgungsgesellschaft mbH	126.535,09	125.131,41	4.991,16	201.796,89	126.323,79	76.538,21	37,9	409	22
Stadtsparkasse Oberhausen	0,00	0,00	2.061,60	2.716.605,14	0,00	130.642,05	4,8	467	25
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	35.197,72	26.067,47	10.085,81	81.311,09	70.138,06	31.577,63	38,8	416	10
Theater Oberhausen	10.688,21	264,14	41,75	1.169,52	0,00	230,34	19,7	122	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	15.169,88	1.882,12	10.788,42	12.567,94	276,55	10.137,33	80,7	3	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	5.568,06	5.436,34	1.544,92	52.443,38	51.432,42	5.935,59	11,3	0	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	53.299,57	48.433,28	4.309,71	38.992,41	11.839,31	5.893,90	15,1	389	26

Einzeldarstellung der Beteiligungen nach Sparten
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31. Dezember 2020

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -





OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 594-5
Fax 0208 / 594-7070
e-Mail www.ogminfo@ogm.de
Internet www.ogm.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit, Telekommunikation und IT
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007
Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt Oberhausen 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens

	am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zum Beschaffungswesen, 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
---	----------	-----------------

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Röpell, Armin
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied (AN)	Zander, Jutta
	Mitglied (AN)	Bitter, Iris
	Mitglied (AN)	Mazura, Hubert
	Mitglied (AN)	Hauffe, Dagmar

Prokura:	Prokuristin	Erdaş, Nagihan Kadriye
	Prokurist	Brinkmeier, Markus

c) Beteiligungen

unmittelbar

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

T€	%
1,00	0,93
12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
66.410,98	67,0	65.141,56	72,8	59.950,47	83,8	-5.191,09	-7,97
30.339,55	30,6	22.566,36	25,2	10.432,13	14,6	-12.134,23	-53,77
2.351,59	2,4	1.767,09	2,0	1.184,07	1,7	-583,02	-32,99

Bilanzsumme

99.102,13	100,00	89.475,02	100,00	71.566,66	100,00	-17.908,36	-20,01
-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	------------	--------

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten mit Rücklagenanteil

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
10.268,87	10,4	8.520,34	9,5	3.021,15	4,2	-5.499,19	-64,54
525,80	0,5	385,58	0,4	245,36	0,3	-140,22	-36,37
7.469,23	7,5	5.651,70	6,3	5.929,93	8,3	278,23	4,92
80.113,12	80,8	74.042,41	82,8	61.673,74	86,2	-12.368,67	-16,70
725,11	0,7	875,00	1,0	696,48	1,0	-178,52	-20,40

Bilanzsumme

99.102,13	100,00	89.475,02	100,00	71.566,66	100,00	-17.908,36	-20,01
-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	------------	--------

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

sonstige Steuern

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
94.825,06	101.314,84	174.208,36
27.863,52	20.552,05	-58.991,85
699,36	483,58	605,95
74.375,58	75.955,60	73.266,86
27.671,29	28.784,00	27.619,07
5.852,09	5.865,26	5.517,53
11.729,84	11.145,38	12.272,73
42,75	41,05	37,51
2.189,71	1.953,93	1.757,22
1.612,19	-1.312,63	-4.573,45
298,51	-89,89	439,39
1.174,68	525,79	486,36
139,00	-1.748,53	-5.499,19
139,00	-1.748,53	-5.499,19

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,15	-1,73	-3,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,37	-17,03	-64,54	%
Cash-Flow:	5.991,08	4.116,73	18,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	206,33	212,41	211,35	T€
Personalaufwandsquote:	22,43	23,53	23,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,64	72,32	83,35	%
Eigenkapitalquote:	10,36	9,52	4,22	%
Fremdkapitalquote:	89,64	90,48	95,78	%

e) Lagebericht**A. Grundlagen des Unternehmens****1. Allgemeines**

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt – ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von beweglichen Sachanlagen, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern. Leistungen im Bereich IT- Management wurden zum 01. Januar 2020 auf die Stadt Oberhausen zurück übertragen.

Mit der Durchführung dieser Leistungen deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

Neben dem angemieteten Bürostandort an der Geschäftsadresse betreibt die OGM einen zentralen Betriebshof in der Stadt, an dem die operativen Einheiten mit Fuhr- und Gerätepark untergebracht sind. Kleinere Dienststellen befinden sich auf den kommunalen Friedhöfen, im Kaisergarten und im Stadion Niederrhein. Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden.

Aufsichtsgremium der Gesellschaft ist der nach dem Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) gebildete Aufsichtsrat. Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie der Unternehmensführung hat der Gesellschafter folgende Festlegungen getroffen:

Für den Aufsichtsrat der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH, bestehend aus Arbeitnehmer- und Gesellschaftervertretern, wird ein Frauenanteil von 30% festgelegt, der bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden soll.

Auf der Ebene der Geschäftsführung legen wir eine Zielgröße von 30% fest, die bis zum 30. Juni 2022 zu erreichen ist, sofern mehr als ein Geschäftsführer bestellt ist.

Der Frauenanteil auf Ebene der Prokuristen beträgt zurzeit 50% und soll bis zum 30. Juni 2022 beibehalten werden.

Gemäß dem im Juli 2017 in Kraft getretenen Entgelttransparenzgesetzes (EntgTranspG) hat die OGM erstmals im Jahr 2018 einen Bericht zu Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erstellt.

Dieser Bericht wurde am 27.07.2018 im Bundesanzeiger im Bereich "Rechnungslegung/Finanzberichte - Jahresabschlüsse" veröffentlicht.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für die OGM nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen als auch dem Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012 wurden die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. € p.a. und ab dem Jahr 2014 auf bis zu 11,6 Mio. € p.a. festgelegt. Für das Jahr 2020 wurde die Anforderung mit 12,2 Mio. €, wie bereits im Vorjahr festgelegt.

Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen. Auf Grund der vertraglichen Beziehungen zwischen Mutter- und Tochterunternehmen steht die OGM in keiner direkten Wettbewerbssituation im Absatzmarkt. Dieser Sachverhalt hat sich zum Vorjahr nicht verändert. Pandemiebedingte Einflüsse sind allerdings bei der OGM ebenfalls zu verzeichnen.

Geschäftsverlauf

In der Vorperiode prognostizierte Wirtschaftsdaten waren nicht in allen Bereichen zutreffend. Abweichungen werden in der Plan/Ist-Analyse erläutert. Bezüglich der Finanzmittelströme wird auf die diesem Bericht beigefügte Kapitalflussrechnung verwiesen.

Beteiligungen

Die OGM hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %. Eine Beteiligung am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister wurde im Berichtsjahr an die Stadt Oberhausen übertragen. Weitere Unternehmenskäufe oder -verkäufe haben nicht stattgefunden.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in € sind wie folgt zusammengesetzt:

	2020/€	2019/€
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	87.070.774	9.334.911
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	26.808.245	27.094.624
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	16.176.697	15.745.515
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	14.137.859	12.051.525
Mieterträge und Nebenkosten	9.561.419	9.069.791
Umsatzerlöse Bäderwesen	7.410.999	9.024.056
Erlöse Nutzungsentgelt	2.381.359	2.891.811
Umsatzerlöse Friedhöfe	1.955.658	1.918.672
Versicherungserträge	1.693.131	1.794.908
Umsatzerlöse Tiergehege	968.178	967.211
Pauschalentgelte	955.227	941.110
Sonstige allgemeine Umsatzerlöse	5.088.818	10.480.710
	174.208.364	101.314.844

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2020 insgesamt auf 174,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Erhöhung um 72,9 Mio. € bzw. 71,9 %. Der überwiegende Teil resultiert aus der Beendigung des Immobilienvertrages mit der Stadt Oberhausen und der damit einhergehenden Schlussrechnung von Vorräten halbfertiger Erzeugnisse. Dazu ist das Großprojekt „Jobcenter“ abgerechnet worden. Im Bereich der Rechnungsjournale handelt es sich um Mehrbedarfe der Stadt Oberhausen, welche teils pandemiebedingt sind. Bäderumsätze sind durch pandemiebedingte Schließungen reduziert. Die sonstigen Umsätze sind wesentlich durch den Wegfall der IT-Leistungen für die Stadt Oberhausen gesunken, diese werden ab dem Berichtsjahr dort in eigener Regie durchgeführt.

Der Materialaufwand liegt mit 73,3 Mio. € rd. 2,7 Mio. € (3,5 %) unter dem Vorjahr (76,0 Mio. €). Die Reduzierung korrespondiert mit der gesunkenen Gesamtleistung. In großen Teilen wurde der Materialaufwand in den Leistungen des IT-Sektors reduziert. Ebenso in der Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung, diese wurde im Berichtsjahr von der Stadt Oberhausen selbst übernommen.

Die Personalkosten liegen um rd. 1,2 Mio. € unter dem Vorjahresbetrag. Ursache ist die Überleitung der IT-Mitarbeiter/-innen zur Stadt Oberhausen als gegenläufigen Effekt zu den Tarifsteigerungen ab März 2020.

Die Personalkosten liegen mit rd. 2,6 Mio. € 8,5 % unter dem Planansatz. Die Planunterschreitung resultiert aus geplanten, aber nicht realisierten Neueinstellungen.

Die Abschreibungen liegen mit 5,5 Mio. € leicht unter Vorjahresniveau. Im Bereich der Sachanlagen wurde seitens der Stadt Oberhausen weniger beauftragt, insbesondere ist die Beschaffung von IT-Ausstattung entfallen, da diese ab dem Berichtsjahr von der Stadt selbst vorgenommen wurden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 12,3 Mio. € und liegen 10,1% über dem Vorjahreswert. Allein die Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sowie sonstige Abschreibungen liegen bei 1,2 Mio. €.

Das Betriebsergebnis liegt mit einem Verlust 2,9 Mio. € um 3,5 Mio. € unter dem Vorjahr (0,6 Mio. € Überschuss) und um 2,4 Mio. € unter dem Planansatz für 2020. Wesentliche Ursachen für die Planabweichung sind Corona- bedingte Mehraufwendungen und Mindererträge in Höhe von 2,5 Mio. € sowie einmalige Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen, sonstige Abschreibungen und Wertberichtigungen bei den aktiven latenten Steuern in Höhe von gesamt 1,71 Mio. €.

Das Finanzergebnis in Höhe von -1,6 Mio. € schließt mit einer Verbesserung zum Vorjahr ab (10,1%) und liegt marginal unter dem Planansatz.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf -5,0 Mio. € (-1,2 Mio. €).

Nach sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 5,5 Mio. € (1,7 Mio. €).

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2016	2017	2018	2019	2020
Umsatzerlöse (T€)	110.359	99.583	94.825	101.315	174.208
Materialaufwandsquote	53%	54%	61%	62%	64%
Personalintensität	26%	28%	23%	24%	24%
Personalaufwand pro Kopf (T€)	42	44	44	47	48
Jahresergebnis (T€)	172	75	139	-1.749	-5.499
Eigenkapital (T€)	10.054	10.130	10.269	8.520	3.021
Eigenkapitalquote	10,54%	11,12%	10,36%	9,52%	4,22%
Investitionen (T€)	9.220	2.320	3.618	4.612	1.886
Verschuldungsquote*	87,63%	87,24%	88,38%	89,07%	94,50%
Anlagevermögen	73.415	69.384	66.411	65.142	59.950
Anlagenintensität	76,94%	76,15%	67,01%	72,80%	83,77%
Abschreibungsintensität	6,51%	5,87%	4,89%	4,82%	4,65%

*=((Rückstellungen+Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse liegen rd. 25,0 Mio. € über dem Planansatz. Ursachen sind hier im Wesentlichen die ungeplante Schlussrechnung von Vorräten noch nicht fertiggestellter Baumaßnahmen sowie die Abrechnung einer Großbaumaßnahme (Jobcenter). Dieses korrespondiert mit den Planabweichungen bei den Bestandsveränderungen. Pandemiebedingte Umsatzausfälle im Bäderwesen sowie geplante aber nicht durchgeführte Investitionen seitens der Stadt Oberhausen wurden dadurch überkompensiert.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 12,3 Mio. € um 0,5 Mio. € über dem Planniveau.

Allein die Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sowie sonstige Abschreibungen beliefen sich auf 1,2 Mio. €. Des Weiteren sind höhere Prüfungs- und Beratungskosten notwendig gewesen, die für die Unterstützung bei den mannigfalti-

gen Vergaben, neuordnungsbedingte Gutachten sowie pandemiebedingte Unterstützung notwendig waren. Dem gegenüber steht eine hohe Reduzierung bei den IT-, Telefonkosten/Rundfunkgebühren, da die wesentlichen Aufgaben zum 1.1.2020 auf die Stadtverwaltung Oberhausen übergegangen sind.

Der Investitionsplan, der sich auf Güter des beweglichen und immateriellen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 3,0 Mio. €. Die Anlagenzugänge im Bereich dieses Anlagevermögens belaufen sich auf 1,9 Mio. €. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt. Ursächlich sind im Wesentlichen die geringeren Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung), hier wurden 1,2 Mio. € weniger als geplant abgerufen.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge. Eine Kreditlinie wird ausschließlich bedarfsgerecht und flexibel mit Kreditinstituten vereinbart, da sich auf Grund des allgemeinen Zinsniveaus auch für nicht in Anspruch genommene Kontokorrentkredite Bereitstellungskosten etabliert haben.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2020	T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	-5.499
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.518
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	313
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-140
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	7.811
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-13.199
Gewinn (-)/ Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	672
Abnahme des Anlagevermögens aus Umgliederung ins Umlaufvermögen	866
Zinsaufwendungen/Zinserträge	1.720
Ertragsteueraufwand/-ertrag	439
Ertragsteuerzahlungen	145
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.354
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	18
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.882
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3
Erhaltene Zinsen	38
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1.827
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	11.239
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-15.402
Gezahlte Zinsen	-1.757
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-5.920
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-9.101
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.861
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-4.240
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	575
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.815
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.240

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2021 / Finanzplanung 2022 ff.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 22.06.2020 beschlossen, dass ab dem 01.01.2021 wesentliche Aufgaben der OGM auf die Stadt Oberhausen zurück übertragen werden sollen. Für die Zeit bis zur Eintragung der Übertragung ins Handelsregister wurde am 21./22. Dezember 2020 ein Betriebspachtvertrag zwischen OGM und Stadt Oberhausen geschlossen. Eine Vergleichbarkeit der Wirtschaftsplanung 2021 mit den bisherigen Planungs- und Prognosedaten ist daher nicht möglich und auch nicht zielführend. Die OGM wird unter Einbeziehung der zuvor beschriebenen Strukturveränderung und der damit einhergehenden finanziellen Auswirkungen für das Geschäftsjahr 2021 nicht von einer Erzielung eines Jahresüberschusses ausgehen. Vielmehr ergibt sich unter Berücksichtigung der veränderten Gegebenheiten ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,6 Mio. €. Ein Investitionsplan ist für das Wirtschaftsplanjahr 2021 nicht erforderlich, da sowohl die Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens für den Bedarf der Stadt Oberhausen von dieser selbst durchgeführt wird als auch für den Eigenbedarf der OGM keine Investitionen notwendig sind. Bei der Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre ist die Umsetzung der Umstrukturierungsplanungen der Gesellschafterin zu einer Neuordnung der OGM berücksichtigt.

2. Risikomanagement

Die OGM hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung, erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 1. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im Januar, Mai und September 2020 und zuletzt zum 31. Januar 2021 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

3. Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen monatlich zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

E. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist die OGM in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2020 in dem vertraglich vereinbarten Umfang mit der Einschränkung der pandemiebedingten Schließung der Bäder und des Tiergeheges und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt.

2. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Hartmut Schmidt Angestellter
 Sprecher der Geschäftsführung

Horst Kalthoff Diplom-Ingenieur, Architekt
 Beamter der Stadt Oberhausen

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaikanlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Oberhausener Netzgesellschaft mbH, eingespeist. Ein Entgelt von 12 T€ wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

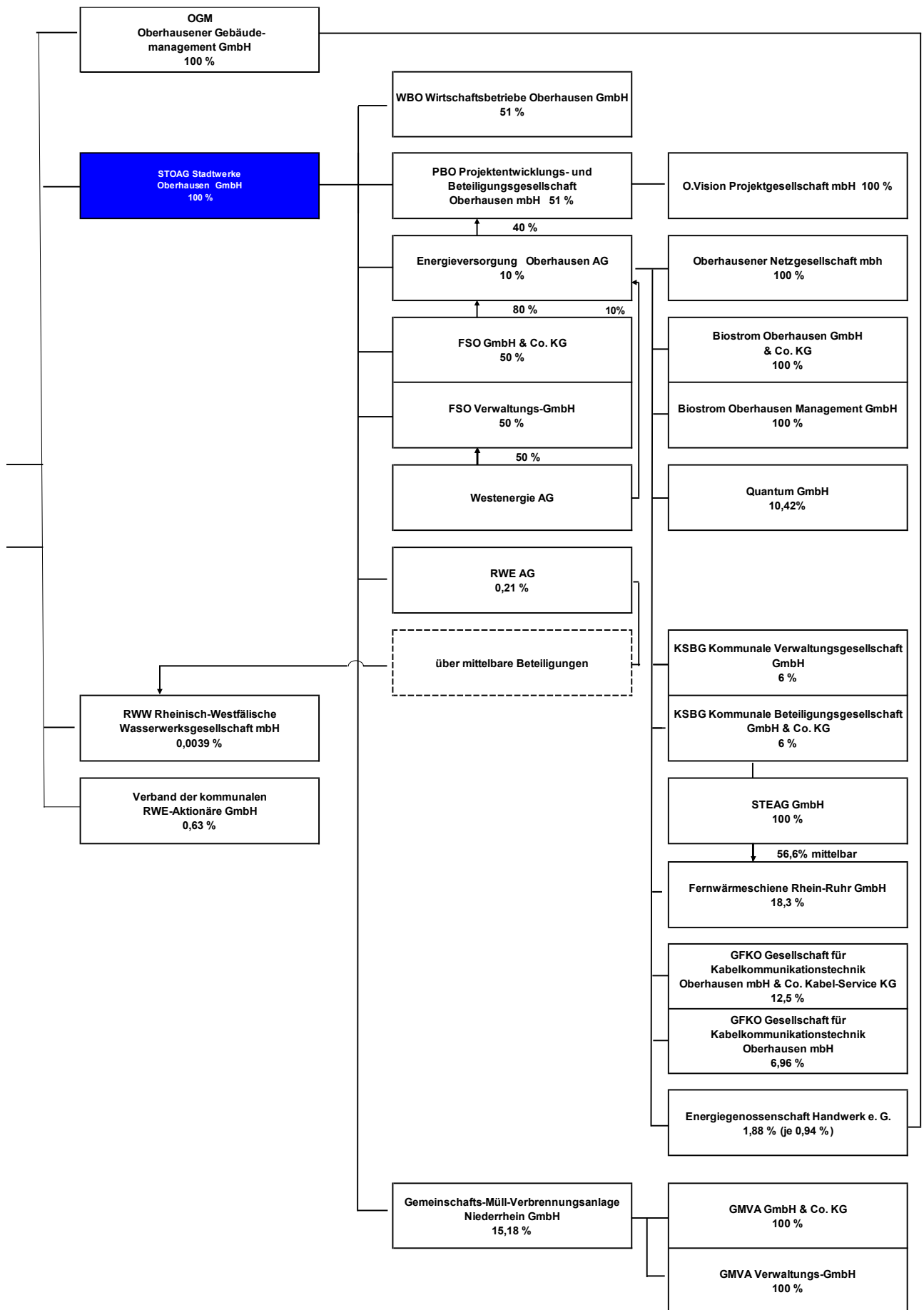
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 11. Mai 2021

Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung



STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 55
Fax 0208/ 835 5009
e-Mail info@stoag.de
Internet www.stoag.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	1. stellv. Vorsitzender	Osmann, Denis
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Koca, Vedat
	Mitglied (AN)	Pecheol, Sebastian
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen**unmittelbar**

	T€	%
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RW Beteiligungs GmbH	0,89	3,57
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00

mittelbar

	T€	%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,74	50,07
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,52	50,07
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,27

evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.419,11	40,07
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	11,06	11,06
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	124,98	0,78
FSO GmbH & Co.KG	0,02	0,07
FSO Verwaltungs-GmbH	0,02	0,07
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,96	6,26
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18
innogy SE	1.633,41	0,15
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,02	50,07
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,76	71,03
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,20	20,03
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,31	4,37
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	623,34	0,85
STEAG Fernwärme GmbH	615,90	3,00
STEAG GmbH	3.845,65	3,00
strasserauf GmbH i.L.	3,76	15,02

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	68.701,64	82,5	66.128,32	83,9	70.138,06	86,3	4.009,74	6,06
Umlaufvermögen	14.527,54	17,5	12.646,40	16,0	10.719,52	13,2	-1.926,88	-15,24
Rechnungsabgrenzungsposten	17,22	0,0	49,31	0,1	453,51	0,6	404,20	819,71

Bilanzsumme

83.246,40	100,00	78.824,03	100,00	81.311,09	100,00	2.487,06	3,16
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31.577,63	37,9	31.577,63	40,1	31.577,63	38,8	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	828,50	1,0	259,82	0,3	2.095,83	2,6	1.836,01	706,65
Rückstellungen	14.590,73	17,5	14.357,46	18,2	15.294,38	18,8	936,92	6,53
Verbindlichkeiten	36.121,88	43,4	32.441,71	41,2	32.238,76	39,6	-202,95	-0,63
Rechnungsabgrenzungsposten	127,67	0,2	187,41	0,2	104,49	0,1	-82,92	-44,25

Bilanzsumme

83.246,40	100,00	78.824,03	100,00	81.311,09	100,00	2.487,06	3,16
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	31.368,47	30.815,66	26.067,47
sonstige betriebliche Erträge	3.477,48	3.690,98	9.130,26
Materialaufwand	14.954,05	15.859,99	17.043,80
Personalaufwand	24.172,79	24.822,33	25.209,55
Abschreibungen	4.738,43	4.707,40	4.671,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.014,40	4.920,26	5.010,65
Erträge aus Beteiligungen	8.886,12	8.987,76	6.542,94
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.012,46	823,86	1.147,46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22,00	8,61	47,30
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.505,45	1.092,18	899,43
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.668,60	-7.125,31	-9.949,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	103,75	0,00	11,23
sonstige Steuern	83,41	87,60	125,39
Erträge aus Verlustübernahmen	4.855,75	7.212,91	10.085,81
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,48	-23,41	-38,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	-15,38	-22,84	-31,94	%
Cash-Flow:	-117,32	-2.505,52	-5.414,62	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83,76	84,16	84,61	T€
Personalaufwandsquote:	69,37	71,93	71,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	46,20	45,36	48,79	%
Eigenkapitalquote:	37,93	40,06	38,84	%
Fremdkapitalquote:	62,07	59,94	61,16	%

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Mit seinem modernen Fuhrpark mit emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen und rund 440 Beschäftigten leistet das Verkehrsunternehmen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz in der Stadt.

Diese Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze
- Weiterentwicklung einer umweltverträglichen Mobilität

2. Rahmenbedingungen

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist zurückgegangen. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 lebten 210.891 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 1.308 Personen weniger als im Vorjahr (212.199).

Der Bestand an Kraftfahrzeugen lag bei 604 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit über dem Vorjahresbestand von 527 pro 1.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote in Oberhausen ist gestiegen und beträgt im Jahresdurchschnitt 10,6 % (2019: 8,9 %).

Laut Pendleratlas der Bundesagentur für Arbeit beträgt der Anteil der Einpendler nach Oberhausen 51 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der Auspendler beträgt 62 % (Datenstand Juni 2020).

Die Corona-Pandemie hat den Tourismus in Oberhausen hart getroffen. Der Geschäftsreiseverkehr ist nahezu zum Erliegen gekommen. Private Reisen, sofern sie stattfinden konnten, wurden seltener als klassische Städtetour durchgeführt. Laut Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen IT.NRW sank die Zahl der Übernachtungen auf 276.526 (2019: 546.466), ein Rückgang um knapp 50 %.

Clean Vehicles Directive

Das Europäische Parlament hat am 18. April 2019 die sogenannte Clean-Vehicle-Richtlinie verabschiedet und damit verbindliche Ziele für die Beschaffung von emissionsarmen und -freien Fahrzeugen durch öffentliche Behörden und Unternehmen geschaffen. Mit der Richtlinie soll der Übergang der Europäischen Union zu emissionsarmer bzw. emissionsfreier Mobilität gefördert werden.

Nach der Richtlinie müssen in Deutschland ab August 2021 mindestens 45 % aller neu anzuschaffenden Linienbusse in kommunalen Fuhrparks "saubere" Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sein, ab 2026 soll ihr Anteil 65 % erreichen. Je die Hälfte davon soll gänzlich emissionsfreie Antriebe haben. Die nationalen Gesetzgeber können selbst festlegen, wie die Quote erreicht wird. Im Sinne einer Kosteneffizienz und wirksamer Einsatzmöglichkeiten setzen sich der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und die Verkehrsunternehmen für eine Branchenvereinbarung zur Umsetzung einer nationalen Quote ein. Hierbei werden die unterschiedlichen Verhältnisse in den Ballungsgebieten und in den ländlichen Räumen berücksichtigt.

Kooperation Metropole Ruhr

Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets haben zusammen mit zwölf Nahverkehrsunternehmen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) einen Elf-Punkte-Plan zur Stärkung des ÖPNV in der Metropole Ruhr unterschrieben. Die Unterzeichner machen sich gemeinsam stark für einen günstigen und einfachen Tarif, für eine bessere Abstimmung der Nahverkehrspläne und für eine bessere Verzahnung von ÖPNV und SPNV. Der Plan sieht zudem mehr Metrobuslinien als Ergänzung zum bestehenden Angebot von Bus und Bahn und die kontinuierliche Beschaffung von Elektro- und Wasserstoffbussen vor.

Um das Ziel zu erreichen, wurde die bisher bestehende Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR) erweitert und in Kooperation Metropole Ruhr (KMR) umbenannt. Die STOAG hat vorerst einen Gaststatus inne. Die finanziellen Mittel für eine Umsetzung vieler der elf Punkte sind durch die Unternehmen und die Kommunen allein nicht zu stemmen, deshalb fordern die Oberbürgermeister, Landräte und Nahverkehrsunternehmen zum Start der neuen Zusammenarbeit die Unterstützung durch Bund und Land ein.

Vergleich zwischen der Stadt Oberhausen und der Deutschen Umwelthilfe

Das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Oberhausen und die Deutsche Umwelthilfe haben sich vor dem Oberverwaltungsgericht Münster auf einen Vergleich zur Umsetzung des Luftreinhalteplans Oberhausen geeinigt. Zwischen den Beteiligten wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur weiteren Absenkung der NO₂-Konzentration in der Außenluft auf 40 µg/m³ im Jahresmittel im Jahr 2020 vereinbart. Der Vergleich hat Auswirkungen auf die Neubeschaffung von Bussen bei der STOAG und auf die Nachrüstung mit Abgasnachbehandlungssystemen.

Corona

Die COVID-19-Pandemie hat deutliche Auswirkungen auf die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs. Mit dem ersten Lockdown im März wurde das ÖPNV-Angebot bundesweit maßvoll reduziert. Mobilitätsdienstleistungen wurden in erster Linie nur noch von denjenigen wahrgenommen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind. Die Fahrgastzahl lag bundesweit bei etwa 20 % des Vorjahreswertes. Mit den Änderungen der Coronaschutzverordnung und den schrittweisen Lockerungen der Restriktionen haben die Verkehrsunternehmen das reguläre Linienangebot wiedereingeführt, obwohl Freizeitverkehre weiterhin größtenteils entfallen sind. In Oberhausen steht ab dem 14. Juni die gewohnte Verkehrsdienstleistung zur Verfügung. Die Fahrgastzahlen erholen sich im Sommer und erreichen rund 70 % des Vorjahresniveaus.

Für viele Berufstätige und Schülerinnen und Schüler entfällt weiterhin ganz oder teilweise die Notwendigkeit der Fahrt zum Arbeitsplatz oder zur Schule. Infolge der Pandemie verändert sich die Verkehrsmittelpräferenz zuungunsten des ÖPNV. Der motorisierte Individualverkehr und der Radverkehr erfahren Zuwächse. Bei den Fahrgästen steigt die Unsicherheit hinsichtlich des Infektionsrisikos durch die regelmäßige Nutzung von Bussen und Bahnen.

Trotz des zweiten Lockdown im Herbst und der wieder sinkenden Nachfrage wird das Angebot an Bussen und Bahnen in nahezu vollem Umfang weiter aufrechterhalten, um den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Angebot und gleichzeitig durch hohe Frequenzen mehr Platz je Fahrgast anbieten zu können. Das gilt auch für die Zeit der Ausgangssperre in Oberhausen vom 22. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021. Zu Zeiten des Präsenz- und Wechselunterrichts an Schulen unterstützen flexibel eingesetzte Verstärkerbusse im Schülerverkehr das reguläre Angebot – die Maßnahme wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert.

Der Bund stellt 2,5 Mrd. € für die Erstattung der Coronapandemie bedingten Schäden zur Verfügung, davon fließen 500 Mio. € nach Nordrhein-Westfalen. Das Land NRW stellt zusätzlich 200 Mio. € bereit. Mit diesem sogenannten Corona-Rettungsschirm werden die verringerten Zahlungen aus Verkehrsverträgen, die Fahrgeldausfälle durch die verringerte Fahrgastnachfrage, der Rückgang von Erstattungsleistungen nach § 228 SGB IX und der Rückgang von Erstattungsleistungen nach allgemeinen Vorschriften ausgeglichen -abzüglich der coronabedingten Einsparungen.

3. Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die seit Mitte März 2020 geltenden pandemiebedingten Einschränkungen und der Lockdown im Frühjahr und Winter haben zu einem Rückgang der Gesamtmobilität geführt. Homeoffice, Kurzarbeit, die Schließung ganzer Berufszweige, von Kindergärten, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie von Einzelhandel und Gastronomie sind Gründe dafür. Für viele Menschen ist die Notwendigkeit entfallen, täglich mobil zu sein. Fahrtanlässe sind fortgefallen, weil Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt sind. Besonders stark betroffen vom veränderten Mobilitätsverhalten ist der ÖPNV. 23,7 Mio. Fahrgäste haben im Jahr 2020 die Busse und Straßenbahnen der STOAG genutzt, das entspricht einem Fahrgastrückgang von ca. 31 % (2019: 34,5 Mio.).

Die Fahrgastzahlen sind über alle Ticketarten rückläufig. Die Abonnenten erweisen sich als die treuesten Kunden. Bei ihnen beträgt der Rückgang 16,4 %. Um Kündigungen entgegenzuwirken, wird Stammkunden die Möglichkeit angeboten, das Abo für die Dauer des Lockdown zu pausieren.

Die Anzahl der Fahrgäste mit monatlich zu erwerbenden Zeitfahrausweisen korreliert mit den Einschränkungen, die durch die Coronaschutzverordnungen vorgegeben werden. Mit den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen steigt die Nachfrage bei den Monatskarten. Auch die Nutzung des SozialTicket, genannt MeinTicket, geht zurück. 33,1 % Fahrgäste weniger legen ihre Fahrten mit diesem Ticket zurück.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im Zeitkartenbereich über alle Ticketarten einschließlich Abonnement liegt gegenüber dem Vorjahr bei -21,6 %.

Der Lockdown wirkt sich auch auf den Ausbildungsverkehr aus, die Anzahl der jugendlichen Fahrgäste reduziert sind insgesamt um 15% (SchokoTicket -16 %, YoungTicketPLUS -6,7 %). Bei den Auszubildenden, die ihr Ticket monatlich kaufen, gibt es einen Rückgang um 36,9 %.

Der Wegfall von Konzerten, Veranstaltungen, Shoppingmöglichkeiten und (Weihnachts-) Märkten wirkt sich auf die Anzahl der Gelegenheitskunden aus, die für ihre Fahrten überwiegend den Bartarif in Anspruch nehmen. In diesem für die Gewinnung von Neukunden wichtigen Segment liegt der Rückgang der Fahrgäste über alle Ticketarten bei 52,8 %

Tabelle der Fahrgastentwicklung im Vergleich zum Vorjahr
(ohne VRR-Zuscheidungen, EBE und Schwerbehinderte)

	2019	2020	Abweichung
Bartarif			
Einzel-/Mehrfahrten-/TagesTickets	2.528.378	1.193.677	-52,8 %
Zeitfahrausweise			
Ticket1000/Ticket2000	1.549.074	1.128.305	-27,2 %
SozialTicket	2.695.346	1.802.976	-33,1 %
Abonnement			
Ticket1000/Ticket2000/BärenTicket/ FirmenTicket	7.745.998	6.472.918	-16,4 %
Ausbildungsverkehr			
Schoko-/YoungTicket	13.173.619	11.201.013	-15,0 %

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten im Jahr 2020 setzt sich aus 8,33 Mio. Buskilometern und 0,38 Mio. Straßenbahnkilometern zusammen und liegt mit einer Gesamtbetriebsleistung von 8,71 Mio. Nutzwagenkilometern (Nwkm) um 2,74 % unter dem Vorjahreswert. Die geringere Betriebsleistung bei Bussen und Straßenbahn ist maßgeblich auf das angepasste Fahrplanangebot aufgrund der Pandemie zurückzuführen. Im Frühjahr 2020 wurde über mehrere Wochen werktags der Samstagsfahrplan gefahren, das nächtliche Angebot wird temporär eingestellt. Durch die Schließung der Schulen entfielen zudem zeitweise die Fahrten der Einsatzwagen. Auch die Warnstreiks im September und Oktober haben die Betriebsleistung reduziert.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der STOAG beträgt -16.863 T€ (Vorjahr: -15.891 T€). Der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen erhöhte sich von 7.213 T€ im Jahr 2019 um 2.873 T€ auf 10.086 T€ für das Jahr 2020.

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 26.067 T€. Diese lagen mit 4.749 T€ unter dem Vergleichswert des Vorjahres (30.816 T€). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr (26.887 T€) auf 22.931 T€ reduziert haben.

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden im Jahr 2020 in Höhe von 1.205 T€ ausbezahlt (Vorjahr: 1.161 T€).

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lagen vom VRR die endgültigen Auswertungen zur Einnahmearteilung 2018 und 2019 vor. Daraus hat die STOAG zusätzliche Erträge in Höhe von 140 T€ generiert.

Im Jahresergebnis 2020 wurden dadurch bedingt nur die geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmearteilung 2020 in Höhe von -1.044 T€ bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) berücksichtigt. Eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen aus der Einnahmearteilung 2020 wurde, bedingt durch die positiven Effekte aus den Einnahmearteilungen 2018 und 2019, nicht gebildet.

Die sonstigen Umsatzerlöse blieben im Geschäftsjahr nahezu unverändert bei 777 T€.

Das ÖPNVG NRW sieht ab dem Jahr 2017 vor, dass von dem Anteil der durch die Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV weiterzuleitenden ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW mindestens 30 % der ÖPNV-Pauschale innerhalb des europarechtlichen Rahmens „als Anreiz zum Einsatz neuer und barrierefreier Fahrzeuge“ an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten sind.

Es entfallen 1.312 T€ auf Alternative B (Ausbildungsverkehr). Weitere 587 T€ werden investiv für die Beschaffung und den Einsatz neuwertiger Fahrzeuge verausgabt. Diese Mittel wurden mittels Änderungsbescheid im Dezember 2020 beschieden und nach Bestandskraft an die STOAG ausgezahlt. Die STOAG hat diese Mittel im laufenden Geschäftsjahr mit den Anschaffungskosten der Solo- und Gelenkbusse der Busbeschaffung 2020 verrechnet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 2.518 T€ auf 7.818 T€.

Die STOAG hat im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms 2020 einen Gesamtbetrag in Höhe von 5.057 T€ erhalten. Allerdings wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 eine Rückstellung in Höhe von 375 T€ für etwaige Rückzahlungsverpflichtungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm eingebucht. Hintergrund ist, dass die Einnahmeverluste der STOAG entgegen der Prognoserechnung des VRR aus dem Frühjahr 2020, welche Basis für die Ermittlung des Schadens aus Fahrgeldmindereinnahmen innerhalb des ÖPNV-Rettungsschirms waren, nicht in dieser Höhe eingetreten sind.

Weiterhin sind im Geschäftsjahr insbesondere Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 877 T€, Zuschüsse für die Dieselumrüstung (548 T€) sowie Erträge aus dem Projekt „Soziale Teilhabe“ (427 T€) enthalten.

Somit ergeben sich im Geschäftsjahr Gesamtbetriebserträge in Höhe von 35.197 T€ (Vorjahr: 34.506 T€).

Der Materialaufwand erhöhte sich von 15.860 T€ auf 17.044 T€. Die Steigerung beruht auf erhöhten Aufwendungen für die Erbringung der Fahrleistung durch Subunternehmer.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 388 T€ auf 25.210 T€. Die gezahlten Entgelte stiegen gegenüber dem Vorjahr um 312 T€ auf 19.482 T€ (Vorjahr: 19.170 T€). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit veränderte sich von 410 zu Beginn des Jahres 2020 auf 416 am Jahresende.

Die Abschreibungen reduzierten sich geringfügig von 4.707 T€ auf 4.671 T€.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2020 5.011 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr (4.920 T€) um 91 T€ gestiegen.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 231 T€ von -1.083 T€ auf -852 T€.

Die oben beschriebenen Sachverhalte führten dazu, dass sich der durch die Stadt Oberhausen zu übernehmende Finanzierungsbetrag für das Wirtschaftsjahr 2020 von 7.213 T€ im Jahr 2019 um 2.873 T€ auf 10.086 T€ erhöhte.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2020 betrug 81.311 T€. Die Veränderung zum Vorjahreswert (78.824 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens um 4.066 T€.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für das Projekt „Digitales Funksystem“ und „DFI 5. Stufe“ enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden können.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 15.294 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr (14.357 T€) um 937 T€ gestiegen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 9.034 T€ (Vorjahr: 8.672 T€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 32.239 T€ blieben im Vergleich zum Vorjahr (32.442 T€) nahezu unverändert. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 26.675 T€, die sich im Vergleich zum Vorjahr (23.191 T€) um 3.484 T€ erhöhten. Im Geschäftsjahr wurden zwei neue Darlehen für die Buslieferungen 2019 und 2020 aufgenommen. Weiterhin sind die um 1.023 T€ erhöhten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (4.491 T€) sowie die verminderten Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (551 T€), enthalten.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2020 auf 10,2 Mio. €. Größte Position mit 8.465 T€ waren die Investitionen für die Busbeschaffung. Im Geschäftsjahr sind insgesamt 20 Gelenk- und acht Solobusse inklusive Nachrichtentechnik zugegangen. Weiterhin sind für das Projekt „Umbau von Haltestellen“ 1.129 T€ im Jahr 2020 aufgewendet worden.

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der STOAG im Berichtsjahr wird seitens der Geschäftsführung als gut bewertet.

4. Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem implementiert. Hierbei wird neben einzelnen Risiken die Gesamtrisikosituation betrachtet.

Zur Identifikation der bestandsgefährdenden Risiken werden alle Unternehmensrisiken durch Risikopaten erkannt und bewertet. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit ihnen verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern der Einfluss auf Ressourcen wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust wird ebenfalls analysiert. Die Risikoinventur wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

In der Risikoinventur 2020 wurde mit sechs Risiken ein Risiko weniger als im Vorjahr erfasst, die verbliebenen Risiken sind identisch mit denen des Vorjahres. Die Bewertung der Risiken hat sich nicht verändert.

Das Risiko „Betrungszeitraum ab dem Jahr 2020“ wurde nicht mehr erfasst, da die STOAG von der Stadt Oberhausen mit der Direktvergabe für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2029 beauftragt worden ist. Im Vorjahr war dies von der Einstufung des Risiko mit der höchsten Schadenshöhe.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risikopaten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

5. Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifmaßnahmen

Die COVID-19-Pandemie hat das Mobilitätsverhalten verändert. Der Fahrgastrückgang bei Bus und Bahn ist auf die Angst vor Infektion, auf Homeoffice und Kurzarbeit sowie die fehlenden Freizeitmöglichkeiten zurückzuführen. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen und damit der Einnahmesituation lässt sich für die Zukunft nicht eindeutig prognostizieren. Sobald der Lockdown beendet und damit wieder schrittweise Fahrtanlässe gegeben sind, wird der Anteil der Gelegenheitskunden steigen. Kurzarbeit und Homeoffice werden abnehmen, aber dennoch das Pendlerverhalten weiterhin beeinflussen. Ob nach Beendigung der Pandemie die ÖPNV-Nachfrage das gleiche Niveau wie vorher erreicht, hängt auch davon ab, inwieweit die verstärkte Nutzung der anderen Verkehrsmittel wie Pkw und Fahrrad, wieder zurückgeht.

Im September des vergangenen Jahres wurden die Mindereinnahmen für das Jahr 2021 mit -10 % und für das Jahr 2022 mit -5 % gegenüber dem Vor-Corona-Jahr prognostiziert, so dass im Jahr 2023 die Einnahmen aus Verkaufserlösen dem Ergebnis des Jahres 2019 entsprechen. Mit dem zweiten Lockdown ist diese Prognose nicht aufrecht zu halten, das Einnahmenniveau des Jahres 2019 wird voraussichtlich erst im Jahr 2024 erreicht.

Die Verkehrsunternehmen werden sich in den nächsten Jahren verstärkt um die Kundenrückgewinnung bemühen. Kunden, die aufgrund der anhaltenden Pandemie andere Mobilitätsformen für sich entdeckt haben, werden nicht zwangsläufig in die vorherige Normalität zurückkehren. Flexible Bedienungsangebote und Tarifprodukte müssen dem veränderten Mobilitätsverhalten Rechnung tragen.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr hat im Dezember 2019 den Beschluss gefasst, ein verbundweites Konzept zur Steigerung der Angebotsqualität und zur Entwicklung innovativer Tarifmodelle zu erarbeiten und sich als eine der zehn Modellregionen im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung zu bewerben. Das Tarifkonzept bestand aus einer einfachen Kombination aus zwei Preisstufen und nur zwei Ticketarten. Dieser Antrag ist an der Höhe der zur finanzierenden Ausgleichszahlungen/ Förderkosten gescheitert.

Zum 1. Mai / 1. Juni 2021 startet der VRR gemeinsam mit der Rheinbahn AG ein FlexTicket als zweijähriges Pilotprojekt und greift mit diesem Tarifmodell die veränderten Arbeitsverhältnisse auf. Angesprochen werden zunächst Großkunden, die für ihre Beschäftigten, die aufgrund von Homeoffice keine täglichen Fahrten durchführen, eine flexible Ticketvariante favorisieren. Die Nutzer oder der Arbeitgeber zahlen einen Grundbetrag in Höhe von 20 € und erhalten dafür einen prozentual vergünstigten Zugang zu zwölf 24-StundenTickets pro Monat. Dies entspricht einer Rabattierung von ca. 25 % gegenüber beispielsweise einem Ticket1000 im Abonnement. Das FlexTicket erweitert das Online-Ticket-Segment und ist über die eigene App der Verkehrsunternehmen zu realisieren. Das Pilotprojekt kann bei Interesse von allen Verkehrsunternehmen im Verbund in Anspruch genommen werden.

Das Projekt CiBo (Check-in/Be-out-System) geht im Herbst 2021 an den Start. Der eTarif mit dem digitalen Nutzungszugang bietet Gelegenheitskunden eine weitere nutzerfreundliche Alternative und Chancen für eine leistungsgerechte Bezahlung. Die Berechnung erfolgt nach Grundpreis und einem Leistungspreis je Luftlinienkilometer. Erfahrungen wurden bereits in dem Pilotprojekt „nextTicket2.0“ in Neuss gesammelt. Tarifenkenntnisse zum Ticketerwerb werden nicht mehr benötigt und erleichtern Kunden, für die Tarif- und Netzkennnisse Zugangshemmnisse darstellen, die ÖPNV-Nutzung. Mit den Verbänden in Nordrhein-Westfalen ist zurzeit der NRW eTarif in der Vorbereitung. Die Klärung von Detailfragen befindet sich in der Endphase, sodass der Fahrgast die gleichen Bedingungen – Grundpreis und Luftlinienkilometer – auch für verbundübergreifende NRW-weite Fahrten in Anspruch nehmen kann.

Die Abonnenten haben sich in der Coronazeit als treue und verlässliche Kunden erwiesen. Als Dank sind für den Herbst 2021 Abonnement-Aktions-Wochen geplant. So können beispielsweise in der Zeit von 13. September bis 26. September 2021 Abonnenten gleich welcher Preisstufe den ÖPNV eines weiteren teilnehmenden Verbundes kostenlos nutzen. Ziel des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist eine möglichst zahlreiche Teilnahme diverser Verkehrsverbünde. Die Planungen werden derzeit in den Gremien vorbereitet.

Die seitens des VRR für das Jahr 2020 geplanten Kundenbindungsmaßnahmen konnten nicht umgesetzt werden. Aktionen wie ein Upgrade auf das Ticket2000 und die Mitnahmemöglichkeit auf einem MehrfahrtenTicket sowie ein Online-Ticket als „Black-Friday“ können nur dann realisiert werden, wenn sich wieder Fahrtanlässe bieten. Das Ticket2000 wird in diesem Jahr 30 Jahre jung. Zurzeit werden Ideen gesammelt, um die Treue langjähriger Stammkunden zu belohnen.

Wichtig ist es, verlorengegangenes Vertrauen der Kunden wiederaufzubauen. Dazu trägt die epidemiologische Studie zum COVID-19-Infektionsrisiko im ÖPNV bei, das Länder und Verkehrsunternehmen in Auftrag gegeben haben. Ziel ist es, belastbare Erkenntnisse zum tatsächlichen Infektionsrisiko von Fahrgästen bei der regelmäßigen Nutzung von Bussen und Bahnen zu erlangen.

On-Demand-Verkehr

Seit dem 14. Juni 2020 bietet die STOAG als ergänzendes ÖPNV-Angebot einen On-Demand-Service unter dem Namen Revierflitzer® an. Der Grundgedanke besteht darin, Ressourcen gemeinsam zu nutzen und damit das Verkehrsaufkommen und die Umweltbelastung in Oberhausen zu verringern und zudem auf die individuellen Bedürfnisse der Fahrgäste einzugehen – zu einem günstigen Preis bei gleichzeitig hohem Komfort. Beim On-Demand-Verkehr werden die Fahrtwünsche der Fahrgäste mittels Software miteinander verknüpft, sodass möglichst mehrere Fahrgäste gemeinsam ohne größere Umwege befördert werden. Es entsteht somit ein sich auf Basis der Nachfrage selbst organisierendes Verkehrssystem. Buchung und Bezahlung der Fahrten werden digital über eine App abgewickelt.

Trotz Lockdown und der Einschränkungen im Freizeit- und Gastronomiebereich wird der Service in Oberhausen gut angenommen. Seit dem 1. Februar 2021 ist das Bedienungsgebiet der Revierflitzer® auf ganz Oberhausen ausgeweitet worden, endet aber nach wie vor an der Stadtgrenze. Die Nutzerzahlen sind seitdem deutlich gestiegen. Derzeit befindet sich die STOAG in Gesprächen mit dem VRR mit der Absicht, den Revierflitzer® als Pilotprojekt in die Fahrplanauskunftssysteme des VRR zu integrieren und damit eine starke Einbindung in das öffentliche Verkehrsnetz zu erreichen.

Ziel ist es, mit On-Demand-Angeboten weniger attraktive Taktverkehre – beispielsweise den Stundentakt im NachtExpress-Netz – durch ein nachfrageorientiertes, fahrplanunabhängiges Angebot zu ergänzen bzw. ggf. zu ersetzen. Kurze Wege zu Haltepunkten und eine subjektiv empfundene sicherere Beförderung als mit dem Bus machen bedarfsgesteuerte Verkehre wie den Revierflitzer® gerade in den Abend- und Nachtstunden attraktiv. Sie können bei schwach nachgefragten

Linien oder Linienästen eine Alternative zu herkömmlichen Angeboten im Nachtverkehr darstellen und den ÖPNV in Oberhausen insbesondere in diesen Zeiten stärken. Hierzu wären tarifliche Regelungen zu treffen.

Entwicklung Elektromobilität

Der weitere Ausbau der Elektromobilität wird vorbereitet. Ende 2020 sind europaweit 15 Elektrobusse ausgeschrieben worden. Mit der Lieferung wird Anfang des Jahres 2022 gerechnet. Die Fahrzeuge sollen an insgesamt vier Ladestationen, die an Endhaltestellen der Linien SB97/952, 953, 956 und 961/errichtet werden, zwischengeladen werden. Bis zum Jahr 2025 ist die Anschaffung weiterer 31 Elektrobusse vorgesehen. Geplant sind 27 batterieelektrische Solobusse und vier batterieelektrische Gelenkbusse.

Im Rahmen einer ersten Machbarkeitsstudie wurde unter wirtschaftlichen und betrieblichen Aspekten geprüft, in welchen Schritten eine Umstellung der Busflotte auf Fahrzeuge mit elektrischer Antriebstechnik erfolgen kann. Untersucht wurden mit dem Schwerpunkt des Einsatzes batterieelektrischer Fahrzeuge verschiedene Ansätze zur Ladung der Hochvolt-Batteriespeicher. Das Ergebnis der Studie besagt, dass mit der Mischung aus Gelegenheitsladung auf der Strecke (Opportunity Charging) und Betriebshofladung im Depot (Overnight Charging) die heutige Busflotte auf Batteriebusse umgestellt werden kann. Die Fahrzeugkonfigurationen sehen demnach vor, dass große Batteriekapazitäten vorgehalten und Pantographen verbaut werden. So kann sichergestellt werden, dass die Fahrzeuge flexibel und betriebssicher eingesetzt werden können. Eine zusätzliche Fahrzeugbeschaffung von neun Gelenk- und vier Solobussen zum aktuellen Fahrzeugbestand wäre erforderlich.

Gemeinsam mit der Firma ebusplan GmbH wird im Rahmen des Förderprojekts „Strategie E“ ein Softwaremodul zur betrieblichen Planung von Elektrobuslinien entwickelt. Ziel ist neben einem wirtschaftlichen Betrieb auch die Sicherstellung von Handlungsmöglichkeiten, z. B. bei Änderungen im Liniennetz. Ein erster Prototyp des Softwaremoduls wurde von der ebusplan GmbH zur Verfügung gestellt, der nun getestet wird. Das Projekt hat eine Laufzeit bis August 2021.

Der Umstieg auf alternative Antriebe geht weit über die Beschaffung neuer Fahrzeuge hinaus und betrifft letztendlich alle Prozesse und Systeme und Mitarbeitende. So muss neben der Veränderung im Fahrbetrieb und der Qualifizierung des Personals auch die Infrastruktur auf den Betriebshöfen angepasst werden. Für einen elektrisch angetriebenen Busbetrieb muss die Ausrichtung des STOAG-Betriebshofes und der Werkstatt geändert bzw. angepasst werden. Eine Machbarkeitsstudie wurde beauftragt, um den heutigen Betriebshof hinsichtlich der Eignung für Elektromobilität zu analysieren und erforderliche Maßnahmen für die Aus- bzw. Umrüstung aufzuzeigen.

Wasserstoffantrieb bei Linienbussen

Die STOAG zeigt sich der Entwicklung und dem Einsatz klimaneutraler Antriebstechniken gegenüber stets offen. Elektrisch angetriebene Busse tragen im Stadtverkehr zur klimafreundlichen Mobilität bei und gehören deshalb seit 2015 zum Fuhrpark der STOAG.

Antriebe, die auf Wasserstoff basieren, haben den Vorteil größerer Reichweite und können für längere Umläufe eine Alternative sein. Da sie keine klimaschädlichen Emissionen, sondern lediglich Wärme und Wasserdampf erzeugen, tragen sie zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehr bei. Batterieelektrische Busse und Brennstoffzellenbusse können sich ergänzen.

Oberhausen beabsichtigt, sich zu einem Technologiezentrum der Wasserstoffwirtschaft zu entwickeln und einen Campus for Hydrogen Technologies Oberhausen HydrOB zu errichten. Die STOAG unterstützt als Partner dieses Projekt von Stadt Oberhausen und Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT.

Auf dem Betriebshof der STOAG verläuft eine von der Firma Evonik betriebene Wasserstoffleitung. Produzent des Wasserstoffs und Eigentümer der Leitung ist die in Oberhausen ansässige Firma AIR LIQUIDE Deutschland GmbH. Es wird geklärt, welche Optionen bestehen, die somit vorhandene Infrastruktur als Versorgungseinrichtung für die STOAG zu nutzen.

Beteiligungen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) hat im Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis in Höhe von lediglich 5,7 Mio. € (Vorjahr 11,2 Mio. €) erzielt und hat damit das mindestens erwartete Volumen in Höhe von 11 Mio. € nicht eingehalten.

Die STOAG geht derzeit weiter davon aus, dass die FSO GmbH & Co. KG eine Ergebnisabführung für die Jahre 2021 bis 2025 von jährlich insgesamt 11 Mio. € erwirtschaftet und der innogy SE, Essen, und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. € pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Oberhausen ist in hohem Maße von der Auslastung der Verbrennungskapazitäten abhängig. Die GMVA führt den Weg der Konsolidierung stetig fort und hat im Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis in Höhe von 15.490 T€ (Vorjahr 13.609 T€) erzielt. In das Jahresergebnis 2020 der STOAG ist daraus eine Ausschüttung in Höhe von 1.571 T€ eingeflossen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-AG-Aktien wurde für das Jahr 2019 im Jahr 2020 eine Dividende in Höhe von 0,80 € pro Aktie ausgezahlt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2021 bis 2025 weist für das Jahr 2021 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2020 einen erhöhten Restfehlbetrag aus.

Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2021 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 16.195 T€ aus. Hier sind allerdings Mittel aus einem möglichen ÖPNV-Rettungsschirm für das Jahr 2021 noch nicht berücksichtigt.

Für den Zeitraum von 2022 bis 2025 werden verbleibende Finanzierungsbeträge in Höhe von ca. 14,3 Mio. € bis zu 16,3 Mio. € erwartet.

Die STOAG ging bei ihrer Planung für das Jahr 2021 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse auf der Basis des Jahres 2020 aus. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Fahrgastzahlen und daraus resultierende Verkaufserlöse lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht exakt beziffern, da jeder neue Lockdown zu weiteren Fahrgastrückgängen und damit zu Mindereinnahmen führt.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren stabil verlaufen und im Jahr 2021 voraussichtlich 8.935 T€ betragen.

Die Hauptversammlung der innogy SE, Essen, ist für den 28. April 2021 geplant. Für das Geschäftsjahr 2020 beabsichtigen Vorstand und Aufsichtsrat, der Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 0,85 € je Aktie vorzuschlagen. Damit wäre die Dividende im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 um 0,05 € gestiegen. Dies bedeutet für die STOAG, dass sie im Jahr 2021 einen Dividendenertrag in Höhe von 1.220 T€ erwartet. Die STOAG hat in ihrer Wirtschaftsplanung für die Jahre 2021 bis 2025 eine Dividende in Höhe von 0,85 € je Aktie eingeplant.

Die GMVA hat für das Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss in Höhe von 11.452 T€ erzielt. Nach Einstellung in die Gewinnrücklage in Höhe von 840 T€ wird eine Ergebnisabführung in Höhe von 10.612 T€ ausgewiesen. Im Wirtschaftsplan 2021 der STOAG ist eine Ausschüttung seitens der GMVA nach der satzungsmäßigen Zuführung in die Gewinnrücklage einer disquotalen Gewinnausschüttung in Höhe von anteilig 185 T€ berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.

Die Entwicklung der Pandemie und damit die Auswirkungen auf das wirtschaftliche Gesamtergebnis 2021 der STOAG lassen sich derzeit noch nicht abschätzen.

6. Chancen

Der Nahverkehr kann und wird Fahrgäste zurückgewinnen – darüber sind sich die Fachleute einig. Denn die Diskussion um Klimaschutzziele und Verkehrswende und auch über den Flächenverbrauch gerade in Städten wird spätestens mit Abflachen der Pandemie wiederaufleben, wenn Pendler- und Verkehrsströme sich langsam normalisieren. Die Mobilitätswende ist alternativlos. Nur mit weniger motorisiertem Individualverkehr und mit Stärkung des Umweltverbundes, bei dem Busse und Bahnen eine elementare Rolle spielen, kann die Alltagsmobilität nachhaltig werden und ihren Beitrag zur Klimawende leisten. Die Verkehrsunternehmen werden angesichts der lokalen und globalen Herausforderungen ihr Angebot nicht herunterfahren können, aber die Frage der Finanzierung stellt sich auch zukünftig. Hier braucht es zusätzliche Finanzierungsmodelle.

In der örtlichen Diskussion ist die Stärkung des ÖPNV in Oberhausen Konsens der politischen Parteien. Aber auch in Oberhausen wächst der Pkw-Bestand Jahr für Jahr und führt zu einer Pkw-Mehrfachausstattung in Haushalten. Für Politik, Verwaltung und Verkehrsunternehmen gilt es, das Umfeld so zu gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger nicht auf den Pkw angewiesen sind. Das geänderte Mobilitätsverhalten der Menschen und der Wunsch nach Flexibilität müssen in den Planungen Berücksichtigung finden. Bürgerinnen und Bürger werden nicht auf den Komfort der privaten Mobilität verzichten, wenn es keine adäquaten Angebote gibt.

Linienbedarfsverkehre können diese Mobilitätsbedürfnisse befriedigen, indem sie eine Lösung zwischen einer flexiblen, aber ineffizienten Nutzung von Privat-Pkw und dem klassischen ÖPNV darstellen. Studien zeigen, dass sich die Bevölkerung diesen neuen Mobilitätsdiensten gegenüber sehr aufgeschlossen zeigt. Dies bestätigt auch die knapp einjährige Erfahrung der STOAG mit dem On-Demand-Angebot. Mit dem erweiterten Bedienungsgebiet der Revierflitzer® ist die STOAG auf einem guten Weg. Trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen bieten On-Demand Verkehre großes Potenzial für die Zukunft der Mobilität. Das Etablieren neuer Verkehrsformen, die eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen und in das bestehende ÖPNV-Angebot integriert werden, ist mit ausschlaggebend, um die Mobilitätswende aktiv voranzubringen. Durch die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes soll eine eigene Rechtsgrundlage für diese flexiblen Bedienformen geschaffen und die neuen Mobilitätsangebote regulär zugelassen werden.

Durch die Pandemie hat die Gesellschaft einen Digitalisierungsschub erhalten. Mit erweiterten Auskunftssystemen – beispielsweise auch in punkto Fahrzeugauslastung – mit Routing, neuen Ticketmodellen und der Digitalisierung des Vertriebs besteht die Chance zum Abbau von Nutzungshürden. Der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr wird auch für diejenigen vereinfacht, die der Nutzung von Bus und Bahn distanziert gegenüberstehen. Auch Datengrundlagen für eine optimierte Planung lassen sich durch die Nutzung digitaler Endgeräte leichter erzeugen.

Mit der Direktvergabe, mit der die STOAG durch den Rat der Stadt bis Ende 2029 mit der Erbringung der Verkehrsleistung in Oberhausen betraut worden ist, hat die STOAG die nötige Planungssicherheit für den Ausbau weiterer Mobilitätsangebote.

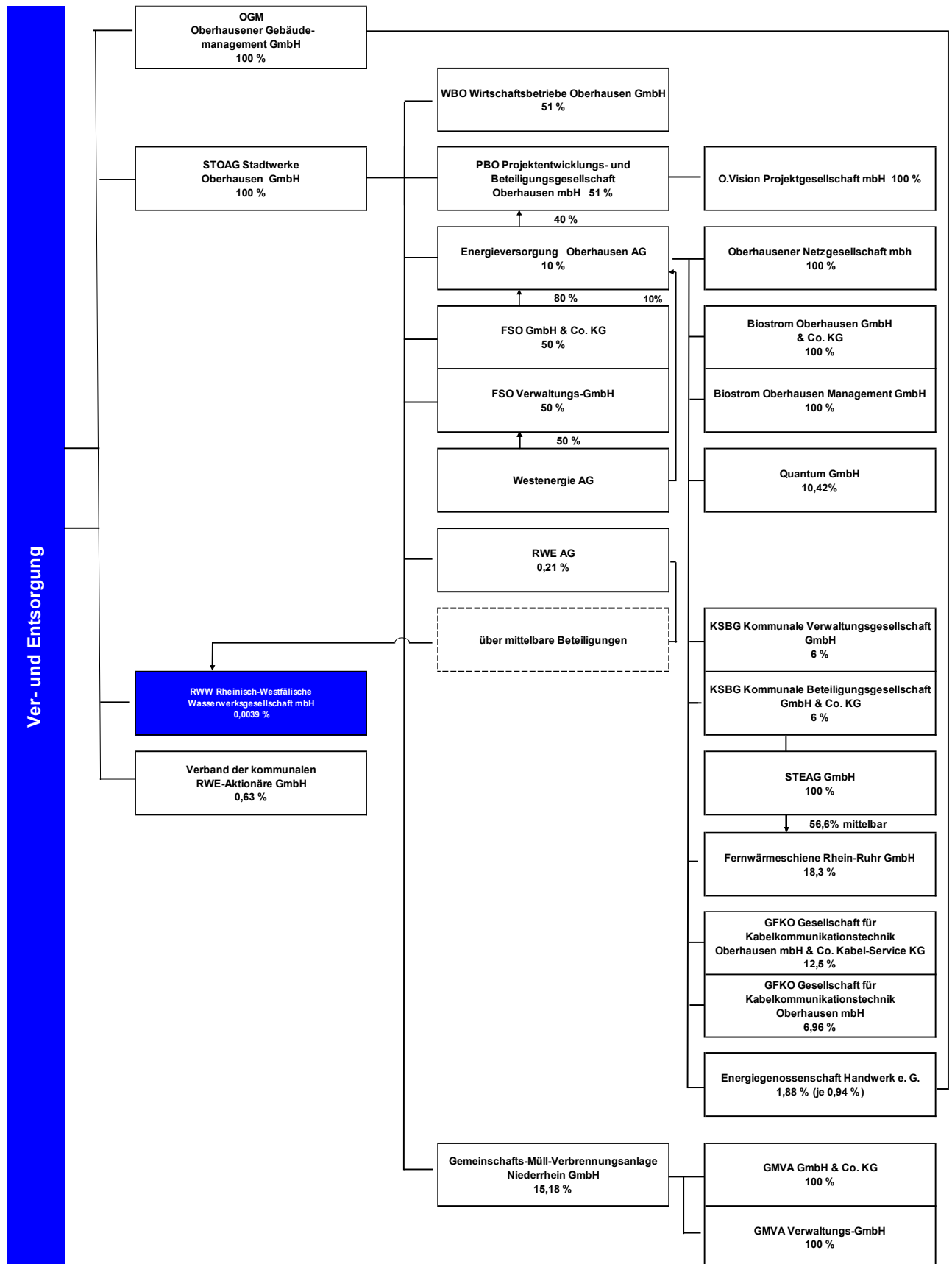
7. Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die STOAG grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 15. März 2021

Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Werner Overkamp
Geschäftsführer



RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon 0208/ 44331
Fax 0208/ 4433233
e-Mail rww@rwe.com
Internet www.rww.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00
Westenergie Aqua GmbH	12.272,45	79,78

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Dr. Schulte, Franz-Josef

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Flore, Manfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Reiche, Katherina
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	stellv. Vorsitzender	Buchholz, Marc
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Dr. Sanfleber, Martina
	Mitglied	Bunte, Thorsten
	Mitglied	Dr. Fritzen, Wolfgang
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Trapka, Alexander

Prokura:	Prokurist	Roggatz, Rainer
	Prokurist	Dr. Grotelüschen, Henning

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,16
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	120.356,28	64,8	124.684,25	63,2	126.323,79	62,6	1.639,54	1,31
Umlaufvermögen	65.387,75	35,2	72.524,31	36,8	75.433,23	37,4	2.908,92	4,01
Rechnungsabgrenzungsposten	29,98	0,0	27,60	0,0	39,88	0,0	12,28	44,49

Bilanzsumme	185.774,01	100,00	197.236,17	100,00	201.796,89	100,00	4.560,72	2,31
--------------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	-----------------	-------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	77.574,05	41,8	78.547,05	39,8	76.538,21	37,9	-2.008,84	-2,56
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.935,56	3,2	6.087,50	3,1	6.384,43	3,2	296,93	4,88
Rückstellungen	96.203,03	51,8	104.670,00	53,1	109.456,22	54,2	4.786,22	4,57
Verbindlichkeiten	6.059,80	3,3	7.931,62	4,0	9.398,04	4,7	1.466,42	18,49
Rechnungsabgrenzungsposten	1,57	0,0			20,00	0,0	20,00	

Bilanzsumme	185.774,01	100,00	197.236,17	100,00	201.796,89	100,00	4.560,72	2,31
--------------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	119.215,80	119.758,55	125.131,41
andere aktivierte Eigenleistungen	486,59	735,89	489,63
sonstige betriebliche Erträge	2.474,59	5.319,09	914,05
Materialaufwand	32.090,08	33.755,63	36.538,33
Personalaufwand	32.848,95	34.258,01	34.770,73
Abschreibungen	8.028,29	8.231,50	7.772,25
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.859,81	27.184,04	27.932,19
Erträge aus Beteiligungen	344,52	315,42	280,17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	532,99	33,78	25,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.351,38	7.910,94	11.075,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.875,98	14.822,60	8.751,10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.782,34	6.849,59	3.759,94
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5.093,64	7.973,00	4.991,16
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.093,64	7.973,00	4.991,16

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,27	6,66	3,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,03	11,30	6,98	%
Cash-Flow:	13.121,94	16.204,50	12.763,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	307,75	312,19		T€
Personalaufwandsquote:	26,89	27,23	27,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,43	61,98	61,33	%
Eigenkapitalquote:	41,76	39,82	37,93	%
Fremdkapitalquote:	58,24	60,18	62,07	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserversorger – gemessen an der Trinkwasserabgabe (m³) – zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 700.000 Einwohner als Direktversorger mit Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 120.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW Flusswasserwerke. Diese liefern Trinkwasser, ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung, durch den Einsatz eines mehrstufigen Aufbereitungsprozesses. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halte Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW zudem mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht (einschließlich Revision), Personal, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung. Die Organisationseinheit Arbeitssicherheit/Umweltmanagement ist der Geschäftsführung als Stabsfunktion zugeordnet.

Westenergie Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind die weiteren Gesellschafter des Unternehmens und in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW).

Managementseitig geführt wird RWW von der Westenergie AG, Essen.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das hydrologische Jahr (auch Abflussjahr oder Wasserwirtschaftsjahr) weicht vom Kalenderjahr ab. Es beginnt am 1. November und endet am 31. Oktober.

Der Winter 2019/2020 war in NRW der zweit wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Mit einer Niederschlagssumme 286 l/m² wurde der langjährige Winter-Mittelwert von 223 l/m² übertroffen und brachte somit keine weitere jahreszeitliche Verknappung der Niederschläge.

Mit einer Durchschnittstemperatur von 5,2 °C wurde der langjährige Mittelwert der internationalen Referenzperiode 1961 bis 1990 mit +1,7 °C deutlich übertroffen.

Im Frühling 2020 wurden insgesamt nur 107 mm Niederschlag gemessen, das entspricht lediglich 52% der üblichen Regengemengen der o. g. Referenzperiode (= 205 mm/m²). Der größte Teil der Niederschlagsmenge fiel im März 2020. Seit April herrschte anhaltende Trockenheit. Mit 729 Stunden so lange wie noch nie – seit Aufzeichnungsbeginn im Jahr 1951. Das langjährige Mittel der Jahre 1961 bis 1990 wurde um 65% übertroffen.

Der Sommer 2020 war warm, trocken und sonnig. Insgesamt ist ein deutlicher Trend zu wärmeren Sommern zu erkennen. Der Temperaturanstieg wird besonders deutlich, wenn die Sommertemperaturen der letzten 30 Jahre mit dem Mittelwert der Jahre 1881 bis 1910 verglichen werden. Der Temperaturanstieg liegt bei 1,4 °C.

Der Sommer 2020 war der dritte in Folge mit einem unterdurchschnittlichen Niederschlag. Es wurden 600 Sonnenstunden registriert. Seit Aufzeichnungsbeginn hat die Sonnenscheindauer im Sommer um 52 Stunden zugenommen. Das Niederschlagsdefizit des Sommers setzte sich mit 166 l/m² fort.

Auch der Herbst 2020 war sehr warm, trocken und sonnig. Nachfolgende Klimatablelle gibt die 30jährige Durchschnittstemperatur (dem Klimaatlas NRW) wieder:

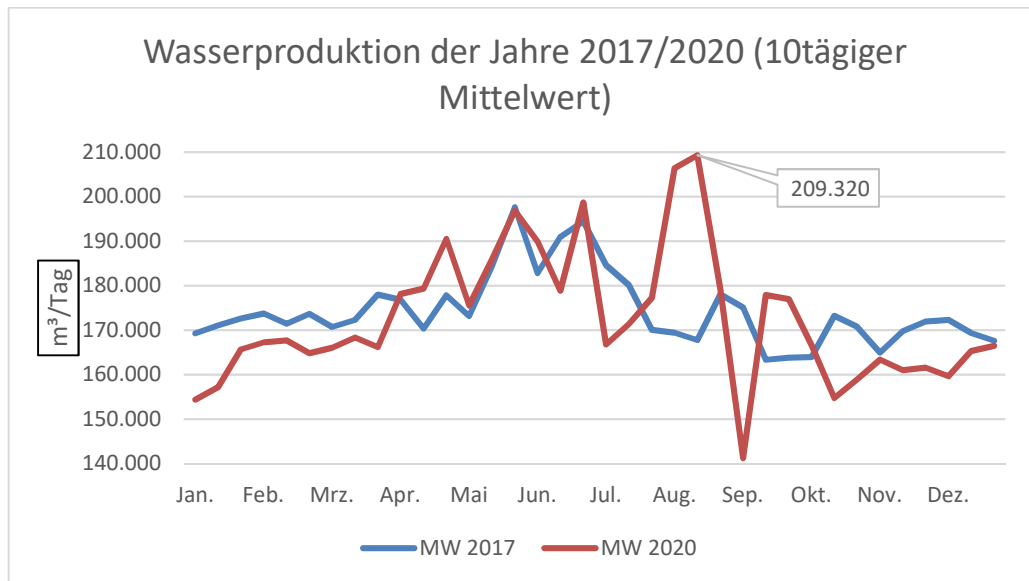
Zeitraum	1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2020
Durchschnittstemperatur	8,8 °C	9,5°C	10,1°C	11,1°C

Mit 347 Sonnenstunden lag der Herbst 2020 signifikant über dem langjährigen Mittel der Referenzperiode.

Die letzten drei warmen Jahre 2018 bis 2020 machen deutlich, dass veränderte Niederschlagsmuster, steigende Temperaturen und Verdunstungswerte sowie ein erhöhter Wasserbedarf im Sommer häufiger zu niedrigen Wasserständen und einer eingeschränkten Wasserverfügbarkeit in einzelnen Regionen Deutschlands führen können. RWW stellte auch in diesen Monaten die Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser stets sicher.

Die Förder- und Absatzsituation bei RWW wurde durch diesen Jahresverlauf beeinflusst.

Nachfolgende Grafik zeigt den Verlauf der Trinkwasserproduktion (Messwerte) der Jahre 2017 und 2020 der RWW Wasserwerke.



Die gesamte Absatzmenge 2020 von 74,5 Mio. m³ liegt mit 0,6 Mio. m³ über der Vorjahresmenge. Während sich die Verbrauchsmengen im Tariffkundensegment um 0,2 Mio. m³ reduzierten, erhöhten sich die Trinkwassermengen im Sondervertragskundensegment um 0,8 Mio. m³.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitionsmaßnahmen im Sachanlagevermögen (einschl. der Anlagen im Bau) von insgesamt 9,3 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €) lagen im Verteilnetz sowie in der Wassergewinnung und –aufbereitung mit Gesamtinvestitionen in Höhe von 8,0 Mio. €; Vorjahr: 11,2 Mio. €.

Der wesentliche Teil der Investitionen des Sachanlagevermögens einschließlich der Anlagen im Bau floss mit 5,3 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) in die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler.

RWW baut gezielt auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) die Rehabilitationsplanung auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Abgeleitete Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht.

Im Geschäftsjahr 2020 entfielen mit 2,7 Mio. € (Vorjahr 6,1 Mio. €) einschließlich der Anlagen im Bau auf Investitionen in den Bereich der Wasserwerke, u. a. in die Erneuerung der Leit- und Automatisierungstechnik, des Netzleitsystems, der Brunnenanlagen sowie in den Austausch von Förderpumpen.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:

RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2020 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich „andere Tätigkeiten“ gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Laufwasserkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschiffahrtskanal so viel Wasser, dass möglichst die drei Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde eine Strommenge von 12,6 GWh (Vorjahr: 15,1 GWh) produziert, die RWW ausschließlich im eigenen Unternehmen einsetzte. Der Rückgang der produzierten Strommenge ist im Wesentlichen auf die geringere Abflussmenge der Ruhr zurückzuführen.

Die Ausbreitung des Corona-Virus (SARS-CoV-2) wurde am 11.03.2020 von der Weltgesundheitsbehörde zu einer Pandemie erklärt. Das öffentliche, wirtschaftliche und private Leben ist zunehmend beeinträchtigt. Auf die Wasserversorgung bei RWW hatte das Corona-Virus im Geschäftsjahr 2020 keine wirtschaftlichen Auswirkungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahlen Förder- und Absatzmenge.

Betriebliches Ergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer betriebliches Ergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das betriebliche Ergebnis reduzierte sich im Geschäftsjahr um 2,9 Mio. € auf 19,8 Mio. € und liegt über Prognose- und Planniveau.

In 2020 wurden insgesamt 0,6 Mio. m³ mehr Wasser im Vergleich zu 2019 abgesetzt. Die Absatzmenge gegenüber den Tariffkunden reduzierte sich um 0,2 Mio. m³, die der Sondervertragskunden erhöhte sich um 0,8 Mio. m³.

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 9,5 Mio. € (Vorjahr: 12,7 Mio. €).

Der Rückgang des Jahresergebnisses auf 5,0 Mio. € (Vorjahr: 8,0 Mio. €) ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgender Sachverhalte:

Während die Umsatzerlöse mit 5,1 Mio. € und die geringeren Ertragsteueraufwendungen mit 3,1 Mio. € zur Verbesserung des Jahresergebnisses beitrugen, belasteten der Materialaufwand mit 2,7 Mio. € sowie die Zinsaufwendungen mit 3,2 Mio. € das Ergebnis des Berichtsjahres. Darüber hinaus reduzierten sich die sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund eines wesentlichen Ertrages im Vorjahr (4,4 Mio. €).

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2020 Mio. €	2019 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	125,6	120,5
Sonstige betriebliche Erträge	0,9	5,3
Materialaufwand	-36,5	-33,8
Personalaufwand	-34,8	-34,2
Abschreibungen	-7,8	-8,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-27,9	-27,2
Zins- und Finanzergebnis	-10,8	-7,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3,7	-6,8
Jahresüberschuss	5,0	8,0

Die Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistung) erhöhten sich um 5,1 Mio. € auf 125,6 Mio. € im Wesentlichen preisbedingt im Tariffkundensegment.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserbeschaffung der RWW:

	2020 Mio. m ³	2019 Mio. m ³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	66,4	66,1
Fremdbezug	14,5	13,1
Summe	80,9	79,2

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserabgabe der RWW:

	2020 Mio. m ³	2019 Mio. m ³
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	25,2	24,8
Betriebswasser	10,8	10,4
Summe	36,0	35,2
Tariffkunden	38,5	38,7
Gesamtsumme	74,5	73,9

Im Geschäftsjahr 2020 wurde erneut eine stabile Mengenentwicklung im Tariffkundensegment auf hohem Niveau erreicht, die durch klimatische Einflüsse bedingt war.

Die Absatzmengen gegenüber Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler zeigten, ebenso wie die des Konzernwassergeschäfts, eine leicht erhöhte Mengenentwicklung von jeweils 0,4 Mio. m³.

Die eigenerzeugte Fördermenge lag mit 66,4 Mio. m³ geringfügig über der Vorjahresmenge von 66,1 Mio. m³.

Es errechnen sich im Berichtsjahr unentgeltliche Verbräuche (Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen und Netzverluste) in Höhe von 6,2 Mio. m³ (Vorjahr: 5,3 Mio. m³).

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um 4,4 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch den im Vorjahr getätigten Grundstücksverkauf des stillgelegten Wasserwerks Dohne.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 2,7 Mio. € auf 36,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung entfällt mit 1,8 Mio. € auf die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, mit 0,3 Mio. € auf die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie mit 0,6 Mio. € auf die Energieaufwendungen. Aufgrund des geringen Wasserstands der Ruhr konnte das Kraftwerk Kahlenberg nicht die jahresdurchschnittlichen Energiemengen liefern, folglich mussten zusätzliche Mengen am Markt bezogen werden. Die Erhöhung der Energieaufwendungen ist mengen- und preisbedingt.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich geringfügig um 0,6 Mio. € auf 34,8 Mio. €. Die zum 01.01.2020 in Kraft getretene Tarifierhöhung von 3% zeigt sich bei den Lohn- und Gehaltsaufwendungen nicht belastend im Jahresvergleich, da die im Vorjahr gebildete Rückstellung für ATZ-Potentiale im Geschäftsjahr 2020 aufgelöst und durch konkrete ATZ-Fälle ersetzt wurde. Dieser Aufwand muss unter der Position sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen werden. Der Anstieg der sozialen Abgaben um 0,3 Mio. € ist einerseits auf die Tarifierhöhung und andererseits auf die Erhöhung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgrundlagen zurückzuführen.

Zum Stichtag 31.12.2020 beschäftigte RWW 431 (Vorjahr 433) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gemäß der Definition des neuen Mehrheitsgesellschafters E.ON SE werden Werkstudenten/-innen zum Personalbestand gezählt. Unter Zugrundelegung dieser Definition erhöht sich die Zahl der Beschäftigten um 7 Werkstudenten auf 438 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 440).

Es befinden sich zum Stichtag 10 Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbesellschaft geführt werden.

Die Zahl der Angestellten stieg von 221 auf 226 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 212 (Vorjahr 212) Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 16,8% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 30,8%. Am 31.12.2020 befanden sich 24 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik und Fachkraft für Wasserversorgungstechnik. RWW beschäftigte zum Jahresende 29 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 7,8 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €) geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotierten mit 27,9 Mio. € um 0,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Die Aufwendungen für Konzessionsabgaben stiegen erlösbedingt um 0,2 Mio. € an sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen um 0,8 Mio. €. Der Anstieg der Aufwendungen ergibt sich u.a. durch höhere IT-Dienstleistungsaufwendungen sowie durch die Zuführungen zur Rückstellung Altersteilzeit (Aufstockungszahlungen). Entlastend wirkten sich u.a. geringere Aufwendungen gegenüber Zeitarbeitsfirmen sowie geringere Instandhaltungsaufwendungen an Gebäuden aus.

Das Zins- und Finanzergebnis verschlechterte sich um 3,2 Mio. €. Diese Ergebnisreduktion ist der Saldo aus geringeren Erträgen aus der Marktbewertung des CTA in Höhe von 4,4 Mio. €, geringere Zinserträge in Höhe von 0,3 Mio. € sowie geringere Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Abzinsungssatz Berichtsjahr 2,30%; Vorjahr: 2,71%). Die Beteiligungserträge blieben mit 0,3 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die Steuerquote, definiert als Quotient aus dem Ertragssteueraufwand und dem Vorsteuerergebnis, beträgt 43,0% (Vj. 46,2%).

Finanzlage

Zwischen der RWW und der E.ON SE ist eine Vereinbarung über die Errichtung eines Zerobalancing-Verfahrens (= automatisches Saldenübertragungsverfahren) verbunden mit einem konzerninternen Clearing geschlossen worden. Der Vertrag umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2020 waren insgesamt 62,0 Mio. € (Vorjahr 60,4 Mio. €) bei der E.ON SE angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Anstieg des Finanzmittelfonds um 1,6 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2020 Mio. €	2019 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,0	19,9
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-9,4	-8,1
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-7,0	-7,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1,6	4,8

Der Rückgang des Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit um 1,9 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgend aufgeführter, zahlungsrelevanter Veränderungen:

- Jahresüberschuss (-3,0 Mio. €),
- Rückstellungen (-3,7 Mio. €),
- Saldo aus Gewinnen und Verlusten aus Anlagenabgängen (+4,4 Mio. €),
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und sonstigen Vermögensgegenständen (+0,7 Mio. €),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber den verbundenen Unternehmen (-0,3 Mio. €).

Der Cash flow aus Investitionstätigkeit reduzierte sich um 1,3 Mio. € auf -9,4 Mio. €. Im Wesentlichen bedingt durch geringere Einzahlungen des Anlagevermögens (-4,5 Mio. €) bei gleichzeitiger Reduktion der Investitionen (+3,2 Mio. €).

Da sich die Ausschüttungen des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr nicht veränderten, blieb der Cash flow aus Finanzierungstätigkeit bei -7,0 Mio. €.

Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 5,5 Mio. € und unterschreitet somit deutlich das Ziel von maximal 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2020 Mio. €	31.12.2019 Mio. €
Anlagevermögen	126,3	124,7
Umlaufvermögen (einschl. aktive Rechnungsabgrenzung)	75,5	72,5
Bilanzsumme	201,8	197,2
Eigenkapital	76,5	78,5
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,4	6,1
Rückstellungen	109,5	104,7
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	9,4	7,9
Bilanzsumme	201,8	197,2

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Mio. € auf 201,8 Mio. €. Auf der Aktivseite im Wesentlichen bedingt durch das mit 1,6 Mio. € erhöhte Anlagevermögen, höhere Cashpool-Bestände (1,6 Mio. €) sowie durch erhöhte Steuererstattungsansprüche (0,9 Mio. €), auf der Passivseite hauptsächlich durch die weitere Erhöhung der Pensionsrückstellungen (4,3 Mio. €).

Das Anlagevermögen nahm um 1,6 Mio. € auf 126,3 Mio. € zu: Gesamtinvestitionen von 9,6 Mio. €, Nettoabgängen von 0,2 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 7,8 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

	31.12.2020 Mio. €	31.12.2019 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,2	0,1
Grundstücke und Bauten	0,0	0,0
technische Anlagen und Maschinen	2,7	6,2
Rohrnetz und Wasserzähler	5,3	5,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,2	1,3
Finanzanlagen	0,2	0,1
	9,6	12,8

Das Eigenkapital des Berichtsjahres minderte sich um 2,0 Mio. € auf 76,5 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch den um 3,0 Mio. € geringeren Jahresüberschuss bei gleichzeitigem Anstieg der Gewinnrücklagen um 1,0 Mio. €.

Die Rückstellungen erhöhten sich um 4,8 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch die Entwicklung der Pensionsrückstellung. Aufgrund der weiter fortschreitenden Zinsschmelze erhöhte sich diese Rückstellung nach Saldierung des CTA um 4,3 Mio. €. Der Marktwert des CTA entlastete das Vorsteuerergebnis mit 2,2 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss von 5,0 Mio. € aus.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich weiter auf 37,9% (Vorjahr 39,8%).

3. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement der Westenergie AG eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft Westenergie abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden zwecks transparenter Dokumentation und Risiko-Steuerung in einem Katalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig und mindestens zweimal jährlich, um den Risikokatalog entsprechend zu inventarisieren und zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Ersatz- und/oder Neuinvestitionen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision verfolgte in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen. Identifizierte Chancen mit Wesentlichkeitscharakter sind zum Teil bereits in der Mittelfristplanung der RWW enthalten.

Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. RWW hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen. Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen. Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenpapiere. Die Anlage erfolgt in verschiedenen Regionen. Aus der Anlage in Aktien soll langfristig eine Risikoprämie gegenüber Rentenanlagen erzielt werden. Um zusätzlich möglichst gleichmäßig hohe Erträge zu erreichen, wird auch in Produkte investiert, die im Zeitablauf relativ gleichmäßig positive Erträge erzielen sollen. Ein Asset Management Committee beschließt die Anlagestrategie in Bezug auf das Treuhandvermögen. Dennoch bestehen kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.

Schadenshöhe					
					Eintrittswahrscheinlichkeit
existenzbedrohend $\geq 50\%$ EK	H!	H!	H!	H!	
kritisch $> 50\%$ BE	B/H	H!	H!	H!	
schwerwiegend $> 20\%$ BE	B/H	B/H	H!	H!	
mittel $> 10\%$ BE	Ü	B/H	B/H	H!	
gering $< 10\%$ BE	Ü	Ü	B/H	B/H	
	niedrig >1 bis $\leq 10\%$	mittel >10% bis $\leq 20\%$	hoch >20% bis $\leq 50\%$	sehr hoch >50% bis $\leq 100\%$	

H!...aktueller Handlungsbedarf; B/H...beobachten, ggf. handeln; Ü...überwachen

EK...Eigenkapital nach HGB; BE...betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2021 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

Das Corona-Virus hatte keine negativen wirtschaftlichen Auswirkungen im Geschäftsjahr 2020. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch zukünftig nicht der Fall sein wird. RWW führt regelmäßig Risikobewertungen durch, da sich die aktuelle Lage als sehr dynamisch abzeichnet. Die Situation muss regelmäßig neu bewertet werden. Die Qualität des Trinkwassers ist nicht durch das Virus beeinträchtigt. Folglich ist das Trinkwasser, das unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik gewonnen, aufbereitet und verteilt wird, sehr gut gegen alle Viren, einschließlich der Corona-Viren geschützt.

4. Prognosebericht

Neue EU-Trinkwasserrichtlinie

Nachdem die EU-Trinkwasserrichtlinie vom Ministerrat und dem Europäischen Parlament am 15.12.2020 angenommen wurde, steht nun die Umsetzung ins deutsche Recht an. Diese Umsetzung muss bis zum 12.01.2023 ins nationale Recht erfolgen. Somit kann die mehr als 20 Jahre alte EU-Trinkwasserrichtlinie erneuert werden.

Die Richtlinie verschärft einerseits Grenzwerte für Schadstoffe im Trinkwasser (wie z. B. Blei oder Per- und Polyfluoralkylsubstanzen) und führt Obergrenzen für endokrine Disruptoren ein, also hormonell wirksame Substanzen. Andererseits wird eine „Beobachtungsliste“ eingeführt, die es ermöglichen soll, flexibler auf neue Erkenntnisse über potenziell schädliche Stoffe zu reagieren. Umwelthormone, Arzneimittel und Mikroplastik sollen nicht ihren Weg ins Trinkwasser finden und die Gesundheit des Menschen gefährden.

Die Richtlinie soll im europäischen Rahmen die Sicherheit der Verbraucher verbessern, indem das chemische Monitoring erweitert wird und zukünftig eine Risikobewertung und ein Risikomanagement für die Einzugsgebiete von Entnahmestellen von Wasser durchgeführt werden.

Ziel der Umsetzung muss es sein, einen unverhältnismäßigen, bürokratischen Aufwand für die Wasserwirtschaft zu vermeiden. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Anspruch vom nationalen Gesetzgeber eingehalten wird.

Strategie

Infolge des gesellschaftlichen Wandels, aber vor allem auch infolge des Klimawandels und den damit verbundenen Entwicklungsdynamiken verändern sich die Anforderungen auch an RWW. Die Nachhaltigkeitsdebatte und die Versorgungssicherheit haben durch die Corona-Pandemie einen weiteren - im Sinne von RWW auch durchaus richtigen - Wertewandel bewirkt (u. a. Nachhaltigkeit versus Preis). Die Veränderungen der Branche sind allorts zahlreich und bergen zugleich Chancen aber auch Risiken. Diese hat RWW in Bezug auf das eigene Unternehmen im Rahmen des Strategieprozesses im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres analysiert und entsprechende strategische Handlungsfelder festgelegt bzw. bereits in der Vergangenheit erarbeitete Handlungsfelder entsprechend nachgeschärft, um die Zukunft des Unternehmens weiterführend zu gestalten und gleichzeitig die vorhandenen Unternehmensressourcen richtig und effizient einzusetzen.

Als kapitalintensives Unternehmen und dem Anspruch der Nachhaltigkeit entsprechend liegt der Fokus der Strategie auf dem Asset-Management. Strategisch planen und entsprechend investieren, langfristige Investitionsprogramme entwickeln und in eine Nachhaltigkeitsstrategie integrieren sind die Ziele, an denen RWW sich, neben einem Ergebnis auf konstant gutem Niveau, in den nächsten Jahren messen lassen will.

RWW wird auch in den kommenden Jahren den größten Teil des Umsatzes mit dem Wassergeschäft generieren. Allerdings gilt es, im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens neue Produktfelder und Geschäftsmodelle zu ergänzen bzw. zu erschließen. Ein Fokus wird hierfür u. a. der Wasserzähler als Schnittstelle zum Kunden sein.

Effektivität und Effizienz

RWW wird sich künftig noch intensiver die Frage stellen, ob sie „die richtigen Dinge richtig macht“. Hierfür wird die Aufgabenverteilung im Unternehmen überdacht, neue Gestaltungsspielräume und -möglichkeiten von Eigenverantwortung und -initiative überprüft und Methoden und Mittel der Digitalisierung zunutze gemacht. Mit einem integrierten Managementsystem (IMS), das sich aktuell im Aufbau befindet, wird RWW ein Instrument zur Verfügung stehen, das die Steuerung des Unternehmens verbessert.

Kultur- und Personalentwicklung

Mit dem Format „Botschafter“, werden RWW-Kulturthemen ausgehend vom Projekt „RWW 2020“ weiterentwickelt. In vier Botschafter-Teams erarbeiten RWWler Maßnahmen zu den Kulturthemen Veränderung, Zusammenarbeit, Anerkennung und Entscheidung und bringen diese ins Unternehmen z. B. durch Lunch & Learn Formate, Methodenkoffer, Kollegenarenen, Gastvorträge, Lob- und Feedbackkarten, Etablierung von Besprechungs-Scouts. Einbezogen in die Kultur- und Personalentwicklung sind alle Unternehmensebenen. Die kontinuierliche Befähigung der Führungskräfte wird insbesondere durch das Entwicklungsprogramm „Führung, die Kreise zieht“ sowie einer Workshopreihe für das Führungsteam gefördert.

Demographie

In den kommenden Jahren wird eine nennenswerte Anzahl von qualifizierten Mitarbeitern in den Ruhestand gehen. Somit wird sich das Angebot an qualifizierten Fach- und Führungskräften bei RWW in den nächsten Jahren verknappen. Den zukünftigen Fach- und Führungskräftebedarf sichert RWW durch die stetige Verbesserung der Ausbildung von Nachwuchskräften (Berufsausbildung, Praktika für Schüler und Studenten, Durchführung von Praxissemestern, Begleitung von Bachelor- und Masterarbeiten) sowie vorausschauender Personalplanung und Ableitung zielgerichteter Personalmaßnahmen z. B. in den Bereichen Recruiting und Mitarbeiterentwicklung. Die Digitalisierung gilt weiterhin als große Chance. Zudem sind die Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Belegschaft wesentlich. Dies wird unterstützt durch die zielgerichtete Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Ausblick

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebliches Ergebnis von ca. 22,3 Mio. € angestrebt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiterentwickelt und somit seine Marktposition ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 71,0 Mio. m³.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten fortschreitet und damit den Jahresüberschuss durch hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zukünftig wieder belastet.

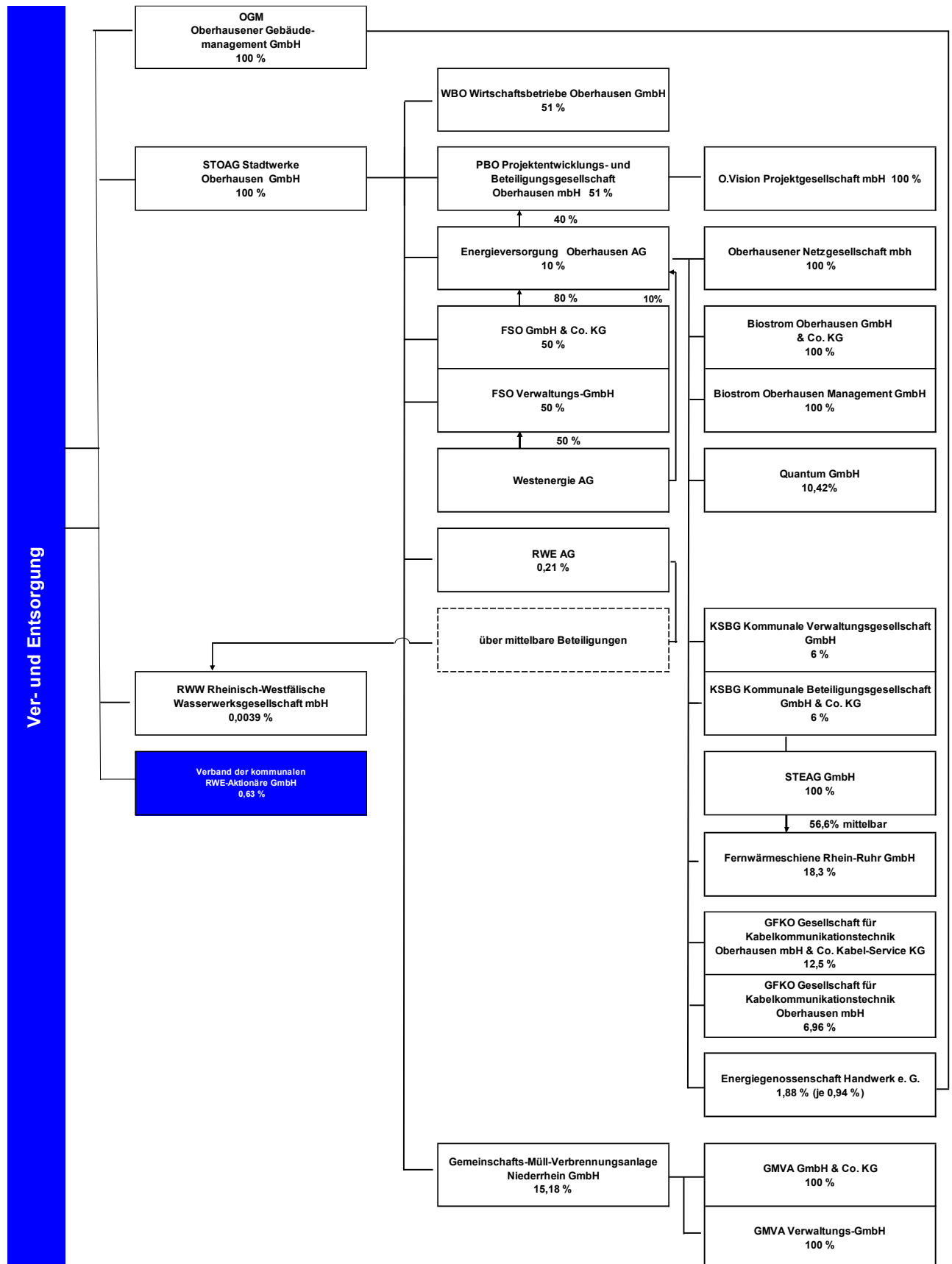
Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von 14,0 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen sowie verschiedene Sondermaßnahmen (u. a. Automatisierung der Wasserwerke).

Die Geschäftsführung geht von einer Dividendenzahlung für 2021 in Höhe von 7,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 09. Februar 2021

**RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH**

Die Geschäftsführung



VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 221377
Fax 0201/ 222974
e-Mail info@vka-rwe.de
Internet www.vka-rwe.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Versorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
Geschäftsführer	Ottmann, Peter

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Schranz, Daniel

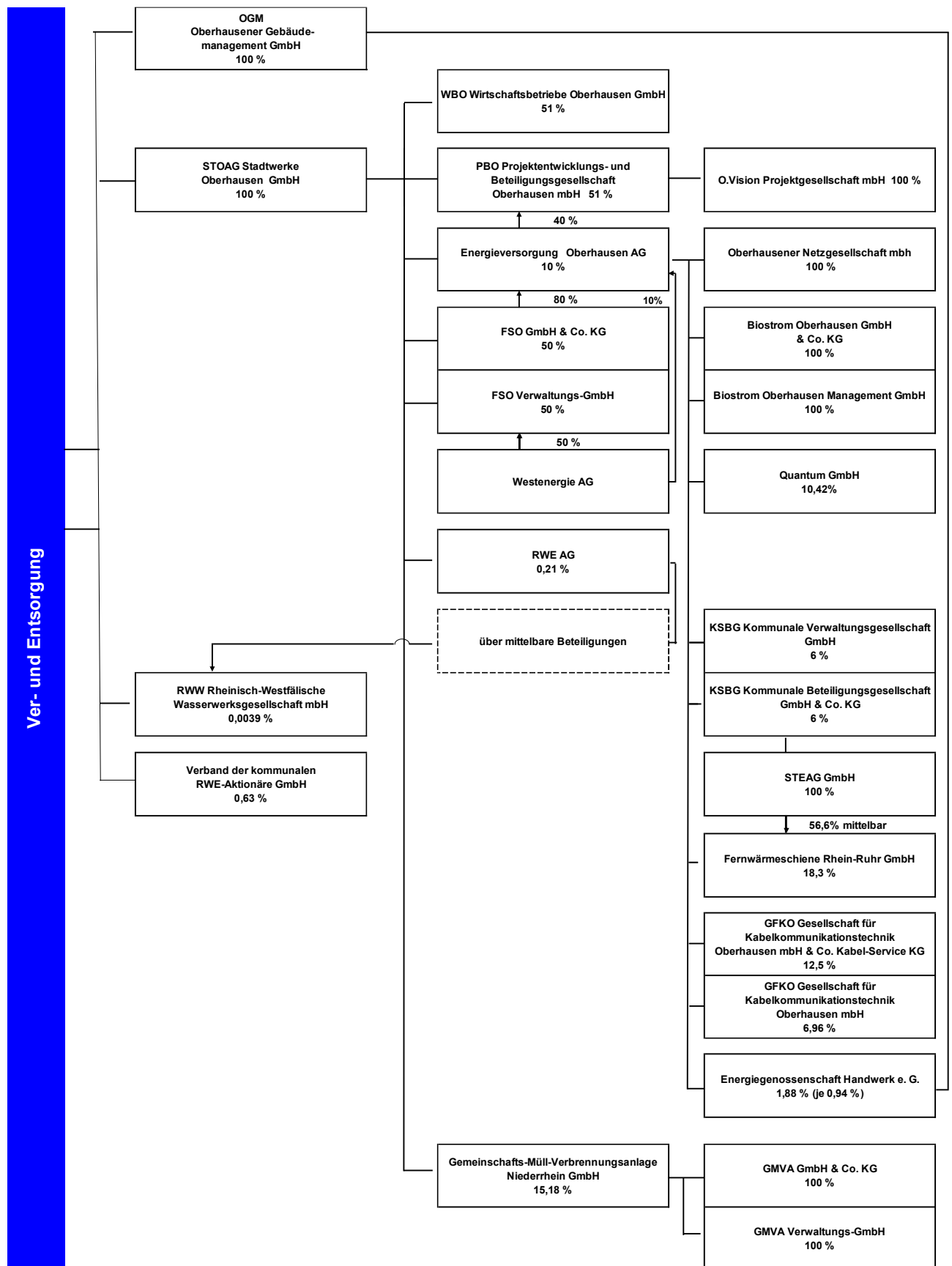
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Geisel, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Schartz, Günther
	2. stellv. Vorsitzender	Bertram, Rudi
		sowie weitere 10 Mitglieder

Prokura:	Berndmeyer, Günter
	Roßberg, Judith

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -





WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 8587-30
Fax 0208 / 8578-404
e-Mail info@wbo-online.de
Internet wbo-online.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen

- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen

- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalstellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Kußel, Andreas

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
---	----------	-----------------

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Jehn, Michael
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Tschentscher, Stefan
	Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Dresen, Marga
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	Althoff, Claudia
	Mitglied (AN)	Froese, Anke

c) Beteiligungen

unmittelbar

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

T€	%
12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
11.593,58	33,4	11.806,94	34,9	11.839,31	30,4	32,37	0,27
23.114,19	66,6	21.992,86	65,1	27.144,19	69,6	5.151,33	23,42
8,31	0,0			8,91	0,0	8,91	

Bilanzsumme

34.716,08	100,00	33.799,80	100,00	38.992,41	100,00	5.192,61	15,36
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	--------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5.721,12	16,5	5.724,19	16,9	5.893,90	15,1	169,71	2,96
4.439,59	12,8	4.527,82	13,4	4.832,90	12,4	305,08	6,74
24.555,37	70,7	23.547,79	69,7	28.265,60	72,5	4.717,81	20,04

Bilanzsumme

34.716,08	100,00	33.799,80	100,00	38.992,41	100,00	5.192,61	15,36
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Gewinnvortrag/Verlustvortrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
50.616,34	50.553,99	48.433,28
-1.477,40	-1.652,32	4.222,70
1,57	25,56	12,68
512,82	392,19	630,92
17.960,12	16.314,85	19.279,80
21.649,15	22.627,85	23.329,26
1.509,62	1.675,66	1.817,25
1.876,80	2.015,17	1.930,92
0,00		2,50
0,00		
35,05	25,28	11,46
6.622,60	6.660,61	6.933,38
2.405,08	2.431,27	2.534,72
81,19	86,28	88,95
4.136,33	4.143,07	4.309,71
4.394,98	4.141,30	4.144,37
4.390,00	4.140,00	4.140,00
4.141,30	4.144,37	4.314,08

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,17	8,20	8,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	261,82	262,25	272,80	%
Cash-Flow:	5.645,94	5.818,73	6.126,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	131,36	129,45	137,02	T€
Personalaufwandsquote:	43,60	45,88	43,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,09	34,66	30,24	%
Eigenkapitalquote:	16,48	16,94	15,12	%
Fremdkapitalquote:	83,52	83,06	84,88	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2020 schließt mit einer Gesamtleistung von T€ 53.300 ab, was einem Anstieg gegenüber Vorjahr in Höhe von 8,1 % entspricht. Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	48.433	50.554	-2.121	-4,2
Bestandsveränderungen	4.223	-1.652	5.875	-355,6
Aktivierte Eigenleistungen	13	25	-12	-50,0
Sonstige betriebliche Erträge	631	392	239	61,0
Gesamtleistung	53.300	49.319	3.981	8,1

Die Umsatzerlöse liegen um 4,2 % unter dem Niveau des Vorjahres. Hierbei sind zwei gegenläufige Effekte zu beobachten. Zum einen gibt es eine positive Entwicklung beim Leistungsvertrag und den anderen Umsätzen mit der Stadt Oberhausen. Zum anderen fallen die Umsätze aus dem Kanalbauprogramm und den sonstigen Umsätzen mit Dritten geringer aus als im Vorjahr.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um T€ 5.029 (Vorjahr: Verringerung um T€ 1.733). Gemeinsam mit den Bestandsverringerungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von T€ -806 ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von T€ 4.223.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 385, Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von T€ 95, Versicherungserstattungen in Höhe von T€ 84 sowie Bonuserstattungen enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Leistungsvertrag Stadt OB	31.141	30.522	619	2,0
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	4.870	3.260	1.610	49,4
Sonderbauprogramme Stadt OB	5.940	9.699	-3.759	-38,8
sonstige Umsätze	6.482	7.073	-591	-8,4
Summe Umsatzerlöse	48.433	50.554	-2.121	-4,2

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 2 % überwiegend auf die vertraglich vereinbarte Preisdizierung zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 49,4 % gestiegen, was insbesondere auf die Umsätze des Betriebs Kanäle und Straßen für die Bebauungspläne Rechenacker- Samlandstraße und Lilienthalstraße zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 38,8 % gesunken. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestandsveränderungen für die Kanalbaumaßnahmen ergibt sich jedoch insgesamt eine Steigerung der Leistungen für die Sonderbauprogramme in Höhe von 37,7 % zum Vorjahr.

	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	5.940	9.699	-3.759	-38,8
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	5.029	-1.733	6.762	-390,1
Leistungen Sonderbauprogramme	10.969	7.966	3.003	37,7
davon enthaltenen Ingenieurleistungen	1.103	723	380	52,6

Die sonstigen Umsätze sind um 8,4 % gesunken. Maßgeblich haben dazu Umsatzeinbußen infolge der Pandemie - insbesondere im Bereich Abfall zur Verwertung, der Preisverfall auf dem Alttextilienmarkt sowie ein geringerer Umsatz der Kfz-Werkstatt beigetragen.

	2020	2019	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	17	-13	-76,5
Grundstücke und Bauten	118	68	50	73,5
andere Anlagen, BGA	1.361	1.620	-259	-16,0
Anlagen im Bau	373	208	165	79,3
Summe Investitionen	1.856	1.913	-57	-3,0

Die Investitionstätigkeit (T€ 1.856) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,0 % leicht verringert. Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus Fahrzeugbestellungen des Berichtsjahres, die zum Stichtag noch nicht zugegangen sind bzw. als Teilzugang unter den Anlagen im Bau abgebildet werden.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 4.143 auf T€ 4.310.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2020	2019
Umsatzrentabilität*	8,9%	8,2%
Gesamtkapitalrentabilität**	11,1%	12,3%
Eigenkapitalrentabilität***	272,8%	262,2%

* Gewinn x 100 / Umsatz

** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]

*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Infolge des gestiegenen Jahresergebnisses bei gleichzeitiger Verringerung der Umsatzerlöse erhöht sich auch die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Die Verringerung der Gesamtkapitalrentabilität trotz Steigerung des Jahresergebnisses erklärt sich aus der vergleichsweise größeren Erhöhung der Bilanzsumme infolge gestiegener Bestände an nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen.

Die leichte Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität zum Vorjahr ist Folge des gestiegenen Jahresergebnisses.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	<u>2020</u>	<u>2019</u>
Eigenkapital (T€)	5.894	5.724
Eigenkapitalquote*	15,1%	16,9%
Verschuldungsgrad**	84,9%	83,1%
Anlagendeckungsgrad***	49,8%	48,5%

* $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme [Gesamtkapital]}$

** $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme [Gesamtkapital]}$

*** $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Anlagevermögen}$

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Erhöhung des Bilanzgewinns.

Die geringere Eigenkapitalquote erklärt sich aus der gestiegenen Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr. Der Verschuldungsgrad als korrespondierende Größe erhöht sich entsprechend.

Der leicht gestiegene Anlagendeckungsgrad gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem im Verhältnis zum Anlagevermögen stärker gestiegenen Jahresergebnis.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) entwickelt sich positiv (+T€ 316). Die positive Entwicklung dieser Kennzahl gegenüber dem Vorjahr erklärt sich sowohl durch das höhere Jahresergebnis als auch durch die höheren Abschreibungen.

3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert relativ unabhängig von allgemeinen Marktentwicklungen. Grund dafür sind langfristig abgeschlossene Verträge mit der Stadt Oberhausen und deren Beteiligungsgesellschaften sowie mehrjährige Verträge mit REMONDIS.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO im Jahr 2015 einen Kündigungsverzicht für den überwiegenden Teil der Leistungsbe-
reiche des bestehenden Leistungsvertrags bis zum 30.06.2022 ausgesprochen.

Das Geschäftsjahr 2020 war von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Als systemrelevantes Unternehmen wurde kurz nach Ausbruch der Pandemie in Deutschland ein Krisenstab gebildet, um organisatorische Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Neben der Einführung von Verhaltensmaßnahmen wurde eine räumliche Trennung der Belegschaft durch Einrichtung neuer, dezentraler Standorte und der Ausweitung des mobilen Arbeitens erreicht. Es wurden zeitversetzte Arbeitszeiten eingeführt.

Zahlreiche weitere organisatorische Maßnahmen, die zwischenzeitlich von der Bezirksregierung überprüft wurden, haben dazu beigetragen, dass sich das Infektionsgeschehen innerhalb des Betriebes in Fällen von Erkrankung nicht flächendeckend ausbreiten konnte und die Leistungs- und Einsatzbereitschaft jederzeit gegeben war und bis heute ist.

Die WBO plant, den bestehenden Wertstoffhof an der Buschhausener Straße sowohl betrieblich als auch verkehrlich neu zu gestalten. Aufgrund dessen wurde von der WBO in Zusammenarbeit mit einem Verkehrsingenieurbüro eine Überplanung in Auftrag gegeben, mit dem Ziel einen auftretenden Rückstau auf das Betriebsgelände des Wertstoffhofes der WBO verlagern zu können. Eine entsprechende Analyseuntersuchung wurde durchgeführt und eine daraus resultierende Umsetzungsvariante ausgearbeitet.

Erste Maßnahmen zur Stellung des Bauantrages (z. B. Lärmemissionsgutachten, Boden-gutachten, Bombenverdachtsfläche usw.) sind in die Wege geleitet worden. Eine bauliche Umsetzung ist für das Jahr 2021 geplant.

Am Montag, dem 06.04.2020 eröffnete die WBO nebenher noch eine weitere Abgabestelle für die Bürgerinnen und Bürger aus Oberhausen an der Gabelstraße/Zum Ravenhorst. Hier können von den Bürgerinnen und Bürgern Sperrmüll, Bauschutt und Grünabfälle kostenlos abgegeben werden. Diese temporäre Annahmestelle wurde dadurch begründet, dass aufgrund der umfangreichen Baumaßnahme an der Buschhausener Straße durch Straßen NRW möglicherweise Verkehrsbehinderungen im Bereich des Wertstoffhofes entstanden wären. Die Baumaßnahme von Straßen NRW wird voraussichtlich Ende 2021 fertiggestellt.

Die Genehmigung von Seiten der Stadt Oberhausen zum Betrieb der temporären Annahmestelle Gabelstraße/Zum Ravenhorst gilt bis zum 31.12.2022.

Die Lage auf dem Markt der Alttextilien bleibt auch in Zeiten der Corona-Pandemie überaus angespannt. Der Anteil an Original-Sammelware, die dürftige Qualität der Sammelware, die eingebrochenen Absatzmärkte, gerade nach Osteuropa hin, begründet durch die Corona-Pandemie haben zu einem dramatischen Preisverfall im Alttextilmarkt geführt.

Waren noch zu Beginn des Jahres 2020 ca. 200 € je Tonne Altkleider zu erzielen, so sind unterjährig diese Preise auf nahezu 0 € eingebrochen. Die WBO hat die leistungsvertragliche Erfassung der Alttextilien im Stadtgebiet Oberhausen im Jahr 2020 vollumfänglich durchgeführt.

Überall dort, wo der Raum begrenzt ist, etwa bei dichter Wohnbebauung oder in Innenstädten, werden Müllgefäße möglicherweise schnell zum Platzproblem. An diesen Stellen kann der Einsatz von Unterflur- und Halbunterflurbehältern effektiv sein. Die WBO hat in Abstimmung mit der Stadt Oberhausen inzwischen mehrere Standorte errichtet. Diese gewährleisten u. a. einen barrierearmen Zugang für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen und bieten eine deutliche Verbesserung hinsichtlich der Sauberkeit. Die Behälter sind über die Satzung der Stadt Oberhausen erfasst. Inzwischen liegen mehrere Anfragen, vornehmlich aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft, zur Errichtung weiterer Standorte vor. Insgesamt wirkt sich diese Art der Müllaufbewahrung im Wohnumfeld positiv auf das städtische Erscheinungsbild aus und bietet somit Potenzial für die Zukunft.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels aber auch lokal drängender Herausforderungen, wie beispielsweise der Vermeidung von Fahrverboten, arbeitet WBO an einem Mobilitäts – und Energiemanagementkonzept. Hier gilt es, alternative Antriebstechniken bzw. Treibstoffe für den Fuhrpark zu finden, zu testen und einzusetzen. Energieverbräuche z.B. im Gebäudebereich zu verbessern und die Nutzung alternativer Energiequellen zu prüfen. Dies geschieht u.a. in Zusammenarbeit mit der Hochschule Ruhr-West.

So wurden inzwischen vier Elektrofahrzeuge und ein E-Bike beschafft, ein Fahrradfinanzierungsmodell für die Belegschaft entwickelt und Energieeinsparungen bei der Gebäudeenergie erzielt. In Schulungen wird eine treibstoffsparende Fahrweise trainiert und softwarebasiert an Routenoptimierungen gearbeitet. Des Weiteren wurde ein mit Erdgas (CNG) angetriebenes Müllsammelfahrzeug bestellt, welches in Kürze einsatzbereit sein wird. Finanzielle Fördermöglichkeiten für alternative Antriebe oder Nachrüstung von z.B. Abbiegeassistenzsystemen wurden in Anspruch genommen und werden fortwährend nachverfolgt.

Das Thema Digitalisierung wurde auch im Geschäftsjahr 2020 weiter vorangetrieben. So startete die Einführung eines Betriebsführungssystems im Betrieb Kanäle und Straßen, kombiniert mit einer Online-Planauskunft für Dritte. Die bereits vor Ausbruch der Pandemie begonnene Digitalisierung von Prozessen hat bei der Ausweitung der mobilen Arbeit geholfen. Weitere Prozesse sind bereits identifiziert, die sukzessive angepasst werden und damit weitere Chancen für eine effiziente Ablaufgestaltung bieten.

Der demografische Wandel und der zunehmende Fachkräftemangel stellen auch die WBO vor neue Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, wurde ein Personalentwicklungskonzept angestoßen, mit dem geeignete Maßnahmen zur langfristigen Gegensteuerung ergriffen werden.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Die gegenwärtig kreditfinanzierten Fahrzeuge verursachen Zinsaufwendungen in Höhe von T€ 10 bis zum Jahre 2023.

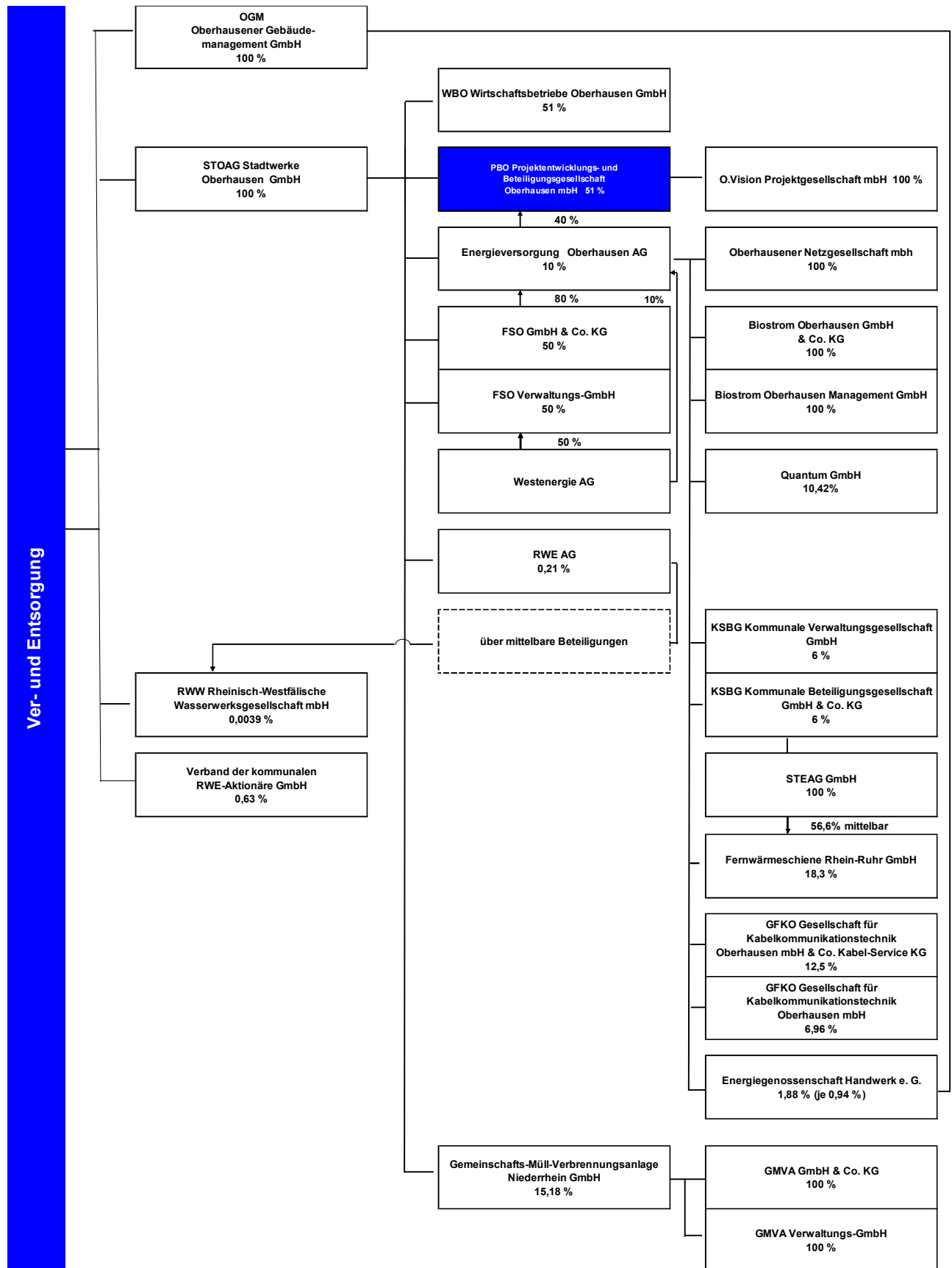
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2020. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, 18. Februar 2021

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Andreas Kußel / Karsten Woidtke
Geschäftsführung



PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5301

Fax 0208/85 03 610

e-Mail herzog.pbo@gmx.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Herzog, Stefan

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Overkamp, Werner

Aufsichtsrat: Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO) Schranz, Daniel

stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
Mitglied	Homberg, Bernd
Mitglied	Mebus, Oliver
Mitglied	Müthing, Christa
Mitglied	Overkamp, Werner
Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

T€	%
25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	3.667,97	49,3	4.884,42	61,5	4.724,80	57,8	-159,62	-3,27
Rechnungsabgrenzungsposten			0,85	0,0	0,85	0,0	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.772,65	50,7	3.059,75	38,5	3.452,27	42,2	392,52	12,83
Bilanzsumme	7.440,62	100,00	7.945,02	100,00	8.177,92	100,00	232,90	2,93
Passiva								
Rückstellungen	731,77	9,8	773,94	9,7	734,77	9,0	-39,17	-5,06
Verbindlichkeiten	6.708,85	90,2	7.171,07	90,3	7.443,15	91,0	272,08	3,79
Bilanzsumme	7.440,62	100,00	7.945,02	100,00	8.177,92	100,00	232,90	2,93

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	64,71	904,75	39,50
sonstige betriebliche Erträge	0,06	0,12	
Personalaufwand			3,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	691,43	453,58	694,11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	385,56	385,57	385,57
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	125,61	123,10	113,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-366,71	713,76	-386,17
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			5,50
sonstige Steuern	0,85	0,85	0,85
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-367,56	712,90	-392,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-367,56	712,90	-392,52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-568,04	78,80	-993,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-367,56	712,90	-392,52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			39,50	T€
Personalaufwandsquote:			8,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

EAI und PBO/OVP haben den Rechtsstreit Anfang 2019 durch einen Vergleich beendet.

EAI zahlt einen Restbetrag in Höhe von ca. 1.741 T€ in 12 gleichhohen Raten, beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2020

Im Geschäftsjahr 2020 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) keine Umsatzerlöse aus dem Vergleich mit EAI erzielt, da die im Jahr 2020 erfolgten Zahlungen dem Geschäftsjahr 2019 zugeordnet werden.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2020 einen Jahresfehlbetrag von 393 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.452 T€ erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (626 T€) und Zinsaufwendungen (114 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse (40 T€ Kostenweiterberechnungen) sowie durch Zinserträge (386 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

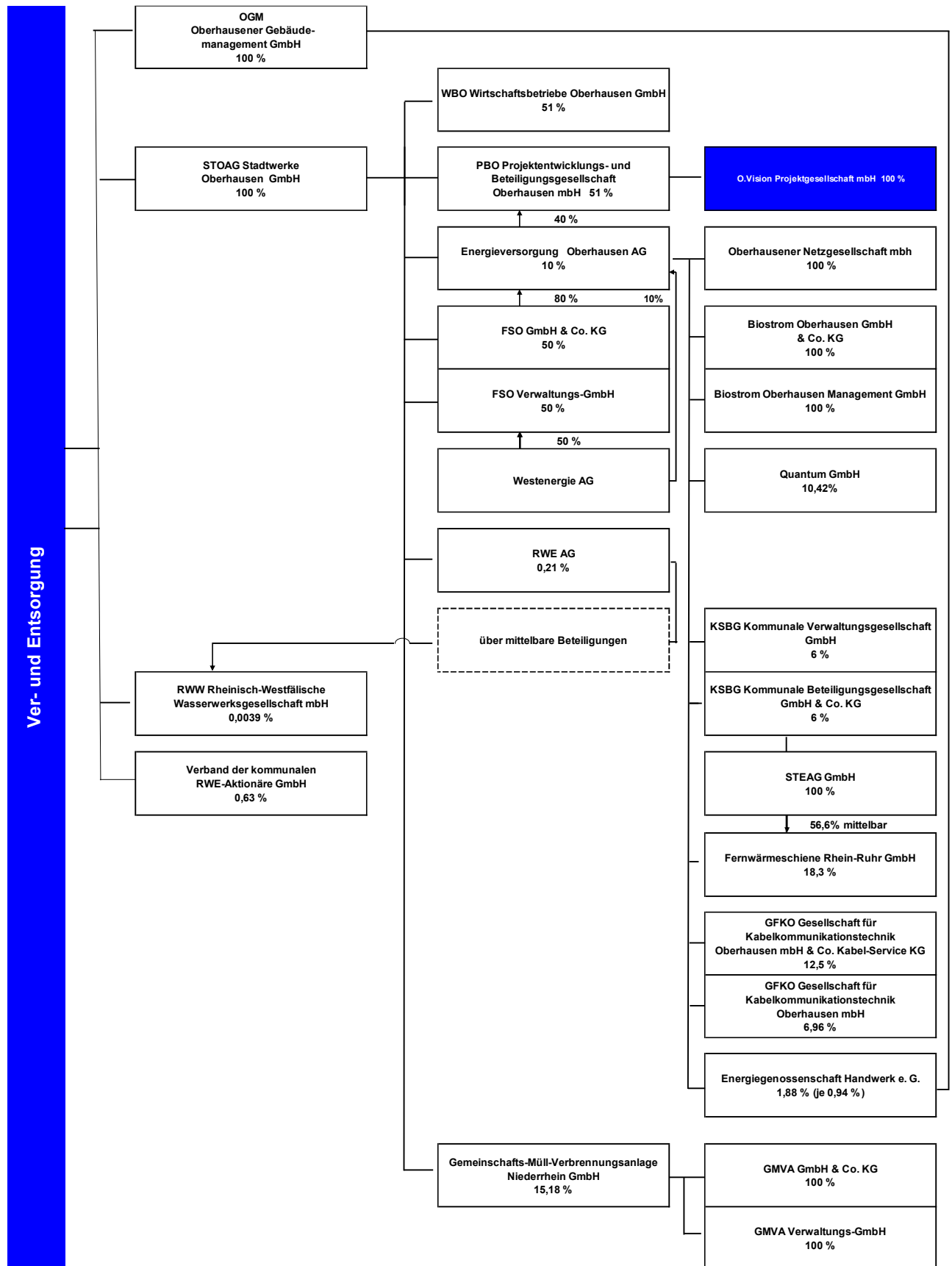
Ausblick

Die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH wird mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst. Bis zum 30.09.2021 werden Zahlungen von EAI aus dem Vergleich erwartet.

Oberhausen, 29. Februar 2021

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Stefan Herzog
Geschäftsführer



OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/ 835 5301
Fax 0208/ 85 03 610

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Herzog, Stefan

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.122,15	9,5	3.064,70	13,4	3.140,86	13,5	76,16	2,49
		0,85	0,0	0,85	0,0	0,00	0,00
20.320,53	90,5	19.793,17	86,6	20.142,37	86,5	349,20	1,76

Bilanzsumme

22.442,68	100,00	22.858,72	100,00	23.284,08	100,00	425,36	1,86
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	---------------	-------------

Passiva

Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
7,70	0,0	7,80	0,0	7,88	0,0	0,08	1,03
22.434,98	100,0	22.850,92	100,0	23.276,21	100,0	425,29	1,86

Bilanzsumme

22.442,68	100,00	22.858,72	100,00	23.284,08	100,00	425,36	1,86
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	---------------	-------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
34,16	884,34	8,65
0,11	0,14	0,00
51,44	53,10	53,83
82,47	82,47	82,47
385,56	385,56	385,56
-320,27	528,30	-348,26
0,94	0,94	0,94
-321,21	527,36	-349,20
-321,21	527,36	-349,20

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-940,25	59,63	-4.034,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-321,21	527,36	-349,20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht**Rechtsstreit EAI**

EAI und PBO/OVP haben den Rechtsstreit Anfang 2019 durch einen Vergleich beendet.

EAI zahlt einen Restbetrag in Höhe von ca. 1.741 T€ in 12 gleichhohen Raten beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2020

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2020 nicht erzielt werden, da die in 2020 erfolgten Zahlungen dem Geschäftsjahr 2019 zugeordnet werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 349 T€ resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2020 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2020 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 13,7 Mio. € sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. €. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2020 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

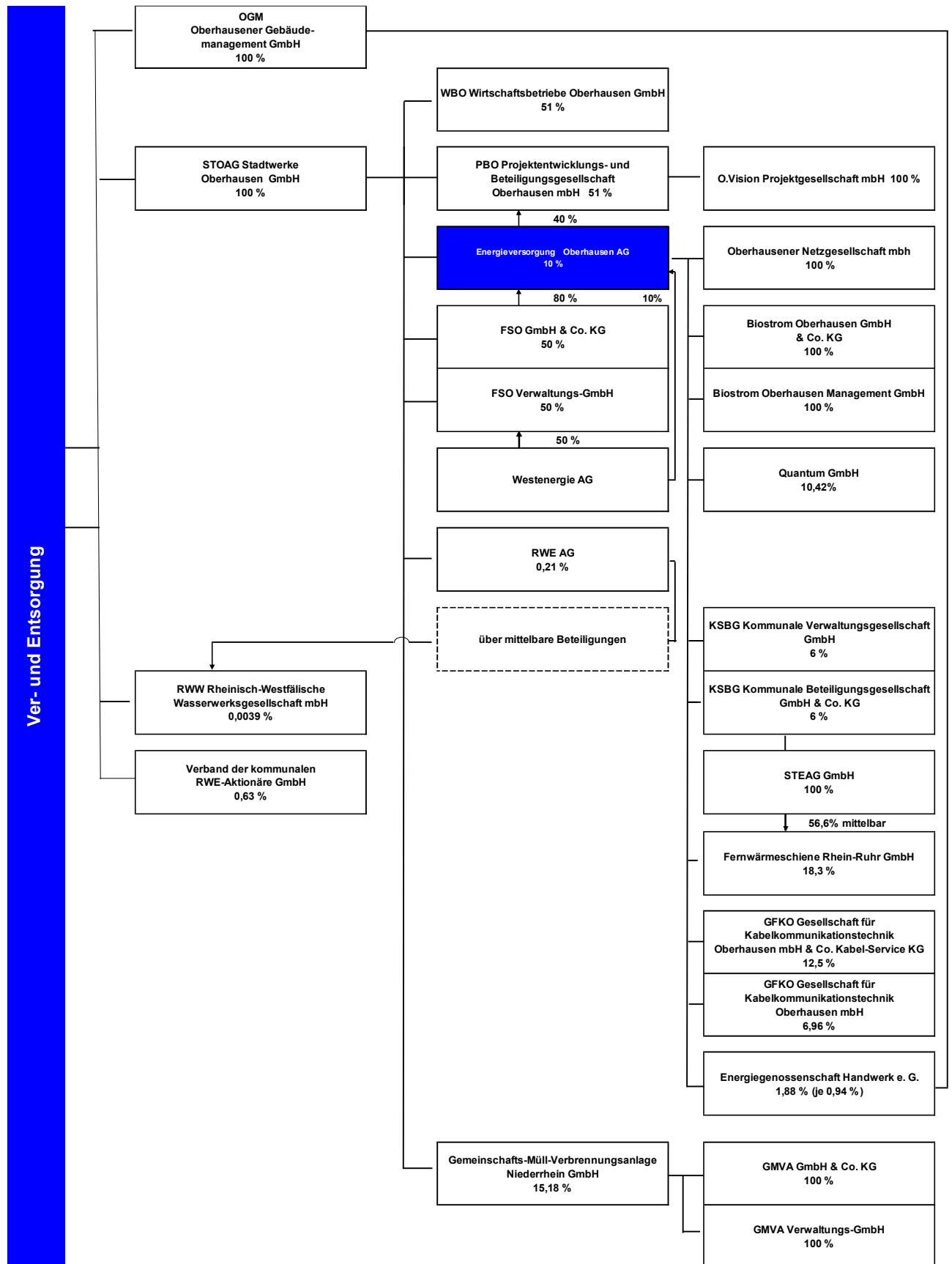
Bis zum 30.09.2021 werden weitere Zahlungen von EAI aus dem Vergleich erwartet. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

Die O.VISION Projektgesellschaft mbH wird mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Oberhausen, 21. Februar 2021

O.VISION Projektgesellschaft mbH (OVP)

Stefan Herzog
Geschäftsführer



evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0
Fax 0208/835-2697
e-Mail ervice@evo-energie.de
Internet www.evo-energie.de

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
innogy SE	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes

- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art

- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte

- die Erbringung von Dienstleistungen

- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

- Dienstleistungen erbringen;

- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

- Forschung und Entwicklung betreiben;

- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Schröder, Achim
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Teigelkamp, Frank
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef

Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
Mitglied	Bedenbecker, Nicolai
Mitglied	Bockelmann, Cosima
Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
Mitglied	Schwermer, Frank
Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
Mitglied (AN)	Püttmann, Uwe
Mitglied (AN)	Tirbs, Markus
Mitglied (AN)	Cleven, Frank

Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Basler, Christian
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	18,30	18,30
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	12,50
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	8,73
strasserauf GmbH i.L.	7,50	30,00

mittelbar

	T€	%
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	3,79	3,79
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	249,60	1,56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
130.328,73	75,2	135.212,32	73,8	135.624,93	77,3	412,61	0,31
42.956,28	24,8	47.930,80	26,2	39.589,27	22,6	-8.341,53	-17,40
70,40	0,0	78,90	0,0	127,58	0,1	48,68	61,70

Bilanzsumme

173.355,41	100,00	183.222,02	100,00	175.341,78	100,00	-7.880,24	-4,30
-------------------	---------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	------------------	--------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
35.344,99	20,4	35.344,99	19,3	35.344,99	20,2	0,00	0,00
7.481,26	4,3	7.478,19	4,1	7.603,52	4,3	125,33	1,68
46.047,79	26,6	47.376,57	25,9	43.108,55	24,6	-4.268,02	-9,01
84.151,37	48,5	79.829,19	43,6	89.284,72	50,9	9.455,53	11,84
330,00	0,2	13.193,08	7,2			-13.193,08	-
							100,00

Bilanzsumme

173.355,41	100,00	183.222,02	100,00	175.341,78	100,00	-7.880,24	-4,30
-------------------	---------------	-------------------	---------------	-------------------	---------------	------------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
199.405,92	191.033,84	181.743,45
5,56	132,04	-159,07
2,39	95,19	469,27
7.246,46	3.714,91	14.152,64
126.234,51	130.124,47	127.767,40
24.568,33	24.059,08	27.593,52
8.977,02	6.700,02	4.644,59
14.649,92	13.851,58	17.603,82
5,00	4,00	654,00
27,53	16,04	9,59
181,60	257,00	402,16
9.831,18		
4.174,03	3.874,03	10.155,63
3.400,01	3.320,09	2.941,62
15.039,45	13.323,77	6.565,45
2.832,01	3.941,47	4.296,71
194,66	193,15	193,24
	1.874,68	3.543,27
11.012,79	11.063,83	5.618,77
1.000,00	0,00	0,00
1.000,00	0,00	
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,02	4,81	1,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	33,99	26,00	5,87	%
Cash-Flow:	25.163,84	19.763,19	16.875,72	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	813,62	783,04	784,83	T€
Personalaufwandsquote:	11,89	12,34	14,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	64,85	66,21	43,79	%
Eigenkapitalquote:	20,39	19,29	20,16	%
Fremdkapitalquote:	79,61	80,71	79,84	%

e) Lagebericht**1. Unternehmen**

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die Westenergie und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der Netzgesellschaft bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt. Am Standort Alt-Oberhausen wird die nachhaltige Eigenerzeugung künftig durch zwei im Bau befindliche KWK-Gasmotoren verstärkt. Am Standort Sterkrade wird eine neue Gasturbine für die Eigenerzeugung gebaut. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals (vormals OXEA Group). Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters – der Quantum GmbH, Ratingen. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftig prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio am Absatzportfolio aus.

Zum 1.1.2020 wurde der Betriebsteil Strom- und Gasnetz im Rahmen einer Ausgliederung nach den Vorschriften des UmwG von der evo auf die OB-Netz übertragen. Hierbei wurden alle dem Betriebsteil Strom- und Gasnetz zugehörigen Assets und Schulden übertragen. Der Vorgang hat Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der evo aber auch auf die Vergleichbarkeit mit der in 2019 beschlossenen Planung für das Geschäftsjahr 2020.

In seiner außerordentlichen Sitzung am 17. Dezember 2020 hat der Aufsichtsrat beschlossen, als Nachfolger für Herrn Bernd Homberg, der sein Mandat auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 31. Dezember 2020 zur Verfügung stellt, Herrn Christian Basler - bisher Prokurist und Hauptabteilungsleiter des Bereiches Energieerzeugung - zum ordentlichen Mitglied des Vorstands für den technischen Bereich der Energieversorgung Oberhausen AG ab 1. Januar 2021 zu bestellen.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhebliche Veränderungen mit sich gebracht mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsalltag und an veränderte und angepasste Betriebsabläufe der evo.

Mit der Vorlage des Klimapaketes und des Kohleausstiegsgesetzes zeichnet sich erstmals seit bald einem Jahrzehnt eine mittelfristige Verstetigung und Konsolidierung der energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Dies geht einher mit einer Sicherung der Perspektive beim Thema KWK-Förderung und erdgasbasierter Erzeugung.

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt nimmt weiter zu. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 280 Anbietern, im Gasbereich sind es 190 (Stand Dezember 2020). Im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 274; Erdgas: 189) ist dies nochmals eine Steigerung der Wettbewerbssituation.

3. Geschäftsverlauf

Der Aufsichtsrat der evo hat am 20.11.2019 dem Budget sowie der Finanzplanung 2020 zugestimmt sowie die Mittelfristplanung 2020 (bis 2022) zur Kenntnis genommen. Die Planung 2020 berücksichtigte allerdings nicht die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die vielschichtigen Ergebnisauswirkungen in Folge der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes, welche die Vergleichbarkeit der Geschäftszahlen 2020 mit der ursprünglichen Planung erschweren.

Die Umsatzerlöse liegen in 2020 mit 181,7 Mio. € unter den geplanten Umsatzerlösen 2020 von 198,4 Mio. €. Grund hierfür ist u.a. der Wegfall der Pachtentgelte für das Strom- und Gasnetz von der OB-Netz. Die Materialaufwendungen liegen mit 127,8 Mio. € unter der Planung von 132,4 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 17,6 Mio. € über dem Planansatz von 14,0 Mio. €. Die Personalaufwendungen von 27,6 Mio. € überschreiten die Planung von 25,1 Mio. € im Wesentlichen wegen unerwartet höherer Zuführung zur Pensionsrückstellung und der Restrukturierungsrückstellung.

Gemessen an der ursprünglichen Planung für das Geschäftsjahr 2020 liegt das Ergebnis vor Gewinnabführung an die FSO KG mit 5,6 Mio. € unter dem geplanten Betrag von 11,0 Mio. €. Dieser Planansatz konnte mit einer Gewinnabführung von T€ 5.600 an die FSO in 2020 nicht eingehalten werden. Das geringere Ergebnis ist neben der Corona-Krise insbesondere auf die Abschreibung der Beteiligung an der KSBG (10,0 Mio €) und des Gesellschafterdarlehens an die KSBG (1,1 Mio €) sowie die Zuführung zu einer Rückstellung für Restrukturierung (1,5 Mio €) zurückzuführen. Gegenläufig ergaben sich Erträge aus der Hebung stiller Reserven im Rahmen der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes (7,0 Mio €).

a. Absatz- / Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Geschäftsbereichen stellt sich wie folgt dar:

3.1.1 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2020 ist der Stromabsatz der evo insgesamt um 3,8 Prozent auf 390,7 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz an Privat- und Gewerbekunden mit 284,5 GWh annähernd auf Vorjahresniveau (284,8 GWh). Der Absatzrückgang ist vor allem bei den Geschäftskunden (83,5 GWh) mit -10,7 Prozent und beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (22,8 GWh) mit -18 Prozent (Abnahmestelle eines Großkunden) zu verzeichnen.

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld, die Maßnahmen zu Energieeinsparungen der Verbraucher und Folgen der Corona-Pandemie (Lockdown) sind Ursachen für den geringeren Stromabsatz gegenüber dem Jahr 2019.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden sind zum 1. Januar 2020 im Grundpreis um 52,74 €/Jahr (Netto) angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2020 erhöht worden. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 78 Prozent zum Jahreswechsel ein Prozentpunkt unter Vorjahresniveau.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen aus dem anhaltend herausfordernden Wettbewerbsumfeld, den witterungsbedingten Einflüssen und den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres im Erdgasabsatz bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2020 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um -5,8 Prozent unter dem Wert des schon warmen Jahres 2019.

Im Geschäftsjahr 2020 ist der Erdgasabsatz insgesamt um -7,3 Prozent auf 598,4 GWh gesunken. Bei den Privat- und Gewerbekunden (555,9 GWh) liegt der Absatz mit -6,1 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden (32,5 GWh) ist der Absatz um -22,2 Prozent gesunken. Außerhalb von Oberhausen fällt der Gesamtabatz (10 GWh) im Vorjahresvergleich um -13,3 Prozent geringer aus.

Die Gaspreise der Tarifkunden sind letztmalig zum 1. Januar 2019 angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2020 marginal gesunken. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 78 Prozent zum Jahreswechsel ein Prozentpunkt unter Vorjahresniveau.

3.1.3 Vertrieb Fernwärme

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabatz (Heizwasser und Dampf) mit 395,2 GWh, bei einer Abweichung von -3,4 Prozent, unter dem des Vorjahres. Die Arbeitspreise der Fernwärmepreise wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2020 um -0,24 Cent/kWh (Netto) angepasst.

Die von der evo vertriebene Fernwärme zeichnet sich durch einen ressourcen- und klimaschonenden, zertifizierten Primärenergiefaktor von 0,13 aus. Das bedeutet, dass für 100 Prozent erzeugte Heizwärme lediglich 13 Prozent Primärenergie aufgewandt werden müssen.

3.1.4 Technische und kaufmännische Dienstleistungen und Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die FSO KG, die BSO KG, die Oberhausener Netzgesellschaft, die InfraTec Duisburg GmbH und die Stadt Oberhausen mit ihren Eigenbetrieben.

Weiterhin betreut die evo als Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH u. a.) mit Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Die Erlöse im Bereich kaufmännische Dienstleistungen haben sich im Geschäftsjahr 2020 erhöht und lagen bei T€ 1.249,4 (Vj: T€ 1.234,5). Dies ist mit vertraglich vereinbarten Preiserhöhungen, aufgrund der Tarifierung im öffentlichen Dienst, begründet.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen (EL) liegt bei 9,8 GWh (Vorjahr 9,3 GWh). Die Energielieferung ist im Berichtszeitraum um weitere 5,4 Prozent ausgebaut worden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden weiterhin große Resonanz.

3.2 Geschäftsverlauf strategische Beteiligungen

Die evo ist Partner der Stadt Oberhausen und Beteiligungsunternehmen bislang der innogy SE bzw. nun der Westenergie AG innerhalb des EON-Konzernverbundes. Unmittelbare Auswirkungen, des mit der Aufteilung der Geschäftsbereiche der innogy SE auf die RWE AG bzw. EON SE verbundenen, zumindest mittelbaren Wechsels in der Anteilseignerstruktur der evo, auf die Geschäftstätigkeit der evo hat der neue Eigentümer ausgeschlossen, solange die angestrebten Gewinnziele von 11 Mio. € pro Jahr erreicht werden. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, hält die evo – und damit auch der gesamte Konzern – verschiedene operative und strategische Beteiligungen.

Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.2.1 Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (Netzgesellschaft) ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Entwicklungen bei der Netzentgeltregulierung haben es erforderlich gemacht, der Netzgesellschaft das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen zu verschaffen (Assetübertragung). Die Begründung liegt in der Kapitalstruktur und den Bilanzrelationen der Netzgesellschaft, die bei den regelmäßigen Kostenprüfungen zu Grunde gelegt werden. Zur Vermeidung hoher administrativer Aufwendungen hat die Netzgesellschaft das Eigentum an den Energienetzen Strom und Erdgas durch eine Gesamtrechtsnachfolge erhalten. Die Übertragung ist gemäß den Regelungen des Umwandlungs- und Umwandlungssteuergesetzes sowie den Fristverlängerungen durch Corona-Hilfe-Gesetze rückwirkend zum 01.01.2020 erfolgt und regulatorisch zielführend.

Zwischen der Netzgesellschaft und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Im Geschäftsjahr 2020 hat die evo Erträge aus Gewinnabführung der OB-Netz in Höhe von 2.680 T€ vereinnahmt. Die Ergebnisabführung hat die Prognose des Vorjahres übertroffen.

3.2.2 Biostrom GmbH & Co. KG

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d.h. der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks – obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Aufgrund einer verbesserten Liquidität wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Verbindlichkeiten aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht gegenüber der evo – wie bereits in 2017 begonnen – in den nächsten Jahren weiter abgebaut werden können. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt. Mit der Ergebnisverwendung 2019 im Geschäftsjahr 2020 wurde erstmalig das Verlustsonderkonto der evo bei der BSO KG ausgeglichen, sodass laut Gesellschaftsvertrag zukünftig Gewinne ausgeschüttet werden können. Im Geschäftsjahr 2020 hat die BSO KG einen Jahresüberschuss von 648 T€ erzielt. Die Gesellschafterversammlung der BSO KG hat beschlossen, den Jahresüberschuss 2020 dem Gewinnverrechnungskonto gutzuschreiben und eine Entnahme in Höhe von 650 T€ durchzuführen. Die evo hat im Geschäftsjahr 2020 Beteiligungserträge in Höhe von 650 T€ vereinnahmt, und übertrifft damit die Vorjahresprognose.

3.2.3 Beteiligung KSBG – STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar zu 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Mit dem Erwerb der STEAG-Anteile in 2011 und 2014 wurden Erwartungen verbunden, die sich aus heutiger Sicht nicht mehr erfüllen lassen. Durch eine Vielzahl energiepolitischer Entscheidungen auf europäischer sowie nationaler Ebene und hieraus resultierende energiewirtschaftliche Entwicklungen haben sich die Rahmenbedingungen sowie Perspektiven grundlegend - und insbesondere für das STEAG-Geschäftsmodell nachteilig - verändert.

Im Jahr 2019 wurde auf Ebene der KSBG ein umfassender Refinanzierungsprozess durchgeführt, an dem sich neben den KSBG-Banken auch die Gesellschafter der KSBG beteiligt haben. Die meisten Konsorten waren sich dabei darüber einig, dass sie weitere Finanzierungsbedarfe für die KSBG/STEAG nicht erfüllen können und werden und hatten daher eine Verkaufsvereinbarung abgeschlossen mit dem Ziel, die KSBG und die KSBG-Komplementärin zu veräußern. Die Verkaufsvereinbarung ist inzwischen erfolglos ausgelaufen.

Es ist nicht gelungen, die schon seit geraumer Zeit als erforderlich angesehene Restrukturierung der STEAG-Gruppe umzusetzen und deren nachhaltige Ertragskraft sowie Ausschüttungsfähigkeit wiederherzustellen.

Dies bedeutet, dass die Veräußerung der KSBG-/STEAG-Beteiligung in einem strukturierten Prozess erforderlich ist, um zugleich die Restrukturierung der Finanzierung auf der Ebene der KSBG und der STEAG zu berücksichtigen sowie sicherzustellen. Dies erfolgt üblicherweise durch Einbindung eines branchen- und finanzierungserfahrenen Treuhänders, dessen Aufgabe es ist, die Interessen der Beteiligten zu berücksichtigen und zu einem zielorientierten Restrukturierungs- und Verkaufsprozess zusammenzuführen. Die RAG-Stiftung hat sich grundsätzlich bereit erklärt, eine solche Treuhandenschaft zu übernehmen. Die Verhandlungen und Abstimmungen sollen zeitnah abgeschlossen werden.

Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen und Perspektiven hat die evo den Buchwert der KSBG mit weiteren 9,97 Mio. € im Jahresabschluss 2020 vollständig wertberichtigt und geht davon aus, dass das Engagement im Laufe des Jahres 2021 beendet werden kann.

3.3 Entwicklung neuer Geschäftsfelder

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund stets Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt berücksichtigt. Dies zeigt sich auch im Geschäftsverlauf und der Entwicklung der neuen Geschäftsfelder, u.a. E-Roller-Sharing, Ausbau LoRaWan.

Die seit 2018 zunächst in Oberhausen angebotenen **E-Roller** sind seit Frühjahr 2019 auch in Teilen des Essener Stadtgebiets und seit 2020 zudem in Teilen von Mülheim an der Ruhr, die an Oberhausen angrenzen, verfügbar. Abhängig von Kundennachfragen wächst dabei das Geschäftsgebiet sukzessive weiter. Das Hauptaugenmerk lag in 2020 auf der Verdichtung in den bestehenden Geschäftsgebieten mittels Flottenerweiterung. Das Angebot wurde in 2020 um 157 Roller erweitert; damit hat sich die Flotte im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Die Erlöse aus dem E-Roller-Sharing konnten im Geschäftsjahr 2020 trotz der bekannten durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen gegenüber 2019 um rund 85% von 51.325 € auf 95.030 € (netto) gesteigert werden.

Als einer der ersten lokalen Energiedienstleister in NRW errichtet die evo ein flächendeckendes LoRa-Netz. **LoRaWAN**, die technische Abkürzung für „Long Range Wide Area Network“, ist ein kostengünstiges, energiesparendes und strahlungsarmes Funknetz. Es ist speziell für Anwendungen im Bereich des so genannten Internets der Dinge – Englisch „Internet of things“ geeignet. Die evo wird das LoRa-Netz zunächst für betriebsinterne Anwendungsfälle nutzen und erhofft sich hierdurch vor allem eine effizientere und kostengünstigere Datenübertragung. Für die Zukunft ist geplant, ortsansässigen Unternehmen LoRaWAN-basierte Services und Dienstleistungen anzubieten. Im Jahresverlauf wurden folgende LoRaWAN-Anwendungsfälle konzipiert und umgesetzt:

- Projekt „FlexiHeat“ in Kooperation mit Fraunhofer UMSICHT und der items GmbH (derzeit Prüfung der Förderfähigkeit im Rahmen des Programms „Spitzencluster.NRW (SPIN). Ziel ist die Digitalisierung und energetische Optimierung der Fernwärmeerzeugung und –versorgung in Oberhausen
- Fernauslesbarkeit von Fernwärme-/Wärmemengenzählern
- Leckageortung im Fernwärmenetz der evo
- Kurzschlussüberwachung an TraFo-Stationen im Stadtgebiet
- Überwachung und Analyse der Raumluft in den Besprechungsräumen der evo

Im Laufe des Jahre 2020 wurde die LoRaWAN-Infrastruktur durch die Installation zusätzlicher Gateways auf exponierten Gebäuden im Stadtgebiet verdichtet. Dies hat zu einer Optimierung der Netzabdeckung geführt. Insgesamt sind in Oberhausen aktuell zwölf LoRaWAN-Gateways in Betrieb.

4. Ertragslage

Erlöse

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken:

	€ <u>2020</u>	€ <u>Vorjahr</u>
<u>Energieverkäufe</u>		
Strom	94.221.571,68	91.548.504,03
Erdgas	31.299.468,13	33.536.076,34
Fernwärme	29.656.763,50	30.361.358,85
Energielösungen	954.365,68	1.009.857,46
	156.132.168,99	156.455.796,68
<u>Sonstige Umsatzerlöse</u>	25.611.277,98	34.578.040,28
	181.743.446,97	191.033.836,96

Die Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf an Privat- und Gewerbekunden erhöhten sich dabei um 4.769 T€ bzw. 6,5 Prozent. Ursache ist eine Preisanpassung zum 1. Januar 2020. Im Bereich Geschäfts- und Industriekunden sind die Umsatzerlöse dagegen um 1,5 Prozent gesunken. Höhere Preise konnten hier dem Mengenrückgang entgegenwirken. Die Umsatzerlöse im Bereich Vertrieb Überregional reduzierten sich um 12,6 Prozent.

Die Umsatzerlöse im Bereich Erdgasverkauf reduzierten sich um 2.237 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang ist mengenbedingt und insbesondere auf die milde Witterung zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse in der Fernwärme liegen um 2,3 Prozent unter dem Vorjahr, dies ist insbesondere bedingt durch die milde Witterung in der Heizperiode.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der Netzgesellschaft und die technischen-kaufmännischen Dienstleistungen. Aufgrund der Ausgliederung von Betriebsteilen im Bereich Strom und Gas von der evo auf die Netzgesellschaft und der damit verbundenen Beendigung der Pachtverträge Strom und Gas, sind diese stark gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 10.438 T€, hauptsächlich wegen des Ausgliederungsgewinns von 6.992 T€, höheren Auflösungen von Rückstellungen von 1.797 T€ und der Zuschreibung des Beteiligungsbuchwerts an der OB-Netz von 1.145 T€.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um T€ 2.357 auf T€ 127.767 gesunken. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen der gesunkene Gasabsatz und dadurch bedingt geringere Gasbezugskosten (T€ -2.537) und der ebenfalls gesunkene Fernwärmeabsatz mit gesunkenen Fernwärmebezugskosten (T€ -955). Dagegen stiegen die Strombezugskosten um T€ 1.430. Ursache hierfür war die Erhöhung der EEG-Umlage und der Anstieg der Netznutzungsentgelte.

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahr um T€ 3.534 auf T€ 27.594 an. Dies ist im Wesentlichen auf eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen, welche durch die Nachfolgeregelung beim Vorstand bedingt war.

Der sonstige betriebliche Aufwand erhöhte sich hauptsächlich wegen höherer Forderungsabschreibungen (T€ +3.097). Zudem belastete die Abschreibung der Beteiligung an der KSBG die Ertragslage mit 9.976 T€. Die Abschreibungen reduzierten sich um 2.055 T€, im Wesentlichen aufgrund des ausgegliederten Strom- und Gasnetzes auf die OB-Netz.

Aufgrund einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2020 mit T€ 4.297 Gewerbesteuer belastet.

Ergebnis

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss und somit eine Gewinnabführung an die FSO in Höhe von T€ 5.619, hierdurch konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten T€ 11.000 nicht erreichen. Dies ist auf verschiedene Effekte zurückzuführen: zum einen auf die Corona-Krise, zum anderen auf die Wertberichtigung der KSBG Anteile und auf gesunkene Umsatzerlöse. Dagegen haben sich die Ausgliederung des Netzvermögens und die Zuschreibung der OB Netz positiv ausgewirkt.

Tätigkeitenabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen der Ausgliederung rückwirkend zum 01.01.2020 wurde das Pachtmodell aufgelöst und alle Vermögensgegenstände in den jeweiligen Tätigkeiten des Verteilnetz Strom und Gas der OB-Netz zugeordnet.

In den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG werden die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Für die Bereiche Dienstleistung Strom und Dienstleistung Gas wurden gesonderte Tätigkeitenabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereichs zusammengefasst.

5. Vermögens- und Finanzlage

5.1 Vermögenslage/Investitionen

Die Vermögenslage in 2020 ist im Wesentlichen bestimmt durch die Übertragung des Betriebsteils Strom- und Gasnetz auf die OB-Netz. Hierdurch verminderten sich bei der evo die Assets (Sachanlagen, Immaterielle Vermögensgegenstände), gleichzeitig erhöhte sich aber der Beteiligungsbuchwert der evo an der OB-Netz (Tausch). Zudem wirkte sich die vollständige Abschreibung der Beteiligung an der KSBG mindernd auf die Finanzanlagen aus. Auf der Passivseite wirkten sich die Übertragung von Darlehen und Rückstellungen auf die OB-Netz aus, sowie die Beendigung des Schuldbeitritts mit Erfüllungsübernahme bzgl. Baukostenzuschüsse mit der OB-Netz. Hierdurch verringerte sich der Passive Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderung des Bestands an Flüssigen Mitteln wird in 5.2 Finanzlage dargestellt. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber. Zum Bilanzstichtag belief sich die Eigenkapitalquote auf 20,2 Prozent.

Zum 1. Januar 2020 wurden die Verteilungsanlagen für die Bereiche Strom und Gas sowie dazugehörige Grundstücke auf die Netzgesellschaft ausgegliedert, daher wurden auch die bei evo für 2020 geplanten Investitionen dieser Bereiche bei der Netzgesellschaft getätigt. Die Investitionen der evo beschränken sich somit auf die Heizkraftwerke, allgemeine Anlagen und das Fernwärmeverteilnetz mit seinen Anlagen. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung des Fernwärmenetzes wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen für den Bereich der Fernwärme im Vergleich zu den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände in 2020 betrug rund 24 %.

	Budget 2020 in T€	Ist 2020 in T€	Ist 2019 in T€
Investitionen	19.028	70.967	15.592
Abschreibungen	8.900	4.645	6.700

Neben den geplanten Investitionen in Höhe von T€ 8.510 für die Strom- und Wärmebereitstellung (HKWs) und die Erneuerung des Fernwärmenetzes (T€ 4.275) sah das Investitions-Budget 2020 weitere Anschaffungen im Bereich der gemeinsamen Anlagen von T€ 6.243 vor. Die Abweichung Budget 2020 -Ist 2020 bei den Investitionen liegt an der Erhöhung des Beteiligungsbuchwerts OB-Netz (T€ 54.107) im Rahmen der Ausgliederung. Ohne diesen Effekt betragen die Ist-Investitionen T€ 16.860.

Die Investitionen betrugen T€ 70.967 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2020 in T€		Ist 2019 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände			464		383
Sachanlagen					
▪ Strom- und Wärmebereitstellung			8.191		752
▪ Stromversorgung			229		4.658
▪ Erdgasversorgung			64		2.385
▪ Fernwärmeversorgung			3.564		3.719
▪ Energieservice			696		520
▪ Gemeinsame Anlagen			3.652		3.109
Finanzanlagen			54.107		66
Gesamtbetrag			70.967		15.592

Wesentlicher Einflussfaktor beim Sachanlagevermögen waren die Investitionen im Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung im Zuge des Baus eines Gasmotorenkraftwerks am Standort Danziger Str. sowie den Ausgaben für eine Gasturbine im HKW 2. Die Investitionen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen beinhalten im Wesentlichen die Fassadensanierung der Hauptverwaltung sowie weitere Zugänge innerhalb des E-Roller-Sharings.

Die signifikante Erhöhung der Finanzanlagen spiegelt die Ausgliederung wider, da im Gegenzug zur Übertragung der Assets des Betriebsteils Strom- und Gasnetz der Beteiligungsbuchwert der evo an der OB-Netz entsprechend erhöht werden konnte.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2021 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen im Konzern bereits im Oktober 2020 aufgenommen, zur Auszahlung des Darlehens kam es im Dezember 2020, allerdings noch bei der evo.

5.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit steigt in 2020 um rund T€ 23.315 auf T€ 30.116. Dies ist zum einen auf den Anstieg der Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen (OB-Netz) und zum anderen auf die Abschreibung von Finanzanlagen zurück zu führen. Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ -14.063 (Vorjahr T€ -15.457). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 Prozent durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ -18.739) beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (T€ -5.619) auch die Einzahlungen aus langfristigen Krediten in Höhe von T€ 30.000. Weiterhin den Abgang der Ertragszuschüsse (BKZ), die auf Basis der Beendigung des Schuldbeitritts mit Erfüllungsübernahme von der evo zurück auf die OB-Netz übertragen wurden.

Am Ende des Geschäftsjahres kam es zu einer Minderung des Finanzmittelfonds um T€ 2.686 auf T€ 1.691.

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist geplant, die Bezugskosten in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

6. Risiko- und Chancenbericht

6.1 Risikomanagement einschließlich Corona-Pandemie

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich fünf Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, der Impairmentbedarf der KSBG, der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, unbeabsichtigter Datenabfluss sowie der Margenverlust im Privatkundengeschäft. Das höchste Risiko, der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, liegt bei einem Schadenserwartungswert von 19.500 T€.

Den operativen Risiken und Auswirkungen der Corona-Pandemie wird wie folgt begegnet. Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind. Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der aktuellen Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte. Der Krisenstab der evo steht in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen.

Die finanziellen Risiken der evo in Folge der Corona Pandemie resultieren im Wesentlichen aus einem sinkenden Absatz im Stromvertrieb sowie damit einhergehenden Verlusten aus dem Rückverkauf bereits erworbener Terminkontrakte an der Energiebörse (EEX). Weiterhin sind in Folge der angespannten wirtschaftlichen Situation höhere Forderungsausfälle bei Privat- und Gewerbekunden zu befürchten. Zudem konnte das neue Geschäftsfeld E-Roller-Sharing nicht wie angestrebt entwickelt werden.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum fünf neue Risiken identifiziert und fünf Risiken wurden abgemeldet.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtumsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss – vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloud-basierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und –Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren angelegt. Diese unterliegen Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

6.7 Chancenbericht

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Pandemie ergeben sich für die evo trotz der beschriebenen Risiken und Herausforderungen unter anderem Chancen im Rahmen der **Digitalisierung**. Es werden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen abzuhalten und zu kommunizieren. Hier ergibt sich die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, dass den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Im Bereich Vertrieb bieten sich für die evo verschiedene Chancen. Die Thematik **E-Mobilität** ist in der jüngeren Vergangenheit immer mehr in den Fokus der Bevölkerung gerückt. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte rund um die E-Mobilität anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z.B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

In 2017 wurde das Geschäftsfeld **E-Roller-Sharing** etabliert. Im Jahr 2020 konnte die E-Roller-Flotte bereits verdoppelt werden und zählt aktuell 200 Roller in drei Städten (Oberhausen, Essen und Mülheim a.d.R.). Diese positive Entwicklung zeigt die langfristigen Chancen für das Geschäftsmodell, so ist u.a. eine Erweiterung um 100 Roller für 2021 geplant. Zudem sollen im Rahmen des Geschäftsfeldes Kompetenzen für den gesamten Bereich Mobilitätskonzepte und E-Mobilität aufgebaut, Kontakte geknüpft und die Bekanntheit der evo gesteigert werden, was dauerhaft neue Möglichkeiten in diesen Bereichen eröffnet und die Entwicklung hin zu Smart-City und nachhaltiger Fortbewegung fördern soll. Zielsetzung ist: Das stete organische Wachstum an eingesetzten E-Rollern, Nutzerzahl, Fahrleistung und Anzahl der Mieten hinsichtlich des Geschäftsgebiets, auch in 2021 fortzusetzen. Dazu wird die Flotte in 2021 noch einmal um 100 Roller erweitert. Der Fokus liegt auch weiterhin auf der Verdichtung der Geschäftsgebiete.

Mit der **Oberhausen Crowd** hat die evo eine Möglichkeit geschaffen, Projekte in Oberhausen zu fördern und dabei die Menschen vor Ort mit einzubeziehen. Letztendlich entscheiden diese, welche Projekte ihnen wichtig sind und ihrerseits unterstützt werden. Für die evo ergibt sich somit die Chance ihr Sponsoring zu optimieren. Als lokales Unternehmen ist es für die evo wichtig, ihr soziales Engagement in Oberhausen zu stärken und sich somit als lokales Unternehmen zu präsentieren, das sich für die Region und die Menschen engagiert.

Für das Jahr 2021 ist die Realisierung weiterer **LoRaWan** Anwendungsfälle geplant. Hierzu zählen insbesondere die Überwachung von Wasserpegelständen auf gewerblich genutzten Grundstücken, die technische Überwachung von Contracting-Anlagen sowie die Erfassung und Analyse von Umweltdaten im öffentlichen Raum. LoRaWAN bildet auf diese Weise einen wichtigen Baustein bei der Beschleunigung der Digitalisierung und der Transformation unserer Stadt in Richtung „Smart City“.

7. Prognosebericht

7.1 Umbau der Energiewirtschaft

Mit der Vorlage des Klimapaketes und des Gesetzes zum Kohleausstiegsgesetz zeichnet sich erstmals seit bald einem Jahrzehnt eine mittelfristige Verstetigung und Konsolidierung der energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Dies geht einher mit einer Sicherung der Perspektive beim Thema KWK-Förderung und erdgasbasierter Erzeugung.

Auf kommunaler Ebene versteht sich die evo bereits seit Jahren als der zentrale Treiber der lokalen Energiewende. Dieser Anspruch spiegelt sich auch in einer Reihe von Projekten, die die evo umsetzt bzw. vorbereitet. Dazu zählen die energetische Sanierung der eigenen Hauptverwaltung oder auch erhebliche Investitionen in klimaschonende, KWK-basierte Energieerzeugung in Oberhausen.

Zur Stärkung der Eigenerzeugung investiert die evo in zwei neue KWK-Anlagen, in das Gasmotorenkraftwerk Alt-Oberhausen und in die Gasturbine HKW 2 in Sterkrade. Diese ersetzen die Anfang 2019 stillgelegte FT8-Gasturbine und sollen in Zukunft hocheffizient und flexibel Strom und Wärme für Oberhausen erzeugen. Damit leistet die evo nicht nur einen Beitrag zur Energiewende vor Ort, sondern investiert auch in die Versorgungssicherheit.

Das Herzstück des **neuen Gasmotorenkraftwerks Alt-Oberhausen** bilden dabei zwei Caterpillar Gasmotoren vom Typ CG260, jeweils mit einer Leistung von 4,5 MW elektrisch und ca. 4,9 MW thermisch. Diese sind nicht nur schnell und flexibel einsetzbar, damit also optimal für das Zusammenspiel mit volatilen Erzeugern und die Bereitstellung von Regelenergie geeignet, sondern perspektivisch auch in der Lage, zum gewissen Teil mit beigemischtem Wasserstoff betrieben zu werden. Damit beabsichtigt die evo bereits jetzt die Weichen für die zukünftige Energieversorgung zu stellen. Mit geplanter Inbetriebnahme der technisch hochmodernen BHKWs in 2021 können voraussichtlich jährlich Strom für 10.000 sowie Wärme für 5.500 Haushalte produziert werden.

Die Kompensation der alten, stillgelegten Gasturbine wird zudem durch die neue **Gasturbine HKW 2 in Sterkrade** vervollständigt. Die hocheffiziente Anlage mit einer elektrischen Leistung von über 8,5 MW und einer thermischen Leistung von über 14 MW ist mit ihren geringen Emissionen ein weiterer wichtiger Baustein für die Oberhausener Fernwärme. Zusätzlich zur verbesserten Effizienz und Flexibilität könnten kurzfristig bis zu 50 % Wasserstoff und, mit technischen Anpassungen, mittelfristig sogar 100 % Wasserstoff verbrannt werden.

Die Anlage soll 2021 in Betrieb genommen werden, zukünftig sollen bis zu 10.000 Haushalte mit Strom und bis zu 7.700 Haushalte mit Wärme versorgt werden.

7.2 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei das Jahresergebnis vor Gewinnabführung an die FSO KG, die Umsatzerlöse sowie die wesentlichen Kostenpositionen.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt sowie die Belange Kunden und der Belegschaft im Handeln und Planen berücksichtigt.

7.3 Prognose 2021

Der Aufsichtsrat der evo hat am 18.11.2020 dem Budget sowie der Finanzplanung 2021 zugestimmt sowie die Mittelfristplanung 2021 (bis 2023) zur Kenntnis genommen. Die Planung 2021 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 186,1 Mio. € und Materialaufwendungen von 126,1 Mio. € aus. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht nach wie vor ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Die evo rechnet bei der Prognose der Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen im Bereich Strom und Gas weiterhin mit einem Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – in Fortschreibung der Erfahrungen der Vorjahre – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Es wird durch den Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen eine positive Auswirkung auf die Umsatzentwicklung erwartet. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren.

Neben den traditionellen Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme plant die evo die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen weiter auszubauen. Besondere Bedeutung kommt zunehmend dem Themenfeld Elektromobilität zu. Hier sehen wir – auch im Rahmen der Energiewende – Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis der evo beitragen sollen.

Darüber hinaus unternimmt die evo Anstrengungen, Prozesse und Abläufe zu prüfen und zu optimieren und damit die Kostenstruktur dauerhaft zu verschlanken, um die seitens der Anteilseigner fortgeschriebene Gewinnerwartung auch zukünftig gesichert erfüllen zu können. Hierzu sieht die Planung für das Geschäftsjahr 2021 sonstige betriebliche Aufwendungen von 14,7 Mio. € sowie Personalaufwendungen von 25,5 Mio. € vor.

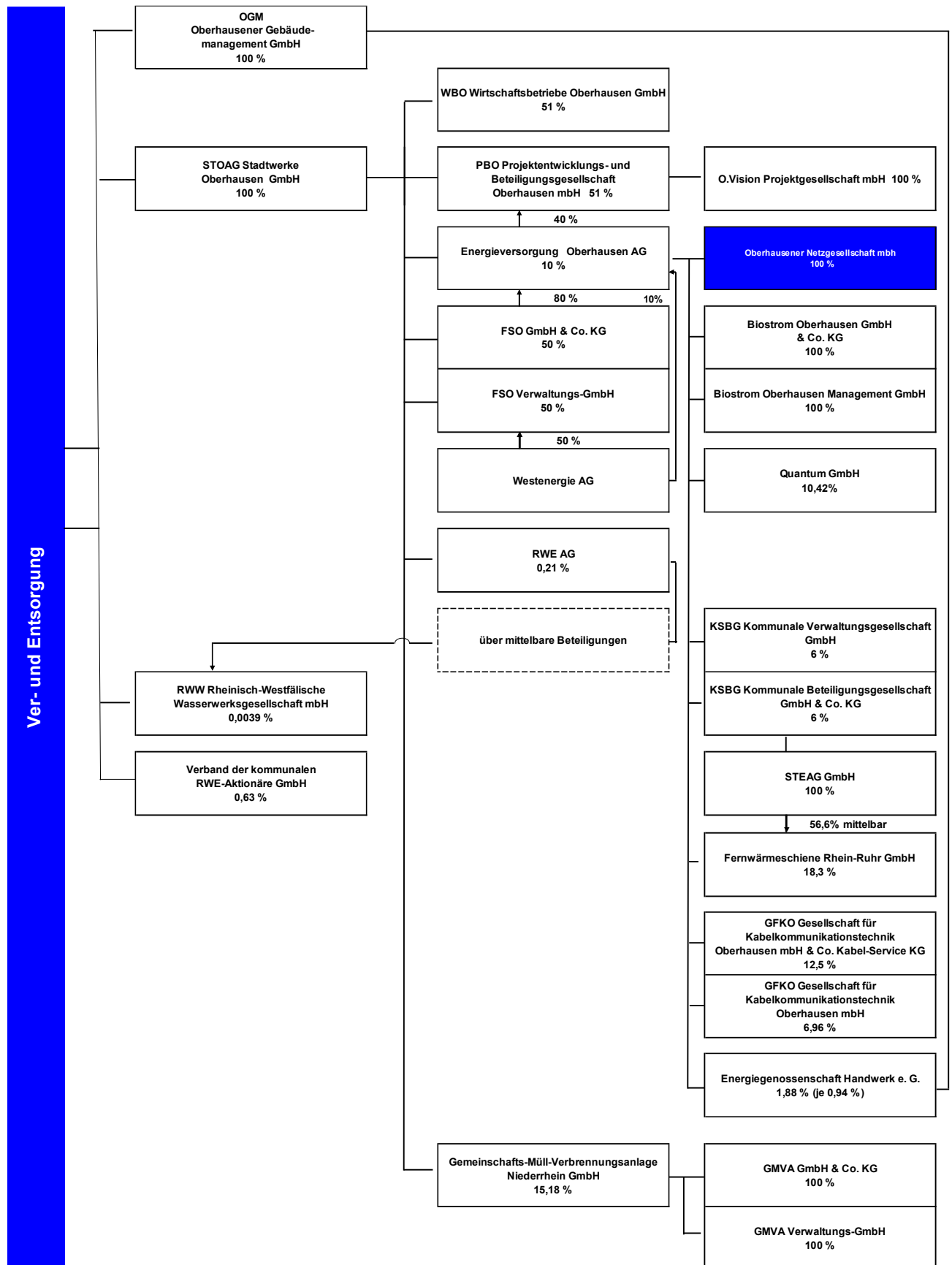
7.4 Ergebnisprognose

Zusammenfassend strebt die Mittelfristplanung für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von T€ 11.000 an – wohl wissend, dass die allgemeinen volks- und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen es erschweren, diese Zielvorgaben zu erreichen.

Oberhausen, 27. Februar 2021

Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)

Gieske / Homberg
Vorstand



Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-3000
Fax 0208/835-2697
e-Mail info@ob-netz.de
Internet www.ob-netz.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Schneider, Jörn

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

Prokura: Prokurist Hell, Bernd Paul
Prokurist Hein, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
309,33	1,4	305,60	2,9	69.292,09	76,3	68.986,49	22.574,11
21.925,92	98,6	10.156,68	97,1	21.539,90	23,7	11.383,22	112,08
				5,92	0,0	5,92	

Bilanzsumme

22.235,25	100,00	10.462,28	100,00	90.837,90	100,00	80.375,62	768,24
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.142,48	5,1	1.142,99	10,9	55.249,80	60,8	54.106,81	4.733,80
				156,01	0,2	156,01	
6.327,35	28,5	6.445,91	61,6	9.497,95	10,5	3.052,04	47,35
3.340,58	15,0	2.873,39	27,5	12.838,43	14,1	9.965,04	346,80
11.424,85	51,4			13.095,72	14,4	13.095,72	

Bilanzsumme

22.235,25	100,00	10.462,28	100,00	90.837,90	100,00	80.375,62	768,24
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
90.450,51	94.945,16	86.576,42
-275,00	52,75	-45,59
		2.182,31
978,64	1.165,27	1.212,41
43.326,76	42.201,62	40.360,58
14.049,38	14.259,64	13.946,87
		2.644,19
43.422,12	37.661,18	29.012,97
22,14	5,09	8,31
209,20	170,63	425,99
-9.831,18	1.875,19	3.543,27
-2.123,15	242,07	863,09
7.708,04		
	1.632,61	2.680,18
0,00	0,51	0,00
0,00	0,51	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,52	1,72	3,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	-674,68	142,95	4,85	%
Cash-Flow:	-7.708,04	1.633,12	5.324,37	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	562,68	589,96	562,03	T€
Personalaufwandsquote:	15,41	14,83	15,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:			75,87	%
Eigenkapitalquote:	5,14	10,92	60,82	%
Fremdkapitalquote:	94,86	89,08	39,18	%

e) Lagebericht**1. Unternehmen**

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (Netzgesellschaft) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Neue Entwicklungen bei der Netzentgeltregulierung haben es erforderlich gemacht, der Netzgesellschaft das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen zu verschaffen (Assetübertragung) durch Ausgliederung aus der evo. Die Begründung liegt in der Kapitalstruktur und den Bilanzrelationen der Netzgesellschaft, die bei den regelmäßigen Kostenprüfungen zu Grunde gelegt werden. Zur Vermeidung hoher administrativer Aufwendungen hat die Netzgesellschaft das Eigentum an den Energienetzen Strom und Erdgas durch eine Gesamtrechtsnachfolge erhalten. Die Übertragung ist gemäß den Regelungen des Umwandlungs- und Umwandlungssteuergesetzes sowie den Fristverlängerungen durch Corona-Hilfe-Gesetze rückwirkend zum 01.01.2020 erfolgt und regulatorisch zielführend.

Zwischen der Netzgesellschaft und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

2. Rahmenbedingungen und Regulierungssituation

Das Jahr 2020 war bei der Netzgesellschaft genauso wie bei vielen anderen Unternehmen stark von der Corona-Pandemie geprägt. Es wurden umfangreiche Hygienekonzepte für alle Unternehmensbereiche erarbeitet, um jederzeit einen sicheren Betrieb und die Versorgungssicherheit in Oberhausen gewährleisten zu können.

Die Baumaßnahmen im Netz konnten deshalb wie geplant umgesetzt werden. Größere Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Zählerablesung und den Zählerwechsel. Hier wurden nur dringend notwendige Tätigkeiten durchgeführt. Um die Energieverbrauchsabrechnung weiterhin zu ermöglichen, wurde kurzfristig die Kundenselbstablesung etabliert. Zur Erfassung von Zählerständen wurden verschiedene Eingangskanäle (E-Mail, Hotline, Portal oder Ablesekarte) eingerichtet und über 18.000 Kundenkontakte von den Mitarbeitenden bearbeitet. Ebenso wurden Tätigkeiten zum Roll-Out von modernen Messeinrichtungen sowie der eichrechtskonforme Tausch von Messeinrichtungen heruntergefahren. Wenngleich Wechselungen für mehrere Monate pausieren mussten, konnte ein Großteil der anstehenden Arbeiten im Verlauf des Jahres aufgeholt werden.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt.

Kostenantrag Erdgas

Derzeit befinden sich alle Netzgesellschaften im Gasbereich im Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode (2023 - 2027). Um eine optimierte Ausgangslage zu schaffen, wurden umfangreiche regulatorische Analysen hinsichtlich der organisatorischen Aufstellung des evo-Konzerns angestellt. Insbesondere die Festlegung der BNetzA zum § 6b EnWG birgt einige regulatorische Risiken, die insbesondere die Netzgesellschaften im Pachtmodell betreffen. Die evo hatte zuvor bereits einen Schuldbetritt für die Baukostenzuschüsse/Netzanschlusskostenbeiträge durchgeführt, der den Nachteil des Pacht-

modells bei der Bestimmung der Eigenkapitalzinsen mindern sollte. Um dem Risiko einer Nichtanerkennung des Schuldbeitritts ausgelöst durch die Festlegung der Regulierungsbehörde entgegenzuwirken, wurde nach Abstimmung mit den Regulierungsexperten des Anteilseigners Westenergie die Entscheidung getroffen, die oben genannte Ausgliederung des Betriebsteils Strom- und Gasnetz aus der evo durchzuführen. Die sich daraus ergebenden monetären Vorteile werden sich aber erst nach einer erfolgreichen Kostenprüfung in der nächsten Regulierungsperiode ergeben.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hatte gegen die Festlegung der Erlösobergrenze Strom für die 3. Regulierungsperiode Beschwerde beim OLG Düsseldorf aufgrund eines noch ausstehenden Urteils zur Zuordnung von Personalzusatzkosten eingelegt und bis zum Abschluss des Verfahrens beim BGH ruhend gestellt. Das BGH veröffentlichte Anfang 2020 die schriftliche Urteilsbegründung. Im Ergebnis kommen die Richter des Senats für Kartell- und Energierecht zu dem Schluss, dass eine rein wirtschaftliche Betrachtung von Personalzusatzkosten von konzerninternen Dienstleistungen (Urteil des OLG Düsseldorf) nicht ausreichend sei, um eine Berücksichtigung als dauerhaft nicht beeinflussbarer Kosten der Netzgesellschaft zu rechtfertigen. Danach wurde seitens der Netzgesellschaft die Beschwerde zurückgezogen. Darüber hinaus wurden für das Segment Stromnetz parallel zum Segment Gasnetz umfangreiche Analysen durchgeführt, um sich für das Basisjahr 2021 der kommenden Kostenprüfung vorzubereiten und optimal aufzustellen. Die Ausgliederung des Betriebsteils Strom- und Gasnetz soll auch Risiken der kommenden Kostenprüfung Strom verringern. Die sich daraus ergebenden monetären Vorteile werden erst nach einer erfolgreichen Kostenprüfung in der neuen Regulierungsperiode ab 2024 wirksam werden.

Beschwerden

Wie fast alle Unternehmen der Branche beteiligte sich die Netzgesellschaft an Prozesskostengemeinschaften, mit dem Ziel eine höhere Erlösobergrenze Strom und Gas zu erreichen. Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Bei der Beschwerde gegen den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (Strom und Gas) sollte erreicht werden, die reduzierende Wirkung des Xgen auf die Erlösobergrenzen möglichst gering zu halten. Aufgrund methodischer Fehler in der Berechnung durch die Bundesnetzagentur wurden hier zunächst gute Chancen gesehen. In erster Instanz hatte das OLG Düsseldorf am 10. Juli 2019 die Festlegung aufgrund schwerer formeller und methodischer Mängel aufgehoben. Die BNetzA hat hiergegen Beschwerde vor dem BGH eingelegt. Der BGH hat allerdings am 26. Januar 2021 in dem Musterverfahren (EnVR 101/19) den Xgen Gas für die Regulierungsperiode 2018 bis 2022 in der von der BNetzA festgelegten Höhe von 0,49 Prozent bestätigt. Der BGH sieht die Festlegung trotz der geäußerten Kritik als insgesamt noch vom Ermessensspielraum der BNetzA gedeckt. Durch diese Entscheidung sinken auch Erfolgsaussichten bei weiteren zukünftigen Verfahren.

Marktkommunikation 2020

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wirkt sich im großen Umfang auf die Prozesse zur Belieferung von Endkunden mit elektrischer Energie aus. Dabei müssen moderne Messeinrichtungen (Zähler ohne Kommunikationseinheit) und intelligente Messsysteme (Zähler mit Kommunikationseinheit/sog. „Smart Meter Gateway“) in die etablierten Marktprozesse integriert werden. Hierzu sind umfangreiche Eingriffe in die IT-Landschaft notwendig.

Zur rechtskonformen Ausgestaltung der Marktprozesse wurde zum 01. Dezember 2019 die sogenannte Marktkommunikation 2020 „MaKo 2020“ umgesetzt. Eine wesentliche Änderung ist die Umsetzung der sternförmigen Messwertverteilung aus dem Backend des Messstellenbetreibers, in diesem Falle der Netzgesellschaft. Des Weiteren wirkt sich die Umsetzung der MaKo 2020 in nicht unerheblichem Maße auf folgende Prozesse aus: Stammdatenänderungsprozesse, Lieferantenprozesse, Energiedatenmanagement und Rechnungsprozesse. Insbesondere wechselt auch die Aggregationsverantwortung für Energiemengen der Marktolationen, die mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet sind, von den Verteilnetz- zu den Übertragungsnetzbetreibern. Zusätzlich sind Anpassungen von Drittsystemen notwendig. Die Umsetzungen sind teilweise erfolgt bzw. erfolgen schrittweise, gemeinsam mit IT-Dienstleistern.

Messstellenbetriebsgesetz

Am 02.09.2016 wurde das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende verabschiedet, wodurch das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) eingeführt wurde, das alle Anforderungen an den Messstellenbetrieb neu regelt. Ziel ist die Liberalisierung des Messstellenmarktes durch die Schaffung der Rollen des grundzuständigen sowie des wettbewerblichen Messstellenbetreibers bzw. eines Dritten, der die Aufgabe des Messstellenbetriebs wahrnimmt. Für den Kunden soll die Transparenz über die verbrauchte Arbeit erhöht werden. Das übergeordnete Ziel ist die intelligente Verknüpfung von Stromerzeugung, -verbrauch und -netzen zur Umsetzung der Energiewende.

Die Netzgesellschaft hat die Übernahme der Grundzuständigkeit für den Messstellenbetrieb bei der Bundesnetzagentur angezeigt und befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Vorbereitung des Smart Meter Roll-Outs im Oberhausener Netzgebiet. Gemäß dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) sind bis zum Jahr 2032 ca. 125.000 moderne Messeinrichtungen (mME) und ca. 10.000 intelligente Messsysteme (iMSys) zu verbauen.

Das Messstellenbetriebsgesetz verpflichtet grundzuständige Messstellenbetreiber, nach offiziellem Beginn des Roll-Outs, innerhalb von drei Jahren 10 % der Messstellen mit modernen Messeinrichtungen bzw. mit intelligenten Messsystemen auszustatten. Die Netzgesellschaft begann im 4. Quartal 2017 mit dem Roll-Out von modernen Messeinrichtungen und

hat bisher 22.055 (Stand 31.12.2020) Anlagen im Netzgebiet mit modernen Messeinrichtungen ausgestattet. Die gesetzliche Verpflichtung zur Erreichung der 10%-Marke bis spätestens 30. Juni 2020 wurde erfüllt (18.904 moderne Messeinrichtungen zum Stichtag 30.06.2020).

Am 3. Februar 2020 veröffentlichte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die aktualisierte und korrigierte Fassung ihrer „Marktanalyse zur Feststellung der technischen Möglichkeit zum Einbau intelligenter Messsysteme nach § 30 MsbG“. Die Bedingungen zur Feststellung der technischen Möglichkeit sind, mit diversen Einschränkungen hinsichtlich der Einbaugruppen, erfüllt, da drei Smart Meter Gateways (SMGW) mit entsprechender Zertifizierung und Baumusterprüfbescheinigung am Markt verfügbar sind. Obgleich die Verfügbarkeit von mindestens drei Geräten am Markt gegeben ist, erfüllen diese nicht vollumfänglich die Anforderungen des gegenwärtigen Rechtsrahmens. Demzufolge wurde die technische Möglichkeit nicht für alle Einbaugruppen i.S.d MsbG festgestellt, sondern ausschließlich für Messstellen bei Letztverbrauchern in der Niederspannung mit einem jährlichen Stromverbrauch von höchstens 100.000 kWh und bei denen keine registrierende Lastgangmessung erfolgt. Ebenfalls darf keine Vereinbarung nach §14a EnWG bestehen. Durch eine Allgemeinverfügung (Az: 610 01 04 / 2019_001) hat das BSI die unmittelbare Rechtswirkung erzielt und folglich startete für die vorgenannte Einbaugruppe die Verpflichtung zum Roll-Out von intelligenten Messsystemen im Februar 2020.

Zum sicheren technischen Betrieb von intelligenten Messsystemen ist ein Smart-Meter-Gateway-Administrations-System notwendig (GWA-System). Das GWA-System als solches dient zur Verwaltung und Durchführung der BSI-konformen technischen Geräteprozesse und Konfigurationen. Die Prozesse zur Smart-Meter-Gateway-Administration werden dienstleistend durch die Westenergie Metering GmbH bedient. Mitarbeiter der Netzgesellschaft werden die erforderlichen Prozessteile über einen speziell eingerichteten Zugang, dem sog. Externen-Marktteilnehmer-System (EMT als SaaS-Leistung), bedienen. Zur Durchführung der energiewirtschaftlichen Kernprozesse ist eine Anbindung des EMT-Systems an das SAP IS-U der evo notwendig. Dies erfolgt durch Einführung des SAP Add-Ons „Intelligent Metering for Germany“ (IM4G). Aufgrund der Komplexität und prozessualen Abhängigkeiten erfolgt die Etablierung von IM4G in einem mehrstufigen Projekt. Sobald die notwendigen Marktkommunikationsprozesse durch das IM4G abgedeckt werden können, wird mit dem Roll-Out von intelligenten Messsystemen begonnen. Nach derzeitigem Planungsstand wird dies zum Ende des ersten Quartals 2021 der Fall sein.

3. Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

2020 wurden 661,1 GWh (676,4 GWh) durch die Stromnetze der Netzgesellschaft geleitet. Der Netzlastrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt 2,3 Prozent. Damit setzt sich zum einen ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist. Zum anderen zeigen sich in der Netzlast aber auch die Auswirkungen der Pandemie, auf die unter Punkt 7 im Prognosebericht eingegangen wird.

3.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2020 wurden durch die Erdgasnetze der Netzgesellschaft 886,6 GWh (954,9 GWh), an Erdgaskunden verteilt. In diesen Zahlen sind die an Erdgaskraftwerke durchgeleitete Mengen nicht enthalten. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 7,2 Prozent. Verantwortlich dafür sind sowohl Witterungsgründe als auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (z. B. Ausfall von Veranstaltungen, geringer Betrieb von Gastronomie, geringe Auslastungen im Hotelgewerbe).

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Strom- und Gasnetzen kein regulierter Bereich. Die Netzgesellschaft übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

4. Ertragslage

Die Netzgesellschaft konnte das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von T€ 2.680 abschließen, laut letztjähriger Prognose ist man von einem Fehlbetrag vor Gewinnabführung von T€ 3.100 ausgegangen.

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Netzgesellschaft im Geschäftsjahr 2020 ist sehr zufriedenstellend.

Umsatzerlöse

	€ <u>2020</u>	€ <u>Vorjahr</u>
Netznutzungsentgelte	70.473.854,15	72.103.538,27
Sonstige Umsatzerlöse	16.102.569,32	22.841.621,34
	<u>86.576.423,47</u>	<u>94.945.159,61</u>

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengenabrechnung (MMA) der Vorjahre. Im Bereich Netzentgelte Gas ist eine leichte Minderung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, die Netzentgelte Strom sind ebenfalls gesunken, dies ist auf den Rückgang der Netzlast zurückzuführen. Damit setzt sich zum einen der bundesweite Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist. Zum anderen zeigen sich in der Netzlast aber auch die Auswirkungen der Pandemie.

Die Minderung der Sonstigen Umsatzerlöse sind im Wesentlichen auf geringere Erlöse aus der Leistungsbeziehung mit der evo zurückzuführen, da aufgrund der Ausgliederung von Betriebsteilen im Bereich Strom- und Gasnetz die Weiterberechnung von Investitionen in diesen Teilbereichen an die evo nicht mehr stattfindet, sondern diese direkt bei der Netzgesellschaft aktiviert werden.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich um T€ 516 auf T€ 29.093. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen verringerten sich um T€ 2.357 auf T€ 11.068 im Wesentlichen wegen gesunkener Aufwendungen für Fremdleistungen (T€ -1.907).

Der Personalaufwand sinkt auf T€ 13.947 (Vorjahr T€ 14.259). Aufgrund des positiven Ergebnisses wurden der Netzgesellschaft auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter T€ 863 Steuer belastet.

Jahresergebnis

Das Ergebnis in Höhe von T€ 2.680 war positiv und liegt deutlich über dem budgetierten Jahresfehlbetrag von T€ 3.100 und wird aufgrund eines EAV an die evo abgeführt. Diese positive Abweichung ist maßgeblich durch die rückwirkende Übertragung des Anlagevermögens der Strom- und Gasnetze von der evo zur Netzgesellschaft und der damit verbundenen Beendigung des Pachtvertrages für das Strom- und Gasnetz bedingt.

Tätigkeitsabschlüsse

In der Netzgesellschaft werden vier Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas, Messstellenbetrieb sowie die Sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2020 ein Gewinn in Höhe von T€ 211 realisiert; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Gewinn in Höhe von T€ 1.736 aus. Diese Beträge werden an die evo abgeführt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom T€ 50.165. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von T€ 39.501 zur Gesamtbilanz der Netzgesellschaft bei. Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs. Die Tätigkeit Messstellenbetrieb betrifft das Zählerdatenmanagement.

5. Vermögens- und Finanzlage

5.1. Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage ist in 2020 durch die Übernahme des Betriebsteils Strom- und Gasnetz und die damit verbundene Assetübertragung auf die Netzgesellschaft geprägt.

Die immateriellen Vermögens- und Sachanlagen (68.994.745,62 €, Vorjahr 0 €) haben einen Anteil von 76 Prozent an der Bilanzsumme. Zudem tragen höhere Forderungen (20.420.462,45 €, Vorjahr 9.106.590,53 €) aufgrund höherer Cashpoolforderungen gegenüber evo zur gestiegenen Bilanzsumme (90.837.904,05 €, Vorjahr 10.462.280,63 €) bei.

Auf der Passivseite erhöhte sich im Wesentlichen das Eigenkapital der Gesellschaft. Im Rahmen der Ausgliederung des Betriebsteils Strom- und Gasnetz wurde bei der Netzgesellschaft eine Stammkapitalerhöhung (+T€ 20) durchgeführt. Der den Wert der übertragenen Vermögenswerte übersteigende Betrag wurde der Kapitalrücklage zugeführt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich in 2020 auf 60,8 Prozent (Vorjahr 10,9 Prozent).

Zudem erhöhen sich insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (6.916.820,00 €, Vorjahr 0 €) durch Übertragung von Investitionskrediten im Rahmen der Ausgliederung und der passive Rechnungsabgrenzungsposten (13.095.722,00 €, Vorjahr 0 €) im Zuge der Kündigung des Schuldbeitritts mit Erfüllungsübernahme im Innenverhältnis bei den BKZ/Hausanschlüssen mit der evo.

Die Veränderung der flüssigen Mittel wird in 5.2 Finanzlage dargestellt.

5.2 Finanzlage

Rückwirkend zum 1. Januar 2020 wurden die Betriebsteile der Bereiche Strom- und Gasnetz mit einem Volumen von T€ 63.650 per Ausgliederungsvertrag von der evo auf die Netzgesellschaft übertragen.

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung der Strom- und Gasnetze wurde im Berichtsjahr vorangetrieben. Der Anteil der Verteilungsanlagen der Sparten Strom und Gas an den notwendigen Investitionen ins Sachanlagevermögen und der Immaterialien Vermögensgegenstände 2020 betrug 100 %.

	Budget 2020 in T€	Ist 2020 in T€	Ist 2019 in T€
Investitionen	7.313	8.009	33
Abschreibungen	0	2.644	0

Neben Investitionen von T€ 5.050 für die Erneuerung des Stromnetzes sowie T€ 1.635 zur Erneuerung des Gasnetzes sah das Investitions-Budget 2020 ursprünglich weitere Anschaffungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen in Höhe von T€ 628 vor.

Die Investitionen 2020 betrugen T€ 8.009 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2020 in T€	Ist 2019 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	6.331	0
▪ Erdgasversorgung	1.655	0
▪ Gemeinsame Anlagen	0	0
Finanzanlagen	20	33
Gesamtbetrag	8.009	33

Ursprünglich waren die Investitionen bei der evo geplant, aufgrund der zuvor genannten Ausgliederung wurde das Budget auf die Netzgesellschaft übertragen.

Die Investitionen in die Erneuerung der Netze der Strom- und Gasversorgung waren die wesentlichen Anlagenzugänge im Berichtsjahr.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2021 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme (T€ 10.000) zur anteiligen Finanzierung der gesamten Sachinvestitionen des Konzerns bereits im Oktober 2020 durchgeführt, zur Auszahlung des Darlehens kam es im Dezember 2020 noch bei der evo.

Zukünftig ist angedacht, alle Fremddarlehen der Netzgesellschaft zur Finanzierung der Investitionen durch die evo aufzunehmen und das entsprechende Kapital über das Cash-Pooling oder Gesellschafterdarlehen an die Netzgesellschaft weiterzugeben. Ist es jedoch aus regulatorischen Gesichtspunkten für den Konzern von Vorteil, Teile des Fremdkapitalbedarfs unmittelbar bei der Netzgesellschaft aufzunehmen, wird dies geprüft und entsprechend umgesetzt.

5.3 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen, der Instandhaltung der Netze sowie der jährlichen Gewinnabführung an die evo. Eventuelle Jahresfehlbeträge werden durch die evo ausgeglichen.

Aus den Finanzplanungen für die kommenden Jahre ergibt sich – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen, hierbei können die erforderlichen Mittel sowohl direkt am Kapitalmarkt oder aber auch über die evo beschafft werden.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Netzgesellschaft wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo als zufriedenstellend betrachtet.

6. Risiko- und Chancenbericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Netzgesellschaft wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im Januar 2019 rezertifiziert, 2020 fand ein Überwachungsaudit statt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

In der letzten Risikoinventur wurden neun Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklasse zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Die Risiken bei der Netzgesellschaft resultieren im Wesentlichen aus Forderungsausfällen. Weiterhin besteht bei andauernder Pandemie die Gefahr, dass es zu Verzögerungen hinsichtlich der Netzstandhaltung und -investitionen kommen kann und diese sich insbesondere im Strombereich nachteilig auf den künftigen regulatorischen Erlöspfad auswirken könnten.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum ein neues Risiko identifiziert und zwei Risiken abgemeldet.

Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:

Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NDAV, BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsabschlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG), Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes.

Der Netzgesellschaft sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei.

Die Netzgesellschaft beteiligt sich mit wesentlichen Teilprojekten am Projekt Change²² des evo-Konzerns. Hierdurch werden grundsätzliche Strukturveränderungen geprüft und umgesetzt, mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und Erhöhung der Kundenzufriedenheit. Die ersten Erfolge werden 2021 sichtbar sein.

7. Prognosebericht

Die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere jene der Verteilnetzbetreiber hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt weiterhin volatil. Dies stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Das Coronavirus wirkt sich weiterhin massiv auf das gesamte öffentliche und wirtschaftliche Leben aus. Auch die Oberhausener Netzgesellschaft mbH ist hiervon betroffen. Noch immer ist es schwer möglich, die korrespondierenden Risiken und wirtschaftlichen Implikationen konkret zu bewerten, da die Dauer der Krise und die vollständige Rückkehr zu einem „normalen“ gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht abzusehen sind.

Für die interne Unternehmenssteuerung erfolgte eine regelmäßige spartenbezogene informelle Berichterstattung an die Geschäftsführung.

Das Ergebnis in Höhe von T€ 2.680 war positiv. Es liegt deutlich über dem budgetierten Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von T€ 3.100 und wird aufgrund eines EAV an die evo abgeführt. Die positive Abweichung kommt maßgeblich durch die rückwirkende Übertragung des Anlagevermögens der Strom- und Gasnetze von der evo zur Netzgesellschaft und der damit verbundenen Beendigung des Pachtvertrages für das Strom- und Gasnetz zustande.

In 2021 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von ca. T€ 84.600 in 2021 erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2021 ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von T€ 1.500 für 2021 angenommen.

Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 € erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der Netzgesellschaft im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, 27. Februar 2021

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Jörn Schneider
Geschäftsführer



Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0
Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
Fax 0208/835-2697
e-Mail service@evo-energie.de
Internet www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

**Vertreter der Stadt / der städt.
Beteiligung in der Gesell-
schafterversammlung:**

Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
9.764,35	95,9	9.228,38	97,8	8.555,08	92,0	-673,30	-7,30
413,45	4,1	210,93	2,2	739,77	8,0	528,84	250,72

Bilanzsumme

10.177,80	100,00	9.439,31	100,00	9.294,85	100,00	-144,46	-1,53
-----------	--------	----------	--------	----------	--------	---------	-------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
3.797,59	37,3	4.352,61	46,1	5.001,50	53,8	648,89	14,91
276,34	2,7	460,98	4,9	265,00	2,9	-195,98	-42,51
6.103,87	60,0	4.625,71	49,0	4.028,35	43,3	-597,36	-12,91

Bilanzsumme

10.177,80	100,00	9.439,31	100,00	9.294,85	100,00	-144,46	-1,53
-----------	--------	----------	--------	----------	--------	---------	-------

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
5.244,83	5.109,66	5.320,46
405,67	156,09	113,39
3.283,72	3.059,14	3.054,94
751,68	777,51	796,11
643,08	677,50	709,96
3,91	3,17	2,18
46,45	36,69	37,68
929,48	718,08	837,33
236,76	163,06	188,44
692,72	555,03	648,89
692,72		
0,00	555,03	648,89

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,21	10,86	12,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,24	14,62	14,91	%
Cash-Flow:	1.444,40	1.332,54	1.445,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,94	97,77	92,04	%
Eigenkapitalquote:	37,31	46,11	53,81	%
Fremdkapitalquote:	62,69	53,89	46,19	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo. Seit dem 01.01.2021 ist er technischer Vorstand der evo.

Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2020 wurden in der Anlage ca. 42.131 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag bei 1,81%, der Anteil der Feinasche bei 0,2%. Dies spricht für eine gute Qualität des eingesetzten Brennstoffs.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2020 war geringfügig höher als im Jahr 2019, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2020 bei 7.751 VBh.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2020 bei 20.273 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 75.933 MWh. Die Erhöhung der Fernwärmeerzeugung ergibt sich aus der Neuinstallation des RG-Wärmetauschers in der Revision 2020.

Hauptbestandteil der Anlagenrevision im Juni 2020 war die Erneuerung der feuerfesten Auskleidung im Bereich der Brennkammer. Hier wurde wie im Vorjahr die Ausmauerung mit einer höherwertigeren Steinqualität und optimierten Verankerungskonzept umgebaut. Die Neukonstruktion, die Beschaffung der Materialien und die Bauüberwachung wurden durch einen Sachverständigen für Feuerfestauskleidung begleitet. Der Zeitplan der Revision konnte trotz der umfangreichen Umbaumaßnahmen eingehalten werden.

Am zweiten Rauchgaszug wurden die Dehnungsfugen vergrößert um den Weiterbetrieb sicherzustellen.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision wurde der seit Oktober 2019 defekte RG-Wärmetauscher im Bereich vor dem Kamin durch einen neuen Wärmetauscher ersetzt. Dieser Wärmetauscher kühlt das Rauchgas von ca. 200 °C auf ca. 130 °C ab und liefert so noch einmal zusätzlich 800 kW Wärmeauskopplung für die Gesamtanlage.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 648,9.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von T€ 5.320,5 sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 210,8 gestiegen, dies ist auf die erhöhte Verfügbarkeit der Anlage zurück zu führen. Die Materialaufwendungen reduzierten sich geringfügig um T€ 4,2 auf T€ 3.054, dies ist bedingt durch die höhere Effizienz der Anlage.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit T€ 113,4 unter dem Wert aus dem Vorjahr (T€ 156,1); sie beinhalten neben einer Energiesteuererstattung (T€ 57,4) auch die Regulierung eines Maschinenschadens (T€ 53,7) aus 2019.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben zwei Gesellschafterdarlehen (T€ 3.890) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu T€ 400 eingeräumt. Ein Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt, nach vollständiger Rückzahlung wird mit der Tilgung des zweiten Darlehens begonnen. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2020 bei 53,8 % (Vj. 46,1 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 46,2 % (Vj. 53,9 %).

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Prognosebericht

Wie im Vorjahr (7.800 Stunden) werden für 2021 weiterhin realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.800 angestrebt.

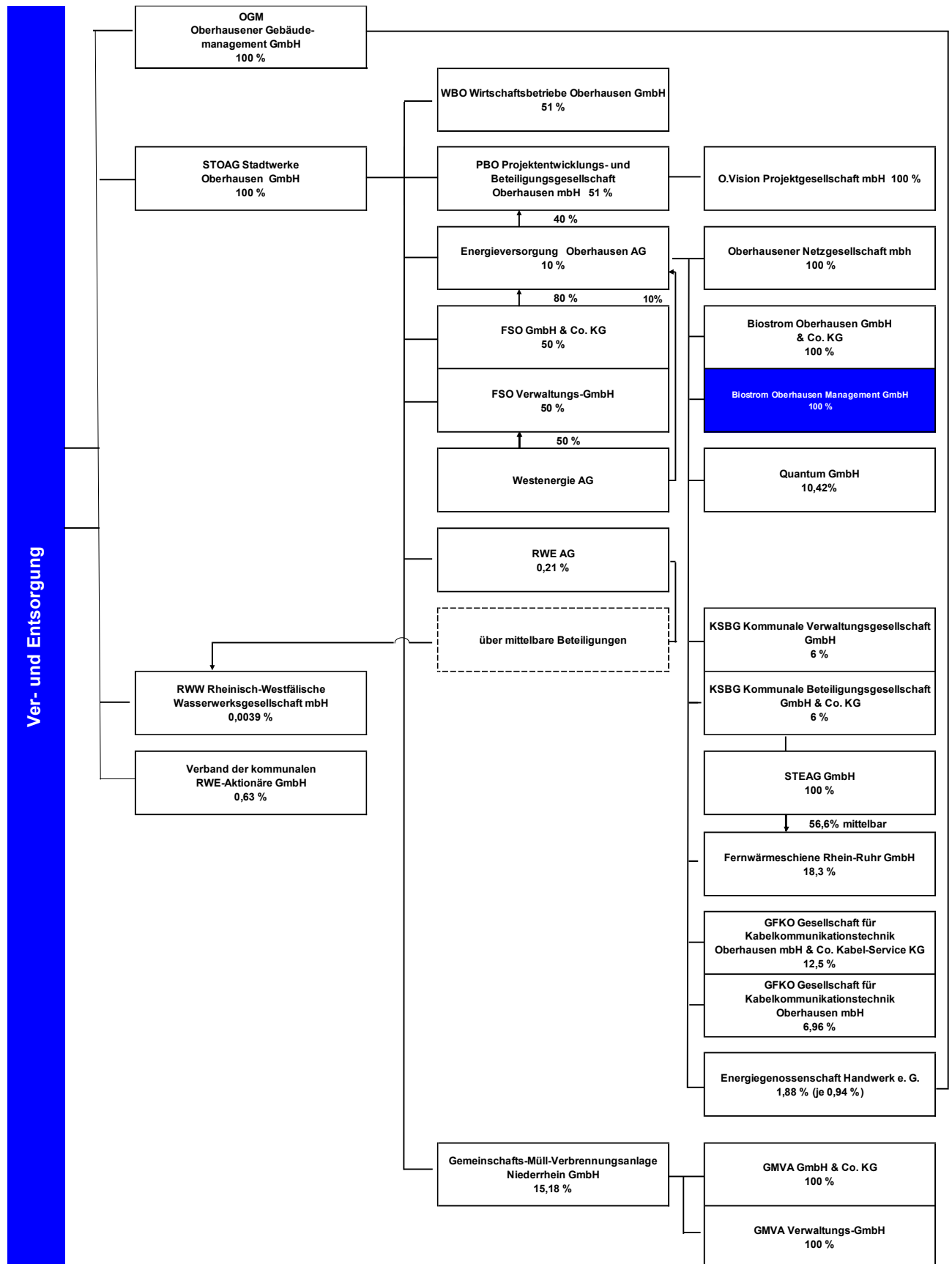
Die Verfügbarkeit der Anlage soll in 2021 weiter stabil gehalten werden, wie bereits zuvor berichtet konnten in 2020 ca. 7.751 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erzielt werden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.800 Stunden) geringfügig unter dem angestrebten Zielwert. Trotz geringerer Betriebsstunden im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,5 Mio. € erreicht werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,5 Mio. € vor.

Oberhausen, 29. Januar 2021

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer der Biostrom Oberhausen Management GmbH



Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:
Telefon 0208/835-0
Telefon 0208/8350
Fax 0208/8352620
Fax 0208/835-2697
e-Mail service@evo-energie.de
Internet www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Basler, Christian

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

Prokura: Prokurist Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
31,40	100,0	31,82	100,0	30,73	100,0	-1,09	-3,43

Bilanzsumme

31,40	100,00	31,82	100,00	30,73	100,00	-1,09	-3,43
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
30,02	95,6	29,18	91,7	28,23	91,9	-0,95	-3,26
1,37	4,4	2,64	8,3	2,50	8,1	-0,14	-5,30

Bilanzsumme

31,40	100,00	31,82	100,00	30,73	100,00	-1,09	-3,43
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge

sonstige betriebliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
2,50	2,50	2,50
3,25	3,35	3,45
-0,75	-0,85	-0,95
-0,75	-0,85	-0,95
-0,75	-0,85	-0,95

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
-2,44	-2,81	-3,25	%
-0,75	-0,85	-0,95	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:

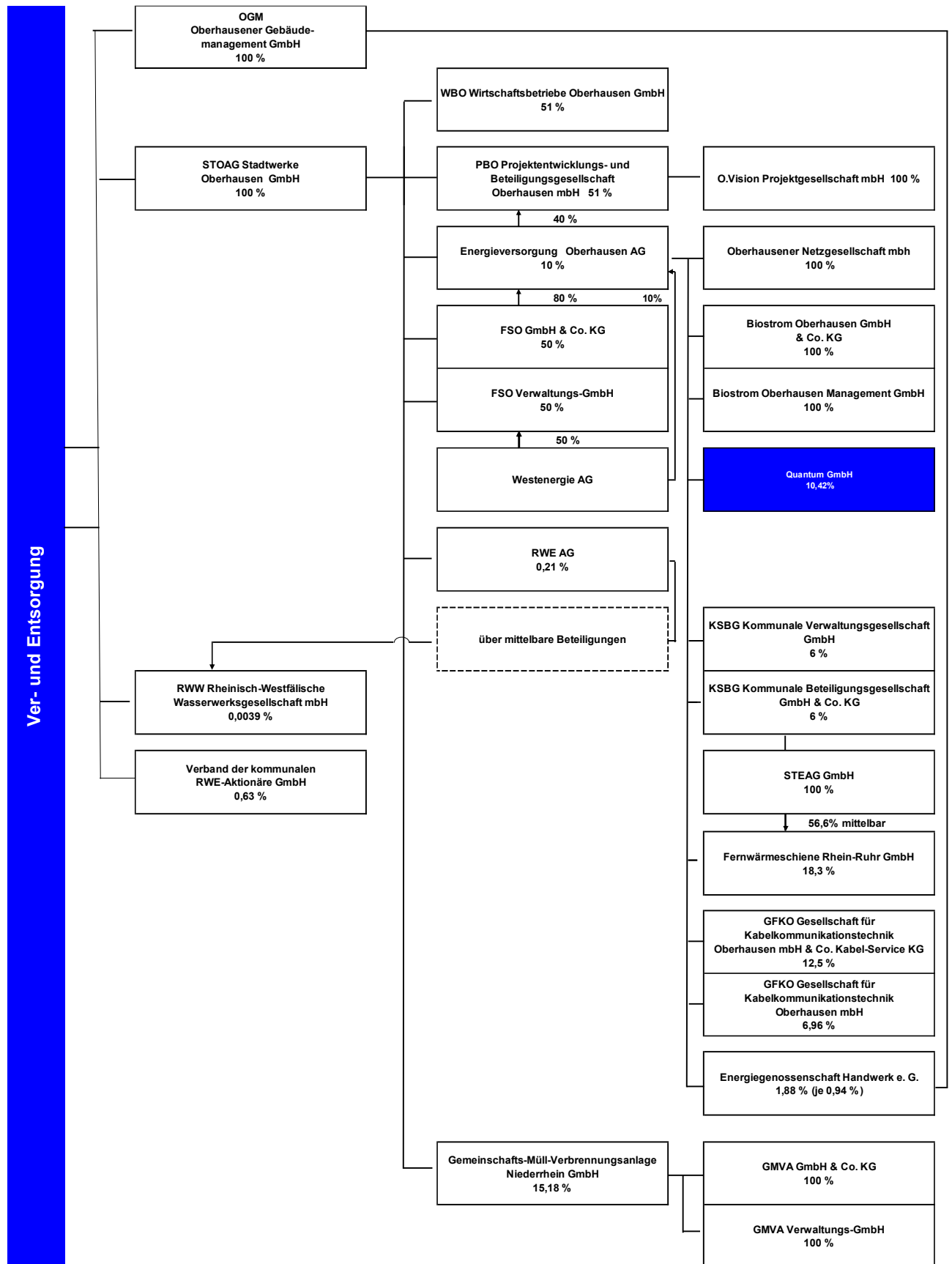
Eigenkapitalquote:

Fremdkapitalquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
95,63	91,70	91,87	%
4,37	8,30	8,13	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.



Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon 02102 939 77-0
Telefon 0211-4369270
Fax 02102 939 77-33
Fax 0211-43692733
e-Mail info@quantum.de
Internet www.quantum.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.035,25

Gesellschafter:	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	6,11
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	8,73
Gemeindewerke Greifath GmbH	16,50	1,75
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	3,49
SWK Energie GmbH	247,50	26,20
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	3,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Hardt, Dirk
Geschäftsführer Benz, Andreas

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Ferling, Siegfried
	Mitglied	Herschbach, Stefan
	Mitglied	Behler, Thomas
	Mitglied	Dercks, Claudia
Prokura:	Prokurist	Schäfer, Michael
	Prokurist	Schechinger, Klaus

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	220,66	0,8	159,81	0,6	131,96	1,0	-27,85	-17,43
Umlaufvermögen	27.235,92	99,2	25.819,36	99,4	13.422,17	99,0	-12.397,19	-48,02
Rechnungsabgrenzungsposten	3,91	0,0	2,39	0,0	9,81	0,1	7,42	310,46
Bilanzsumme	27.460,48	100,00	25.981,57	100,00	13.563,94	100,00	-12.417,63	-47,79
Passiva								
Eigenkapital	5.400,05	19,7	5.437,73	20,9	5.090,32	37,5	-347,41	-6,39
Rückstellungen	2.108,08	7,7	2.202,84	8,5	2.258,04	16,6	55,20	2,51
Verbindlichkeiten	19.952,35	72,7	18.340,20	70,6	6.215,58	45,8	-12.124,62	-66,11
Rechnungsabgrenzungsposten			0,80	0,0			-0,80	-100,00
Bilanzsumme	27.460,48	100,00	25.981,57	100,00	13.563,94	100,00	-12.417,63	-47,79

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	372.613,01	387.128,11	361.527,35
sonstige betriebliche Erträge	20,15	210,73	204,11
Materialaufwand	367.259,45	381.880,70	356.027,12
Personalaufwand	2.360,05	2.591,93	2.583,60
Abschreibungen	99,82	70,23	61,58
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.527,62	2.527,31	2.742,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	235,95	206,42	310,30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	150,28	62,25	6,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14,15	6,76	3,24
sonstige Steuern		17,82	0,97
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	136,13	37,67	1,90
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	136,13	37,67	1,90

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,04	0,01	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,59	0,70	0,04	%
Cash-Flow:	235,95	107,90	63,48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	15.856,73	16.623,98	14.886,07	T€
Personalaufwandsquote:	0,63	0,67	0,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,52	0,40	0,68	%
Eigenkapitalquote:	19,66	20,93	37,53	%
Fremdkapitalquote:	80,34	79,07	62,47	%

e) Lagebericht**Grundlagen der Quantum GmbH****Geschäftsmodell**

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Dienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfolio-managements ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Management von Überführungszeitreihen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen
- Kraftwerkseinsatzoptimierung
- Prozessautomatisierung
- Unterstützung im Geschäftskundenvertrieb (White Label - Vertriebsstrategie „Tranche Komfort“)
- Umsetzung BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz)
- Kundenmonitoring / Unterstützung bei Kundenzufriedenheitsanalysen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Vision für die neue Energiewelt und der Ableitung datenbasierter Geschäftsmodelle (EFM-Netzwerk / „Energie für morgen“)

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Kunden offen.

Strategien und Ziele

Quantum Beschaffungsstrategien

Im Jahr 2020 lag der Fokus auf der Anpassung der beiden Strategien der Poolbeschaffung Strom und Gas, welche Commodity - übergreifend harmonisiert wurden. Die Prozesse der Bewirtschaftung wurden im Rahmen der Harmonisierung ebenfalls weiter automatisiert. Für das aktuelle Jahr 2021 liegt der Fokus auf der Umsetzung der operativen Erfordernisse, die sich im Gasbereich aus der Zusammenlegung der beiden Marktgebiete NCG und GASPOOL zum neuen virtuellen Handelspunkt Trading Hub Europe sowie der Marktraumumstellung ergeben.

Kurzfristoptimierung

Quantum nutzt weiterhin Optimierungschancen am Kurzfristmarkt durch die Glatstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe eines automatisierten Handelssystems können solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr am kurzfristigen Markt weiterhin risikominimierend gehandelt werden, mit dem Ziel, dabei zusätzliche Erlöse zu erwirtschaften.

Kraftwerkseinsatzoptimierung

Im Jahr 2020 wurde der Ausbau der Dienstleistung Kraftwerkseinsatzoptimierung weiter vorangetrieben. Bei einem Stadtwerk, welches im Vorjahr als Kundin für die Optimierung der Einsatzplanung ihres Fernwärmenetzes gewonnen werden konnte, wurden die erforderlichen Systeme und Prozesse implementiert, um nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen die Optimierung am Spotmarkt aufnehmen zu können. Dies wird voraussichtlich im Laufe des zweiten Quartals 2021 der Fall sein.

Absatzportfoliomanagement

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement (ehemals Vertriebs - Informations-Management) wird aktuell von fünf Quantum - Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung werden rund 60% des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- und Kosten-Überblick einzelner Vertriebssegmente. Für 2021 wird von einem neutralen Beitrag der Zusatzdienstleistung zum Gesamtergebnis ausgegangen.

Digitales Kunden-Portal eportfol.io

Das digitale Kunden-Portal der Quantum (eportfol.io) ist die zentrale, webbasierte (Energie-) Informations- und Transaktionsplattform für die effiziente Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern der Quantum. Das Online-Portal unterstützt die Prozesse rund um die Energiebeschaffung mit folgenden Funktionen: Management - Dashboard, (Angebots-) Preis - Kalkulation und Prognosen von RLM- und SLP - Kunden, Energietransaktionen mit Warenkorb - Funktion sowie umfassende Portfolioinformationen (numerisch / graphisch).

Das Kundenportal wurde in der Vergangenheit von einem externen Dienstleister betrieben und weiterentwickelt. Die Quantum hat diese Aufgabe seit Mitte 2020 komplett übernommen. Als Maßnahme zur besseren Ausfallsicherheit und größeren Flexibilität wurde das Portal von physischen Servern in eine Cloud-Lösung überführt.

Im Sommer 2020 wurden die Bedürfnisse der Nutzer bezogen auf die Optimierung und Weiterentwicklung des Kundenportals ermittelt. Zudem wurde identifiziert, dass eine Modernisierung des Portals nötig ist, um einen performanten und optimierten Weiterbetrieb dauerhaft zu gewährleisten. Eine Planung und Aufwandseinschätzung zur Modernisierung des Portals zur Sicherstellung eines performanten und fehlerfreien Weiterbetriebes wurde aufgestellt, die Umsetzung erfolgt in 2021. Das Portal wird zusätzlich in Lizenz von schweizerischen Energieversorgern in einer auf den Schweizer Energiemarkt angepassten Version genutzt.

Prozessautomatisierung

Im Jahr 2020 konnten weitere Prozesse im Bereich Portfoliomanagement automatisiert werden, wie u.a. die Flexibilitätsvermarktung, Tranche Komfort, Durchschnittspreis- und Poolbeschaffung. Die Wartung und der Betrieb der automatisierten Prozesse aus den vorherigen Jahren und des QUICC Portals zur Prozessüberwachung und Steuerung wurde geleistet. Hierdurch konnte der manuelle Aufwand weiter verringert, Fehlerpotentiale gesenkt und die Qualität unserer Basisdienstleistung weiter erhöht werden.

Des Weiteren wurde aus dieser Tätigkeit ein Dienstleistungsangebot formuliert und einigen Gesellschaftern im Sommer 2020 vorgestellt. Im Frühjahr 2020 wurde bereits ein erstes kleineres Pilotprojekt für ein Stadtwerk erfolgreich umgesetzt. Aus dem Gesellschafterkreis konnte ein Auftrag mit einem Pilotkunden gewonnen und die Arbeit dazu im Q4/2020 aufgenommen werden. Zudem gab es gegen Ende des Jahres konkrete Gespräche mit weiteren Stadtwerken, um zu eruieren, in welcher Form die Quantum durch Prozessautomatisierung unterstützen kann und welche Prozesse sich für weitere Piloten eignen würden. Diese Gespräche werden im Q1/2021 fortgeführt. Die Pilotprojekte dienen auch dazu, unser Verständnis der Bedürfnisse der Kunden bezogen auf die Dienstleistung zu schärfen. Im Zuge der Geschäftsmodellentwicklung wird im Jahr 2021 darauf aufgesetzt.

Wertorientierte Vertriebssteuerung

Die Zusatz – Dienstleistung Wertorientierte Vertriebssteuerung (WOV) wurde wegen fehlender Nachfrage eingestellt.

Weitere Zusatzdienstleistungen 2020 / 2021

Im Berichtsjahr hat die Quantum erfolgreich eine Reihe weiterer Zusatzdienstleistungen für ihre Gesellschafter und Kunden entwickelt. Hierzu zählt unter anderem die Unterstützung der Vertriebsaktivitäten im Geschäftskundenbereich mittels der gemeinsam mit der SWK ENERGIE entwickelten White Label-Vertriebsstrategie „Tranche Komfort“. Für dieses Produkt konnten im dritten Quartal 2020 insgesamt drei Vertragsabschlüsse mit Gesellschaftern und ein weiterer Abschluss mit einem Stadtwerkekunden außerhalb des bestehenden Gesellschafterkreises erzielt werden.

Zum 1. Januar 2021 ist das neue Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Kraft getreten, von dem sämtliche Quantum - Gesellschafter betroffen sind. Aus diesem Grund hat die Quantum frühzeitig damit begonnen, die sich für die Stadtwerke ergebenden Verpflichtungen zu analysieren und ein entsprechendes Dienstleistungsprodukt zu konzipieren. Der resultierende Produktvorschlag wurde von nahezu allen Gesellschaftern beauftragt und wird im Laufe des Jahres 2021 sukzessive umgesetzt werden.

Eine weitere Ergänzung der angebotenen Zusatzdienstleistungen betrifft schließlich die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich des Kundenmonitorings bzw. der Durchführung von Kundenzufriedenheitsanalysen. Nachdem dieses Produkt im Berichtsjahr erfolgreich bei einem ersten Gesellschafter abgeschlossen werden konnte, plant die Quantum, die Vermarktung auf den gesamten Gesellschafter- und Kundenkreis auszuweiten.

Organisation

Die Organisation wurde konsequent im Sinne agiler Arbeitsmethoden weiterentwickelt. Insbesondere wurde noch mehr Entscheidungskompetenz in die Teams delegiert, die Ihren Selbstorganisationsgrad noch einmal erhöhten. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Teams und so genannte Boards mit interdisziplinären Kompetenzen und klar fokussierter Aufgabenstellung. Einzelne Mitarbeiter können je nach Kompetenz und Interesse in mehreren Teams, Boards und Kreisen mitwirken. Die Quantum arbeitet mit einer flachen Hierarchie. Abgesehen von den Teams bringt sich die Geschäftsführung in die Arbeit der Boards und Kreise mit ein.

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2020 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

Forschung und Entwicklung

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum im Wesentlichen durch die Innovations - Plattform EFM ("Energie für morgen") vorangetrieben. In 2020 stand die Fortführung des EFM-Projektes „Neue Produkte und Dienstleistungen für Post-EEG-Anlagen“ im Vordergrund der Aktivitäten begleitet durch die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung des gesamten Innovationsprogrammes. Diese Weiterentwicklung konkretisierte sich im Berichtsjahr zum einen in einer gemeinsam mit den EFM - Kunden durchgeführten Analyse und Konzeption neuer Such- und Handlungsfelder. Zum anderen entwickelt sich der im Berichtsjahr zum zweiten Mal durchgeführte Stadtwerke-Innovators Day zu einer zunehmend wichtiger werdenden Innovationsquelle und Vernetzungsmöglichkeit für die Teilnehmer des EFM - Programmes.

Wirtschaftsbericht**Regulatorische Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements.

Die Veröffentlichungspflichten der REMIT bzgl. Insider Informationen wurde angepasst. Die Einschränkung der Veröffentlichungsmöglichkeiten wurde entsprechend berücksichtigt.

Geschäftsverlauf**I.1.1 Gesellschafterangelegenheiten**

Die Stadtwerke Willich GmbH und die Stadtwerke Meerbusch GmbH, die jeweils 3,19% am Stammkapital hielten, hatten ihre Gesellschafterstellung mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2019 gekündigt. Die Gesellschafterversammlung der Quantum GmbH hat in ihrer Sitzung vom 05. Dezember 2019 beschlossen, dass die Geschäftsanteile der Stadtwerke Willich GmbH und der Stadtwerke Meerbusch GmbH in Höhe von jeweils 3,19% an die Quantum GmbH abgetreten werden sollen. Die Austragung im Handelsregister erfolgte zum 28. September 2020 (Vertrag vom 24. August 2020) und führte dem Beschluss der Gesellschafterversammlung folgend zu einer Erhöhung eigener Anteile der Quantum auf 10,36%, sowie zu einer Reduzierung der Gewinnrücklagen.

I.1.2 Strommarkt

Die Notierungen des deutschen Stromfrontjahres 2021 schwankten sehr stark im abgelaufenen Jahr 2020. Nach einem Einstieg des Baseloadpreises von 43,85 €/MWh am 02. Januar 2020 verlor das Cal 21 im Zuge der weltweiten Coronapandemie und der damit verbundenen Einschränkungen bis zum 23. März deutlich an Wert und notierte beim Jahrestief bei 33,65 €/MWh. Ein sehr starker Preisanstieg erfolgte in den letzten beiden Monaten November und Dezember und verhalf dem Kontrakt auf ein neues Jahreshoch am vorletzten Handelstag von 49,32 €/MWh. Der Kontrakt schloss das Jahr mit einem Kurs von 48,15 €/MWh und einem Mittelwert von 40,20 €/MWh – gut 7 €/MWh unter dem Preis des Vorjahres. Die gleiche Bewegung machte auch das Peakfrontjahr 2021 mit. Der Tiefpunkt wurde am 23. März 2020 bei einem Wert von 42,57 €/MWh erreicht und das Hoch am 28. Dezember 2020 bei 59,05 €/MWh. Der Jahresdurchschnittspreis lag bei 49,07 €/MWh und damit gut 8 €/MWh unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

I.1.3 Gasmarkt

Der Gasmarkt 2020 war von der weltweiten Coronapandemie geprägt. Der Kontrakt für das Frontjahr 2021 im Marktgebiet NetConnect Germany verlor von seiner ersten Notierung von 16,88 €/MWh am 2. Januar kontinuierlich an Wert. Der durch die Coronapandemie ausgelöste Einbruch der internationalen Wirtschaftskonjunktur ließ die Nachfrage sinken. Der niedrigste Preis für das Cal 21 wurde am 01. Juni 2020 mit 12,21 €/MWh erreicht. Erst zum Jahresende zogen aufgrund kühlerer Temperaturen und einer hohen asiatischen Nachfrage die Preise wieder an. So schloss der Handel im Dezember knapp über dem Startpunkt bei 17,02 €/MWh. Im Durchschnitt notierte das Frontjahr 2021 bei 13,84 €/MWh und damit rund 5 €/MWh schwächer als das Vorjahr.

Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2020 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2020 361,5 Mio.€. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2020 wurde um ca. 8,5% unterschritten, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr Mindererlöse von 6,6%. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von 205,9 Mio.€ auf 200,2 Mio.€ gesenkt (2,8%), die Gasumsätze gingen von 175,6 Mio.€ auf 154,1 Mio.€ (-12,2%) zurück. Die übrigen Erlöse gehen auf die

Dienstleistungen und Zusatzdienstleistungen an Gesellschafter und Partner, sowie auf Erlöse mit Zertifikaten und Ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat ein Ergebnis von 1,9 T€ erzielt und damit den Plan, eine schwarze Null zu erzielen, erreicht.

Die Personalkosten blieben nahezu unverändert im Berichtszeitraum bei 2,6 Mio.€ (-0,4%).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Jahre 2020 von 2.527 T€ auf 2.743 T€ (+8,5%). Für den Anstieg sind im Wesentlichen Fremddienstleistungen verantwortlich, die jedoch zum größeren Teil zu Weiterfakturen bei den Zusatzdienstleistungen geführt haben.

	2020 T€	2019 T€	Veränderung T€	%
+ Umsatzerlöse	361.527	387.128	-25.601	-6,6
- Materialaufwand	356.027	381.881	-25.854	-6,8
Rohrertrag	5.500	5.247	253	4,8
- Personalaufwand	2.584	2.592	-8	-0,3
- Abschreibungen	62	70	-8	-11,4
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.742	2.527	215	8,5
+ Sonstige betriebliche Erträge	204	211	-7	-3,3
Betriebsergebnis	316	269	47	17,5
+ Zinserträge	2	1	1	100,0
- Zinsaufwendungen	312	207	105	50,7
Finanzergebnis	-310	-206	-104	-50,5
- Ertragsteuern	3	7	-4	-57,1
Ergebnis nach Ertragsteuern	3	56	-53	-94,6
- Sonstige Steuern	1	18	-17	-94,4
Jahresüberschuss	2	38	-36	-94,7

I.1. Finanz- und Vermögenslage

Kapitalflussrechnung	2020 - T€ -	2019 - T€ -
Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	2	38
± Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+62	+70
± Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	+55	+95
± Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+13.927	+4.317
± Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.016	-1.744
± Zinsaufwendungen / Zinserträge	+310	+206
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	+2.340	+2.982
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	+4
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-34	-14
+ Erhaltene Zinsen	0	1
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-34	-9
± Ein- / Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	-349	0
+ Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-112	+133
- Gezahlte Zinsen	-310	-207
= Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-771	-74
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+1.535	+2.899
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.567	6.668
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.102	9.567

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus den per Saldo sinkenden Forderungen, denen ein geringer verlaufender Rückgang der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen gegenübersteht. Auch insgesamt lief es auf eine Erhöhung des Finanzmittelfonds hinaus.

Kapitalstruktur	2020 T€	2019 T€	Veränderung	
			T€	%
Summe Eigenkapital	5.090	5.438	-348	-6,4
Summe Fremdkapital	8.474	20.543	-12.069	-58,7
Bilanzsumme	13.564	25.981	-12.417	-47,8

	%	%
Eigenkapitalquote	37,5	20,9
Fremdkapitalquote	62,5	79,1

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme auf 37,5%.

Bei den Forderungen ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung von -13,9 Mio.€, bei den Verbindlichkeiten von -12,1 Mio.€. Beide Effekte führten zu einer Minderung der Bilanzsumme mit der entsprechenden Wirkung auf die Eigenkapitalquote.

Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2020 stets über ausreichende Liquidität. Zusätzlich wurde in 2020 ein Vertrag zur gegenseitigen Liquiditätsüberlassung mit der STADTWERKE KREFELD AG geschlossen. Ziel des Vertrages ist es, Verwarentgelte, und im Einzelfall auch Kreditzinsen durch gegenseitige Liquiditätsüberlassung zu vermeiden.

Vermögenslage

Seit der in 2018 erfolgten Kapitalerhöhung und der damit verbundenen Aufstockung der Rücklagen, hat sich die Eigenkapitalquote der Quantum verbessert.

Organisation

Im Jahr 2020 waren alle Bereiche der Quantum mit insgesamt durchschnittlich 24,3 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 18,8 Vollzeitkräfte und 5,5 Teilzeitkräfte.

Die Organisation wurde konsequent im Sinne agiler Arbeitsmethoden weiterentwickelt. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Mitarbeiter in Teams und sogenannten Boards, Teams mit interdisziplinären Kompetenzen und klar fokussierter Aufgabenstellung zusammen.

Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie - Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50% in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die in den letzten Jahren beobachteten starken Schwankungen der Preise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das bewährte Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde fortgeführt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Das für Quantum bei Drittbürgschaftsgebern abrufbare Besicherungsvolumen wurde erweitert, um den steigenden Anforderungen im Rahmen der Corona bedingt starken Preisschwankungen zu entsprechen.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt die Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung – insbesondere von Beschaffungsvorgängen – sind die Prozesse in hohem Maße automatisiert. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen.

In 2020 und 2021 wurde ein Audit über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951 für das Geschäftsjahr 2020, bezogen auf die Prozesse, die die Quantum dienstleistend für Gesellschafter und Kunden leistet, durchgeführt. Die Prüfung ist zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes noch nicht abgeschlossen. Prüfungsfeststellungen liegen zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die bestehenden Marktgebiete NCG und GASPOOL werden voraussichtlich zum 01. Oktober 2021 zusammengelegt, sodass in Deutschland in Zukunft nur noch ein Marktgebiet mit höherer Liquidität existiert. Für die Quantum sind damit der Abschluss eines neuen Bilanzkreisvertrages sowie einige prozessuale Anpassungen verbunden.

Die EU-Kommission hat festgelegt, dass die europäische Regulierungsagentur in der Zukunft durch Gebühren für REMIT-Meldungen finanziert werden soll. In 2021 werden diese entsprechend von der ACER erhoben und über die Registered Reported Mechanism eingezogen.

Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Die Quantum rechnet für das Wirtschaftsjahr 2021 mit stagnierenden Preisen an den Energiemärkten und aufgrund des Ausscheidens der Gesellschafter Willich / Meerbusch mit einer etwas geringeren Absatzmenge im Vergleich zu 2020, sodass insgesamt mit Erlösen geplant wird, die etwas unter 360,0 Mio.€ liegen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen wird.

Die Teams der Quantum ermitteln fortlaufend die Bedürfnisse der Kunden und beobachten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Dies geschieht im Hinblick auf die bereits angebotenen Lösungen und die mögliche Entwicklung neuer Lösungen.

Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung, Optimierung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten angestrebt.

Der gesellschaftspolitisch gewollte Umbau der Energieversorgung in Deutschland (Energiewende) setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im neuen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken, aber auch Chancen eröffnet.

Zur Abbildung der komplexen Anforderungen werden sich jedoch kleine und mittlere Versorgungsunternehmen Dritter bedienen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine moderat steigende Nachfrage. Allerdings besteht vor allem im Markt für Portfolio-Dienstleistungen eine unverändert hohe Wettbewerbsintensität.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen bereitet sich die Quantum auf zukünftige Herausforderungen vor, indem sie die Grundlagen für eine möglichst effiziente Erbringung ihrer Dienstleistung schafft.

Energie für morgen

Im Zentrum der Aktivitäten der Innovationsplattform EFM stehen auch in 2021 die inhaltliche und methodische Etablierung des definierten Innovationsprozesses, sowie die Bearbeitung der in verschiedenen Diskussionskreisen neu definierten Such- und Handlungsfelder. Insbesondere ist es geplant, das Projekt "Neue Produkte und Dienstleistungen für Post-EEG-Anlagen" als Basis für weitere Betrachtungen im Umfeld nachhaltiger und dezentraler Erzeugungsquellen (Regionalstrom) zu nutzen. Im Fokus steht weiterhin die Weiterentwicklung des erfolgreichen Eventformats „Stadtwerke Innovators Day (SID)“ zu einer deutschlandweit relevanten Innovationsplattform im digitalen Raum.

Kunden-Portal

Nach der notwendigen technischen Modernisierung wird die Weiterentwicklung auf Basis der erfassten und priorisierten Nutzerbedürfnisse angegangen.

Prozessautomatisierung im Kundenauftrag

Auf Basis der Kundenbedürfnisse, einer externen Analyse und den Erfahrungen aus den Pilotprojekten wird ein Geschäftsmodell aufgestellt und im Gesellschafterkreis vorgestellt. Anschließend sollen vertriebliche Aktivitäten auch außerhalb des Gesellschafterkreises gestartet werden.

Gesellschafterangelegenheiten

Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH zeichnen sich für 2021 nicht ab. Unabhängig davon ist die Quantum GmbH weiterhin bestrebt, neue Kunden und Gesellschafter für das Kerngeschäft „Portfoliomanagement“ zu gewinnen.

Organisation

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 beschäftigte die Quantum 18,8 Vollzeit- und 5,5 Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftrags eingangs für die neuen Geschäftsfelder im Stadtwerkeumfeld wird ein moderater Personalaufbau angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können.

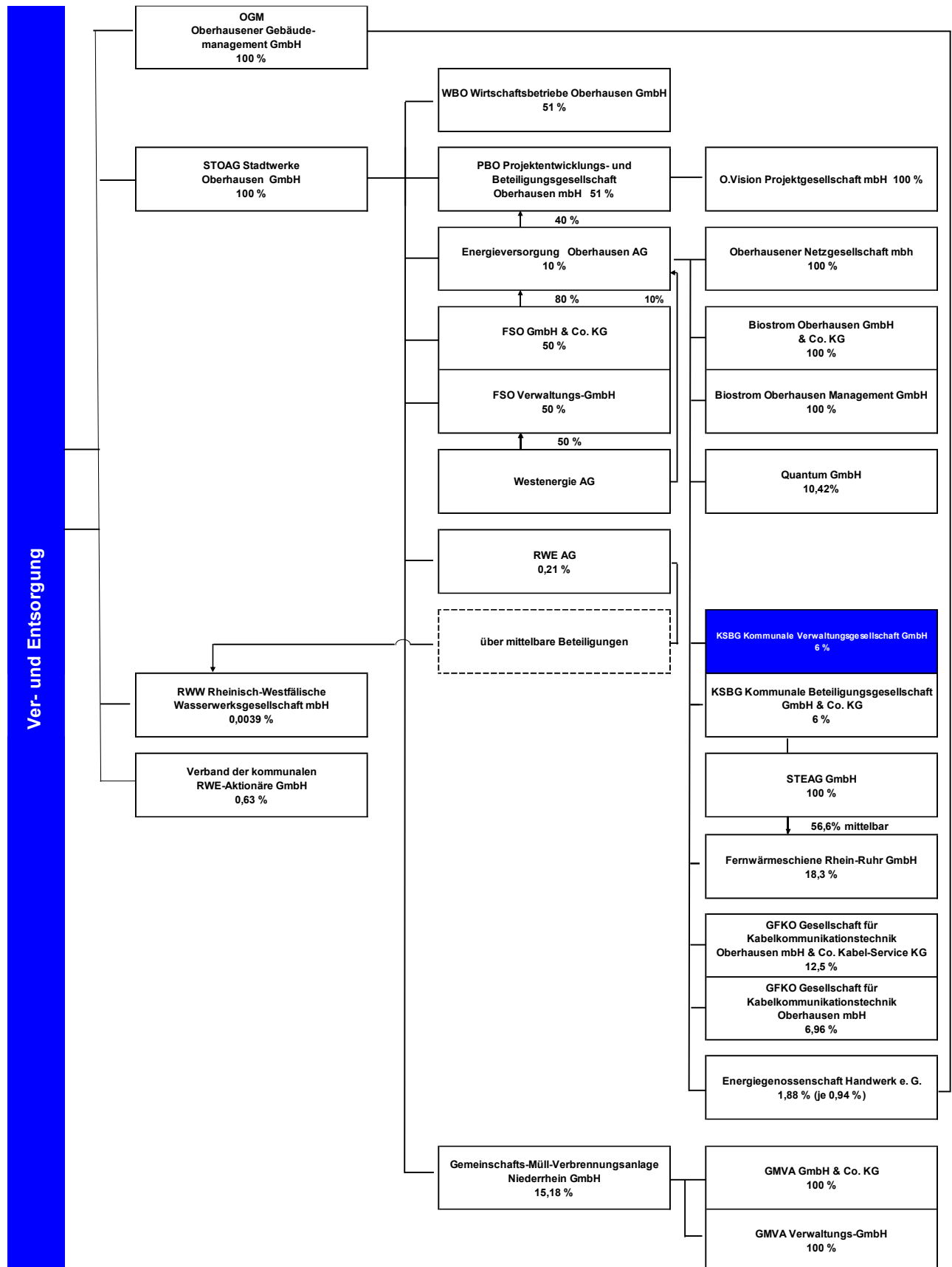
Corona Pandemie

Auch die Quantum hat sich seit der Verbreitung der Corona Pandemie umfassend organisiert. Dazu gehören Notfallpläne, um auf der einen Seite die Verbreitung des Virus einzudämmen, so dass nach Möglichkeit keine Kollegen infiziert werden, und auf der anderen Seite das Kerngeschäft und damit letztendlich die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Gas zu gewährleisten. Die wichtigste Maßnahme ist dabei die Ausweitung von mobiler Arbeit und Homeoffice. So werden bis zu einer nachhaltigen Besserung der Pandemielage alle Prozesse, die Remote durchgeführt werden können, weiterhin im Homeoffice oder per mobilem Arbeiten durchgeführt. Der Bürobetrieb vor Ort ist üblicherweise auf maximal drei Personen eingeschränkt, die Hygieneregeln werden strikt eingehalten. Die aktuelle Pandemielage wird ständig verfolgt und notwendige organisatorische Veränderungen werden, wie der Gesetzgeber es vorsieht, umgesetzt.

Düsseldorf, 26. März 2021

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Andreas Benz
Geschäftsführung



KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Rüttenscheider Straße 1 - 3 45128 Essen
Kontakt:	
Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	www.stadtwerke-konsortium.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	100,00

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	36,00	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Schröder, Carsten

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Link, Sören
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Schranz, Daniel

Mitglied	Sierau, Ulrich
Mitglied	Süpke, Sabine
Mitglied	Wolff, Christine
Mitglied	Eiskirch, Thomas
Mitglied	Prof. Dr. Hermanns, Julia
Mitglied	Banaszak, Jörg
Mitglied	Dinter, Thomas
Mitglied	Samland, Ursula
Mitglied	Kiefer, Elmar
Mitglied	Grabmeier, Gerhard
Mitglied	Hanke, Jörg

Prokura:	Prokuristin	Unterberg, Carina
	Prokuristin	Sommerfeld, Anke
	Prokurist	Grau, Tobias

Präsidium:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Sikorski, Ralf
	Mitglied	Eiskirch, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	5,84	1,4	4,18	2,0		
Umlaufvermögen	401,87	98,6	207,85	98,0		

Bilanzsumme	407,71	100,00	212,03	100,00		
--------------------	--------	--------	--------	--------	--	--

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	136,40	33,5	141,40	66,7		
Rückstellungen	202,62	49,7	30,81	14,5		
Verbindlichkeiten	68,69	16,8	39,82	18,8		

Bilanzsumme	407,71	100,00	212,03	100,00		
--------------------	--------	--------	--------	--------	--	--

bb) GuV

	2018	2019
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.052,55	1.127,06
Personalaufwand	709,02	717,52
Abschreibungen	2,20	1,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	260,66	269,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,19	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	77,48	138,28
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	72,34	132,92
sonstige Steuern	0,14	0,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,00	5,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,00	5,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

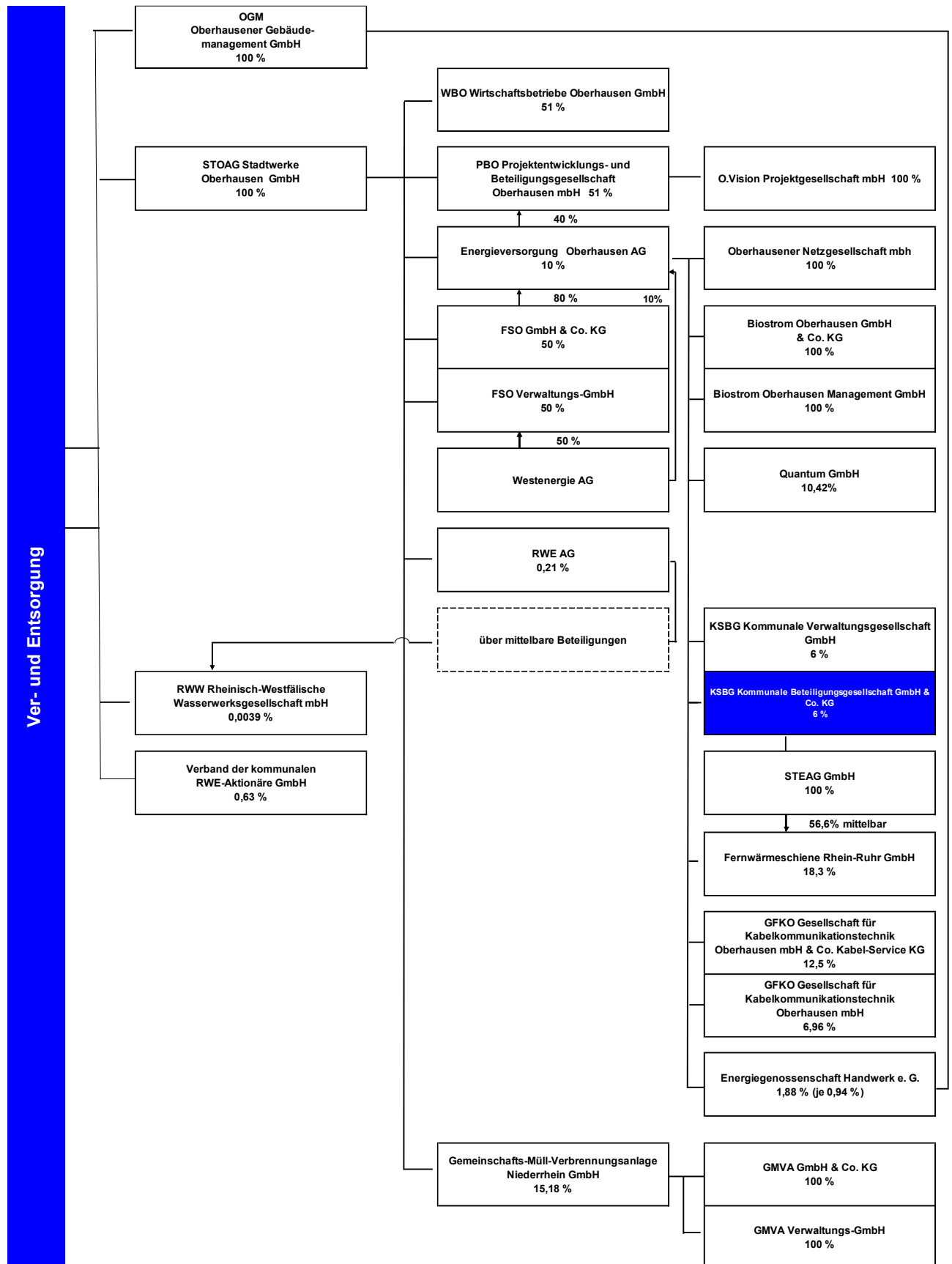
	31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	3,81	3,67	%
Cash-Flow:	7,20	6,66	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	210,51	281,77	T€
Personalaufwandsquote:	67,36	63,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,43	1,97	%
Eigenkapitalquote:	33,46	66,69	%
Fremdkapitalquote:	66,54	33,31	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2020 der Gesellschaft noch nicht vor.



KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/801-1280
Fax 0208/835 2620
e-Mail info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet www.stadtwerke-konsortium.de/

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	0,36	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
mittelbar	T€	%
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%
863.424,00	90,5	863.476,25	92,2		
88.394,00	9,3	72.285,23	7,7		
2.166,00	0,2	439,11	0,0		

Bilanzsumme

953.984,00	100,00	936.200,58	100,00		
-------------------	---------------	-------------------	---------------	--	--

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%
299.299,00	31,4	310.410,83	33,2		
11.862,00	1,2	9.457,62	1,0		
642.823,00	67,4	616.332,13	65,8		

Bilanzsumme

953.984,00	100,00	936.200,58	100,00		
-------------------	---------------	-------------------	---------------	--	--

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019
T€	T€
1.328,00	1.366,13
652,00	778,25
755,00	654,05
92,00	118,81
5.394,00	9.441,45
45.000,00	45.019,47
731,00	627,09
128.000,00	0,00
22.611,00	27.627,21
-109.141,00	9.949,41
1.199,00	-75,76
1,00	-1.086,60
-110.341,00	11.111,77
-110.341,00	11.111,77

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

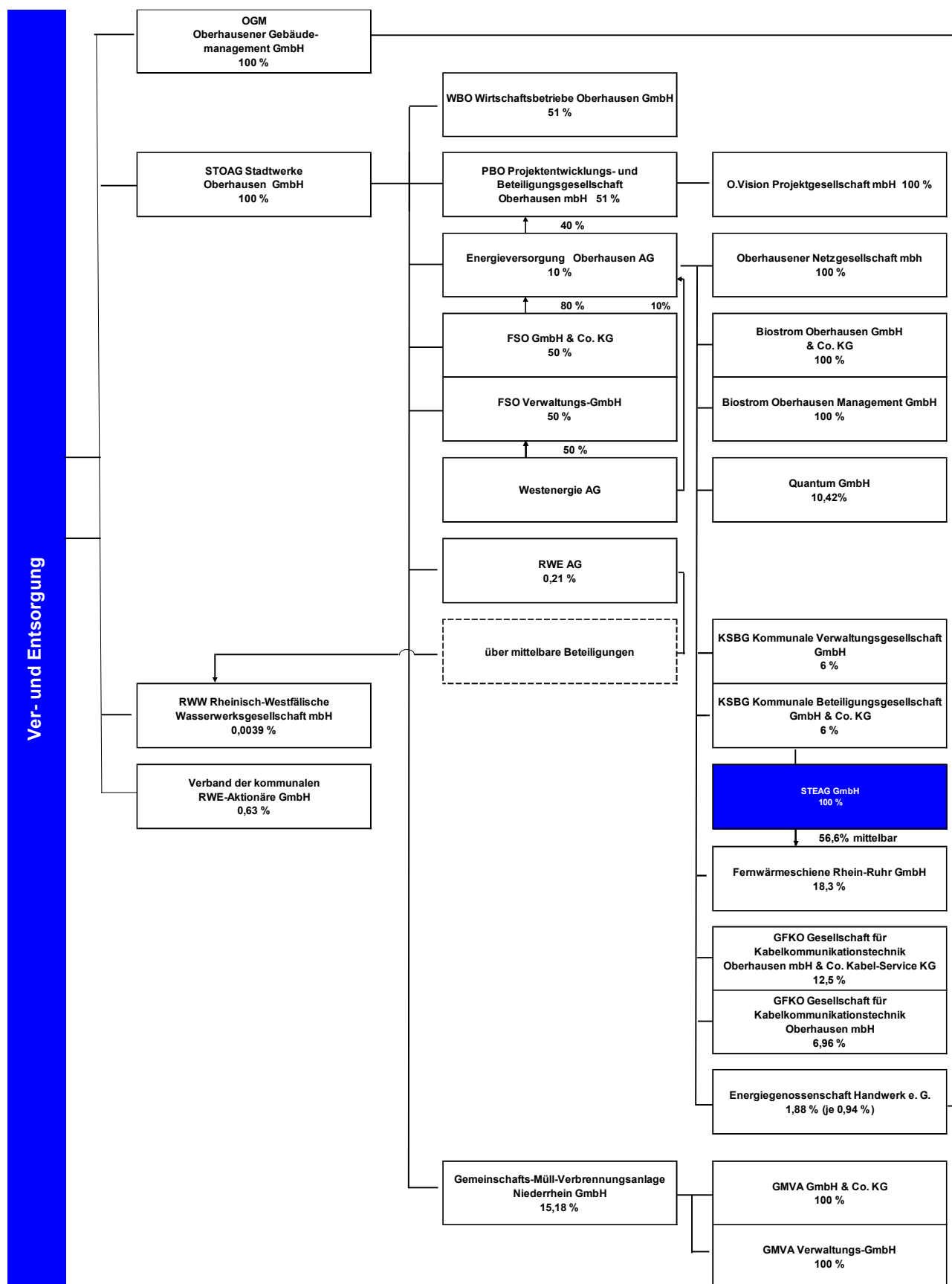
31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
-8.308,81	813,37	%
-26,94	3,71	%
17.751,00	11.230,58	T€
		T€
		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,16	0,17	%
Eigenkapitalquote:	31,37	33,16	%
Fremdkapitalquote:	68,63	66,84	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2020 der Gesellschaft noch nicht vor.



STEAG GmbH**a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen**

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon +49 201 801-00
Fax +49 201 801-6388
Internet www.steag.com

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

- a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und hiermit verbundene Dienstleistungen,
- b) Beschaffung und Vermarktung von Energien, sonstigen Medien sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge**b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)**

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Enzweiler, Rainer
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Held, Stefan
	Mitglied	Jacoby, Jörg
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Vassiliadis, Michael

Mitglied	Spohn, Dietmar
Mitglied	Detemple, Andreas
Mitglied	Drese, Markus
Mitglied	Zimmer, Thomas
Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
Mitglied (AN)	Banaszak, Jörg
Mitglied (AN)	Dinter, Thomas
Mitglied (AN)	Samland, Ursula
Mitglied (AN)	Kremer, Josef

c) Beteiligungen

unmittelbar

STEAG Fernwärme GmbH

T€	%
20.500,00	100,00

mittelbar

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

T€	%
63,13	63,13

Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

4.160,00	26,00
----------	-------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%
1.878.300,00	57,5	1.871.600,00	62,3		
1.385.600,00	42,4	1.119.100,00	37,3		
2.700,00	0,1	11.800,00	0,4		

Bilanzsumme

3.266.600,00	100,00	3.002.500,00	100,00		
--------------	--------	--------------	--------	--	--

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%
478.300,00	14,6	478.300,00	15,9		
1.112.300,00	34,1	1.122.400,00	37,4		
1.670.600,00	51,1	1.364.200,00	45,4		
5.400,00	0,2	37.600,00	1,3		

Bilanzsumme

3.266.600,00	100,00	3.002.500,00	100,00		
--------------	--------	--------------	--------	--	--

bb) GuV

	2018	2019
	T€	T€
Umsatzerlöse	1.657.100,00	909.300,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.600,00	48.400,00
andere aktivierte Eigenleistungen	200,00	300,00
sonstige betriebliche Erträge	47.700,00	245.400,00
Materialaufwand	1.547.200,00	889.300,00
Personalaufwand	148.500,00	134.500,00
Abschreibungen	26.000,00	11.100,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	124.600,00	223.700,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	93.500,00	44.800,00
Erträge aus Beteiligungen	182.300,00	153.700,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16.200,00	15.700,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.700,00	4.900,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	15.200,00	23.400,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.500,00	3.600,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	95.000,00	91.900,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47.300,00	45.000,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.100,00	-1.500,00
sonstige Steuern	1.200,00	1.500,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	45.000,00	45.000,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

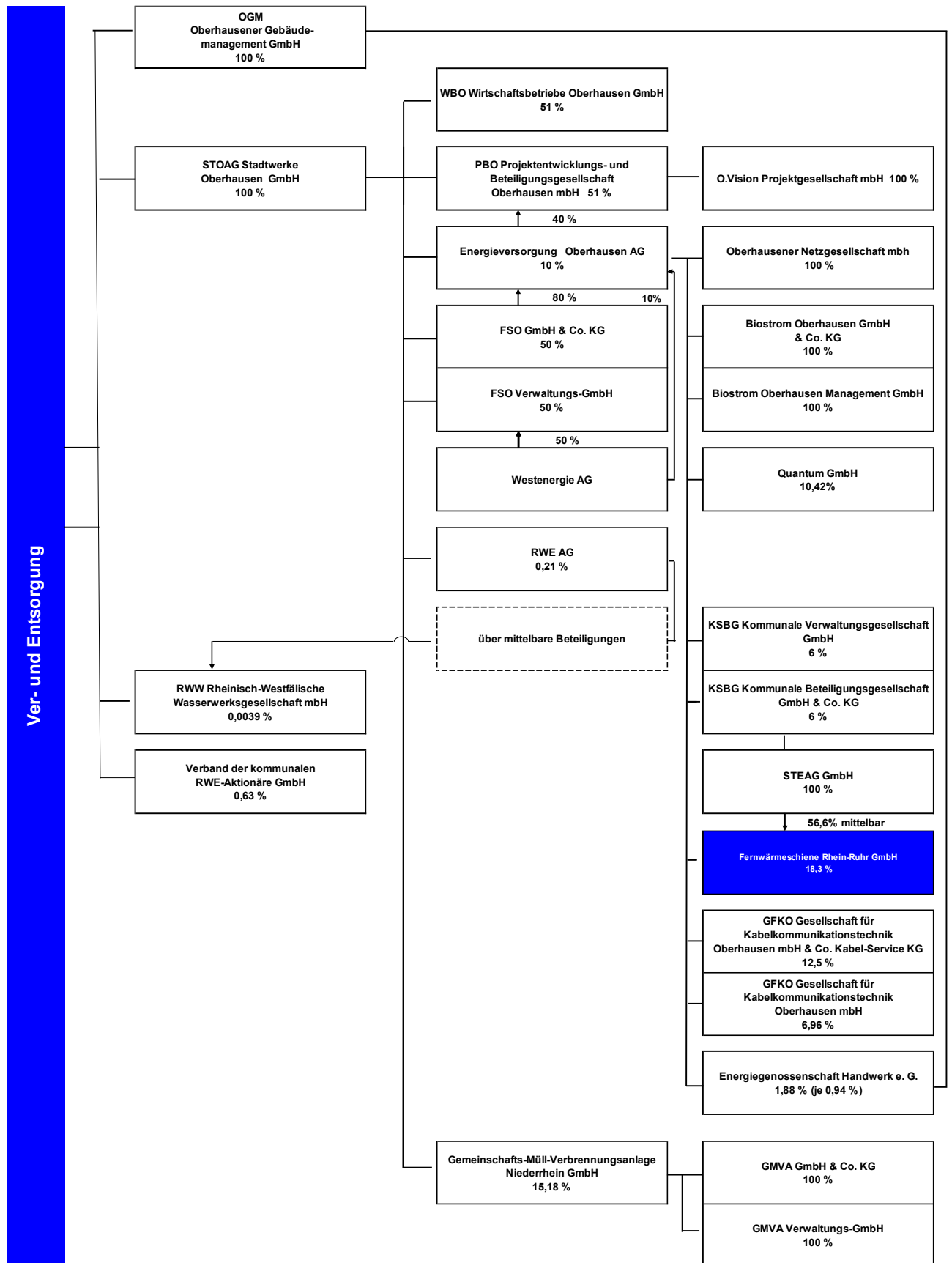
	31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,72	4,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,41	9,41	%
Cash-Flow:	73.500,00	59.700,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.356,83	998,67	T€
Personalaufwandsquote:	8,69	11,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,11	4,34	%
Eigenkapitalquote:	14,64	15,93	%
Fremdkapitalquote:	85,36	84,07	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2020 der Gesellschaft noch nicht vor.



Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	18,30	18,30
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	25,10	25,10
STEAG Fernwärme GmbH	56,60	56,60

Gegenstand des Unternehmens:

Die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen, sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme.

Zweck der Gesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der effizienten Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Engel, Michael
	Geschäftsführer	Döking, Thomas Josef
	Sprecher	Grimberg, Thomas

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Straus, Michael
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homborg, Bernd
	Mitglied	Dr. Kalkühler, Kathrin
	Mitglied	Dr. Schiele, Ralf
	Mitglied	Manderfeld, Markus
	Mitglied	Klement, Monika
	Mitglied	Eislöffel, Michaela
	Mitglied	Kobelt, Volker
	Mitglied	Korten, Anke

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
8.002,57	93,4	9.306,51	95,1			-9.306,51	-100,00
569,53	6,6	484,10	4,9	208,56	2,0	-275,54	-56,92
				9.971,86	98,0	9.971,86	

Bilanzsumme

8.572,10	100,00	9.790,62	100,00	10.180,42	100,00	389,80	3,98
-----------------	---------------	-----------------	---------------	------------------	---------------	---------------	-------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
100,00	1,2	100,00	1,0			-100,00	-100,00
12,24	0,1	5,99	0,1	2,10	0,0	-3,89	-64,94
8.459,86	98,7	9.684,62	98,9	10.178,32	100,0	493,70	5,10

Bilanzsumme

8.572,10	100,00	9.790,62	100,00	10.180,42	100,00	389,80	3,98
-----------------	---------------	-----------------	---------------	------------------	---------------	---------------	-------------

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
31,78	27,35	28,73
		10.071,86
31,78	27,35	28,73
0,00	0,00	-10.071,86
0,00	0,00	-10.071,86
0,00	0,00	-10.071,86

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	-100,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,24	94,91		%
Eigenkapitalquote:	1,17	1,02	0,00	%
Fremdkapitalquote:	98,83	98,98	100,00	%

e) Lagebericht**Grundlagen der Gesellschaft
Geschäft und Strategie**

Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR) ist eine Projektgesellschaft. Zweck des Projektes ist es, durch eine Verbindung der bestehenden Fernwärmeschiene Niederrhein mit der Fernwärmeschiene Ruhr eine effiziente Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der FWSRR zu erreichen.

Die FWSRR wurde im Jahr 2015 gegründet und am 13. April 2015 beim Amtsgericht Essen unter der Nr. B 26267 in das Handelsregister eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Essen. Gesellschafter der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH sind die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH, die Energieversorgung Oberhausen AG und die STEAG Fernwärme GmbH.

Die Aufgaben der FWSRR sind in der Projektentwicklungsphase insbesondere folgende Punkte:

- Klärung förderrechtlicher Rahmenbedingungen sowie Beantragung von Fördermitteln;
- Klärung technischer und wirtschaftlicher Umsetzung der Errichtung der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr und deren Einbindung in die FWSRR;
- Klärung der genehmigungsrechtlichen Situation einschließlich möglicher Trassierungen und der dafür erforderlichen Gestattungen und Einholung erforderlicher öffentlich-rechtlicher Genehmigungen (insbesondere Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung/Einholung des Planfeststellungsbeschlusses);
- Festlegung der Liefer- und Leistungsgrenzen für den Wärmebezug bzw. die Wärmelieferung;
- Erstellung der Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Bau der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen;
- Ermittlung des Investitionsbudgets für die Realisierung des Projektes;
- Klärung der Bezugskonditionen für Wärme, differenziert nach den jeweiligen Quellen;
- Erstellung eines Finanzierungskonzeptes;
- Erarbeitung und Verhandlung aller wesentlichen Verträge und Durchführung erforderlicher Vergabeverfahren;
- Erstellung eines Projektplans für die Realisierung des Projekts;
- Klärung sonstiger Bedingungen oder Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes;
- Dokumentation der Ergebnisse und Entscheidungsgrundlagen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt in der Projektphase bis zur Entscheidung über den Baubeschluss durch Gesellschafterdarlehen. Bei positivem Baubeschluss erfolgt die Finanzierung entsprechend des noch zu erstellenden Finanzierungskonzeptes, das eine Grundlage für die Entscheidung über den Baubeschluss ist. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit sichergestellt.

**Wirtschaftsbericht
Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis**

Der Antrag auf Planfeststellung für das Vorhaben der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH, der am 6. September 2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht wurde, ist am 16. Oktober 2019 positiv beschieden worden und wurde in den betroffenen Kommunen Bottrop, Oberhausen, Duisburg und Voerde vom 18. November bis zum 2. Dezember 2019 erneut öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt. Zum 3. Januar 2020 ist dieser Planfeststellungsbescheid bestandskräftig geworden und hat eine Gültigkeit von 5 Jahren.

Angesichts der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Veränderungen seit Gründung der Gesellschaft haben sich in der Bewertung des Projektes für die Gesellschafter deutliche Verschiebungen ergeben. Vor diesem Hintergrund wurde die Geschäftsführung der FWSRR mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Juni 2017 beauftragt, „keine weitere Detailplanung für die Ausführung des Projektes durchzuführen, sofern diese nicht für die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens erforderlich ist.“ Nachdem die Bestandskraft des Planfeststellungsbescheides eingetreten ist, haben die Gesellschafter in 2020 eine erneute wirtschaftliche Bewertung des Projektes als Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise durchgeführt.

Während der insgesamt aufwändigen und langwierigen Planungs- und Genehmigungsphase des Projektes mussten die beteiligten Projektpartner STEAG Fernwärme GmbH (SFW), Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) und Energieversorgung Oberhausen AG (evo) zur Sicherstellung der Wärmeversorgung Wärmequellen auf lokaler Ebene erschließen. Zusätzlich steht mit Inkrafttreten des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) die Kohle-KWK-Anlage Walsum 9 der STEAG GmbH als eine der Haupteinspeisequellen in die FWSRR nicht mehr zur Verfügung.

Aktuelle Berechnungen auf Basis dieser neuen Erzeugungssituation zeigen, dass der weitaus überwiegende Teil der ursprünglich durch die FWSRR prognostizierten und angestrebten CO₂-Einsparung von 100.000 Tonnen pro Jahr von den Partnern in ihren jeweiligen Versorgungsgebieten durch die getroffenen Investitionsentscheidungen in umweltfreundlichere Wärmequellen bereits erfolgreich realisiert wird und der zusätzliche ökologische Nutzen der FWSRR bei Realisierung sehr gering wäre. Die geänderte Wärmequellsituation hat auch einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes, da sich der Wärmebezug aus der FWSRR insgesamt erheblich reduziert hat.

Trotz der von Beginn an starken politischen und finanziellen Flankierung des Projekts durch das Land NRW ist unter den aktuell erheblich veränderten Rahmenbedingungen die Realisierung des Projektes FWSRR als kritisch anzusehen, da weder die ursprünglich intendierten CO₂-Einsparungen noch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieses Großprojekts derzeit erfüllt werden.

Die Aufwendungen der FWSRR für die Entwicklung des Vorhabens der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr, die bisher als geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ausgewiesen wurden, sind daher zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 10.071.859,67 € wertberichtigt worden.

Nicht aktivierungsfähige Aufwendungen der Gesellschaft werden entsprechend der mit den Gesellschaftern geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des Projektbudgets von max. 11.300.000,00 € proportional zu deren Beteiligungsquote an die Gesellschafter verrechnet. Für 2020 waren diese in Summe 28.727,13 €.

Infolge der Wertberichtigung des Anlagevermögens weist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 9.971.859,67 € aus.

Chancen- und Risikobericht

Seit Gründung der Projektgesellschaft im März 2015 haben sich die energiewirtschaftlichen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend und anhaltend verändert.

Für den erfolgreichen Transformationsprozess von einer bislang auf Kohle und mittelfristig auf Erdgas basierenden Energieversorgung hin zu einer klimaneutralen Energieerzeugung ist zunehmend der klimafreundliche Ausbau von Nah- und Fernwärme auf kommunaler Ebene wesentlich. Mit Inkrafttreten des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) und der damit einhergehenden Stilllegung des KWK-Steinkohle-Kraftwerksblocks Walsum 9 der STEAG GmbH entfällt die Hauptwärmequelle am westlichen Ende der geplanten FWSRR.

Prognosebericht

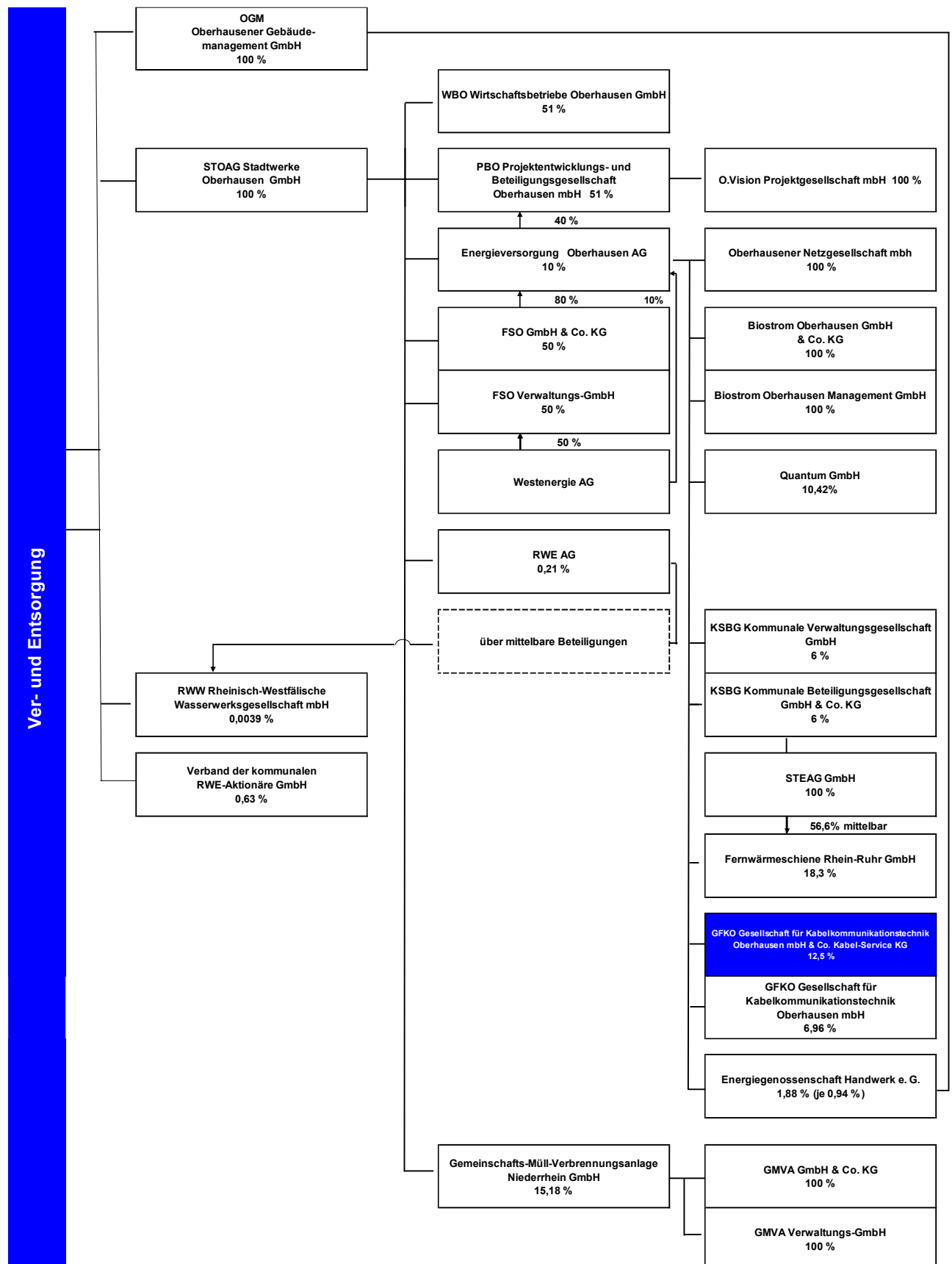
Die Anteilseigner der FWSRR werden - in enger Abstimmung mit dem Land NRW - intern Möglichkeiten zum weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung im Ruhrgebiet / Niederrhein prüfen - wo möglich und sinnvoll auch unter Nutzung von Teilstrecken des ursprünglich geplanten Trassenverlaufs. Auch die Erschließung weiterer umweltfreundlicher Quellen, wie z.B. Abwärmequellen oder Geothermie-Potentiale, soll dabei untersucht werden.

Darüber hinaus werden auch mögliche, alternative Tätigkeitsbereiche der Gesellschaft erarbeitet. Bis die Gesellschafter über die weitere konkrete künftige Tätigkeit beschließen, erfolgt kein Beginn der Bauphase. Die laufenden, aufgrund der noch nicht aufgenommenen konkreten Ausarbeitung der möglichen Alternativen geringen Verpflichtungen der Gesellschaft werden daher weiterhin im Rahmen des bisher genehmigten Projektbudgets über Gesellschafterdarlehen abgedeckt.

Essen, 31. März 2021

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Thomas Grimberg / Thomas Josef Döking / Michael Engel
Geschäftsführung



GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Str. 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 143,16

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	17,90	12,50
Groesdonk und Holl GmbH	17,90	12,50
Günther Töller	17,90	12,50
Jürgen Schneider	17,90	12,50
Klaus Wilhelm Pütz	17,90	12,50
Norbert Albrecht	17,90	12,50
Ralf Günter Kock	17,90	12,50
Reinhold Jost	17,90	12,50
Ulrich Hütter	17,90	12,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Breitbandverteilschlüssen, insbesondere das Angebot aller im Zusammenhang mit dem Breitbandverteilschluss und der Rundfunkprogramm-Versorgung stehenden Leistungen aus einer Hand. Hierzu zählt auch das Errichten und Betreiben der auf privatem und öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilschlüsse und auf öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilnetze, außerdem die Kundengewinnung, Betreuung und Verwaltung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

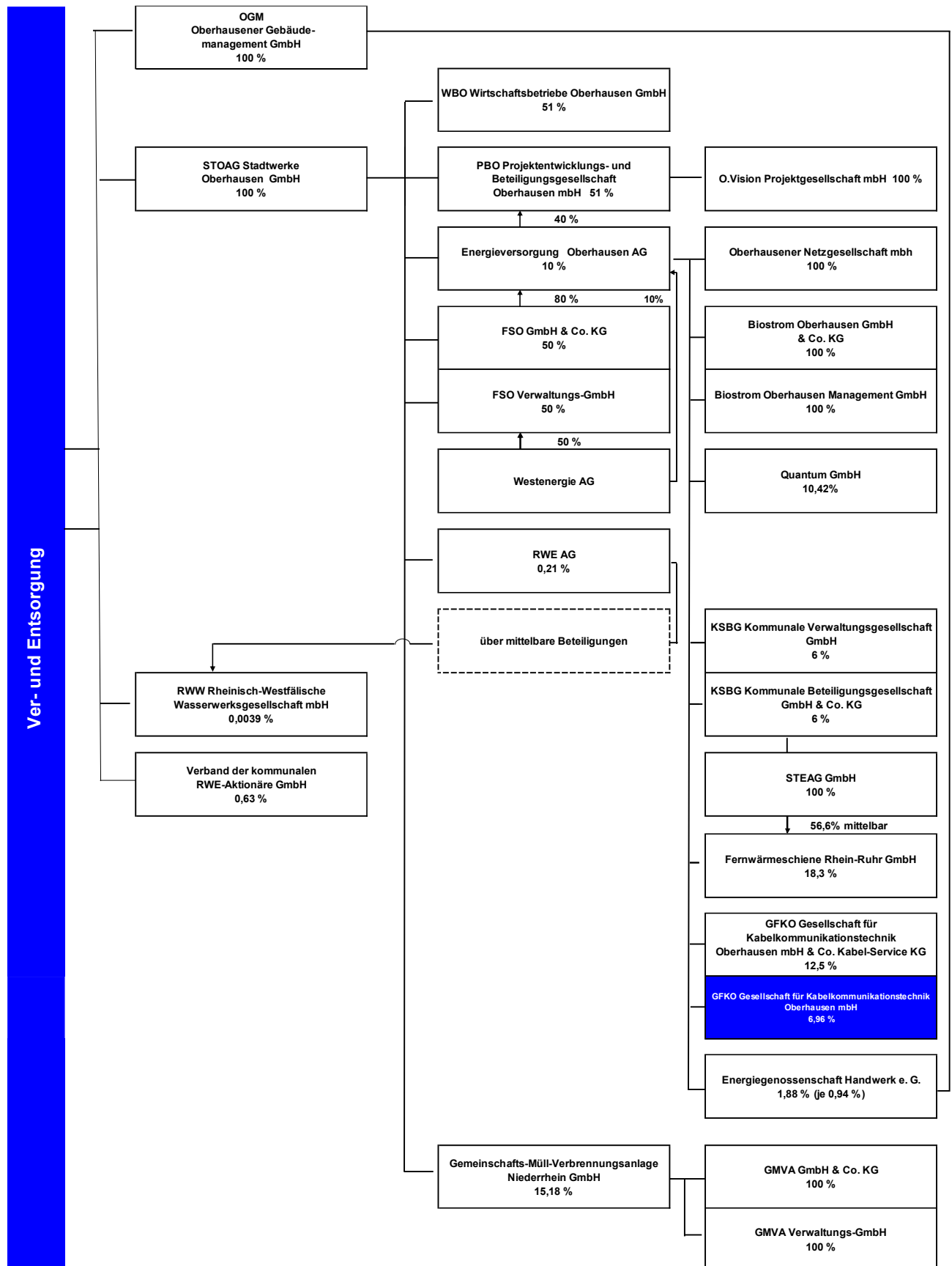
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.



GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Straße 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,30

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,60	6,96
Groesdonk und Holl GmbH	2,30	10,00
Günther Töller	2,30	10,00
Jürgen Schneider	2,30	10,00
Klaus Wilhelm Pütz	2,30	10,00
Norbert Albrecht	2,30	10,00
Ralf Günter Kock	2,30	10,00
Reinhold Jost	2,30	10,00
Ulrich Hütter	2,30	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, das Betreiben und die Vermietung von Kabelfernseh- und Kommunikationssystemen sowie die Entwicklung und Erarbeitung neuer technischer Lösungen in folgenden Bereichen: benutzerspezifische Monolog- und Dialogsysteme (Privatfernsehen o. ä.); Datenfernabfrage, z. B. Stromzähler, Wasserzähler, Gaszähler; hausinterne Datenerfassung, z. B. Heizkostenverteilung, Wasserverteilung; Energiespar- und Überwachungsmaßnahmen für weiträumig verteilte Unternehmen und Behörden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

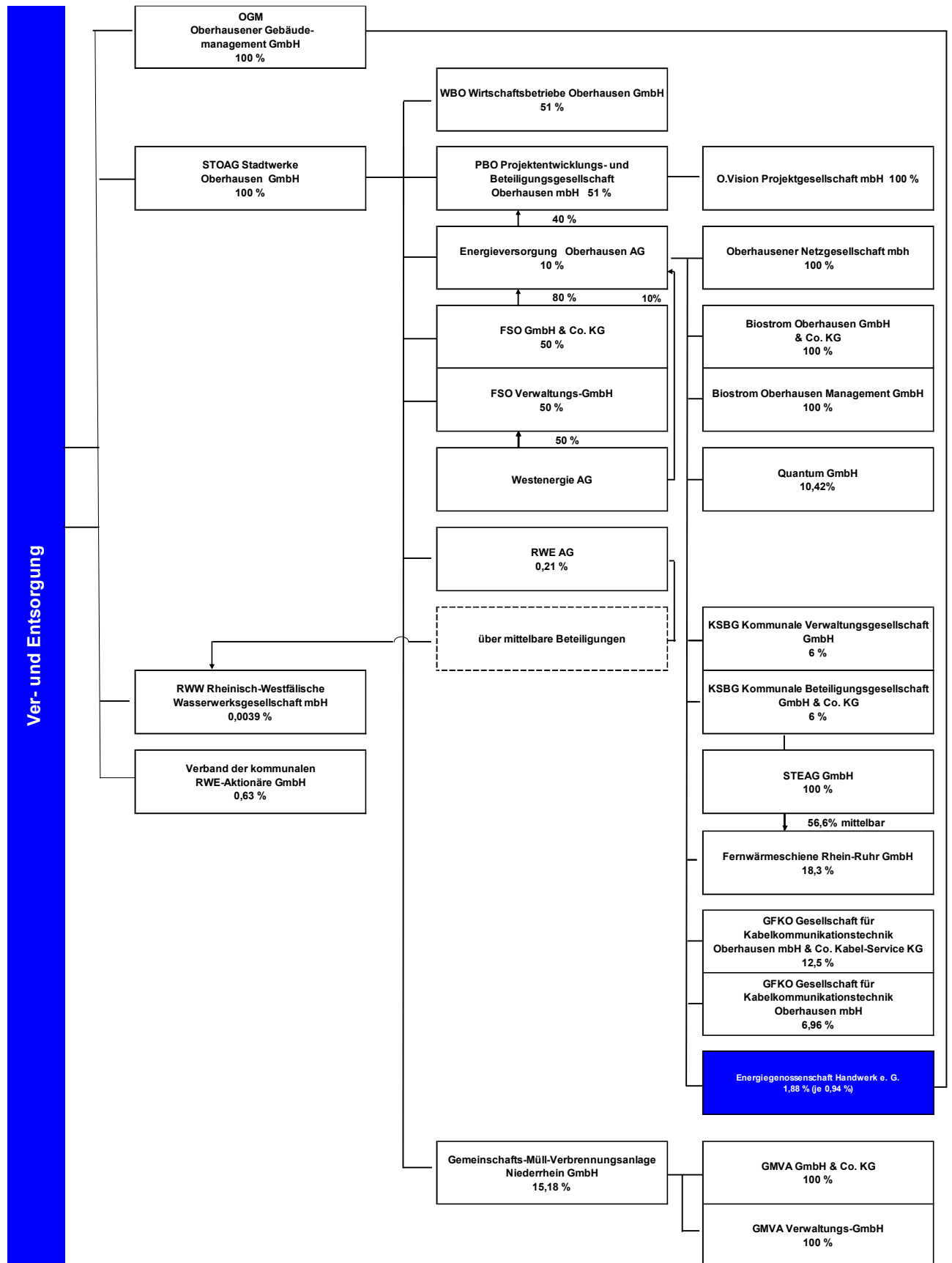
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Schneider, Jürgen

Prokura: Prokurist Holl, Ulrich
Prokurist Pütz, Klaus Wilhelm

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.



Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Zunftmeisterstraße 26 45468 Mülheim an der Ruhr
Kontakt:	
Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	info@energiegenossenschaft-handwerk.de
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.energiegenossenschaft-handwerk.de
Internet	www.kh-mo.de
Rechtsform:	eG
Stammkapital in T€:	107,50

Gesellschafter:	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

- a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
- b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
- d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
- e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

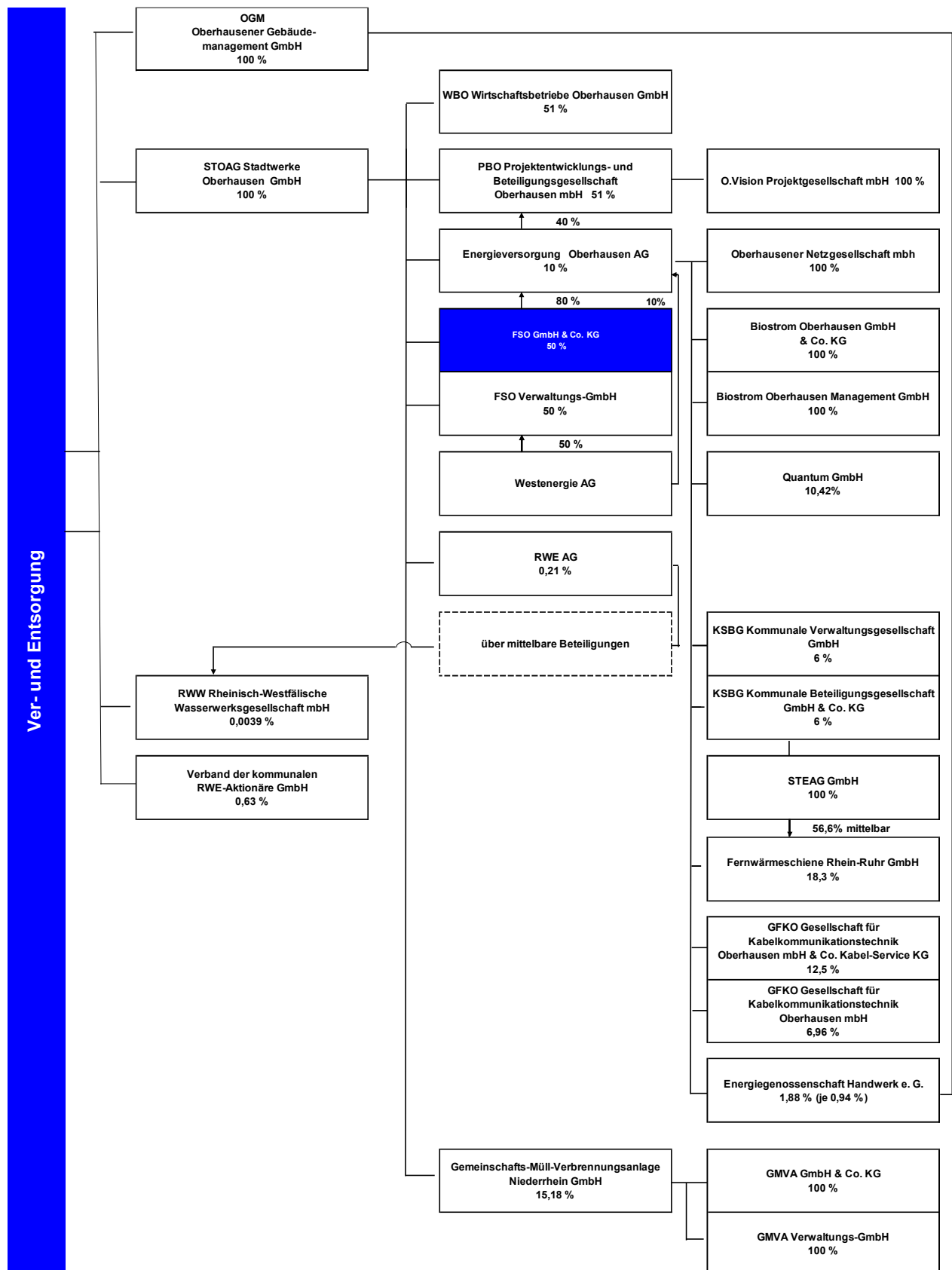
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.



FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0
Fax 0208/835-2697
e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

**Vertreter der Stadt / der städt.
Beteiligung in der Gesell-
schafterversammlung:**

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar

evo Energieversorgung Oberhausen AG

T€	%
20.800,00	80,00

mittelbar

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

T€	%
800,00	80,00

Biostrom Oberhausen Management GmbH

20,00	80,00
-------	-------

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

0,80	0,74
------	------

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

10,00	3,38
-------	------

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

17,67	17,67
-------	-------

Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

199,68	1,25
--------	------

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

1,28	5,57
------	------

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

14,32	10,00
-------	-------

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

0,05	4,80
------	------

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

4,80	4,80
------	------

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

24,00	80,00
-------	-------

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

8,00	32,00
------	-------

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

81,81	32,00
-------	-------

Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien

0,01	
------	--

Quantum GmbH

66,00	6,99
-------	------

STEAG Fernwärme GmbH

984,00	4,80
--------	------

STEAG GmbH

6.144,00	4,80
----------	------

strasserauf GmbH i.L.

6,00	24,00
------	-------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
21.561,84	61,9	21.561,84	63,6	21.561,84	72,8	0,00	0,00
13.284,82	38,1	12.324,21	36,4	8.073,91	27,2	-4.250,30	-34,49

Bilanzsumme

34.846,66	100,00	33.886,05	100,00	29.635,75	100,00	-4.250,30	-12,54
-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
32.680,10	93,8	32.752,14	96,7	27.282,80	92,1	-5.469,34	-16,70
86,30	0,2	86,65	0,3	712,06	2,4	625,41	721,77
2.080,27	6,0	1.047,26	3,1	1.640,88	5,5	593,62	56,68

Bilanzsumme

34.846,66	100,00	33.886,05	100,00	29.635,75	100,00	-4.250,30	-12,54
-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	601,03	653,06	531,09
sonstige betriebliche Erträge	19,82	3,93	2,85
Materialaufwand	216,54	231,33	176,71
Personalaufwand	154,31	184,28	194,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	111,94	79,38	74,60
Erträge aus Beteiligungen	13.844,80	15.005,30	9.915,48
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		60,18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,83	2,14	63,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.980,03	15.165,16	9.999,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.861,77	3.974,86	4.278,76
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.118,26	11.190,30	5.720,97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.118,26	11.190,30	5.720,97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.849,86	1.713,51	1.077,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	51,56	51,90	26,53	%
Cash-Flow:	11.118,26	11.190,30	5.720,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	310,42	219,00	177,98	T€
Personalaufwandsquote:	24,85	28,05	36,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	93,78	96,65	92,06	%
Fremdkapitalquote:	6,22	3,35	7,94	%

e) Lagebericht

1. Konzernunternehmen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Aufgrund von Umstrukturierungen innerhalb des RWE-Konzerns ist die evo-Beteiligung zwischenzeitlich auf die innogy SE übergegangen. Diese wurde im Jahr 2019 eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der EON SE.

Als Kommanditisten sind die Westenergie AG (vormals innogy SE) und die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der Netzgesellschaft bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die **FSO** legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die **evo** nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der (**BSO KG**) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt.

Die **OB-Netz** ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Regulierung

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhebliche Veränderungen mit sich gebracht mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsalltag und an veränderte und angepasste Betriebsabläufe der Konzernunternehmen. Mit der Vorlage des Klimapaketes und des Kohleausstiegsgesetzes zeichnet sich erstmals seit bald einem Jahrzehnt eine mittelfristige Verstetigung und Konsolidierung der energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Dies geht einher mit einer Sicherung der Perspektive beim Thema KWK-Förderung und erdgasbasierter Erzeugung. Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt nimmt weiter zu. Auf dem Strommarkt konkurriert die **evo** im Oberhausener Netzgebiet mit 280 Anbietern, im Gasbereich sind es 190 (Stand Dezember 2020). Im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 274; Erdgas: 189) ist dies nochmals eine Steigerung der Wettbewerbssituation.

Das Jahr 2020 war bei der **OB-Netz** genauso wie bei vielen anderen Unternehmen stark von der Corona-Pandemie geprägt. Es wurden umfangreiche Hygienekonzepte für alle Unternehmensbereiche erarbeitet, um jederzeit einen sicheren Betrieb und die Versorgungssicherheit in Oberhausen gewährleisten zu können. Die Baumaßnahmen im Netz konnten deshalb wie geplant umgesetzt werden. Größere Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Zählerablesung und den Zählerwechsel. Hier wurden nur dringend notwendige Tätigkeiten durchgeführt. Um die Energieverbrauchsabrechnung weiterhin zu ermöglichen, wurde kurzfristig die Kundenselbstablesung etabliert. Zur Erfassung von Zählerständen wurden verschiedene Eingangskanäle (E-Mail, Hotline, Portal oder Ablesekarte) eingerichtet und über 18.000 Kundenkontakte von den Mitarbeitenden bearbeitet. Ebenso wurden Tätigkeiten zum Roll-Out von modernen Messeinrichtungen, sowie der eichrechtskonforme Tausch von Messeinrichtungen heruntergefahren. Wenngleich Wechselungen für mehrere Monate pausieren mussten, konnte ein Großteil der anstehenden Arbeiten im Verlauf des Jahres aufgeholt werden.

2.2 Regulierungssituation

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt.

Kostenantrag Erdgas

Derzeit befinden sich alle Netzgesellschaften im Gasbereich im Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode (2023 - 2027). Um eine optimierte Ausgangslage zu schaffen, wurden umfangreiche regulatorische Analysen hinsichtlich der organisatorischen Aufstellung des evo-Konzerns angestellt.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hatte gegen die Festlegung der Erlösobergrenze Strom Beschwerde beim OLG Düsseldorf aufgrund eines noch ausstehenden Urteils zur Zuordnung von Personalzusatzkosten eingelegt und bis zum Abschluss des Verfahrens beim BGH ruhend gestellt. Das BGH veröffentlichte Anfang 2020 die schriftliche Urteilsbegründung. Danach wurde seitens der Netzgesellschaft die Beschwerde zurückgezogen. Darüber hinaus wurden für das Segment Stromnetz parallel zum Segment Gasnetz umfangreiche Analysen durchgeführt, um sich für das Basisjahr 2021 der kommenden Kostenprüfung vorzubereiten und optimal aufzustellen.

Beschwerden

Wie fast alle Unternehmen der Branche beteiligte sich die Netzgesellschaft an Prozesskostengemeinschaften, mit dem Ziel eine höhere Erlösobergrenze Strom und Gas zu erreichen.

Marktkommunikation 2020

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wirkt sich im großen Umfang auf die Prozesse zur Belieferung von Endkunden mit elektrischer Energie aus. Dabei müssen moderne Messeinrichtungen (Zähler ohne Kommunikationseinheit) und intelligente Messsysteme (Zähler mit Kommunikationseinheit/sog. „Smart Meter Gateway“) in die etablierten Marktprozesse integriert werden. Zur rechtskonformen Ausgestaltung der Marktprozesse wurde zum 01. Dezember 2019 die sogenannte Marktkommunikation 2020 „MaKo 2020“ umgesetzt.

Messstellenbetriebsgesetz

Am 02.09.2016 wurde das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende verabschiedet, wodurch das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) eingeführt wurde, das alle Anforderungen an den Messstellenbetrieb neu regelt. Die Netzgesellschaft hat die Übernahme der Grundzuständigkeit für den Messstellenbetrieb bei der Bundesnetzagentur angezeigt und befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Vorbereitung des Smart Meter Roll-Outs im Oberhausener Netzgebiet.

3. Geschäftsverlauf

Die Ausführungen in Kapiteln 3.1 betreffen die Aktivitäten der OB-Netz. Die nachfolgenden Kapitel 3.2 und 3.3 geben die Absatz- und Preisentwicklung der Vertriebsgesellschaft evo wieder. In Kapitel 3.4 wird die Entwicklung der Beteiligung der evo an der KSBG-STEAG erläutert. Der Geschäftsverlauf in einzelnen Geschäftsbereichen stellt sich wie folgt dar.

3.1 Netze Strom, Erdgas und Fernwärme der OB-Netz

In 2020 wurden 661,1 GWh (676,4 GWh) durch die **Stromnetze** der Netzgesellschaft geleitet. Der Netzlastrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt 2,3 Prozent. Damit setzt sich zum einen ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist. Zum anderen zeigen sich in der Netzlast aber auch die Auswirkungen der Pandemie.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden durch die **Erdgasnetze** der Netzgesellschaft 886,6 GWh (954,9 GWh), an Erdgaskunden verteilt. In diesen Zahlen sind die an Erdgaskraftwerke durchgeleitete Mengen nicht enthalten. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 7,2 Prozent. Verantwortlich dafür sind sowohl Witterungsgründe als auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie (z. B. Ausfall von Veranstaltungen, geringer Betrieb von Gastronomie, geringe Auslastungen im Hotelgewerbe).

Das **Fernwärmenetz** ist im Gegensatz zu den Strom- und Gasnetzen kein regulierter Bereich. Die Netzgesellschaft übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes

3.2 Vertrieb Strom, Erdgas und Fernwärme der evo

Im Geschäftsjahr 2020 ist der **Stromabsatz** der evo insgesamt um 3,8 Prozent auf 390,7 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz an Privat- und Gewerbekunden mit 284,5 GWh annähernd auf Vorjahresniveau (284,8 GWh). Der Absatzrückgang ist vor allem bei den Geschäftskunden (83,5 GWh) mit -10,7 Prozent und beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (22,8 GWh) mit -18 Prozent (Abnahmestelle eines Großkunden) zu verzeichnen. Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld, die Maßnahmen zu Energieeinsparungen der Verbraucher und Folgen der Corona-Pandemie (Lockdown) sind Ursachen für den geringeren Stromabsatz gegenüber dem Jahr 2019. Die **Strompreise** des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden sind zum 1. Januar 2020 im Grundpreis um 52,74 €/Jahr (Netto) angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2020 erhöht worden. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 78 Prozent zum Jahreswechsel ein Prozentpunkt unter Vorjahresniveau.

Der **Erdgasabsatz** ist im Wesentlichen aus dem anhaltend herausfordernden Wettbewerbsumfeld, den witterungsbedingten Einflüssen und den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres im Erdgasabsatz bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2020 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um -5,8 Prozent unter dem Wert des schon warmen Jahres 2019. Im Geschäftsjahr 2020 ist der Erdgasabsatz insgesamt um -7,3 Prozent auf 598,4 GWh gesunken. Bei den Privat- und Gewerbekunden (555,9 GWh) liegt der Absatz mit -6,1 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden (32,5 GWh) ist der Absatz um -22,2 Prozent gesunken. Außerhalb von Oberhausen fällt der Gesamtabsatz (100 GWh) im Vorjahresvergleich um -13,3 Prozent geringer aus. Die **Gaspreise** der Tarifkunden sind letztmalig zum 1. Januar 2019 angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2020 marginal gesunken. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 78 Prozent zum Jahreswechsel ein Prozentpunkt unter Vorjahresniveau.

Auch der **Fernwärmeabsatz** ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) mit 395,2 GWh, bei einer Abweichung von -3,4 Prozent, unter dem des Vorjahres. Die **Arbeitspreise** der Fern-wärmepreise wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2020 um -0,24 Cent/kWh (Netto) angepasst.

3.3 Technische und Kaufmännische Dienstleistungen und Energielösungen der evo

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die FSO KG, die BSO KG, die Oberhausener Netzgesellschaft, die InfraTec Duisburg GmbH und die Stadt Oberhausen mit ihren Eigenbetrieben. Weiterhin betreut die evo als **Dienstleister** seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH u. a.) mit Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Die Erlöse im Bereich kaufmännische Dienstleistungen haben sich im Geschäftsjahr 2020 um T€ 12,8 erhöht und lagen bei T€ 1.249,4 (Vj: T€ 1.234,5). Dies ist mit vertraglich vereinbarten Preiserhöhungen, aufgrund der Tarifierung im öffentlichen Dienst, begründet. Ferner bietet die evo **Contracting**-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen (EL) liegt bei 9,8 GWh (Vorjahr 9,3 GWh). Die Energielieferung ist im Berichtszeitraum um weitere 5,4 Prozent ausgebaut worden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden weiterhin große Resonanz.

3.4 Beteiligung KSBG – STEAG bei der evo

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar zu 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingeschafterin ist. Mit dem Erwerb der STEAG-Anteile in 2011 und 2014 wurden Erwartungen verbunden, die sich aus heutiger Sicht nicht mehr erfüllen lassen. Durch eine Vielzahl energiepolitischer Entscheidungen auf europäischer sowie nationaler Ebene und hieraus resultierende energiewirtschaftliche Entwicklungen haben sich die Rahmenbedingungen sowie Perspektiven grundlegend - und insbesondere für das STEAG-Geschäftsmodell nachteilig - verändert.

Im Jahr 2019 wurde auf Ebene der KSBG ein umfassender Refinanzierungsprozess durchgeführt, an dem sich neben den KSBG-Banken auch die Gesellschafter der KSBG beteiligt haben. Die meisten Konsorten waren sich dabei darüber einig, dass sie weitere Finanzierungsbedarfe für die KSBG/STEAG nicht erfüllen können und werden und hatten daher eine Verkaufsvereinbarung abgeschlossen mit dem Ziel, die KSBG und die KSBG-Komplementärin zu veräußern. Die Verkaufsvereinbarung ist inzwischen erfolglos ausgelaufen. Es ist nicht gelungen, die schon seit geraumer Zeit als erforderlich angesehene Restrukturierung der STEAG-Gruppe umzusetzen und deren nachhaltige Ertragskraft sowie Ausschüttungsfähigkeit wiederherzustellen.

Dies bedeutet, dass die Veräußerung der KSBG-/STEAG-Beteiligung in einem strukturierten Prozess erforderlich ist, um zugleich die Restrukturierung der Finanzierung auf der Ebene der KSBG und der STEAG zu berücksichtigen sowie sicherzustellen. Dies erfolgt üblicherweise durch Einbindung eines branchen- und finanzierungserfahrenen Treuhänders, dessen Aufgabe es ist, die Interessen der Beteiligten zu berücksichtigen und zu einem zielorientierten Restrukturierungs- und Verkaufsprozess zusammenzuführen. Die RAG-Stiftung hat sich grundsätzlich bereiterklärt, eine solche Treuhandenschaft zu übernehmen. Die Verhandlungen und Abstimmungen sollen zeitnah abgeschlossen werden.

Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen und Perspektiven hat die evo den Buchwert der KSBG mit weiteren 9,97 Mio. € im Jahresabschluss 2020 vollständig wertberichtigt und geht davon aus, dass das Engagement im Laufe des Jahres 2021 beendet werden kann.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2020 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ----- Position	FSO T€	BSO GmbH T€	BSO KG T€	evo T€	OB- Netz T€	Summe T€	Konzern T€
Umsatzerlöse	531	0	5.320	181.74 3	86.576	274.170	186.364
Materialaufwand	177	0	3.055	127.76 7	40.361	171.360	103.421
Personalaufwand	195	0	0	27.593	13.947	41.735	41.735
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	796	4.645	2.644	8.085	7.910
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.554	8.554	8.554
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	18	0	188	3.434	863	4.503	4.329
Ergebnis nach Steuern	102	- 1	649	3.132	2.680	6.562	-1.749
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	102	- 1	649	2.939	2.680	6.369	-1.942
Mitarbeiter (Köpfe im Jahresdurchschnitt)	3	0	0	272	160	435	435

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragssteuersatz von 20,3 % (Vorjahr 20,3 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die **evo** und **OB-Netz** geprägt.

Die Umsatzerlöse (T€ 186.364) betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (T€ 178.591), hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Verminderung um T€ 254 zu verzeichnen. Von den Energieverkäufen entfallen 87 % (T€ 156.132) auf die evo.

Der Materialaufwand (T€ 103.421) erhöhte sich um T€ 2.904 und beinhaltet hauptsächlich Aufwendungen für Energiebezug, Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie bezogene Leistungen.

Der gestiegene Personalaufwand (T€ 41.735) ist insbesondere auf höhere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen zurückzuführen und entfällt mit T€ 27.593 auf die evo, mit T€ 13.947 auf die OB-Netz und mit T€ 195 auf die FSO.

Negativ auf das Konzernergebnis wirkte sich mit T€ 9.976 insbesondere die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der KSBG aus, sodass in 2020 ein Konzernjahresfehlbetrag von T€ 1.942 (Vj. Konzernjahresüberschuss T€ 11.920) verbleibt.

5. Vermögens- und Finanzlage

5.1 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns verringerte sich um T€ 4.337 auf T€ 199.986. Die Eigenkapitalquote im Konzern beträgt 16,7 % (im Vorjahr 22,8 %).

Auf der Aktivseite ist die Vermögenslage insbesondere durch das Anlagevermögen (74,7 %), die Forderungen (10,0 %) und Wertpapiere des Umlaufvermögens (10 %) geprägt. Der Anstieg der Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen von T€ 16.881 resultiert im Wesentlichen aus Investitionen bei der evo und OB-Netz. Für den Rückgang der Finanzanlagen um T€ 10.050 ist im Wesentlichen mit T€ 9.976 die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der KSBG ursächlich. Die Veränderung des Bestands an Flüssigen Mitteln wird in der Konzernkapitalflussrechnung dargestellt.

Die Passivseite ist im Wesentlichen durch die Rückstellungen (26,8 %), Verbindlichkeiten (41,5 %) und das Eigenkapital (16,7 %) geprägt. Der Rückgang des Konzerneigenkapitals resultiert aus einem Rückgang des Konzernergebnisses von einem Konzernjahresüberschuss im Vorjahr (T€ 11.920) auf einen Konzernjahresfehlbetrag in 2020 (T€ -1.942). Es erhöhten sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um T€ 5.325 und die Pensionsrückstellungen um T€ 2.779.

5.2 Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind durch Maßnahmen der evo und der Netzgesellschaft geprägt. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2020 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug rund 48 %.

	Budget 2020 in T€	Ist 2020 in T€	Ist 2019 in T€
Investitionen	26.341	25.026	15.867
Abschreibungen	8.900	17.886	11.185

Neben den Investitionen in Höhe von T€ 11.588 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2020 weitere Erneuerungen im Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung und der Gemeinsamen Anlagen von T€ 14.753 vor. Die Investitionen im Geschäftsjahr betrugen T€ 25.026 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2020 in T€		Ist 2019 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände			467		383
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			6.560		5.652
▪ Erdgasversorgung			1.719		2.385
▪ Fernwärmeversorgung			3.564		3.719
▪ Energieservice			696		520
▪ Gemeinsame Anlagen			12.000		3.109
Finanzanlagen			20		99
Gesamtbetrag			25.026		15.867

Wie in den Vorjahren wurde die Erneuerung der Netze der Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung im Berichtsjahr vorangetrieben. Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor beim Sachanlagevermögen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen waren die Investitionen im Zuge des Baus eines Gasmotorenkraftwerks am Standort Danziger Str. sowie die Ausgaben für eine Gasturbine im HKW 2. Ebenso beinhaltet der Bereich die Fassadensanierung der Hauptverwaltung.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2021 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen im Konzern bereits im Oktober 2020 aufgenommen, zur Auszahlung des Darlehens kam es im Dezember 2020.

5.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der Netzgesellschaft sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Aus den Finanzplanungen der evo und der OB-Netz für die kommenden Jahre ergibt sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Weiterhin ist bei der evo geplant, die Bezugskosten Spitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds des Konzerns als tabellarische **Kapitalflussrechnung** ist in der Anlage dargestellt.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich in 2020 um rund T€ 8.220 auf T€ 28.827. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Abschreibungen zurückzuführen, gleichzeitig steigen die Verbindlichkeiten deutlich an. Dem gegenüber stehen zum Vorjahr verminderte Forderungen.

Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ -24.662 (Vorjahr T€ -15.428). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ -6.610) beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (T€ - 11.190) ebenfalls die Kredittilgungen von T€ -24.679 sowie die Neuaufnahme von Krediten (T€ 30.002). Es kommt zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von T€ 2.445, dieser stellt sich mit T€ 2.150 positiv dar.

6. Risiko- und Chancenbericht

6.1 Risikomanagement einschließlich Corona-Pandemie

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 39 Risiken für die evo und weitere neun Risiken für die Netzgesellschaft erfasst.

6.2 Risikobericht der evo

Bei der **evo** wurden in der letzten Risikoinventur 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich fünf Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, der Impairmentbedarf der KSBG, der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, unbeabsichtigter Datenabfluss sowie der Margenverlust im Privatkundengeschäft. Das höchste Risiko, der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, liegt bei einem Schadenserwartungswert von T€ 19.500.

Den operativen Risiken und Auswirkungen der Corona-Pandemie bei der **evo** wird wie folgt begegnet. Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind. Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der aktuellen Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte. Der Krisenstab der evo steht in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen.

Die finanziellen Risiken der **evo** in Folge der Corona Pandemie resultieren im Wesentlichen aus einem sinkenden Absatz im Stromvertrieb sowie damit einhergehenden Verlusten aus dem Rückverkauf bereits erworbener Terminkontrakte an der Energiebörse (EEX). Weiterhin sind in Folge der angespannten wirtschaftlichen Situation höhere Forderungsausfälle bei Privat- und Gewerbekunden zu befürchten. Zudem konnte das neue Geschäftsfeld E-Roller-Sharing nicht wie angestrebt entwickelt werden.

Im Rahmen der halbjährlich bei der **evo** durchgeführten Risikoinventuren bei wurden für den Berichtszeitraum fünf neue Risiken identifiziert und fünf Risiken wurden abgemeldet.

6.2.1 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

6.2.2 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

6.2.3 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss – vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloud-basierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und –Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

6.2.4 Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren angelegt. Diese unterliegen Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.3 Risikobericht der OB-Netz

In der letzten Risikoinventur der **OB-Netz** wurden neun Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklasse zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall, bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Die Risiken bei der Netzgesellschaft resultieren im Wesentlichen aus Forderungsausfällen. Weiterhin besteht bei andauernder Pandemie die Gefahr, dass es zu Verzögerungen hinsichtlich der Netzinstandhaltung und -investitionen kommen kann und diese sich insbesondere im Strombereich nachteilig auf den künftigen regulatorischen Erlöspfad auswirken könnten.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum ein neues Risiko identifiziert und zwei Risiken abgemeldet. Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen: Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NDAV, BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsabschlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG), Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes. Der Netzgesellschaft sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

6.4 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

6.5 Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für den Konzern. Diese können sich bei der **OB-Netz** grundsätzlich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die Netzgesellschaft beteiligt sich mit wesentlichen Teilprojekten am Projekt Change²² des Konzerns. Hierdurch werden grundsätzliche Strukturveränderungen geprüft und umgesetzt, mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Pandemie ergeben sich für die **evo** trotz der beschriebenen Risiken und Herausforderungen unter anderem Chancen im Rahmen der **Digitalisierung**. Es werden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen abzuhalten und zu kommunizieren. Hier ergibt sich die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, dass den

Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Im Bereich Vertrieb bieten sich für die **evo** verschiedene Chancen. Die Thematik **E-Mobilität** ist in der jüngeren Vergangenheit immer mehr in den Fokus der Bevölkerung gerückt. Damit einhergehend bietet sich für die **evo** die Chance, den Kunden passgenaue Produkte rund um die E-Mobilität anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die **evo** laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z.B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

In 2017 wurde bei der **evo** das Geschäftsfeld **E-Roller-Sharing** etabliert. Im Jahr 2020 konnte die E-Roller-Flotte bereits verdoppelt werden und zählt aktuell 200 Roller in drei Städten (Oberhausen, Essen und Mülheim a.d.R.). Diese positive Entwicklung zeigt die langfristigen Chancen für das Geschäftsmodell, so ist u.a. eine Erweiterung um 100 Roller für 2021 geplant. Zudem sollen im Rahmen des Geschäftsfeldes Kompetenzen für den gesamten Bereich Mobilitätskonzepte und E-Mobilität aufgebaut, Kontakte geknüpft und die Bekanntheit der **evo** gesteigert werden, was dauerhaft neue Möglichkeiten in diesen Bereichen eröffnet und die Entwicklung hin zu Smart-City und nachhaltiger Fortbewegung fördern soll. Zielsetzung ist: Das stete organische Wachstum an eingesetzten E-Rollern, Nutzerzahl, Fahrleistung und Anzahl der Mieten hinsichtlich des Geschäftsgebiets, auch in 2021 fortzusetzen. Dazu wird die Flotte in 2021 noch einmal um 100 Roller erweitert. Der Fokus liegt auch weiterhin auf der Verdichtung der Geschäftsgebiete.

Mit der **Oberhausen Crowd** hat die **evo** eine Möglichkeit geschaffen, Projekte in Oberhausen zu fördern und dabei die Menschen vor Ort mit einzubeziehen. Letztendlich entscheiden diese, welche Projekte ihnen wichtig sind und ihrerseits unterstützt werden. Für die **evo** ergibt sich somit die Chance ihr Sponsoring zu optimieren. Als lokales Unternehmen ist es für die **evo** wichtig, ihr soziales Engagement in Oberhausen zu stärken und sich somit als lokales Unternehmen zu präsentieren, das sich für die Region und die Menschen engagiert.

Für das Jahr 2021 ist die Realisierung weiterer **LoRaWan** Anwendungsfälle geplant. Hierzu zählen insbesondere die Überwachung von Wasserpegelständen auf gewerblich genutzten Grundstücken, die technische Überwachung von Contracting-Anlagen sowie die Erfassung und Analyse von Umweltdaten im öffentlichen Raum. LoRaWAN bildet auf diese Weise einen wichtigen Baustein bei der Beschleunigung der Digitalisierung und der Transformation unserer Stadt in Richtung „Smart City“.

7. Prognosebericht

Sofern nicht anderweitig gekennzeichnet, beziehen sich die Ausführungen dieses Kapitels auf alle Konzerngesellschaften. Das Kapitel 7.1 betrifft jedoch primär Belange der **evo**.

7.1 Umbau der Energiewirtschaft

Mit der Vorlage des Klimapakets und des Gesetzes zum Kohleausstiegsgesetz zeichnet sich erstmals seit bald einem Jahrzehnt eine mittelfristige Verstetigung und Konsolidierung der energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Dies geht aus Sicht der **evo** einher mit einer Sicherung der Perspektive beim Thema KWK-Förderung und erdgasbasierter Erzeugung.

Auf kommunaler Ebene versteht sich die **evo** bereits seit Jahren als der zentrale Treiber der lokalen Energiewende. Dieser Anspruch spiegelt sich auch in einer Reihe von Projekten, die die **evo** umsetzt bzw. vorbereitet. Dazu zählen die energetische Sanierung der eigenen Hauptverwaltung oder auch erhebliche Investitionen in klimaschonende, KWK-basierte Energieerzeugung in Oberhausen. Zur Stärkung der Eigenerzeugung investiert die **evo** in zwei neue KWK-Anlagen, in das Gasmotorenkraftwerk Alt-Oberhausen und in die Gasturbine HKW 2 in Sterkrade. Diese ersetzen die Anfang 2019 stillgelegte FT8-Gasturbine und sollen in Zukunft hocheffizient und flexibel Strom und Wärme für Oberhausen erzeugen. Damit leistet die **evo** nicht nur einen Beitrag zur Energiewende vor Ort, sondern investiert auch in die Versorgungssicherheit. Das Herzstück des **neuen Gasmotorenkraftwerk Alt-Oberhausen** bilden dabei zwei Caterpillar Gasmotoren vom Typ CG260, jeweils mit einer Leistung von 4,5 MW elektrisch und ca. 4,9 MW thermisch. Diese sind nicht nur schnell und flexibel einsetzbar, damit also optimal für das Zusammenspiel mit volatilen Erzeugern und die Bereitstellung von Regelernergie geeignet, sondern perspektivisch auch in der Lage, zum gewissen Teil mit beigemischtem Wasserstoff betrieben zu werden. Damit beabsichtigt die **evo** bereits jetzt die Weichen für die zukünftige Energieversorgung zu stellen. Mit geplanter Inbetriebnahme der technisch hochmodernen BHKWs in 2021 können voraussichtlich jährlich Strom für 10.000 sowie Wärme für 5.500 Haushalte produziert werden. Die Kompensation der alten, stillgelegten Gasturbine wird zudem durch die neue **Gasturbine HKW 2 in Sterkrade** vervollständigt. Die hocheffiziente Anlage mit einer elektrischen Leistung von über 8,5 MW und einer thermischen Leistung von über 14 MW ist mit ihren geringen Emissionen ein weiterer wichtiger Baustein für die Oberhausener Fernwärme. Zusätzlich zur verbesserten Effizienz und Flexibilität könnten kurzfristig bis zu 50 % Wasserstoff und, mit technischen Anpassungen, mittelfristig sogar 100 % Wasserstoff verbrannt werden. Die Anlage soll 2021 in Betrieb genommen werden, zukünftig sollen bis zu 10.000 Haushalte mit Strom und bis zu 7.700 Haushalte mit Wärme versorgt werden.

Aus Sicht der **OB-Netz** hat sich die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere jene der Verteilnetzbetreiber im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt weiterhin volatil. Dies stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

7.2 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren im Konzern

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei für evo und OB-Netz jeweils das Jahresergebnis vor Gewinnabführung aufgrund des EAV's, Umsatzerlöse sowie die wesentlichen Kostenpositionen.

Die Leistungsfähigkeit des Konzerns zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im Konzern insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt sowie die Belange Kunden und der Belegschaft im Handeln und Planen berücksichtigt.

7.3 Prognose 2021 Konzerngesellschaften

Die entsprechenden Gremien der FSO KG als Muttergesellschaft sowie der evo, der OB Netz, der BSO KG und der BSO GmbH haben jeweils am 18.11.2020 den Budgets 2021 zugestimmt sowie die Mittelfristplanungen 2021 (bis 2023) zur Kenntnis genommen.

Für die **evo** geht die Planung 2021 von Umsatzerlösen in Höhe von 186,1 Mio. € und Materialaufwendungen von 126,1 Mio. € aus. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht nach wie vor ein deutlich zunehmender Wettbewerb. Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Die evo rechnet bei der Prognose der Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen im Bereich Strom und Gas weiterhin mit einem Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – in Fortschreibung der Erfahrungen der Vorjahre – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Es wird durch den Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen eine positive Auswirkung auf die Umsatzentwicklung erwartet. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren. Neben den traditionellen Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme plant die evo die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen weiter auszubauen. Besondere Bedeutung kommt zunehmend dem Themenfeld Elektromobilität zu. Hier sehen wir – auch im Rahmen der Energiewende – Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis der evo beitragen sollen. Darüber hinaus unternimmt die evo Anstrengungen, Prozesse und Abläufe zu prüfen und zu optimieren und damit die Kostenstruktur dauerhaft zu verschlanken, um die seitens der Anteilseigner fortgeschriebene Gewinnerwartung auch zukünftig gesichert erfüllen zu können. Hierzu sieht die Planung für das Geschäftsjahr 2021 sonstige betriebliche Aufwendungen von 14,7 Mio. € sowie Personalaufwendungen von 25,5 Mio. € vor. Zusammenfassend strebt die Planung der evo für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von T€ 11.000 an.

Für die **OB-Netz** werden in 2021 die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von ca. T€ 84.600 in 2021 erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2021 ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von T€ 1.500 für 2021 angenommen.

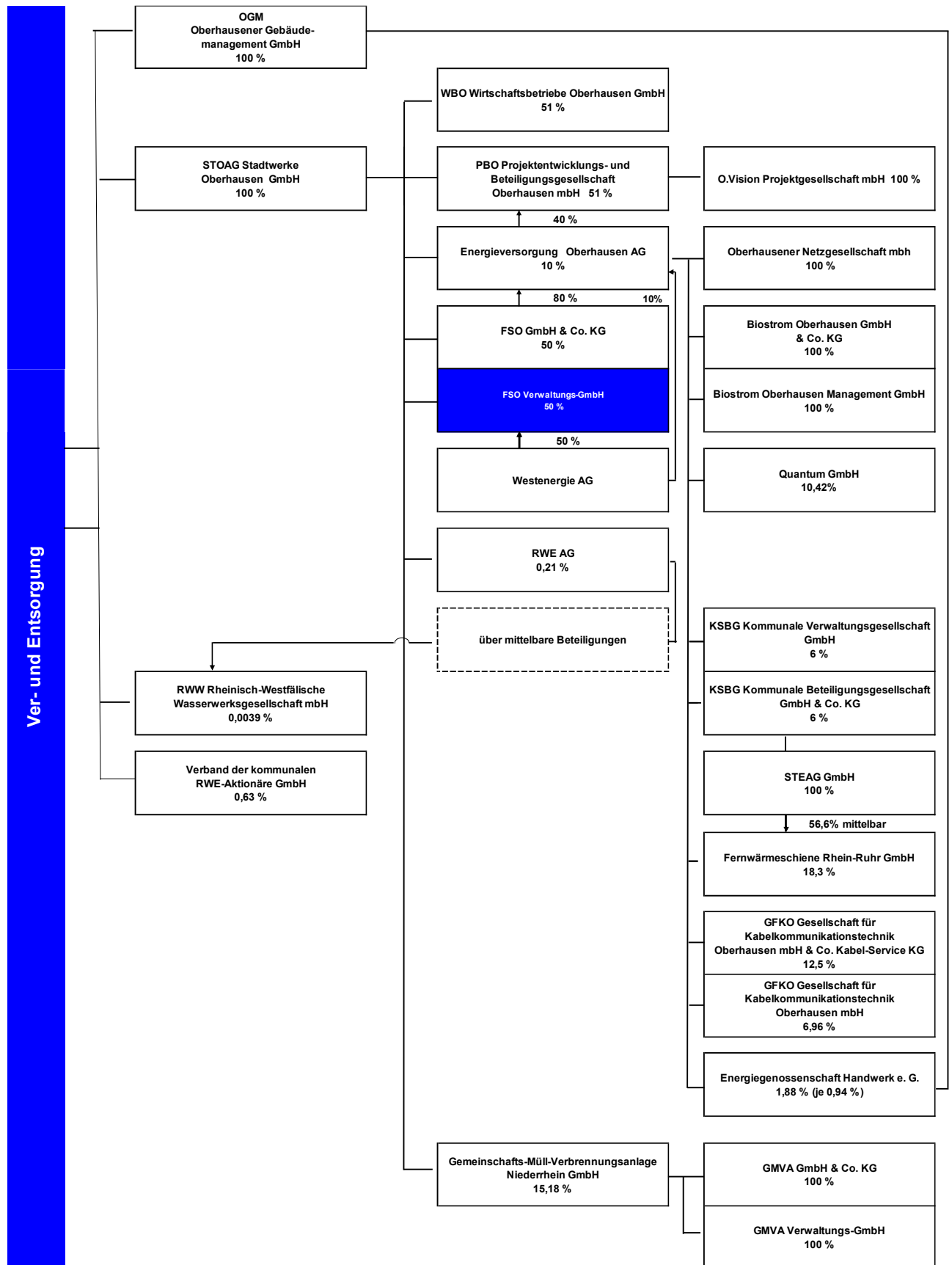
Für die **FSO KG** sieht die Planung 2021 Umsatzerlöse auf dem Niveau 2020 iHv T€ 570 vor. Bei geplanten Materialaufwendungen von T€ 219 und Personalaufwendungen von T€ 2019 soll ein Jahresüberschuss in 2021 von T€ 47 erwirtschaftet werden.

Für die **BSO KG** werden für 2021 Umsatzerlöse i.H.v T€ 5.645 und ein Jahresüberschuss von T€ 523 erwartet.

Oberhausen, 19. April 2021

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske / Christian Basler



FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0
Fax 0208/835-2697
e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homborg, Bernd

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Bevollmächtigte/r der STOAG
---	-----------------------------

Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
36,90	100,0	37,16	100,0	36,82	100,0	-0,34	-0,91

Bilanzsumme

36,90	100,00	37,16	100,00	36,82	100,00	-0,34	-0,91
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
34,18	92,6	34,37	92,5	34,28	93,1	-0,09	-0,26
2,36	6,4	2,46	6,6	2,54	6,9	0,08	3,25
0,36	1,0	0,33	0,9			-0,33	-
							100,00

Bilanzsumme

36,90	100,00	37,16	100,00	36,82	100,00	-0,34	-0,91
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
5,36	5,36	5,33
4,95	5,13	5,43
0,00	0,00	0,00
0,41	0,23	-0,09
0,06	0,04	0,00
0,34	0,19	-0,09
0,34	0,19	-0,09

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
1,02	0,56	-0,27	%
0,34	0,19	-0,09	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:

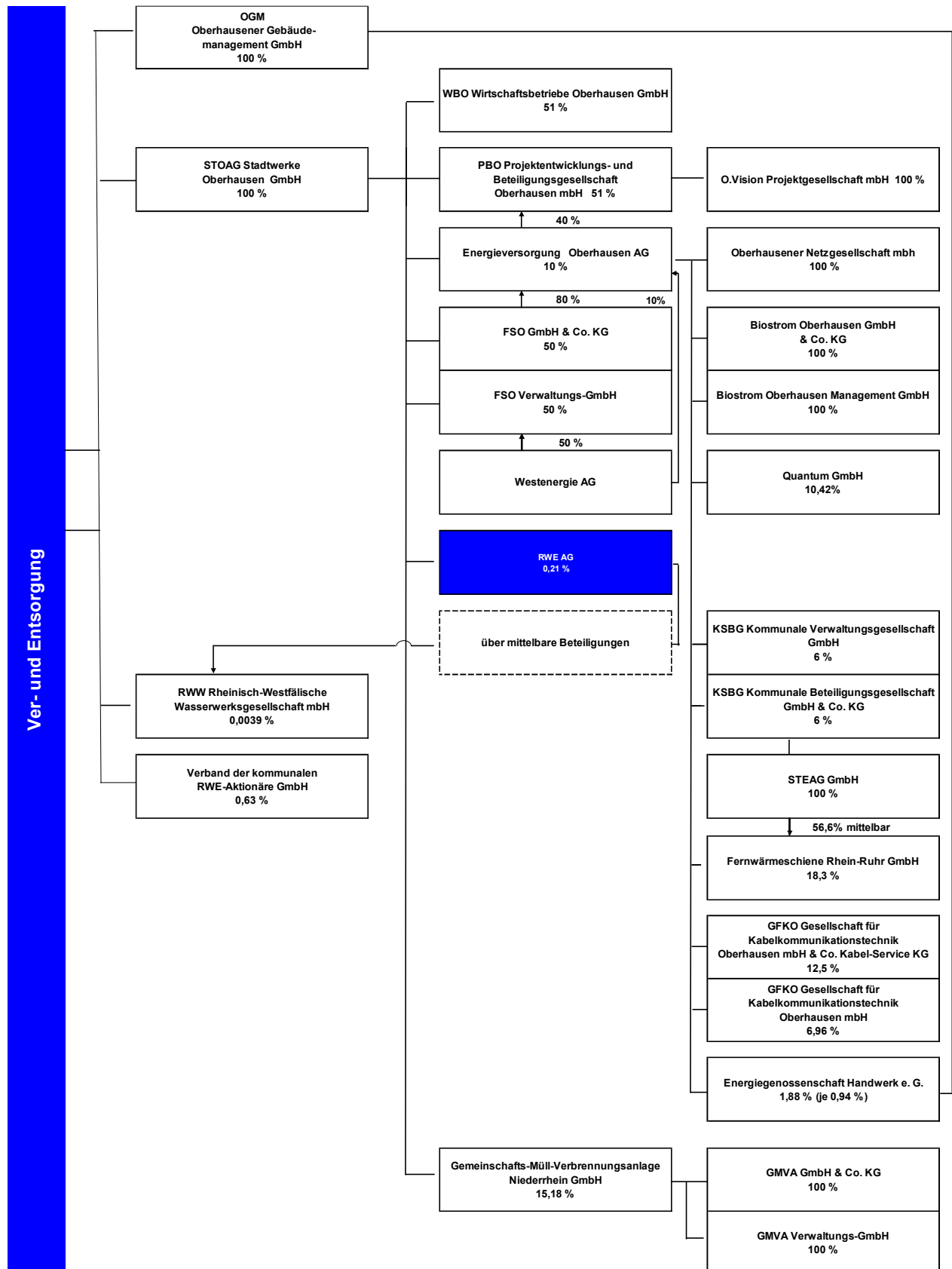
Eigenkapitalquote:

Fremdkapitalquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
92,64	92,50	93,10	%
7,36	7,50	6,90	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt



RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Altenessener Straße 35
45141 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/ 1200
Fax 0201/ 1215199
Internet www.rwe.de

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- a) Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- b) Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- c) Versorgung und Handel mit Energie,
- d) Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- e) Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- f) Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Schmitz, Rolf Martin
	Mitglied	Dr. Krebber, Markus

Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen**unmittelbar**

innogy SE

T€	%
853.249,37	76,79

mittelbar

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

T€	%
383,96	38,40

Biostrom Oberhausen Management GmbH

9,60	38,40
------	-------

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

0,38	0,36
------	------

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

4,80	1,62
------	------

evo Energieversorgung Oberhausen AG

9.983,03	38,40
----------	-------

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

8,48	8,48
------	------

Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

95,84	0,60
-------	------

FSO GmbH & Co.KG

11,52	38,40
-------	-------

FSO Verwaltungs-GmbH

11,52	38,40
-------	-------

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

0,61	2,67
------	------

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

6,87	4,80
------	------

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

0,02	2,30
------	------

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

2,30	2,30
------	------

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

11,52	38,40
-------	-------

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

3,84	15,36
------	-------

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

39,26	15,36
-------	-------

Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien

	0,00
--	------

Quantum GmbH

31,68	3,35
-------	------

STEAG Fernwärme GmbH

472,27	2,30
--------	------

STEAG GmbH

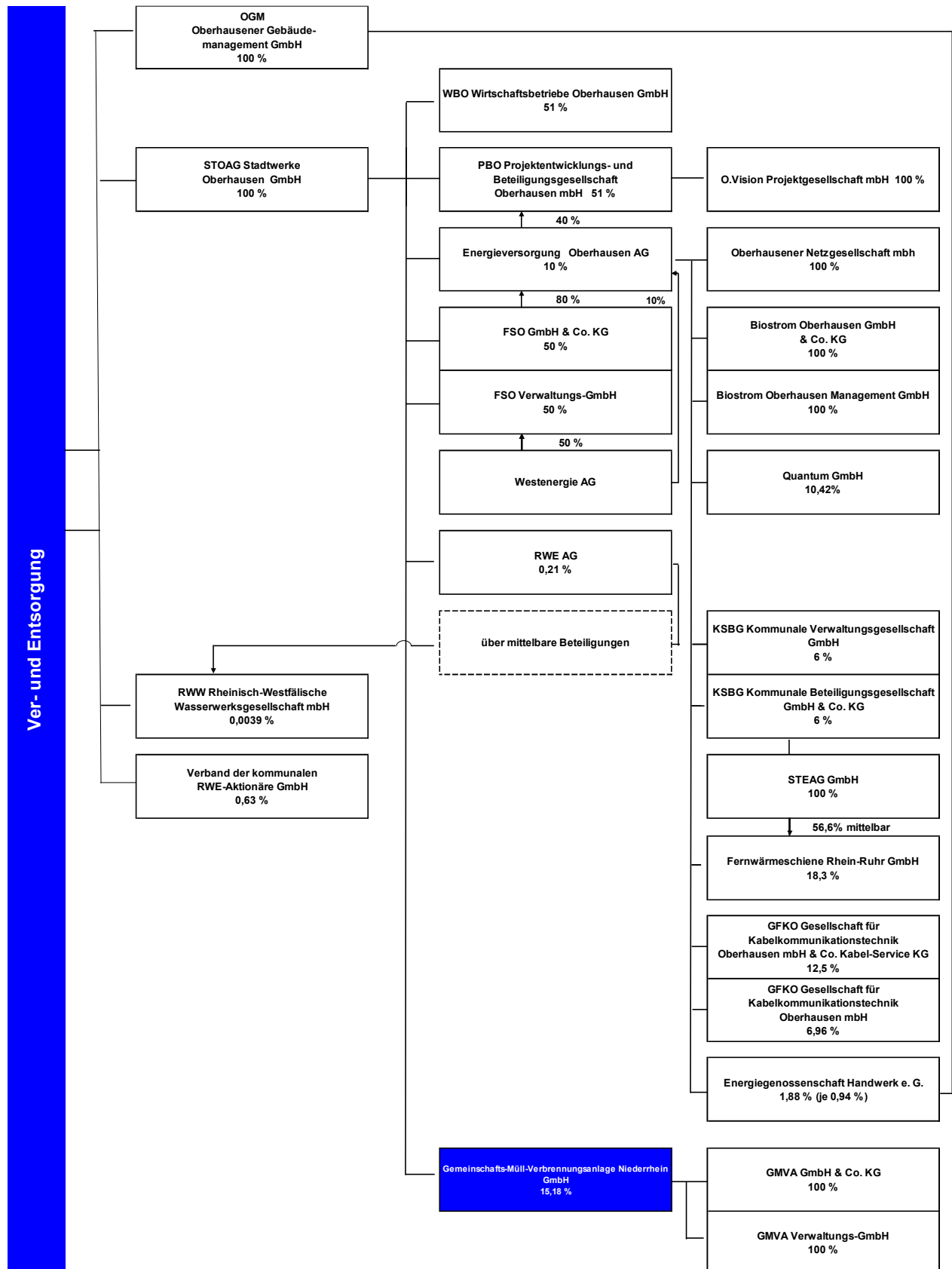
2.948,83	2,30
----------	------

strasserauf GmbH i.L.

2,88	11,52
------	-------

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Geschäftsbericht 2020“ nachlesbar.



GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8594-0
Fax 0208/8594-210
e-Mail info@gmva.de
Internet www.gmva.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
	Mitglied	Nachtsheim, Frank

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
---	----------	-----------------

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Susen, Thomas
	stellv. Vorsitzender	Bandel, Frank
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Dr. Ritter, Sebastian
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Kaiser, Manfred
	Mitglied	Stallmann, Ulrich
	Mitglied	Wolters, Thomas
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Jehn, Michael
	stellv. Mitglied	Ingendoh, Holger
	stellv. Mitglied	Heitmann, Dagmar

Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias
-----------------	-----------	-----------------

c) Beteiligungen**unmittelbar**

	T€	%
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
32.125,64	37,1	26.481,71	34,9	20.885,98	37,0	-5.595,73	-21,13
54.528,29	62,9	49.115,34	64,7	35.528,13	63,0	-13.587,21	-27,66
		309,16	0,4			-309,16	-100,00

Bilanzsumme

86.653,93	100,00	75.906,22	100,00	56.414,11	100,00	-19.492,11	-25,68
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-------------------	---------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
28.455,21	32,8	29.645,21	39,1	30.485,21	54,0	840,00	2,83
8.974,87	10,4	11.951,21	15,7	8.383,66	14,9	-3.567,55	-29,85
16.143,42	18,6	17.769,59	23,4	17.545,24	31,1	-224,35	-1,26
33.080,43	38,2	16.540,21	21,8			-16.540,21	-100,00

Bilanzsumme

86.653,93	100,00	75.906,22	100,00	56.414,11	100,00	-19.492,11	-25,68
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-------------------	---------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
59.179,66	67.621,19	58.155,80
8.471,65	7.728,36	8.825,41
19.748,64	23.362,15	22.296,94
13.747,22	14.250,29	14.447,74
7.681,13	7.705,06	6.020,60
9.824,86	9.665,03	10.113,77
68,80	60,39	74,04
3,27	1,02	7,41
3,98	4,05	92,07
15,89	10,39	23,66
16.701,65	20.413,98	14.067,88
2.960,76	4.719,75	1.986,77
131,41	204,42	628,66
0,00		
13.609,48	15.489,82	11.452,45
13.609,48	15.489,82	11.452,45

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	23,00	22,91	19,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	91,67	109,43	60,17	%
Cash-Flow:	21.290,61	23.194,88	17.473,05	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	382,21	425,70	380,58	T€
Personalaufwandsquote:	20,32	18,91	21,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	35,62	33,28	34,65	%
Eigenkapitalquote:	32,84	39,06	54,04	%
Fremdkapitalquote:	67,16	60,94	45,96	%

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses****1. Darstellung des Unternehmens**

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „GMVA“ genannt) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 01. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche anfallenden andienungspflichtigen Abfälle ihrer Vertragspartner im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt des öffentlichen Rechts (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH, Bochum (49,0 %).

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH & Co. KG mit einer Haftungseinlage in Höhe von 1 Mio. € zusammen mit der persönlich haftenden GMVA Verwaltungs-GmbH als Organgesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von 25 T€. Die beiden Tochtergesellschaften sind auf den 31.12.2020 befristet und sollen zu diesem Stichtag auf die GMVA verschmolzen werden.

Die GMVA wird seit dem 01.01.2014 als Unterauftragnehmerin von der GMVA Niederrhein GmbH & Co. KG beauftragt, die angelieferten Abfälle aus Oberhausen und Duisburg zu übernehmen und zu verwerten bzw. zu beseitigen. Auch dieses Vertragsverhältnis endet am 31.12.2020. Die GMVA hält die Verbrennungsverträge mit der WBD-AöR und der Stadt Oberhausen seit 01.01.2021 nunmehr direkt.

Im Übrigen besteht für REMONDIS eine Lieferverpflichtung, die zur Auslastung der Anlage in erheblichem Umfang beiträgt.

2. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2020 war in erheblichem Umfang von der Corona-Pandemie beeinflusst. Den ersten Meldungen über vereinzelt auftretende Ausbrüche Anfang des Jahres folgte Mitte März der sog. erste Lockdown, in dem das öffentliche und soziale Leben massiv eingeschränkt wurde. Nach einer kurzen Erholungsphase im Sommer waren Herbst und Winter wiederum erheblich von einschränkenden Maßnahmen, auch im Hinblick auf Industrie und Gewerbe, gekennzeichnet.

Für die GMVA stand der Schutz der Beschäftigten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit stets im Vordergrund der internen Maßnahmen. Durch umfassende Hygienekonzepte, frühzeitige und großzügige Regelungen zu HomeOffice und strikte Trennung von Arbeitsgruppen konnte über einen langen Zeitraum eine Infektion bei unseren Beschäftigten vermieden werden. Hier ist insbesondere der gute Zusammenhalt der Beschäftigten hervorzuheben.

Insbesondere in den ersten Monaten des Lock-Down war im Abfallaufkommen eine deutliche Verschiebung vom Gewerbeabfall hin zum Hausmüll, und hier insbesondere Sperrmüll zu verzeichnen. Dies spiegelt sich auch in den gestiegenen Anlieferungen aus Duisburg und Oberhausen wider.

Im Sommer 2020 wurde, auch in Relation zu den Vorjahren, das alte Niveau an Gewerbeabfällen in Bezug auf Preis und Menge fast wieder erreicht. Der Herbst mit steigenden Infektionszahlen und einer erneuten, erheblichen Einschränkung von Gewerbe und Industrie führte zu einem Rückgang verfügbarer Mengen und daraus resultierend, von Preisen. Von

diesem Preisrückgang war und ist die GMVA aufgrund langfristiger Lieferverträge nicht in erheblichem Umfang betroffen. Gegenüber dem Vorjahr, das von einer unzureichenden Verfügbarkeit von Verbrennungskapazitäten geprägt war, hat sich in Deutschland in 2020 eine weitgehend ausgeglichene Situation eingestellt.

Die weitere wirtschaftliche Situation der Branche und damit auch der GMVA wird in erheblichem Masse von dem Fortgang der Pandemie abhängen. Sollte es gelingen, die fragile Aufwärtsbewegung der Wirtschaft weiter zu stabilisieren, erwarten wir keine langfristigen Folgen für das Unternehmen. Wir erwarten eher eine Delle in der branchenweiten Auslastung, nicht aber einen strukturellen Rückgang der Abfallmengen.

Gerade in den vergangenen Monaten zeigte sich, welche wichtige Rolle eine gut funktionierende Abfallwirtschaft für eine Gesellschaft einnimmt, was durch den Begriff der „Systemrelevanz“, mit dem auch die GMVA unmittelbar belegt wurde; angemessen beschrieben wird.

Ebenfalls im Zuge der weltweiten Corona-Krise sanken die Strompreise auf breiter Front. Dieser Rückgang der Preise, vor allem ab März, konnte zwar im Jahresverlauf kompensiert werden, zeigt jedoch auch, dass globale Trends einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der GMVA haben. Welche konkreten Auswirkungen die sog. De-Karbonisierung der Energieerzeugung, also der Ausstieg aus der Kohleverstromung, auf die Strompreise oder die thermische Abfallverwertung haben wird, kann weiterhin nicht abgeschätzt werden, zumal die Auswirkungen auf den Energiemarkt des bereits beschlossenen deutschen Ausstieges aus der Kernenergie bis 2022 auch in 2020 noch nicht endgültig abzusehen sind. Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich auch aus der Entwicklung der politisch gewollten CO₂-Bepreisung, sei es auf der Input-Seite oder dem Emissionshandel.

Wir gehen auch weiterhin von einem politisch geprägten, volatilen und stark regulierten Umfeld in der Energiegewinnung und -vermarktung aus.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sanken im Jahr 2020 von 67,62 Mio. € (2019) um 9,46 Mio. € auf 58,16 Mio. €. Das Abfallaufkommen der GMVA in 2020 betrug 675.947 t, was einen signifikanten Rückgang gegenüber 2019 mit 720.664 t darstellt.

Ursachen für diesen Rückgang sind vor allem

- eine Reduktion der Umsätze aus Kommunalmenen (einschließlich der Umsätze aus forfaitierten Forderungen), vor allem aus den andienungspflichtigen Städten Duisburg und Oberhausen um insgesamt 1,67 Mio. €. Dieser Rückgang ist trotz gestiegenem Mengenaufkommen vor allem Folge der im Berichtsjahr gesunkenen kommunalen Verbrennungsentgelte, die gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen über das Unterbeauftragungsverhältnis mit der GMVA GmbH & Co. KG in Rechnung gestellt werden.
- Sowohl die Umsätze mit dem Gesellschafter REMONDIS als auch die Umsätze aus eigener Akquisition der GMVA fielen im Jahr 2020 um 2,8 Mio. €. Dies ist vor allem Folge einer mäßigen Verfügbarkeit der Anlage in Folge von zahlreichen unplanmäßigen Stillständen.
- Die Energieerlöse sanken von 18,49 Mio. € aus 2019 auf 13,68 Mio. €. Dieser erhebliche Rückgang ist Folge sowohl von insgesamt deutlich gefallen Energieerlösen pro MWh als auch eines unplanmäßig langen Stillstandes der großen Turbine bei der regelmäßig wiederkehrenden Revision.
- Der passive Rechnungsabgrenzungsposten aus der Forfaitierung wurde auch in 2020 planmäßig und letztmalig um 16,54 Mio. € aufgelöst. Das langfristige Darlehen ist damit zum 31.12.2020 abgelöst.

4. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr ist grundsätzlich zufriedenstellend verlaufen.

Der Jahresüberschuss 2020 beträgt 11,452 Mio. €. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 15,489 Mio. € ausgewiesen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2020	2019	2018	2017	2016	2015
Anlagenintensität in %	37,0	34,9	37,1	39,2	37,2	40,7
Bilanzsumme in T€	56.414	75.906	86.654	98.713	134.058	159.867
Fremdkapitalquote in %*	45,9	60,9	67,2	72,4	86,3	88,9
Jahresergebnis in T€	11.452	15.489	13.609	12.077	7.868	-1.175
Umsatzerlöse in T€	56.414	67.621	59.179	60.233	64.234	61.470
Materialaufwand in T€	22.296	23.362	19.749	17.268	17.784	18.203
Personalaufwand in T€	14.448	14.250	13.747	13.293	13.043	13.129

* inkl. passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Anlagenintensität ist trotz der planmäßigen Abschreibungen gestiegen, was vor allem Ergebnis der verringerten Bilanzsumme ist. Auch in 2020 waren die getätigten Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Der Ersatz wesentlicher Anlagenteile in 2020 erfolgte im Wesentlichen durch Investitionen in Soft- und Hardware im Zuge der weiterhin recht dynamischen Digitalisierungsaktivitäten.

Der Abschreibungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant von 7,70 Mio. € auf 6,02 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand ist in 2020 gegenüber dem Vorjahr mit insgesamt 22,296 Mio. € um 1,066 Mio. € gesunken. In 2019 wurde eine sehr umfangreiche teure Revision der DT 1 durchgeführt. Auch wenn in 2020 die größere DT 2 revidiert wurde, fielen hierbei geringere Kosten an. Der Materialaufwand ist vor allem durch bezogene Fremdleistungen geprägt (16,05 Mio. €; Vorjahr 16,93 Mio. €). Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren sanken gegenüber dem Vorjahr von 6,43 Mio. € um 189 T€ auf 6,242 Mio. €.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr auf 14,448 Mio. € um rd. 1,4 % angestiegen, was vor allem auf die Tarifsteigerung zurückzuführen ist.

6. Produktion

In 2019 war nach dem erfreulichen letzten Jahr ein erheblicher Rückgang des Durchsatzes zu verzeichnen: er sank von 723.063 t in 2019 auf 673.551 t.

Auch die Mengenanlieferungen des Vorjahres wurden unterschritten: gegenüber dem Vorjahr mit 694.022 t wurden in 2020 675.947 t angeliefert. Den gestiegenen Anlieferungen aus den Kommunalverträgen standen geringere und teilweise abgesteuerte Anlieferungen, vor allem von REMONDIS, gegenüber. Der reduzierte Durchsatz ist vor allem Folge von mehr als 1.600 Stunden unplanmäßigen Stillstand an den Kesselanlagen.

Die Bruttostromerzeugung sank infolge der verringerten Kesselbetriebsstunden und der Turbinenrevision auf 325,0 GWh.

7. Beschaffung

Ein sehr erheblicher Anteil des Abfallaufkommens in 2020 war durch Verträge mit dem Gesellschafter REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der EGN, Viersen, gesichert. Die verbleibende Restmenge wurde durch die GMVA auf dem freien Abfallmarkt akquiriert.

Akquisitionsbemühungen konzentrierten sich überwiegend auf Mengen aus dem Ausland, vor allem aus den Benelux-Ländern. Auch in 2020 wurde das freie Kontingent der GMVA aufgrund der gegenüber den Vorjahren rückläufigen Verfügbarkeit vorrangig mit Gesellschaftermengen gefüllt.

8. Investitionen

Im Jahr 2020 wurden 457 T€ in das Anlagevermögen investiert. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen Investitionen in EDV-Ausstattung, sowohl für den Betrieb als auch Arbeitsplätze sowie eine Hg-Messeinrichtung an KL 4.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Zur Zwischenfinanzierung eines in 2021 fälligen Festgeldes wurde im Juli 2020 eine Geldmarkt-Kreditlinie gewährt und bis zum Bilanzstichtag kontinuierlich zurückgeführt.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2020 waren bei der GMVA 187 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 9 Auszubildende (2019 = 188 Beschäftigte, davon 12 Auszubildende) beschäftigt.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung (BImSchV), wurden auch in 2020 bei nahezu allen Parametern deutlich unterschritten.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Auch im Geschäftsjahr 2020 wurden die Verbrennungsentgelte der GMVA GmbH & Co. KG sowie der GMVA GmbH bis zum Jahr 2021 einschließlich durch die Preisüberwachungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft. Die Zertifizierung als Entsorgungsbetrieb wurde 2020 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 58.155 T€ (Vorjahr 67.621 T€) gesunken. Diese Veränderung ist vor allem Ergebnis der signifikant gefallenen Energieerlöse, die sowohl im spezifischen Erlös/ MWh aufgrund des allgemeinen Preisverfalls an der EEX als auch aufgrund der verringerten Auskoppelung infolge einer verlängerten Revision der großen Turbine fielen. Die Erlöse aus Abfallanlieferungen sanken ebenfalls: dies ist zum einen Ergebnis eines geringeren Preises pro Tonne für die kommunalen Mengen als auch verringerten Anlieferungen Dritter, vor allem von REMONDIS:

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in 2020 um 1.097 T€ auf 8.825 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierin sind vor allem Sanierungsbeiträge der Gesellschafter enthalten, die infolge der abgesenkten Verbrennungsentgelte zur Sicherstellung einer positiven Fortführungsprognose geleistet wurden.

Der Materialaufwand, der sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammensetzt, sank um 1.065 T€ auf 22.297 T€.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,4 % und belief sich inklusive sozialer Abgaben auf 14.448 T€ (Vorjahr 14.250 T€).

Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr von 7.705 auf 6.021 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, vor allem Grundstücksaufwendungen und Aufwendungen für Wasserbezug, stiegen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 448 T€ auf 10.114 T€.

Die Erträge aus Beteiligungen sind gegenüber dem Vorjahr um 13,6 T€ angestiegen, das Zinsergebnis sank per Saldo um 6,8 T€ auf minus 16,2 T€. Dies ist vor allem Folge der Zwischenfinanzierung seit 2019.

Der Jahresüberschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.037 T€ auf 11.452 T€ verringert (- 26,1 %).

2. Finanzlage

Mit der endgültigen Ablösung des Forderungsverkaufes (Forfaitierung) zum 31.12.2020 verfügt die Gesellschaft über eine verbesserte Finanzlage. Zwar ist die Fremdfinanzierungsquote (ohne passiven Rechnungsabgrenzungsposten) des Gesamtvermögens von 39,2 % auf 45,9 % angestiegen, die Gesamtverbindlichkeiten sanken jedoch von 46.260 T€ auf 25.928 T€.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Bilanzstichtag 21.328 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 37,7 % gesunken.

Ein Geldmarktkredit wurde zur Zwischenfinanzierung bis zur Fälligkeit eines Festgeldes aufgenommen und kontinuierliche zurückgeführt. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Es waren keinerlei Forderungsausfälle, auch nicht im Zuge der Corona-Pandemie, zu verzeichnen.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten erfüllen können; im zweiten Quartal des Jahres 2021 wird der Geldmarktkredit zurückgeführt werden.

Die Eigenkapitalquote beträgt 54% (Vorjahr 39,1 %).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich planmäßig von 16.540 T€ auf 0 (-16.540 T€). Das Darlehen, das im Jahre 2001 gewährt wurde, ist damit vollständig zurückgeführt.

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Sachanlagevermögen hat sich auf 19.547T€ (Vorjahr 25.265 T€) verringert, was vor allem Ergebnis der planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen ist.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 457 T€ in 2020 wurden aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind gegenüber dem Vorjahr auf 6.020 T€ gesunken (Vorjahr 7.705 T€).

Die Vorräte erhöhten sich von 5.270 T€ gegenüber dem Vorjahr um 51 T€ auf 5.321 T€.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen am Bilanzstichtag 8.169 T€ und lagen damit um 694 T€ unter dem Vorjahr.

Der Kassenbestand/ Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 12.914 T€ auf 21.328 T€ gesunken.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Preise auf dem Abfall-Spotmarkt des Jahres 2020 sind gegenüber dem hohen Niveau des Jahres 2019 zurückgegangen. Aufgrund der volatilen Situation, nicht zuletzt aufgrund der Pandemie, des zum 31.12.2020 vollzogenen Brexit und der Verbrennungssteuer in den Niederlanden, gehen wir auch im Jahre 2021 nicht von einer merklichen Erholung der Preissituation aus. Der kurzfristige Einfluss auf die GMVA wird indes überschaubar bleiben, da die Mengen für die kommenden Jahre weitestgehend, vorwiegend mit den Gesellschaftern, kontrahiert sind. Für die Folgejahre wird daher ein stabiles Umsatzniveau erwartet.

Aufgrund der grundsätzlichen stabilen Kostensituation wird weiterhin ein positives Ergebnis erwartet.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Durch die Erweiterung von Müllverbrennungsanlagen, die Inbetriebnahme neuer EBS-Anlagen bis zum Jahr 2012 und die verstärkte Abfalltrennung durch die bundesweite Einführung der getrennten Bioabfallsammlung sind in Deutschland grundsätzlich Überkapazitäten im Abfallverbrennungsbereich entstanden. Dem stehen ein anhaltend hohes Abfallaufkommen pro Kopf, eine grundsätzlich zwar geschwächte, aber bis dato hinreichend stabile wirtschaftliche Situation in Deutschland und zunehmende Restriktionen vorwiegend asiatischer Länder zum Import für bestimmte Abfallströme gegenüber. Die Gewerbeabfallverordnung hat in der Praxis nicht zu einem nennenswerten Rückgang der zur Verbrennung angelieferten Mengen geführt.

In der Pandemie zeigte sich auch, dass die Abfallverbrennung einen unverzichtbaren Stellenwert in der Daseinsvorsorge hat. Abfälle aus Haushalten mit möglicherweise Infizierten sollen nicht sortiert werden, sondern direkt der Verbrennung zugeführt werden.

Da vor allem in den Niederlanden weiterhin erhebliche Überkapazitäten bei den thermischen Abfallbehandlungsanlagen vorhanden sind, bleibt der Druck auf die Abfallpreise, besonders im Westen Deutschlands, grundsätzlich bestehen. Die in den vergangenen Jahren durchaus signifikanten Abfallimporte aus UK dürften unserer Einschätzung zufolge, infolge des Brexit und des ungünstigen Wechselkurses fast vollständig zum Erliegen kommen.

Unklar ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes die Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf das gewerbliche Abfallaufkommen. Sollten die Lockdown-Maßnahmen weiter verlängert werden, so ist ein flächendeckender Rückgang der industriellen und gewerblichen Wirtschaftsleistung nicht auszuschließen. Dies könnte Einfluss auf die Auslastung der Anlage und damit unmittelbar auch auf deren Wirtschaftlichkeit haben.

Wir gehen daher von einem schwieriger werdenden Umfeld für Müllverbrennungsanlagen aus, was durch die anhaltenden Dekarbonisierungsbemühungen beschleunigt werden dürfte.

Für den Strompreis erwarten wir in der nahen Zukunft eher eine stabile Entwicklung. Die Prognoseunsicherheit bleibt in diesem stark reglementierten und unübersichtlichen Bereich jedoch sehr hoch und könnte noch weiter steigen, wenn der Termin für den Ausstieg aus der Kernenergie und für den beschlossenen Kohleausstieg näher rückt. Im kurzfristigen Bereich könnten Lockdown-Maßnahmen oder weitere wirtschaftliche Einbrüche auf der Stromabnehmer-Seite zu Preisausschlägen nach unten führen.

Mittelfristig gehen wir von einer Marktsituation mit leicht negativer Tendenz aus; langfristig ist eher ein zunehmend schwieriges Umfeld für Müllverbrennungsanlagen zu erwarten.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine möglichst durchgehend hohe Auslastung ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Unternehmensstrategische Risiken können sich aus der verschärften Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben, indem durch Abfallvermeidungsmaßnahmen und die weitere Fortführung der Abfalltrennung der Anteil, der einer thermischen Verwertung zuzuführen ist, weiter sinkt.

Es können sich unternehmerische Risiken aus fallenden Abfallpreisen, steigenden Kosten und niedrigeren Energieerlösen ergeben. In Folge des demographischen Wandels kann es für die GMVA darüber hinaus schwieriger werden, geeignetes Fachpersonal zu finden und zu halten.

Vor allem urbane Lagen, so auch Oberhausen, sind von mehr oder weniger temporären Überschreitungen der Stickoxid-Werte betroffen. Es steht zu befürchten, dass hier weitere regulatorische Maßnahmen den unternehmerischen Spielraum auch für die GMVA weiter einschränken bzw. Zusatzinvestitionen erforderlich machen.

Die auf europäischer Ebene im Rahmen des sog. „Sevilla-Prozesses“ diskutierte weitere Verschärfung der Grenzwerte wird die GMVA ebenfalls betreffen, ebenso wie eine mögliche Novellierung der Störfallverordnung.

Unklar sind die Auswirkungen des in der Diskussion befindlichen Klimaschutzgesetzes auf die Kosten der Energieerzeugung und Abfallverwertung. Ebenfalls belastend können geänderte Rechtsauslegungen, insbesondere im Bereich der Verbrauchssteuern, sein: wir beobachten eine Tendenz zur zunehmend restriktiven Auslegung der entsprechenden steuerlichen Regelungen.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Akquisition neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Erhöhtes stoffliches Recycling, auch im Bereich der Gewerbeabfälle, und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Die politisch gewollte Realisierung, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen, kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagendurchsatz reduziert, weil der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnden Abfälle steigt.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

Gravierende personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken für die GMVA sind für 2021 nicht zu erwarten. Dem anstehenden demografischen Wandel begegnet die GMVA durch frühzeitige interne Aus- und Weiterbildung sowie durch gezielte Nachfolgeregelungen.

Ein grundsätzliches Risiko liegt weiterhin in der zunehmenden Verbreitung von IT-Schadprogrammen, die auch eine Müllverbrennungsanlage betreffen können. Durch eine besondere Berücksichtigung von IT-Sicherheitskonzepten soll diesem Risiko begegnet werden.

5. Sonstige Risiken

Die GMVA war aufgrund mehrerer Gerichtsentscheidungen, vor allem in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster aus April 2015, und der Ergebnisse der Prüfung der Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf zur Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen und auch der KKA verpflichtet worden.

Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung wurden die kommunalen Verbrennungsentgelte bis 2021 einschließlich durch die Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft. Die geprüften Verbrennungsentgelte werden laufend gegenüber den kommunalen Anlieferern abgerechnet.

D. Prognosebericht

Auch für das laufende Geschäftsjahr und das Folgejahr gehen wir von einer guten Auslastung, auch mit kommunalen Mengen aus. Wir erwarten weitestgehend stabile Umsätze und eher steigende Kosten, vor allem im Bereich der technischen Kosten und der Personalaufwendungen. Insgesamt gehen wir weiterhin von einem positiven, wenn auch gegenüber den Vorjahren reduzierten Ergebnis der Gesellschaft aus.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

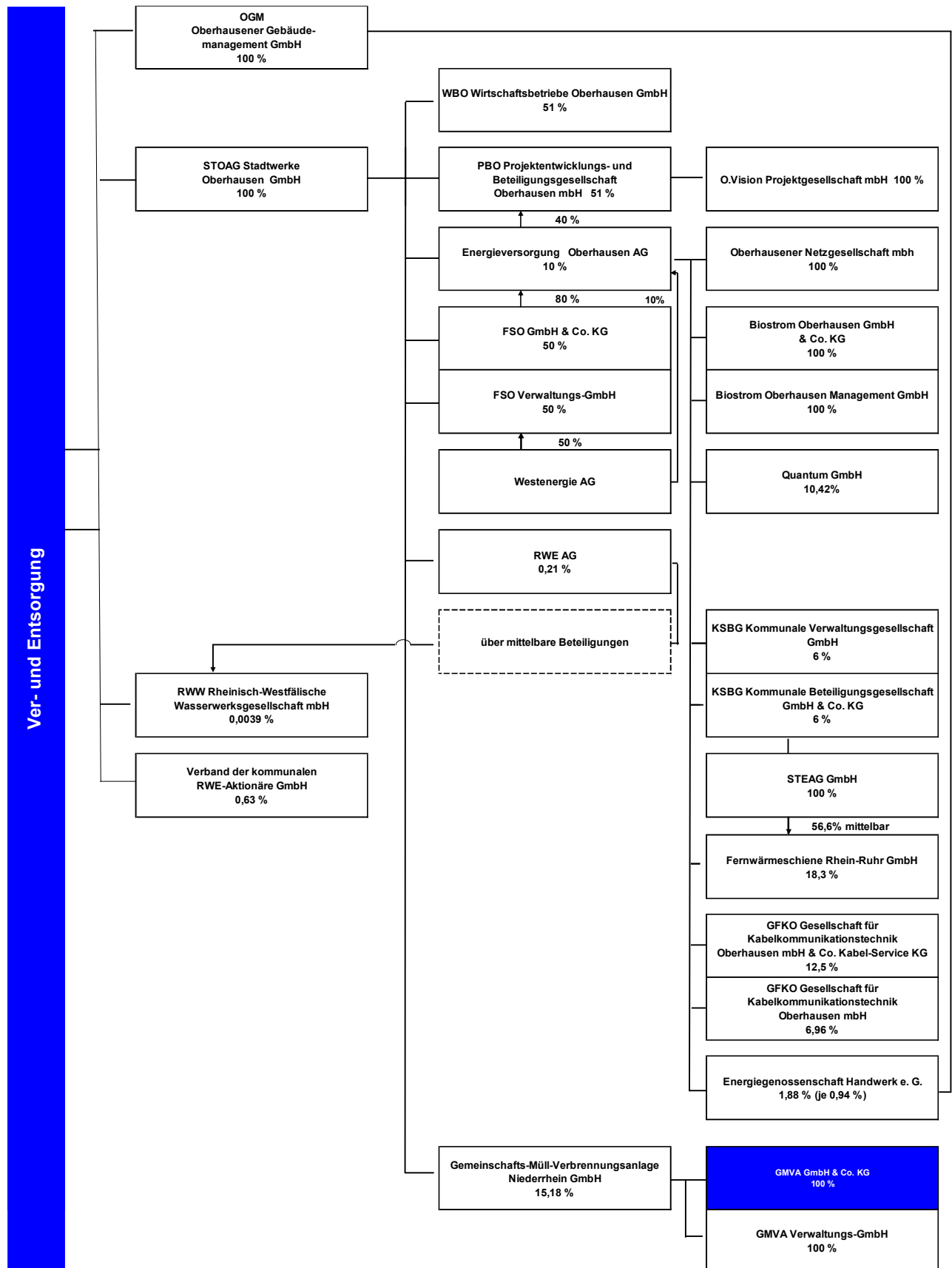
Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des rechtlichen Umfeldes, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des VGB PowerTech, dem europäischen Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung, sowie der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/ VKU (Verband kommunaler Unternehmen), der Besuch von auch virtuellen Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Oberhausen, 15. März 2021

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Dr. A. Sabac-el-Cher / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung



GMVA GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungs-satzungen.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
---	---

GMVA Verwaltungs-GmbH

Stadt Oberhausen

Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR

Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GMVA Verwaltungs-GmbH
--------------------------	-----------------	-----------------------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.796,92	100,0	1.273,88	100,0	1.356,03	100,0	82,15	6,45

Bilanzsumme

1.796,92	100,00	1.273,88	100,00	1.356,03	100,00	82,15	6,45
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	--------------	-------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.231,26	68,5	1.244,90	97,7	1.229,55	90,7	-15,35	-1,23
25,74	1,4	19,93	1,6	115,99	8,6	96,06	481,99
539,92	30,0	9,04	0,7	10,49	0,8	1,45	16,04

Bilanzsumme

1.796,92	100,00	1.273,88	100,00	1.356,03	100,00	82,15	6,45
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	--------------	-------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Erträge aus Verlustübernahmen

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
17.225,50	18.898,71	17.930,32
0,00	0,41	1,51
17.117,78	18.792,03	17.818,55
47,45	44,42	45,59
0,12	12,30	0,00
0,00	0,00	0,00
60,39	74,97	67,70
-0,00	0,93	96,99
0,00		87,98
60,39	74,04	58,68
60,39	74,04	58,68

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
0,35	0,39	-0,16	%
5,16	6,32	-2,50	%
60,39	74,04	-29,30	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:

Eigenkapitalquote:

Fremdkapitalquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
68,52	97,73	90,67	%
31,48	2,27	9,33	%

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses****1. Darstellung des Unternehmens**

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (im Folgenden GMVA Niederrhein GmbH) die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH Co. KG mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die ebenfalls zum 02.12.2013 gegründete GMVA Verwaltungs-GmbH ohne Einlage.

Kommanditistin ist die GMVA Niederrhein GmbH mit einer Hafteinlage in Höhe von 1 Mio. €. Sitz der Gesellschaft ist Oberhausen.

Gegenstand der Gesellschaft ist, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die GMVA GmbH & Co. KG seit dem 01.01.2014 die GMVA Niederrhein GmbH als Unterauftragnehmerin langfristig beauftragt. Die Gesellschaft ist, wie die Beauftragung der GMVA Niederrhein auch, auf den 31.12.2020 befristet.

Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal und auch kein Anlagevermögen.

2. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

In 2020 betrugen die Umsätze mit den Wirtschaftsbetrieben Duisburg AöR und mit der Stadt Oberhausen in Summe 17,9 Mio. € (Vorjahr 18,9 Mio. €). Die mengenmäßigen Anlieferungen aus Duisburg sind in 2020 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % gestiegen. In Oberhausen betrug die Steigerung rd. 3,4 %. Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist Ergebnis der Anpassung der Verbrennungsentgelte, die in Folge von Gerichtsurteilen und Ergebnissen von Preisprüfungsverfahren auch auf die GMVA GmbH & Co. KG anzuwenden sind.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens**1. Ertragslage**

Es wurden Umsätze aus den Kommunalverträgen mit der Stadt Oberhausen und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg AöR (WBD-AöR) in Höhe von insgesamt 17,90 T€ erzielt. Dem standen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 18.819 T€ sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (im Wesentlichen für Verwaltungskostenumlagen und Beratungskosten) in Höhe von 45,6 T€ (Vorjahr: 44,4 T€) gegenüber. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer (9,0 T€) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 58,7 T€ (Vorjahr 74,0 T€).

2. Finanzlage

Das Eigenkapital in Höhe von 1.229,4 T€ setzt sich aus der voll einbezahlten Einlage und dem Jahresüberschuss zusammen. Die Eigenkapitalquote beträgt 91,4 %.

Innerhalb der GMVA-Gesellschaften besteht ein Cash-Pooling-Vertrag. Das Guthaben bei Kreditinstituten beträgt zum Bilanzstichtag 49 T€. Sowohl Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände als auch Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Auch in 2020 war aufgrund der Liquiditätslage keine Darlehensaufnahme erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit war und ist jederzeit gewährleistet.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist von 1.274 T€ im Vorjahr auf 1.346 T€ bei einem geringfügig gesunkenen Eigenkapital (1.229 T€, i.V. 1.245 T€) gestiegen.

Dem Eigen- und Fremdkapital stehen gestiegene Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (283 T€, i.V. 126 T€) sowie verringerte liquide Mittel (49 T€, i.V. 588 T€) gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen 3.704,2 T€ (Vorjahr 2.097,9 T€).

Die Verbindlichkeiten (vor allem aus Umsatz-Steuern) steigen von 551,1 T€ auf 1.013,1T€.

C. Chancen, Risiken und Prognose

Die Gesellschaft ist auf den 31.12.2020 befristet. Diese Befristung gilt auch für die persönlich haftende Gesellschafterin, die GMVA Verwaltungs-GmbH.

Zu diesem Zeitpunkt endet auch die Unterbeauftragung der GMVA Niederrhein GmbH.

Die Verpflichtungen gegenüber der WBD-AöR und der Stadt Oberhausen zur Übernahme der entsorgungspflichtigen Abfälle wird ab 01.01.2021 durch die GMVA Niederrhein GmbH wahrgenommen.

Leistungswirtschaftliche Risiken sind nicht zu erwarten. Die Preisüberwachungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf hat zum Berichtszeitpunkt die Verbrennungsentgelte der GMVA GmbH & Co. KG auf die Konformität mit dem Preisrecht bis zum Jahre 2020 einschließlich überprüft, ebenso wie die Verbrennungsentgelte der GMVA Niederrhein GmbH für das Jahr 2021. Auch nach heutigem Kenntnisstand gehen wir weiter davon aus, dass für die Vergangenheit keine weiteren Ansprüche gegen die Gesellschaften bestehen.

Es ist vorgesehen, die Gesellschaft auf die GMVA Niederrhein GmbH zu verschmelzen.

D. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

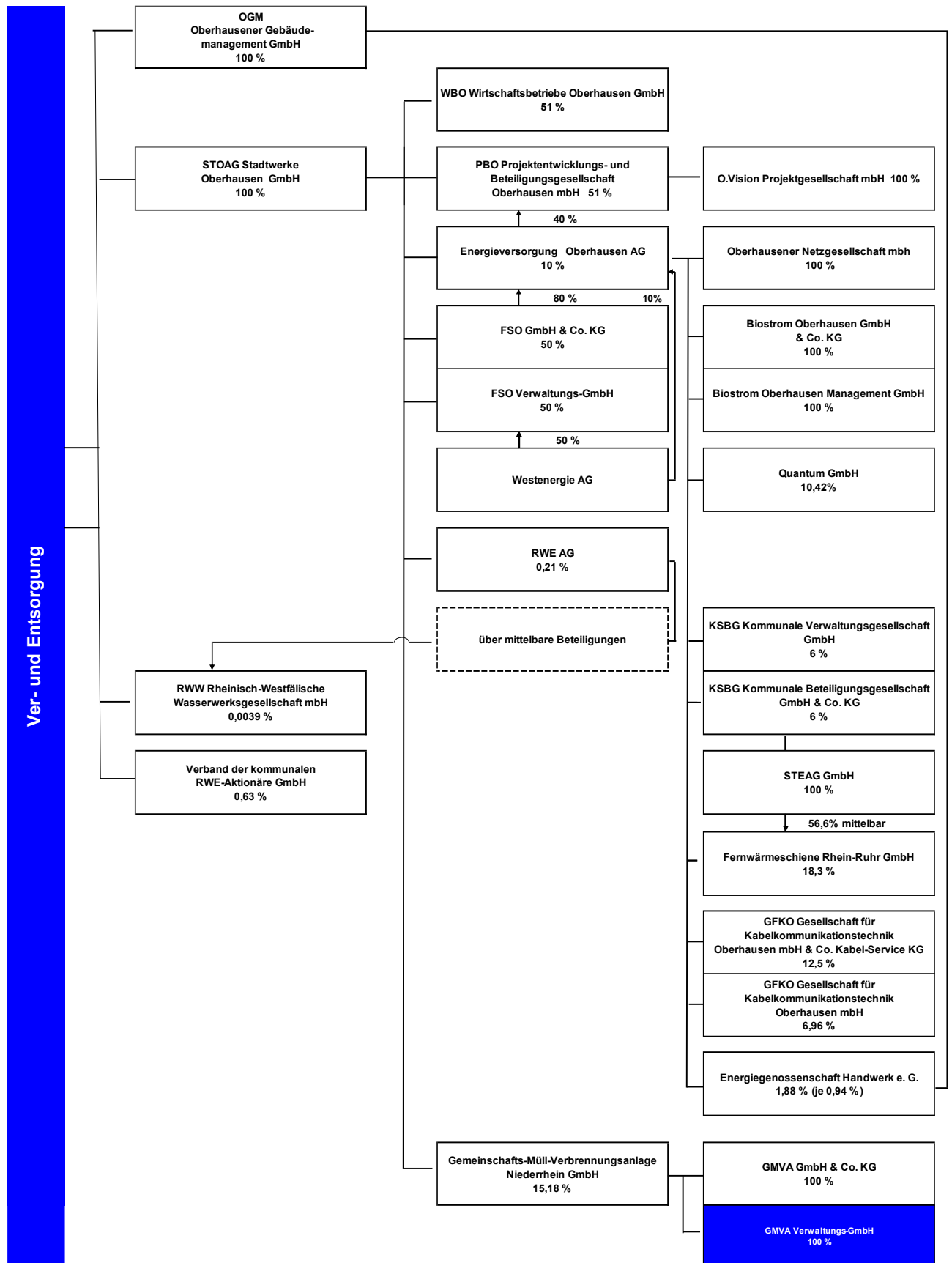
Das Planungssystem der GMVA GmbH & Co. KG war eng an das Planungssystem der GMVA Niederrhein GmbH angelehnt. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems hatten sich bewährt.

Die für die Planung erforderlichen Daten wurden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen gewonnen.

Oberhausen, 15. März 2021

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH Co. KG (GMVA)

Dr. A. Sabac-el-Cher / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung



GMVA Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Oberhausen (nachfolgend Kommanditgesellschaft genannt), die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH GMVA GmbH & Co. KG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
---	---

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Nachtsheim, Frank

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
277,51	100,0	37,12	100,0	32,40	100,0	-4,72	-12,72

Bilanzsumme

277,51	100,00	37,12	100,00	32,40	100,00	-4,72	-12,72
--------	--------	-------	--------	-------	--------	-------	--------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
24,30	8,8	24,30	65,5	24,30	75,0	0,00	0,00
4,89	1,8	4,00	10,8	4,00	12,3	0,00	0,00
248,32	89,5	8,82	23,8	4,10	12,7	-4,72	-53,51

Bilanzsumme

277,51	100,00	37,12	100,00	32,40	100,00	-4,72	-12,72
--------	--------	-------	--------	-------	--------	-------	--------

bb) GuV

sonstige betriebliche Aufwendungen

Erträge aus Beteiligungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Erträge aus Verlustübernahmen

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
5,23	5,30	5,34
1,25	1,25	1,25
-3,98	-4,05	-4,09
3,98	4,05	4,09
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:

Eigenkapitalrentabilität:

Cash-Flow:

Gesamtleistung je Mitarbeiter:

Personalaufwandsquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
-16,39	-16,66	-16,83	%
-3,98	-4,05	-4,09	T€
			T€
			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:

Eigenkapitalquote:

Fremdkapitalquote:

31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
			%
8,76	65,46	75,00	%
91,24	34,54	25,00	%

e) Lagebericht**I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses**

Die GMVA Verwaltungs-GmbH, Oberhausen, wurde am 02. Dezember 2013 gegründet. Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehender Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszweckes der vorgenannten Kommanditgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde ein Ertrag aus der Übernahme der Haftungsvergütung gegenüber der GMVA GmbH & Co. KG in Höhe von 1,25 T€ erzielt. Dem standen Aufwendungen in Höhe von 5,3 T€, vor allem aus Beratungskosten, gegenüber. Das Ergebnis nach Steuern in Höhe von - 4,0 T€ wird durch den Organträger, die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH, Oberhausen, aufgrund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages übernommen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten (21,9 T€) ist sich gegenüber dem Vorjahr (28,1 T€) ebenso weitgehend stabil geblieben wie die Summe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (4,1 T€; im Vorjahr 8,8 T€). Die Bilanzsumme ist mit 28,3 T€ gleichgeblieben.

II. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

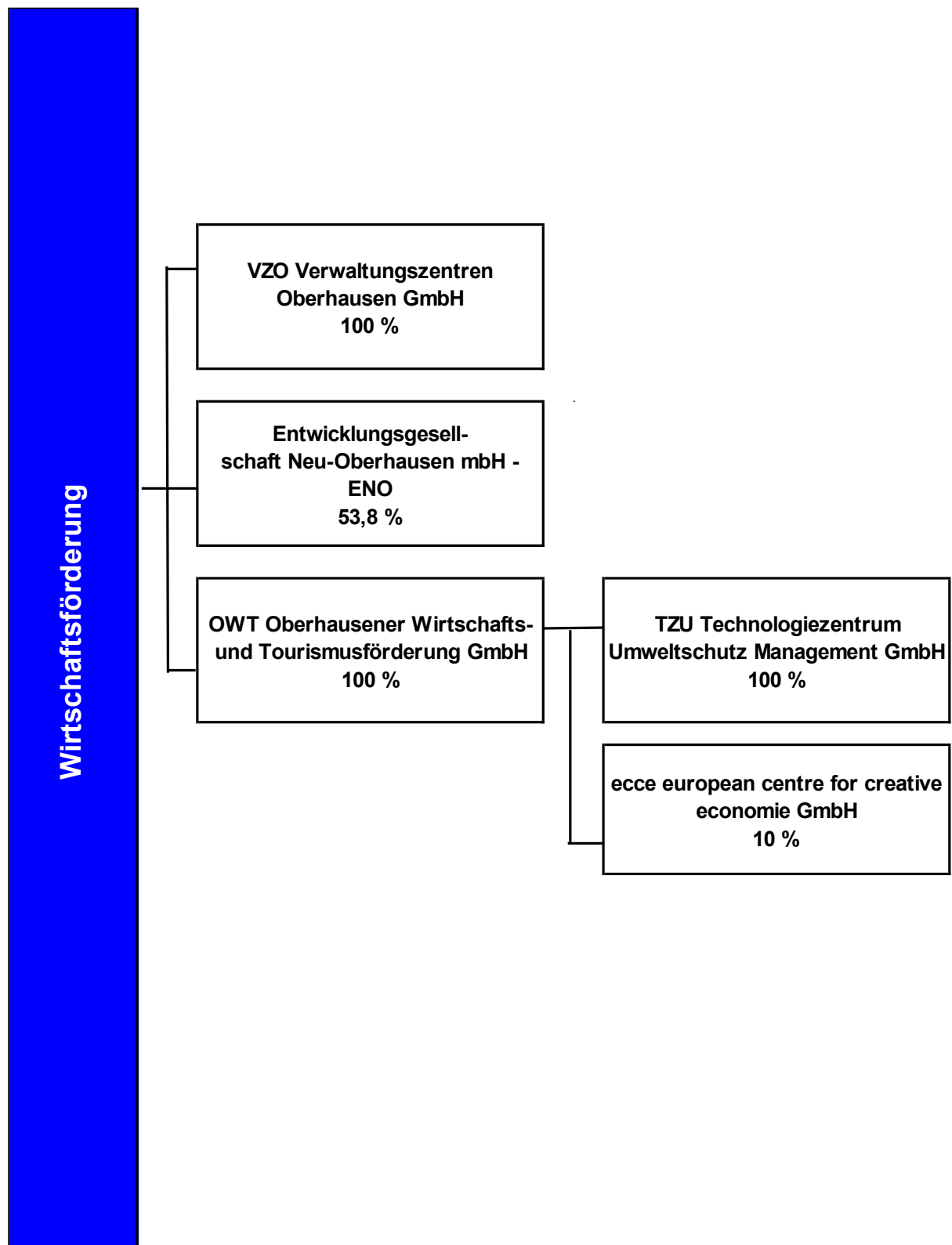
Die Gesellschaft ist auf den 31.12.2020 befristet. Es ist vorgesehen, sie zu diesem Stichtag auf die GMVA Niederrhein GmbH zu verschmelzen.

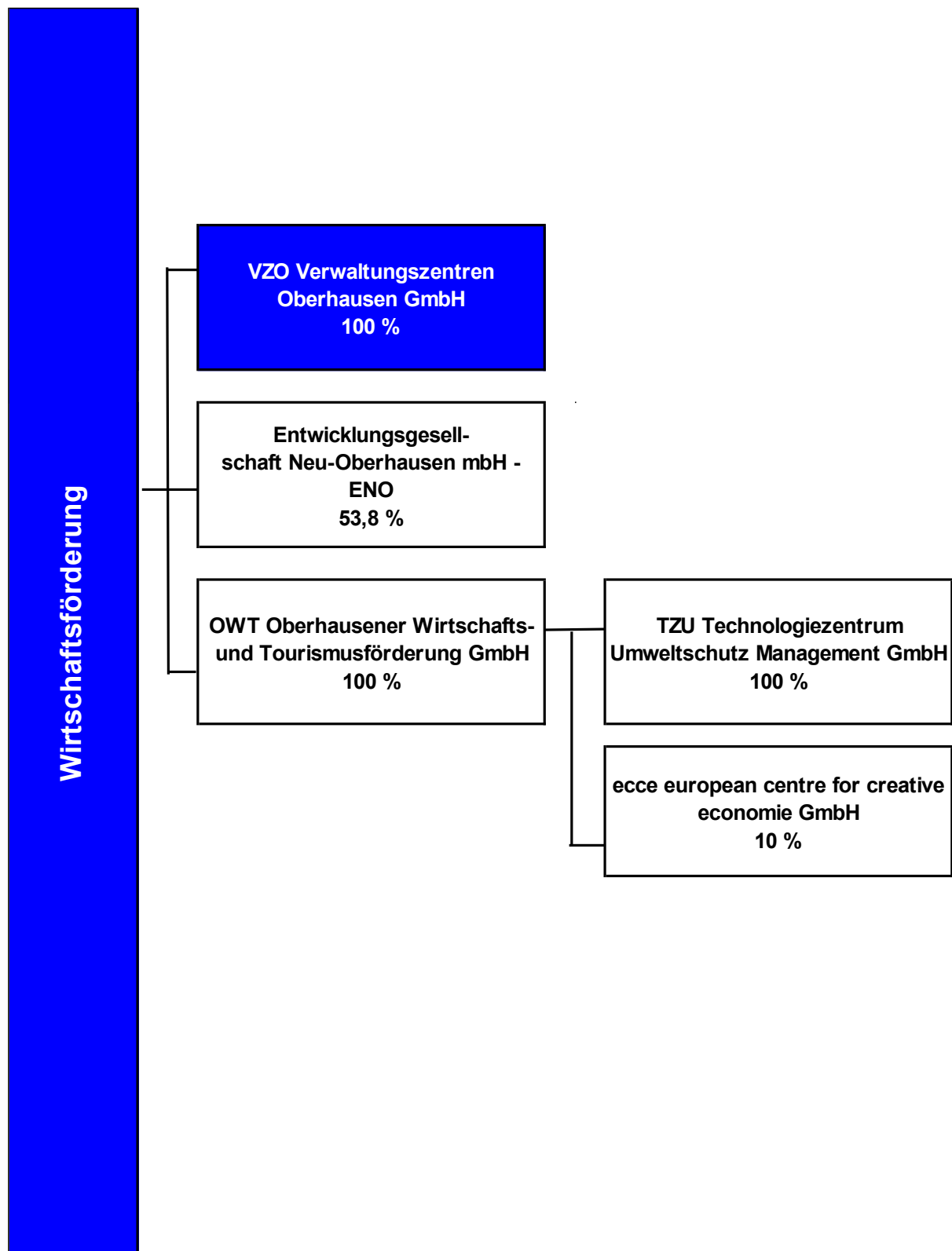
Oberhausen, 15. März 2021

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Verwaltungs-GmbH (GMVA)

Dr. Angela Sabac-el-Cher / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -





VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/594 7000

Internet -

Mitarbeiter/-in Telef. 0208/825 2806

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Kalthoff, Horst
Geschäftsführer Schmidt, Hartmut

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Jehn, Michael

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	48.241,76	96,2	50.522,97	99,3	51.432,42	98,1	909,45	1,80
Umlaufvermögen	1.923,61	3,8	333,56	0,7	1.010,07	1,9	676,51	202,82
Rechnungsabgrenzungsposten	0,89	0,0	0,90	0,0	0,90	0,0	0,00	0,00

Bilanzsumme	50.166,26	100,00	50.857,42	100,00	52.443,38	100,00	1.585,96	3,12
--------------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.954,99	7,9	4.390,67	8,6	5.935,59	11,3	1.544,92	35,19
Rückstellungen	24,66	0,0	29,59	0,1	18,78	0,0	-10,81	-36,53
Verbindlichkeiten	45.854,65	91,4	46.437,16	91,3	46.489,01	88,6	51,85	0,11
Rechnungsabgrenzungsposten	331,96	0,7					0,00	

Bilanzsumme	50.166,26	100,00	50.857,42	100,00	52.443,38	100,00	1.585,96	3,12
--------------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.103,13	5.477,19	5.436,34
sonstige betriebliche Erträge	0,98	1,35	131,72
Materialaufwand	1.475,83	780,06	728,21
Abschreibungen	1.119,53	1.993,63	2.159,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	44,56	21,83	89,86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,88	0,01	0,63
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.170,76	1.167,46	1.116,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.298,30	1.515,56	1.475,31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	409,10	579,89	-69,62
sonstige Steuern	-0,00		-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	889,20	935,68	1.544,92
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	889,20	935,68	1.544,92

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,42	17,08	28,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	29,00	27,08	35,19	%
Cash-Flow:	2.008,73	2.929,30	3.703,94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,16	99,34	98,07	%
Eigenkapitalquote:	7,88	8,63	11,32	%
Fremdkapitalquote:	92,12	91,37	88,68	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM- beauftragt. Hierin wurden die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert. Zu diesem Zweck hat die VZO Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbauseubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechender Neubauprojektes ist zum Ende des 4. Quartal 2018 planmäßig erfolgt.

Im Rahmen des Projektes JobCenters wurde im Geschäftsjahr ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt finalisiert: auf dem Dach des neu errichteten Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ - umgesetzt worden. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe von 2.300 T€ zugesagt. Im Rahmen eines 2016 durgeführten städtebaulichen Wettbewerbs für das Gesamtgebäude gewann der Entwurf des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi; dieser bildet die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen.

Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ wurde ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass der VZO durch die Realisierung dieses Teilprojektes sowie für den weiteren Betrieb keine Kosten entstehen. Die Betriebskosten sind nach bisherigen

Verhandlungen vom Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung zu übernehmen. Die Fertigstellung / Übergabe des Dachgartens erfolgte im 3. Quartal 2019.

Für das Neubauprojekt JobCenter wurden die entsprechenden grundsätzlichen Finanzierungsverhandlungen bereits 2017 abgeschlossen, eine auf Grund von unvorhersehbaren Preissteigerungen notwendige Nachfinanzierung wurde 2018 in das Gesamtfinanzierungskonzept integriert. Weitere Nachforderungen der Generalübernehmerin aus dem Geschäftsjahr 2020 werden derzeit geprüft, sind im Jahresabschluss zum 31.12.2020 aber berücksichtigt.

Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste für die Bestandsdarlehen ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die aktuellen langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Die Darlehen zur Finanzierung der Baumaßnahmen sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen wurden im Geschäftsjahr 2020 für das Objekt „Technisches Rathaus Sterkrade“ vorgenommen, wobei in Anbetracht des aktuellen Zinsniveaus zum Prolongationszeitpunkt erhebliche Nominalzinsreduzierungen erreicht werden konnten. Für das Geschäftsjahr 2021 sind weitere Prolongationen von Darlehen für das Technische Rathaus vorgesehen, auch hier ist mit einer Reduzierung des Zinsaufwandes zu rechnen.

Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2020 nicht in Anspruch genommen. Die übrigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig reduziert werden (ca. 3.097 T€).

Zum Stichtag 31.12.2020 waren bei der VZO lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring sowie des JobCenters und des Parkhauses Marktstraße 10. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2020 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2020 konnte wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.544.922,81 € ausgewiesen werden; die erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (935.675,72 €) ist hauptsächlich auf die Reduzierung der Ertragsteuere last sowie entsprechende Erstattungsansprüche zurückzuführen.

Dieser Gewinn wird zunächst auf neue Rechnung vorgetragen; die Bilanzgewinne belaufen sich zum Bilanzstichtag somit auf 4.121 T€. Gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan sollen aus den Jahresergebnissen jeweils 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden, sofern die Liquidität der Gesellschaft dies zulässt.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beläuft sich somit zum Bilanzstichtag auf Eigenkapitalquote 11,32% (Vorjahr 8,63%).

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich hohe Aufwendungen, welche aber durch bereits längerfristig laufende Projekte überkompensiert werden können, so dass die sich die Ertragslage konsequent positiv entwickeln wird.

Im 3. Quartal 2020 ist seitens der Finanzverwaltung im Rahmen der Großbetriebsprüfung des Konzerns Stadt Oberhausen auch bei der VZO eine Betriebsprüfung durchgeführt worden; die Schwerpunkte dieser Prüfung bezogen sich auf die Gewinnverwendung aus Vorjahren sowie die Auswirkungen des Projektes JobCenter. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind im vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2020 berücksichtigt.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Da der wesentliche Geschäftsbetrieb der VZO sich auf die Vermögensverwaltung bezieht, der Betrieb der Gebäude über Miet- bzw. Betreiberverträge und ohne eigenes Personal sichergestellt ist, haben sich auf den operativen Geschäftsbetrieb der VZO keine pandemiebedingten Auswirkungen ergeben.

Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2020 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2021 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorräte die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2021 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Für das Projekt „JobCenter“ ist die gleiche Betriebsstruktur gewählt worden: die OGM ist wiederum Generalmieterin für das Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer ist ein Untermietvertrag geschlossen.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der von der Gesellschaft zu tragenden Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des TR Sterkrade sowie ebenfalls hohe Tilgungsquoten für die Finanzierungsdarlehen zu JobCenter ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

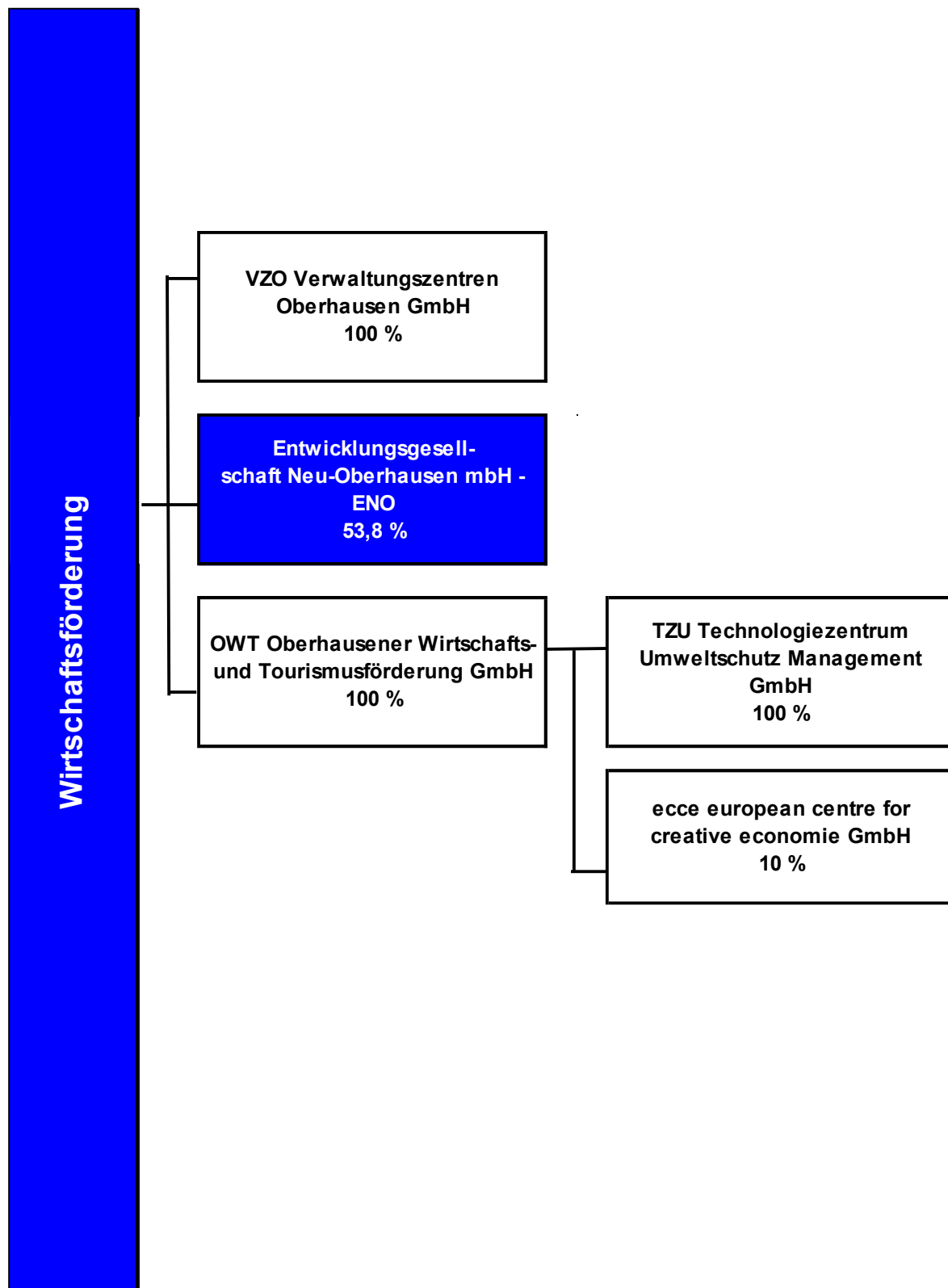
Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt. Erfolg und Liquidität der Gesellschaft werden hierbei kontinuierlich überwacht und gesteuert.

Auch aus der seitens der Stadt Oberhausen als 100%-Gesellschafterin rückwirkend zum 01.01.2021 auf dem Wege einer Teilvermögensübertragung umgesetzten Umstrukturierung der Generalmieterin OGM zu einem städtischen Eigenbetrieb gemäß Beschluss des Rates vom 22.06.2020 ergeben sich für die keine direkten Konsequenzen, da der Eigenbetrieb im Rahmen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge in die bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen OGM und VZO eingetreten ist.

Oberhausen, im September 2021

Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO)

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung



ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet www.eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft AG i.L.	0,61	0,21
Autohaus Krufft GmbH	0,26	0,09
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
binary GmbH	0,50	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Group GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,21
Henley 360 Germany GmbH	1,50	0,51
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG i.L.	0,61	0,21
MAN Energy Solutions SE	6,39	2,16
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,22
Platzmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksge- sellschaft mbH	6,39	2,16

Stadt Oberhausen	159,40	53,84
Stadtparkasse Oberhausen	56,39	19,05
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08
ZAR Oberhausen Reha GmbH & Co. KG	0,50	0,17

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Sprenger, Detlef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzende	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Simon, Michael
	Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	Mitglied	Heinzen, Tim

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1,84	0,4	0,95	0,2	0,35	0,1	-0,60	-63,16
Umlaufvermögen	419,99	99,2	423,62	99,2	406,08	99,9	-17,54	-4,14
Rechnungsabgrenzungsposten	1,52	0,4	2,39	0,6			-2,39	-100,00
Bilanzsumme	423,34	100,00	426,96	100,00	406,43	100,00	-20,53	-4,81
Passiva								
Eigenkapital	143,01	33,8	173,07	40,5	178,63	44,0	5,56	3,21
Rückstellungen	225,02	53,2	227,43	53,3	209,62	51,6	-17,81	-7,83
Verbindlichkeiten	55,31	13,1	26,46	6,2	18,18	4,5	-8,28	-31,29
Bilanzsumme	423,34	100,00	426,96	100,00	406,43	100,00	-20,53	-4,81

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.077,15	1.058,73	1.022,17
sonstige betriebliche Erträge	12,64	9,19	6,39
Personalaufwand	263,41	267,64	190,26
Abschreibungen	0,89	0,89	0,60
sonstige betriebliche Aufwendungen	781,77	735,80	820,16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33,58	33,53	23,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10,14	30,07	-6,02
sonstige Steuern	0,55	0,51	209,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	9,59	29,57	-215,04
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-162,64	-153,05	-123,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-153,05	-123,48	-338,52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,89	2,79	-21,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,24	9,97	-41,58	%
Cash-Flow:	10,48	30,45	-214,44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	544,90	533,96	514,28	T€
Personalaufwandsquote:	24,17	25,06	18,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,43	0,22	0,09	%
Eigenkapitalquote:	33,78	40,54	43,95	%
Fremdkapitalquote:	66,22	59,46	56,05	%

e) Lagebericht**Ertragslage**

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2020 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 215 aus. Gegenüber dem Jahresüberschuss 2019 in Höhe von T€ 30, bedeutet dies eine Verschlechterung von rd. T€ 245.

In 2020 konnten keine Vermittlungsprovisionen verbucht werden. In den Umsatzerlösen sind daher neben Gesellschafterzahlungen nur Weiterberechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an OWT GmbH und PBO GmbH enthalten. Weiterberechnungen ohne Gewinnzuschlag sind hierbei unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgeführt.

Als Ergebnis der in 2017 durchgeführten Betriebsprüfung, sind die Gesellschafterzahlungen ab 2018 der Umsatzsteuer unterworfen. Die Zuschusszahlungen sind daher ab 2018 zuzüglich der sich hierauf errechnenden Mehrwertsteuer angefordert worden. Bei den Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter ergibt sich durch die Steueranteile ein Fehlbetrag von rd. T€106, der durch Reduzierung des Auftragsvolumens mit der OWT um T€ 150 kompensiert werden konnte. In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 820 sind die mit der OWT geschlossenen Projektverträge mit T€ 600 enthalten. Im Rahmen der in 2020 durchgeführten Betriebsprüfung wurden die Feststellungen der Vorprüfung aufgegriffen und bestätigt. Für die Jahre 2016 und 2017 sind auf dieser Basis Umsatzsteuernachzahlungen in Höhe von rd. T€ 209 festgesetzt worden, die das negative Jahresergebnis im Wesentlichen begründen. Darüber hinaus sind in 2020 nicht geplante Aufwendungen für die Personalsuche des neuen Geschäftsführers angefallen, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2020 von T€ 215 zusammen mit dem Verlustvortrag des Vorjahres auf neue Rechnung vorzutragen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 ist mit T€ 406 gegenüber dem Vorjahr (T€ 427) beinahe konstant geblieben. Die oben beschriebene Umsatzsteuernachzahlung wurde inklusive der hierauf angefallenen Zinsen durch die Gesellschafterin Stadt Oberhausen auf Grundlage des § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der ENO durch eine entsprechende Zuführung zur Kapitalrücklage ausgeglichen.

Das in den Vorjahren durch die Steuernachzahlung auf T€ 134 reduzierte Eigenkapital konnte bereits durch den Jahresüberschuss 2019 auf T€ 173 und in 2020 weiter auf T€ 179 gestärkt werden.

Die ENO verfügt unverändert über kein wesentliches eigenes Anlagevermögen. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Forderungen ergeben sich beinahe vollständig durch die stichtagsbezogene Betrachtung. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich hierbei um zwischenzeitlich ausgeglichene Ansprüche auf Kostenverrechnung gegen OWT und PBO.

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch ausreichende flüssige Mittel und eine positive Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die beschriebenen Vorsteuererstattungen wirkten sich auf die ENO in den Jahren der Betriebsprüfungen 2017 und 2020 jeweils einmalig aus. Zukünftig soll das Jahresergebnis der ENO unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Gesellschafterzahlungen im Wesentlichen ausgeglichen sein. Über die jährliche Vereinbarung der Verträge mit der OWT ist die ENO in der Lage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren. Um die Reduzierung des Eigenkapitals aufzufangen, wurde das Auftragsvolumen für 2019 um T€ 50 reduziert. Eine weitere Anpassung ist zurzeit nicht vorgesehen.

Das laufende Geschäftsjahr 2021 soll gemäß des vom Aufsichtsrat am 10.03.2021 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans mit einem Jahresüberschuss von T€ 19 enden. Mit diesem Überschuss soll das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist weiterhin nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2020 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 23 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme neuer Stammeinlagen ermöglichen.

Um zukünftig weiterhin die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze mit beeinflussen zu können, ist es notwendig, ausreichende Grundstücks- und Immobilienangebote inkl. der begleitenden Serviceleistung anzubieten. Da die Wirtschaftsförderung über keine eigenen Flächen verfügt, ist es dringend notwendig, weiterhin mit Partnern Gewerbegrundstücke zu entwickeln und Immobilienflächen zu vermarkten.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der OWT (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung /Qualifizierung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW; RVR, CityO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme und Standmanagement bei den nationalen und internationalen Immobilienmessen

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Da die ENO mbH über keine eigenen Flächen verfügt, sind somit keine Sondererträge bzw. Provisionen oder Verkaufserlöse zu erzielen. Generell gibt es jedoch die Möglichkeit im Einzelfall Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen und Vermietung von Büroimmobilien zu erzielen. In 2021 steht die Geschäftsführung hierzu in Verhandlung bezüglich mehrerer Ansiedlungen.

Nach wie vor stehen für die Erledigung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung im Unternehmensverbund ENO/OWT durch die geänderte Besteuerung ca. T€ 100 per anno weniger zur Verfügung.

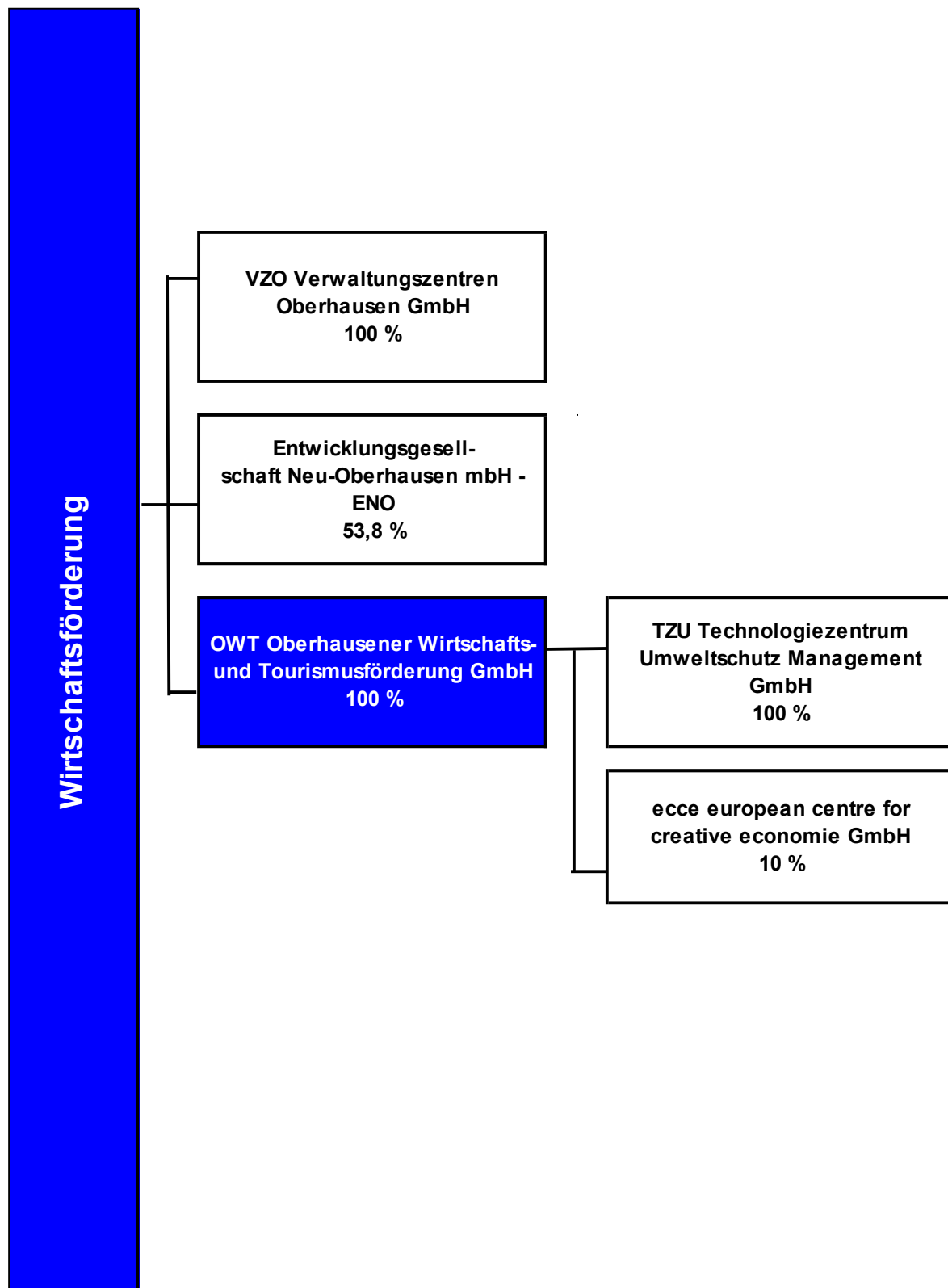
Abschließend lässt sich aber auch festhalten, dass durch die Vergabe von Projektverträgen - von ENO an OWT - über das PPP-Modell eine entsprechend positive Einflussnahme der Privatwirtschaft hinsichtlich der operativen Inhalte ermöglicht wird.

Die Corona-Pandemie hat katastrophale Auswirkungen auf die weltweite Wirtschaftsentwicklung. Diese haben sich bislang nicht direkt auf die Finanzierung der Gesellschaft ausgewirkt. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung insgesamt werden durch die aktuellen Herausforderungen teilweise jedoch neu definiert werden müssen. Die sich hieraus ergebenden Folgen bleiben zum jetzigen Zeitpunkt abzuwarten.

Oberhausen, 07. Mai 2021

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Detlef Sprenger
Geschäftsführer



OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208 / 8503610
e-Mail info@owtgmbh.de
Internet www.owtgmbh.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen, durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
- Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
- Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für die Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
- die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
- Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
- Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
- Marketing für des Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

ENO

evo Energieversorgung Oberhausen AG

Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006

über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften

Gasometer Oberhausen GmbH

Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009

Gasometer Oberhausen GmbH

Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995

Gasometer Oberhausen GmbH

Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Sprenger, Detlef

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Jörg
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Küsters, Andrea

Prokura: Prokurist Suhr, Rainer

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.317,34	33,3	2.199,66	32,2	2.043,34	30,5	-156,32	-7,11
4.627,16	66,5	4.616,21	67,5	4.652,35	69,4	36,14	0,78
12,82	0,2	18,35	0,3	5,12	0,1	-13,23	-72,10

Bilanzsumme

6.957,32	100,00	6.834,22	100,00	6.700,81	100,00	-133,41	-1,95
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	----------------	--------------

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten mit Rücklagenanteil

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
3.951,78	56,8	3.939,44	57,6	3.899,51	58,2	-39,93	-1,01
420,39	6,0	283,51	4,1	106,07	1,6	-177,44	-62,59
157,90	2,3	156,09	2,3	173,00	2,6	16,91	10,83
2.427,24	34,9	2.450,52	35,9	2.517,95	37,6	67,43	2,75
		4,67	0,1	4,28	0,1	-0,39	-8,35

Bilanzsumme

6.957,32	100,00	6.834,22	100,00	6.700,81	100,00	-133,41	-1,95
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	----------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

sonstige Steuern

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
2.754,70	3.003,78	3.612,97
-87,88	-455,71	-948,43
237,92	304,18	371,48
529,84	682,11	888,18
1.881,80	2.031,33	2.169,53
171,93	177,43	183,36
1.098,52	963,34	961,22
0,01	0,02	0,03
22,05	16,52	15,19
-799,38	-1.018,46	-1.181,45
1,91		
66,88	66,88	68,95
-868,17	-1.085,34	-1.250,40
1.173,33	305,15	-780,19
305,15	-780,19	-2.030,59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-31,52	-36,13	-34,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	-23,81	-23,00	-21,09	%
Cash-Flow:	-696,24	-907,91	-1.067,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	100,16	81,49	86,74	T€
Personalaufwandsquote:	64,78	71,22	71,46	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	12,17	10,77	8,76	%
Eigenkapitalquote:	56,80	57,64	58,19	%
Fremdkapitalquote:	43,20	42,36	41,81	%

e) Lagebericht**I. Grundlagen des Unternehmens**

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht**1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Standortförderung ist eine permanente Aufgabe der Wirtschafts- und Tourismusförderung. Nur wenn die Voraussetzungen stimmen, können sich Unternehmen erfolgreich entwickeln. Es gilt, die Stärken zu bewahren und den Wirtschafts- und Tourismusstandort weiterzuentwickeln, um ihn am Markt wettbewerbsfähig zu halten.

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus weltweit ausgebreitet. Die Pandemie verursacht starke negative Auswirkungen auf die globalen Volkswirtschaften mit einer ausgeprägten Rezession. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen geführt.

Eine Hauptaufgabe der Wirtschafts- und Tourismusförderung besteht in der Beratung und Unterstützung der im Allgemeinen unverschuldet in wirtschaftliche Notlagen geratenen Unternehmen. Branchenübergreifend sind Unternehmen durch verordnete Schließungen und zusammengebrochene Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht. Die von Bundes- und Landesregierungen aufgelegten Förderprogramme haben ihre Wirkung teilweise erst deutlich verspätet entfalten können. Für zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere im Bereich der KMU und der Einzelunternehmen, haben die Verspätungen katastrophale Auswirkungen.

Wegen der weiter andauernden Pandemie sind die endgültigen Auswirkungen auf die weltweite Wirtschaftslage weiterhin nicht absehbar.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2020 war durch die Corona-bedingten Auswirkungen gekennzeichnet. Die Wirtschafts- und Tourismusförderung Oberhausen verfügt nicht über eigene finanzielle Mittel, um die lokalen Unternehmen direkt mit Fördermitteln zu unterstützen. Anstelle dessen wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer intensiv hinsichtlich möglicher Förderprogramme und -möglichkeiten beraten. Hierbei waren die ständig wechselnden Voraussetzungen, Förder- und Rahmenbedingungen besondere Herausforderungen.

Die Zusammenarbeit mit der HRW - Hochschule Ruhr West sowie dem Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits-, und Energietechnik UMSICHT in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Wissenstransfer wurde weiter gepflegt. In diesem Zusammenhang gibt es starke gemeinsame Schnittmengen.

Auch in 2020 wurde das EU-Förderprojekt, „greentech.ruhr“ im Schulterschluss mit der Business Metropole Ruhr (BMR) fortgeführt. Schließlich wurde die interkommunale Zusammenarbeit mit der BMR weiter ausgebaut. So wurde mit dem „Matchmaker.Ruhr“ eine neue B2B-Internetplattform errichtet, welche die Vernetzung in der Wirtschaft und auch Wissenschaft vorantreiben soll. Insbesondere hinsichtlich der städteübergreifenden „Immobilien- und Flächenentwicklung“ wurde prozessorientiert zusammengearbeitet, was zu einer sehr guten Transparenz aller 53 Städte und Kreise hinsichtlich der Anfragen von Investoren und Maklern geführt hat.

Die Immobilien- und Flächenvermittlung vor Ort wird nach wie vor davon geprägt, dass diese Objekte im Eigentum privater Gesellschaften stehen. Die Rolle der OWT besteht insofern darin, potenzielle Investoren mit Grundstückseigentümern zusammenzubringen und Geschäftsabschlüsse Dritter zu fördern und zu unterstützen und somit mittelbar Unternehmen anzusiedeln.

Trotz der Pandemie bestand auch im Jahr 2020 weiterhin eine hohe Nachfrage nach Büro- und Gewerbeflächen. Nach wie vor findet eine enge Zusammenarbeit der OWT mit der Firma EAI Euroauctions Immobilien GmbH. Die Vermarktung des ehemaligen Stahlwerksgeländes wurde mit zwei aktuellen Projekten weiter fortgeführt.

Auch das Segment, „Bauen und Entwicklungen im Bestand“, an der Duisburger Straße 375, wird durch neue Vermietungen weitergeführt. In enger Kooperation mit der Stadt Oberhausen und unserer Gesellschaft hat der Eigentümer Henley360 weitere Ansiedlungen, insbesondere im Bereich der Nahlogistik vornehmen können.

Die Veranstaltungsformate der OWT wurden angesichts der Corona-Pandemie auf digitale Videokonferenzen umgestellt. Thematisch wurden schwerpunktmäßig die Herausforderungen der Digitalisierung aufgegriffen, die Unternehmen in besonderer Weise betreffen.

Die Stadt Oberhausen hat in Zusammenarbeit mit der OWT den Masterplan Wirtschaft fertiggestellt und am 26.06.2020 der Öffentlichkeit präsentiert. Der Masterplan Wirtschaft Oberhausen fasst mit sieben Leitzielen, 12 Fokusprojekten und 42 konkreten Vorschlägen sowie einer Vielzahl weiterer Ideen und Anregungen zusammen, was rund 200 engagierte Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaft, Politik, Verwaltung und vielen anderen Institutionen seit Mitte 2018 entwickelt haben.

Das im Eigentum der OWT stehende Grundstück im Bereich der ehemaligen „Zeche Osterfeld“ wurde in den Geschäftsjahren 2019 und 2020 beinahe vollständig vermarktet. Die angestrebte hochwertige Bebauung des Gesamtareals soll damit bis zum Jahr 2022 verwirklicht werden. Die Immobilien der OWT im Umfeld - das Steigerhaus, das Große Torhaus, und das Kleine Torhaus - waren auch im Geschäftsjahr 2020 durchgängig zu 100 Prozent vermietet. Der durch Verlagerung eines Mieters in einen benachbarten eigenen Neubau entstandene Leerstand konnte beinahe übergangslos durch Ausweitung bisheriger Mieterflächen kompensiert werden.

Die Repräsentation des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Oberhausen auf den maßgeblichen Messen und Ausstellungen ist im Geschäftsjahr 2020 pandemiebedingt kurzfristig entfallen. In Einzelfällen sind Veranstaltungen in digitaler Form durchgeführt worden. Soweit möglich hat sich die OWT an den unterschiedlichen Formaten beteiligt. Wegen der langfristigen Finanzierungsverträge haben die Ausfälle von Messeauftritten in 2020 durchweg nicht zu einer finanziellen Entlastung beigetragen. Teilweise konnte vereinbart werden, dass bereits gezahlte bzw. zugesagte Mittel für Veranstaltungen im Folgejahr angerechnet werden. Die von der BMR organisierte Investorentour konnte zwischen den Lockdowns in Präsenz stattfinden. In Zusammenarbeit mit der Stadt Oberhausen wurden hierbei möglichen Investoren Potenzial- und Entwicklungsflächen präsentiert.

Die OWT ist weiterhin an der *ecce european centre for creative economy* GmbH beteiligt und begleitet hierüber die Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtige Standortfaktoren. Diese Gesellschaft befindet sich mit Ausscheiden des Gründungsgeschäftsführers im Umbruch. Zukünftig sollen durch eine geplante längerfristige Finanzierung der Gesellschaft auch mehrjährige Projektplanungen ermöglicht werden.

Grundsätzlich hat die Corona-Pandemie keine Branche früher, stärker und perspektivisch auch nachhaltiger in ihren Grundfesten erschüttert als die Freizeit- und Tourismuswirtschaft: Gastronomie, Hotellerie sowie Kultur- und Freizeitanbieter sowie die Veranstaltungsbranche in Oberhausen befinden sich seit mehr als einem Jahr in einer zum Teil existenzgefährdenden Krise. Nachhaltige Veränderungen im privaten wie im geschäftlichen Reiseverkehr drohen, bestehende Strukturen weit über das noch nicht abzusehende Ende von Beschränkungen des öffentlichen Lebens hinaus zu beschädigen und in Teilen sogar dauerhaft zu gefährden.

Allein in der letzten Dekade vor Corona - von 2010 bis 2019 - wuchs der Übernachtungstourismus in Oberhausen etwa doppelt so schnell wie im gesamten Ruhrgebiet und nahezu dreimal so schnell wie in ganz Nordrhein-Westfalen. Die Zahl von 11,7 Millionen touristischen Tagesbesuchern stellt für eine Stadt dieser Größenklasse auch im deutschlandweiten Vergleich einen absoluten Spitzenwert dar.

Gerade deshalb trifft die Corona-Krise die städtische Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberhausen mit besonderer Wucht:

Nach dramatischen Einbußen der Hotellerie in 2020 mit einem Minus von fast 58 Prozent bei den Ankünften und Einbußen von 50 Prozent bei den Übernachtungen wird Oberhausen zurückgeworfen auf die Zeit vor dem Kulturhauptstadt-Jahr RUHR.2010. Dies allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Seit 2009 hat sich die Hotelkapazität in Oberhausen

von 1.872 auf 3.252 Betten deutlich erhöht. Daraus resultierten für einzelne Monate des Pandemie-Jahres 2020 Bettenauslastungen im dramatisch niedrigen Bereich von unter zehn Prozent.

Die Umsatzeinbrüche im Tagesausflugsverkehr, von dem Oberhausen vor Corona überproportional profitieren konnte, fielen von März bis Dezember 2020 fast genauso gravierend aus wie das Minus im Übernachtungsgeschäft. Unter geltenden Abstands- und Hygieneregeln ist ein wirtschaftlich auskömmlicher Betrieb der meisten Oberhausener Freizeiteinrichtungen auch mit negativem Schnelltest weiterhin ausgeschlossen.

In der Gastronomie waren über Monate nur Abhol- und Lieferdienste möglich, deren Umsätze vielfach deutlich unter der Rentabilitätsschwelle lagen. Neben der Existenzgefährdung, die mittlerweile fast zwei Drittel der Betriebe bei Befragungen angeben, leiden auch bei den übrigen Befragten immer mehr Betriebe unter der dauerhaften Abwanderung von Fachkräften in corona-stabilere Branchen.

Aktuell geht das Kompetenzzentrum Tourismus des Bundes vor diesem Hintergrund davon aus, dass der Reiseverkehr in Deutschland nicht vor 2024 – wenn überhaupt – wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichen wird.

Seit April 2020 hat sich die Tourismussparte der OWT mit einem kontinuierlich fortgeschriebenen Strategiepapier zum Neustart und mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf die Herausforderungen der Corona-Krise und ihre dramatischen Folgen für den privaten wie für den Geschäfts-Reiseverkehr in Oberhausen eingestellt. Schwerpunkte lagen und liegen dabei in den Bereichen

- a. Digitalisierung (u.a. Einrichtung eines Online-Shops, Plattform für Reiseerlebnisse, Erweiterung Geocaching-App);
- b. Einrichtung und Pflege der Plattform www.wir-sind-oberhausen.de;
- c. Social Media/Medien- und Bloggerarbeit;
- d. Intensivierte Netzwerkarbeit sowie Fortbildung bzw. Qualifizierung für Gastgeber und andere touristische Leistungsanbieter;
- e. Produktentwicklung und Corona-bedingte Produkthanpassung;
- f. Förderung von Fahrradtourismus und anderen Outdoor-Angeboten;
- g. Vorziehen von Maßnahmen bzw. Beschleunigen von Zielen des Masterplans Tourismus Oberhausen; sowie
- h. Corona-gerechte Umstellung/Anpassung der OWT-eigenen Abläufe und systematische Digitalisierung der Arbeitsorganisation.

Die Tourist-Informationen am Hauptbahnhof sowie im Centro mussten während der Lockdowns ebenfalls schließen. Nach der zwischenzeitlichen Wiedereröffnung war das Geschäft anfänglich von großer Kaufzurückhaltung geprägt. Mitten im gut gestarteten Weihnachtsgeschäft erfolgte der zweite Lockdown. Nennenswerte Ticketingumsätze konnten vor dem Hintergrund fast flächendeckender Absagen von Veranstaltungen ganzjährig nicht erzielt werden. Stattdessen entstanden erhebliche personelle Aufwände durch die Stornierung bzw. Verschiebung von Veranstaltungen.

Im Berichtsjahr 2020 wurde den Übernachtungsbetrieben die Ausgleichszahlung zur Vermeidung einer Kulturförderabgabe erlassen. Die Stadt Oberhausen hat die OWT ihrerseits durch Bewilligung einer Coronahilfe zum Ausgleich entsprechender Einnahmeausfälle sowie zur Bezuschussung geplanter Maßnahmen für den Neustart des Tourismus nach Corona unterstützt.

Die Arbeiten zum Masterplan Tourismus Oberhausen konnten kurz vor Beginn des ersten Lockdowns abgeschlossen werden. Sein Abschlussbericht sollte im Frühjahr 2020 vorgestellt werden. Diese Präsentation war jedoch die erste Veranstaltung der OWT, die abgesagt werden musste.

Noch vor Beginn der Pandemie hatte Stage Entertainment als Betreiberin des Musicaltheaters beschlossen, den Oberhausener Standort zu schließen. Durch den Lockdown ist für die Produktion „Der Tanz der Vampire“ schon kurz vor dem ohnehin geplanten Aufführungsende der letzte Vorhang gefallen. Eine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Musicalstandorts Oberhausen, der insbesondere für die Beherbergungsbetriebe in Oberhausen relevant ist, wurde bislang noch nicht getroffen. Die OWT ist von der Schließung nicht nur durch entfallende Ticketing-Erlöse und die Rückabwicklung verkaufter Tickets betroffen, sondern auch durch fehlende Einnahmen aus Kooperations- und Werbeverträgen sowie durch eine schwächere Nachfrage bei Reisepauschalen und einem insgesamt rückläufigen Freizeittourismus.

III. Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Gesellschaften TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH und WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH zur OWT GmbH zusammengeführt. Die bis dahin unterschiedlichen Kontenkreise wurden vereinheitlicht. Die OWT wurde durch die Zuschussgewährung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Zuschusshöhe wurde im Rahmen der Neustrukturierungsplanungen bereits im Jahr 2015 verbindlich festgelegt. Sowohl durch positive Ertragsentwicklungen beinahe aller Projekte als auch Optimierungen der Aufwandspositionen konnten die auf Basis der Ergebnisse von TMO und WFO erstellten Planvorgaben weiter verbessert werden.

Das zur Vermarktung vorgesehene Restgrundstück der ehemaligen Zeche Osterfeld konnte in den Jahren 2019 und 2020 beinahe vollständig veräußert werden. Die übrigen im Eigentum der Gesellschaft stehenden Grundstücke sind nicht zur Vermarktung bestimmt und somit im Anlagevermögen erfasst.

Bis zum Beginn des Lockdowns war die Umsatzentwicklung der Tourist-Information im Centro überaus positiv. Trotz der durch die Schließung des Metronom-Theaters entfallenden Ticketing-Erlöse lagen diese erneut deutlich über den Zahlen des Vorjahres. Während der Lockdowns waren alle Beschäftigten vollständig in Kurzarbeit. Relevante Umsatzgrößen wie Ticketing, RuhrTopCard und Extraschicht sind beinahe vollständig ausgefallen. Da auch Kooperationspartner schließen mussten, sind diesbezügliche Zahlungen entfallen bzw. wurden gestundet.

Mit dem Lockdown ergab sich auch für die OWT die Notwendigkeit zur Schaffung mobiler Arbeitsmöglichkeiten. Noch während des ersten Lockdowns wurden einige der bislang auf Client-Server-Basis abgestellten Arbeitsplätze testweise mit mobilen Notebooks ausgerüstet, die neben der lokalen Arbeit die Möglichkeit bieten, über Microsoft Teams online zusammenzuarbeiten. Nach der erfolgreichen Probephase sind Ende 2020 die verbleibenden Arbeitsplätze, für die mobiles Arbeiten in Frage kommt, entsprechend ausgerüstet worden. Seit Anfang 2021 besteht somit flächendeckend die Möglichkeit, die Aufgaben unabhängig vom Büroarbeitsplatz zu erledigen.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2020 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.250 (Vj.: T€ -1.085) aus. Gegenüber der Planvorgabe von T€ - 1.210 bedeutet dies eine leichte Verschlechterung von T€ 40.

Die Umsatzerlöse liegen bei insgesamt T€ 3.613 (Vj.: T€ 3.004). Hierin sind die Umsätze aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO mit T€ 600 enthalten. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der ENO wurde die im Vorjahr durchgeführte Reduzierung des Auftragsvolumens beibehalten. Darüber hinaus sind aus den o.a. Grundstücksverkäufen der ehem. Zeche Osterfeld Erlöse enthalten.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die sich durch die Grundstücksveräußerungen begründete Auflösung von Sonderposten im Umlaufvermögen enthalten. Insgesamt liegen diese Erträge damit mit insgesamt T€ 371 um T€ 67 über dem Vorjahresergebnis. Darüber hinaus hat sich die Abweichung gegenüber der mit T€ 273 geringeren Planvorgabe durch die Verrechnung der auf die ENO entfallenden Personalkosten des aktuellen Geschäftsführers ergeben. Der ausgeschiedene Geschäftsführer war bei der ENO angestellt und die OWT hat dieser Gesellschaft die anteiligen Personalkosten erstattet. Durch den ab Juli 2020 erfolgten Wechsel zu dem bei der OWT angestellten Geschäftsführer hat sich die Finanzierungssystematik verändert, wodurch sich nicht geplante Änderungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen, den Personalaufwendungen sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben haben.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 beträgt T€ 6.701 (Vj.: T€ 6.834). Der Jahresfehlbetrag soll durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen werden.

Die Kapitalrücklage wurde durch die laufende Zuschusszahlung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen sowie der ebenfalls dort gebuchten Coronahilfe gestärkt.

Das Vermögen der OWT ist weiterhin durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 58,2% (Vj.: 57,9%) geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das von der Stadt Oberhausen über die OWT und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH an die PBO Projektentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH durchgereichte Liquiditätsdarlehen von T€ 1.240 wird weiterhin unter den Sonstigen Vermögensgegenständen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Im Rahmen der Neustrukturierung wurde kurz- bis mittelfristig bewusst eine Ergebnisvakanz in Kauf genommen. Die Geschäftsführung hatte die Aufgabe übernommen, diesen ab dem Jahr 2017 drohenden, nicht durch Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeglichenen, Fehlbetrag durch eigene Projekte bzw. Kostenreduzierungen aufzulösen. Wie auch im Vorjahr hat sich gezeigt, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung zumindest mittelfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann. Die weitere Kürzung des Auftragsvolumens mit der ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH ist hierbei problematisch. Bereits in den Vorjahren wurde das ursprüngliche Vertragsvolumen von ehemals T€ 850 schrittweise auf aktuell T€ 600 ab 2019 reduziert. Die OWT muss diese Reduzierung aus eigener Kraft ausgleichen. Möglich wurde dies insbesondere durch die Veräußerung der Grundstücksflächen an der ehemaligen Zeche Osterfeld. Da diese mittelfristige Finanzierungsmöglichkeit mit Verkauf der letzten Teilgrundstücke entfallen ist, ist mit der ENO vereinbart, dass jährlich geprüft wird, ob eine Erhöhung des Auftragsvolumens möglich ist.

Der Gesellschaft stehen durch die Zuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen für die laufenden Aufgaben grundsätzlich ausreichende Mittel zur Verfügung, um die mit diesen Projekten verbundenen finanziellen Risiken tragen zu können. Die bei den Planungen zur Neustrukturierung nicht vorgesehene Reduzierung des Volumens der ENO-Verträge sowie die beschriebenen nicht geplanten Aufwendungen können jedoch nur mit Hilfe der sich aus den positiven Jahresergebnissen aus 2016 bis 2018 ergebenden Rücklagen getragen werden. Zusammen mit den Veräußerungsgewinnen für das eigene Grundstück ist die finanzielle Lage mittel- bis langfristig gesichert.

Von den Einschränkungen der COVID-19-Pandemie ist auch die OWT selbst betroffen. Neben den direkten Auswirkungen durch die Schließung der Tourist-Informationen oder dem Entfall teilweise bereits bezahlter Messeauftritte sind vielfältige Beratungsleistungen für Oberhausener Unternehmen angefallen, die teilweise existenzbedrohende Beeinträchtigungen

ihrer Geschäftstätigkeiten zu beklagen haben. Die Stadt Oberhausen hat die OWT als Gesellschafterin hierbei finanziell unterstützt. Wie sich die weltweite Wirtschaftslage auf die Oberhausener Wirtschaftsförderung auswirken wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden. Das Ende des aktuellen Ausnahmezustands bleibt weiterhin abzuwarten. Eine verlässliche Prognose der Folgen für die Oberhausener Wirtschaft und den auch hier besonders betroffenen Tourismusstandort lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht treffen. Sowohl in der Sparte Wirtschaft als auch in der Sparte Tourismus werden sich jedoch besondere Aufgaben zur Stärkung und Unterstützung des Standorts ergeben, aus denen gegebenenfalls zusätzliche Aufwendungen resultieren.

Nach 2019, dem erfolgreichsten Jahr für Oberhausen Tourismus, hat sich der für 2020 befürchtete gravierende und für einige Betriebe möglicherweise existenzgefährdende Einbruch aller wichtigen Kennzahlen in Folge der Coronakrise bewahrheitet. Die weiteren Auswirkungen sind von der Wirksamkeit und Rechtzeitigkeit der Landes- und Bundeshilfen abhängig.

Wichtig ist es, dem Oberhausener Tourismus einen Neustart zu ermöglichen. Hierbei sind die trotz der Pandemie begonnenen und weiterhin fortgeführten aktuellen Projekte wie Topgolf und die Ertüchtigung des Centroparks wichtige Bausteine, die zu begrenztem Optimismus für einen möglichst baldigen Neustart Anlass geben.

Maßgeblich für die weitere Entwicklung am Tourismusstandort Oberhausen wird sein,

- a) wann und in welchen Schritten die Beschränkungen des Hotel- und Gastgewerbes gelockert werden;
- b) wie sich das Reiseverhalten bei Geschäfts- und Privatreisenden sowie Tagesausflüglern nach der Coronakrise weiterentwickelt bzw. „normalisiert“;
- c) wie die Hotel-Branche in Oberhausen ein Wachstum von 40 Prozent des Bettenangebots binnen zwölf Monaten in den Jahren 2019/2020 angesichts rückläufiger Nachfrage verkraftet;
- d) welche Auswirkungen die Schließung des Musicals im März 2020 für den örtlichen Übernachtungsmarkt hat und ob eine Nachfolgenutzung für das Metronom-Theater gefunden werden kann.

Einen wichtigen Beitrag zur Rückkehr der Freizeit- und Tourismuswirtschaft vom Krisenmodus in die Normalität kann der Masterplan Tourismus Oberhausen leisten, den die OWT mit einem externen Berater und den wichtigen Akteuren der Branche inzwischen fertiggestellt hat. Eine öffentliche Präsentation soll schnellstmöglich erfolgen, wenn dies wieder möglich ist.

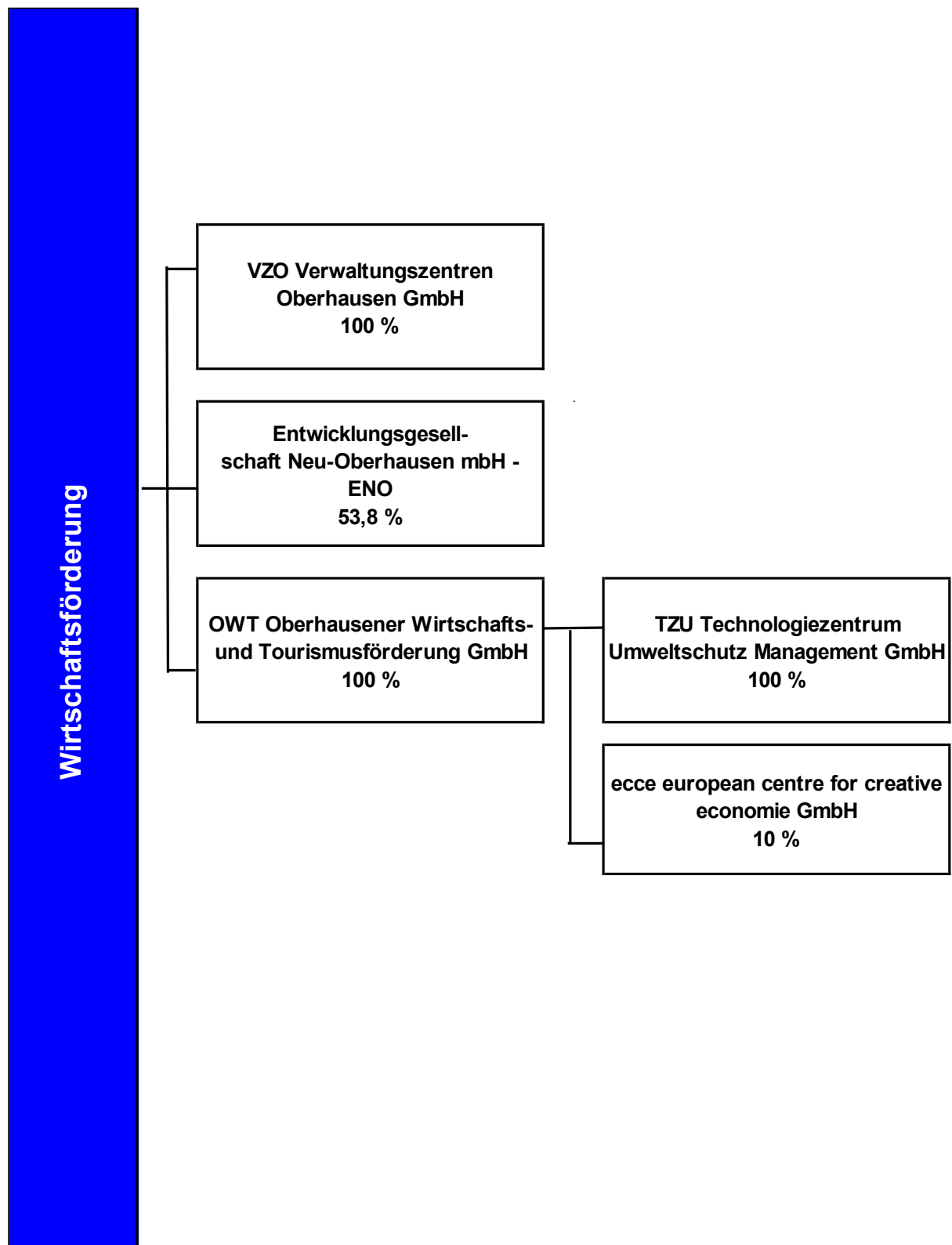
Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2020 von T€ 1.250 mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

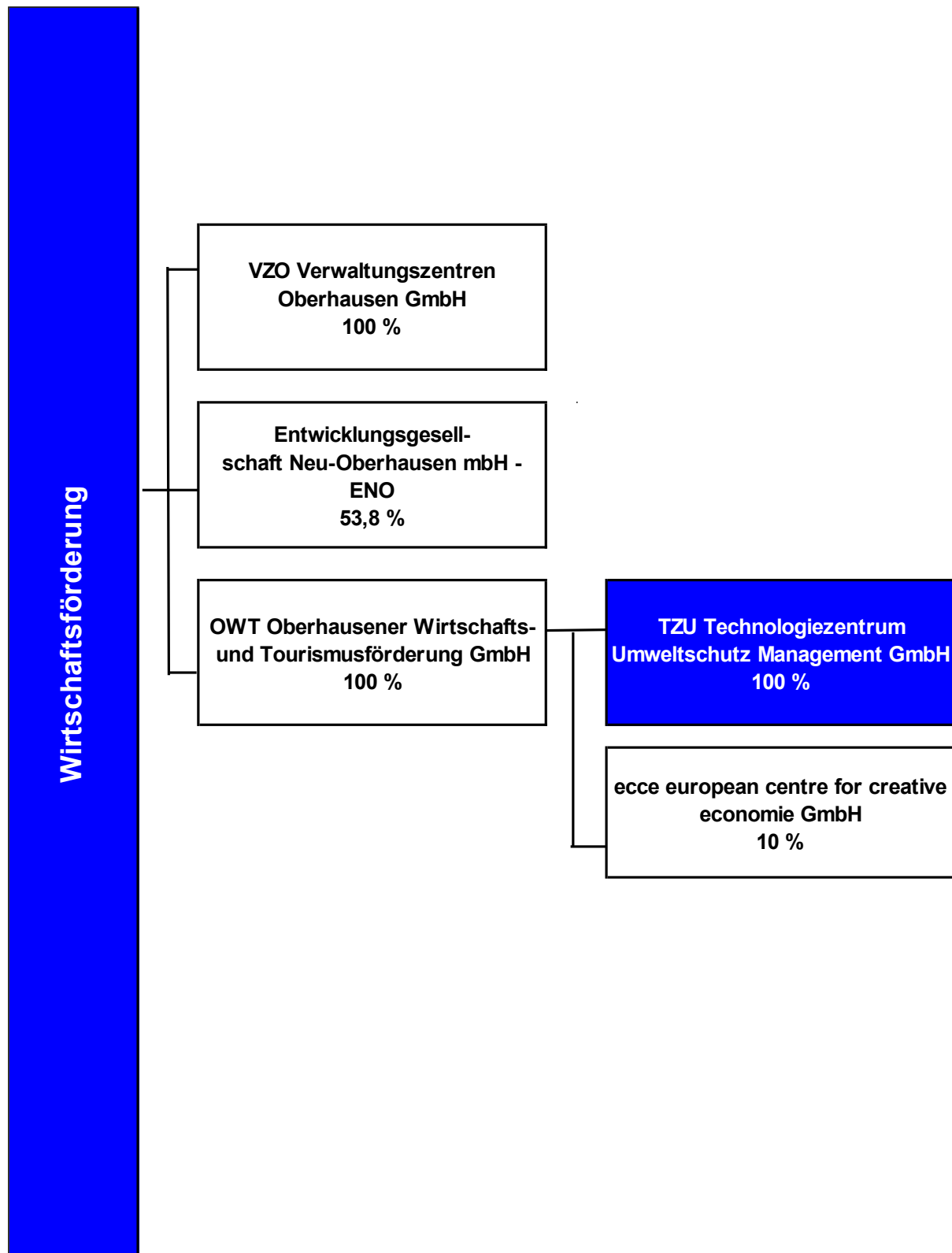
Oberhausen, 14. April 2020

Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Detlef Sprenger
Geschäftsführer

Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen -





TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85037-0
Fax 0208/851518
e-Mail lerch@tzu.de
Internet www.tzu.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010
derung GmbH
Stadt Oberhausen Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Lerch, Klaus

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen	
Umlaufvermögen	
Rechnungsabgrenzungsposten	
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.477,86	52,7	2.097,13	50,7	276,55	2,2	-1.820,58	-86,81
901,36	19,2	1.380,63	33,4	12.285,16	97,7	10.904,53	789,82
5,42	0,1	6,17	0,1	6,23	0,0	0,06	0,97
1.316,72	28,0	651,10	15,7			-651,10	-100,00

Bilanzsumme

4.701,37	100,00	4.135,03	100,00	12.567,94	100,00	8.432,91	203,94
-----------------	---------------	-----------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	---------------

Passiva

Eigenkapital	
Sonderposten mit Rücklagenanteil	
Rückstellungen	
Verbindlichkeiten	
Rechnungsabgrenzungsposten	

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
				10.137,33	80,7	10.137,33	
1.520,54	32,3	1.086,10	26,3			-1.086,10	-100,00
432,85	9,2	455,86	11,0	2.131,80	17,0	1.675,94	367,64
2.747,98	58,5	2.589,07	62,6	297,81	2,4	-2.291,26	-88,50
		4,00	0,1	1,00	0,0	-3,00	-75,00

Bilanzsumme

4.701,37	100,00	4.135,03	100,00	12.567,94	100,00	8.432,91	203,94
-----------------	---------------	-----------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	---------------

bb) GuV

Umsatzerlöse	
sonstige betriebliche Erträge	
Materialaufwand	
Personalaufwand	
Abschreibungen	
sonstige betriebliche Aufwendungen	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	
sonstige Steuern	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	

2018	2019	2020
T€	T€	T€
2.152,09	1.967,42	1.882,12
1.882,35	953,53	13.287,76
1.792,22	969,11	1.482,41
173,92	183,03	199,26
645,17	581,90	461,72
350,76	362,61	415,05
0,00	0,00	0,00
91,00	73,21	56,43
981,38	751,09	12.555,01
		1.679,20
121,58	85,46	87,38
859,80	665,63	10.788,42
-35.676,55	-34.816,76	-34.151,13
-34.816,76	-34.151,13	-23.362,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	39,95	33,83	573,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,47	1,95	32,20	%
Cash-Flow:	1.504,97	1.247,53	11.250,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.344,82	973,65	5.056,63	T€
Personalaufwandsquote:	4,31	6,27	1,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	48,88	46,85	1,09	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	80,66	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	19,34	%

e) Lagebericht**Geschäftsverlauf und Lage**

Das Geschäftsjahr 2020 war weitestgehend geprägt durch die corona-bedingte Pandemie und den am 15.10.2020 erfolgten Verkauf des Grundstückes mit dem Gebäude TZU IV.

Während des gesamten Berichtszeitraumes lag die Auslastungsquote der verfügbaren Büroflächen der Gebäude TZU I und TZU IV bei fast 100 %. Mit ebenfalls 100 % lag die Quote des von der TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH gemanagten Gebäudes TZU II ähnlich hoch.

Während die Auslastung der Büroflächen nur unwesentlich von der Corona-Pandemie beeinflusst wurden, gingen die gebuchten Veranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 50 % zurück.

Die um ca. 250.000 € unter Plan liegenden Mieteinnahmen resultieren einerseits aus den um ca. 60.000 € geringeren Einnahmen aus dem Veranstaltungsbereich und andererseits aus der Tatsache, dass die Mieten aus dem Gebäude TZU IV mit Zahlung des Kaufpreises am 15.10.2020 auf das Konto des neuen Eigentümers flossen.

Mit 13,55 Mio. € wurde ein sehr hoher Verkaufspreis erzielt, der in Verbindung mit der hohen Büroflächenauslastung für ausreichend Liquidität im gesamten Jahr 2020 für die Gesellschaft sorgte.

Die noch vorhandenen Darlehn i. H. v. rd. 2.052 T€ wurden komplett abgelöst, so dass für die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH zukünftig weder Zins- noch Tilgungsleistungen anfallen.

Gegenüber dem Plan (Jahresüberschuss in Höhe von 152 TRUR) ergibt sich somit ein Jahresüberschuss in Höhe von 10.788 T€.

Mit den Tochtergesellschaften der Volksbank Rhein Ruhr Immobilien GmbH, Duisburg, VIV TZU II GmbH & Co. KG, Duisburg, und VIV TZU IV GmbH & Co. KG, Duisburg, wurden Managementvereinbarungen über insgesamt 70.000 € zunächst bis zum 31.12.2022 abgeschlossen. Inhalt dieser Verträge ist die Abwicklung aller anstehenden Arbeiten wie Vermietung, Mieterbetreuung und Organisation notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen, um einen störungsfreien Betrieb des Technologiezentrums zu gewährleisten.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Verkauf des Grundstückes mit dem Gebäude TZU IV verbleiben bei der TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH als Einnahmequelle die 70.000 € aus den vorgenannten Managementverträgen sowie Einnahmen aus den Bereichen Büroflächenvermietung und Veranstaltungen.

Bei weitestgehender Vollvermietung der Büroflächen und einer „normalen“ Anbuchung der Veranstaltungsräume in Verbindung mit den Managementverträgen sind die Einnahmen zur Abdeckung der anfallenden Gesellschaftskosten ausreichend.

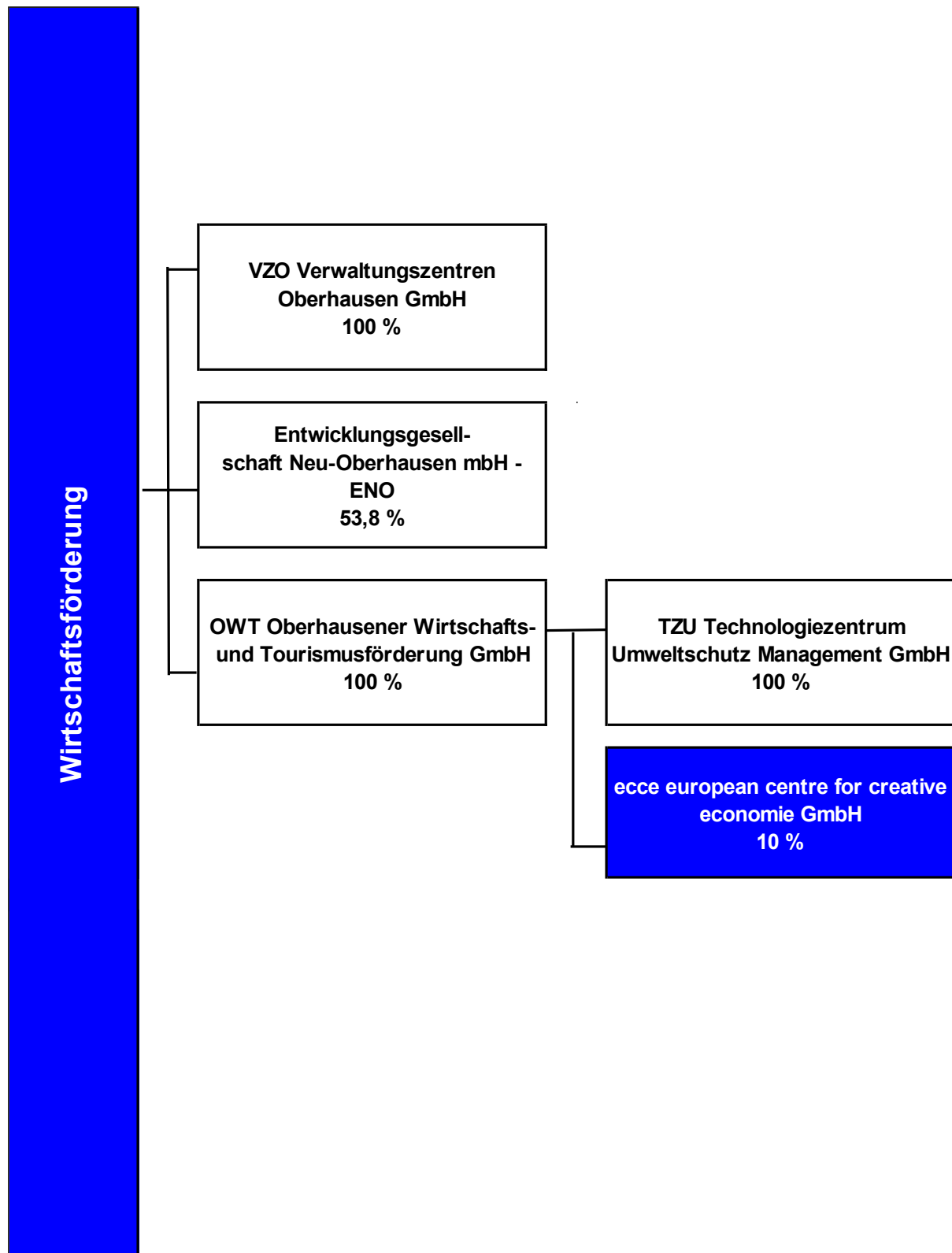
Wie die jetzt grassierende Corona-Pandemie gezeigt hat, kann es auch zukünftig immer wieder Ereignisse geben, die die zukünftigen Einnahmen der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Um die Liquidität der Gesellschaft unabhängig von äußeren Einflüssen auch langfristig zu sichern, sollte über einen Teil des Verkaufserlöses zweckgebunden verfügt werden.

Oberhausen, 12. März 2021

Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU)

Klaus Lerch
Geschäftsführer



ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Business Metropole Ruhr GmbH	5,00	20,00
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch

- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Prof. Gorny, Dieter

**Vertreter der Stadt / der städt.
Beteiligung in der Gesell-
schafterversammlung:**

Sprenger, Detlef

Prokura:

Prokuristin

Löhr, Claudia

Kuratorium:

Vorsitzender

Stüdemann, Jörg

stellv. Vorsitzende

Geiß-Netthöfel, Karola

Mitglied gem. § 113 GO

Tsalastras, Apostolos

Mitglied

Buchloh, Volker

Mitglied

Dustmann, Heinz Herbert

Mitglied

Prof. Dr. Gather, Ursula

Mitglied

Obereiner, Jörg

Mitglied

Westphal, Thomas

Mitglied

Fleskes, Heinz-Dieter

Mitglied

Peters, David

Mitglied

Prof. Mehnert, Kurt

Mitglied

Dr. Kaluza, Hildegard

Mitglied

Kufen, Thomas

Mitglied

Dr. Eigenbrod, Jürgen

Mitglied

Kaiser, Klaus

Mitglied

Krause, Peter

Mitglied

Al Ghusain, Muchtar

Mitglied

Dieckmann, Dietmar

Mitglied

Jacob, Andreas

Mitglied (AN)

Lamest, Andrea

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
18,63	8,9	9,98	4,4	3,02	1,8	-6,96	-69,74
191,10	90,9	218,17	95,5	167,61	98,2	-50,56	-23,17
0,48	0,2	0,28	0,1			-0,28	-100,00

Bilanzsumme

210,21	100,00	228,43	100,00	170,63	100,00	-57,80	-25,30
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten mit Rücklagenanteil
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25,00	11,9	25,00	10,9	25,00	14,7	0,00	0,00
18,63	8,9	9,98	4,4	3,02	1,8	-6,96	-69,74
10,10	4,8	9,60	4,2	25,39	14,9	15,79	164,48
156,14	74,3	154,57	67,7	116,93	68,5	-37,64	-24,35
0,34	0,2	29,27	12,8	0,30	0,2	-28,97	-98,98

Bilanzsumme

210,21	100,00	228,43	100,00	170,63	100,00	-57,80	-25,30
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse		29,70	126,54
sonstige betriebliche Erträge	1.051,38	871,24	546,32
Materialaufwand	286,80	173,81	44,74
Personalaufwand	574,28	547,85	481,31
Abschreibungen	9,71	8,64	8,03
sonstige betriebliche Aufwendungen	180,59	170,63	138,77
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:		0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	9,71	8,64	8,03	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87,62	90,09	74,76	T€
Personalaufwandsquote:	54,62	60,81	71,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,86	4,37	1,77	%
Eigenkapitalquote:	11,89	10,94	14,65	%
Fremdkapitalquote:	88,11	89,06	85,35	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung durch die Stadt Dortmund als zunächst einzige Gesellschafterin hat die ecce GmbH am 28.11.2011 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr (RVR) haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von RUHR.2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden“ soll.

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absicherte. Seit 2019 werden die Betriebskosten der ecce GmbH institutionell durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW (MKW) und den Regionalverband Ruhr gefördert.

Die Gesellschafter-Struktur ist per 31.12.2020 unverändert:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	10 %
Business Metropole Ruhr GmbH	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2020 durch das MKW und den RVR Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte erhalten:

- A. Betriebskosten in Höhe von 500.000,00 €
- B. EU-Strategie 2020-2021 insgesamt 317.353,50 €, davon 131.154,00 € für 2020

Diese Projekte sind die zentralen Handlungsfelder, die sich in einer nachhaltigen Gesamtstrategie ergänzen, um die Ziele von ecce effizient einzulösen, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und KünstlerInnen zu verbessern und die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie deren entsprechende urbane Verortung unter Nutzung der europäischen Potenziale zu stärken. Die Fördermittel für die beantragten Einzelprojekte werden gesondert vom Land bzw. dem MKW bereitgestellt.

Im Folgenden sind einige herausragende Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:

Vom MKW NRW wurde in 2018 beschlossen, dass das Förderprogramm der **Kreativ.Quartiere Ruhr** einer neuen Konzeption zugeführt werden soll. Das Konzept wurde im September 2019 sowohl den Kuratoriumsmitgliedern als auch dem MKW NRW vorgelegt. Vom MKW wurde eine Überarbeitung dieses Konzepts mit einer inhaltlichen Neuausrichtung erbeten. In dieser Überarbeitung hat ecce das vom MKW gewünschte spezifische Förderkonzept, konzentriert auf sieben starke Quartiere, konkretisiert und dabei den Fokus auf die jeweils entwickelten künstlerischen Schwerpunkte und die Stärkung des internationalen Austauschs gelegt. ecce hat eine Laufzeit von 1,5 bis 2 Jahren als Pilotphase empfohlen, die im Anschluss auf positive Effekte und Erfolge hin zu überprüfen ist. Das im September 2020 von ecce vorgelegte, überarbeitete Konzept der Kreativ.Quartiere Ruhr wurde Anfang November 2020 durch Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen gebilligt. Im Dezember 2020 schloss sich dem die Zusage des MKW NRW zur Förderung der Kreativ.Quartiere Ruhr im Rahmen einer institutionellen Förderung ab 2021 an.

Ziel der **Europa-Strategie 2020** war die Zusammenführung und Vernetzung von künstlerischen und kreativen Akteuren und Projektmachern aus Europa und dem Ruhrgebiet, um die Neukonzeption der europäischen Konferenz weiter voranzutreiben, die Erschließung von europäischen Potenzialen sowie Stärkung des Ruhrgebiets als internationalen Ort für kulturelle Kooperationsprojekte.

Daher wurde das neue Format **KREATIVCAMPUS.RUHR** entwickelt. Um den Mehrwert der Konferenz für KünstlerInnen und Kreative zu erhöhen, sollte ihr eine internationale KünstlerInnenresidenz im Ruhrgebiet vorausgehen. Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Konzept für das Residenzprogramm jedoch angepasst werden. Das neue Modell sah digitale KünstlerInnen-Residenzen ohne Präsenzpflcht vor. Analog zum Konzept des digitalen Campus und als inhaltliche Ergänzung nutzten die KünstlerInnen der Kooperationsprojekte verstärkt hybride Formen der Zusammenarbeit – also digitale als auch analoge, soweit dies möglich war. Am 25. und 26. März 2021 haben die finalen Events des internationalen Residenzprogramms stattgefunden. Alle Koproduktionen wurden durch die Jury in einer eigenen Kategorie des KREATIVCAMPUS.RUHR-Award mit dem 1. Platz ausgezeichnet und das Preisgeld von 20.000 € zu gleichen Teilen gesplittet.

Das von ecce initiierte europäische **NICE-Netzwerk** besteht in 2020 unverändert aus 41 Institutionen aus 18 EU-Mitgliedsstaaten.

Die alljährliche europäische Herbstkonferenz zur Kultur- und Kreativwirtschaft „European Creative Industries Summit“ (ECIS) der EU-Ratspräsidentschaft mit Beteiligung des European Creative Business Network (ECBN) fand 2020 als Online-Format statt. Vom 24.09. bis 28.10.2020 wurden unter der Leitlinie „framing creative futures“ wöchentlich Diskussionsrunden vor dem zusammenfassenden Event am 28.10.2020 angeboten. Auf der abschließenden Konferenz wurden die Ergebnisse der Diskussionsrunden zusammengefasst und der aktuelle Monitoringbericht der Kultur- und Kreativwirtschaft 2020 vorgestellt. Hochkarätige ReferentInnen wie EU-Kommissarin Mariya Gabriel, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und der Präsident des ECCIA Brüssel, Andreas Kaufmann, haben die aktuelle Lage und die Zukunftschancen der Kultur- und Kreativwirtschaft beleuchtet.

Gemeinsam mit dem Forschungsinstitut IAT wurde ecce mit der Umsetzung des Projektes **#heimatruhr** durch das MHKBG NRW beauftragt. Ziel ist es, durch die künstlerische und kreative Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und Räumen Orte des Begegnung im Ruhrgebiet zu aktivieren oder neu zu schaffen und damit ein neues, zeitgemäßes Heimatgefühl wachsen zu lassen. Im Rahmen der 1. Förderrunde von #heimatruhr wurden aus 56 eingereichten Anträgen durch die Jury 20 Projekte aus 13 Städten mit einem Gesamtfördervolumen von 1.566.484,50 € zur Förderung ausgewählt. Im Oktober 2020 konnten die Projekte nach förderrechtlicher Prüfung durch die Bezirksregierungen starten. Die Jurysitzung der 2. Förderrunde ist für Anfang 2021 geplant.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigeneträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2020 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs ist durch die institutionelle Förderung und die der oben genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist für 2021 nicht festzustellen. Die Finanzierung der allgemeinen Betriebskosten der GmbH ist durch eine institutionelle Förderung abgesichert. Die Finanzierung des Projektes EUROPA/KreativCampus.Ruhr bis 30. April 2021 ist durch eine Förderung des MKW, das Projekt #heimatruhr durch den Auftrag des MHKBG gesichert.

4. Prognosebericht

Nach der Billigung des überarbeiteten Konzeptes der Kreativ.Quartiere Ruhr durch Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen schloss sich dem im Dezember 2020 eine Förderzusage des MKW NRW im Rahmen einer institutionellen Förderung ab 2021 an. Somit kann das Projekt in 2021 starten.

Die EU-Strategie fokussiert in 2020/2021 auf die Durchführung des KREATIV.CAMPUS RUHR. Ob es eine Fortsetzung des EUROPA-Programms geben wird, wird derzeit diskutiert.

Das Projekt #heimatruhr wird im Herbst 2021 einen Abschlusskongress durchführen. Dabei wird es vor allem um die Vorstellung der Projekte sowie der Akteur*innen beider Förderrunden gehen. Weiterhin sollen dort Themen wie „Kreative Stadtgestaltung“ und die „Rolle der Kultur- und Kreativszene im Ruhrgebiet“ behandelt werden. Das Format des Kongresses wird wahrscheinlich ein hybrides Format.

Die anhaltende Schwächung der weltweiten Wirtschaft bedingt durch das Sars-CoV-2-Virus wird nach Einschätzung der Geschäftsführung keine gravierenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da die Fördermittelvergabe kurz- bis mittelfristig unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird. Die Durchführung von Projekten und Veranstaltungen in öffentlichen Bereichen u.ä. werden jedoch weiterhin betroffen sein.

Nach Aussage der Geschäftsführung lassen sich die konkreten Auswirkungen von Corona auf die geschäftliche Entwicklung derzeit nicht quantifizieren und es werden in enger Absprache mit dem Ministerium alle notwendigen organisatorischen Maßnahmen (wie z.B. die Änderung oder Verschiebung einzelner Maßnahmen) getroffen, um die Auswirkungen zu minimieren.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NW

Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

Dem Gebot der wirtschaftlichen Betriebsführung wurde konsequent gefolgt. Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch eine entsprechende Aufgabenerledigung auch tatsächlich eingehalten. Zu § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW (Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung) wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihrer satzungsgemäßen Aufgabe nachgekommen ist.

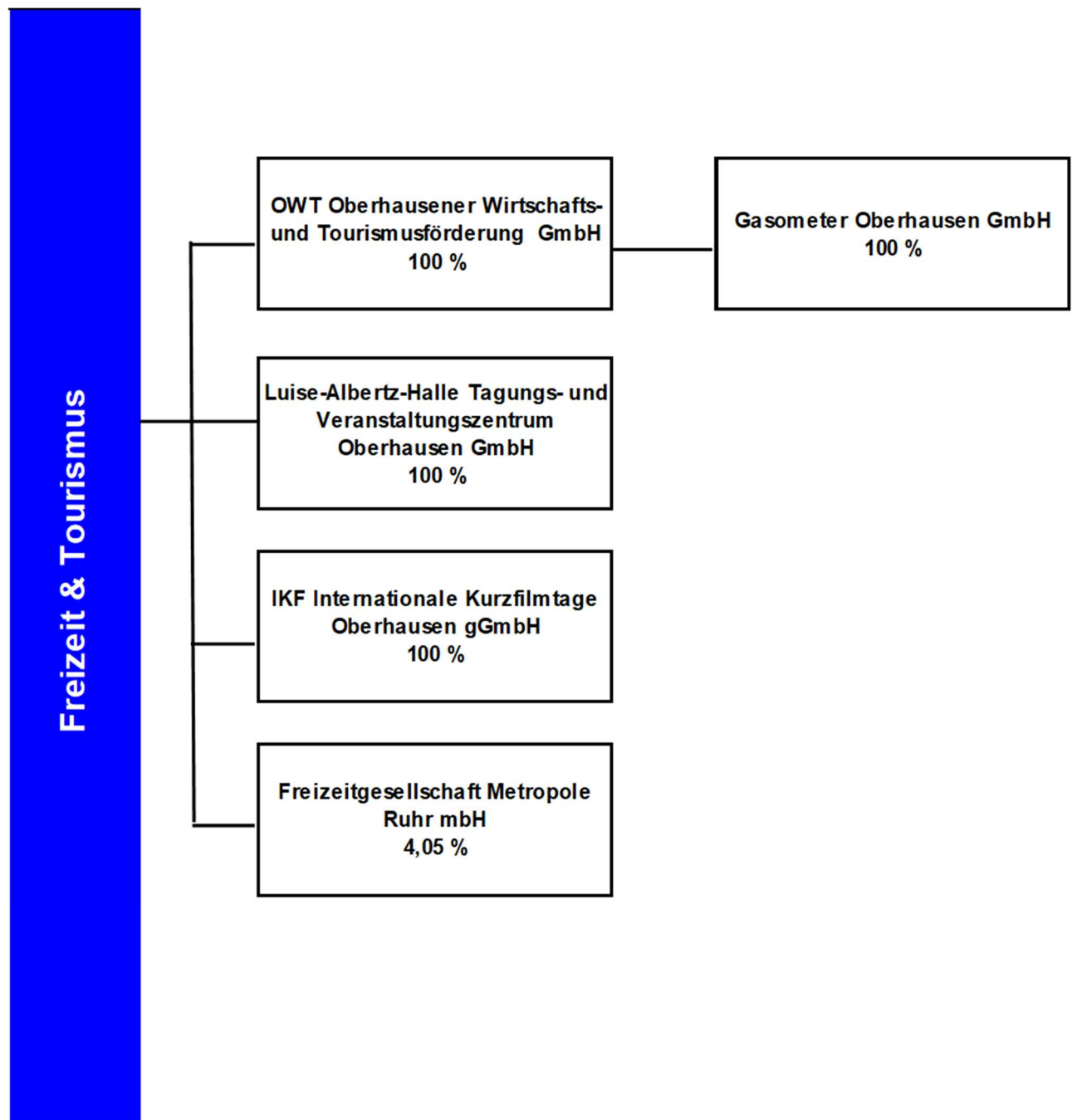
Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

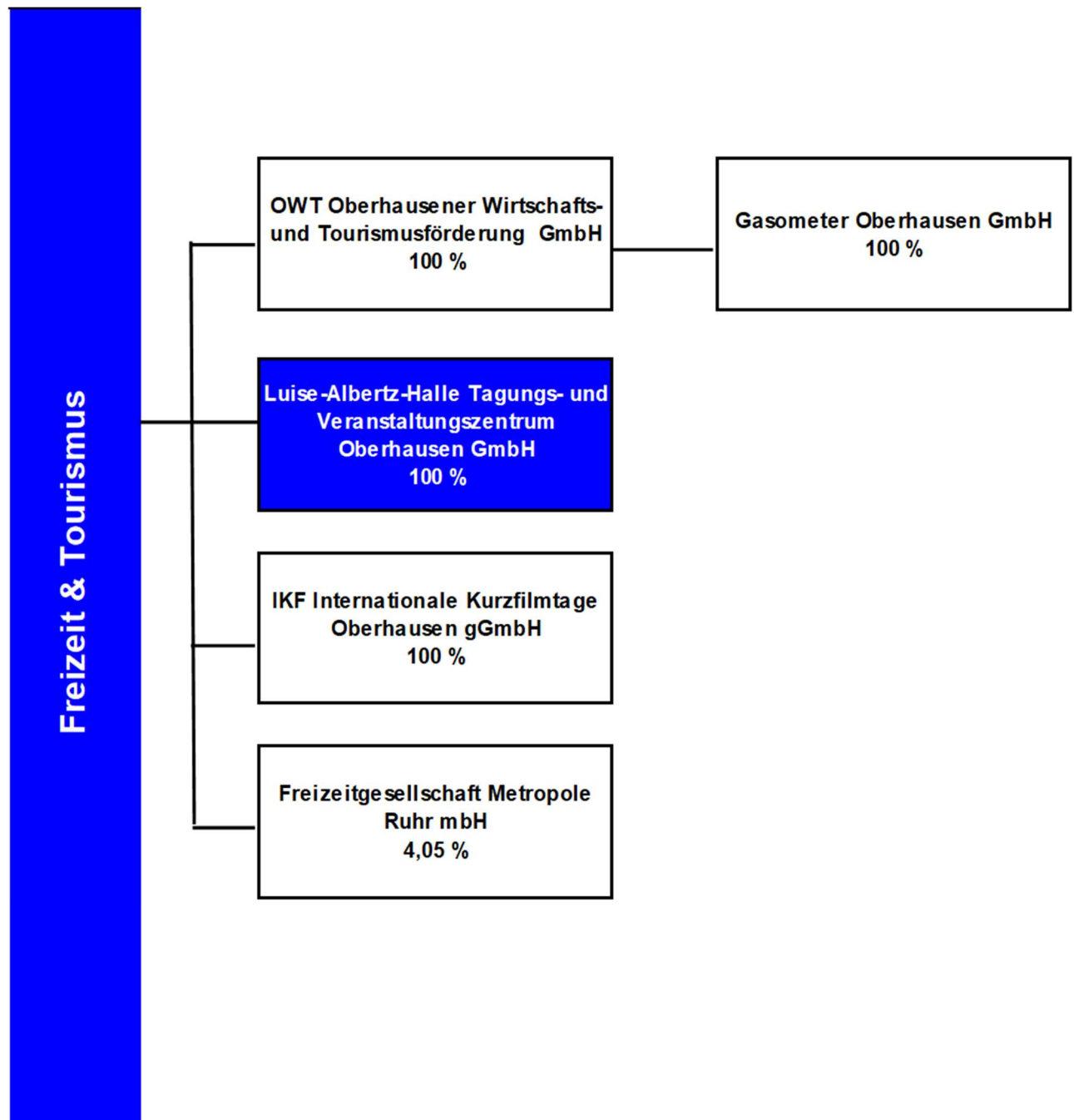
Dortmund, 29. April 2021

european centre for creative economy GmbH (ecce)

Christian Weyers
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -





LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 859080
Fax 0208 / 8590811
e-Mail Info@cc-oberhausen.de
Internet www.cc-oberhausen.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:	TDM	%
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CCO Eventgastronomie GmbH	Pachtvertrag vom 28.09.2017
Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Mitglied Lerch, Klaus
Mitglied Sprenger, Detlef

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat: Vorsitzende Bongers, Sonja
stellv. Vorsitzender Broß, Klaus Dieter
Mitglied gem. § 113 GO Willecke, Thomas
Mitglied Blanke, Andreas
Mitglied Bruckhoff, Peter
Mitglied Höppner, Chris
Mitglied Salwik, Claudia

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten**

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.063,92	95,1	5.206,32	94,3	5.115,33	92,2	-90,99	-1,75
Umlaufvermögen	259,06	4,9	296,07	5,4	426,14	7,7	130,07	43,93
Rechnungsabgrenzungsposten	0,42	0,0	17,52	0,3	8,06	0,1	-9,46	-54,00
Bilanzsumme	5.323,40	100,00	5.519,92	100,00	5.549,52	100,00	29,60	0,54
Passiva								
Eigenkapital	708,86	13,3	846,04	15,3	1.322,88	23,8	476,84	56,36
Rückstellungen	29,15	0,5	63,90	1,2	21,08	0,4	-42,82	-67,01
Verbindlichkeiten	4.585,40	86,1	4.609,97	83,5	4.205,56	75,8	-404,41	-8,77
Bilanzsumme	5.323,40	100,00	5.519,92	100,00	5.549,52	100,00	29,60	0,54

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	685,24	597,71	491,68
sonstige betriebliche Erträge	13,63	86,09	190,60
Materialaufwand	695,23	742,26	609,41
Personalaufwand	292,86	279,87	238,11
Abschreibungen	184,19	188,50	190,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	256,27	202,74	149,79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,01	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	205,48	153,80	38,50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-935,15	-883,35	-543,70
sonstige Steuern	95,45	95,44	95,45
Erträge aus Verlustübernahmen	1.115,98	1.115,98	1.115,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	85,38	137,19	476,83
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.132,17	-1.046,79	-909,60
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.046,79	-909,60	-432,77

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-150,40	-163,76	-129,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	-58,70	-55,75	-36,41	%
Cash-Flow:	-846,41	-790,30	-448,98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	139,77	136,76	170,57	T€
Personalaufwandsquote:	41,91	40,93	34,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,63	93,86	91,74	%
Eigenkapitalquote:	13,32	15,33	23,84	%
Fremdkapitalquote:	86,68	84,67	76,16	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen. Die Luise-Albertz-Halle wurde zunächst als öffentliche Einrichtung im Sinne des §8 der GO NRW als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versamlungs-, Kultur- und Bildungsstätte gewidmet. Mit Umbau und Generalsanierung in den Jahren 1999/2000 wurde das Haus zum Kongresszentrum erweitert und bietet seither eine breite Palette an Räumen und Möglichkeiten für Kongresse, Tagungen, Messen und Ausstellungen, Kulturveranstaltungen sowie Bälle und gesellschaftliche Veranstaltungen.

Zur Förderung des Unternehmenszwecks darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung). Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die Weltwirtschaft war im ersten Halbjahr 2020 von einem massiven Einbruch infolge der COVID-19-Pandemie geprägt. Weltweit wurden als erste und wirkungsvollste Gegenmaßnahmen die Beschränkung von sozialen Kontakten und die Einschränkung der Mobilität verfügt. Die Maßnahmen trafen zunächst und - wie sich im weiteren Verlauf der Pandemie herausstellte - auch dauerhaft die Wirtschaftszweige Reise und Tourismus, Hotellerie, Gastgewerbe, Kultur und Freizeitwirtschaft. Die Absage oder Untersagung von Großveranstaltungen und in der Folge weiterer Veranstaltungsgrößen und -arten hatten direkte Auswirkungen auf das Kerngeschäft der Kongresszentren und Veranstaltungshäuser, wie der LAH GmbH.

Die deutsche Wirtschaft konnte sich den Auswirkungen der Pandemie nicht entziehen und verzeichnete im Jahr 2020 nach zehn Jahren des Wachstums eine tiefe Rezession: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging um 4,9 % gegenüber 2019 zurück. Das Minus von 9,7 % (preis-, saison- und kalenderbereinigt) im 2. Quartal 2020 gegenüber dem 1. Quartal 2020 war der mit Abstand stärkste Rückgang seit Beginn der vierteljährlichen BIP-Berechnungen für Deutschland im Jahr 1970 (Quelle: Destatis).

Nachdem die Wirtschaft im Sommer angesichts sinkender Infektionszahlen und einer Lockerung der Auflagen schnell wieder Fahrt aufgenommen hatte, wurden die Beschränkungen im Herbst vor dem Hintergrund einer drastisch steigenden Zahl der Ansteckungen mit dem Virus wieder verschärft. Nach Einschätzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deuteten die Konjunkturindikatoren zwar auf eine Erholung der Industrie über den Herbst 2020 hin, das Gastgewerbe und andere konsumnahe Dienstleistungsbereiche sind von einer Normalisierung noch immer weit entfernt. Für Deutschland erwartet das Gremium in 2021 ein Wachstum von 3,7%. Das Vorkrisenniveau dürfte der Einschätzung zufolge jedoch nicht vor Anfang 2022 erreicht werden (Quelle: Lagebericht Eventim AG).

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Das CongressCentrum Oberhausen erzielt den Großteil seines Geschäftsvolumens im Bereich der Tagungsveranstaltungen. Dazu zählen Kongresse, Tagungen, Seminare, Bildungs- und Prüfungsveranstaltungen. Weitere Schwerpunkte im Jahresprogramm sind Social Events, wie Bälle, Empfänge, Feiern oder Karnevalsveranstaltungen. In geringerem Umfang tragen Kultur- und Konzertveranstaltungen sowie Messen und Ausstellungen zum Ergebnis bei.

Die Branchenentwicklung im Tagungsbereich wird vor allem durch das jährlich vom Europäischen Institut für TagungsWirtschaft GmbH (EITW) erhobene Meeting- und Eventbarometer (MEBA) dargestellt. Die letzte Erhebung bildet noch die Vor-Corona- Zeit aus dem Jahr 2019 ab.

Das MEBA spricht in der Erhebung für 2019 von einer Nachfrage auf hohem Niveau bei gleichbleibend starker Angebotsituation. Demnach nahmen 423 Millionen Teilnehmer – ein Zuwachs von 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – an 2,89 Millionen Tagungen, Kongressen und Events in den deutschen Veranstaltungsstätten teil. Die Zahl der Veranstaltungen bleibt im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Die mit Abstand wichtigste Veranstaltungsart in den deutschen Veranstaltungsstätten ist die Kategorie Kongresse, Tagungen und Seminare mit einem Anteil von 57,7 % aller Veranstaltungen. Allerdings reduzierte sich der Anteil im Jahr 2019 um 3,2 Prozentpunkte. Der Anteil von Kultur- & Sportveranstaltungen ist dagegen in 2019 um 3,8 %-Punkte auf einen Anteil von 11,7 % gestiegen. Andere Veranstaltungsarten wie Ausstellungen, Social Events, lokale Veranstaltungen und Festivitäten sind nahezu konstant geblieben.

In einer gesonderten Erhebung untersuchte das EITW die Auswirkungen der Pandemie auf die Veranstaltungsbranche im Zeitraum März 2020 bis ca. September 2020. Neuere Zahlen zum Gesamtjahr liegen für diesen Bereich noch nicht vor. Nach der sogenannten Phase-2-Erhebung des EITW reduzierten sich zu Beginn der Krise die verfügbaren Kapazitäten in den Veranstaltungshäusern durch die verschärften Hygienebedingungen um 70 % (Abstandsregelung, reduzierte Bestuhlung).

Nach dem Restart im Mai/Juni 2020 fanden zunächst hauptsächlich Veranstaltungen unter 50 Personen statt. Die durchschnittliche Veranstaltungsgröße nahm im Verlauf des Herbstes nur geringfügig zu. In den Lockdown-Zeiten reduzierte sich das Veranstaltungsvolumen um mehr als 90% und stieg bis zum Ende der Umfrage im September auf rund 1/3 des Vor-Corona-Umfangs. Insgesamt verlieren die deutschen Veranstaltungsstätten nach der Prognose des EITW im Gesamtjahr 2020 im Schnitt 65,4 % ihres Umsatzes. Jeder 5. Arbeitsplatz in der Veranstaltungsbranche ist demnach gefährdet.

Geschäftsverlauf LAH GmbH

Die oben beschriebene branchenspezifische Situation hat sich auch für das CongressCentrum Oberhausen im Wesentlichen so eingestellt. Allerdings gab es einige Besonderheiten am Standort, die zu einer deutlichen positiveren Entwicklung geführt haben. Durch die gestiegenen Platz- und Hygieneanforderungen sahen sich Firmen, Bildungsträger und insbesondere die Stadt Oberhausen sowie andere kommunale Gremien gezwungen, in die Tagungsräume der LAH zu wechseln, weil die eigenen Räume die Vorgaben nicht erfüllen konnten. Einige wichtige Stammkunden der LAH führen umfangreiche Schulungen und Prüfungen durch, die als notwendige Präsenzprüfungen und deren Vorbereitung gelten und folglich von Veranstaltungsverböten weitgehend ausgenommen waren.

Das Veranstaltungsvolumen (Belegungstage) ging um rund 12 % gegenüber dem Vorjahr zurück, die Umsatzerlöse aus Veranstaltungen reduzierten sich in Folge um rund 13 %. Gleichzeitig verringerten sich die variablen Veranstaltungskosten wegen der geringeren Anforderungen (gleichbleibende Bestuhlung, Security) um rund 20 %. Die Gastronomie konnte nur im ersten Quartal Umsätze erzielen, deshalb sank der Ertrag aus Gastronomie-Verpachtung und –Provision um 52 % gegenüber dem Vorjahr. Damit konnten wie im Vorjahr rund 81 % der variablen Kosten (Aufwendungen für bezogene Leistungen) mit den eigenen Umsatzerlösen gedeckt werden.

Das Jahr 2019 war durch die Debatten um den zukünftigen Betrieb des CongressCentrums geprägt. Die Betriebsführung sollte nach Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen an einen privaten Betreiber übertragen werden. Der entsprechende Vertrag wurde in der Folge jedoch abgelehnt und die Entscheidung zur Auslagerung verworfen. Die Unsicherheiten über den Fortgang der Gesellschaft haben dazu geführt, dass einzelne Großveranstaltungen abgewandert sind und teilweise auch kleinere Events in anderen Standorten durchgeführt wurden. Eine kontinuierliche Akquise und Veranstalteransprache fanden in den letzten Jahren wegen der Unwägbarkeiten nicht mehr statt.

Die Umsatzerwartungen im Vermietungsbereich konnten in 2019 nicht erfüllt werden. Auch der Gastronomiebereich litt unter den Unsicherheiten. Für das Geschäftsjahr 2020 steht nur das erste Quartal als Vergleichsgröße für die Entwicklung zur Verfügung. Der Rest des Jahres war geprägt von den eingangs erwähnten Auswirkungen der Pandemie.

Im Jahr 2020 hat die CongressCentrum Oberhausen Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum GmbH unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 1.116 ein positives Jahresergebnis von T€ 477 erzielt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von T€ 137 bedeutet dies eine deutliche Verbesserung von T€ 340.

C. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen			
Erfolgsplanung			
in T€	Ist 2019	Plan 2020	Ist 2020
Umsatzerlöse	597,71	605	491,69
davon Halle	482,75	500	435,94
davon Gastronomie	114,96	105	55,75
sonstige Erträge	86,09	10	190,60
Erträge	683,80	615	682,29
Materialaufwand	-742,26	-635	-609,41
davon Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-10,45	-14	-8,05
davon Aufwand für bez. Leistungen	-731,81	-621	-601,36
Personalaufwand	-279,87	-333	-238,11
Abschreibungen	-188,50	-184	-190,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	-202,74	-273	-149,79
sonstige Steuern	-95,44	-95	-95,44
Aufwand	-1.508,81	-1.520,00	-1.282,92
EBIT	-825,01	-905,00	-600,63
Finanzergebnis	-153,80	-66	-38,49
davon Zinsertrag	0,00	0	0,00
davon Zinsaufwand	-153,80	-66	-38,49
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	-978,81	-971,00	-639,12
Erträge aus "Verlustübernahme"	1.116,00	1.116,00	1.116,00
Jahresüberschuss	137,19	145,00	476,88

Die Umsatzerlöse in der Vermietung haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 47 verringert. Da das erste Quartal 2020 mit Stammkunden und Karneval fast identisch mit dem Vorjahr war, ist der Rückgang ausschließlich den ab März 2020 einsetzenden Auswirkungen der Pandemie zuzuschreiben. Der Umsatz aus Gastronomiepacht und der Umsatzprovision ging um 59 T€ zurück, auch dieser Rückgang liegt in der Corona-Pandemie begründet.

Unter den sonstigen Erträgen sind die im November 2019 von der Stadt Oberhausen bewilligten Sanierungszuschüsse ausgewiesen, sofern sie in 2019 noch nicht durchgeführt oder abgerechnet waren. Insgesamt beliefen sich die Maßnahmen auf 221 T€. Ein Teil der Arbeiten konnte wegen des investiven Anteils aktiviert werden. Weitere 41 T€ in den sonstigen Erträgen sind Kurzarbeitergeld der Arbeitsagentur. Die Mitarbeiter der Gesellschaft waren über mehrere Monate (Lock-down-Zeit) in Kurzarbeit.

Die sonstigen Erträge sind somit um 105 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen und haben das Jahresergebnis maßgeblich verbessert.

Der Materialaufwand besteht regelmäßig zu rund 98 % aus Aufwand für bezogene Leistungen. Die Leistungen wiederum sind zu 60 % fixe Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt, Wartung und Energie. Die restlichen 40 % - in normalen Jahren - sind variabel zugekaufte Veranstaltungsaufwendungen, z.B. Securitypersonal, externe Technik, Bestuhlungsbetten oder Ordnerdienste.

Der gesamte Materialaufwand verringert sich um 133 T€ auf 609 T€, ein Minus von 18 % gegenüber dem Vorjahr. Der Bereich Gebäudebetrieb verzeichnet dabei eine Minderung um 19 T€ (- 5%). Der Veranstaltungsaufwand sinkt um 53 T€ auf 230 T€, eine Ersparnis von 19 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Personalaufwand reduziert sich wegen des Abbaus einer Stelle gegenüber dem Vorjahr um 40 T€ auf 238 T€. Die Stelle soll erst im Folgejahr 2022 wiederbesetzt werden. Von dem gesamten Personalaufwand in Höhe von T€ 238 müssen noch die in den sonstigen Erträgen gebuchten KUG-Gelder (T€ 41) abgezogen werden.

Bei den allgemeinen Aufwendungen konnte durch die Umschuldung beziehungsweise der Verlängerung von Darlehen zu verbesserten Zinskonditionen eine erhebliche Entlastung erzielt werden. Die Zinsbelastung sinkt im Jahr 2020 um rund 116 T€ auf 39 T€.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt im Jahr 2020 wie in den Vorjahren negativ und führt nur in Verbindung mit der Zahlung des Gesellschafters Stadt Oberhausen zu einem positiven Jahresüberschuss. Die CongressCentrum Oberhausen Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum GmbH hat unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 1.116 ein positives Jahresergebnis von T€ 477 erzielt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von T€ 137 bedeutet dies eine Verbesserung von T€ 340.

D. Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen liegen in der Belastung der Gesellschaft durch Zinsen und Kapitaldienst an der eigenen Immobilie. Die Bau- und Sanierungskosten aus den Jahren 1999/2000 wurden vollständig über Darlehen der Gesellschaft finanziert. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war dafür nicht ausreichend und Erträge aus der eigenen Geschäftstätigkeiten waren zu keiner Zeit ausreichend, um die Belastung auszugleichen.

Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich des Ergebnisses jedes Jahr einen auf zuletzt maximal T€ 1.116 begrenzten Verlustausgleich. Trotzdem wurden seit der Sanierung ein erheblicher Verlustvortrag und die teilweise Unterkapitalisierung der Gesellschaft realisiert. In den Jahren 2017 und 2018 wurde durch eine Kapitaleinlage von insgesamt 1,5 Mio. € der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgeglichen. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus. Durch die nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung aus den Darlehensverträgen kann die Kapitalausstattung der Gesellschaft weiter verbessert werden.

Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität der Geschäftstätigkeit. Das Sachanlagevermögen beträgt T€ 5.091 (Vorjahr 5.181) und entspricht somit 91,7 % der Bilanzsumme. Das CongressCentrum Oberhausen (CCO) ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen T€ 3.942 bzw. 71 % der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss mit dem Verlustvortrag aus Vorjahren zu verrechnen. Dieser würde sich somit von T€ -910 auf T€ -433 reduzieren.

E. Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH GmbH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von 1.500.000,00, verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, beschlossen. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ konnte durch die Zuführung zur Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus.

Als Ergebnis einer im Jahr 2017 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung wird der Verlustausgleich seit dem Geschäftsjahr 2017 als ertragswirksame Einnahme verbucht. Dieser Ertrag ist jedoch auch nach Einschätzung der Betriebsprüfer nicht umsatzsteuerpflichtig, da eine eindeutige Zuordnung von Zahlungsbestandteilen zu einzelnen Leistungen nicht möglich ist.

In den Jahren 2008 bis 2017 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Seit dem Jahr 2018 erfolgte eine Reduzierung um T€ 60 als Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. Auch in den zukünftigen Jahren kann bei der prognostizierten Ertrags- und Finanzlage auf eine entsprechende Verlustausgleichszahlung nicht verzichtet werden.

Nachdem die Pläne zur Vergabe der Betriebsführung des Hauses an einen externen Betreiber in 2019 endgültig beendet wurden, wurde in 2020 die Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers ausgeschrieben und zum 1. Januar 2021 besetzt. Zusammen mit der Stelle des Geschäftsführers sollen in den folgenden Jahren – entsprechend der Entwicklung der pandemischen Lage – auch weitere derzeit offene Stellen wiederbesetzt werden. Der wachsende Personalaufwand soll mit zusätzlichem und nachhaltigem Neugeschäft sowie einer verbesserten Marktstellung der Gesellschaft kompensiert werden.

F. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr zeigen den Verlauf der Umsatzentwicklung im Verhältnis zu Vorjahres- und Planzahlen auf. Die unterjährige Erfolgsplanung, Liquiditätsanalyse und Kostenkontrolle bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Werterhaltung der Immobilie werden regelmäßige Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Die große Zahl von Wettbewerbern – Veranstaltungszentren, Tagungshotels, Event-Locations – vor allem im Großraum Rhein-Ruhr bedeutet grundsätzlich ein Risiko für den Bestand an Veranstaltungen, insbesondere bei großen Kongressen und Firmenveranstaltungen. Intensiver Kundenkontakt, kontinuierliche Marktrecherche und aktive Akquise von potenziellen Neukunden sollen dauerhaft für eine verbesserte Auslastung sorgen. Zudem bietet die Lage im Zentrum des größten Ballungsraums Deutschlands mit über 5 Millionen Einwohnern auch erhebliche Vorteile bei der Gewinnung neuer Kunden oder von zusätzlichen Besuchern.

Die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) hat höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch die Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in 2017 / 2018 und die regelmäßige Verlustabdeckung ist die Liquiditätssicherung unabhängig von externen Finanzierungsmitteln möglich. Die positiven Jahresergebnisse nach Verlustabdeckung haben zudem zu einer Reduzierung des Verlustvortrages geführt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Nach der im November 2019 getroffenen Entscheidung zum zukünftigen Betrieb des Hauses konnten teilweise abgewanderte Veranstalter zu einer Rückkehr ins CCO bewegt werden. Die Aussichten für das Jahr 2020 waren trotz der Unwägbarkeiten des gesamten Jahres 2019 durchaus zufriedenstellend. Ein positiver Effekt aus den Verhandlungen über die Auslagerung der Betriebsführung war die Definition von für die Gebäudesubstanz dringend notwendigen Sanierungsaufwendungen und die diesbezügliche Finanzierungszusage der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. So wurde die LAH GmbH in die Lage versetzt bestehende und sicherheitsrelevante Mängel zu beseitigen.

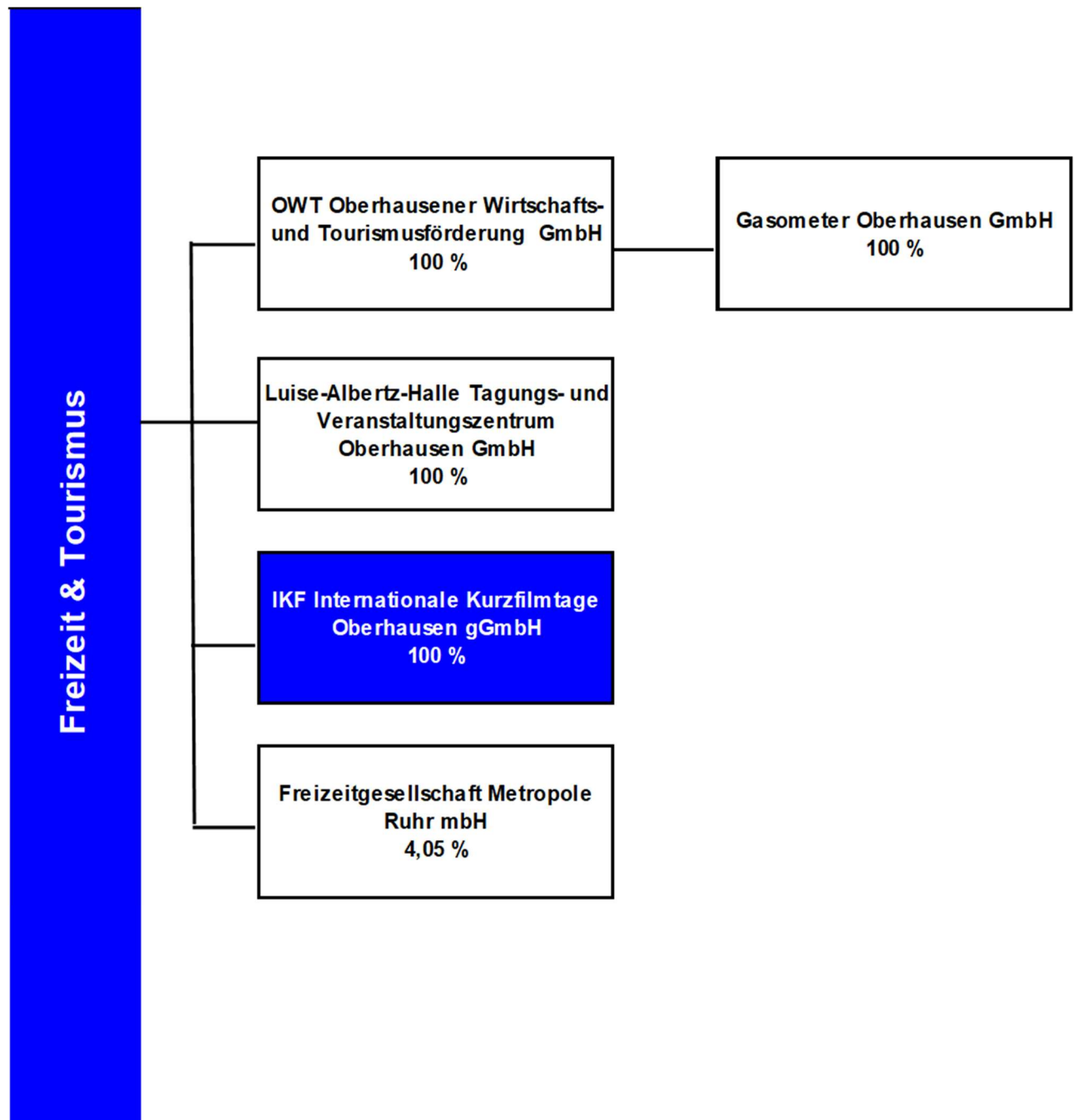
Durch die pandemiebedingten Einschränkungen mussten ab dem 2. Quartal 2020 die meisten Veranstaltungen im CCO storniert oder verschoben werden. Der Gastronomiebetrieb liegt seither praktisch still. Ab dem Sommer und Herbst 2020 wurden wieder Veranstaltungen unter Berücksichtigung verschärfter Hygieneauflagen und unter bestimmten Bedingungen (Veranstaltungen der Daseinsfürsorge) zugelassen. An dieser Gesamtlage hat sich bis ins 2. Quartal 2021 nichts geändert. Die wichtigen Karnevalsveranstaltungen mussten in 2021 vollständig abgesagt werden.

Die weitere Entwicklung der Veranstaltungstätigkeit und die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch auf das Umfeld der Kunden und Dienstleister sind aktuell nur mit großer Unsicherheit zu prognostizieren. Die Vorhersage zur Entwicklung des Geschäftsjahres 2021 richtet sich am Ergebnis des Vorjahres aus, mit der Prämisse, dass ab dem Herbst 2021 eine – wenn auch eingeschränkte – Veranstaltungstätigkeit wieder aufgenommen werden kann. Damit hätte die Gesellschaft gute Aussichten, den städtischen Verlustausgleich vorausgesetzt, ein auskömmliches Jahresergebnis zu erzielen.

Oberhausen, 11. Mai 2021

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Willi Joe Schaugg
Geschäftsführung



IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208 / 825 2420
Fax 0208 / 825 5413
Internet info@kurzfilmtage.de
Internet www.kurzfilmtage.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit, Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Dr. Gass, Lars Henrik

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied gem. § 113 GO	Kirchhof, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Bandel, Bärbel
	Mitglied	Hoff, Amelie
	Mitglied	Jankowski, René
	Mitglied	Kompa, Hartwig
	Mitglied	Laß, Claudia
	Mitglied	Noldus, Erich
	Mitglied	Wilts, Silke
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
	stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
	stellv. Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	stellv. Mitglied	Grothe, Helga
	stellv. Mitglied	Lange, Jörg
	stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
	stellv. Mitglied	Ottersbach, Dustin
	stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
	stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
	stellv. Mitglied	Racel, Britta
	stellv. Mitglied	Sauer, Florian
	stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
	stellv. Mitglied	Völker, Andreas

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5,61	1,7	3,18	0,9	1,60	0,3	-1,58	-49,69
329,73	97,5	327,34	97,8	583,46	99,2	256,12	78,24
2,94	0,9	4,08	1,2	2,83	0,5	-1,25	-30,64

Bilanzsumme

338,28	100,00	334,60	100,00	587,88	100,00	253,28	75,70
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	--------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
141,74	41,9	137,31	41,0	212,97	36,2	75,66	55,10
169,31	50,1	165,98	49,6	256,84	43,7	90,86	54,74
27,23	8,0	31,31	9,4	118,07	20,1	86,76	27,10

Bilanzsumme

338,28	100,00	334,60	100,00	587,88	100,00	253,28	75,70
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
1.381,18	1.371,08	1.292,73
53,34	52,54	44,78
749,21	735,77	511,67
581,98	601,95	641,54
19,38	5,58	4,45
79,05	84,56	103,88
0,00	0,00	0,00
4,93	-4,24	75,97
0,11	0,18	0,31
4,82	-4,42	75,66
4,82	-4,42	75,66
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2018	31.07.2019	31.07.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,35	-0,32	5,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,40	-3,22	35,53	%
Cash-Flow:	24,19	1,16	80,11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	159,39	158,18	148,61	T€
Personalaufwandsquote:	40,57	42,28	47,97	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2018	31.7.2019	31.7.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,32	0,83	0,27	%
Eigenkapitalquote:	41,90	41,04	36,23	%
Fremdkapitalquote:	58,10	58,96	63,77	%

e) Lagebericht**Entwicklung**

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar sowie die mit der Digitalisierung einhergehenden rapiden Veränderung des Freizeit- und Besucherverhaltens. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Zudem konnten durch gemeinsame Nutzung bzw. Entwicklung mit anderen Festivals die Investitionskosten z. B. in den Bereichen Technik und Onlineservices für den Einzelnen erheblich reduziert werden. Nachdem mit Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2009 die Sponsoringerglöse deutlich zurückgegangen waren, konnten im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage kann an das Niveau der Sponsoringerglöse der Vergangenheit nicht annähernd angeschlossen werden. Die Möglichkeit weggefallene Sponsoringerglöse durch Stiftungszuwendungen zu ersetzen, wird weiterhin durch das extrem niedrige Zinsniveau erschwert. Allgemeine Kostensteigerungen zehren erreichte Zuschussanhebungen weitgehend auf. Nach der Neuauflage des EU-MEDIA Programms mit angepassten Förderbedingungen konnte die Gesellschaft erstmals seit Jahren ab dem Festivaljahr 2014 wieder eine EU-Förderung erreichen. Im Berichtsjahr wurde erneut eine Festivalförderung durch den RVR bewilligt, nachdem vor zwei Jahren nach langjährigen Bemühungen erstmals wieder eine Zuwendung ausgesprochen wurde. Hierdurch können kurzfristig mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerglöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen. Sie eignen sich nicht, um den Kostensockel des Festivals, insbesondere regelmäßige Anpassungen der Gehälter, zu sichern.

Das Festivaljahr 2020 war geprägt von den besonderen Anforderungen der Coronavirus-Pandemie. Der Corona-Krise wegen organisierten die Kurzfilmtage das 66. Festival als Online-Ausgabe, die sich als weitaus erfolgreicher als erwartet erwiesen hat und in der Entwicklung des Festivals eine besondere Bedeutung gewonnen hat. Zwar ist nicht absehbar, welche Beschränkungen sich zukünftig aus der Corona-Pandemie ergeben werden. Sicher ist jedoch, dass das Online-Angebot deutlich erweitert werden und sich das Festival einer veränderten Nachfrage anpassen muss. Erste Struktur Anpassungen sind bereits für das Festivaljahr 2021 geplant und sollen in 2022 fortgeführt werden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2019/20 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Wegen der Corona-Pandemie konnte das Festival 2020 nur online präsentiert werden. In der Online-Ausgabe zeigten die Kurzfilmtage über 350 Filme, darunter Werkschauen, Programme internationaler Archive und natürlich die regulären fünf Wettbewerbe. Insgesamt wurden erneut knapp 42 T€ Preisgelder verliehen. Die Online-Ausgabe erreichte Internetnutzer in knapp 100 Ländern. 2.900 Festivalpässe wurden in rund 60 Länder verkauft, über 1.000 Fachbesucher aus fast 70 Ländern nutzten die Angebote der Kurzfilmtage Online zusätzlich. Wegen der weltweiten Schließung von Veranstaltungsorten mit Beginn der Pandemie waren Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih lediglich in den ersten Monaten des Geschäftsjahres möglich.

In der Aufsichtsratssitzung vom 03.07.2019 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2019/20 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 11.12.2019 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2019/20 konnten nur in wenigen Bereichen erreicht werden bzw. mussten den Anforderungen der Maßnahmen zur Corona-Pandemie angepasst werden. Öffentliche Zuwendungen wurden zunächst in beantragter Höhe bewilligt, teils Zuwendungszeiträume verlängert. Der Umstellung auf eine Online-Ausgabe wurde seitens der Zuschussgeber und sonstigen Unterstützer zugestimmt. Wegen Ausfall oder Verschiebung verschiedener Programmsegmente entfielen oder verringerten sich jedoch Förderungen oder werden in das kommende Geschäftsjahr übertragen. Derzeit ist nicht absehbar, welchen Einfluss die Pandemie auf die kommende Festivalsausgabe haben wird und ob zugesagte Verschiebungen nachgeholt werden können.

Die vollkommen neue Situation, Absage des regulären Festivals und kurzfristige Neukonzeption und Durchführung einer Online-Ausgabe, erschwerte die Kalkulation der Aufwendungen sowie eine Planung der Einnahmen und Zuwendungen. Bei den Aufwendungen waren sowohl bereits getätigte Leistungen für die geplante Ausgabe zu erfassen als auch Kosten für die Online-Ausgabe.

Die Ergebnisse weichen in beinahe allen Positionen von der Planung im Dezember 2019 erheblich ab. Mit Beginn des „Shutdown“ kamen sämtliche Verleihaktivitäten des Filmarchivs zum Erliegen. Eine Wiederaufnahme in etwa gleichem Umfang ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die Anzeigenerlöse liegen deutlich unter den Planzahlen, da nur eine digitale Verbreitung angeboten werden konnte. Es konnte jedoch noch eine Vielzahl von Kunden von den Printausgaben auf die digitalen Medien umgelenkt werden. Erlöse aus dem Verkauf der Festivaltickets liegen über den geplanten Eintrittserlösen. Der „Discounterpreis“ sowie die Ankündigung der Weitergabe der Erlöse als Spende hat den Verkauf stark angeregt. Neben Erlösminderungen haben Erlösverschiebungen Einfluss auf die Einnahmesituation. Durch Projektverschiebungen in das kommende Jahr sind bereits erhaltene Erlöse als erhaltene Anzahlungen in das nächste Jahr zu übertragen bzw. fallen diese erst im kommenden Jahr an.

Ebenso wie bei den Erlösen weichen die vorläufigen Ergebnisse bei den Aufwendungen beinahe durchgehend von den Planzahlen ab. Sie werden in den meisten Fällen deutlich unterschritten.

Lediglich in wenigen Aufwandspositionen werden die Planansätze erreicht oder sogar überschritten. So liegt im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit das Ergebnis leicht über dem Planansatz im Winter 2019. Nur geringfügig unter dem Planansatz liegen Aufwendungen für Honorare. Nachdem von Zuschussgebern die Abrechnung von Ausfallhonoraren bei Zuwendungen gestattet wurden, konnten Honorare analog zur Kurzarbeiterregelung (60 bzw. 67%) von denjenigen eingereicht werden, deren Dienste nicht abgerufen werden konnten. Bei anderen wurden Leistungen vergütet, die bis zur Absage erbracht wurden, und verbliebene Teile als Ausfallhonorar vergütet. Wo möglich, wurden mit freien Dienstleistern Ersatzleistungen verabredet, nachdem feststand, das Festival digital durchzuführen.

Für die Planung und Umsetzung der Online- Ausgabe des Festivals standen lediglich zwei Monate zur Verfügung. Um die Veranstaltung digital umzusetzen, wurde zusätzlich auch an Abenden und Wochenenden gearbeitet, so dass insbesondere bei den Festangestellten eine Vielzahl von Mehrstunden angefallen ist. Unter Berücksichtigung der Zusatzvergütungen werden die Aufwendungen für Festangestellte über dem Planansatz liegen. Der Einsatz kurzfristiger Aushilfen entfiel in diesem Jahr vollständig.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs.

Die Gesellschaft schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2019/20 trotz der Corona-Krise ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Der Überschuss soll einer zweckgebundenen und der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass sich Risiken wegen der nicht absehbaren Entwicklung der Corona-Pandemie in das folgende Geschäftsjahr verschieben werden. Es ist zudem nicht abzusehen, wie Zuschussgeber und sonstige Förderer das positive Ergebnis bei der Zuwendungsabrechnung bewerten. Der Änderung der Festivaldurchführung wurde zugestimmt, aber bisher keine Aussage zur Förderhöhe bei Änderungen getroffen.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2019 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden. Die bewilligte EU-Förderung wurde im Berichtsjahr erneut nicht ertragswirksam erfasst, da der reale Anspruch erst im Herbst/Winter 2020 nach der Auswertung des Abschlussberichts mit dem Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere mit dem geforderten Anteil von 70% europäischer Filme, als tatsächlich entstanden angesehen werden kann. In Vorjahren festgestellte, nicht nachvollziehbare Abweichungen in der Bewertung der förderfähigen Anzahl an Filmen, lassen aus Vorsichtsgründen eine erfolgswirksame Erfassung erst nach Vorliegen des Auswertungsberichts im folgenden Geschäftsjahr zu. Die EU-Förderung für das Festivaljahr 2019 wurde nach positiver Auswertung durch die EU als periodenfremder Ertrag im Berichtsjahr erfasst. Wie bereits oben erläutert, ist nicht absehbar, ob sich durch die Änderung der Festivaldurchführung auch Änderungen in der Förderhöhe ergeben werden.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektspotring weitgehend von Stiftungen übernommen, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus der Kulturförderung zurückgezogen haben. Mit der Zuordnung der Zuschüsse und ähnlichen Erträgen zu den Umsatzerlösen beträgt der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung im Berichtsjahr 96,6%. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grundlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft zuletzt am 26.08.2019 vom Finanzamt Oberhausen-Süd vorbehaltlich der Nachprüfung den Freistellungsbescheid für 2018 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt. Für das Jahr 2019 stehen die Bescheide noch aus.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 588 T€ und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 93,3% aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 248 T€ setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und zweckgebundenen Rücklagen nach § 62 AO und erreicht eine Quote von 42%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2019/2020

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2019/2020 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur durch Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringserlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird. Da Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft, die naturgemäß einen großen und auch kontinuierlich anwachsenden Teil der Gesamtkosten darstellen, in der Regel durch Fördermittel und Zuschüsse nicht anteilig abgerechnet werden können, droht allmählich zudem ein strukturelles Defizit für Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrechterhalten werden. Allein durch die Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären, zuletzt durch verstärkte, teilweise ausschließliche Nutzung von Homeoffice. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Die erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits im Vorjahr durch unabwendbare allgemeine Kostensteigerungen aufgezehrt waren. Für das Geschäftsjahr 2020/2021 sowie für Folgejahre wird die Geschäftsführung daher alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien des EU MEDIA-Programms zu schaffen und somit mittelfristig einen zusätzlichen Zuschussgeber zu gewinnen. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung bestrebt, die Festivalförderung durch den RVR zu verstetigen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die allgemeine Kostensteigerungen zumindest annähernd ausgleichen.

Die Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanzkrise 2008/09 war es jedoch trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage nicht mehr möglich, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2021 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung zum Jahresende 2020 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat für das Jahr 2021 bereits eine Verpflichtungsermächtigung ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger

tiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Wegen der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation sowie der neuerdings eingetretenen Corona-Krise, deren Ende nicht absehbar ist, kann die Gesellschaft kein aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017/18 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen. Der Leistungsvertrag beinhaltet eine automatische Verlängerung jeweils um ein Jahr.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandising“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern. Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt. Eine große Herausforderung stellt derzeit auch die Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Ansprache eines Breitenpublikums dar, insbesondere durch eine neue Gestaltung und Verteilung von Printprodukten, in der Außenwerbung, aber vor allem auch im Bereich E-Marketing (Soziale Medien und Website).

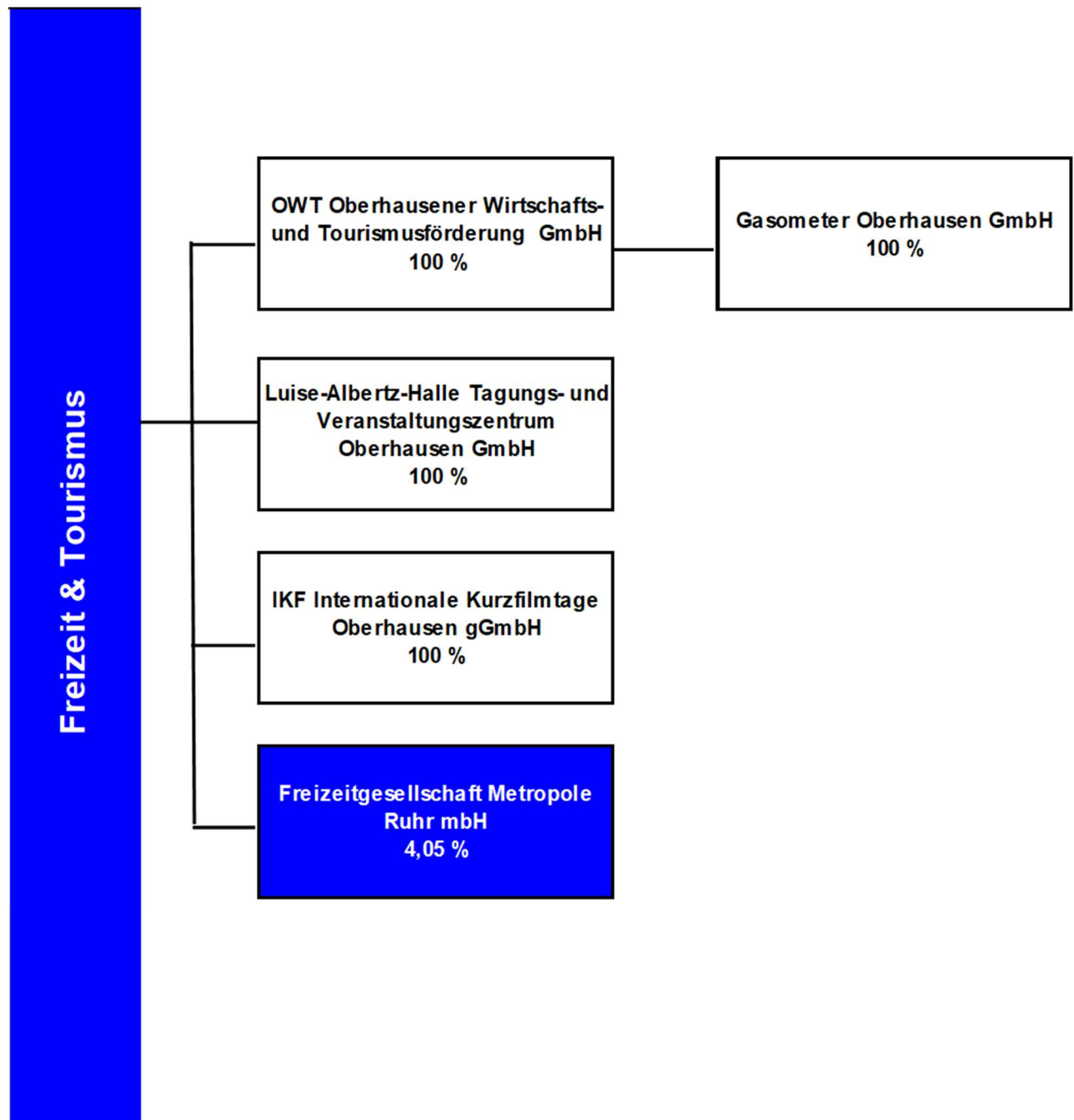
Die Datenbank der Kurzfilmtage wird künftig für externe Nutzer noch komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Ende des Kalenderjahres 2020 erfolgt ein umfassender Relaunch der Website mit ganz erheblich erweiterten digitalen Angeboten, die einen Strukturwandel des Festivals von einer Veranstaltung zu einer Plattform einleiten sollen. Künftig sollen neben der Veranstaltung vor Ort auch dialogische Angebote ganzjährig im digitalen Raum entstehen, die räumlich und zeitlich beschränkte Angebote in Oberhausen ergänzen. Dies soll den Strukturwandel des Festivals auf die neuen Herausforderungen durch die rapide Veränderung des Reiseverhaltens von Gästen und die sehr erheblichen Auflagen zur Eindämmung der Corona-Pandemie anpassen. Schon vor der Corona-Krise standen Festivals vor der Frage, wie die Klimabilanz durch digitale Angebote verbessert werden könnte, wie digitale Wege der Kommunikation und Verbreitung von Filmen erforscht und genutzt werden könnten, um Zielgruppen zu binden und neue zu erreichen. Überdies werden Festivals der behördlichen Einschränkungen wegen mittelfristig nicht wie gewohnt Programme für internationale Gäste, Schulklassen usw. vor Ort anbieten können. Daher erscheint eine flexible Hybridstrategie nötig, die auch über das Jahr 2021 hinaus und für andere übertragbare Modelle entwerfen kann.

Die Kurzfilmtage setzen mit Filmchief fortlaufend ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit internationalen Filmfestivals um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und Videos. Mit Filmchief wurde auch die Online-Ausgabe umgesetzt. Auf lokaler Ebene werden weiterhin Bemühungen unternommen, für das ehemalige Europa-Kino sowie das Walzenlager-Kino im Zentrum Altenberg neue Perspektiven und auch Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Oberhausen, 02. Oktober 2020

Internationale Kurzfilmtage gGmbH (IKF)

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer



FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Querenburger Straße 29 58455 Witten
Kontakt:	
Telefon	02302/20120
Fax	02302/201212
e-Mail	verwaltung@kemnadersee.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	440,30

Gesellschafter:	T€	%
Ennepe-Ruhr-Kreis	12,50	2,84
Regionalverband Ruhr	282,40	64,14
Stadt Bochum	31,50	7,15
Stadt Bottrop	17,85	4,05
Stadt Duisburg	35,95	8,16
Stadt Essen	11,75	2,67
Stadt Gelsenkirchen	11,75	2,67
Stadt Oberhausen	17,85	4,05
Stadt Witten	18,75	4,26

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes. Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden und in denen als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in den öffentlichen Badbereichen und den sonstigen Einrichtungen das Jedermannschwimmen angeboten, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote gemacht sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen) und
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg).

Die genannten vier Betriebsstätten bestehen aus den in den als Anlagen 1 bis 4 diesem Gesellschaftsvertrag beigelegten Lageplänen gekennzeichneten Bereichen und den dort befindlichen Gebäuden und Anlagen. Die Grundstücke befinden sich mehrheitlich im Eigentum der Belegenheitskommunen. Es wird festgehalten, dass diejenigen Grundstücke/Grundstücksflächen, an denen die Gesellschaft weder Eigentum noch grundstücksgleiche Rechte besitzt, aufgrund getroffener Absprachen mit den Belegenheitskommunen weiterhin der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfolgung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse

Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche; Verschmelzungsvertrag vom 30.06.2017; Vertrag über die Errichtung, Verpachtung und Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW), sowie ein entsprechender Vertrag über die Wartung der Anlage mit der Energieversorgung Oberhausen AG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)**Geschäftsführung:**

Geschäftsführer

Hecht, Jürgen

**Vertreter der Stadt / der städt.
Beteiligung in der Gesell-
schafterversammlung:**

Mitglied

Schmidt, Jürgen

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Schlüter, Markus

stellv. Vorsitzende

Ossowski, Silke

Mitglied gem. § 113 GO

Pflug, Ellen

Mitglied

Oberste-Kleinbeck, Kirsten

Mitglied

Pfungsten, Jutta

Mitglied

Richter, Tim

Mitglied

Jentsch, Burkart

Mitglied

Wüllscheid, Burkhard

Mitglied

Dr. Rath, Uwe

Mitglied

Boos, Thomas

Mitglied

Wöll, Werner

Mitglied

Devers, Josef

Mitglied

Fuchs, Florian

Mitglied

Dr. Haertel, Klaus

Mitglied

Schmück-Glock, Martina

Mitglied

Rörig, Barbara

Mitglied

Sagurna, Bruno

Mitglied

Frank, Rainhard

Mitglied

Nees, Martin

Mitglied

Brambora-Schulz, Susanne

Beirat:

Mitglied

Emmerich, Karl-Heinz

Mitglied

Krey, Thomas

Mitglied

Pfungsten, Jutta

Mitglied

Schmidt, Jürgen

Mitglied

Tschärke, Hans Josef

Mitglied

Geise, Hans-Christian

Mitglied

Wilkending, Sonja

Mitglied

Müller, Klaus

Mitglied

Feldeisen, Nils

Mitglied

Gössinger, Doreen

Mitglied

Wischermann, Hermann

Wittmann, Regina

Prokura:

Prokurist

Dümenil, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
20.898,71	91,9	22.017,68	92,3	22.212,43	88,8	194,75	0,88
1.838,47	8,1	1.828,20	7,7	2.802,00	11,2	973,80	53,27
6,65	0,0	10,28	0,0	0,94	0,0	-9,34	-90,86

Bilanzsumme

22.743,83	100,00	23.856,16	100,00	25.015,36	100,00	1.159,20	4,86
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten mit Rücklagenanteil

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
11.243,65	49,4	10.563,95	44,3	9.447,37	37,8	-1.116,58	-10,57
6.675,70	29,4	8.081,53	33,9	8.585,76	34,3	504,23	6,24
518,87	2,3	901,92	3,8	199,88	0,8	-702,04	-77,84
3.155,33	13,9	2.775,94	11,6	5.953,25	23,8	3.177,31	114,46
1.150,27	5,1	1.532,81	6,4	829,10	3,3	-703,71	-45,91

Bilanzsumme

22.743,83	100,00	23.856,16	100,00	25.015,36	100,00	1.159,20	4,86
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

andere aktivierte Eigenleistungen

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

sonstige Steuern

Erträge aus Verlustübernahmen

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
11.431,67	10.932,70	4.463,86
0,00	29,64	0,00
742,47	1.085,08	2.982,60
6.798,13	6.529,52	4.522,33
7.105,09	7.529,59	6.396,91
1.576,29	1.696,61	1.552,21
1.685,47	1.612,62	936,44
0,01	0,00	
53,56	42,85	28,37
-5.044,39	-5.363,77	-5.989,80
67,46	1,01	
28,89	374,98	486,08
45,70	293,79	
-5.095,03	-5.445,96	-6.475,87
-5.095,03	-5.445,96	-6.475,87
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-44,97	-52,50	-145,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	-45,72	-54,33	-68,55	%
Cash-Flow:	-3.564,44	-4.043,14	-4.923,67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	129,51	108,54	55,16	T€
Personalaufwandsquote:	58,36	62,50	85,91	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,79	92,20	88,69	%
Eigenkapitalquote:	49,44	44,28	37,77	%
Fremdkapitalquote:	50,56	55,72	62,23	%

e) Lagebericht**1. Grundlagen des Unternehmens**

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kultur und des Landschaftsschutzes.

Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit regionaler Bedeutung, die als Betriebsstätten einer gemeinnützigen GmbH geführt werden und in denen vor allem Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden. Angebote der Gesellschaft sind u.a. öffentliche Badbereiche, sonstige Einrichtungen der Daseinsvorsorge, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, zielgruppenorientierte Programm- und Veranstaltungsangebote, sowie Park-, Spiel-, Sport- und Wassersportflächen und dazu passende Gesundheits- und Wellnessdienstleistungen in den Parkanlagen und sehr großen öffentlichen Bädern der Gesellschaft.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- Freizeitzentrum Kernade, Witten
- Revierpark Mattlerbusch, Duisburg
- Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen
- Revierpark Vonderort, Oberhausen

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die seit Januar 2020 weltweit um sich greifende Covid-19 Pandemie hat das gesellschaftliche Leben und den gesamtwirtschaftlichen Rahmen des Jahres 2020 dominiert.

In Zuge dessen hat sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Vorjahresvergleich von 0,6 % auf -4,9 % deutlich abgeschwächt, die Arbeitslosenquote stieg von 5,0 % auf 5,9 %.

Der Finanzierungssaldo des Staates war seit Jahren mit -139,6 Milliarden € erstmals wieder negativ, sinkenden Einnahmen standen durch Corona verursachte stark gestiegene Ausgaben gegenüber. Besonders belastete dies die durch den Strukturwandel ohnehin schon stark unter Druck stehenden Kommunen der Metropole Ruhr.

3. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft und Ihrer Betriebsstätten**3.a Prägung des Geschäftsverlaufs 2020 durch die Covid-19 Pandemie**

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2020 war bei der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH („FMR“) ganz wesentlich von der Coronapandemie geprägt. Zwar hatte die FMR in den beiden ersten Monaten des Jahres sogar leicht über Plan liegende Besucherzahlen und Einnahmen, mit der im Laufe des Februars aber immer vehementer grassierenden Covid-19 Pandemie verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation deutlich.

Auf Grund behördlicher Anordnungen mussten die Bäder das erste Mal am 16.03.2020 geschlossen werden. Am 17.06.2020 konnten zunächst die Freibäder und Anfang Juli 2020 dann auch die Hallenbäder und Saunen wiedereröffnet werden. Bis zur zweiten angeordneten Schließung am 03.11.2020 erfolgte dann ein Betrieb unter relativ strengen Coronaauflagen, eine Vollausslastung der Bäder und Saunen war hierbei nicht möglich. Diese coronabedingte Schließungsverfügung gilt über den 31.12.2020 hinaus und bis zur Verfassung dieses Berichts (im Mai 2021), die Bäder sind nach wie vor sämtlich geschlossen, mit einer Öffnung ist zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2021 zu rechnen.

3.b Die Lage im Freizeitzentrum Kemnade

Die erste Schließungsphase wurde genutzt, um im Freizeitzentrum **Kemnade** den Umkleidenbereich zu modernisieren. Finanziert über Zuschüsse der Gesellschafter konnten die Modernisierungsarbeiten bis zur Wiedereröffnung im Sommer 2020 umgesetzt werden.

In der derzeit noch anhaltenden zweiten Schließungsphase findet eine Modernisierung der Saunabar in Kemnade statt. Diese Investition wird über ein Darlehen und aus Mitteln der Gesellschaft finanziert. Die Umsetzung der Maßnahme fällt allerdings deutlich schwerer: Handwerksunternehmen sind kaum zu bekommen, erforderliche Arbeiten erfolgen mit deutlicher Zeitverzögerung und sind zudem auch noch teurer als geplant oder sonst üblich. Aber diese Maßnahme ist wichtig. Durch die Modernisierung der Saunabar kann den Gästen ein attraktives Angebot unterbreitet werden, das auch für die Gesellschaft durch den Abschluss eines Pachtvertrags wirtschaftliche Vorteile bringt.

Weitere Modernisierungsmaßnahmen sind wie folgt ausgeführt worden: LED-Beleuchtung im Saunabereich, Erneuerung der Duschelemente im Saunabereich, Anstricharbeiten innen und außen, Neugestaltung des Eingangsbereichs, Erneuerung von Pumpen und Schiebern, Filter wurden neu aufgebaut und der Hausanschluss wurde komplett erneuert.

Mit den Gesellschaftern der Wassersportschule wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Wassersportschule durch die FMR getroffen. Diese wird nun im Laufe des Jahres 2022 vollständig in die FMR integriert werden.

Die Elodea ist nach wie vor ein Problem für die Wassersportler am See und beeinträchtigt übrigens auch die Arbeit der Wassersportschule. Bereits seit dem Jahr 2017 gibt es zur Lösung dieses Problems Gespräche mit dem Ruhrverband. Es gibt mittlerweile drei Lösungsvorschläge: 1. Die Anlage einer Schlammhalde am südlichen Seeufer; 2. Die Verteilung des Schlammes innerhalb des Sees, so dass durchgängig eine Wassertiefe von zwei Metern entsteht; 3. Den Bau eines Umgehungsgerinnes mit dem Schlamm wodurch ein etwa drei Kilometer langer Wall mit beleuchteter Promenade und drei Brücken zum Südufer entstehen würde. Letztere Alternative scheint die Zukunftsträchtigste zu sein, verbunden damit wären allerdings erhebliche zusätzliche Lasten für die Städte Bochum und Witten.

3.c Die Lage im Revierpark Mattlerbusch

Auch im Revierpark Mattlerbusch wurde die Schließungsphase genutzt, um Verschönerungs- und Reparaturarbeiten vorzunehmen. Mit kleinem Budget und mit eigenen Mitarbeitern wurde verfugt, gemalert und verputzt und auch diverse Verschönerungsarbeiten wurden in dieser Zeit durchgeführt. Die beiden Schwitzkabinen im Damensaunabereich wurden entkernt, mit neuem Holz verkleidet und mit neuer Lichttechnik ausgestattet. Das Soleaußen- und das Tauchbecken im Saunagarten wurde komplett verfugt und auch die Rittersauna wurde durch die hauseigene Schreinerei neu verkleidet (Bänke und Wände).

Ebenfalls wurde die Zeit genutzt, um das marode Dach über dem Palmengarten zu stabilisieren. Ein Bauingenieur hatte kurzfristig erste Pläne zur Notstabilisierung geliefert; diese wurden umgesetzt, so dass der Palmengarten wieder für den Publikumsverkehr frei gegeben werden konnte.

Durch Brandstiftung wurde im Juni 2019 das Gradierwerk im Revierpark Mattlerbusch in weiten Teilen zerstört und die unmittelbar dahintergelegene Kelosauna brannte komplett ab. Nur die Bodenplatte der Sauna blieb intakt. Der Schaden wurde durch die Versicherung bereits in Teilen abgerechnet; die Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt. Da das Gradierwerk bereits vor dem Brand nicht mehr in Betrieb war wird die Versicherung nur eine Erstattung der noch intakten Gewerke leisten.

Der Wiederaufbau des Gradierwerks wurde allerdings bereits im Frühjahr 2019 beschlossen, und war dementsprechend bereits in der Ausführungsplanung. Teile des alten Gradierwerks sollten für den Wiederaufbau weiter genutzt werden. Nach dem Brand musste jedoch neu gedacht werden und der Architekt passte die Planung den aktuellen Bedingungen an. Insofern verzögerte dies die Umsetzung, so dass mit den eigentlichen Arbeiten am Gradierwerk erst im Februar 2020 begonnen werden konnte. Der Wiederaufbau erfolgte mit Sonderinvestitionsmitteln der beiden Gesellschafter (RVR und Stadt Duisburg). Zwar konnte das eigentliche Bauprojekt relativ zügig abgeschlossen werden und auch ein provisorischer Probetrieb war ab September 2020 bereits möglich, jedoch verzögerte sich letztendlich die Finalisierung des Vorhabens bis in die Osterzeit 2021. Ursächlich dafür war vor allem die Coronapandemie und die dadurch zunächst entstandene Beeinträchtigung und Verunsicherung der Handwerker, später deren Überlastung. So wurden im Bereich der Sanitär- und Elektroarbeiten überhaupt gar keine Angebote abgegeben, da freie Kapazitäten der Unternehmen nicht verfügbar waren. Durch den Mangel an qualifizierten Unternehmen wird besonders die Kalkulation für die Gewerke Elektroarbeiten und Sanitärarbeiten nicht aufgehen. Eine abschließende Rechnungsstellung in diesen Gewerken ist noch nicht erfolgt, so dass diesbezüglich zur Zeit noch keine abschließende Kostenfeststellung möglich ist.

Es erfolgte noch keine Abschreibung des Gradierwerks in 2020, es ist noch aktiviert unter Anlagen im Bau.

Gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich, dass es die richtige Entscheidung war in den Wiederaufbau des Gradierwerks zu investieren. Denn das Thema Gesundheit wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Die im Juni 2019 abgebrannte Kelo-Sauna wurde als Eventsauna wieder aufgebaut. Am 26. Oktober 2020 begannen die Arbeiten an der Sauna (Anlieferung des Holzes sowie der verschiedenen Materialien). Die Vorarbeiten an der vorhandenen Bodenplatte waren zu dem Zeitpunkt bereits abgeschlossen und mit dem Rohbau wurde nach Anlieferung in der 44. KW begonnen. Der Bau der Sauna sollte ca. 8 Wochen dauern.

Die neue Sauna bietet Platz für ca. 110 Personen und stellt für die Niederrhein-Therme eine Chance für die Zukunft dar, in der der Saunabesuch sowohl eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsvorsorge spielt aber auch als besonderes Erlebnis wahrgenommen wird, denn die neue Sauna grenzt direkt an das jetzt auch neu wiederhergestellte Gradierwerk.

Die Arbeiten an der Sauna konnten auch hier erst in 2021 beendet werden; auch bei diesem Bauprojekt kam es zu coronabedingten Verzögerungen ähnlicher Art wie oben beschrieben, die neue Sauna wird bilanziert unter Anlagen im Bau und noch nicht abgeschrieben.

Die Kosten für den erweiterten Wiederaufbau der Sauna betragen ca. 280.000 €. In 2020 sind davon 262.500 € fällig; die zweite Rate des Ofens wird in 2021 fällig (17.500 €). Die Erstattung durch die Versicherung beläuft sich auf 250.000 €.

3.d Die Lage im Revierpark Nienhausen

Die Besucherentwicklung zum Jahresbeginn verlief in der Bad- und Saunaanlage zunächst erfreulich, bevor aufgrund der Corona-Pandemie auch die Betriebsstätte Nienhausen am 16.03.2020 geschlossen werden musste.

Die zeitlich nicht absehbare Schließungsphase wurde umgehend genutzt, um in den Bereichen der Gruppenumkleiden, der Wechselkabinen und der Warmduschbereiche zu investieren.

Die hygienischen Verhältnisse und der Aufenthaltskomfort wurde u.a. durch die Anschaffung neuer Liegen, Wertfächer und Flächenreinigungsmaschinen verbessert.

Die Wiedereröffnung der Anlage erfolgte zunächst im Juni im Freibad und im Juli auch im Saunabereich, jeweils unter entsprechenden Auflagen der Coronaschutzverordnung. Die maximale Auslastung der Bereiche konnte danach nur zu einem Drittel der üblichen Besucherkapazitäten erfolgen.

Die für den Sommer geplanten Außenveranstaltungen Rebelliges Musikfestival, Technoparty sowie das Klimacamp des RVR konnten nicht stattfinden und wurden in das nächste Jahr bzw. in den Spätsommer verschoben.

Der Weihnachtzirkus Probst durfte wegen der Pandemie die übliche Deutschlandtournee nicht durchführen und konnte nach Rücksprache mit der Geschäftsführung im Parkgelände verbleiben und ein Kultursommer-Programm erfolgreich anbieten. Der darauffolgende Weihnachtzirkus, der traditionell zum Jahresende stattfindet, musste ebenfalls wegen der Pandemie abgesagt werden.

Die ökologische Aufwertung und Umgestaltung der Parkanlage im Rahmen des IHK-Projektes wurde planerisch weiter abgestimmt und konkretisiert. Zum Jahresende 2021 soll mit der Umsetzung begonnen werden.

Der Umbau des Emscher-Abwassersystems im Süden der Parkanlage machte die Neuregelung der zukünftigen Abwasserreinigung in das renaturierte Emschersystem vertraglich notwendig. Die Umsetzung der Umschlusarbeiten wurden im Frühjahr 2021 aufgenommen.

3.e Die Lage im Revierpark Vonderort

Seit Ende August 2019 ist das große Solebecken des Standortes mit einem kapitalen Schaden ausgefallen. Seitdem fehlen in Vonderort monatliche Erlöse von ca. T€ 50 aus dem Solebereich, die lediglich bis etwa Ende April 2020 durch eine Betriebsausfallversicherung kompensiert wurden. Zur Lösung des Problems hatte die Geschäftsleitung Anfang des Jahres ein Konzept vorgeschlagen, nachdem die große Solehalle in einen Fitnessbereich umgebaut werden sollte und im Außenbereich ein Ersatzsolebecken neu gebaut wird. Dieser Vorschlag war nicht mehrheitsfähig. Über die Diskussion einer Sanierung nur des Beckens, von Teilen des Schwimmbads über das gesamte Schwimmbad wurde immer deutlicher, dass bis auf das neu modernisierte Freibad und die im Jahr 2010 gründlich überholte Gartenanlage der Sauna sowohl das Schwimmbad als auch das Freizeithaus so stark sanierungsbedürftig sind, dass hier nur noch der Ersatzneubau beider Einrichtungen eine sinnvolle Option scheint. Dieses Vorhaben mit dem Arbeitstitel „Komplettlösung“ wurde im Laufe des Jahres 2020 durch den Beirat Vonderort begleitet und den Aufsichtsrat der FMR in der Entwicklung genehmigt. Ziel ist es jetzt, ein im besten Fall CO₂-neutrales Bad zu bauen, in dem die Themen Sole, Schwimmen und Gesundheit attraktiv und zeitgemäß angeboten werden und in das die Flächen des Freizeithauses baulich integriert werden. Mit der Realisierung der Komplettlösung entsteht dann der Vorzeigerevierpark Vonderort: Mit dann revitalisiertem IHK Park, einer Multisportfläche auf dem Bewegungshügel, neuem Freibad, neuem Sole- und Gesundheitsbad mit Freizeithaus als Komplettlösung und zugehörigem Reisemobilstellplatz.

Das neue Zentrum des Revierparks Vonderort wird nicht nur unter Betriebsführungs- und Attraktivitätsgesichtspunkten optimaler gestaltet sein. Es wird auch ein Bau sein, der über die Betriebsjahrzehnte bestenfalls CO₂-neutral, und damit deutlich wirtschaftlicher und klimafreundlicher, zu betreiben ist. Ein Bau, bei dessen Erstellung deutlich weniger graue Energie entsteht, der in Gänze richtungsweisend im Schwimmbadbau ist, zu einem Aushängeschild für den Strukturwandel in der Metropole Ruhr wird und zugleich zeigt, wie vorbildlich die Städte Bottrop und Oberhausen den gesellschaftlichen Megatrends *Demografischer Wandel* und *Klimawandel* begegnen.

Die Berücksichtigung wichtigster Punkte des Klimaschutzes, der CO₂ Vermeidung im Bau und im Betrieb könnten erhebliche regel- und projektbezogene Fördermittelchancen eröffnen und einen positiven Einfluss auf die Vermarktung des modernen Schwimm-, Gesundheits- und Freizeitbades haben. Dies rechtfertigt auch die damit wahrscheinlich einhergehenden höheren Baukosten. Der Aufsichtsrat der FMR hat in seiner Sitzung am 06. November 2020 die Entwicklung dieses

richtungsweisenden Projekts schließlich bis zum Ende der Phase der Entscheidungsvorbereitung genehmigt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wurde die Planung europaweit ausgeschrieben, bereits 15 Firmen haben die Ausschreibungsunterlagen gesichtet.

Darüber hinaus schreitet die Umsetzung des Projekts „Zukunft und Heimat – Revierparks 2020“ mittlerweile immer zügiger voran, der Park wird angefangen beim Teich über die Sitzmöbel, die Beleuchtung, die Treppenanlage bis zum Nordteil mit sicherem Kletterbereich und der Multisportfläche Bewegungshügel komplett neu gestaltet werden. Die Bauarbeiten für die Umsetzung des Bewegungshügelprojekts beginnen Ende Mai 2021.

3.f Organisation und IT-Infrastruktur der FMR

Der Führungskreis der FMR hat sich als zentrales Führungselement bewiesen. Er besteht seit April 2020 aus nunmehr vier Führungskräften, den Betriebsstättenleitungen und dem Geschäftsführer: Jürgen Hecht, Geschäftsführer; Franz Dümenil, Leiter der Betriebsstätten Vonderort und Nienhausen und Prokurist der FMR; Themenschwerpunkt Technik; Dirk Clemens, Leiter der Betriebsstätte Kemnade, Themenschwerpunkt Personal sowie Sandra Blat y Bränder, Leiterin der Betriebsstätte Mattlerbusch, Themenschwerpunkt Marketing.

Es konnte ganz aktuell wieder eine qualifizierte Kraft für die Leitung der Finanzbuchhaltung gefunden werden, diese Kraft soll perspektivisch auch Mitglied des Führungskreises werden.

Die IT-Infrastruktur wurde im Jahr 2020 wesentlich verbessert und sicherer gemacht, es besteht nun die Möglichkeit von allen Standorten auf die gleiche Verzeichnisstruktur zuzugreifen. Die Verwaltungsmitarbeiter können auch aus dem Home-Office auf Dateien und Systeme zugreifen.

3.g Gerichtsprozesse

Die FMR kündigte den mit der Ruhr-Event GmbH abgeschlossenen Mietvertrag über Räumlichkeiten in der Halle Gibraltar zum 30.09.2020. Die Ruhr-Event GmbH reichte daraufhin Klage ein.

3.h Pachtverhältnisse

In Nienhausen konnten zwei Großveranstaltungen mit sehr wesentlichen Pachtbeträgen akquiriert werden, das Techno Plomo Zeltfestival und das Rebellische Musikfestival. In Kemnade wurde der Vertrag für das Zeltfestival gänzlich neu verhandelt, wobei Konditionen, Rahmen und Parkraumbewirtschaftungsabsprachen zum Vorteil der FMR verändert werden konnten. Der neue Vertrag wurde durch den Aufsichtsrat der FMR genehmigt.

4. Wirtschaftliche Lage

4.a Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Die Auswirkungen aus der derzeitigen **Coronapandemie** auf die Gesellschaft im Jahr 2020 waren und sind bis in die Mitte des Jahres 2021 existentiell. Öffentliche Bäder gehören zu den am schlimmsten von der Krise betroffenen Organisationen. Es bedarf keiner Erklärung, dass der Fortbestand der Gesellschaft noch mehr als sonst von der Unterstützung der Gesellschafter abhängig ist.

Aber auch der über die Jahre entstandene **Sanierungsstau** hemmt die Entwicklung der Gesellschaft. Sehr deutlich wird das am Beispiel des ausgefallenen Solebeckens in Vonderort. Durch Ausfälle fehlen Badeinnahmen, müssen Preise reduziert werden, werden Ressourcen materieller und personeller Art in erheblichem Umfang benötigt, um zumindest den Status Quo aufrechtzuerhalten. Abgesehen von den immer wieder erforderlichen, meist aufwandswirksamen Ausgaben, hemmt dies natürlich auch die Entwicklung anderer Bereiche.

Der Sanierungsstau der Gesellschaft wurde erhoben für die Betriebsstätten Nienhausen und Vonderort, ein Gutachten zum Thema ist kurz vor Fertigstellung in Mattlerbusch. Es ist fraglich, ob die herkömmliche Sanierung der Einrichtungen im laufenden Betrieb bei der Vielzahl der durchzuführenden Maßnahmen ein sinnvolles Vorgehen ist. Vielmehr bieten sich Ersatzneubaulösungen an, die am Ende wahrscheinlich unwesentlich teurer sind, dafür aber neue Konzepte bieten und vor allem Lösungen für die energiewirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte bringen. Durch die Größe der FMR und die damit einhergehende flexible Einsatzmöglichkeit der Mitarbeiter, sind solche Szenarien denkbar.

4.b Ergebnis, Aufwands- und Ertragslage

Das Geschäftsergebnis der Gesellschaft wird **qualitativ** nach der Erfüllung der öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung bemessen. Hier konnte die FMR vor allem in den Sommermonaten den Bürgern ein auch unter Coronabedingungen verlässliches, als Ergebnis der Mehrwertsteuersenkung preiswerteres und trotz Corona relativ unkompliziertes Angebot machen, was durch die im vorigen Kapitel beschriebenen Sonderinvestitionen teilweise sogar noch besser gewesen ist als zuvor.

Quantitativ wird das Geschäftsergebnis geprägt durch die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft, die Einnahmen im Bad- und Saunabereich, Pachterlöse sowie andererseits durch die Material- und Personalaufwendungen, zu einem geringen Anteil auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, auf der Aufwandsseite.

Das **Jahresergebnis** vor Zuschüssen beträgt -6.475.873 € nach -5.445.964 € in 2019, damit ist es ca. 19% schlechter. Im Jahresergebnis enthalten sind Grunderwerbssteuern in Höhe von 452.830 €, die noch durch einen nicht ertragswirksam verbuchten Verschmelzungszuschuss gedeckt sind. Dies relativiert das Ergebnis deutlich.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden noch **Umsatzerlöse** in Höhe von 4.463.863 € erzielt nach 10.932.696 € im Vorjahr, das entspricht ca. 41 % der Umsätze des Vorjahres. In den Umsatzerlösen sind Pachterlöse in Höhe von 536.856,14 € enthalten.

Die **Besucherzahlen** im Jahr 2020 entwickelten sich wie folgt:

• Bäder	89.166 Besucher, 31 % vom Vorjahr
• Freibäder	23.381 Besucher, 38 % vom Vorjahr
• Saunaaanlagen	250.479 Besucher, 40 % vom Vorjahr

Insgesamt kamen im letzten Jahr also bei fünf Schließungsmonaten und fünf weiteren Monaten unter Coronau Auflagen immerhin noch 363.026 (37% vom Vorjahr) Besucher in unsere Anlagen.

Der **Personalaufwand** konnte um 1,33 Mio. € reduziert werden. Die FMR hat von der Bundesagentur für Arbeit Kurzarbeitergeld in Höhe von 686.816 € bekommen, dieses wird direkt mit den Lohn-, Gehalts- und Sozialversicherungsaufwendungen verrechnet.

Der **Materialaufwand** fällt ca. 30 % geringer aus als im Vorjahr. Es wurden 1,13 Mio. € dadurch gespart, dass weniger geheizt und auch deutlich weniger Strom und Wasser verbraucht wurden. Allerdings waren die Anlagen in der Frühljahrschließung noch im „Stand By Modus“ (Wiedereröffnung innerhalb von 3 Tagen möglich) was grundsätzlich einen höheren Energieeinsatz erfordert als im „Sleep Modus“ (Wiedereröffnung 14 – 21 Tage) in denen sich die Anlagen seit der Schließungsverfügung im November befinden.

Die **Abschreibungen** fallen trotz der getätigten Sonderinvestitionen auf 1,55 Mio € um ca. 10 %. Dies scheint auf den ersten Blick negativ. Ursächlich ist aber, dass Gradierwerk und Sauna in Mattlerbusch unter Anlagen im Bau aktiviert wurden und so noch nicht abgeschrieben werden und in den Jahren 2017 bis 2019 vorgenommene Sonderabschreibungen in Höhe von 189.000 € für die Bodenplatte in Mattlerbusch das Ergebnis nun nicht mehr belasten. Die Bodenplatte ist bereits vollständig abgeschrieben.

1,127 Mio. € hat die Gesellschaft **November- und Dezemberhilfen** zur Abmilderung der Auswirkungen der Coronapandemie erhalten, diese verteilt sich wie folgt: Kemnade 254 T€; Mattlerbusch 447 T€; Nienhausen 291 T€; Vonderort 135 T€.

4.c Vermögens- und Kapitalstruktur sowie Investitionen

Die **Bilanzsumme** stieg im Berichtsjahr um 1.159.207 € auf 25.015.364 €.

Das **Anlagevermögen** umfasst 88,8 % (Vorjahr 92,3 %) der Bilanzsumme, im **Umlaufvermögen** hat sich gegenüber 2019 innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände eine signifikante Veränderung ergeben, weil hier die Forderungen auf Kurzarbeitergeld für ausstehende Monate und die noch nicht gezahlte, aber erwartete, Dezemberhilfe bilanziert wurden. Die **Eigenkapitalquote** beträgt zum Bilanzstichtag 40,5 % (Vorjahr 44,3 % nach 49,2 % in 2018). Diese abermalige Reduktion macht nachdenklich, auch wenn die Quote im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch vergleichsweise hoch scheint. Unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Sonderposten für Investitionszuwendungen ergibt sich eine Quote von 74,8 % (Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals), im Vorjahr lag diese bei 78,1 %, eine ähnliche Entwicklung also auf allerdings hohem Niveau.

Relativiert wird diese leicht negative Entwicklung bei einem Blick auf die Verbindlichkeiten, die jetzt zu fast 75 % aus Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern bestehen! Ansonsten wurden die **Verbindlichkeiten gegenüber Dritten** drastisch zurückgefahren. Über 60 % geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Ergebnis der Altschuldenablösung im Freizeitzentrum Kemnade mit Hilfe der dortigen Gesellschafter.

54 % geringere **Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten** spiegeln sich vor allem im Kassenbestand zum Jahresende. Im Geschäftsjahr 2020 wurden **Investitionen** in das Anlagevermögen in Höhe von 1.746.960 € getätigt, in Kemnade 445.560 €; Mattlerbusch 877.628 €; Nienhausen 250.157 € und in Vonderort 173.615 €.

Die wesentlichen Investitionen im Geschäftsjahr betrafen die im Geschäftsjahr 2020 durchgeführten Modernisierungen der Garderobenbereiche in Nienhausen und Kemnade sowie der Badtoiletten in Kemnade, in Mattlerbusch das Gradierwerk und der Wiederaufbau der abgebrannten Sauna, in Vonderort wurde auf Grund der Sachlage zurückhaltender investiert, wesentlich war hier die Anschaffung eines Mehrzweckfahrzeugs für die Parkanlage. Vor allem in Nienhausen und Vonderort konnten die geplanten Projekte nicht komplett durchgeführt werden, eine Übertragung der Mittel aufs Folgejahr genehmigten die Gesellschafter.

4.d Die Liquiditätslage, Zuschüsse

Es sind 452.830,00 € **Grunderwerbsteuer** aus der Verschmelzung angefallen, diese werden unter den Sonstigen Steuern ausgewiesen und belasten das Jahresergebnis. Der Ausgleich durch den RVR ist als Einzahlung in die Kapitalrücklage,

in den Betriebskostenzuschüssen enthalten, dargestellt. Dieser Sachverhalt ist sehr wesentlich und muss beachtet werden beim Vergleich der Freizeitgesellschaften untereinander.

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität ist die Gesellschaft auch zukünftig auf die Auszahlung von ausreichenden und rechtzeitigen **Zuschüssen** der Gesellschafter angewiesen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die Einnahmeausfälle im Zeitraum März bis Juni 2020 durch den vorzeitigen Abruf von Gesellschafterzuschüssen kompensiert und die Liquidität der Gesellschaft sichergestellt, in der zweiten Jahreshälfte wurde die Liquidität der Gesellschaft durch coronabedingte Zuschüsse der Gesellschafter gesichert.

Vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie und dem Ausfall eines großen Beckens hat die Geschäftsführung mit einem deutlich schlechteren Jahresergebnis gerechnet.

4.e Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie und beihilferechtliche Aspekte

Zur Aufrechterhaltung der unterjährigen Liquidität sicherten die Gesellschafter zu, die aufgrund der Corona-Pandemie entstehenden Einnahmeausfälle zu kompensieren. Jeder Gesellschafter leistete in Höhe des jeweiligen Gesellschaftsanteils laut Gesellschaftervereinbarung der FMR Corona-Sonderzuschüsse in einer Gesamthöhe von 5.068.000 € zu.

Die Bewilligung von November- und Dezemberhilfen von insgesamt 1.127 T€ für die FMR erfolgte durch die Bezirksregierung erst im Laufe des Jahres 2021 und konnte bei der unterjährigen Bemessung der Corona bedingten Liquiditätshilfen gegenüber den Gesellschaftern deswegen noch nicht berücksichtigt werden. Hierdurch kam es im Rahmen des Jahresabschlusses zu erheblichen Überzahlungen der Corona-Zuschüsse, die in Absprache mit den Gesellschaftern periodengerecht abgegrenzt wurden, zur Deckung weiterer Finanzschäden im Jahresverlauf 2021 jedoch in der Gesellschaft verbleiben konnten. Hierdurch ist der erhebliche Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern zu erklären. Die auf coronabedingte Einflüsse zurückzuführenden finanziellen Schäden wurden durch einen Abgleich der Zahlen aus dem Wirtschaftsplan 2020 mit den Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahresabschluss ermittelt. Insgesamt hat die FMR unter Einrechnung der gewährten November- und Dezemberhilfen von 1,127 Mio. € finanzielle Schäden in Höhe von rd. 960 T€ erlitten. Diese teilen sich auf die einzelnen Betriebsstätten wie folgt auf:

	Kemnade	Mattlerbusch	Nienhausen	Vonderort	Gesamt
Corona-Schaden	591.500	15.200	223.700	129.600	960.000

Somit mussten insgesamt rd. 3,7 Mio. € an Corona-Zuschüssen bisher nicht in Anspruch genommen werden und stehen zur Deckung weiterer Corona-Schäden im Jahr 2021 der Gesellschaft zur Verfügung.

Der in der Gesellschafterversammlung vom 6. November 2020 genehmigte Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 sieht bei Erträgen von T€ 8.895 und Aufwendungen von T€ 16.617 einen Jahresfehlbetrag von T€ 7.722 vor. Dieser wurde bereits unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie aufgestellt. Neben den planmäßigen Gesellschafterzuschüssen von T€ 4.448 wurde ein außerplanmäßiger coronabedingter Gesellschafterzuschuss in Höhe von T€ 2.335 beschlossen, dieser muss ggf. im Laufe des Jahres angepasst werden.

Ausweislich der Trennungsrechnung sind insgesamt reguläre Betriebskostenzuschüsse über 4.950.830 € und Corona-Sonderhilfen in Höhe von 5.068.000 € (davon zum Bilanzstichtag 365.500 € nicht eingegangen), insgesamt somit 10.018.830 €, von den Gesellschaftern an die FMR gezahlt worden. Das Ergebnis im DAWI-Bereich liegt jedoch bei - 5.244.698,82 € im Nicht DAWI-Bereich beträgt es -1.231.175,18 €, nicht benötigte Coronahilfen in Höhe von 3.742.616,01 € sowie Überkompensationszahlungen des Nicht-DAWI Bereichs von 666.015 € hat die die Gesellschaft als Verbindlichkeit in Höhe von insgesamt 4.408.631 € gegenüber den Gesellschaftern bilanziert.

5. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 3 GO NW für das Geschäftsjahr 2020

Die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade stellen ganzjährig besuchte, attraktive und eintrittsfreie Naherholungslandschaften für das Ruhrgebiet dar. Auch im ersten Coronajahr 2020 kamen trotz behördlich verhängter Schließungsverfügungen noch knapp 400.000 Gäste in die Bäder, Freibäder und Saunen und sicherlich deutlich mehr Besucher in die Parkanlagen der FMR Revierparks und des Freizeitentrums Kemnade zum Spazieren, Spielen, Erholen oder zum Abstand gewinnen in der Natur von den Belastungen der Coronaauflagen. Gesellschaftliche Großveranstaltungen aber auch die ansonsten stets durchgeführten, zahlreichen Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen mussten ebenfalls bis auf wenige kleine Veranstaltungen sämtlich abgesagt werden.

Die großen und kostenlosen Parkanlagen waren für deutlich mehr Menschen als sonst zentrale und gut erreichbare Orte der Freizeit, Erholung, des Abstand Gewinnes und Innehaltens. Klimapolitisch beweisen sie ihre Funktion als innerstädtische „Lungen“, bei der in der Metropole Ruhr stark zunehmenden Bautätigkeit werden sie immer wichtiger als Rückzugsflächen für Menschen und Tiere in den überwiegend städtischen, und immer stärker verdichteten, Umgebungen. Der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist nachhaltig erfüllt.

6. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6.a Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist in ihren Betätigungsfeldern unternehmerischen Chancen und Risiken ausgesetzt. Bei der Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungsraum von mindestens einem Jahr zugrunde gelegt. Die Risiken werden gemäß ihren geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch“, „mittel“ oder „gering“ eingestuft und auch in dieser Reihenfolge nachfolgend beschrieben:

Das Risiko des **Ausfalls ganzer Anlagenteile** wie jüngst in Vonderort und Kemnade wird als relativ hoch eingeschätzt. Dieses Risiko gilt besonders für die Solebecken in Nienhausen und Mattlerbusch, da Solewasser die technische Infrastruktur und die unmittelbare Umgebung stark belastet.

Abgesehen von der Soleproblematik gibt es ebenfalls Probleme mit den **Dachkonstruktionen** in Mattlerbusch und Kemnade, hohes Risiko in Mattlerbusch und mittleres in Kemnade, und überall fortwährend Probleme mit den elektrischen Anlagen und der Wassertechnik, mittleres Risiko.

Daraus resultierende **außerplanmäßige Abschreibungen** belasten das Ergebnis, diese Risiken wurde in den drei letzten Jahren durch die Abschreibungen hinsichtlich des Restbuchwertes einer Bodenplatte in der Betriebsstätte Mattlerbusch bereits deutlich gemildert. Diese Position belastet den Jahresabschluss in Mattlerbusch nicht mehr.

Mit dem Bau der **Komplettlösung** müsste es spätestens 2022 zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Vonderort auf den gesamten Badbereich kommen.

Nach wie vor bestehen Risiken auf Grund der Entstehung von **weiterem lokalen Wettbewerb** der besonders im Bochumer Süden sowie in Gelsenkirchen durch Großprojekte der dortigen Städte wahrnehmbar ist und, falls diese Projekte wie geplant realisiert werden, in spätestens fünf Jahren die Standorte Kemnade und Nienhausen bedroht. Diese Risiken werden zurzeit noch als „mittel“ eingeschätzt, weil es bis zur Realisierung dieser Projekte noch relativ viel Zeit bedarf (Gelsenkirchen Spaßbad mit Großsauna), sie noch nicht definitiv beschlossen sind (Neubau Bochumer Südbad) oder deren Realisierung vielleicht auch durch die COVID-19 Problematik auf die Probe gestellt wird.

Außerdem besteht auch weiterhin der **Trend zu Private Spas**. Die daraus möglichen Risiken werden als gering eingeschätzt. Dennoch nehmen diese Anlagen die etwas zahlungskräftigeren Kunden in den Saunaanlagen weg.

Klar erkennbar ist der **Fachkräftemangel**, der für die FMR bei der Besetzung von Fachpersonal in der Verwaltung deutlich spürbar ist.

Das Thema **textillose Sauna** ist seit Jahren unter leichtem Druck. Auch wenn in diesem Bereich nach wie vor die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft liegen, verzeichnet der Markt im langen Mittel eine Abnahme der Besucher von ca. 1,0 % pro Jahr in diesem Bereich. Diesem niedrigen Risiko könnte begegnet werden, in dem die Saunaanlagen umgestellt werden auf Textilsaunen.

Es ist denkbar, dass sich das Freizeitverhalten der Menschen in der mittlerweile 15 Monate andauernden Coronapandemie insofern geändert hat, dass öffentliche Bäder und Wellnessanlagen gänzlich weniger besucht werden, dieses Risiko wird zwar als sehr niedrig eingeschätzt, es wäre aber hochdisruptiv bei der ohnehin schon angespannten Auslastungssituation. Das Jahr 2020 war durch die Coronapandemie, Sanierungen in den Bädern während der Frühjahrsschließung und den Beckenausfall in Vonderort geprägt. Die Arbeit an diesen Themen liegt auf ganz wenigen Schultern in der Verwaltung und bei den Badleitungen. Die Meisten der 250 Mitarbeiter der FMR sind in Kurzarbeit, meist sogar in voller Kurzarbeit bei 95% Lohnausgleich. Inwiefern der Teamspirit der Organisation hierunter gelitten hat, wird sich zeigen, wenn die Bäder wiedereröffnen. Abgesehen davon hat das Lösen vieler Probleme das Verwaltungsteam und die Führungsmannschaft weiter zusammengebracht.

Um den Risiken des Unternehmens in ausreichendem Umfang entgegenzuwirken, befindet sich die Geschäftsführung im permanenten Dialog mit Vertretern der Gesellschafter zur Zukunftssicherung der Gesellschaft. Wobei alle Überlegungen und Entscheidungen abhängig sind von den weiteren sich zum Zeitpunkt der Berichtsverfassung stetig ändernden Entscheidungen der Bundesregierung in Hinblick auf die Covid-19-Pandemie (Corona-Krise).

6.b Chancen der Gesellschaft

Oben aufgezeigte Risiken bestehen für die FMR und wären ebenso, wenn nicht gar schlimmer, immanent, wenn es nicht zur Verschmelzung gekommen wäre. Insofern ist ein größeres FMR Gebilde sicherlich besser gegen aufgezeigte Risiken gewappnet, als die vormals deutlich kleineren Einheiten. Das war übrigens sehr deutlich zu erkennen, als es im April des Jahres 2020 um die Einführung der COVID-19 Kurzarbeit ging. Hier konnte sehr schnell ein einheitliches, abgestimmtes Verhalten erreicht werden was sich übrigens auch auf die anderen Revierparks multipliziert hat. Dass die Größe der Organisationen einen Unterschied macht, zeigt sich jetzt wiederum deutlich in Vonderort, denn das Thema „Was passiert mit dem Badpersonal in einer möglichen Bauphase“ ist im größeren FMR-Gebilde viel eher zu lösen.

Die **Schrankenanlage** des Badparkplatzes am Freizeitzentrum Kemnade sorgt nicht nur für mehr Ordnung und verfügbare **Parkplätze** für unser Badgäste, die übrigens nach wie vor kostenlos parken, sie erwirtschaftet auch wesentliche Einnahmen für die Gesellschaft. Die Verfolgung dieses Themas hat für die Gesellschaft hohe ökonomische Chancen.

Die Überdachung der Parkplätze mit Installation von Photovoltaikanlagen würde nicht nur den Mehrwert des geschützten Stellplatzes bieten, sondern auch Strom erzeugen der in den Anlagen der FMR im Normalfall jederzeit abgenommen werden kann bzw. der über ebenfalls installierte Ladeinfrastruktur den künftig wahrscheinlich in großer Anzahl vorhandenen Elektrofahrzeugen eine Lademöglichkeit offeriert. Hier sind zwar erhebliche Investitionen notwendig, es bestehen aber relativ gute und konstante Renditechancen auf längere Sicht.

Die Idee „Verschmelzung zur FMR“ funktioniert. Und auch wenn die Probleme in den Revierparks Gysenberg und Wischlingen nahezu identisch sind, ist eine Bewegung hin zum **Verschmelzungsschritt zwei nicht erkennbar**. Käme es aber dennoch dazu, wäre auch die kritische Größe erreicht um wichtige Querschnittsthemen wie Beschaffung und Ausschreibungen, Unterstützung durch einen Architekten, zentrales IHK- und Parkmanagement zu besetzen.

Es ist vorstellbar, dass die **FMR Betriebsführungsaufgaben für kommunale Anbieter** übernimmt die jetzt als Folge der Coronakrise vielleicht in größerem Druck sind ihre Bäder kostengünstiger aufzustellen. Die FMR wird Ende des Jahres 2021 voraussichtlich in der Lage sein, als „Dach“ zur Verfügung zu stehen das zentrale Ressourcen wie IT, Finanz- und Personalbuchhaltung zur Verfügung stellt.

Die FMR hat ihre **IT-Infrastruktur**, wie weiter oben beschrieben, in den letzten Jahren deutlich verbessert. Kassensysteme wurde bereits in den Vorjahren vereinheitlicht, zurzeit entwickelt ein externer Anbieter einen **Onlineticketshop** über den perspektivisch nicht nur Badtickets verkauft werden sollen. Zudem ist zurzeit eine App für den Verkauf von Badtickets in der Entwicklung. Die Chancen aus dem Onlineverkauf und die damit einhergehende Auslastungssteigerungsmöglichkeit sieht die Geschäftsführung als hoch an.

Die FMR benutzt bereits ein elektronisches Rechnungseingangsbuch und wird im Laufe der nächsten 18 Monate einen elektronischen Workflow bis zur Archivierung einführen. Außerdem arbeiten wir daran, die Zeiterfassung in den Parks Mattlerbusch, Vonderort und Nienhausen einzuführen und zu digitalisieren. In der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse sieht die Geschäftsführung erhebliche Chancen.

6.c Voraussichtliche Entwicklung

Auch wenn es, wie unter den Risiken beschrieben, denkbar ist, dass es einen Trend weg von Bad und Sauna gibt auf Grund eines allgemeinen Rückzugs ins Privater, ist es doch wahrscheinlicher, dass die Menschen die Themen Gesundheit und Wohlbefinden künftig höher priorisieren. Insofern geht die Geschäftsführung davon aus, dass es eine höhere Nachfrage nach Aquakursen und Gesundheitsthemen geben wird.

Außerdem ist davon auszugehen, dass es einen Nachholbedarf gibt, so dass, zumindest über einen gewissen Zeitraum, mit höherer Nachfrage zu rechnen sein wird, falls die ebenfalls zu erwartenden Coronaauflagen es ermöglichen diese dann auch in den Bädern uneingeschränkt zu befriedigen. Ebenfalls ist es denkbar, dass einige kleinere Bäder nach der Krise nicht mehr wiedereröffnen, womit sich zumindest deren, wenn auch kleiner, Marktanteil zumindest teilweise auf die verbleibenden Marktteilnehmer verteilt.

Die Pandemie wurde, wie beschrieben, genutzt, um die viele Badbereiche deutlich aufzuwerten. Die Anlagen sind durch die Sonderinvestitionsmaßnahmen deutlich attraktiver als zuvor, es gibt mehr Argumente für einen Besuch.

Außerdem hat die FMR die Verschmelzung vollzogen, wodurch weniger interne Veränderungsarbeit geleistet werden muss. Dass mit der Verschmelzung unzufrieden gewesene Personal hat die FMR verlassen (ohne das ein Arbeitsgerichtsprozess geführt werden musste) und wurde zumindest teilweise durch externe, neu in die Firma eingetretene, Kolleg*innen ersetzt, die sich mit dem Gebilde FMR unvoreingenommen identifizieren. Die Organisation ist an ihren Herausforderungen wie einem Großbrand, Technikausfällen, Beckenhavarien und aktuell der Coronakrankheit gewachsen.

Insofern ist davon auszugehen, dass das Team FMR gute und effizientere Arbeit nach der Wiedereröffnung leisten wird. Die Organisation ist auf dem Weg. Auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Badbetreiber wie das Projekt in Vonderort zeigt, auf dem Weg zu einem digitalisierten Bäderbetrieb mit Onlineshop und Appanwendung für Smartphones, auf dem Weg zu einer performanten und schlanken Verwaltung.

Die Decarbonisierung unserer Wirtschaft bis 2045 wird mit zahlreichen Fördermitteln unterstützt, hier sieht die Geschäftsführung erhebliche Chancen überfällige Modernisierung mit ökologischer Transformation zu verbinden (und so das Sanierungsstauproblem langfristig zu lösen).

Insofern geht die Geschäftsführung noch mehr als in den Vorjahren davon aus, dass die Entwicklungsperspektiven der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr positiv sind.

7. Klimapolitische Verantwortung und Umweltschutz

Die Geschäftsführung nimmt erstmals im Lagebericht der Gesellschaft zu dem Punkt klimarelevante Aspekte und Umweltschutz Stellung. Bereits im Winter 2019 / 2020 hat der Führungskreis den Schutz des Klimas als einen der vier Eckpfeiler der Strategie der FMR benannt.

Denn die FMR betreibt einige der größten Bäder der Metropole Ruhr, die ganzjährig 16 Stunden täglich betrieben werden und die geheizte Außenbecken auch im Winter den Besuchern zur Verfügung stellen. Ausgestattet mit der Technologie der 70er und 80er Jahre verursacht dies natürlich eine relativ hohe CO₂ - Emission. Abgesehen von den hohen Kosten,

die künftig durch die CO₂ - Umlage zusätzlich zum Energiepreis weiter steigen werden, gilt es die FMR Bäder zukunftsfest zu machen, indem der Wärmebedarf und der Betrieb der Einrichtungen klimaneutral gestaltet wird. Dies wird nicht nur die Akzeptanz der FMR - Bäder bei der zunehmend klimasensibleren Gesellschaft erhöhen, diese wäre vielmehr auch ein Beitrag der FMR für den Klimaschutz und die Schonung der Ressourcen unseres Planeten.

Bereits beim Ersatzneubau des Außensolebeckens im Freizeitzentrum Kemnade war es Planungsdoktrin, nicht nur Betriebskosten, sondern auch den CO₂ - Bedarf des neuen Beckens deutlich zu reduzieren. Deswegen wurde das Becken quadratisch und damit abdeckbar gebaut, und das Wasservolumen wurde deutlich reduziert wobei die nutzbare Wasseroberfläche fast beibehalten wurde. Kurz vor der Fertigstellung des neuen Beckens wurde der Stromliefervertrag für das Heveneybad neu verhandelt: Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt seitdem das Bad zu nach wie vor sehr guten Konditionen.

Der Ersatzneubau des Bades und Freizeithauses in Vonderort hat zum Ziel, ein Bad zu bauen, das CO₂ - neutral betrieben wird und bei dessen Bau möglichst wenig graue Energie entsteht auch wenn dadurch die Anfangsinvestitionen höher sind. Die FMR bekommt den Umweltschutzimpuls für ihre Revierparks vom RVR geschenkt, denn das einmalige Projekt „Zukunft und Heimat – Revierparks 2020“ bringt den Umweltschutzgedanken im Großen in unsere Parks. Damit entspricht die FMR dem gesellschaftlichen Megatrend „Antworten auf den Klimawandel finden“. Abgesehen davon verändert sich die FMR im Kleinen: manche Wiesenbereiche werden nicht mehr gemäht, um die Umwelt unberührt zu lassen; Schafe statt Maschinen entfernen Unkraut; der Fuhrpark wird nach und nach elektromobil; herkömmliche Beleuchtung wird durch LED ersetzt.

8. Schluss und Dank an die Gesellschafter

Die hier beschriebene Lage der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mit ihren Betriebsstätten entspricht den heute bekannten, tatsächlichen Verhältnissen.

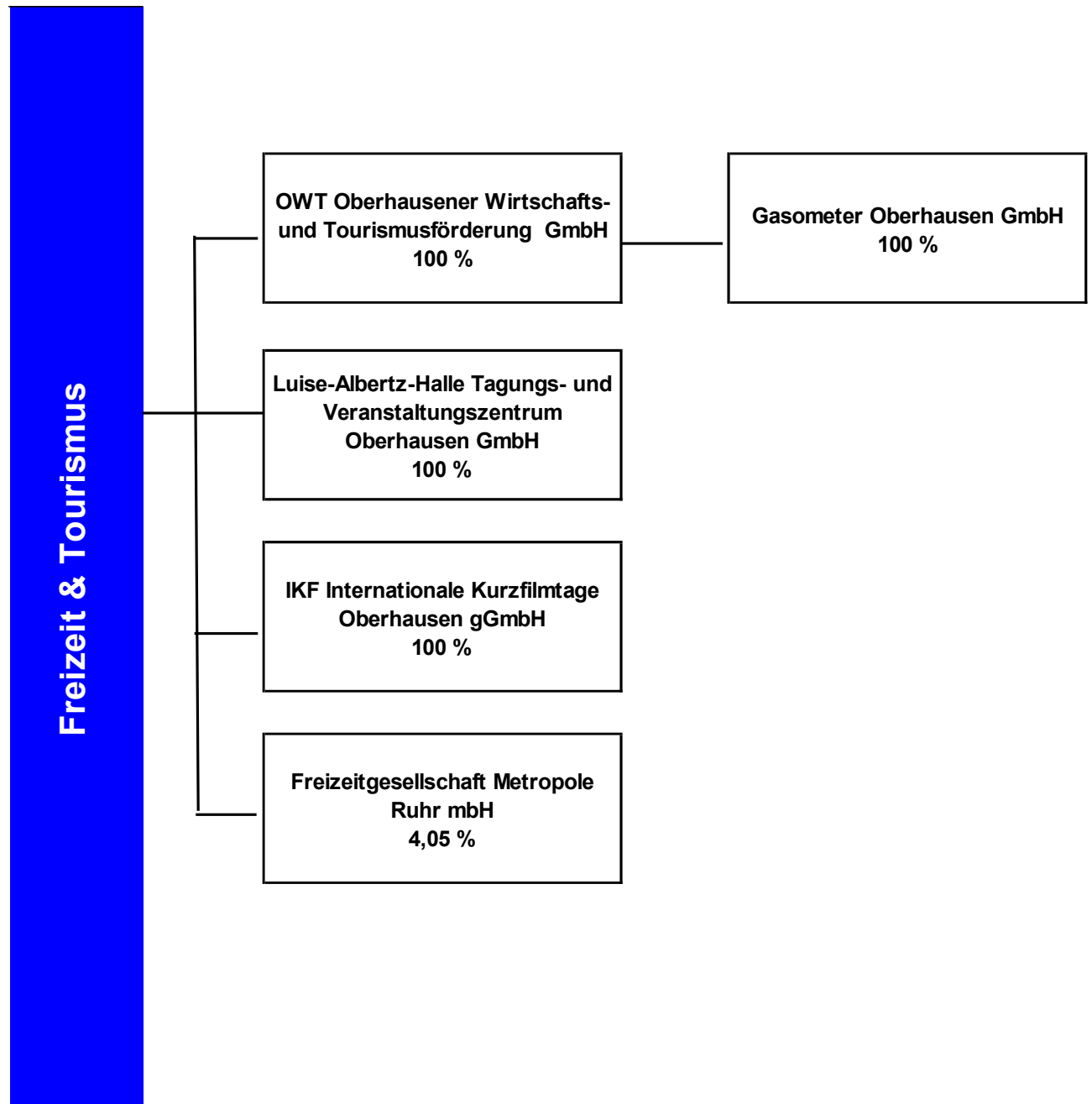
Die Geschäftsführung bedankt sich persönlich und im Namen der Mitarbeitenden der FMR für die Unterstützung der Gesellschafter in dem schwierigen ersten Jahr der COVID-19 Pandemie 2020.

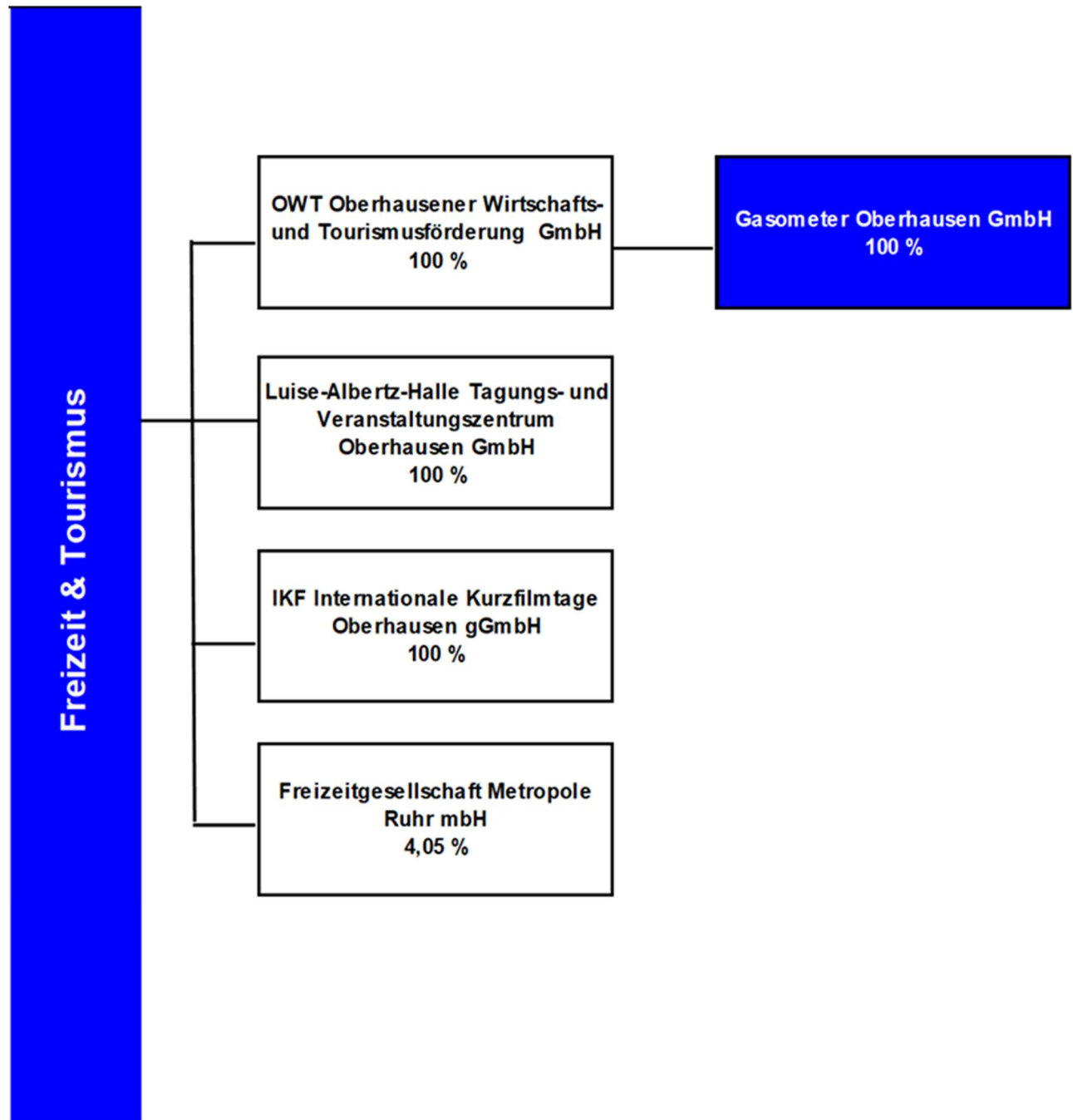
Bochum, 29. Mai 2021

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Jürgen Hecht
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - mittelbare Beteiligungen -





Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85037-30
Fax 0208/85037-33
e-Mail info@gasometer.de
Internet www.gasometer.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
derung GmbH
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
derung GmbH
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des
derung GmbH Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführerin Schmitz, Jeanette

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	278,64	4,7	170,69	2,9	260,13	4,0	89,44	52,40
Umlaufvermögen	5.667,66	95,3	5.690,94	97,1	6.252,30	96,0	561,36	9,86
Rechnungsabgrenzungsposten			0,71	0,0	0,71	0,0	0,00	0,00

Bilanzsumme

5.946,30	100,00	5.862,34	100,00	6.513,14	100,00	650,80	11,10
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	---------------	--------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.535,43	93,1	5.197,96	88,7	4.222,65	64,8	-975,31	-18,76
Rückstellungen	207,83	3,5	29,45	0,5	48,75	0,7	19,30	65,53
Verbindlichkeiten	203,04	3,4	123,82	2,1	1.862,61	28,6	1.738,79	1.404,29
Rechnungsabgrenzungsposten			511,11	8,7	379,13	5,8	-131,98	-25,82

Bilanzsumme

5.946,30	100,00	5.862,34	100,00	6.513,14	100,00	650,80	11,10
-----------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	---------------	--------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.574,98	2.278,35	40,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	192,64	-754,58	415,94
sonstige betriebliche Erträge	453,44	1.136,57	9.692,03
Materialaufwand	1.844,69	1.041,99	733,32
Personalaufwand	583,55	599,61	265,38
Abschreibungen	111,29	95,08	60,91
sonstige betriebliche Aufwendungen	541,19	1.306,59	10.043,82
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,15	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.140,51	-382,93	-955,46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	354,00	-65,32	
sonstige Steuern	19,86	19,86	19,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	766,65	-337,47	-975,31
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.327,35	4.094,00	3.756,53
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.094,00	3.756,53	2.781,22

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	21,44	-14,81	-2.438,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	53,19	-23,41	-67,66	%
Cash-Flow:	877,93	-242,39	-914,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.110,53	1.330,17	3.382,66	T€
Personalaufwandsquote:	13,82	22,54	2,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,69	2,91	3,99	%
Eigenkapitalquote:	93,09	88,67	64,83	%
Fremdkapitalquote:	6,91	11,33	35,17	%

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von der Sanierung des Gasometers, die in 2019 vorbereitet wurde und zeitnah nach der Beendigung der Ausstellung „Der Berg ruft“, Ende Oktober 2019 begann.

Die Außenhaut des Gasometers erhielt einen neuen Korrosionsschutz. Mit den Korrosionsschutzarbeiten wurde die Rodopi Marine GmbH beauftragt. Zunächst wurden vierzehn alte Farbschichten mit einem Feststoffstrahlverfahren von der Mantelhaut entfernt. Erst danach konnte der genaue Umfang der notwendigen Stahlbauarbeiten eingeschätzt werden. Dies führte zu Massenmehrungen gegenüber der Planung und damit zu Mehrkosten. Im Anschluss wurde eine Zinkstaubgrundbeschichtung, zwei Zwischenbeschichtungen und letztlich die Mantelbeschichtung aufgetragen. Nach intensiver Recherche und in Absprache mit der Denkmalpflege wurde für den Gasometer ein Farbton gewählt, der dem Farbton des Gasometers nach dem Wiederaufbau 1949 ähnelt. Die beauftragten Architekten Lindner Lohse BDA sowie der Korrosionsschutzsachverständige Klaus-Dieter Wolf, der die Maßnahme kontinuierlich begleitete, gehen davon aus, dass der Korrosionsschutz aufgrund der gründlichen Bearbeitung fünfundzwanzig bis dreißig Jahre halten wird.

Neben dieser Hauptmaßnahme wurde die Decke des Gasometers im Inneren neu gestrichen, das Fundament des Gasometers teilweise erneuert und die Brandmelde- und Sicherheitstechnik sowie die übrigen Elektroeinrichtungen auf den neuesten Stand gebracht.

Die Kosten für die Sanierung waren mit 14,5 Mio. € kalkuliert worden. Davon werden 7,25 Mio. € vom Bund gefördert, 2,5 Mio. € vom Land NRW, 4,4 Mio. € vom RVR. Die Gasometer Oberhausen GmbH übernimmt einen Eigenanteil in Höhe von 350.000 €. Bereits in 2019 fielen Kosten für die Sanierung in Höhe von 726.822 € an, in 2020 dann nochmals in Höhe von 9,5 Mio. €.

Neben der Sanierung des Gasometers, betreut die Gasometer Oberhausen GmbH eine weitere Baustelle: Hinter dem Gasometer befand sich eine alte Gasreglerstation, die von der Gesellschaft als provisorisches Lager genutzt wurde. Allerdings war das Gebäude mittlerweile so sanierungsbedürftig, dass es den Anforderungen eines modernen Ausstellungsbaus in keiner Weise gerecht wurde.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW hat deshalb zugesagt, einen Neubau mit integrierten Sozialräumen an gleicher Stelle zu fördern. Die Kosten für den Neubau wurden mit 499.631 € veranschlagt, das Ministerium hat eine 90%ige Förderung zugesagt, was 449.668 € entspricht. Die restlichen erforderlichen Mittel erbringt die Gasometer Oberhausen GmbH als Eigenanteil. Die Lagerhalle soll ein begrüntes Dach erhalten. Die Kosten hierfür in Höhe von 42.153 € übernimmt die EGLV EMSCHERGENOSSENSCHAFT im Rahmen des Förderprogramms „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ (Land NRW 80%, EG 20%). Im Berichtsjahr wurde die alte Lagerhalle bereits abgerissen. Es fielen Kosten in Höhe von 124.435 € an.

Die Vorbereitungen für die in 2021 geplante Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ wurden im Berichtsjahr vom Team des Gasometers ebenfalls vorangetrieben. In diesem Zusammenhang wurden Aufträge in Höhe von 378.049 € im Berichtsjahr erteilt und acht neue Projektoren im Wert von 134.570 € geordert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Defizit in Höhe von 975.311 € und reduziert um diesen Betrag den Bilanzgewinn aus den Vorjahren. So ergibt sich ein Bilanzgewinn zum 31.12.2020 in Höhe von 2.781.220 €.

Ausblick:

Die Sanierung des Gasometers kann voraussichtlich Ende Juni 2021 abgeschlossen werden. Durch höhere Ausschreibungsergebnisse, Massenmehrungen und vorher unplanbare, notwendige Leistungen rechnet die Gesellschaft mit Mehrkosten in Höhe von ca. 1,3 Mio. €. Der Bund hat sich bereit erklärt 500.000 € zu fördern. Voraussichtlich beteiligt sich das Land NRW mit der gleichen Summe. Allerdings wird der Haushalt erst im Dezember 2021 verabschiedet. Die restlichen Kosten müssen wieder von der Gasometer Oberhausen GmbH getragen werden.

Sofern die Corona-Situation es zulässt und eine publikumswirksame Eröffnung möglich ist, beginnt die Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ im Juli 2021. Vorgesehen ist eine Laufzeit bis Ende 2022.

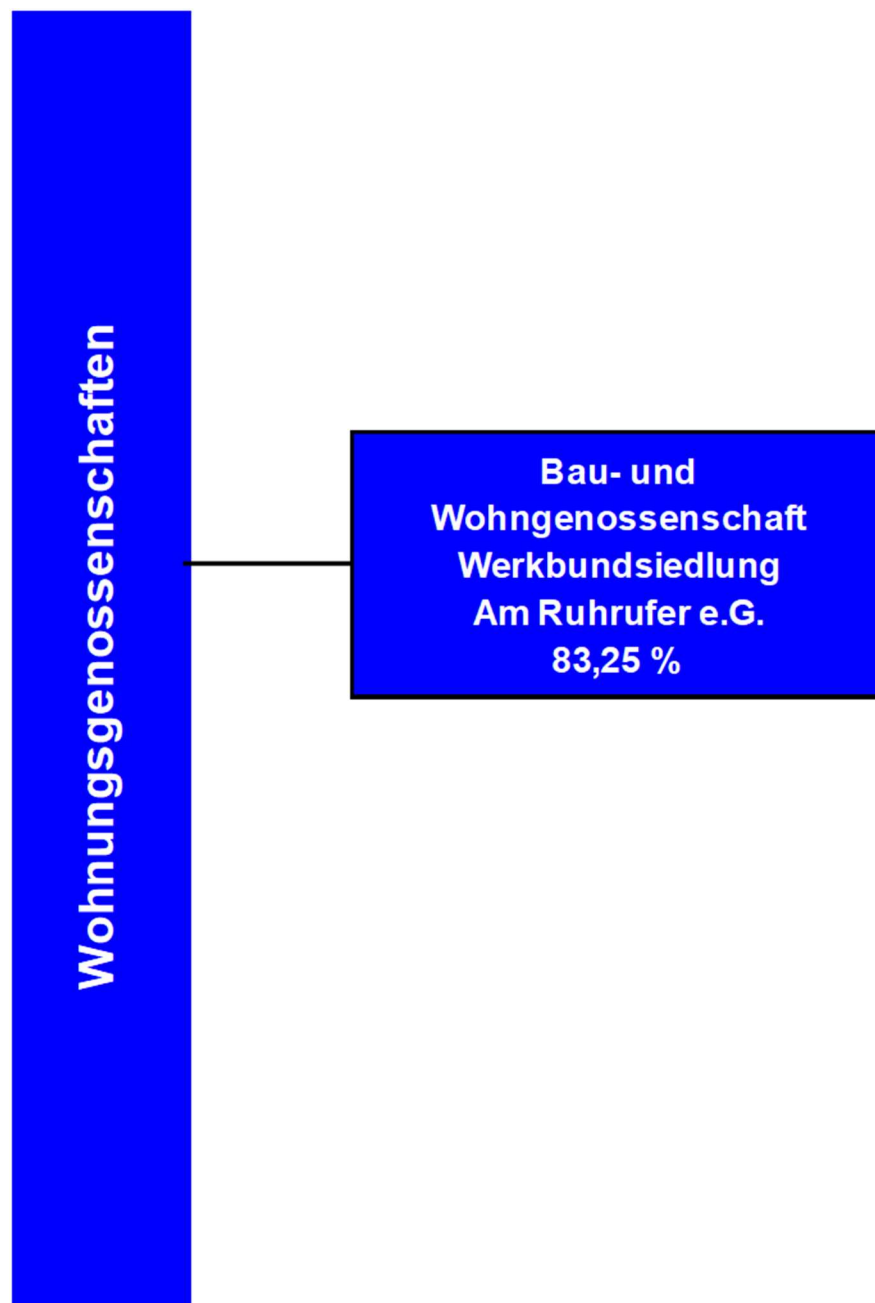
Während der Zeit der Sanierung konnte die Gesellschaft neben der Grundsicherungs-förderung durch den RVR in Höhe von 397.648 € keine weiteren wesentlichen Einnahmen generieren und lebte von ihren finanziellen Rücklagen. Daraus wird auch der anfallende Eigenanteil für die Sanierung erbracht sowie alle zusätzlichen im Rahmen der Sanierung anfallenden Kosten, die nicht förderfähig sind. Spätestens im Sommer sind diese finanziellen Reserven jedoch weitestgehend aufgebraucht. Wenn dann keine publikums-wirksame Eröffnung der Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ möglich wird oder die Ausstellung nicht erfolgreich sein sollte, gerät die Gesellschaft in ernste finanzielle Schwierigkeiten.

Oberhausen, 25. März 2021

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführerin

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 201,45

Gesellschafter:	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	33,74	16,75
Stadt Oberhausen	167,70	83,25

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungsformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr./Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:	Vorsitzende	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Mühle, Stefan
	Mitglied	Schmidt, Jörg

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen-Schlünzen, Margret
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Perez, Ninovic

Generalversammlung:	Willecke, Thomas
----------------------------	------------------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
1.470,49	89,4	1.441,29	90,3	1.425,15	89,1	-16,14	-1,12
174,62	10,6	155,01	9,7	173,79	10,9	18,78	12,12

Bilanzsumme

1.645,11	100,00	1.596,30	100,00	1.598,94	100,00	2,64	0,17
----------	--------	----------	--------	----------	--------	------	------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
606,58	36,9	603,75	37,8	636,28	39,8	32,53	5,39
4,59	0,3	2,00	0,1	12,00	0,8	10,00	500,00
1.033,95	62,8	990,55	62,1	950,18	59,4	-40,37	-4,08
				0,48	0,0	0,48	

Bilanzsumme

1.645,11	100,00	1.596,30	100,00	1.598,94	100,00	2,64	0,17
----------	--------	----------	--------	----------	--------	------	------

bb) GuV

Umsatzerlöse

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an
fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Veränderungen der Kapitalrücklage und der Ge-
winnrücklagen

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
142,61	142,62	141,58
1,17	4,93	1,29
4,00	4,00	
54,80	92,96	55,85
29,20	29,20	26,40
6,77	8,24	4,53
0,31	0,23	
25,13	16,88	16,25
32,19	4,50	39,85
7,33	7,33	7,33
24,86	-2,82	32,52
4,05	4,42	1,60
24,49		30,25
4,42	1,60	3,87

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,43	-1,98	22,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,13	-0,47	5,14	%
Cash-Flow:	54,06	26,37	58,92	T€

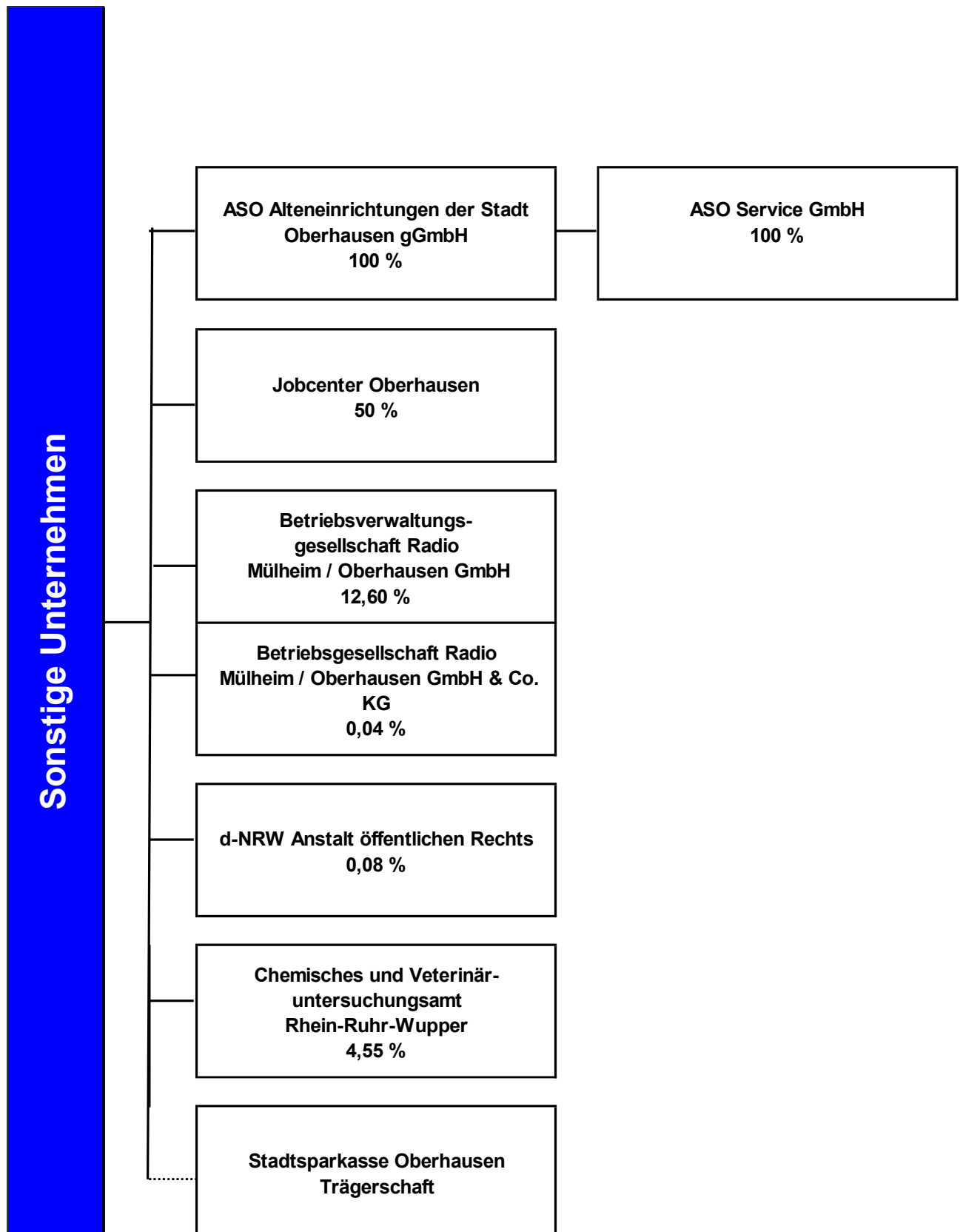
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

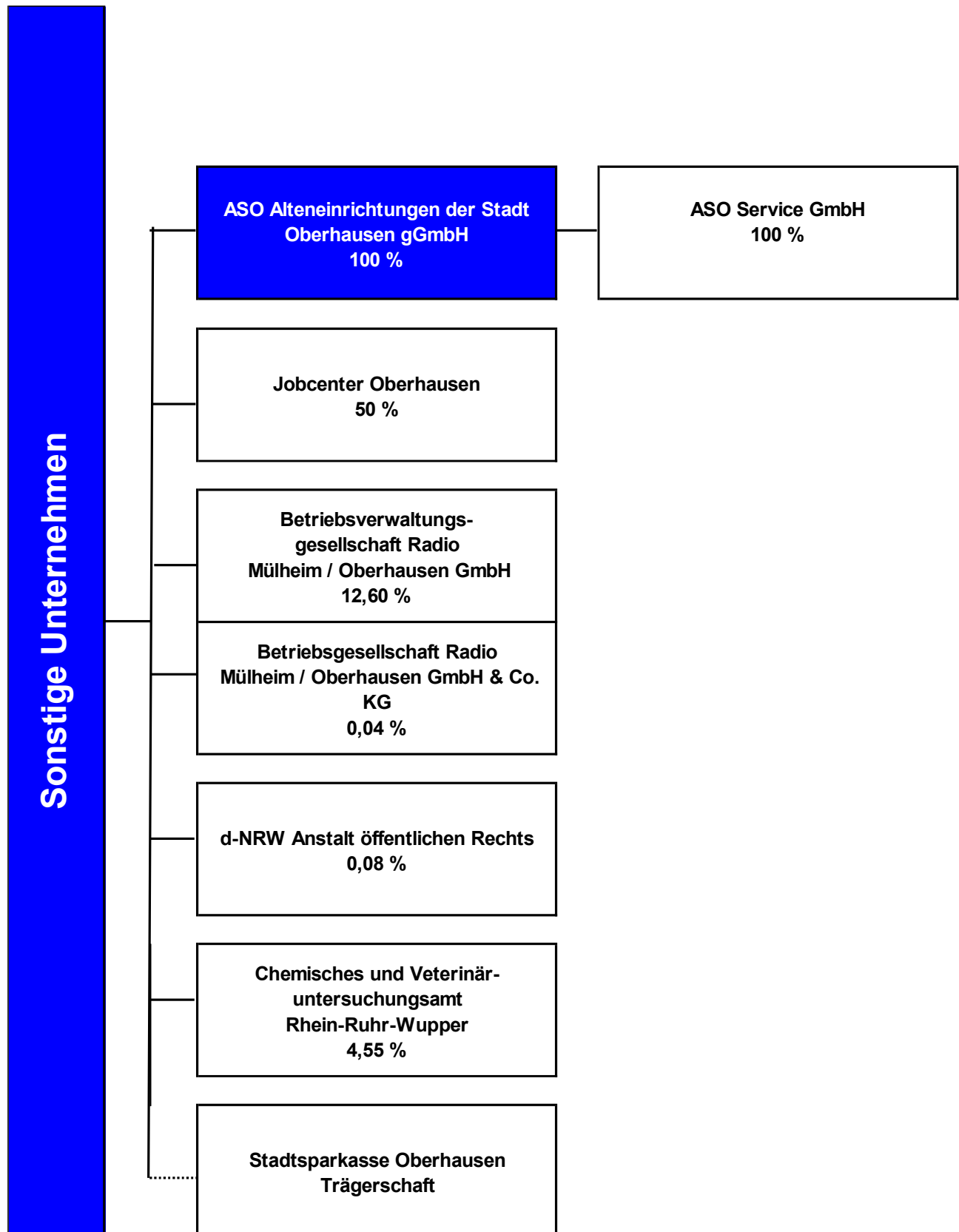
	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,39	129,78	89,13	%
Eigenkapitalquote:	36,87	37,82	39,79	%
Fremdkapitalquote:	63,13	62,18	60,21	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen -





ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/691200
Fax 0208/691770
e-Mail petra.stecker@aso-ggmbh.de
Internet www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführerin Stecker, Petra

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Motschull, Frank

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Lange, Jörg
	Mitglied	Baumann, Louisa
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	Mitglied	Korbar, Ulrike

Prokura:	Prokurist	Middendorf, Michael
-----------------	-----------	---------------------

c) Beteiligungen

unmittelbar

ASO Service GmbH

T€	%
25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.133,62	72,1	8.872,05	67,4	8.745,83	62,2	-126,22	-1,42
Umlaufvermögen	3.522,29	27,8	4.285,49	32,5	5.315,97	37,8	1.030,48	24,05
Rechnungsabgrenzungsposten	13,11	0,1	13,82	0,1	9,57	0,1	-4,25	-30,75

Bilanzsumme	12.669,02	100,00	13.171,37	100,00	14.071,37	100,00	900,00	6,83
--------------------	-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	--------	------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.648,97	28,8	4.455,04	33,8	4.782,77	34,0	327,73	7,36
Sonderposten mit Rücklagenanteil			0,49	0,0	41,08	0,3	40,59	8.283,67
Rückstellungen	2.304,91	18,2	2.041,77	15,5	2.400,06	17,1	358,29	17,55
Verbindlichkeiten	6.318,11	49,9	6.171,51	46,9	6.315,35	44,9	143,84	2,33
Rechnungsabgrenzungsposten	397,03	3,1	502,56	3,8	532,10	3,8	29,54	5,88

Bilanzsumme	12.669,02	100,00	13.171,37	100,00	14.071,37	100,00	900,00	6,83
--------------------	-----------	--------	-----------	--------	-----------	--------	--------	------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	20.781,04	22.428,70	22.825,03
sonstige betriebliche Erträge	607,48	330,80	821,70
Materialaufwand	4.903,88	5.579,30	6.175,89
Personalaufwand	11.571,43	11.712,52	12.455,15
Abschreibungen	321,50	310,45	341,55
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.405,83	4.321,08	4.317,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,02	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31,33	29,95	28,63
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	154,55	806,23	327,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,17	-0,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	154,55	806,06	327,73
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	154,55	806,06	327,73

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,74	3,59	1,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,42	22,09	7,36	%
Cash-Flow:	476,05	1.116,51	669,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	106,62	114,18	118,22	T€
Personalaufwandsquote:	54,10	51,46	52,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,06	63,60	58,72	%
Eigenkapitalquote:	28,80	33,82	33,99	%
Fremdkapitalquote:	71,20	66,18	66,01	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die ASO Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit der Zielausrichtung, für ältere Bürger/innen aus Oberhausen und Umgebung barrierefreien Wohnraum mit Betreuungsangeboten sowie Pflege und Beratung in vollstationären und ambulanten Einrichtungen vorzuhalten.

Dazu betreibt das Unternehmen 234 altengerechte Wohnungen, 3 Dauerpflegeeinrichtungen und 2 Tagespflegen sowie einen ambulanten Pflegedienst.

Verpächter der stationären Einrichtungen Louise Schroeder Heim sowie Haus Bronkhorstfeld ist der Eigenbetrieb ASO. Als Bauherr stellt der Eigenbetrieb den Ersatzbau für einen Teilbereich des Louise Schroeder Heims (Haus 3) in diesem Jahr fertig. Die Beteiligung der ASO Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH als zukünftiger Betreiber des Ersatzneubaus ist regelhaft und ausreichend. Die Seniorenresidenz am OLGA-Park ist langfristig von INP Control GmbH, Hamburg gepachtet.

Organe der gemeinnützigen Gesellschaft sind gemäß Satzung die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, die auf Vorschläge der Fraktionen und Gruppen in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 16. November 2020 gewählt wurden. Ein Sitz im Aufsichtsrat entfällt auf ein Mitglied gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW. Der Aufsichtsrat der ASO gGmbH hat in seiner konstituierenden Sitzung am 21.12.2020 einem Mitglied des Betriebsrats der ASO gGmbH, einem Mitglied des Bereiches 9-5/Beteiligungen der Stadt Oberhausen sowie dem Betriebsleiter des Eigenbetriebs ASO ein dauerhaftes Gastrecht eingeräumt.

Die Geschäftsleitung besteht aus der Geschäftsführerin Frau Petra Stecker und dem Prokuristen Herrn Michael Midden-dorf. Die Aufgabenverteilung ist gem. Geschäftsordnung und Organigramm in zwei Geschäftsbereiche aufgeteilt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat grundsätzlich wenig Einfluss auf die Gesellschaft, da Pflegeeinrichtungen orts-teilbezogene Einrichtungen sind und einen Großteil der Bewohnerschaft aus dem jeweiligen Stadtteil erhalten.

Durch den politischen Grundsatz „ambulant vor stationär“, verändert sich die Belegungsstruktur dahingehend, dass die Bewohner, wenn sie in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung aufgenommen werden, in der Regel älter und pflegebedürfti-ger sind, als in der Vergangenheit. Die hiermit einhergehende geringere Verweildauer und das hohe Angebot von Pflege-plätzen in der Region verschärfen den Wettbewerb der Pflegeeinrichtungen untereinander weiter. Andererseits wird durch den generellen demographischen Trend der Anteil von pflegebedürftigen und betreuungsbedürftigen Menschen zuneh-men, was zu einer dauerhaften Nachfrage nach dem Angebot voll- und teilstationärer Altenpflege führen wird.

Die Aufgabe der ASO Alteineinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH wird es sein, für den Bürger verschiedene, qua-litativ hochwertige Angebote an Pflegeleistungen anzubieten.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann mit einem Jahresergebnis von T€ 328 (806 T€ Vorjahr) als kontinuierlich gut bezeichnet werden. Der Gesellschaft ist es gelungen, trotz Ausbruch des Coronavirus in Deutschland im Frühjahr 2020 den positiven Trend der letzten Jahre fortzusetzen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Gesellschaft sind neben den erzielten Erhöhungen der Pflegesätze und eine stringente Kostenkontrolle, ebenfalls die trotz der großen Kon-kurrenz auf dem Oberhausener Pflegemarkt zufriedenstellende Belegung der Seniorenresidenz am OLGA-Park und Haus Bronkhorstfeld. Auf die unzureichende Belegungssituation im Louise Schroeder Heim infolge der veralteten Gebäudesub-stanz wird mit der Errichtung eines Ersatzneubaus entgegengewirkt.

Die Auswirkungen hinsichtlich des Ausbruchsgeschehens in der sog. zweiten Welle der Corona-Pandemie im November 2020 in den Pflegeeinrichtungen der ASO Alteineinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH werden sich erst im 1. Quartal 2021 niederschlagen.

Belegungsentwicklung im Geschäftsjahr

Die ASO gGmbH betreibt drei Dauerpflegeeinrichtungen mit insgesamt 409 Plätzen. Im Jahresdurchschnitt waren die Einrichtungen mit 88,4 % belegt. Bedingt durch die Corona-Pandemie, die die Heime in unterschiedlicher Weise beein-trächtigt hat, liegt die Auslastungsquote um 3,1 % unter dem Jahresniveau aus 2019.

Im Louise Schroeder Heim, das größte Altenheim des Unternehmens mit 250 Plätzen, liegt die Belegung mit 82,9 % wieder deutlich unter dem Niveau der anderen Einrichtungen. Dies ist einerseits der hohen Anzahl an Doppelzimmern geschuldet, die kaum noch vollstationär belegbar sind, sowie am Ausbruchsgeschehen in der sog. zweiten Welle der Corona-Pande-mie im November 2020. Behördlich angeordnete Quarantäne über mehrere Wohnbereiche, verbunden mit einem Aufnah-mestopp und Todesfälle durch oder im Zusammenhang mit Corona wirkten sich in der Belegung negativ aus.

Das Haus Bronkhorstfeld mit 99 Plätzen hat im Jahr 2020 eine Auslastung von 96,9 % erreicht. Die Belegung liegt mit 1,3 % unter dem Niveau des Vorjahrs. Im 4. Quartal 2020 führten mehrere Ausbruchsgeschehen der Corona-Virusinfektion zu einem schnellen, merklichen Belegungsrückgang. Das Haus war am längsten und heftigsten von der Pandemie betrof-fen.

Die Seniorenresidenz am OLGA-Park liegt mit 97,4 % Auslastung im Vergleich zum Vorjahr mit 98,8 Prozentpunkten ebenfalls unter seinem Durchschnittsniveau. Auch dieses Haus war von zwei aufeinanderfolgenden Corona-Ausbruchs-geschehen betroffen und musste durch behördlich angeordnete Quarantäne und Aufnahmestopps die Belegung einstellen. Die Tagespflegeeinrichtungen „Louise Schroeder Tagespflegezentrum“ sowie Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mussten zu Beginn des Jahres 2020 durch eine Allgemeinverfügung des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Corona-Pandemie geschlossen werden. Im Rahmen der Ausnahmeregelung für Nutzerinnen und Nutzer deren häusliche Versorgung bei Wegfall der teilstationären Pflege und Betreuung gefährdet wäre, konnte die Gesellschaft auch während der Allgemeinverfügung des Landes Nordrhein-Westfalen den Betrieb der beiden Tagespflegeeinrichtungen mit geringen Nutzerzahlen fortsetzen.

Seit dem 16.06.2020 sind sie mit einer Sondergenehmigung für 14 bzw. 12 Tagesgästen täglich geöffnet. Die Auslastung liegt für das Louise Schroeder Tagespflegezentrum bei 73,3 %; im Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ erreichte die Auslastung 78,6 %.

Der ambulante Pflegedienst „Häuslicher Pflegedienst Elly Heuss Knapp Quartier“ hat eine gleichbleibend stabile Klienten-anzahl. Der Hauptanteil der betreuten Kunden liegt im Einzugs der Wohnungen auf dem Gelände.

Der vermietete Wohnungsbestand wird zu 99,8 % ausgelastet. Besonders die zuletzt erbauten Häuser 5 und 5a auf dem Gelände des Elly Heuss Knapp Quartier sind stark nachgefragt und zu 100 % vermietet.

Entgeltverhandlungen und Investitionskostenfortschreibung

Die Entgeltverhandlungen für die vollstationären und teilstationären Betriebsteile für den Zeitraum 1. Januar bis 31.12.2021 wurden regelhaft im Oktober 2020 aufgenommen. Mit durchschnittlich 3,4 % Entgelterhöhung der stationären Einrichtungen konnte an den erfolgreichen Verhandlungen des vergangenen Jahres angeknüpft werden und überwiegend eine Kostendeckung der Personal- und Materialaufwände sichergestellt werden.

Mit dem novellierten – seit dem 5. September 2020 in Kraft getretenen – Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) einschließlich der novellierten Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW), sind mehrere Änderungen bei der Ermittlung der Investitionskosten vorgenommen worden. Hierzu zählen unter anderem die Anpassung der Bestandschutzregelung für Mietverhältnisse sowie eine Verlängerung der ursprünglich bis zum 31.12.2020 befristeten Bescheide bis zum 30.06.2021.

Da sämtliche voll- und teilstationären Einrichtungen der Gesellschaft angepachtet wurden, finden im Rahmen der Investitionskostenfestsetzung die Regelungen nach dem Mietmodell Anwendung. Infolgedessen wurden die bisherigen Investitionskostenbescheide bis zum 30.06.2021 verlängert. Die entsprechenden Folgeanträge sind fristgerecht für alle voll- und teilstationären Einrichtungen beim Landschaftsverband Rheinland gestellt worden.

Die entsprechenden Investitionskostenbescheide des Landschaftsverbandes Rheinland sind aber bisher nur für das Haus Bronkhorstfeld, die Seniorenresidenz am OLGA-Park sowie für die beiden Tagespflegeeinrichtungen erlassen worden.

3. Aufwands- und Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2020 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 328 T€. Zum Vorjahresergebnis ergibt sich eine Verringerung von - 478 T€.

Damit konnte das für das Geschäftsjahr 2020 geplante Ergebnis von + 168 T€ trotz der schwierigen Rahmenbedingungen übertroffen werden. Die Corona-Hilfen haben die durch die Pandemie verursachten Mehraufwendungen und Mindererlöse im Pflegebereich nahezu ausgeglichen.

In den Umsatzerlösen sind Erstattungen gem. § 150 SGB XI in Höhe von 600 T€ enthalten, die zum Ausgleich der Auswirkungen aus der Covid-19-Pandemie für Mehraufwendungen und Mindererlöse gewährt wurden. Die Mehraufwendungen zeigen sich insbesondere in der Entwicklung des medizinischen Bedarfs (Anstieg + 160 T€) und erhöhten Personalaufwendungen (Anstieg + 68 T€). Die Mindererlöse haben 372 T€ betragen. Die unsichere Rechtslage hinsichtlich der Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen wurde durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt. Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse um 1,8 % auf 22.825 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um 488 T€ auf 816 T€. Dies ist neben den Erstattungen für Mehraufwendungen infolge der PoC-Tests (184 T€) auch auf Erstattungen für die geleistete Corona-Prämie (293 T€) zurückzuführen.

Der Materialaufwand erhöhte sich insbesondere aufgrund der Infektionsbedingten Mehrausgaben für Schutzkleidung sowie den anhaltend hohen Einsatz von Fremdpersonal im Pflegebereich um 597 T€ auf 6.176 T€.

Der Personalaufwand stieg um 742 T€ auf 12.455. Begründet ist dies insbesondere durch die ausgezahlte Corona-Prämie in Höhe von 293 T€ sowie durch die allgemeine Tarifsteigerung einschließlich der Corona-Sonderzahlung im öffentlichen Dienst.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich mit 4.318 T€ auf Vorjahresniveau. Die Abschreibungen erhöhten sich um 32 T€ auf 342 T€.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig verändert.

4. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 2.035 T€ (Vorjahr 1.678 T€) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert.

Die kurzfristige Liquidität beträgt 2.116 T€ (Vorjahr 1.690 T€) und deckt den betriebsgewöhnlichen monatlichen Finanzbedarf von 1.915 T€ für 1,1 Monate (Vorjahr 0,9 Monate) ab. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs war durch die Liquidität jederzeit sichergestellt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 906 T€ hat ausgereicht die Investitionen des Jahres (213 T€) zu finanzieren. Demgegenüber weist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit einen negativen Stand von 79 T€ aus.

5. Finanzielle und Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf 4.783 T€. Die Eigenkapitalquote (Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital) erhöhte sich geringfügig auf 34,0 % (Vorjahr 33,8 %).

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH strebt eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit an. Infolgedessen sind im Geschäftsjahr umfassende Mitarbeiter-Dialoge durchgeführt worden. Für das kommende Jahr ist eine Mitarbeiterbefragung geplant. Ferner werden unsere Unternehmenswerte und Führungsgrundsätze im Rahmen von diversen Veranstaltungen im Team kommuniziert.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

In den letzten Lageberichten wurde schon seitens des Geschäftsführers darauf hingewiesen, dass dem ASO Eigenbetrieb ein negatives Finanzdelta aufgrund der in NRW gültigen Investitionskostenfinanzierung entstehen wird. Dies kann nur entweder durch einen Ausgleichsbetrag durch die Stadt Oberhausen an den Eigenbetrieb erfolgen oder dadurch, dass eine unmittelbare Übernahme und Bedienung bestimmter Darlehen durch die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH erfolgt. Dies kann nur vom Unternehmen getragen werden, wenn die eigene Wirtschafts- und Finanzlage stabil positiv bleibt.

Die Corona-Pandemie hatte im Berichtsjahr im Rahmen der sog. 2. Welle heftige Auswirkungen in den stationären Einrichtungen der ASO gGmbH. Zahlreiche Erkrankungen mit Todesfällen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, massive Ansteckungen im Bereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führten wie auch in anderen stationären Einrichtungen in Oberhausen zu einem Imageverlust, dem mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muss. Mindereinnahmen im Bereich der Pflegeleistungen konnten im Berichtsjahr durch den sog. Rettungsschirm nach § 150 SGB XI weitestgehend ausgeglichen werden. Inwieweit diese Unterstützung im Folgejahr weiterbestehen bleibt, bleibt abzuwarten. Zurzeit ist sie bis Ende des 1. Halbjahres 2021 gültig.

Viel entscheidender für die Behauptung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen am Pflegemarkt ist zum einem die Weiterentwicklung der Angebotsstruktur hinsichtlich einer ganzheitlich zu betrachtenden Quartiersentwicklung auf dem Gelände des Louise Schroeder Heims. Die schon angestoßene Attraktivitätssteigerung des Haus II muss kurzfristig zum Abschluss kommen. Inhaltlich sollte eine Konzeption gefunden werden, die die Nutzung der Doppelzimmer realisierbar macht. Dies kann die Nutzung zur rehabilitativen Kurzzeitpflege bzw. zum Pflegehotel sein. Eine entsprechende Konzeptionierung und Kostenanalyse der notwendigen Umbauten muss kurzfristig im Folgejahr gemeinsam mit dem Verpächter ASO Eigenbetriebe erfolgen und den entsprechenden politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zum anderen muss das Haus III des Louise Schroeder Heims nach dem Umzug der Bewohner in den Ersatzneubau einer neuen Nutzung zugeführt werden. Hier können weitere altengerechte Wohnungen mit Betreuungs- und Serviceangeboten sowie Arztpraxen oder einer Kita entstehen. Ende des Jahres wurde seitens der Verpächterin eine entsprechende Prüfung der Gebäudestruktur in Auftrag gegeben.

Um das Quartier „Louise Schroeder“ in der Angebotsstruktur zu vervollständigen kann in Haus I im Erdgeschoss, für das bisher keine Nutzung gefunden wurde, eine Pflegeberatungsstelle, ein Ambulanter Pflegedienst und weitere Praxisräume entstehen.

Im Elly Heuss Knapp Quartier müssen die bestehenden Angebote für die Mieter im Quartier ausgebaut werden. Hierzu gehört die Entwicklung niederschwelliger Angebote, die neben dem offenen Mittagstisch, auch Beschäftigungs- und Mitmachaktionen beinhaltet, um der Vereinsamung der alten Menschen entgegenzuwirken.

Die Vermietung im Quartier der oberen Wohnungen in den Bungalows könnte sich zunehmend schwieriger gestalten, da die Barrierefreiheit nicht vollständig gegeben ist. Da die Häuser keiner Mietpreisbindung mehr unterstehen, wird im kommenden Jahr geprüft, ob die Vermietung an jüngere Menschen sinnvoll ist. Eine Vermietung an junge Menschen kann zum Beispiel in Verbindung mit einer Ausbildung in der Pflegegeneralistik im Unternehmen sein und das Quartier sinnvoll in einem Miteinander von Jung und Alt beleben.

Auch das Angebot einer weiteren Tagespflege im Unternehmen, nämlich im Elly Heuss Knapp Quartier, kann die Marktposition deutlich stabilisieren und behaupten. Ein entsprechendes Konzept wird im Folgejahr von der Geschäftsleitung geprüft.

Grundsätzlich muss sich die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH für die kommenden Aufgabenstellungen rüsten. Dazu gehört eine moderne, alle Bereiche unterstützende EDV-Struktur, die mit verschiedenen Digitalisierungsprozessen einhergeht und im Folgejahr ein Schwerpunkt sein wird.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 geht von einem positiven Jahresergebnis von insgesamt 51 T€ aus. Die Corona bedingten Einflüsse sind im Wirtschaftsplan 2021 analog zum Wirtschaftsplan 2020 nicht berücksichtigt worden da diese Auswirkungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht sinnvoll prognostizierbar waren.

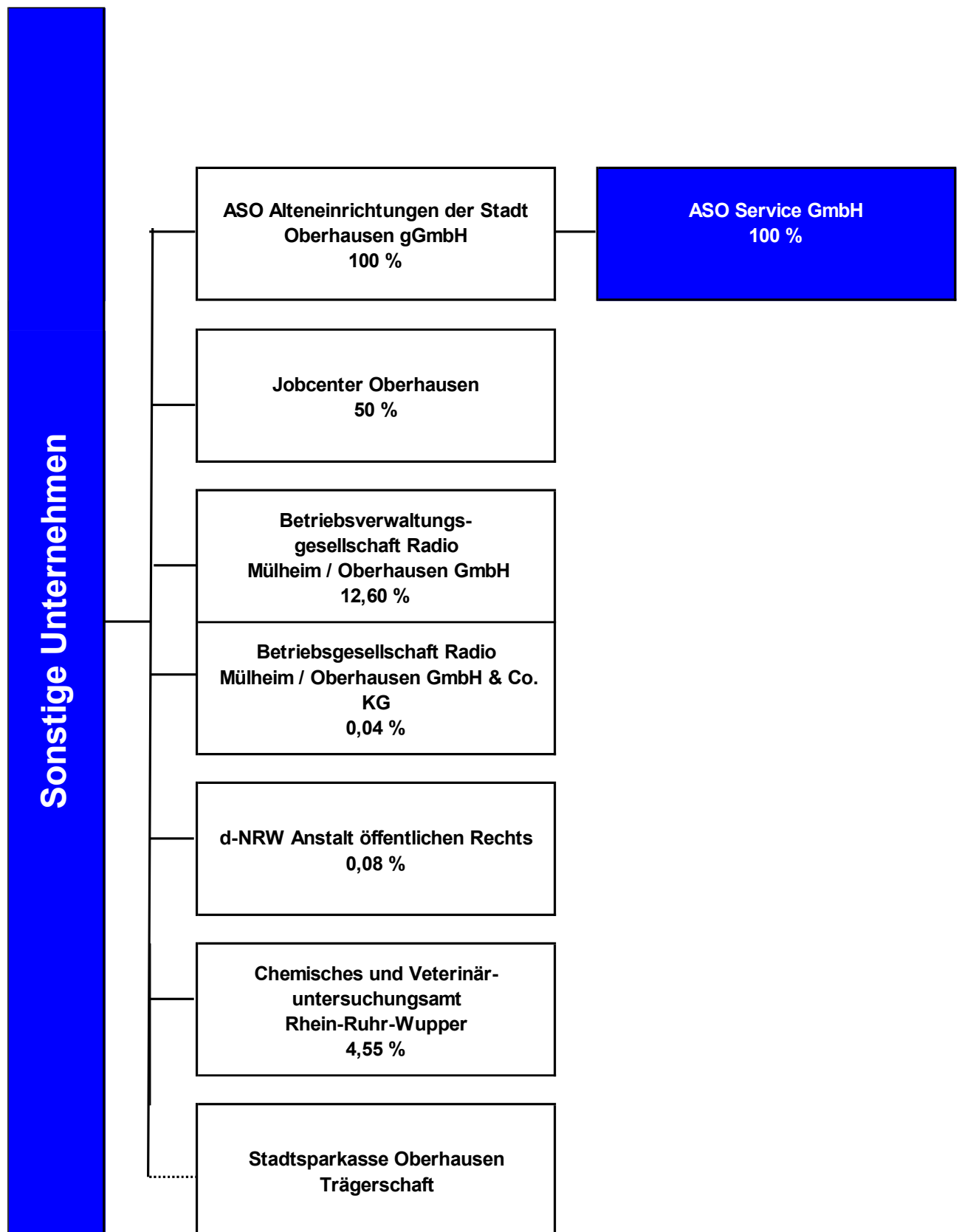
Bei der Planung der Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen sowie der Erträge aus Unterkunft und Verpflegung im voll- und teilstationären Bereich wurde von einer Steigerung der Pflegesätze von 2,6 % ausgegangen. Die zugrunde gelegten Auslastungen im stationären Bereich liegen zwischen 90 % für das Louise-Schroeder-Heim und 98 % für das Haus Bronkhorstfeld und der Seniorenresidenz am OLGA-Park. Im Personalkostenbereich ist mit einer Tarifsteigerung von 2,5 % kalkuliert worden.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2021 als entspannt beurteilt werden. Es sind derzeit, bis auf die beschriebenen Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie, keine unkontrolliert finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle absehbar. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Gesellschaft, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Oberhausen, 20. April 2021

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)

Petra Stecker
Geschäftsführerin



ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/6911

Fax 0208/691770

e-Mail petra.stecker@aso-ggmbh.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführerin Stecker, Petra

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Motschull, Frank

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Umlaufvermögen

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
69,97	100,0	64,94	100,0	82,25	100,0	17,31	26,66

Bilanzsumme

69,97	100,00	64,94	100,00	82,25	100,00	17,31	26,66
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
25,00	35,7	25,00	38,5	25,00	30,4	0,00	0,00
23,20	33,2	22,99	35,4	25,81	31,4	2,82	12,27
21,77	31,1	16,95	26,1	31,44	38,2	14,49	85,49

Bilanzsumme

69,97	100,00	64,94	100,00	82,25	100,00	17,31	26,66
--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	---------------	--------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Personalaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
1.154,05	1.118,32	1.269,01
99,46	15,51	199,18
1.233,53	1.117,44	1.449,52
19,95	16,39	18,67
0,02		0,00
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	40,86	43,54	45,01	T€
Personalaufwandsquote:	98,41	98,55	98,73	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	35,73	38,50	30,40	%
Fremdkapitalquote:	64,27	61,50	69,60	%

e) Lagebericht**I. Geschäft und Rahmenbedingungen**

Die Gesellschaft wurde am 1. Februar 2003 als 100 %-ige Tochter der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH gegründet. Sie soll insbesondere hauswirtschaftliche Dienstleistungen in den Pflegeeinrichtungen der Muttergesellschaft übernehmen. Die Gesellschaft ist unabhängig von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Leistungen der Gesellschaft dienen der Versorgung von Pflegebedürftigen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführerin ist Frau Petra Stecker und als Prokurist ist Herr Michael Midden-dorf bestellt.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**a. Umsatz- und Ertragsentwicklung**

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2020 auf 1.269.013,68 €.

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organshaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

b. Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2020 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 32,62 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 6,58 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 59 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31. Dezember 2020 waren insgesamt 32,67 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 59 Mitarbeitenden besetzt.

c. Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

d. Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 30,5 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2020 errechnet sich eine kurzfristige Liquidität von 33 T€ (Vorjahr 34 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 122 T€ (Vorjahr 94 T€) gegenübersteht.

Dadurch, dass die Leistungen ausschließlich an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH erbracht werden und die aus den Leistungen resultierenden Forderungen zeitnah beglichen werden, ist eine Vorfinanzierung eigener Betriebskosten grundsätzlich nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird regelmäßig durch die Gesellschafterin sichergestellt und war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

III. Prognose-, Chancen und Risikobericht**a. Chancen- und Risikobericht**

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden. Während die Auslastung sowohl der Seniorenresidenz am OLGA-Park als auch von Haus Bronkhorstfeld mit nahezu 97 % gehalten werden konnte, muss hinsichtlich des Louise-Schroeder-Heims erneut eine unzureichende Auslastung mit 82,9 % konstatiert werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt und liegen im Wesentlichen an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim sowie am Ausbruchsgeschehen in der sog. zweiten Welle der Corona-Pandemie im November 2020. Behördlich angeordnete Quarantäne in den einzelnen stationären Einrichtungen, verbunden mit einem Aufnahme-stopp und Todesfälle durch oder im Zusammenhang mit Corona wirkten sich in der Belegung negativ aus.

b. Prognosebericht

Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden.

Die Anfang 2020 begonnene Pandemie durch das Coronavirus hat bei der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2020 nicht zu größeren negativen wirtschaftlichen Einbußen geführt. Ob die Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2021 zu nicht refinanziertem Mehraufwand oder zu Mindereinnahmen bei der Muttergesellschaft führt, kann allerdings noch nicht abschließend festgestellt werden. Grundsätzlich erhält die ASO Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH etwaige Corona-bedingte negativen wirtschaftlichen Folgen durch das Krankenhausentlastungsgesetz erstattet. Inwieweit diese Unterstützung im Folgejahr weiterbestehen bleibt, bleibt abzuwarten. Zurzeit ist sie bis Ende des 1. Halbjahres 2021 gültig.

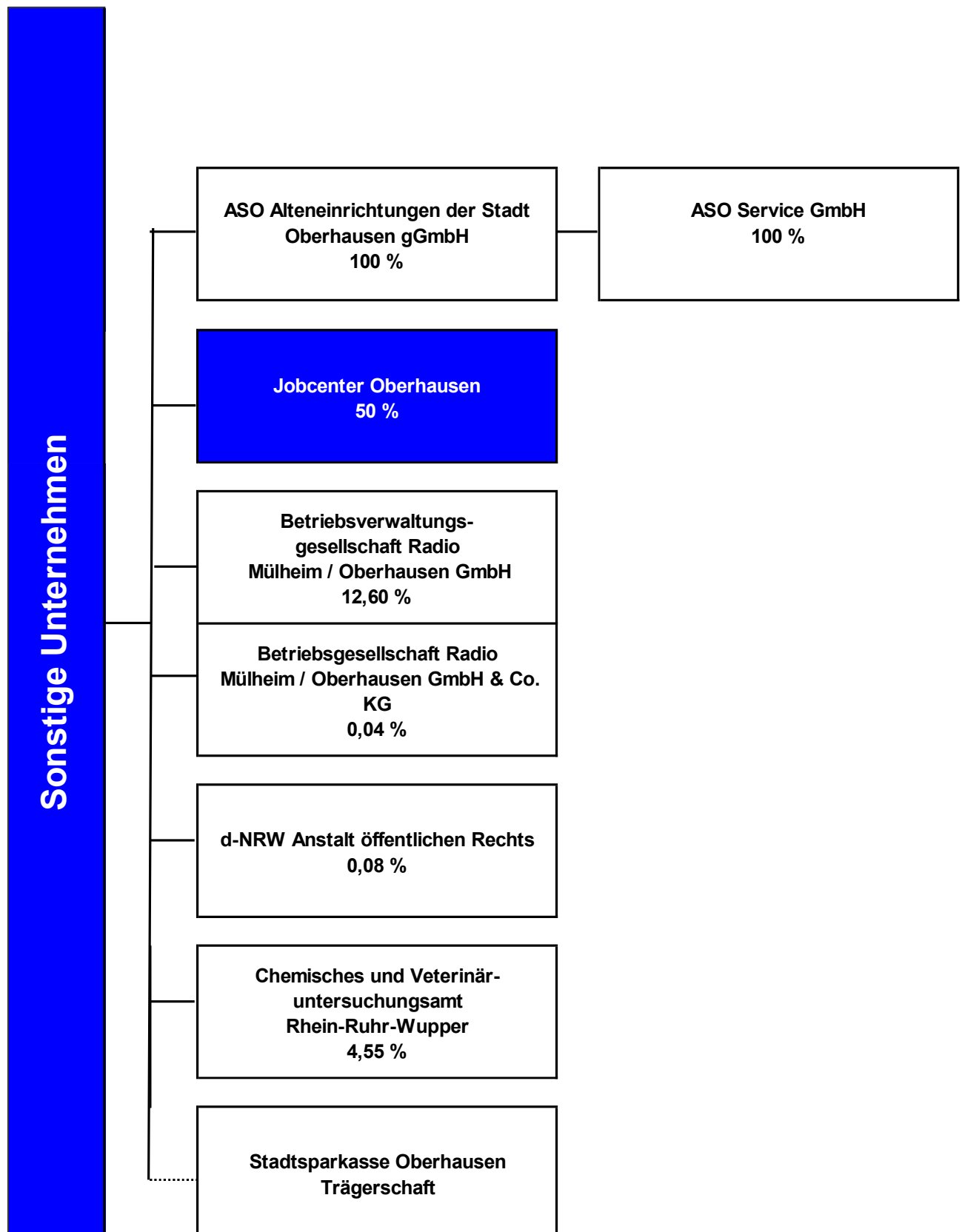
Für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis geplant.

Die Entwicklung der Gesellschaft kann für 2021 als überschaubar beurteilt werden. Es sind derzeit, bis auf die beschriebenen Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen aufgrund des Coronavirus, keine unkontrolliert finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle absehbar.

Oberhausen, 31. März 2021

ASO Service GmbH

Petra Stecker
Geschäftsführerin



Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-8506855
e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet www.jobcenter-oberhausen.de/

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Geschäftsführer Weinand, Uwe

Trägerversammlung:	Vorsitzender	Motschull, Frank
	stellv. Vorsitzende	Demler, Andrea
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Artz, Christiane
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer

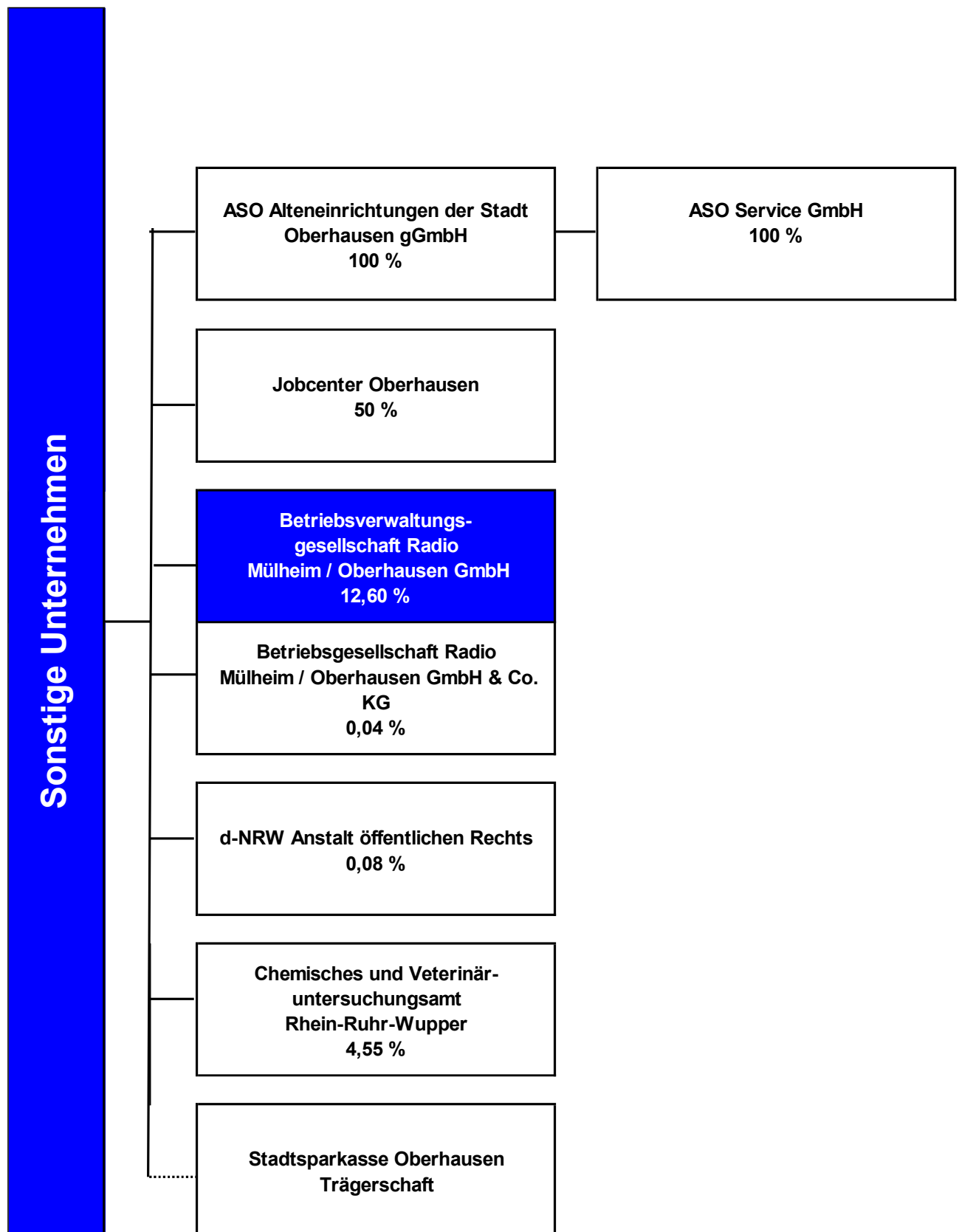
stellv. Mitglied	Muss, Ralf
stellv. Mitglied	Seibert, Judith
stellv. Mitglied	Stahl, Andreas
stellv. Mitglied	Grothe, Helga

Beirat:

Vorsitzende	Schulte, Elisabeth
Mitglied	Bischoff, Jörg
Mitglied	Bohnes, Frank
Mitglied	Cotta, Uwe
Mitglied	Kamps, Jochen
Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
Mitglied	Pusch, Jörg
Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
Mitglied	Girrullis, Sebastian
Mitglied	Eickholt, Henrike
Mitglied	Heistermann, Marc
Mitglied	Herfs, Liane
Mitglied	Roggemann, Franz
Mitglied	Karschti, Albert
Mitglied	Domeyer, Frank
Mitglied	Gerritzen, Mauro
Mitglied	Kreuzfelder, Michael
Mitglied	Prystaw, Birgit

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.



Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Jakob-Funke-Platz 1 45127 Essen
Kontakt:	
Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

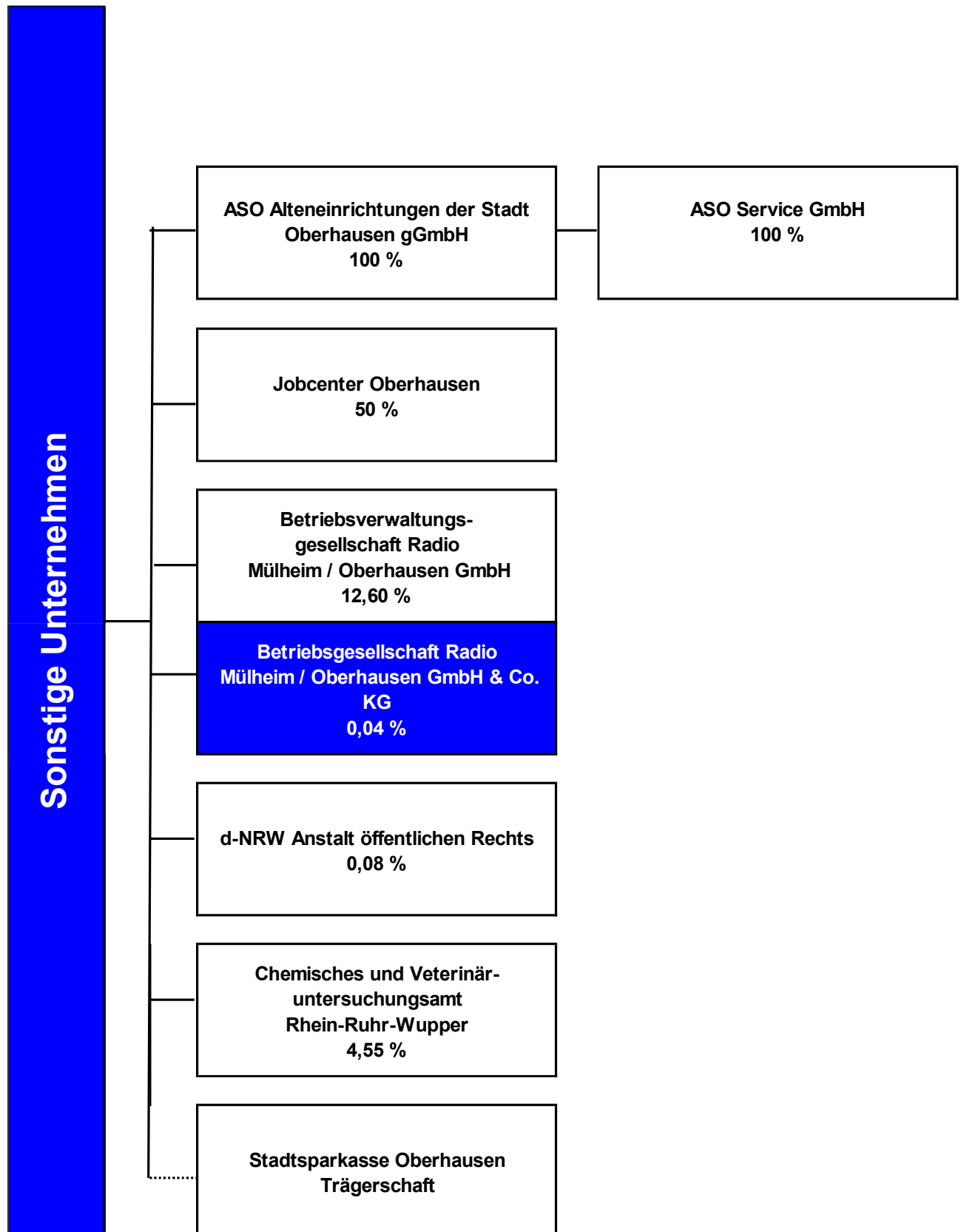
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Prokura:	Prokurist	Peters, Björn

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.



Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Jakob-Funke-Platz 1 45127 Essen
Kontakt:	
Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
Internet	www.106.2radiooberhausen.de/
Internet	www.92.9radiomuelheim.de/
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	2.905,00

Gesellschafter:	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,04
MFS-Holding GmbH	723,77	24,91
Stadt Oberhausen	1,24	0,04
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	2.178,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt.		Tsalastras, Apostolos

Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:**e) Lagebericht****1. Geschäftsmodell**

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Die Betriebsgesellschaft bedient sich zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bei dem zentralen Dienstleister für den Hörfunkbereich der FUNKE MEDIENGRUPPE, der Westfunk GmbH & Co. KG. Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Diese Aufgabe wird im Wesentlichen von der FUNKE Media Sales NRW GmbH mit deren Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet durchgeführt.

Die radio NRW GmbH produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. Die radio NRW GmbH lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

2. Wirtschaftsbericht**2.1 Rahmenbedingungen**

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Durch die Lockdowns im Frühjahr und im Dezember 2020 ist die Wirtschaft stark unter Druck geraten. Vor allem der Lokale Einzelhandel, Veranstalter, die Gastronomie und Reisebranche wurden durch die strengen Reglementierungen wirtschaftlich in eine sehr schwierige Situation gebracht. Im Verlauf des Jahres 2020 sank der ifo-Geschäftsklima-Index von 95,2 (01/2020) auf 90,1 (01/2021). Unterjährig lag der Tiefpunkt im April 2020 bei 75,5 und damit deutlich hinter den in den letzten Jahren üblichen Indexwerten. Diese Entwicklung zeigt sich ebenso bei den Konsumenten. Der GfK-Konsumklima-Index lag im Dezember 2019 bei 9,7. Im Dezember 2020 liegt dieser Wert bei - 6,8. Der Tiefpunkt beim GfK-Konsumklima-Index wurde im Mai 2020 mit einem Wert von -23,1 verzeichnet.

Der RMS-Werbetrend aus Dezember 2020 weist Werbeaufwendungen von insgesamt 35,6 Mrd. € aus, ein Minus von 0,7 Mrd. € bzw. 2 %. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio verringerten sich um 2,3 %. Der Marktanteil der Gattung Radio ging von 6,0 % auf 5,5 % zurück.

2.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr 2020 mit 1.695 T€ um 11 T€ über dem Vorjahr.

Die Werbezeiterlöse lagen im Geschäftsjahr 2020 mit 1.102 T€ unter dem Vorjahresniveau (-165 T€).

Die Umsätze der radio NRW GmbH für Radio Mülheim und Radio Oberhausen lagen im Geschäftsjahr 2020 mit 499 T€ deutlich über dem Niveau des Vorjahres (+136 T€). Dabei lag die Gesamtausschüttung von radio NRW annähernd auf dem Vorjahresniveau. Die für die Berechnung des Senderanteils maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-Fr.) bei den 14-49-jährigen lag in der E.M.A. I 2020 für „Radio Mülheim“ mit 4,3 % um 0,7 % unter dem Vorjahr. Die durchschnittliche Stundenreichweite für „Radio Oberhausen“ hingegen liegt mit 13 % deutlich über dem Vorjahr (+6,5%).

Über die Landesanstalt für Medien NRW wurden Erträge über die Hilfsprogramme „Solidarpakt NRW“ und „Bundeshilfen für den Neustart Kultur“ in Höhe von 26 T€ verbucht.

Auf der Kostenseite reduzierten sich die Aus- und Fortbildungsaufwendungen um 5 T€, die Mieten, Pachten, Lizenzen und Gebühren um 34 T€, die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 23 T€ sowie die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 54 T€. Gegenläufig erhöhten sich die EDV-Fremdleistungen um 12 T€ und die Forderungsverluste um 7 T€.

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich um 134 T€ und liegt im Geschäftsjahr 2020 bei -105 T€.

Die Werbezeiterlöse lagen um 267 T€ unter dem Ansatz des Wirtschafts- und Stellenplanes 2020, die Umsätze der radio NRW GmbH lagen um 149 T€ deutlich über dem Planansatz für 2020. Die Kosten lagen insgesamt deutlich unter dem Planniveau. Das Ergebnis vor Steuern lag um 144 T€ über dem des Wirtschafts- und Stellenplans 2020 (-249).

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2020 mit 3.399 T€ um 78 T€ über dem Vorjahr. Auf der Passivseite erhöhten sich die zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleisteten Einlagen um 200 T€ sowie die sonstigen Verbindlichkeiten um 120 T€. Im Gegenzug reduzierten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 266 T€. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 315 T€. Der nicht gedeckte Verlustanteil der Kommanditisten reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um 205 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 1,5 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 51 T€.

Die Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co.KG in Höhe von 2.703 T€ wird durch bedingt rückzahlbare Gesellschafterdarlehen gem. § 6. Absatz 4 des Gesellschaftsvertrages, sowie einer Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG abgewendet.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Geschäftsjahr 2020 wurde mit einem negativen, überplanmäßigen Ergebnis abgeschlossen. Die Prognose aus dem Vorjahr wurde übertroffen. Diese Ergebnisentwicklung ist vor allem auf die Reduzierung von Kosten im Bereich der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG und der FUNKE MEDIENGRUPPE zurückzuführen. Es zeigt sich, dass der Audiomarkt immer stärker unter Druck gerät. Die Werbezeiterlöse sind in den letzten Jahren rückläufig. Die Geschäftsführung erarbeitet vor allem mit den Veranstaltergemeinschaften und den FUNKE-internen Dienstleistern Konzepte und Veränderungen, um die Gesellschaft weiterhin wirtschaftlich tragfähig zu halten. Die Relevanz von Hörfunk als Werbemedium ist weiterhin gegeben. Für die Zukunft wird es wichtig sein, digitale Geschäftsfelder stetig weiterzuentwickeln und die Chancen, die sich im Verbund mit weiteren Mediengattungen, v. a. innerhalb der FUNKE MEDIENGRUPPE, ergeben, zu heben.

3. Chancen und Risiken

3.1 Chancen

Der Marktanteil der Gattung „Radio“ ist im Geschäftsjahr 2020 gesunken. Dennoch gibt es keine Anzeichen, dass sich dieses in den kommenden Jahren signifikant verändern wird. Der Aus- und Aufbau digitaler Auftritte und Produkte soll weiter vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vor allem die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre zu erreichen.

Die Werbeangebote im Online Audio Bereich werden gut von den Werbetreibenden angenommen. Die hier verzeichneten Steigerungen im Jahr 2020 sollten auch in den Folgejahren möglich sein.

Im Lokalfunksystem NRW wurde über die Radio NRW GmbH mit Quantyoo ein Daten-Management-System eingeführt um Nutzerdaten datenschutzkonform erheben und verarbeiten zu können. Ziel ist es, hierdurch zielgruppenspezifische Angebote anbieten zu können.

In Bezug auf die Corona-Pandemie besteht die Hoffnung, dass durch die Möglichkeit von Impfungen und Testungen auch das wirtschaftliche Umfeld mit umfangreichen Lockerungen eine verbesserte Ausgangsposition erfährt als im Jahr 2020.

Sollte sich das gesellschaftliche Leben normalisieren und die Mehrzahl der Werbetreibenden die Krise überstehen, könnten sich die Werbeeinnahmen stabilisieren und gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern.

3.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Lokalfunk steht in direkter Konkurrenz zum WDR. Die WDR-Gruppe arbeitet stetig an der Optimierung der einzelnen Programme, um über die verschiedenen Programme von 1Live bis WDR 5 möglichst viele Hörer für ihr Programm zu gewinnen. Diese Aussteuerung ist für die Sender des privaten Hörfunks in NRW nicht möglich, da es pro Verbreitungsgebiet nur eine Lizenz, und damit nur die Möglichkeit zur Ausstrahlung eines Programms, gibt. Sollten die Veränderungen beim WDR von den Hörern angenommen werden, könnten diese zu sinkenden Reichweiten führen.

Neue Audio-Angebote wie Internetradio, Podcasts und Streamingdiensteanbieter erhöhen die Konkurrenzsituation. Der Verbund der Lokalfunkanbieter NRW muss die digitalen Angebote weiter verbessern und ausbauen, um auch hier eine Relevanz zu erhalten. Auf Grund der großen, auch internationalen Konkurrenz, wird dieses vor allem durch Allianzen geschehen müssen. Schon jetzt zeigt sich, dass die Werbetreibenden immer stärker einen Medienmix wählen, zudem verlagern sich einige Audio-Werbebudgets in den Online-Audio-Bereich, in dem das Umsatzpotential deutlich hinter dem klassischen UKW-Verbreitungsweg liegt.

Die Landesanstalt für Medien NRW hat zum Ende des Jahres 2020 DAB+ Lizenzen in NRW ausgeschrieben. Die Bewerbungsphase ist abgeschlossen. Es gibt hier einige Bewerber, die bisher noch nicht in NRW Radioprogramme im Kabel und UKW verbreiten. Die Konkurrenzsituation wird sich im Radiomarkt NRW damit mittelfristig erhöhen. Der Lokalfunk NRW hat sich über die Radio NRW GmbH mit einem weiteren Programm, ausgerichtet auf eine junge Zielgruppe, beworben. Die Vergabe wird im Laufe des Jahres 2021 erwartet.

Risiken durch Epidemien / Pandemien

Es besteht weiterhin das Risiko, das sich das Coronavirus auch auf weite Teile der Bevölkerung ausbreitet und es in der Folge auch zu erhöhten krankheits-bedingten Ausfällen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senders oder bei Dienstleistern der Gesellschaft führt. Z.B. können sowohl die Produktionen in unserem Sender teilweise oder komplett ausfallen als auch die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungsbereiche signifikant eingeschränkt werden.

Wie im Jahr 2020 bereits geschehen, drohen auch in 2021 und den Folgejahren Umsatzeinbußen in den Werbebereichen (Werbespots), weil die Unternehmen zunächst bei ihren Werbebudgets sparen könnten. Das birgt starke Ergebnisrisiken.

Durch das gestiegene Informationsbedürfnis der Bevölkerung könnten die Hörfunkangebote stärker nachgefragt werden und dieser Sektor für Werbekunden wieder an Attraktivität gewinnen.

IT-Risiken

Sowohl die Software-Programme im Verwaltungsbereich, als auch die Sendesysteme der Sender sind Teil einer komplexen IT-Infrastruktur. Beim Ausfall der Sendesysteme kann das lokal produzierte Programm nicht ausgespielt werden. Längere Ausfallzeiten könnten sich negativ auf die Reichweiten auswirken.

Im Verwaltungsbereich ist z. B. für die Erzeugung und Übergabe der Werbeblöcke an die Lokalfunkstationen das Dispositionsprogramm amily im Einsatz. Sollte dieses ausfallen, oder der Übertrag von Werbelisten durch Leitungsausfälle nicht möglich sein, würde dieses zu einem wirtschaftlichen Schaden führen, da verkaufte Werbespots nicht zur Ausstrahlung kämen.

Rechtliche Risiken

Die erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen ist. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2015 um 10 Jahre bis zum 31.08.2025 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen

Gesamtrisiko

Für den Prognosezeitraum des nächsten Geschäftsjahres identifizieren wir keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2021 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen und die Gesellschaft entsprechend steuern. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

4. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die Geschäftsführung in der Planung Umsätze auf dem Vorjahresniveau, unter der Voraussetzung, dass sich die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Laufe des Jahres 2021 aufheben werden und die lokalen Umsätze dann wieder ansteigen. Bei der Ausschüttung durch die Radio NRW GmbH werden geringere Einnahmen erwartet. Dies resultiert zum einen aus einem geringeren Gesamtausschüttungsbetrag sowie einer geringeren Reichweite für 2021. Die neuen Vermarktungsmöglichkeiten im Online-Audio-Bereich sollen verstärkt genutzt werden. Um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, bedarf es allerdings vor allem technischer Investitionen in die IT-Infrastruktur und der digitalen Auftritte des Senders.

Im Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft wurden für das Geschäftsjahr 2021 Werbezeitenumsätze über dem Vorjahresniveau eingestellt (+129 T€). Die Umsätze über die radio NRW GmbH wurden in der Planung um 146 T€ unter dem Vorjahr erwartet.

Weitere finanzielle Unterstützungen durch die LfM NRW oder dem Bund wurden nicht eingeplant.

Das Kostenniveau der Gesellschaft wird vor allem auf Grund von technischen Investitionen und wieder steigenden Dienstleistungsaufwendungen über dem Vorjahreswert liegen.

Die Reichweiten des Senders „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ weisen in der E.M.A. 2021 I in der Zielgruppe 14-49 (Mo-Fr.) eine durchschnittliche Stundenreichweite von 5,1 % aus (Planung 2021: 6,8 %) aus. Die Reichweiten liegen damit über dem Niveau der Werte, welche für den Wirtschafts- und Stellenplan berücksichtigt wurden. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft, soweit möglich, unterstützen um die Reichweiten zu halten oder zu verbessern.

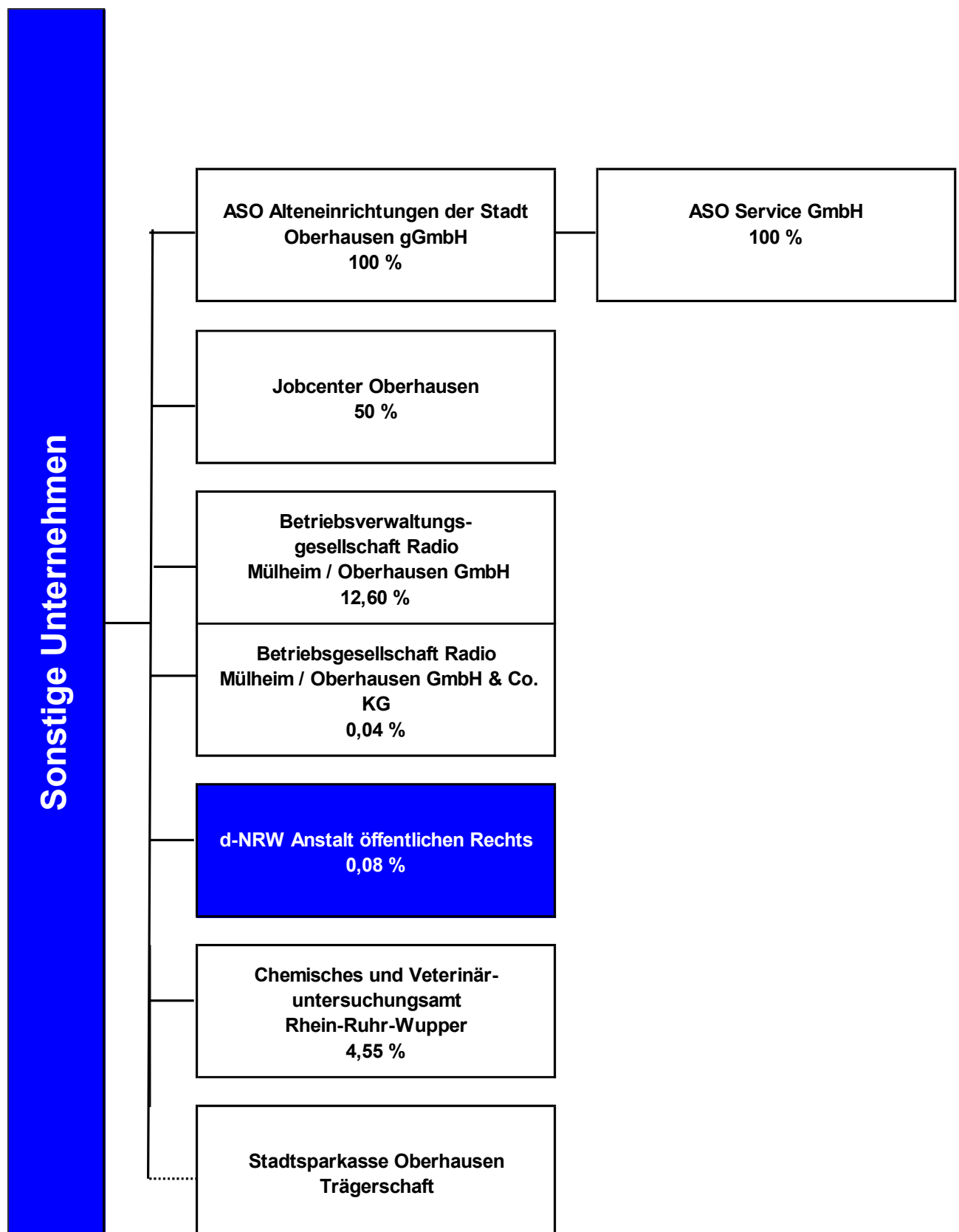
Für das Geschäftsjahr 2021 wurde im Wirtschafts- und Stellenplan ein negatives Ergebnis in Höhe von -278 T€ eingestellt. Da die Reichweiten unter dem Planniveau liegen, sind bei den Umsätzen seitens der radio NRW GmbH Mindereinnahmen zu erwarten. Zudem ist durch die verzögerte Entspannung durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit geringeren Umsätzen zu rechnen.

Momentan geht die Geschäftsführung von einem negativen Ergebnis in Höhe von ca. - 350 T€ aus.

Essen, 30. April 2021

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG

Axel Schindler
Geschäftsführer



d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Kontakt:	
Telefon	0231/222438-10
Fax	0231/222438-11
e-Mail	info@d-nrw.de
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€:	1.271,00

Gesellschafter:	T€	%
div. Gebietskörperschaften des Landes NRW	268,00	21,09
Land NRW	1.000,00	78,68
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,00	0,08
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,00	0,08
Stadt Oberhausen	1,00	0,08

Gegenstand des Unternehmens:

Unterstützung ihrer Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt d-NRW AöR insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Lienenkamp, Roger
	stellv. Vorsitzender	Both, Markus

Verwaltungsrat:	Mitglied	Jägers, Diane
	Mitglied	Dr. Kuhn, Marco
	Mitglied	Dr. Oberheim, Heinz
	Mitglied	Richter, Martin
	Mitglied	Dreyer, Simone
	Mitglied	Dr. Hagen, Helma
	Mitglied	Hamacher, Lee
	Mitglied	Kopietz, Sebastian
	Mitglied	Weike, Marion
	Mitglied	Zillikens, Harald
	Mitglied	Jestaedt, Katharina
	Mitglied	Meyer-Falcke, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
44,93	0,7	77,79	0,5	77,43	0,6	-0,36	-0,46
6.816,52	99,3	14.281,44	99,5	12.935,05	99,4	-1.346,39	-9,43
		1,13	0,0	4,00	0,0	2,87	253,98

Bilanzsumme

6.861,45	100,00	14.360,36	100,00	13.016,47	100,00	-1.343,89	-9,36
-----------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	--------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
2.756,75	40,2	2.766,75	19,3	2.799,75	21,5	33,00	1,19
1.904,38	27,8	1.274,40	8,9	1.883,66	14,5	609,26	47,81
2.200,32	32,1	10.319,20	71,9	8.333,06	64,0	-1.986,14	-19,25

Bilanzsumme

6.861,45	100,00	14.360,36	100,00	13.016,47	100,00	-1.343,89	-9,36
-----------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
sonstige Steuern
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
12.796,62	10.779,09	28.061,53
15,10	-41,90	
7,28	19,73	22,95
11.027,26	6.812,70	24.774,86
1.358,22	1.749,93	2.343,27
27,84	34,57	55,21
390,41	453,70	736,47
15,09	18,13	31,17
0,19	1.687,90	143,50
0,19	1.687,90	143,50
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	27,84	34,57	55,21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	512,76	325,97	653,13	T€
Personalaufwandsquote:	10,60	16,27	8,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,65	0,52	0,58	%
Eigenkapitalquote:	40,18	19,27	21,51	%
Fremdkapitalquote:	59,82	80,73	78,49	%

e) Lagebericht**I. Grundlagen des Unternehmens****Geschäftsmodell des Unternehmens**

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018 und durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14. Juli 2020 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2020 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 271 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf**a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

Die deutsche Gesamtwirtschaft durchlebte im Berichtsjahr aufgrund der Corona-Pandemie eine schwere Rezession. Weniger beeinträchtigt wurde dabei die IT-Branche, die vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung aufzuzeigen und die digitale Transformation zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildete im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die publicplan GmbH, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die d-NRW Gesellschaft für Softwareentwicklung und Beratung mbH, Düsseldorf, die GovTech Services GmbH & Co. KG, Bochum, die Detecon International GmbH, Köln, das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, sowie das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2020 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2020 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2020 im Durchschnitt 43 Mitarbeiter beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat am 13.11.2020 der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. € und einer Laufzeit von 4 Jahren zugestimmt. Damit einhergehend wurde zudem der Erweiterung der Aufgaben der OZG-Koordinierungsstelle um eine zentrale Ressourcensteuerung zur Umsetzung von OZG-Diensten durch das Land Nordrhein-Westfalen zugestimmt.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 28.062 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (T€ 10.779) – bzw. 15.567 T€, bereinigt um Erlösschmälerungen, die aus Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017-2019 in Höhe von T€ 4.788 resultierten – ergibt sich mithin eine deutliche Steigerung der Umsatzerlöse.

Hintergrund der Umsatzsteuerkorrekturen war eine im Frühjahr 2020 mit dem Ministerium der Finanzen NRW erfolgte Verständigung, wonach eine rechtssichere Einstufung der d-NRW AöR als Nichtunternehmerin nur dann in Betracht kommt, wenn Aufgaben erfüllt werden, die auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung der öffentlichen Verwaltung vorbehalten sind, § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG. Die verschärften umsatzsteuerlichen Anforderungen für die Qualifizierung als Nichtunternehmer dienen der Vermeidung von jedweden Wettbewerbsbeeinträchtigungen. Für die Zeit seit der Gründung der d-NRW AöR, die bezogen auf die eigenen Leistungen bislang als Nichtunternehmerin agiert hat, hatte sich dementsprechend ein Korrekturbedarf hinsichtlich der Nacherhebung der Umsatzsteuer ergeben.

Im Rahmen der weiteren Sonderprüfung durch die Finanzverwaltung ist mit dem Meldeportal Behörden NRW aktuell lediglich ein sog. Vorbehaltsprojekt anerkannt worden, Stand: 01/2021. Dementsprechend ergibt sich auch für die Projekte Online Sicherheitsprüfung (OSiP), Digitales Archiv (DA.NRW) und XGewerbeanzeige die Notwendigkeit von Umsatzsteuerkorrekturen für die Vorjahre, die im Jahresabschluss 2020 mit T€ 161 in den sonstigen Steuern ausgewiesen werden. Dagegen stehen Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von T€ 18.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

wesentliche Bilanzposten	31.12.2019	31.12.2020	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	78	77	-1
Umlaufvermögen	14.281	12.935	-1.346
Rechnungsabgrenzung	1	4	+3
Passiva			
Eigenkapital	2.767	2.800	+33
Fremdkapital	11.594	10.217	-1.377
Bilanzsumme	14.360	13.016	-1.344

Im Vergleich zum 31.12.2019 hat sich das Umlaufvermögen um T€ -1.346 verringert. Grund dafür sind verringerte Geldmittel (-T€ 2.726), verringerte Vorräte (-T€ 1.193), insbesondere in Form von bereits geleisteten Anzahlungen, sowie zusätzliche Forderungen (+T€ 2.573).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+T€ 33) und das Fremdkapital um -T€ 1.377 verringert. Beim Fremdkapital sind insbesondere die Positionen „erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-T€ 2.738) „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+T€ 585) und „sonstige Verbindlichkeiten“, die sich im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben (+T€ 166), im Vergleich zum 31.12.2019 verändert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr 2019 erhöht (+T€ 609). Maßgeblich sind insoweit die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+T€ 625).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2020 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr wegen der verringerten Bilanzsumme (-T€ 1344), insbesondere aufgrund der reduzierten Verbindlichkeiten, auf 21,5 % (31.12.2019: 19,3 %) gestiegen.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt T€ 7.187 (31.12.2019: T€ 9.913).
Die Liquidität 2. Grades beträgt 98,7 % (Vorjahr: 88,3 %)

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2020 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2019	2020	+/- Vj.
	T€	T€	T€
Betriebserträge	10.757	28.084	+17.327
Betriebsaufwendungen	-10.739	-28.053	-17.314
Finanzergebnis	-18	-31	-13
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2020 wird ein Jahresergebnis von T€ 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2019	2020	+/- Vj.
	T€	T€	T€
Projekterlöse	7.946	21.273	+13.327
Dienstleistungen ohne USt.	6.410	7.715	+1.305
Nutzungsgebühren Regionale Vergabemarktplätze	390	0	-390
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	14.746	28.988	+14.242
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	821	-624	-1.445
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	-4.788	-302	+4.486
	10.779	28.062	+17.283

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen steigen um T€ 17.962 auf T€ 24.775. In den Fremdleistungen sind Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017 bis 2019 in Höhe von T€ 947 enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 736 (Vorjahr: T€ 454) betreffen im Wesentlichen die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z.B. Raummiete T€ 185 (Vorjahr: T€ 142), Rechts- und Beratungskosten T€ 74 (Vorjahr: T€ 59), Abschluss- und Prüfungskosten T€ 25 (Vorjahr: T€ 13), Buchführungskosten T€ 28 (Vorjahr: T€ 11) sowie Aufwand für Gewährleistungen T€ 74 (Vorjahr: T€ 19).

Bei den Zinsaufwendungen T€ 31 (Vorjahr: T€ 18) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Die neue Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts bietet die Chance, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren. Durch eine Übertragung von öffentlichen Aufgaben könnte die Rolle der Anstalt weiter gestärkt werden. Als Beschleuniger für die Digitalisierung der Verwaltung hat sich die Corona-Pandemie erwiesen, die der digitalen Transformation einen zusätzlichen Schub verliehen hat.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

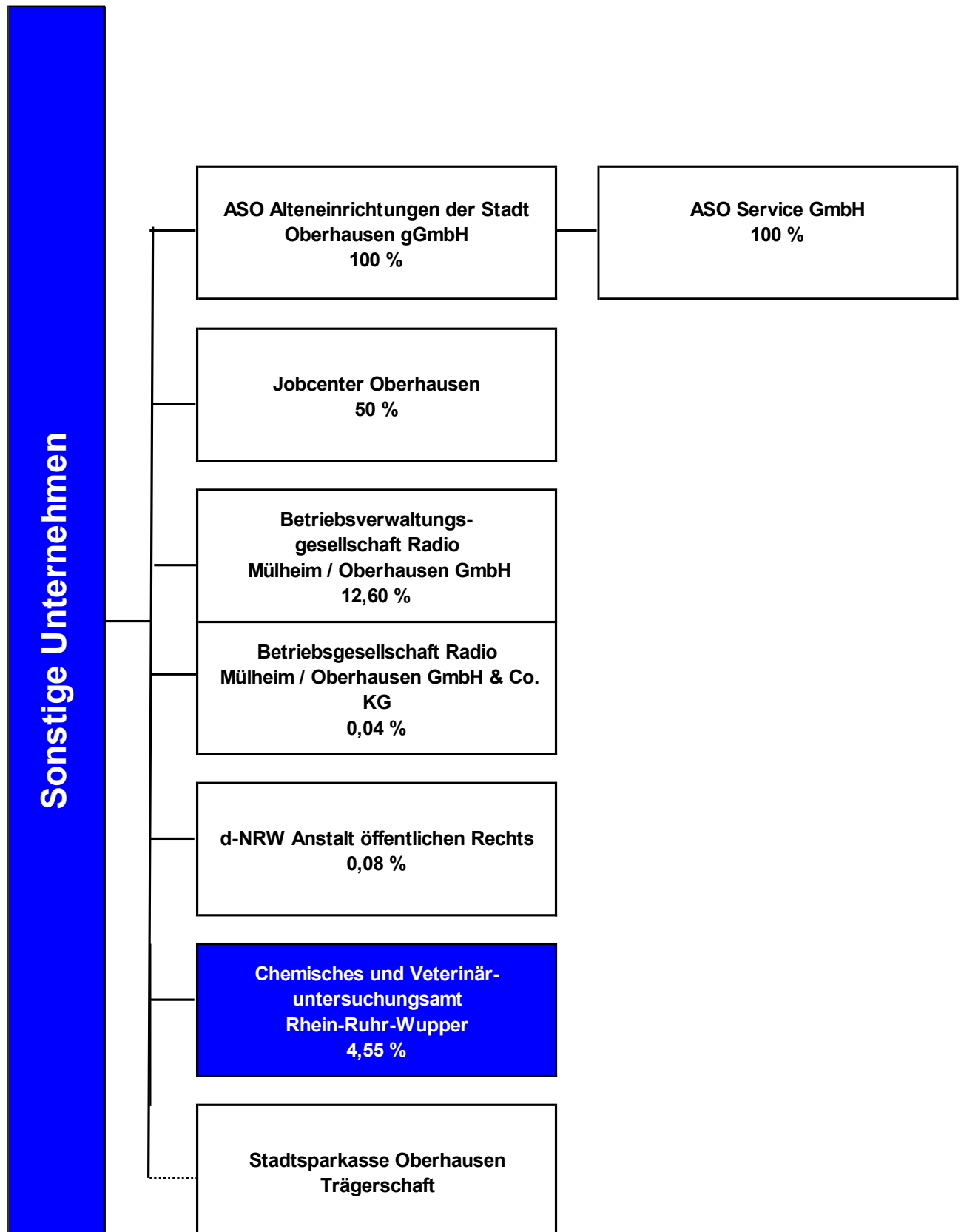
Die bisherigen Unwägbarkeiten in umsatzsteuerlicher Hinsicht sind mit dem Abschluss der Umsatzsteuersonderprüfung im Wesentlichen ausgeräumt worden. Weitere steuerrechtliche Fragestellungen, wie die ertragssteuerliche Beurteilung des Umwandlungsprozesses sowie die Feststellung, ob die d-NRW AöR einen ertragssteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art (BgA) begründet und dementsprechend auch Körperschafts- und Gewerbesteuern zu entrichten hat, stehen noch aus.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen.

Dortmund, 31. März 2021

d-NRW AöR

Dr. Roger Lienenkamp
Geschäftsführer



CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon 02151/849-0
Fax 02151/849-4042
e-Mail poststelle@cvua-rrw.de
Internet www.cvua-rrw.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 330,00

Gesellschafter:	T€	%
Kreis Mettmann	15,00	4,55
Kreis Wesel	15,00	4,55
Land NRW	165,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	4,55
Stadt Düsseldorf	15,00	4,55
Stadt Essen	15,00	4,55
Stadt Krefeld	15,00	4,55
Stadt Mülheim	15,00	4,55
Stadt Oberhausen	15,00	4,55
Stadt Remscheid	15,00	4,55
Stadt Solingen	15,00	4,55
Stadt Wuppertal	15,00	4,55

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:

Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
	Pöll, Reiner
	Dr. Stappen, Martha

Verwaltungsrat:

Vorsitzende	Dr. Krüger, Christiane
stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf
Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
Mitglied	Krumpholz, Ralf
Mitglied	Lauxen, Sabine
Mitglied	Raskob, Simone
Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
Mitglied	Nocke, Matthias
Mitglied	Dr. Delschen, Thomas
Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
Mitglied	Welzel, Jan
Mitglied	Hanheide, Nils
Mitglied	Stulgies, Helga

d) Geschäftsentwicklung**aa) Bilanzdaten****Aktiva**

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
13.919,80	37,3	14.584,62	35,4	22.085,96	45,2	7.501,34	51,43
23.195,28	62,2	26.404,66	64,1	26.574,55	54,4	169,89	0,64
206,34	0,6	179,55	0,4	174,54	0,4	-5,01	-2,79

Bilanzsumme

37.321,42	100,00	41.168,83	100,00	48.835,05	100,00	7.666,22	18,62
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	--------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
6.265,85	16,8	5.039,92	12,2	6.341,81	13,0	1.301,89	25,83
29.974,62	80,3	33.991,83	82,6	39.846,10	81,6	5.854,27	17,22
1.009,92	2,7	1.769,71	4,3	2.223,12	4,6	453,41	25,62
71,04	0,2	367,37	0,9	424,02	0,9	56,65	15,42

Bilanzsumme

37.321,42	100,00	41.168,83	100,00	48.835,05	100,00	7.666,22	18,62
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	--------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.087,38	19.771,20	27.792,07
sonstige betriebliche Erträge	44,88	24,18	27,33
Materialaufwand	6.663,74	6.578,42	8.729,34
Personalaufwand	5.331,29	7.330,07	8.929,14
Abschreibungen	1.200,56	1.267,70	1.485,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.156,12	4.241,62	5.645,92
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.619,38	1.809,09	1.604,53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.991,82	3.412,58	3.392,30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-591,91	-1.225,92	1.241,89
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-591,91	-1.225,92	1.241,89
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-591,91	-1.225,92	1.241,89

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,27	-6,20	4,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,63	-19,57	24,35	%
Cash-Flow:	608,66	41,78	2.727,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	152,37	149,96	178,04	T€
Personalaufwandsquote:	29,40	37,03	32,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	16,01	14,23	12,51	%
Eigenkapitalquote:	16,79	12,24	12,99	%
Fremdkapitalquote:	83,21	87,76	87,01	%

e) Lagebericht**1. Überblick****1.1 Rechtlicher Rahmen**

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal sowie die Kreise Mettmann und Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit elf Stimmen, vertreten.

1.2 Organisation

Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar. Da der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Horn, mit Ablauf des 31.12.2020 in den Ruhestand und das weitere Vorstandsmitglied, Herr Pöll, zum 16.11.2021 in die passive Phase seiner Altersteilzeit tritt, hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 beschlossen, den Vorstand befristet bis zum 31.12.2020 um ein weiteres Vorstandsmitglied zu erweitern.

Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand (Ein Wechsel im Vorsitz erfolgte zum 1. Januar 2021):

Vorstandsvorsitzender: Herr Dr. Detlef Horn
Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll
Vorstandsmitglied: Frau Dr. Martha Stappen

1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweit zugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Art. 37 (1) der VO (EU) 2017/625 aus. In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika („from farm to fork“ bzw. „from stable to table“). Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Wirtschaftsjahr 2020 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:

1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:

4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:

5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2020 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ostwestfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Beitritt Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf / Mettmann

Zum 1. Januar 2020 ist die Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf / Mettmann dem CVUA- RRW beigetreten. Der Beitritt wurde mit der Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes abgebildet. Mit der Änderung wurde dem § 8 Absatz 1 folgender Satz angefügt:

„In diese werden mit Wirkung zum 1. Januar 2020 die kommunalen Untersuchungsämter der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann mit ihren Aufgaben integriert.“

In § 8 Absatz 3 wurde der Einzugsbereich des CVUA-RRW um die Stadt Düsseldorf und den Kreis Mettmann erweitert, zum 1. Januar 2021 kommen die Kreise Kleve und Viersen dazu und ab dem 1. Januar 2022 umfasst der Einzugsbereich des CVUA-RRW mit der Einbeziehung der Stadt Mönchengladbach und des Rhein-Kreis Neuss den gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf. In § 9 wurde die Trägerschaft um die Stadt Düsseldorf und den Kreis Mettmann erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger entsprechend angepasst. Das Stammkapital (§ 12) wurde von 270 Tsd. € auf 330 Tsd. € erhöht.

Für die Festlegung des Einzugsgebietes des CVUA-RRW ist weiterhin relevant, dass durch die Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf Gebieten des Verbraucherschutzes zum 1. Januar 2020 die Zuständigkeit des Ministeriums dahingehend erweitert wurde (§ 4 Nr. 7 „die Benennung amtlicher Laboratorien gemäß Artikel 37 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2017/625“), dass die Benennung amtlicher Labore gemäß Artikel 37 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2017/625 in der Zuständigkeit des Ministeriums liegt.

Im Rahmen des Beitrittes der Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf und Mettmann wurde Anlagevermögen zum 1. Januar 2020 im Wert von 767.662 € übernommen, sowie saldierte Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in Höhe von 1.690.679 €. Der Verpflichtungsüberhang wurde gemäß des Beitrittskonzeptes mit einer Ausgleichszahlung (904.336 €) einmalig vergütet.

2.1.2 Entgelte der Träger zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten des CVUA-RRW

Der Vorstand hat der Arbeitsgruppe (AG) Entgelte in ihrer Sitzung am 16.09.2020 die für das Wirtschaftsjahr 2021 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Die AG Entgelte ist dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt und schlägt dem Verwaltungsrat vor, die Entgelte in 2021 um 2,50 % zu erhöhen. Diese Steigerung reicht aus, um unter Einbeziehung der noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel in der Allgemeinen Rücklage und in der Kapitalrücklage den prognostizierten Fehlbetrag von ca. 500 Tsd. € zu decken.

2.1.3 Ausbruch der afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist erstmals im Herbst 2020 bei Wildschweinen in Deutschland nachgewiesen worden. Das ASP-Virus befällt gehaltene und wilde Schweine und hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft, was das Verbringen und Senden dieser Tiere und ihrer Erzeugnisse innerhalb der EU sowie die Ausfuhr in Drittländer beeinträchtigen kann. Die Seuchenlage unterliegt einem dynamischen Geschehen, so dass die Maßnahmen regelmäßig angepasst werden. Bisher beschränkt sich die ASP auf wenige Landkreise in den Bundesländern Sachsen und Brandenburg. Höchste Priorität hat nun die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung in der Wildschweinpopulation sowie des Eintrags in Hausschweinbestände.

2.1.4 Trichinellen

Trichinenlabore können unter definierten Ausnahmen eine dauerhafte Befreiung von der Akkreditierungspflicht (EU-Kontrollverordnung VO (EU) 2017/625) erhalten. Diese ist an Voraussetzungen geknüpft, bei denen das CVUA-RRW als Kompetenzzentrum für die Untersuchung auf Trichinen und andere fleischhygienisch relevante Parasiten den Trichinenlaboren die Unterstützungsleistung anbietet. Nach einem Appell des LANUV an die trichinenuntersuchenden Labore in NRW haben sich mittlerweile 23 Kreisordnungsbehörden unter die Aufsicht des CVUA-RRW bezüglich der Untersuchung auf Trichinellen gestellt und einen öffentlichrechtlichen Vertrag mit dem CVUA-RRW für diese Unterstützungsleistungen geschlossen.

2.1.5 Blauzungenkrankheit

Die seit Anfang 2019 wieder aufgetretene Blauzungenkrankheit (Bluetongue - BT) beschäftigte das CVUA-RRW im abgelaufenen Jahr 2020 weiterhin. Da die im Einzugsgebiet des CVUA-RRW geborenen Kälber aufgrund der Nähe zu den Niederlanden überwiegend hierhin vermarktet werden, wurden weiterhin alle diese Tiere auf Freiheit von Blauzungenkrankheit getestet. Im Jahr 2020 wurden 11.030 Untersuchungen bei Rindern und 23 Untersuchungen bei anderen Tierarten wie Schaf, Ziege und Wild- bzw. Zootieren auf Blauzungenkrankheit durchgeführt. Auch dadurch bedingt konnten im gesamten Bereich Tiergesundheit zusätzliche Gebührenmehreinnahmen von ca. 260 Tsd. € gegenüber 2019 erzielt werden.

2.1.6 Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die WHO hat am 11. März 2020 den Corona-Ausbruch offiziell zu einer Pandemie erklärt, worauf sich die CVUÄ in NRW auf den Weg gemacht und die molekularbiologische Diagnostik auf dieses Humanvirus SARS-CoV-2 etabliert haben. So konnten die CVUÄ der Bitte des Landes nachkommen und sich an der Untersuchung auf dieses Humanvirus beteiligen. Mit der Untersuchung kommt das CVUA-RRW auch den Berichtspflichten für das RKI nach, berichtet über DEMIS (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) und beteiligt sich an der Corona-WarnApp. Im Jahr 2020 wurden im CVUA-RRW 20.501 Humantupferproben auf das Coronavirus SARS-CoV-2 untersucht. Neben der Etablierung der Diagnostik wurde auch die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein aufgebaut. Hier wurden vor allem die Möglichkeiten für die Probandatenerfassung und -verwaltung sowie unterschiedliche Meldeformen und Datenübermittlungstools geschaffen.

Sofern der Untersuchungsauftrag gemäß der Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (TestV) und die Zustimmung des Einsenders vorlag, wurde unmittelbar mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) abgerechnet. In den Fällen in denen dies nicht gegeben war und die KOB nicht von Verwaltungsgebühren befreit sind, wenn sie die zu zahlenden Gebühren Dritten auferlegen oder sonst wie Dritte mit dem Betrag belasten können (§ 8 des GebG NRW), wurde eine landeseinheitliche Gebühr von 31 € pro Probe erhoben. Im Rahmen des Nachweises auf das Coronavirus SARS-CoV-2 konnten zusätzliche 370 Tsd. € vereinbart werden (Aufwand 510 Tsd. € und Einnahme 880 Tsd. €).

2.2 Geschäftsergebnis

Der in 2020 erfolgte Beitritt der Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf und Mettmann schränkt die Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2019 erheblich ein.

Das CVUA-RRW hat das Wirtschaftsjahr 2020 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.242 Tsd. € abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rund 2.468 Tsd. € (Jahresfehlbetrag 2019: rund 1.226 Tsd. €) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 27.792 Tsd. € und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2020	IST 2019	Differenz
Umsatzerlöse	27.792.070,59 €	19.771.199,10 €	8.020.871,49 €
Gebühren	2.226.568,87 €	1.453.904,58 €	772.664,29 €
Entgelte	25.447.295,84 €	18.112.675,00 €	7.334.620,84 €
sonstige Umsatzerlöse	118.205,88 €	204.619,52 €	-86.413,64 €

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 8.021 T€ gestiegen. Dies ist auf die in 2019 beschlossene Entgeltsteigerung i.H.v. 6,5%, den Beitritt der Untersuchungsk Kooperation D/ME (Anstieg um ca. 6 Mio. €) und die v.g. höheren Gebühreneinnahmen zurückzuführen. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 118 Tsd. € sind hauptsächlich Zuschüsse des Landes für verbesserte Geräteausstattung u.a. für den Nachweis auf den Covid19-Erreger und die Finanzierung von Untersuchungsprojekten des Landes

Die Entgelte gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2020	IST 2019	Differenz
Entgelte	25.447.295,84 €	18.112.675,00 €	7.334.620,84 €
Landesentgelt	11.682.941,00 €	10.969.898,00 €	713.043,00 €
kommunales Entgelt	13.731.809,69 €	7.130.427,00 €	6.601.382,69 €
sonstiges Entgelt	32.545,15 €	12.350,00 €	20.195,15 €

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 91,45 %.

Neben diesen Erträgen sind im Wirtschaftsjahr 2020 sonstige Erträge in Höhe von rund 27 Tsd. € verbucht worden.

2.2.2 Aufwendungen

Im Rahmen des Beitritts der Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf und Mettmann sind einmalige Kosten i.H.v. 124 Tsd. € angefallen, von denen 105 Tsd. € auf übernommene Überstunden- und Urlaubsansprüche zurückzuführen sind, die durch die Ausgleichszahlung nicht gedeckt waren.

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 300 Tsd. € auf rund 2,069 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,106 Mio. € auf rund 13,376 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für die Altersversorgung betragen in 2020 2,007 Mio. € im Vergleich zu 1,778 Mio. € im Vorjahr. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den Beitritt der Untersuchungsk Kooperation Düsseldorf/Mettmann und dem dadurch bedingten größeren Personalbestand zurückzuführen und überkompensiert den saldierten Ertrag in Höhe von 450 Tsd. € durch den Dienstherrnwechsel eines Beamten.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 53 Tsd. € (Vorjahr: 28 Tsd. €).

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfen entsprach einem Aufwand i.H.v. 1,8 Mio. € (1,6 Mio. € im Vorjahr).

Die im Wirtschaftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.485 Tsd. € liegen um rund 218 Tsd. € über den Abschreibungen des Vorjahres. Diese Differenz ist u.a. in dem übernommenen Anlagevermögen aus Düsseldorf und Mettmann bedingt.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 41.169 Tsd. € auf 48.835 Tsd. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auch in Kombination mit der anhaltenden Niedrigzinsphase begründet. Im Rahmen des Beitritts sind vier Beamte in die Anstalt gewechselt.

Die Liquidität war während des gesamten Berichtsjahres und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert; das CVUA-RRW kam im abgeschlossenen Geschäftsjahr jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2020 T€	2019 T€
1. Jahresergebnis	1.242	-1.226
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.485	1.268
3. +/- Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	4.066	2.413
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	0
5. -/+ Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	83	11
6. +/- Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	1.788	1.604
-/+ Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der	-1.483	-1.997
7. Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind		
+/- Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder	511	1.056
8. Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind		
9. Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>7.692</u>	<u>3.129</u>
9. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlageverm	0	0
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.721	-1.101
11. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-197	-83
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlageve	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.152	-759
14. + Erhaltene Zinsen	0	0
15. Cashflow aus Investitionstätigkeit	<u>-9.070</u>	<u>-1.943</u>
16. + Einzahlungen der Träger	60	0
17. - Auszahlungen an die Träger	0	0
18. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
19. - Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	0	0
20. - Gezahlte Zinsen	0	0
21. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	<u>60</u>	<u>0</u>
22. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.318	1.186
23. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>9.105</u>	<u>7.919</u>
24. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>7.787</u>	<u>9.105</u>
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands		
Liquide Mittel	7.787	9.105
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>7.787</u>	<u>9.105</u>

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

	€	€	€
A. Kennzahlen zur Erfolgslage			
	IST 2020	Plan 2020	IST 2019
<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u>	1.241.888,88 €	-1.460.080,02 €	-1.225.923,94 €
Umsatzerlöse	27.792.070,59 €	27.497.252,60 €	19.771.199,10 €
Umsatzrendite in %	4,47%	-5,31%	-6,20%

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 € Umsatz verdient hat.

Die CVUA ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucherschutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu 91 % aus Trägerentgelten. Da der Betriebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Das Jahresergebnis wurde u.a. durch den Beitritt der Untersuchungskoooperation Düsseldorf / Mettmann und durch die Corona-Pandemie entscheidend geprägt. Es wurde in Summe um ca. 2,7 Mio. € im Vergleich zum Plan 2020 (prognostizierter Fehlbetrag von 1,4 Mio. €) verbessert. Aufgrund zusätzlicher Untersuchungen zum Nachweises auf das Corona-Virus konnten zum einen zusätzliche Gebühreneinnahmen generiert werden, zum anderen wurde wegen der weiterzuentwickelnden Schwerpunktbildung bewusst vielfach auf die Nachbesetzung von Mitarbeitendenstellen verzichtet.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2020	Plan 2020	IST 2019
<u>Eigenkapital</u>	6.341.811,72 €	2.956.953,95 €	5.039.922,84 €
Bilanzsumme	48.835.045,98 €	43.195.185,95 €	41.168.833,24 €
Eigenkapitalquote in %	12,99%	6,85%	12,24%

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Steigung der Eigenkapitalquote in 2020 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das positive Jahresergebnis und die Erhöhung des Stammkapitals um 60 Tsd. € zurückzuführen. Das im Gegensatz zum Plan 2020 verbesserte Jahresergebnis führte zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote.

	IST 2020	Plan 2020	IST 2019
<u>Rückstellungen</u>	39.846.097,00 €	39.028.232,00 €	33.991.833,00 €
Bilanzsumme	48.835.045,98 €	43.195.185,95 €	41.168.833,24 €
Rückstellungsquote in %	81,59%	90,35%	82,57%

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftretens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklungen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2020 waren im CVUA-RRW 277 Personen beschäftigt (eigenes und gestelltes Personal), davon 213 weibliche, 63 männliche und eine diverse. Im Rahmen des Beitritts der Untersuchungskoooperation Düsseldorf/Mettmann sind 42 Mitarbeitenden gestellt, abgeordnet, übergeleitet oder in die Anstalt gewechselt. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden im CVUA-RRW beträgt 48,48 Jahre (2019: 48 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	20-29	30-39	40-49	50-60	>60
Anzahl	19	49	59	115	35

Das CVUA-RRW beteiligt sich seit 2014 am „KlimaKonzept.NRW“ der EnergieAgentur.NRW. Im Berichtszeitraum wurde die CO₂-Bilanz der Jahre 2015-2019 erstellt. Durchschnittlich konnte das CVUA-RRW jährlich die CO₂-Emissionen in den o.g. Jahren um 21,0% reduzieren. Da im Berichtszeitraum die CO₂-Bilanz der Jahre 2015-2019 erstellt wurde, sind die Auswirkungen des Beitritts der Untersuchungskoooperation aus den Zahlen noch nicht ersichtlich.

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Untersuchungslandschaft NRW im stetigen Wandel

Amtlichen Kontrollen und die damit verbundenen Untersuchungen müssen sich auch im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Tiergesundheit kontinuierlich den sich ändernden Rahmenbedingungen wie z.B. der Globalisierung des Handels, dem Auftreten neuer Tierkrankheiten oder dem Einsatz neuer Technologien bei der Herstellung oder Untersuchung von Lebensmitteln anpassen. In den nun anstehenden Diskussionen wird der gesamte Bereich der amtlichen Kontrolle einzubeziehen sein. Für die CVUÄ in NRW stehen dabei insbesondere die Themen

- Einbeziehung der Ergebnisse der Eigenkontrollen in die amtliche Kontrolle
- Neubewertung der Zahl amtlicher Untersuchungen
- Neuausrichtung der Untersuchungsziele (Non-Target-Analysen)
- Einbeziehung der CVUÄ in die Probennahme
- weitere organisatorische Änderungen wie die rechtliche Zusammenführung der Untersuchungsanstalten

weiterhin auf der Tagesordnung.

Insbesondere Messtechniken, die die nicht zielgerichtete Fragestellungen verfolgen, sind häufig mit der Verarbeitung großer Datenmengen verbunden. Die Auswertung dieser Daten ist nicht mehr an den tatsächlichen Ort der eigentlichen Untersuchung gebunden, so dass eine enge Zusammenarbeit der CVUÄ in NRW zum Datenaustausch, -speicherung und -weiterverarbeitung verlangt wird.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2021

Bereits in seiner 21. Sitzung am 19. November 2018 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW einen Eintritt auch der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW begrüßt. Im Berichtsjahr haben die Kreistage des Kreises Viersen und des Kreises Kleve beschlossen, zum 01.01.2021 in die Trägerschaft des CVUA-RRW einzutreten, nachdem die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zum 31. Dezember 2020 ausgelaufen sind. Auf der Basis dieser Beschlüsse hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (MULNV) die Errichtungsverordnung zum 01.01.2021 geändert. Dazu wurde in § 9 die Trägerschaft um die Kreise Viersen und Kleve erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger angepasst werden. Des Weiteren wurde das Stammkapital von 330 Tsd. € auf 390 Tsd. € erhöht.

3.2.2 Akkreditierung des CVUA-RRW

Nach 12 Jahren ist eine revidierte Version der EN ISO/IEC 17025:2005 erschienen. In der Revision EN ISO/IEC 17025:2018 werden Betrachtungen von Risiken und Chancen neu aufgenommen; stärker betont werden Unparteilichkeit und Vertraulichkeit. Aufgrund der Coronapandemie ist das im Jahr 2020 geplante Audit auf 2021 verschoben worden. Zum Berichtszeitpunkt war das Audit noch nicht abgeschlossen.

3.2.3 Wechsel des Vorstandsvorsitzes des CVUA-RRW zum 01.01.2021

Nach 38 Jahren Einsatz für das CVUA-RRW und den Verbraucherschutz in NRW ist Herr Dr. Detlef Horn zum 1. Januar 2021 in den Ruhestand angetreten. In seiner Sitzung am 23.11.2020 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW beschlossen, dass Frau Dr. Martha Stappen zum 1. Januar 2021 als neue Vorstandsvorsitzende des CVUA-RRW bestellt wird.

3.2.4 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

	Plan 2021	IST 2020	Plan 2020
<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u>	-499.543,02 €	1.241.888,88 €	-1.460.080,02 €
Umsatzerlöse	27.686.226,95 €	27.792.070,59 €	27.497.252,60 €
Umsatzrendite in %	-1,80%	4,47%	-5,31%
	Plan 2021	IST 2020	Plan 2020
<u>Eigenkapital</u>	4.165.450,39 €	6.341.811,72 €	2.956.953,95 €
Bilanzsumme	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €	43.195.185,95 €
Eigenkapitalquote in %	8,21%	12,99%	6,85%
	Plan 2021	IST 2020	Plan 2020
<u>Rückstellungen</u>	44.817.293,00 €	39.846.097,00 €	39.028.232,00 €
Bilanzsumme	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €	43.195.185,95 €
Rückstellungsquote in %	88,31%	81,59%	90,35%

Die Planzahlen für 2020 setzen sich noch aus dem fortgeschriebenen bisherigen Wirtschaftsplan des CVUA-RRW und dem mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann abgestimmten Anfangsbudget auf Grundlage des § 14 Abs. 2 IUAG zusammen. Die Planzahlen für 2021 setzen sich nunmehr aus dem fortgeschriebenen Wirtschaftsplan des CVUA-RRW zusammen. Zur Reduzierung der Eigenkapitalquote wurden die Entgelte nur insoweit angehoben, dass ein Verlust in Höhe von 0,5 Mio. € geplant wurde. Gleichzeitig wird sich das Eigenkapital aufgrund der zwei neu aufgenommenen Träger um 60 Tsd. € erhöhen. Der Anstieg der Rückstellungen um 5,0 Mio. € ist im Wesentlichen auf die geplanten Steigerungen der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

3.2.5 Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahresentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1. Branchenbericht

4.1.1. Schwerpunktbildung NRW

Bei den Beitrittsverhandlungen des CVUA-RRW mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann war das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) ebenfalls aktiv beteiligt. Ein Auftrag aus diesen Verhandlungen war, die Proben aus dem Einzugsbereich der ehemaligen Untersuchungs-kooperation Düsseldorf/Mettmann (Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie Stadt Mönchengladbach) zum 1. Januar 2022 in die landesweite Schwerpunktbildung zu integrieren. Mit dem Ziel, im Sinne des gesundheitlichen Verbraucherschutzes die notwendige Untersuchungsquantität und -qualität weiterhin landesweit zu gewährleisten, haben die Vorstände der CVUÄ in NRW in ihrer Konferenz, der sogenannten Vorstandskonferenz (VK), in den vergangenen Monaten darüber intensiv beraten. Es galt ca. 4.600 Proben aus dem v.g. Einzugsbereich in die Schwerpunktbildung einfließen zu lassen, ohne dabei den Grundsatz der Auskömmlichkeit zu verletzen. Darüber hinaus hat die VK angestrebt, die bestehende Schwerpunktbildung zu optimieren.

Die VK hat ein einstimmiges Ergebnis zur Fortschreibung der Schwerpunktbildung gefunden:

- Integration der Probenkontingente D/ME in die landesweite Schwerpunktbildung (landeseinheitliche Untersuchungsstruktur)
- weitere Konzentrierung der Warenobergruppen auf ein bzw. weniger Kompetenzzentrum/en (tierische LM, Getreide, Teigwaren, Nahrungsergänzungsmittel, diätetische Lebensmittel, Futtermittel)
- weitere Konzentrierung von analytischen Schwerpunkten (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Pyrrolizidin- und Tropanalkaloide, Proben auf gentechnische Veränderungen, Gentechniküberwachung (Saatgutuntersuchung))

- Grundlagen für gemeinsame Aktivitäten geschaffen:
 - gemeinsamer Datenpool (Austausch von Rohdaten aus der Analytik)
 - landesweite Zuständigkeit für NovelFood-Anfragen (übernimmt zum 01.01.22 das CVUA-RRW)

Das MULNV trägt die Vorschläge zur Fortschreibung der Schwerpunktbildung inhaltlich voll mit und begrüßt diese ausdrücklich. Das Ministerium bereitet nun die v.g. Anpassungen in der Schwerpunktbildung in den Anlagen 1 und 2 der Errichtungsverordnung vor, damit diese zum 1. Januar 2022 in Kraft treten können.

4.1.2 Untersuchungslandschaft im stetigem Wandel

Die anstehenden fachlichen und organisatorischen Änderungen werden die integrierten Untersuchungsanstalten in NRW vor große Herausforderungen stellen. Insbesondere gilt es, die Orientierung der Arbeit des CVUA-RRW an die Bedürfnisse der Träger und der kommunalen Überwachungsämter auch in der neuen Struktur zur gewährleisten.

Die organisatorische Zusammenfassung der Untersuchungseinrichtungen und die Konsolidierung der Aufgaben bieten die Chance, für die CVUÄ ihre Aufgaben auch zukünftig mit einem zu vertretenden wirtschaftlichem Aufwand zu erledigen. Dabei sollte auf den mit der Gründung der integrierten Anstalten gemachten positiven Erfahrungen aufgebaut werden. Die Rechtsform der Anstalten des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft der Kommunen und des Landes gewährleistet eine schnelle Reaktionsmöglichkeit, die direkte Berücksichtigung der wachsenden Aufgaben und eine Einflussnahme auf die eingesetzten Ressourcen. Aus diesem Grund unterstützt das CVUA-RRW weiterhin die Bemühungen des Landes NRW, die bestehenden fünf Untersuchungsanstalten in eine Anstalt zusammenzuführen.

4.1.3 Umsatzsteuerverpflichtung der CVUÄ

Am 19. Dezember 2016 hat das CVUA-RRW gegenüber dem Finanzamt erklärt, für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anzuwenden. Diese Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2022 verlängert.

Das CVUA-RRW hat in Zusammenarbeit mit einem externen Sachverständigen sämtliche Einnahmepositionen hinsichtlich der steuerrechtlichen Relevanz überprüft. Ende 2020 wurde seitens des MULNV angeregt, gemeinsam mit den CVUÄ in NRW die generelle Steuerverpflichtung der CVUÄ zu überprüfen.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 möglicher Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2022

Nachdem zum 1. Januar 2021 die Kreise Kleve und Viersen beigetreten sind, beabsichtigen nunmehr auch die Stadt Mönchengladbach und der Rhein-Kreis Neuss unter Vorbehalt der Zustimmung des Rates bzw. des Kreistags zum 1. Januar 2022 als letzte Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf in die Trägerschaft des CVUA-RRW einzutreten.

Auf der Basis der Beschlüsse des Rates der Stadt Mönchengladbach und des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss wird das MULNV die Errichtungsverordnung wiederum in § 9 (Trägerschaft) und § 10 (Anzahl der Stimmen des Landes) ergänzen. Außerdem muss der Verwaltungsrat des CVUA-RRW darüber beraten, ob das Stammkapital wiederum um 60 Tsd. € auf 450 Tsd. € erhöht werden soll.

4.2.2 Zukunftsfähigkeit der Liegenschaft CVUA-RRW in Krefeld

Bereits in 2019 haben sich der Vorstand des CVUA-RRW und die Leitung des zuständigen Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) dahingehend verständigt, die Zukunftsfähigkeit des Standorts CVUA-RRW in Krefeld im Hinblick auf den Gebäudezustand sowie an die zusätzlich technischen und gesetzlichen Anforderungen wie z.B. bei Klimaanlage und Abwasseranlagen belastbar zu prüfen. Darüber hinaus wird angestrebt, alle Mitarbeitenden des CVUA-RRW an einem Standort zu zentralisieren. Daher wurde mit Begleitung des BLB das Projekt „Zukunft des Standorts CVUA-RRW in Krefeld“ gestartet. Der Verwaltungsrat des CVUA-RRW wurde in den Sitzungen am 27.11.2019, 18.06.2020 und 23.11.2020 über die Planung und den Start des Projektes informiert und beteiligt. Das Projekt gliedert sich in zwei Phasen (Phase 1: Bedarfsplanung gem. DIN 18205; Phase 2: Machbarkeitsstudie).

Im Berichtsjahr wurde die Phase 1, die Bedarfsplanung gestartet und Anfang 2021 abgeschlossen. Auf Grundlage dieser Bedarfsplanung wird dann in einem weiteren Schritt eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Die Machbarkeitsstudie überprüft mögliche Lösungsansätze zur Umsetzung der Ergebnisse der Bedarfsplanung hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie werden die Lösungsansätze analysiert, Risiken identifiziert und die wirtschaftlichen Beurteilungen gegenübergestellt.

4.2.3 Auswirkungen der Corona-Pandemie – One Health

Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie hat das MULNV mit den Vorständen den One-Health- Gedanken als neuen Ansatz für die CVUÄ angesprochen. Der One-Health-Ansatz dient der Erkennung von Krankheiten des Menschen, die ihren Ursprung in Tieren oder der Umwelt haben können. Die Corona-Pandemie und die Ressourcen der CVUÄ zur Diagnostik dieser Viruserkrankung sind nur ein Beispiel dafür, dass man diesen Blick auf die „eine Gesundheit“ interdisziplinär insbesondere in NRW zukünftig stärken muss. Im CVUA-RRW wird deshalb das bisherige Fachgebiet „Trichinellenuntersuchung“ im Geschäftsbereich „Tiergesundheit“ mit Wirkung zum 1. Juni 2021 zum Fachgebiet „Zoonosen“ ausgeweitet, um hier den ganzheitlichen One-Health Ansatz abzubilden. In dem Fachgebiet wird u.a. die Diagnostik auf das Coronavirus SARS-CoV 2 stattfinden. Das Fachgebiet wird sich zur Bearbeitung und Untersuchung von aktuellen Fragestellungen den Untersuchungstechniken neben der klassischen Polymerase-Kettenreaktion (PCR), der Next-Generation Sequencing (NGS)-Analytik und der MALDI-TOF Analytik (Methode der Massenanalyse von chemischen Verbindungen) bedienen.

Die im Berichtsjahr außerplanmäßigen Einnahmen im Rahmen der Covid-Untersuchungen werden sich in dieser Größenordnung für 2021 ff. nicht wiederholen, da sich die Probeneinsendungen von durchschnittlich 2.000 Proben pro Monat in 2020 auf 400 Proben pro Monat in 2021 reduziert haben. Beschaffungen von medizinischen Masken, Testsets u.a. werden den Betriebsaufwand marginal erhöhen.

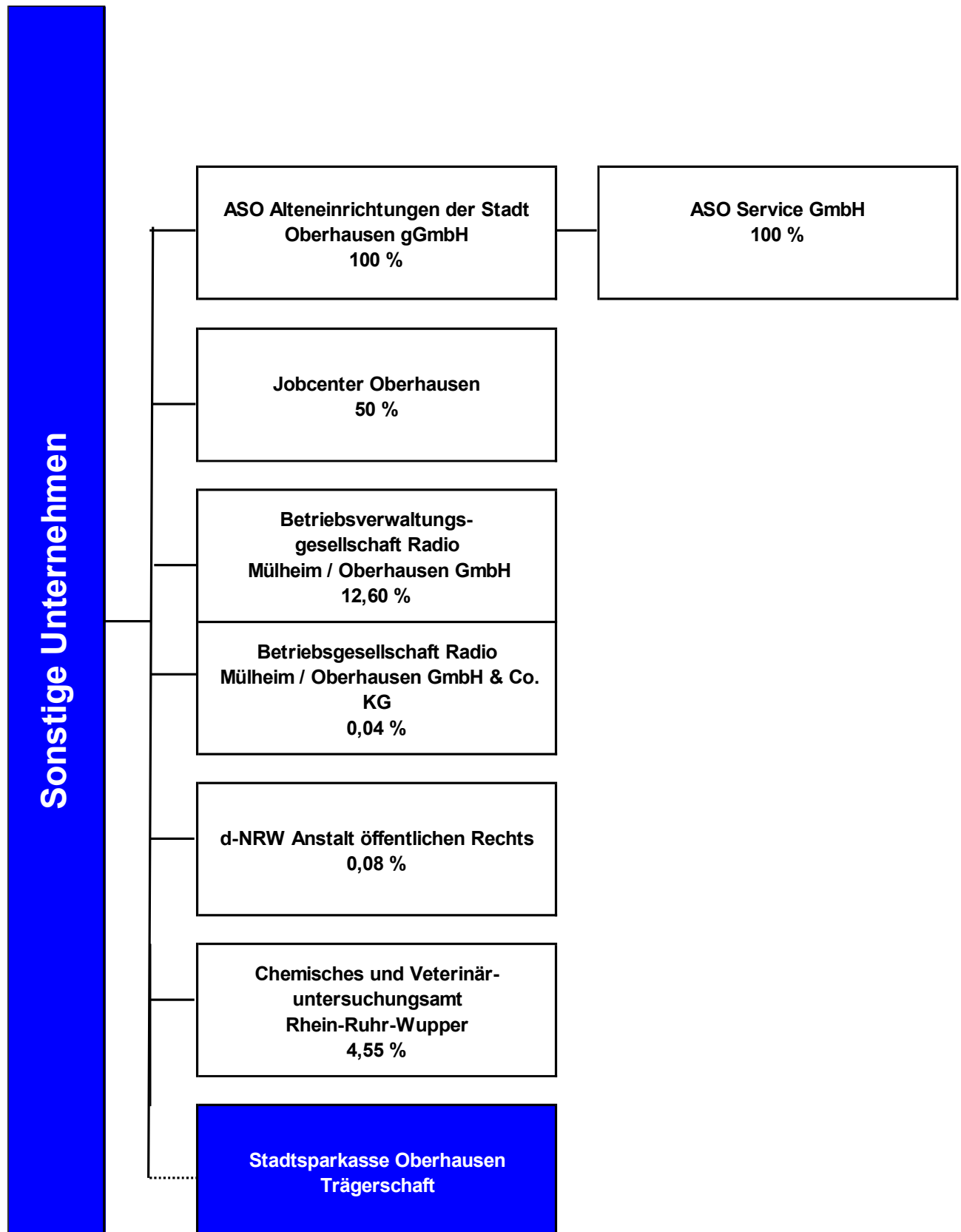
4.2.4 Risikomanagement

Das Liquiditäts- oder Ausfallrisiken sind auf Grund der nahezu ausschließlichen Finanzierung durch die Entgelte gering. Die Liquiditätsplanung erfolgt auf Wochenbasis zu den jeweiligen Zahlläufen. Zur Überwachung der Finanz- und Ertragslage werden quartalsweise Statistiken erstellt. Es erfolgt die ständige Überwachung aller Zahlungen der Träger und eine Abstimmung mit dem Wirtschaftsplan. Abweichungen im Bereich der Aufwendungen sowie der Stand der Investitionstätigkeit werden laufend überwacht.

Krefeld, 27. Mai 2021

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper - Anstalt des öffentlichen Rechts - (CVUA-RRW)

Dr. Martha Stappen	Reiner Pöll
Vorstandsvorsitzende	Vorstandsmitglied



Stadtparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8340
Fax 0208/8343231
e-Mail info@stadtparkasse-oberhausen.de
Internet www.stadtparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:		T€	%
	Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2020)

Vorstand:	Vorsitzender	Mebus, Oliver
	Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Benter, Christian
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Bletgen, David
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Driever, David
	stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Osmann, Denis
	stellv. Mitglied	Prohl, Manuel

stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
stellv. Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Midzic, Belinda
stellv. Mitglied (AN)	Schäfer, Marc
stellv. Mitglied (AN)	Schwarz, Alexa
1. stellv. Vorsitzende	Bongers, Sonja

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,05
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	27.469,12	1,38
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RW Beteiligungs GmbH	0,34	1,37
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-Immobilien Oberhausen GmbH	525,00	100,00
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40

mittelbar

	T€	%
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00
RW Holding Aktiengesellschaft i.L.	238,69	0,33

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2019		2020		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	277.509,02	11,3	203.625,38	8,1	298.247,40	11,0	94.622,02	46,47
Forderungen an Kreditinstitute	116.373,95	4,7	81.071,40	3,2	65.279,18	2,4	-15.792,22	-19,48
Forderungen an Kunden	1.801.863,92	73,5	1.861.265,93	74,0	1.979.788,44	72,9	118.522,51	6,37
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	127.679,66	5,2	136.512,31	5,4	111.920,56	4,1	-24.591,75	-18,01
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	37.775,27	1,5	142.533,85	5,7	170.279,03	6,3	27.745,18	19,47
Beteiligungen	32.780,56	1,3	31.187,15	1,2	31.187,15	1,1	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	752,50	0,0	752,50	0,0	752,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	499,54	0,0	419,65	0,0	5.076,25	0,2	4.656,60	1.109,64
Immaterielle Anlagewerte	39,37	0,0	34,08	0,0	45,85	0,0	11,77	34,54
Sachanlagen	40.577,90	1,7	38.886,67	1,5	37.149,57	1,4	-1.737,10	-4,47
Sonstige Vermögensgegenstände	4.187,49	0,2	6.177,15	0,2	4.862,05	0,2	-1.315,10	-21,29
Rechnungsabgrenzungsposten	265,00	0,0	191,14	0,0	195,47	0,0	4,33	2,27
Aktive latente Steuern	12.153,10	0,5	12.122,70	0,5	11.821,70	0,4	-301,00	-2,48

Bilanzsumme	2.452.457,27	100,00	2.514.779,91	100,00	2.716.605,14	100,00	201.825,23	8,03
--------------------	---------------------	---------------	---------------------	---------------	---------------------	---------------	-------------------	-------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	421.295,94	17,2	420.130,19	16,7	427.727,13	15,7	7.596,94	1,81
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.786.109,16	72,8	1.846.808,00	73,4	2.036.254,93	75,0	189.446,93	10,26
Verbriefte Verbindlichkeiten	27.649,01	1,1	30.349,14	1,2	27.343,43	1,0	-3.005,71	-9,90
Treuhandverbindlichkeiten	499,54	0,0	419,65	0,0	5.076,25	0,2	4.656,60	1.109,64
Sonstige Verbindlichkeiten	1.502,63	0,1	1.748,19	0,1	1.195,64	0,0	-552,55	-31,61
Rechnungsabgrenzungsposten	159,95	0,0	46,14	0,0	199,99	0,0	153,85	333,44
Rückstellungen	43.456,66	1,8	38.432,14	1,5	38.872,00	1,4	439,86	1,14
Genußrechtskapital	889,68	0,0	600,76	0,0	428,49	0,0	-172,27	-28,68
Fonds für allgemeine Bankrisiken	44.815,24	1,8	47.665,24	1,9	48.865,24	1,8	1.200,00	2,52
Eigenkapital	126.079,47	5,1	128.580,46	5,1	130.642,05	4,8	2.061,59	1,60

Bilanzsumme	2.452.457,27	100,00	2.514.779,91	100,00	2.716.605,14	100,00	201.825,23	8,03
--------------------	---------------------	---------------	---------------------	---------------	---------------------	---------------	-------------------	-------------

bb) GuV

	2018	2019	2020
	T€	T€	T€
Zinserträge	52.517,87	49.740,74	47.224,81
Zinsaufwendungen	16.813,34	18.311,72	14.435,37
Laufende Erträge	3.462,56	2.500,33	2.868,99
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	125,00	200,00	265,00
Provisionserträge	24.751,56	26.104,01	26.365,88
Provisionsaufwendungen	2.033,79	2.089,16	2.118,79
Sonstige betriebliche Erträge	5.056,92	5.202,77	4.919,07
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	51.085,29	50.712,99	48.940,78
hierin: Personalaufwand	33.202,32	32.484,70	31.860,94
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.109,80	2.186,40	2.158,48
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.449,53	2.747,13	1.772,50
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.001,33
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	640,99	856,60	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	4.072,14		4.332,88
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		1.507,00	0,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		3,16	0,00
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	291,50	2.850,00	1.200,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.699,53	7.210,89	5.683,62
Steuern vom Einkommen und Ertrag	999,82	2.519,09	3.388,17
Sonstige Steuern	193,55	190,81	233,85
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.506,15	4.500,99	2.061,60
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.506,15	4.500,99	2.061,60

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,57	5,73	2,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,71	3,63	1,60	%
Cash-Flow:	4.506,15	4.500,99	2.061,60	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	169.867,64	167.473,51	164.292,69	T€
Personalaufwandsquote:	41,06	41,36	41,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,65	1,55	1,37	%
Eigenkapitalquote:	5,14	5,11	4,81	%
Fremdkapitalquote:	94,86	94,89	95,19	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtparkasse Oberhausen ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 8155 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Oberhausen. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die Landkreise Wesel, Recklinghausen sowie die Städte Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist als Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Das Geschäftsmodell der Stadtparkasse Oberhausen ist gemäß ihrer Geschäftsstrategie das einer „multikanalen Vertriebsparkasse“. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen von Mensch-zu-Mensch bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Internets und des Online-Bankings wird dieser Ansatz zunehmend ergänzt durch einen Ausbau der digitalen Vertriebskanäle.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2020 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 % auf 531 verringert, von denen 195 teilzeitbeschäftigt sowie 29 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen beläuft sich zum 31. Dezember 2020 auf 9 und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Im Zusammenhang mit den Vorsichtsmaßnahmen im Zuge der Covid-19 Pandemie haben wir bis zu fünf Geschäftsstellen vorübergehend geschlossen. Insgesamt haben wir im gesamten Geschäftsjahr unser vollständiges Leistungsangebot unter verstärkter Nutzung der Möglichkeiten digitaler Kommunikationswege aufrechterhalten. Dabei haben unsere Beschäftigten soweit möglich von Angeboten mobilen Arbeitens bzw. Heimarbeit Gebrauch gemacht.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2020

Das Jahr 2020 war geprägt durch die Corona-Pandemie. Als Folge der Pandemie und der damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen brach die Konjunktur weltweit ein: Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) berichtet, sank die weltweite Produktion in 2020 um 3,5% (2019: +2,8%). Das war der mit Abstand stärkste Einbruch der Weltwirtschaft seit 70 Jahren. Noch stärker ging der Welthandel zurück; er nahm laut IWF um 9,6% ab.

Deutschland verzeichnete im Gesamtjahr 2020 nach zehn Wachstumsjahren in Folge einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 4,9%. Der Außenbeitrag fiel mit -0,9% ebenfalls deutlich negativ aus. Die Exporte sanken fast zweistellig (-9,4%) und die Importe gingen um 8,5% zurück.

Der größte Teil des BIP-Rückgangs von 4,9% war auf die privaten Konsumausgaben zurückzuführen (-3,2 Prozentpunkte). Diese sanken im Jahr 2020 verglichen mit dem Vorjahr um 6,1% und damit so stark wie noch nie. Die normalerweise schwankungsarme Sparquote stieg in 2020 auf ein historisches Hoch von 16,2% (2019: 10,9%). Drohende Einkommensverluste dürften hier ebenso eine Rolle gespielt haben wie der Wegfall von Konsummöglichkeiten – gerade im Freizeitbereich, aber auch im stationären Einzelhandel.

Der deutsche Arbeitsmarkt befand sich vor der Krise in einer guten Verfassung, auch wenn es bereits in 2019 erste Anzeichen für eine Abschwächung gab. Als Folge der Corona-Pandemie kam es in 2020 erstmalig seit 2005 zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit (-1,1%). Auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die in den vergangenen Jahren besonders zugenommen hatte, entfiel dabei nur etwa ein Fünftel des Rückgangs. Sie lag im Juni 2020 lediglich 0,3% unter dem Vorjahreswert.

Dies war vor allem auf die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit zurückzuführen, die einen historischen Höchststand erreichte. Sie lag mit geschätzten 2,9 Mio. (2019: 145.000) deutlich über den Werten der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09. Trotzdem stieg die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2020 um 429.000 (+18,9%) auf 2.695.000. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich 2020 auf 5,9% im Bundesgebiet (2019: 5,0%); in Nordrhein-Westfalen stieg sie von 6,5% im Vorjahr auf 7,5%.

Ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit blieb in 2020 auch deshalb aus, weil sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen als Folge der Corona-Pandemie bislang noch nicht erhöht hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bislang staatliche Liquiditätshilfen und eine teilweise Aussetzung der Insolvenzantragspflicht einem Anstieg der Insolvenzen entgegenwirken.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland in 2020 nur geringfügig gestiegen (+0,5%). Neben dem massiven Rückgang der Rohölpreise weltweit und einer schwachen Preisentwicklung aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage, beeinflusste in Deutschland die Senkung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte zur Jahresmitte die Verbraucherpreise. Dadurch lag die jeweilige Preissteigerung gegenüber dem Vorjahresmonat in der zweiten Jahreshälfte durchgängig im negativen Bereich bzw. bei null.

Die Zentralbanken haben in 2020 weltweit rasch und energisch mit einer Ausweitung ihres Expansionsgrades auf die Wirtschaftskrise reagiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte bereits im März 2020 ein Pandemie-Notfallkaufprogramm für Anleihen aufgelegt, das im Sommer und im Dezember nochmals aufgestockt wurde und bis mindestens Ende 2023 nicht reduziert werden soll. Andere expansive Maßnahmen, wie z. B. die bestehenden Ankaufprogramme der Notenbank wurden fortgesetzt und weitere, längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (targeted longer-term refinancing operations, TLTRO III) aufgelegt. Der Zinssatz für die Anlage von Überschussliquidität der Banken, die über die Mindestreserve hinausgeht, blieb bei -0,5%, ebenso blieb der Anteil der Überschussliquidität, der seit 2019 von Negativzinsen befreit ist, in der Höhe unverändert.

Auch die Fiskalpolitik hat entschlossen gehandelt. In Deutschland gab es Unterstützung in Milliardenhöhe für Unternehmen, aber auch für große Teile der Bevölkerung (Kurzarbeitergeld, Kinderbonus etc.). Auf nationaler und EU-Ebene wurden großvolumige Konjunkturprogramme aufgelegt. Die vielfältigen Stabilisierungsmaßnahmen der Politik haben den wirtschaftlichen Abschwung abgefedert, hatten aber auch einen erheblichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung zur Folge. Die staatlichen Ausgaben der Bundesrepublik stiegen um 9,3%, während die Einnahmen um 3,0% geringer ausfielen. Durch diese Entwicklung kam es in Deutschland nach acht Jahren erstmals wieder zu einem Finanzierungsdefizit. Mit 139,6 Mrd. € war dieses Defizit fast doppelt so hoch wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 (77,1 Mrd. €) und das zweithöchste Defizit seit der deutschen Wiedervereinigung.

An den Aktienmärkten kam es Frühjahr 2020 zu starken Kursverlusten; der Deutsche Aktienindex (DAX) brach um rund 40% ein. Als Folge des entschlossenen, weltweiten Vorgehens der Zentralbanken, der stark expansiven Fiskalpolitik und eines Mangels an sicheren Anlagemöglichkeiten erreichten die Aktienkurse im weiteren Jahresverlauf jedoch in vielen Fällen neue Höchststände. Der DAX verzeichnete am 28. Dezember 2020 mit 13.819 Punkten ein neues Allzeithoch. Noch weit beeindruckender als das DAX-Plus von 3,5% seit Jahresbeginn 2020 fielen die Steigerungsraten des weltweit wichtigsten Leitindizes S&P 500 (+16,2%) und des chinesischen CSI 300 (+27,2%) aus.

Die Entwicklung an den zinsbezogenen Kapitalmärkten war im Jahr 2020 geprägt von einem weiteren Rückgang der Renditen in den negativen Bereich, insbesondere für Anleihen der öffentlichen Hand und Zinsswapgeschäfte unter Banken. Für die Anleihen der öffentlichen Hand und die längerfristigen Interbankengeschäfte war nach einem starken Renditeeinbruch zu Beginn der Corona-Pandemie ein Wiederanstieg zu verzeichnen, dem jedoch ein kontinuierlicher Zinsrückgang bis zum Jahresende 2020 folgte. Die Konditionen der für das Kundengeschäft wichtigen Bezugsgrößen weisen nunmehr in fast allen Laufzeitbereichen negative oder nur geringfügig positive Werte auf.

Die dargestellten Entwicklungen der Konjunktur sowie an den Kapitalmärkten hatten tendenziell auch einen negativen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der Stadtparkasse Oberhausen. In Oberhausen selber stieg die Zahl der Arbeitslosen zum 31.12.2020 im Jahresvergleich deutlich um 8,8% auf 11.733 und ergab eine gegenüber dem Vorjahr um 0,9%-Punkte gestiegene Arbeitslosenquote von 10,6%.

1.2 Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2020

Die Kreditinstitute standen im Jahr 2020 vor besonderen Herausforderungen. Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise waren sie diesmal jedoch nicht Auslöser der Krise, sondern vor die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Krise zu leisten.

Besondere Bedeutung kam der Liquiditätsversorgung der Unternehmen zu. Staatliche Förderkredite, insbesondere der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), wurden in Milliardenhöhe weitergeleitet. Insgesamt verzeichneten die Banken in Deutschland im Jahr 2020 eine starke Kreditnachfrage. Die Kredite an inländische Nichtbanken stiegen nach Angaben der Deutschen Bundesbank bis November 2020 um 4,0%, nach 4,3% im Jahr 2019. Maßgeblich dazu beigetragen haben die

langfristigen Kredite an Unternehmen und Privatpersonen (November 2020: +5,5% gegenüber Vorjahr), insbesondere die Kredite für den Wohnungsbau (+6,1%).

Auf der Einlagenseite hat sich das anhaltende Wachstum an Einlagen in den vergangenen Jahren in 2020 nochmals deutlich verstärkt. Der in Folge der Krise sprunghafte Anstieg der Sparquote führte zu einer deutlichen Zunahme der täglich fälligen Bankguthaben um 12,1%.

Eine ähnliche Entwicklung war auch bei den Sparkassen im Rheinland zu verzeichnen, deren Bilanzsumme um 6,7% anstieg. Das Kreditvolumen wuchs um 4,3%; einen höheren Zuwachs gab es zuletzt im Jahr 2001 mit 5,6%. Hauptträger des Wachstums waren der private Wohnungsbau (+5,8%) sowie Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (+5,6%). Während sich beim privaten Wohnungsbau ein Trend der letzten Jahre fortsetzte, war das starke Wachstum der Unternehmenskredite maßgeblich auf das Engagement der rheinischen Sparkassen im Zuge der Weiterleitung von KfW-Krediten zurückzuführen. Insgesamt erreichten die gesamten Darlehenszusagen einen neuen historischen Höchstwert.

Auch bei den rheinischen Sparkassen hat sich der zuvor bereits hohe Zufluss bei den Kundeneinlagen im Berichtsjahr weiter verstärkt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich um 8,9 Mrd. € oder 6,8% auf 138,5 Mrd. €. Dem Branchentrend folgend, kam es insbesondere bei täglich fälligen Einlagen - wie bereits in den zurückliegenden Jahren - zu sehr starken Mittelzuflüssen. Der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen erreichte zum Jahresende 2020 mit 67,4% einen historischen Höchststand. Der seit 2015 festzustellende Überschuss der Kundeneinlagen über die vergebenen Kredite (Passivüberhang) hat sich im Jahr 2020 verstärkt.

Das in Folge der Geldpolitik der EZB anhaltend extrem niedrige Zinsniveau macht sich kontinuierlich negativ in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Dies betrifft insbesondere Sparkassen, die - neben den Genossenschaftsbanken - aufgrund ihres Geschäftsmodells besonders von rückläufigen Zinserträgen betroffen sind. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank sanken beispielsweise die Effektivzinssätze im Neugeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten von einem bereits äußerst niedrigen Niveau zu Jahresbeginn (1,39%) bis November 2020 weiter auf im Durchschnitt 1,22%.

Dem standen im Jahr 2020 kaum veränderte Effektivzinssätze für Einlagen (insbesondere Sichteinlagen) von Privatkunden gegenüber. Die aus den starken Mittelzuflüssen resultierende Anlage der Überschussliquidität der deutschen Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank führte zudem zu entsprechenden Zahlungen von Negativzinsen.

Die aktuellen Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage der Kreditinstitute, so dass diese in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen zur Kostensenkung (z. B. Reduzierungen der Geschäftsstellen sowie der Anzahl der Beschäftigten) und zur Steigerung der Provisionserträge ergriffen haben. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank in ihrer Analyse der Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2019 konnten diese Maßnahmen den insgesamt negativen Trend der Ertragslage im Kerngeschäft zwar abmildern, ihn aber nicht umkehren oder zumindest stoppen. Deutlich entlastend hat in den letzten Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie das aufgrund der konjunkturell günstigen Situation sehr niedrige Niveau der Kreditrisikoversorge gewirkt. Bedingt durch die aktuelle Wirtschaftskrise hat sich diese Ausgangssituation jedoch im Jahr 2020 verändert.

Die Analyse für die Kreditwirtschaft im Allgemeinen gilt im Wesentlichen auch für die rheinischen Sparkassen. Die Rückgänge aus der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ der Sparkassen konnten nur zum Teil durch gesteigerte Provisionsüberschüsse und Kostensenkungen ausgeglichen werden, so dass wiederum ein deutlicher Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertungsmaßnahmen festzustellen ist.

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise der Realwirtschaft wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Situation einer Vielzahl der privaten und gewerblichen Kreditnehmer aus. Die finanzielle Substanz der Kreditnehmer, die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie eine breite Streuung der Kreditvergaben über verschiedene Branchen haben bislang dazu beigetragen, dass signifikante Erhöhungen der Bewertungsmaßnahmen im Kreditgeschäft in Form von Einzelwertberichtigungen bei der Gesamtheit der rheinischen Sparkassen im Jahr 2020 nicht festzustellen waren.

Die nach der Finanzmarktkrise 2009/2010 eingeleiteten aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen wurden auch im Jahr 2020 mit vielfältigen Maßnahmen fortgesetzt bzw. umgesetzt. Hervorzuheben ist dabei u. a. das im Dezember 2020 verabschiedete Gesetz zur Reduzierung von Risiken und zur Stärkung der Proportionalität im Bankensektor (Risikoreduzierungs-gesetz). Damit wurden Teile des sog. „EU-Bankenpakets“ (Capital Requirements Directive, CRD V, sowie Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD II) aus dem Jahr 2019 in nationales Recht überführt.

Anzumerken ist jedoch, dass die europäischen und nationalen Gesetzgeber und Regulatoren den Folgen der aktuellen Corona-Pandemie durch temporäre Erleichterungen, dem Vorziehen entlastender Maßnahmen und dem zeitlichen Aufschub regulatorischer Maßnahmen im Jahr 2020 Rechnung getragen haben. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a. die Verschiebung des Stresstests für weniger bedeutsame Institute (Less Significant Institution, LSI) um ein Jahr und das Vorziehen des Unterstützungsfaktors für Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen im Rahmen der Eigenmittelunterlegung (Änderung der Kapitaladäquanzverordnung „CRR-Quick Fix“). Darüber hinaus wurde durch die Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 31.03.2020 der innerhalb der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen für alle Banken vorgesehene inländische antizyklische Kapitalpuffer in Höhe von 0,25% angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie wieder auf 0,0% reduziert.

Insgesamt müssen sich die Institute jedoch auf eine Fortsetzung der Regulierungspolitik der letzten Jahre einstellen. Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen tendenziell auch auf die Entwicklung der Sparkasse Oberhausen zu.

2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Gesamtkapitalquote nach CRR ¹
Kernkapitalquote nach CRR ²
Betriebsergebnis vor Bewertung ³
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung (ohne Effekte aus latenten Steuern) ⁴
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR ⁵

¹ Gesamtkapitalquote nach CRR =

Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

² Kernkapitalquote nach CRR =

Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

³ Betriebsergebnis vor Bewertung =

Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁴ Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung =

Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage (unter Herausrechnung der Veränderung der bilanzierten latenten Steuern)

⁵ Liquiditätsdeckungsquote (LCR) nach CRR =

Verhältnis des Bestands an erstklassigen liquiden Aktiva zum gesamten Nettoabfluss von Barmitteln in den nächsten 30 Kalendertagen

Auf die Festlegung von bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wurde verzichtet.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Bestandszahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %	in %
Bilanzsumme	2.716,6	2.514,8	201,8	8,0	100,0
Geschäftsvolumen ¹	2.764,2	2.562,7	201,5	7,9	101,8
Barreserve	298,2	203,6	94,6	46,5	11,0
Forderungen an Kreditinstitute	65,3	81,1	-15,8	-19,5	2,4
Forderungen an Kunden	1.979,8	1.861,3	118,5	6,4	72,9
Wertpapieranlagen	282,2	279,0	3,2	1,1	10,4
Beteiligungen / Anteilsbesitz	31,9	31,9	0,0	0,0	1,2
Sachanlagen	37,1	38,9	-1,8	-4,6	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	427,7	420,1	7,6	1,8	15,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.036,3	1.846,8	189,5	10,3	75,0
Eigenkapital	130,6	128,6	2,0	1,6	4,8

¹ Geschäftsvolumen: Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Das Geschäftsjahr 2020 war maßgeblich geprägt von den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf unsere Geschäftstätigkeit und die unserer Kunden. Hervorzuheben sind dabei folgende Aspekte, auf die wir im weiteren Verlauf näher eingehen:

- Kreditwachstum Förderkredite
- Zuwachs Sichteinlagen
- Erhöhte Aufwendungen aus der Bewertung und Risikovorsorge

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen haben sich im Jahr 2020 spürbar um 201,8 Mio. € bzw. 201,5 Mio. € (= 8,0 bzw. 7,9 %) erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Zufluss an täglich fälligen Einlagen unserer Kunden sowie Zuwächse im Kundenkreditgeschäft. Die im Vorjahr getroffene Erwartung einer spürbaren Steigerung der Bilanzsumme ist somit eingetreten.

i. Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) verzeichneten im Jahr 2020 einen deutlichen Zuwachs um 118,5 Mio. € (= 6,4 %). Zusätzlich kam es zu einer Ausweitung der Treuhandkredite (Aktiva 9) um 4,7 Mio. €. Hierbei handelt es sich um im Rahmen der Covid-19 Pandemie vergebene Kredite mit einer vollständigen Haftungsfreistellung der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Ursächlich für den Anstieg der Kundenforderungen sind – in etwa zu gleichen Anteilen – Geschäftsausweitungen sowohl im gewerblichen Kundenkreditgeschäft als auch im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen. Im letztgenannten Bereich wurde die spürbare Bestandsausweitung durch ein erneut starkes Vermittlergeschäft unterstützt. Unsere im Vorjahr getroffenen Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit eingetreten bzw. wurden im Bereich des gewerblichen Kundenkreditgeschäftes sogar übertroffen.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich im Wesentlichen im langfristigen Bereich. Hierbei nutzten u. a. unsere Privatkunden die im historischen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen.

Die Darlehenszusagen beliefen sich – ohne Berücksichtigung der o. g. Treuhandkredite – im Jahr 2020 auf 337,7 Mio. € und überschritten damit den Wert des Vorjahres deutlich um 23,5 %. Förderkredite aus Unterstützungsprogrammen im

Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie wurden insgesamt in einem Umfang von 18,4 Mio. € vergeben. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 5,6 % auf 170,6 Mio. €. Von der Möglichkeit bzw. dem Angebot gesetzlicher und privater Zins- und Tilgungsmoratorien haben unsere Kunden für ein Kreditvolumen von 5,4 Mio. € Gebrauch gemacht.

Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapieranlagen

Aufgrund des stärkeren Einlagen- als Kreditwachstums hat sich die Barreserve zum Bilanzstichtag deutlich um 94,6 Mio. € (= 46,5 %) gegenüber dem Vorjahr erhöht, während der Bestand an Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) im gleichen Zeitraum nur geringfügig um 3,2 Mio. € (= 1,1 %) gestiegen ist.

Im Gegenzug reduzierten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 15,8 Mio. € (= -19,5 %). Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen zusammen.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2020 hat sich das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen nicht verändert. Abschreibungen auf Beteiligungen waren nicht erforderlich.

Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich in Folge der planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen von 38,9 Mio. € auf 37,1 Mio. €.

ii. Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich – bedingt durch die Refinanzierungsmittel aus Unterstützungsprogrammen im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie – um 7,6 Mio. € bzw. 1,8 % auf 427,7 Mio. €. Es handelt sich dabei größtenteils um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der im Zuge der Covid-19 Pandemie zu beobachtende deutliche Anstieg der Sparquote (deutschlandweit von 10,9 % im Jahr 2019 auf 16,2 % im Jahr 2020) spiegelt sich auch in der Bilanz der Stadtsparkasse Oberhausen wider. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich deutlich um 189,5 Mio. € bzw. 10,3 % auf 2.036,3 Mio. €. Die Zunahme des Mittelaufkommens von Kunden resultiert weitgehend aus der Entwicklung der täglich fälligen Anlagen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung eines weiteren starken Anstiegs der Einlagenbestände, insbesondere bei den täglich fälligen Einlagen, wurde somit erfüllt. Der Zuwachs wurde dabei überwiegend von der privaten Kundschaft bewirkt.

iii. Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäftsjahr 2020 war im Bereich der Dienstleistungen erneut geprägt durch das Wertpapier- sowie das Konsumtenkreditgeschäft.

Im Bereich der Konsumentenkredite musste – belastet durch die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie – ein deutlicher Rückgang des Vermittlungsvolumens mit einem Minus von 9,4 Mio. € bzw. 30,0 % verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr grundsätzlich getroffene Einschätzung einer deutlichen Steigerung im Jahr 2020 wurde somit verfehlt.

Die Wertpapierumsätze nahmen gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,8 % ab und erreichten einen Wert von 184,7 Mio. €. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines spürbaren Umsatzrückgangs im Wertpapiergeschäft konnte somit vermieden werden. Der Schwerpunkt lag hierbei bei – gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten – Umsätzen in Aktien sowie bei den Anteilen an Investmentvermögen.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 128,6 Mio. €. Sie erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2019 um 4,5 Mio. €. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2020 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 130,6 Mio. € aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 1,2 Mio. € auf 48,9 Mio. € erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 7,9 Mio. € zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2020.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Vermögenslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2020	2019
Gesamtkapitalquote nach CRR (%)	15,9 %	16,8 %
Kernkapitalquote nach CRR (%)	13,8 %	14,0 %

Die Gesamtkapitalquote (Verhältnis der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel bezogen auf die mit Eigenmittel zu unterlegenden Positionen („Gesamtrisikobetrag“) aus Adressenausfall-, operationellen, Marktpreis- und CVA-Risiken übertrifft am 31. Dezember 2020 mit 15,9 % (im Vorjahr: 16,8 %) deutlich die Mindestanforderungen von 8 % zzgl. kombinierte Kapitalpuffer (2,5 % Kapitalerhaltungs- sowie antizyklischem Kapitalpuffer) und individuelle Kapitalanforderungen (SREP) gemäß CRR. Der Gesamtrisikobetrag zum 31.12.2020 beläuft sich auf 1.221,3 Mio. € und die Eigenmittel auf 194,5 Mio. €.

Das Kernkapital beläuft sich zum 31.12.2020 auf 168,3 Mio. €. Die Kernkapitalquote beträgt per Ende 2020 13,8 % des Gesamtrisikobetrags (im Vorjahr: 14,0 %).

Die im Vorjahr getroffene Erwartung einer – bedingt durch einen deutlichen Anstieg des Gesamtrisikobetrages sowie einer nur noch teilweisen bzw. abschmelzenden aufsichtlichen Anerkennung der existierenden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB – merklichen Reduzierung der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote ist im Jahr 2020 eingetreten.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) hat sich im Jahr 2020 wie folgt entwickelt:

	2020	2019
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR (%)	249 %	217 %

Die LCR lag im Jahr 2020 mit 199 % bis 260 % deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung hinsichtlich der Einhaltung der Liquiditätsanforderungen hat sich somit bestätigt. Zum 31. Dezember 2020 belief sich die LCR-Quote auf 249 %.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Dispositionslinien bestehen darüber hinaus u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2020 nur marginal in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2020 nicht getätigt.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss ¹	35,9	34,1	1,8	5,4
Provisionsüberschuss ²	24,2	24,0	0,2	1,0
Sonstige betriebliche Erträge	4,9	5,2	-0,3	-5,4
Personalaufwand	31,9	32,5	-0,6	-1,8
Anderer Verwaltungsaufwand	17,1	18,2	-1,1	-6,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen ³	3,9	4,9	-1,0	-19,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	12,2	7,7	4,5	58,0
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge ⁴	-5,3	2,4	-7,7	-320,8
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	1,2	2,9	-1,7	-58,6
Ergebnis vor Steuern	5,7	7,2	-1,5	-21,3
Steueraufwand	3,6	2,7	0,9	33,3
Jahresüberschuss	2,1	4,5	-2,4	-54,1

¹ Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4

² Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6

³ Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17

⁴ Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2020	2019
Betriebsergebnis vor Bewertung in Mio. €	12,0	11,7
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung in Mio. €	3,6	6,4

Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 12,0 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung waren deutlich rückläufige Verwaltungsaufwendungen, die den ebenfalls spürbar rückläufigen Zinsüberschuss überkompensiert haben. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung einer spürbar rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation hat sich somit nicht bestätigt.

Das Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung – ohne Effekte aus latenten Steuern – belief sich im Vorjahr auf 6,4 Mio. €. Vor der noch ausstehenden Entscheidung der Vertretung des Trägers über die Verwendung des Jahresüberschusses beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr auf 3,6 Mio. €. Die Erwartung einer leichten, gegenüber dem Vorjahr allerdings spürbar verminderten Stärkung des Eigenkapitals der Sparkasse wird somit erreicht.

Auf Basis der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die einzelnen Komponenten wie folgt entwickelt:

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss als Summe der GuV-Posten Nr. 1 bis 4 spürbar um 5,4 % auf 35,9 Mio. € erhöht. Infolge des im Jahresverlauf 2020 anhaltenden Niedrig- bzw. Negativzinsniveaus ist der Zinsertrag zwar weiter spürbar gesunken. Allerdings ergab sich beim Zinsaufwand aufgrund im Vorjahr deutlich erhöhter Aufwendungen aus der vorzeitigen Schließung von Swapgeschäften ein noch deutlicherer Rückgang. Darüber hinaus waren im Bereich der Wert-

papieranlagen gegenüber dem Vorjahr erhöhte Ausschüttungen aus Fondspositionen zu verzeichnen. Auf Basis der Zahlen des Betriebsvergleiches der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich der Zinsüberschuss demgegenüber entsprechend unserer im Vorjahr getroffenen Einschätzung deutlich um 3,2 % reduziert.

Entgegen unserer Vorjahreseinschätzung, gemäß der wir als Folge der Corona-Pandemie mit einem spürbaren Rückgang des Provisionsüberschusses gerechnet haben, konnten wir beim Provisionsergebnis eine leichte Steigerung erreichen. So konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € bzw. 1,0 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr und der Vermittlung von Versicherungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um 5,4 % auf 4,9 Mio. €.

Des Weiteren reduzierte sich der Personalaufwand – entgegen eines prognostizierten moderaten Anstiegs – um 0,6 Mio. € bzw. 1,8 %. Ursächlich hierfür waren insbesondere um 0,4 Mio. € reduzierte Aufwendungen für Altersversorgung.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich deutlich um 1,1 Mio. € bzw. 6,0 %. Der Rückgang fiel damit stärker aus als erwartet. Haupttreiber für den Rückgang waren zum einen ein rückläufiger Aufwand für Gebäuderenovierungen sowie zum anderen der bis Ende 2019 ausgelagerte Bereich der IT-Organisation, so dass es hierbei zu einer Reduzierung sowohl bei den anderen Verwaltungsaufwendungen als auch bei den sonstigen betrieblichen Erträgen aus Personalgestellungen kam. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfielen rd. 0,1 Mio. € auf die notwendigen räumlichen und sonstigen Schutz- und Vorsichtsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Summe der GuV-Posten 11, 12 und 17 reduzierten sich u. a. infolge reduzierter Aufwendungen für abgeschlossene Aktienabsicherungen deutlich um 19,8 % auf 3,9 Mio. €.

Das saldierte Ergebnis aus der Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten Nr. 13 bis 16) weist – nach einem Ertrag von 2,4 Mio. € im Vorjahr – als Folge der Corona-Pandemie einen Aufwand von 5,3 Mio. € auf. Erwartungsgemäß stellt sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund der Entwicklungen an den Kapitalmärkten zu Beginn der Corona-Pandemie und den seitens der Sparkasse daraufhin erfolgten Absicherungsmaßnahmen deutlich negativ dar. Auch im Kreditgeschäft ergab sich ein negatives Bewertungsergebnis, wobei die Belastung allerdings moderat ausfiel. Sonstige Bewertungsmaßnahmen waren nicht erforderlich.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurde nochmals um 1,2 Mio. € aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2020 war ein um 0,9 Mio. € auf 3,6 Mio. € gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Hierin enthalten ist auch ein Aufwand von 0,3 Mio. € aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses i. H. v. 2,1 Mio. €.

Auch wenn die im Vorjahr getroffene Prognose eines spürbar rückläufigen Jahresüberschusses eingetreten ist, ist die Sparkasse vor dem Hintergrund der Belastungen in Folge der Corona-Pandemie, der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie der Tatsache, dass die formulierten Ertragsziele erreicht werden konnten, mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2020 zufrieden.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2020 0,08 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen infolge der Covid-19 Pandemie bewerten wir die Geschäftsentwicklung und die Lage im abgelaufenen Jahr als noch gut. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2020 formulierten Ziele bzw. Planungen nahezu durchgängig erreicht werden konnten. Im Ergebnis wird eine – die Prognose etwas übersteigende – moderate Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals ermöglicht.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagementsystem

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht das Ziel der Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken

dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative Vermögensanlage gekennzeichnet ist.

Die Risikoinventur umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen.

Basis der Risikoinventur bildet das Gesamtrisikoprofil als Zusammenstellung der relevanten Risikoarten bzw. -kategorien. Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2020 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart/-kategorie	
Adressenrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelle Risiken	
Sonstige Risiken	Modellrisiko

Zentrales Element unserer Risikosteuerung ist das implementierte Risikotragfähigkeitskonzept. Die Stadtsparkasse Oberhausen setzt ein periodenorientiertes System ein. Die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung ist als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert. Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes sowie die Erfüllung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sichergestellt sein müssen.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 99,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Darüber hinaus werden auch einzelne Risikoszenarien zur Risikoquantifizierung eingesetzt.

Die Berechnung des Risikodeckungspotenzials erfolgt monatlich, während die Risikoquantifizierung und somit die Risikotragfähigkeit vierteljährlich ermittelt wird.

Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote ab. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das Planergebnis nach Steuern (nach Abzug der erwarteten Verluste aus dem Kundenkreditgeschäft und aus Beteiligungsrisiken sowie der schwebenden Verluste aus Wertpapieren) die Risikodeckungsmasse. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials werden von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse Puffer für einzelne Risikoarten (Modell-, Kosten-, Provisions- und Liquiditätsrisiken) sowie die aus der Bankenabgabe resultierenden Eventualverbindlichkeiten abgezogen.

Anschließend legt die Geschäftsleitung entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit für unerwartete Risiken zur Verfügung stellt bzw. welcher Freiraum zwischen Risikodeckungspotenzial und Gesamtbanklimit zu jedem Stichtag gegeben sein muss.

Am Jahresanfang hat der Vorstand für das Jahr 2020 Risikolimits auf Basis unserer Risikotragfähigkeitsberechnung festgelegt. Alle wesentlichen Risiken werden auf die entsprechenden Limits angerechnet oder vom Risikodeckungspotenzial in Form von Abzugsposten abgezogen (Liquiditätsrisiko, Modellrisiko). Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limits reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Risikolimit für das Bewertungsergebnis Wertpapiere im März 2020 aufgrund der damals vorhandenen schwebenden Verluste sowie der reduzierten Ertragserwartungen um 7 Mio. € reduziert wurde.

Die prozentualen Anteile der Risiken sowie der Limite am Risikodeckungspotenzial stellen sich zum 31. Dezember 2020 wie folgt dar:

	Anteile am Risikodeckungspotenzial in %	
	Risiken	Limite
Bewertungsrisiko Wertpapiere	37,8	38,0
Adressenrisiko Kundengeschäft	14,1	14,1
Zinsspannenrisiko	8,4	8,4
Beteiligungsrisiken	8,9	8,9
Operationelle Risiken	4,2	4,4
SUMME	73,4	73,8

Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig durchgeführt. Im Rahmen ergänzender Untersuchungen haben wir regelmäßig auch mögliche Auswirkungen der Covid-19 Krise auf die Ertrags- und Risikolage der Sparkasse untersucht. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei Eintritt außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse eingehalten werden. Bei Eintritt des Szenarios „schwerer konjunktureller Abschwung“ wäre allerdings die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben. Aufgrund dessen wurde festgelegt, die in der Sparkasse erarbeiteten und zum Teil bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der ordentlichen Ergebnissituation sowie zur Begrenzung der Risiken im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Eigenanlagen der Sparkasse weiterhin konsequent umzusetzen.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2025. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Zinsüberschüsse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase. Für den im Rahmen der Kapitalplanung betrachteten Zeitraum können die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Nach dem Ergebnis der Planungen besteht zudem ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten auch in den adversen Szenarien sicherstellen zu können. Um den insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen – insbesondere dem anhaltenden Niedrig- bzw. Negativzinsniveau – entgegenzuwirken wurden bereits konkrete Maßnahmen, mit denen die Ergebnis- und Risikosituation in den Folgejahren nachhaltig verbessert werden soll, erarbeitet und zum Teil bereits eingeleitet. Diese wurden in den Planungen berücksichtigt. Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das Risikocontrolling, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der in der Abteilung Unternehmenssteuerung angesiedelte Gruppe Controlling wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Gruppenleitung Risikocontrolling der Abteilung Unternehmenssteuerung und ist in dieser Funktion dem Marktfolgevorstand direkt unterstellt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Das Reportingkonzept umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Die zentralen Aspekte aus dem

Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse per 31.12.2020 an vier Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate halten wir aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Die per 31.12.2020 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

2.1 Adressenrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche daraus folgt, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen, die keinen Ausfall darstellen, ändert und damit ein im Vergleich zur Erwartung möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss.

Das Länderrisiko setzt sich aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko zusammen. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat. Unter dem Ländertransferrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner oder ein Schuldner mit Sitz im Ausland trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann. Für die Sparkasse stellt das Länderrisiko kein wesentliches Risiko dar. Zum einen ist der Anteil der Kundenkreditforderungen außerhalb Deutschlands an den gesamten Forderungen marginal. Zum anderen haben die Emittenten der erworbenen Unternehmensanleihen ihren Sitz überwiegend in der Eurozone.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen; im Zuge der Corona-Krise wurde im zweiten Quartal bei der Beurteilung auf Unterlagen und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen vor der Krise abgestellt und eine vereinfachte Berechnung herangezogen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen; im zweiten Quartal wurde bei Bestandskunden, die aufgrund der Covid-19 Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, bei Kreditanträgen für Fremd- sowie Eigenmittel grundsätzlich auf die Ermittlung einer neuen Ratingnote verzichtet, sofern das letzte vorliegende Rating nicht älter als 12 Monate war
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten; im zweiten Quartal wurde als Erleichterungsmaßnahme auf die anlassbezogene Überprüfung von Sicherheiten (Neukreditierung) verzichtet, sofern keine offensichtlichen Anhaltspunkte für eine Wertverschlechterung vorlagen; zudem wurde in diesem Zeitraum auf Innenbesichtigungen von Immobilien zum Zweck der Beleihungswertermittlung gemäß Empfehlungen der BaFin verzichtet; auf die Hereinnahme neuer Sicherheiten wurde sofern möglich verzichtet oder erfolgte zeitlich versetzt
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Von den dargestellten Erleichterungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Krise wurde ausschließlich im zweiten Quartal 2020 Gebrauch gemacht.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-, das Privatkunden- sowie das Kommunalkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchforderungen	
	31.12.2020 Mio. €	31.12.2019 Mio. €
Unternehmenskundenkredite	769	712
Privatkundenkredite	768	704
Kommunalkredite	487	492
Sonstige Kredite ¹	24	21
Gesamt	2.048	1.929

¹ Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie an ausländische Nichtbanken

Zum 31. Dezember 2020 wurden etwa 38 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 38 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie 24 % an inländische öffentliche Haushalte. Damit weist die Stadtparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die mit einem Anteil von 30,1 % mit Abstand größte (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Darüber hinaus entfallen 9,0 % auf Ausleihungen an Unternehmen der Branche Gastgewerbe sowie 8,2 % auf Ausleihungen an Unternehmen im Kredit- und Versicherungswesen.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 61,0 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 5,0 Mio. EUR. Der Anteil der Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. €, der sich per 31.12.2020 auf insgesamt 30 Kreditnehmer verteilt, wird maßgeblich durch den vergleichsweise hohen Anteil von Ausleihungen an inländische öffentliche Haushalte beeinflusst.

Die Kredit-Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Hierdurch ergibt sich folgende Ratingklassenstruktur im Kundengeschäft:

Ratingklasse	31.12.2020 Volumen in %	31.12.2019 Volumen in %
1 bis 9	93,3	92,6
10 bis 15	4,2	4,9
16 bis 18	2,5	2,5

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowie hinsichtlich der Größenklassenstruktur.

Insgesamt sind wir dennoch der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse 10 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 27,0 Mio. € in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der dazu notwendigen Zukunftsbetrachtung haben wir das aktuelle gesamtwirtschaftliche Umfeld, die Situation einzelner Branchen sowie Einschätzungen zur Entwicklung der Covid-19 Pandemie ebenso wie staatliche Stabilisierungsmaßnahmen berücksichtigt. Sofern unter diesen Rahmenbedingungen und Annahmen keine nachhaltige Schuldendienstfähigkeit von Kreditnehmern zu erwarten ist, haben wir eine Einzelwertberichtigung gebildet. Die der aktuellen Covid-19 Krise immanenten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräume haben wir im Sinne der kaufmännischen Vorsicht berücksichtigt bzw. ausgeübt. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der Vorstand wird grundsätzlich vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Im Zusammenhang mit der durch die Covid-19 Pandemie ausgelösten konjunkturellen Krise haben wir im Geschäftsjahr 2020 diese Untersuchungen intensiviert. Dabei haben wir unsere Untersuchungen insbesondere darauf ausgerichtet, Kreditnehmer zu identifizieren, die in besonders betroffenen Branchen tätig sind bzw. aus anderen Gründen stark von der aktuellen Krise betroffen sind bzw. sein könnten. Die Beurteilung der Lage dieser Kreditnehmer erfolgte in einem krisenangepassten, qualitativen Verfahren und in engem persönlichen Kontakt mit den Kunden. Bei der Ausgestaltung des Verfahrens haben wir berücksichtigt, dass aufgrund der Dynamik der Krise und der staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen die ansonsten etablierten und geeigneten Risikofrüherkennungskriterien, wie z. B. Negativmerkmale aus Jahresabschlussunterlagen und rückläufige Umsatztätigkeit, nur eingeschränkt aussagefähig sind.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2020 weist mit einem Bewertungsergebnis Kredit von -1,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr zwar eine Steigerung auf, die jedoch unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie moderat ausgefallen ist. Ursächlich hierfür ist eine aufgrund werterhellender Tatbestände vorgenommene Einzelwertberichtigung bei einem Kreditnehmer, die auf die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19 Pandemie zurückzuführen ist. Darüber hinaus war keine gravierende Erhöhung der Risikovorsorge im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie im Rahmen unseres, wie vorstehend beschriebenen, Forderungsbewertungsprozesses festzustellen. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im Jahr 2020 durchgängig eingehalten.

Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft umfassen die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche einerseits aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen 1 bis 16 (gemäß Sparkassenlogik) ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Dieses Einzelaktienausfallrisiko umfasst nicht markttypische negative Wertveränderungen bis hin zum kompletten Wertverlust, welcher auf die Insolvenz des Emittenten zurückzuführen ist.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie weiterer öffentlich zugänglicher Informationen

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 282,2 Mio. € (Vorjahr: 279,0 Mio. €). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (111,9 Mio. €), Wertpapierspezialfonds (116,3 Mio. €), Immobilienspezialfonds (12,6 Mio. €) und sonstige Investmentfonds (39,8 Mio. €). Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch öffentliche Anleihen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten und Unternehmensanleihen.

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Schuldverschreibungen und Anleihen verfügen – mit Ausnahme der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets erworbenen Initiatoren-Credit Linked Notes sowie einer geringfügigen Verbriefungstransaktion – ausnahmslos über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Bei den Anteilen an Wertpapierspezialfonds sowie den sonstigen Investmentfonds wird der Anteil der Positionen mit Ratings unterhalb des Investmentgrades durch die festgelegten Volumenslimite für die einzelnen Assetklassen sowie bei den Spezialfonds zusätzlich durch die definierten Wertuntergrenzen begrenzt.

Es existieren keine wesentlichen Konzentrationen hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Das im Direktbestand, in den beiden Spezialfonds sowie in den Publikumsfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Staatsanleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2020 auf insgesamt 19,6 Mio. € (Kurswert inkl. Stückzinsen). Davon entfallen 11,4 Mio. € auf italienische, 6,0 Mio. € auf spanische, 1,4 Mio. € auf irische und 0,8 Mio. € auf portugiesische Staatsanleihen. Darüber hinaus werden in den Spezial- und Publikumsfonds der Sparkasse Anleihen sowie Aktien von Kreditinstituten und sonstigen Unternehmen aus den fünf genannten Staaten in Höhe von 15,1 Mio. € gehalten.

Eine separate Limitierung der Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2020 nicht. Diese wurden gemeinsam mit den weiteren Risiken aus Eigenanlagen im Risikolimit für das Bewertungsrisiko Wertpapiere zusammengefasst, welches in 2020 durchgängig eingehalten wurde.

2.2 Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie Zinsen, Creditspreads, Immobilien- und Rohstoffpreise, Volatilitäten, Fonds-, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread-, das Aktienkurs- und das Immobilienrisiko zentrale Bedeutung auf.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategien unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds. Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden wöchentlich nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert. Im Zuge der Corona-Krise wurde die Berichtsfrequenz auf täglich verkürzt.

Die Entwicklung der Marktpreisrisiken war 2020 geprägt von den außergewöhnlich starken Marktbewegungen (hauptsächlich auf den Aktienmärkten im ersten und zweiten Quartal 2020) vor dem Hintergrund der Covid-19 Pandemie. Hiervon war die Sparkasse insbesondere in ihren beiden Spezialfonds betroffen, die zu Beginn der Pandemie beträchtliche Wertrückgänge zu verzeichnen hatten. Als Reaktion hierauf wurden sukzessiv risikoreduzierende Maßnahmen wie die Absicherung von Aktienpositionen, den Abbau von Corporates in den Bereichen High-Yield und Emerging Markets sowie die Reduzierung von Zinssensitivitäten umgesetzt. Darüber hinaus wurden die Fondspreisuntergrenzen der Spezialfonds angepasst, um somit eine vollständige Glatstellung zu verhindern und den Fonds zu ermöglichen, an einer Erholung der Märkte zu partizipieren. Die Entwicklung der Eigenanlagen und Marktpreisrisiken wurde eng, zeitweise täglich durch das Risikocontrolling und den Vorstand überwacht und begleitet. In der zweiten Jahreshälfte haben sich die Marktbewegungen im Vergleich zu den Vorquartalen wieder beruhigt und die Absicherungsmaßnahmen konnten zurückgefahren werden. Im Ergebnis haben sich die schwebenden Verluste, die das Risikodeckungspotential belastet haben, bis zum Jahresende deutlich verringert.

Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risiko-losen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstellungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs über die IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Halbtedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 99,0 %). Die größte negative Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis.
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019. Für Geschäfte ohne feste Zins- oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt, die aus historischen Daten oder über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklungen abgeleitet wurden.
- Ermittlung des Verlustrisikos (Value-at-Risk) für den aus den Gesamtzahlungsströmen errechneten Barwert auf Basis der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die negative Abweichung der Performance über den Planungshorizont 12 Monaten von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts, wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung des Zielwertkorridors zwischen 2,75 % und 3,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte.
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 6/2019 (BA) der BaFin vom 12. Juni 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2020 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
T€	- 30.893,6	- 13.201,3

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgenden Bereichen:

- Laufzeitstruktur des Zinsbuches hinsichtlich möglicher Konzentrationen oder Ungleichverteilungen des Cashflows auf einzelne Laufzeitbänder.
- Anteil des Strukturbeitrages (= Ergebnis aus der Fristentransformation) am Zinsüberschuss
- Existenz hochvolumiger Sondertilgungsrechte einzelner Kreditnehmer

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden Steuerungsmaßnahmen zur Anpassung bzw. Aussteuerung von Cash-flow-Überhängen abgeschlossen, um die angestrebte Benchmarkstruktur mit einem entsprechenden Hebel zu erreichen. Zudem werden die bestehenden Sondertilgungsrechte regelmäßig ausgewertet und die Optionsrisiken über das Risikolimit für das Zinsspannenrisiko in der Risikotragfähigkeit der Stadtparkasse Oberhausen berücksichtigt.

Marktpreisrisiken aus Spreads

Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenausfallrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Keine Investments in Spreadrisiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne
- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus verzinslichen Positionen im Direktbestand auf Basis historischer Spreadaufschläge je Spreadklasse (VaR 99,0 % Konfidenzniveau, 12 Monate Haltedauer)
- Berücksichtigung von Risiken aus Publikumsfonds mittels Benchmarks, für die der VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von 12 Monaten ermittelt wird
- Berücksichtigung von Spreadrisiken aus Spezialfonds in der Risikoquantifizierung über die mit den Kapitalverwaltungsgesellschaften vereinbarten Wertuntergrenzen und eines darüberhinausgehenden Puffers für eine unterstellte Liquidation der Fonds (Ermittlung VaR, 99 % Konfidenzniveau, verschiedene Haltedauern (1-12 Monate) mittels historischer Analysen verschiedener Benchmarks für die jeweiligen Assetklassen)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere

Eine Risikokonzentration besteht bei den Spreadrisiken in der vorliegenden Depot A-Struktur, die zu 31,5 % in ungedeckte Titel (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen) investiert ist und somit entsprechend auf Creditspreadausweitungen reagieren würde. Die Sparkasse hat Volumenlimite für die unterschiedlichen Assetklassen und Emittenten/Kontrahenten festgelegt, um eine Risikostreuung zu erzielen. Zudem erfolgen Neuanlagen nur im Rahmen eines vorhandenen Freiraums in der Risikotragfähigkeit.

Aktienkursrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Aktienbestand der Sparkasse wird im Wesentlichen über zwei Spezialfonds gemanagt. Der Fokus liegt hierbei auf den europäischen Standardwerten. Die Spezialfonds verfügen per 31.12.2020 über ein Gesamtvermögen von 116,3 Mio. €, von denen in der Basisallokation ca. 13 % in Aktien investiert sein sollen. Tatsächlich beträgt das Volumen in Aktien 34,0 Mio. € per Ende 2020 und entspricht somit einer Quote von 29,2 %. Allerdings bestehen Absicherungsmaßnahmen für ein Volumen von 29,6 Mio. €. Das Aktienkursrisiko hieraus wird in der Risikoquantifizierung über die mit den Kapitalverwaltungsgesellschaften vereinbarten Wertuntergrenzen sowie dem zusätzlichen Risiko aus der unterstellten Fondsliquidation berücksichtigt und auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere angerechnet.

Zudem wurden im Rahmen der Liquidation einer Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 entsprechende Aktien von der Beteiligungsgesellschaft an die Sparkasse ausgekehrt und in den Direktbestand übernommen (Wert per 31.12.2020 1,6 Mio. €). Die hierauf erfolgte Absicherung über Aktienfutures wurde im Laufe des Jahres 2020 schrittweise aufgehoben. Die Risikoquantifizierung erfolgt über die Kurshistorie (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 99,0 %) und wird auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere angerechnet.

Immobilienrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Immobilienpreisen ergibt. Hier werden sowohl eigengenutzte Immobilien als auch Immobilien-investitionen betrachtet. Bei den von der Sparkasse direkt gehaltenen Immobilien handelt es sich um betrieblich genutzte bzw. ehemals betrieblich genutzte Immobilien sowie damit in Zusammenhang stehende Wohnungen etc.. Aufgrund der Differenz zwischen Anschaffungs- und Buchwert sowie der jährlichen AfA sind keine besonderen Abschreibungsrisiken erkennbar, so dass eine zusätzliche Risikobetrachtung für den Bestand an eigenen Immobilien sowie eine Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit nicht erforderlich sind.

Immobilieninvestitionen unter Renditegesichtspunkten erfolgen über die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten. Dieses Immobilienrisiko wird in der Risikotragfähigkeit im Rahmen des Beteiligungsrisikos berücksichtigt.

Weitere Immobilieninvestitionen erfolgen über vier Immobilienfonds mit einem Gesamtzeichnungsvolumen in Höhe von 20 Mio. €, wovon per 31.12.2020 ca. 7,4 Mio. noch nicht abgerufen wurden. Die Risikoquantifizierung erfolgt analog zu dem Verfahren für Publikumsfonds.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds mittels Immobilienpreisindizes und Marktschwankungsberichte, für die der VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von 12 Monaten ermittelt wird
- Berücksichtigung des durch die Fremdkapitalquote entstandenen Hebels (auch für gezeichnete und noch nicht abgerufene Fondsanteile)
- Als weiteres Kursrisiko werden die in der jeweiligen Ergebnisprognose für die folgenden 12 Monate erwarteten Ausschüttungen der Immobilienfonds berücksichtigt
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf das Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere

Im Jahr 2020 wurden die beiden für Marktpreisrisiken im Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Risikolimits „Zinsspannenrisiken“ sowie „Bewertungsrisikos Wertpapiere“ durchgängig eingehalten.

2.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der delVO 2015/61
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung

- Ermittlung des Refinanzierungskostenrisikos in Form des zur Abdeckung eines mittels Szenarioanalyse ermittelten Liquiditätsbedarfs über den Risikohorizont resultierenden Aufwands
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtfinaanzierung

Die Sparkasse hat einen Refinanzierungsplan aufgestellt, der die Liquiditätsstrategie und den Risikoappetit des Vorstands angemessen widerspiegelt. Der Planungshorizont umfasst den Zeitraum bis zum Jahr 2025. Grundlage des Refinanzierungsplans sind die geplanten Entwicklungen im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung, bei der die Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit, der strategischen Ziele und des wirtschaftlichen Umfelds berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird auch ein Szenario unter Berücksichtigung adverser Entwicklungen durchgeführt.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der simulierten Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert werden.

Im Rahmen der Ermittlung der Survival Period simuliert die Sparkasse neben einem Planszenario drei Stressszenarien. Im kombinierten Stressszenario beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 21 Monate.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR beträgt zum 31. Dezember 2020 249 %; sie lag im Jahr 2020 zwischen 199 % und 260 %.

Aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen war – analog zum Vorjahr – auch in 2020 keine Notwendigkeit zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen:

- Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle
- Existenz hoher Einzelkundeneinlagen
- Volumen der Wertpapiereigenanlagen in ungedeckten Finanzinstrumenten (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen), die bei Bedarf ggf. schwieriger zu liquidieren sind

Zur Begrenzung dieser Konzentrationen erfolgt zum einen eine regelmäßige Auswertung über die Größenklassenstruktur der Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungskostenrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Sparkasse zum anderen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion sowie die Schaffung der Voraussetzungen zur Nutzung des Verfahrens MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims) der Bundesbank zur Einreichung von Kreditforderung. Des Weiteren hat die Sparkasse in ihrer Organisationsrichtlinie für Wertpapiereigenanlagen höhere Volumenslimite für gedeckte Schuldverschreibungen, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

2.4 Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken (OpRisk) versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können. In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte.

Die Ausnahmesituation während der Covid-19 Pandemie führt grundsätzlich zu erhöhten OpRisk insbesondere durch Änderungen der internen Prozesse und des Marktumfelds. Dem haben wir insbesondere durch folgende Maßnahmen Rechnung getragen:

- Regelmäßige Sitzungen des Krisenstabs zur Erörterung und Bewertung der Situation sowie Entscheidung über Maßnahmen
- Zeitweise Schließung von bis zu fünf Geschäftsstellen
- Verstärkte Nutzung von mobilem Arbeiten und Heimarbeit durch die Mitarbeiter
- Umstellung auf digitale Kommunikationswege sowohl intern als auch extern mit unseren Kunden und Geschäftspartnern

Unsere Geschäftstätigkeit haben wir uneingeschränkt aufrechterhalten.

Die mit der Ausnahmesituation verbundenen zusätzlichen Aufwendungen beschränkten sich i. W. auf gestiegene Kosten für Sicherungsmaßnahmen, zusätzliche Hygienemaßnahmen zum Schutz von Mitarbeitern und Kunden sowie höhere IT-Kosten im Rahmen des mobilen Arbeitens.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung Risikolandkarte
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle

- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage von bei der Sparkasse sowie überregional eingetretener Schadensfälle
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

Wir weisen darauf hin, dass die vertraglichen Regelungen zur Anpassung von Zinssätzen bei Prämiensparverträgen Gegenstand von Musterfeststellungsklagen von Verbraucherzentralen gegen Sparkassen im Bundesgebiet sind. Gegen erste Urteile haben beide Verfahrensbeteiligte Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Die endgültige Klärung durch den BGH steht noch aus. Eine hinreichend sichere Einschätzung, zu welcher Entscheidung der BGH kommen wird, ist derzeit nicht möglich. Als Stadtparkasse Oberhausen waren und sind wir nicht unmittelbar an den Verfahren beteiligt, beobachten und bewerten jedoch laufend die rechtlichen Entwicklungen. Auf Basis unserer rechtlichen Beurteilungen halten wir es derzeit für überwiegend wahrscheinlich, dass der BGH der Rechtsauffassung der Kläger nicht folgt. Eine Rechtsgrundlage für Erstattungsansprüche besteht daher nach unserer Einschätzung nicht, so dass im Jahresabschluss 2020 keine Rückstellung zu bilden war.

Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2020 durchgängig eingehalten.

2.5 Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung), sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung im Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand kritisch gewürdiger Expertenschätzungen
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Das Beteiligungsportfolio besteht zu mehr als 96 % aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die zur Förderung des Geschäftsgebietes sowie unter Renditegesichtspunkten gehalten werden. Hierzu gehört die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten. Somit entsteht aus der Beteiligung sowie der Kreditierung der Bauvorhaben ein Immobilienrisiko, welches in der Risikotragfähigkeit im Rahmen des Beteiligungsrisikos berücksichtigt wird. Dabei wird ein Puffer für neue Projekte, die noch nicht hinreichend konkret sind, einbezogen. Die Risikoquantifizierung erfolgt mittels der beobachteten Preisrückgänge innerhalb von 12 Monaten aus der Historie von Immobilienpreisindizes und Marktschwankungsberichten.

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio insbesondere aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen. Eine faktische Begrenzung dieser Konzentrationen ist kaum möglich. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wird dem Beteiligungsrisiko sowie den hierbei bestehenden Konzentrationen durch eine entsprechende Reservierung von Risikodeckungspotenzial entsprechend Rechnung getragen.

Im Jahr 2020 wurde das von der Sparkasse definierte Risikolimit für Beteiligungen durchgängig eingehalten.

2.6 Sonstige Risiken

Neben den zuvor dargestellten Risikoarten berücksichtigt die Stadtparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept, wobei das Modellrisiko sowohl in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen als auch im Rahmen der Ableitung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt wurde. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass einerseits das Modell grundsätzlich die Realität nur eingeschränkt oder falsch abbildet bzw. andererseits Daten, Annahmen oder Schätzverfahren des verwendeten Modells falsch, fehlerhaft, ungeeignet, unsachgemäß oder nicht mehr aktuell sind.

Aufgrund des sehr hohen Volumens an variablen (Einlagen-)Produkten wurde die Struktur der gleitenden Durchschnitte als wesentliche Risikokonzentration eingestuft. Zur Begrenzung dieser Konzentrationen werden im Rahmen der kritischen Analysen der Risikoquantifizierungsverfahren die getroffenen Annahmen und Parameter auch vor dem Hintergrund der Modellrisiken untersucht und beurteilt.

Zudem wird das Modellrisiko in Form eines Puffers als Abzugsposten von der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines

Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Weitere Informationen hierzu können den Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss 2020 entnommen werden.

3. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in einer Erholung des wirtschaftlichen Umfelds sowie in der Umsetzung der im Rahmen unseres internen Strategieprozesses erarbeiteten Maßnahmen und den damit verbundenen positiven Auswirkungen, insbesondere auf die Ertrags- und Vermögenslage. Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir dabei insbesondere durch Maßnahmen zur Erhöhung der Profitabilität des Einlagengeschäftes, eine Optimierung der internen Prozesse inklusive einer damit verbundenen Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten sowie eine weitere Steigerung des Provisionsüberschusses nutzen.

Darüber hinaus wollen wir Chancen nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Chancen sehen wir zudem in einem steigenden und somit über der Planung liegenden Zinsniveau, welches die Durchsetzung erhöhter Margen im Kundengeschäft ermöglicht.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation stehen wir unseren Kunden im Rahmen unseres öffentlichen Auftrags als verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten zur Verfügung. Dies bietet nach unserem Selbstverständnis die besten Chancen auf langfristige und im beiderseitigen Interesse erfolgreiche Geschäftsverbindungen mit unseren privaten und gewerblichen Kunden.

4. Gesamtbild der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Auf Basis unserer internen Risikoberichte bewegten sich die Risiken in 2020 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 99,4 % ausgelastet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Risikolimit für das Bewertungsergebnis Wertpapiere im März 2020 um 7 Mio. € reduziert wurde. Dies lag in den damals vorhandenen schwebenden Verlusten und reduzierten Ertragserwartungen im Zuge der Corona-Krise begründet.

Der vom Vorstand festgelegte und monatlich überwachte Mindestfreiraum zwischen Risikodeckungspotential und Gesamtbanklimit wurde im Jahr 2020 auf dieser Basis durchgängig eingehalten. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit in der verfolgten periodenorientierten Sicht gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass die aktuellen aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei Eintritt außergewöhnlicher Ereignisse eingehalten werden. Dies gilt auch für unsere Untersuchungen möglicher Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Risikolage der Sparkasse.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die weiter steigenden Eigenkapitalanforderungen aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft mittelfristig zu einer spürbaren Einengung der Risikotragfähigkeit führen werden.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen zum einen im Hinblick auf die Auswirkungen der Covid-19 Krise und zum anderen durch die anhaltende Niedrigzinsphase sowie die zunehmenden regulatorischen Anforderungen, insbesondere im Bereich des Verbraucherschutzes wie auch hinsichtlich der steigenden Eigenkapitalanforderungen.

Die Sparkasse hat bereits konkrete Maßnahmen, mit denen die Ergebnis- und Risikosituation in den Folgejahren nachhaltig verbessert werden soll, erarbeitet und zum Teil bereits eingeleitet.

Die Auswirkungen der Covid-19 Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Darstellung der einzelnen Risikoarten berücksichtigt.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage auch unter Berücksichtigung der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung als ausgewogen.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden

Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der weiterhin dynamischen Entwicklung der Corona-Pandemie und der damit verbundenen möglichen Auswirkungen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

1. Ausblick 2021

Die meisten Prognosen gehen derzeit von einer starken Erholung der Wirtschaftsaktivität im Jahr 2021 aus. So rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einer Zunahme der Weltproduktion um 5,5% und einem Anstieg des Welthandels um 8,1% im Jahr 2021. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihren zum Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2021 um 3,1% bis 5,3%. Dabei ist zu beachten, dass die Prognosen die Verschärfung der Maßnahmen zum Infektionsschutz ab Mitte Dezember 2020 sowie die zunehmende Verbreitung von Mutationen des Coronavirus nur zum Teil berücksichtigen konnten. Seit Jahresbeginn zeigten sich die Auswirkungen des erneuten Lockdown in den Rückgängen mehrerer Stimmungsindikatoren (u. a. ifo, GfK).

Ein Großteil der prognostizierten BIP-Zunahme im Jahr 2021 dürfte auf den privaten Konsum entfallen. Da die privaten Haushalte im vergangenen Jahr aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten in großem Umfang zusätzliche Ersparnis gebildet haben, stehen erhebliche Mittel zur Verfügung, die für einen zusätzlichen bzw. nachgeholten Konsum genutzt werden könnten. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren einen deutlichen Rückgang der außergewöhnlich hohen Sparquote von 16,2% im Jahr 2020. Die überwiegende Mehrzahl der Prognosen bewegt sich dabei in der Spanne von 12,6% bis 14,9%, was im langjährigen Durchschnitt immer noch ein hohes Niveau wäre.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich nach Einschätzung der meisten Wirtschaftsforscher durch die erneuten Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Winter 2020/2021 nochmals verschlechtern, bleibt aber angesichts der Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs robust. Aktuell bewertet auch die Bundesagentur für Arbeit die Lage auf dem Arbeitsmarkt als stabil. Sie verzeichnete im Januar 2021 2,9 Millionen Arbeitslose und damit 193.000 mehr als im Dezember 2020. Viele Belastungen in besonders von den Einschränkungen betroffenen Branchen sind noch nicht abschließend beurteilbar. Erst wenn die verschiedenen staatlichen Unterstützungen enden, wird sich verlässlich beurteilen lassen, welche Unternehmen die Krise überstehen bzw. welche Betriebe ihre Belegschaft ggf. noch einmal reduzieren müssen.

Den Prognosen der Mehrheit der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge werden die Verbraucherpreise 2021 mit +1,1% bis +1,6% und in 2022 mit +1,4% bis +1,8% voraussichtlich wieder stärker steigen als im Jahr 2020. In der Eurozone erwartet die EZB einen Anstieg um 1,0% in 2021, sowie +1,1% bzw. +1,4% in den Folgejahren.

Eine Normalisierung der Geldpolitik, insbesondere eine Anhebung der Leitzinsen, ist vor diesem Hintergrund in der aktuellen Situation nicht absehbar.

Wann die wirtschaftliche Erholung einsetzt und wie stark sie ausfällt, wird maßgeblich vom Tempo und dem Erfolg der gestarteten Corona-Impfkampagnen abhängen. Nur wenn sich die Infektionszahlen reduzieren und die Pandemie nachhaltig überwunden wird, können die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftstätigkeit sukzessive und dauerhaft aufgehoben werden. Erst dann ist die notwendige Sicherheit als Voraussetzung für einen anhaltenden Aufschwung vorhanden. Bis dahin bleiben alle Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung und Erholung mit hohen Prognoserisiken behaftet.

Für die Bankenbranche folgt daraus, dass sie auch weiterhin in einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld agieren muss. Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkasse bedeutet dies, dass die im Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen“ bzw. „Branchenumfeld 2020“ dargestellten Entwicklungen der Zins- und Provisionserträge sowie der Verwaltungsaufwendungen voraussichtlich auch das Geschäftsjahr 2021 prägen werden. Das Betriebsergebnis vor Bewertungsmaßnahmen wird sich daher voraussichtlich trotz aller Bemühungen zur Steigerung von Erträgen und zur Kosteneinsparung weiter abschwächen. Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Mit einem Anstieg der Risikovorsorge muss angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation gerechnet werden; der Umfang dürfte maßgeblich von Tempo und Stärke der wirtschaftlichen Erholung beeinflusst werden.

2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2020 rechnen wir auf Basis unserer Mittelfristplanung mit einem weiteren deutlichen Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem privaten Wohnungsbaukreditgeschäft. Hierbei wollen wir den Bestand über eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen nochmals spürbar ausbauen. Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir von einer moderaten Geschäftsausweitung aus. Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir einen weiteren starken Anstieg, insbesondere bei den täglich fälligen Einlagen. Hintergrund hierfür sind u. a. die fehlenden rechtlichen bzw. vertraglichen Grundlagen für die Sparkasse zur Ergreifung möglicher gegenläufiger Maßnahmen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und insbesondere im Einlagen-geschäft für das Folgejahr einen spürbaren Anstieg.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir im Bereich der Konsumentenkredite von einem moderaten Anstieg des Vermittlungsvolumens aus. Im Bereich des Wertpapiergeschäftes erwarten wir – unterstützt durch eine Beratungsoffensive für Kunden zur Vermögensoptimierung – einen spürbaren Umsatzanstieg.

3. Entwicklung der Lage

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) erwarten wir weiterhin deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %.

Für das Jahr 2021 sind keine größeren Investitionen geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2021 folgende Entwicklung.

Auf Basis des Betriebsvergleichs der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen wir unter der grundlegenden Annahme eines anhaltend niedrigen Zinsniveaus grundsätzlich mit einem deutlich sinkenden Zinsüberschuss. Allerdings kann es vor dem Hintergrund der jüngst aufgekommenen Erwartungen eines deutlichen Inflationsanstiegs auch zu einem Anstieg des Zinsniveaus kommen.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem moderaten Anstieg aus, wofür insbesondere steigende Erträge aus dem Privatgirobereich sowie aus dem Wertpapiergeschäft verantwortlich sind. Der prognostizierte Verwaltungsaufwand für 2021 steigt insgesamt leicht. Hierbei gehen wir sowohl beim Personalaufwand als auch bei den Sach- und sonstigen Aufwendungen von einem moderaten Anstieg gegenüber dem Jahr 2020 aus. Durch ein stringentes Kosten- und Personalmanagement wollen wir in beiden Bereichen über die Prognose hinausgehende Einsparungen realisieren. Bezüglich des als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten Betriebsergebnisses vor Bewertung ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2021 insgesamt ein spürbar sinkendes ordentliches Ergebnis.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir - nach den moderaten Zuführungen zu den Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr - trotz einer weiterhin risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik als Folge der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein insgesamt spürbar steigendes negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial-, Publikums- und Immobilienfonds rechnen wir im Gegensatz zum Vorjahr mit einem per Saldo nur leicht negativen Bewertungsergebnis.

Für das sonstige Bewertungsergebnis haben wir hinsichtlich unserer strategischen Beteiligungen eine Belastung in Höhe von 1,6 Mio. € eingeplant. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir für das Jahr 2021 von einer spürbar rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. Die Entwicklung des – als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten – Jahresergebnisses nach Steuern und Ausschüttung wird insbesondere durch die weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bewertungsergebnisse aus dem Kredit- sowie dem Wertpapiergeschäft determiniert. Gegenüber dem Vorjahr wird ein moderat rückläufiges Jahresergebnis erwartet, das allerdings – sofern die Belastungen aus den Bewertungsergebnissen die in unserer Planung unterstellten Werte nicht wesentlich überschreiten – eine weitere moderate Stärkung der Eigenmittel zulässt.

Hinsichtlich der als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren definierten Kapitalquoten (Gesamt- sowie Kernkapitalquote nach CRR) erwarten wir folgende Entwicklung: Die CRR sieht bei den existierenden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB eine nur noch teilweise bzw. abschmelzende Anerkennung vor. Dieser Effekt führt in Kombination mit einem erwarteten deutlichen Anstieg der Risikoaktiva – trotz der positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2020 – dazu,

dass es per Saldo zu einer merklichen Reduzierung der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote kommt. Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen inklusive des individuellen SREP-Zuschlags werden wir dennoch auch weiterhin deutlich übertreffen.

Insbesondere bei einer länger anhaltenden konjunkturellen Abschwächung bzw. einer verzögerten konjunkturellen Erholung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. erhöhte Kapitalanforderungen i. R. der sog. Basel IV-Regelungen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

4. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2021 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich der konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Wettbewerbssituation und der Zinslage weiterhin schwierige Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Insgesamt rechnen wir mit einer moderat negativen Entwicklung der Ertragslage, die allerdings eine weitere moderate Stärkung der Eigenmittel ermöglichen würde.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2021 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Aufgrund unserer Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

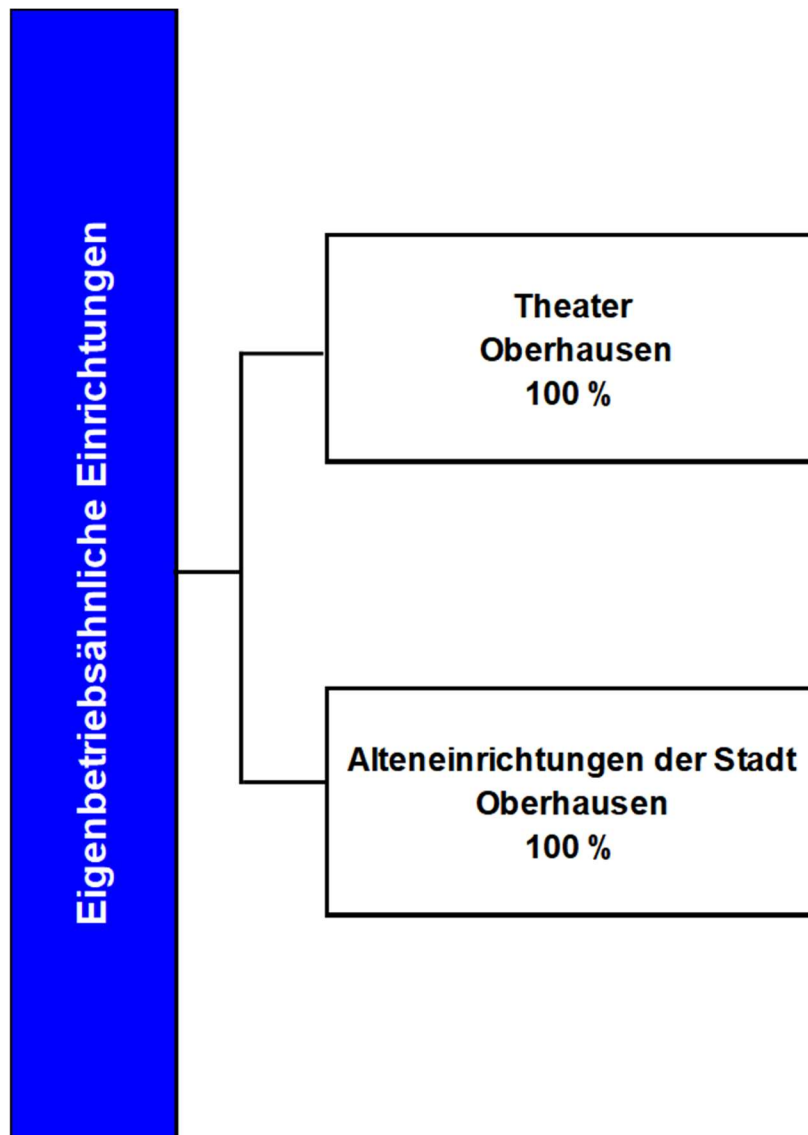
Abschließend weisen wir auf die noch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen der Covid-19 Krise auf unsere Geschäftsentwicklung hin. Die in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen sind daher mit erhöhten Eintrittsrisiken behaftet.

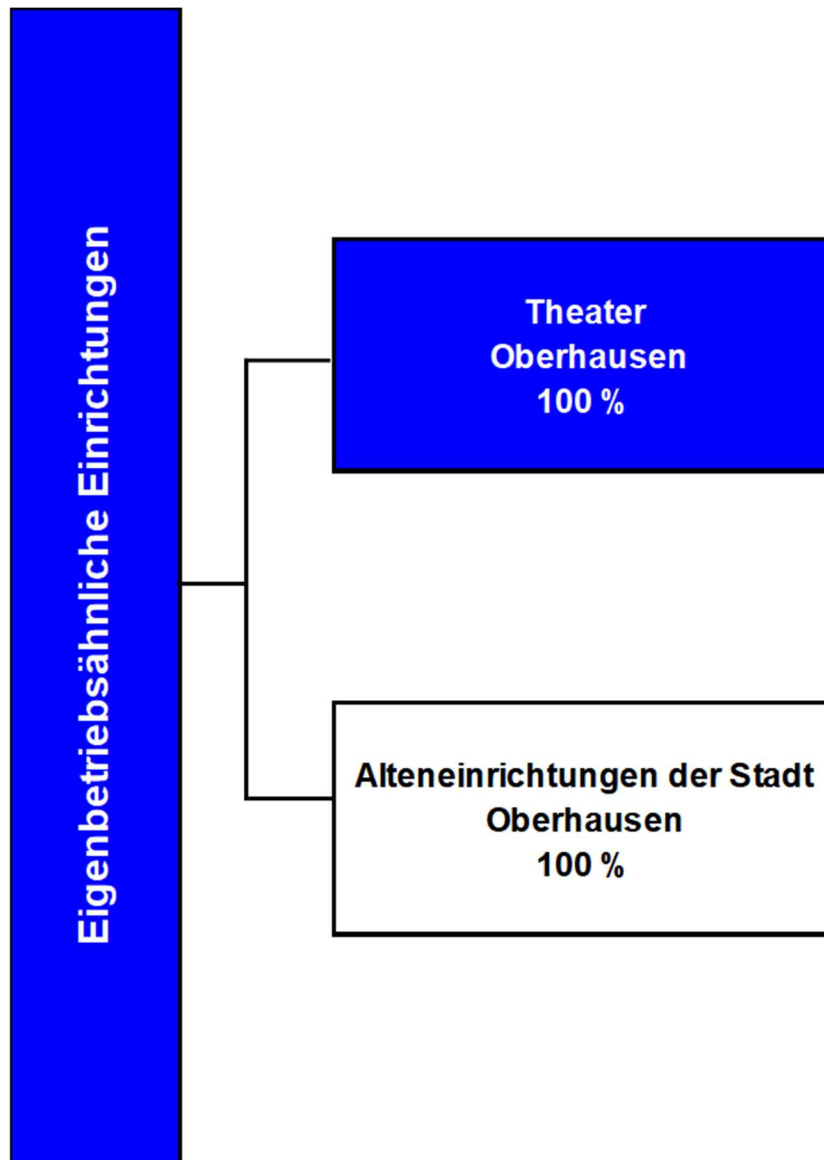
Oberhausen, 25.März 2021

Stadtsparkasse Oberhausen

Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen





Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85780
Fax 0208/8578325
e-Mail info@theater-oberhausen.de
Internet www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
derung GmbH
Stadt Oberhausen

Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Fiedler, Florian
	Betriebsleiter	Beckmann, Doris
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel

Mitglied	Gadde, Andreas
Mitglied	Janetzki, Maximilian
Mitglied	Heinzen, Tim
Mitglied	Bandel, Bärbel
Mitglied	Hoff, Amelie
Mitglied	Jankowski, René
Mitglied	Kompa, Hartwig
Mitglied	Laß, Claudia
Mitglied	Noldus, Erich
Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied	Axt, Birgit
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
stellv. Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
stellv. Mitglied	Matzat, André
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
stellv. Mitglied	Grothe, Helga
stellv. Mitglied	Lange, Jörg
stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
stellv. Mitglied	Ottersbach, Dustin
stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Racel, Britta
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
stellv. Mitglied	Völker, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
670,31	84,3	883,96	87,2	1.045,30	89,4	161,34	18,25
124,94	15,7	129,44	12,8	124,22	10,6	-5,22	-4,03

Bilanzsumme

795,25	100,00	1.013,40	100,00	1.169,52	100,00	156,12	15,41
---------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	---------------	--------------

Passiva

Eigenkapital

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
158,27	19,9	188,59	18,6	230,34	19,7	41,75	22,14
266,63	33,5	308,07	30,4	349,80	29,9	41,73	13,55
368,58	46,3	516,74	51,0	519,24	44,4	2,50	0,48
1,78	0,2			70,14	6,0	70,14	

Bilanzsumme

795,25	100,00	1.013,40	100,00	1.169,52	100,00	156,12	15,41
---------------	---------------	-----------------	---------------	-----------------	---------------	---------------	--------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Materialaufwand

Personalaufwand

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
427,21	452,95	264,14
9.695,79	10.342,21	10.424,07
836,13	964,56	815,11
7.430,36	7.880,93	8.188,34
1.827,06	1.920,81	1.643,01
0,00		
29,45	28,86	41,75
-0,83	-1,46	
30,28	30,32	41,75
30,28	30,32	41,75

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2018	31.07.2019	31.07.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,09	6,69	15,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,66	19,16	22,14	%
Cash-Flow:	30,28	30,32	41,75	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84,36	89,22	87,68	T€
Personalaufwandsquote:	73,40	73,00	76,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2018	31.7.2019	31.7.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	19,90	18,61	19,70	%
Fremdkapitalquote:	80,10	81,39	80,30	%

e) Lagebericht**Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 211.000 Einwohnern.

Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern: jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2019/20 wurden in Oberhausen 221 (413) Veranstaltungen mit 29.505 (50.907) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 56,01 % (57,60 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 10 (11), im Saal 2 (früher Malersaal) 10 (15) und in Außenspielstätten und Pool (früher Bar) 6 (7) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 22 (76) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 1 (6) eigenen Abstechern.

Entwicklung der Umsatzerlöse:

	31.07.20	31.07.19
	€	€
Eintrittseinnahmen und		
Abstecher	264.140,11	452.947,27

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von € 41.749,43 (Vorjahr € 30.317,77) ab. Die deutliche Umsatzreduzierung ist im Wesentlichen auf die corona-bedingte Schließung des Theaters im Frühjahr 2020 zurückzuführen.

Die **Erträge** lagen um T€ 28 über dem Planansatz. Mindereinnahmen aus den Umsatzerlösen (-T€ 223) standen Mehreinnahmen im Wesentlichen aus Sonderzuschüssen und dem erhöhten Landeszuschuss gegenüber.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um T€ 177 über dem Planansatz.

Die **Sachkosten** lagen um T€ 384 unter dem Planansatz.

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.20	31.7.19	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,5	57,5	0
Verwaltungspersonal	9,4	9,4	0
Arbeiter	55,0	55,0	0
	121,9	121,9	0

Der Aufwand betrug T€ 3.629 für Künstler und BTT-Kräfte und T€ 3.388 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf T€ 1.690. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und -Ausstatter enthalten.

Das Theater schließt das Berichtsjahr mit einem Jahresgewinn von T€ 42 ab.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Jul 20		31. Jul 19		Veränderung
	T€	%	T€	%	
Unfertige Ausstattungen	146	12,5	52	5,1	95
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15	1,3	7	0,7	8
	-		-		-
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	831	71,1	782	77,2	49
Kasse / Bank	177	15,1	172	17	5
Gesamtvermögen	1.169	100	1.013	100	157
Rücklagen	138	11,8	112	11,1	26
Gewinn	92	7,9	77	7,6	15
Eigenkapital	230	19,7	189	18,7	41
Sonstige Rückstellungen	350	29,9	308	30,4	42
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	169	14,5	162	16,0	8
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Oberhausen	241	20,6	267	26,3	-26
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	179	15,3	87	8,6	92
Kurzfristiges Fremdkapital	939	80,3	824	81,3	116
Gesamtkapital	1.169	100	1.013	100	157

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	<u>01.08.2019</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.07.2020</u>
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg. Rücklage	79.530,37	30.317,77	0,00	109.848,14
Zweckgebundene Rücklage	32.211,45	0,00	3.579,04	28.632,41
Gewinn	76.845,29			
Aufl. zweckgeb. Rücklage		3.579,04		
Einstellung Allg. Rücklage			30.317,77	
Jahresüberschuss		41.749,43		
Gewinn				91.855,99
	<u>188.587,11</u>	<u>75.646,24</u>	<u>33.896,81</u>	<u>230.336,54</u>

Entwicklung der Rückstellungen:

	<u>01.08.2019</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.07.2020</u>
Erneuerung Rauchwärmeabzugsanlage	57.000,00	0,00	0,00	0,00	57.000,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	28.100,00	25.804,39	1.650,61	26.450,00	27.095,00
Übrige	135.474,33	63.133,08	6223,52	112.089,00	178.206,73
	<u>308.074,33</u>	<u>176.437,47</u>	<u>7.874,13</u>	<u>226.039,00</u>	<u>349.801,73</u>

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Dazu gehört auch ein umfangreiches Arbeitssicherheitsmanagement.

Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. In den Jahren 2012 bis 2018 sind umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Für weitere Modernisierungsmaßnahmen hat die Stadt Oberhausen im Haushaltsjahr 2018 eine Rückstellung über T€ 3.000 gebildet. Im Sommer 2020 konnte der erste Bauabschnitt dieser Maßnahme umgesetzt werden. Der gesamte Schnürboden, Teile der Arbeitsgalerien und 16 Elektrozuganlagen sind erneuert worden. In einem zweiten Bauabschnitt soll dann 2021 die bühnentechnische Beleuchtung erneuert werden und die Restarbeiten an der Bühnenmaschinerie durchgeführt werden. Der 3. Bauabschnitt 2022 soll dann für die endgültige Fertigstellung der Arbeiten genutzt werden.

Im Wirtschaftsjahr 2018/19 hat ein beauftragtes Sachverständigenbüro damit begonnen, eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Theatergebäude zu erstellen. Schwerpunkt der Untersuchung ist der vorbeugende Brandschutz. Das Gutachten liegt jetzt vor und ist sowohl mit dem Bereich Bauordnung als auch der Berufsfeuerwehr der Stadt Oberhausen abgestimmt.

Als Ergebnis des Gutachtens sind umfangreiche Arbeiten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes vorzunehmen. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teils oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Seit dem 01.11.2020 ist der Vorstellungsbetrieb im Theater Oberhausen als Folge der Corona-Pandemie eingestellt. Der Probenbetrieb und der verstärkte Ausbau neuer, beispielsweise digitaler Theaterformate ist davon unberührt.

Durch die Schließung des Theaters kommt es zu erheblichen Einnahmeausfällen. Mit dem Personalrat der Stadt Oberhausen konnte eine Vereinbarung zur Einführung von Kurzarbeit getroffen werden. Diese Maßnahme und die zwischenzeitlich erfolgte Gewährung von Zuschüssen zur Überwindung von wirtschaftlichen Folgen der Schließung werden dazu beitragen, dass ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erwarten ist.

Chancenbericht

Der Ausbau neuer, digitaler Theaterformate eröffnet Chancen, zukünftig auch neue Zuschauergruppen zu erreichen.

Geprüft wird zudem, ob durch eine neue Sparte im Bereich Tanz das Theater zukünftig breiter aufgestellt werden und sich gegenüber einer urbanen Stadtgesellschaft weiter öffnen kann.

Mit dem Land Nordrhein-Westfalen werden dazu bereits Gespräche mit dem Ziel geführt, die Gründung dieser neuen Sparte finanziell zu unterstützen.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2020/21 liegt ein mit Datum vom 16.12.2019 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von T€ 9.285 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2020/21 aus.

Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. € p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012 ff. sollte durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2017 unter Einberechnung der Stärkungspakt-Mittel der Haushaltsausgleich erfolgen. Dieses Ziel wurde angabegemäß erreicht. Ab 2021 ist die Stadt verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Stärkungspakt-Mittel vorzulegen.

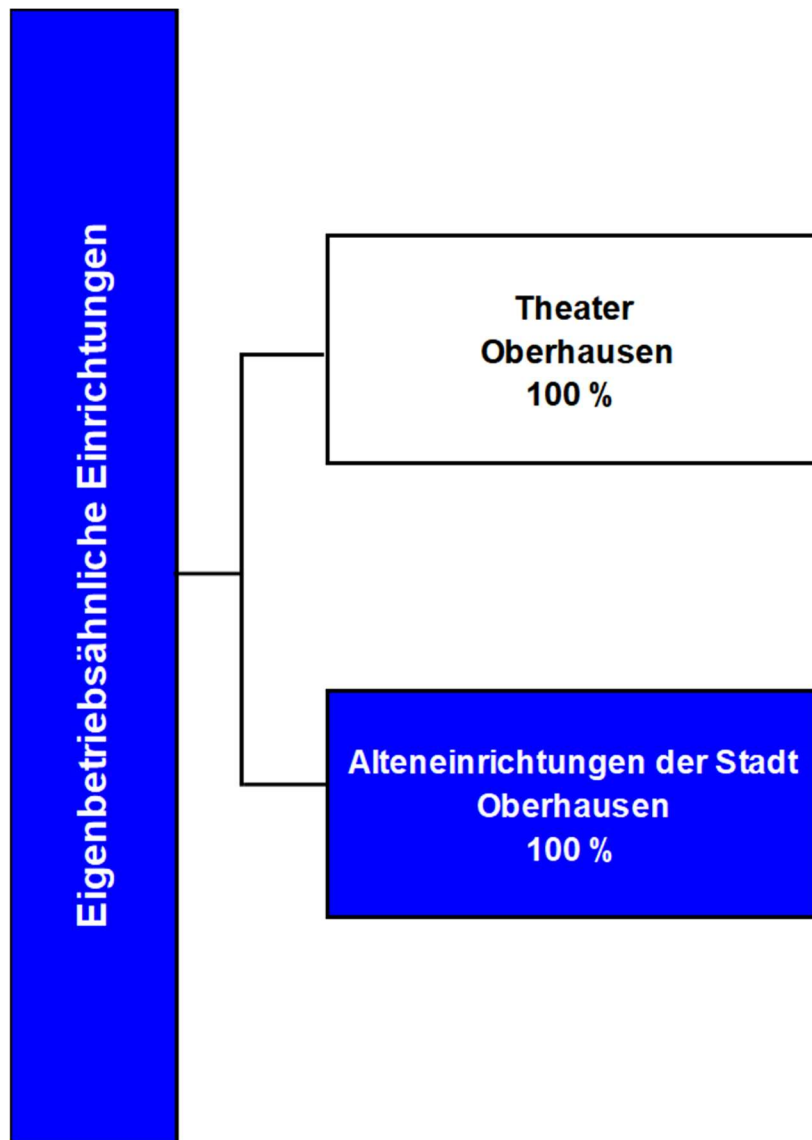
Die im HSP 2012 ff. ausgewiesene Einsparvorgabe für das Theater in Höhe von 2,0 Mio. € für den Fall einer Kooperation/Fusion mit einem anderen Theater wurde mit dem HSP 2016 durch Ratsbeschluss vom 16.11.2015 aufgehoben und durch einen Prüfauftrag ersetzt.

Gemäß HSP 2013 ff. hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 T€ jährlich eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüberhinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form mit Sicherheit infrage stellen.

Oberhausen, 31. August 2021

Theater Oberhausen

Florian Fiedler / Doris Beckmann
Betriebsleitung



Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/8252665
Fax 0208/8255001
e-Mail matthias.frerix@aso-ggmbh.de
Internet www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb

Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögens-rechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2020)

Geschäftsführung: Betriebsleiter Frerix, Matthias

Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Heitmann, Dagmar
	Mitglied	Grothe, Helga

Mitglied	Baumann, Louisa
Mitglied	Domberger, Benedikt
Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
Mitglied	Büschken, Dieter
Mitglied	Horn, Denise
Mitglied	Mumm, Birgit
Mitglied	Rubin, Finn
Mitglied	Schnettler, Jennifer
stellv. Mitglied	Dubbert, Karin
stellv. Mitglied	Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Kamps, Thorsten
stellv. Mitglied	Lampe, Siegfried
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen
stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian
stellv. Mitglied	Salwik, Claudia
stellv. Mitglied	Bohnes, Kirsten
stellv. Mitglied	Both, Jutta
stellv. Mitglied	Kortmann, Richard
stellv. Mitglied	Stahl, Andreas
stellv. Mitglied	Virgallita, Gianni

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen

Umlaufvermögen

Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2019		2020		Veränderungen	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
21.644,36	92,3	23.494,50	90,8	26.754,58	96,2	3.260,08	13,88
1.796,33	7,7	2.388,93	9,2	1.040,07	3,7	-1.348,86	-56,46
				10,90	0,0	10,90	

Bilanzsumme

23.440,69	100,00	25.883,43	100,00	27.805,55	100,00	1.922,12	7,43
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

Passiva

Eigenkapital

Sonderposten mit Rücklagenanteil

Rückstellungen

Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
5.876,50	25,1	5.960,48	23,0	6.056,91	21,8	96,43	1,62
446,52	1,9	427,72	1,7	408,91	1,5	-18,81	-4,40
103,75	0,4	92,91	0,4	79,40	0,3	-13,51	-14,54
17.013,92	72,6	19.402,32	75,0	21.260,33	76,5	1.858,01	9,58

Bilanzsumme

23.440,69	100,00	25.883,43	100,00	27.805,55	100,00	1.922,12	7,43
------------------	---------------	------------------	---------------	------------------	---------------	-----------------	-------------

bb) GuV

Umsatzerlöse

sonstige betriebliche Erträge

Abschreibungen

sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

sonstige Steuern

Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2018	2019	2020
T€	T€	T€
2.039,89	1.967,98	1.918,19
18,87	158,87	19,61
805,44	798,63	805,59
581,84	680,09	531,79
0,02	0,01	0,00
580,46	542,40	482,22
91,04	105,73	118,19
21,75	21,75	21,75
69,29	83,98	96,44
69,29	83,98	96,44

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,40	4,27	5,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,19	1,43	1,62	%
Cash-Flow:	874,72	882,60	902,03	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,34	90,77	96,22	%
Eigenkapitalquote:	25,07	23,03	21,78	%
Fremdkapitalquote:	74,93	76,97	78,22	%

e) Lagebericht**I. Geschäft- und Rahmenbedingungen****Der ASO-Verbund**

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Juli 2015 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Matthias Frerix.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30 richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Grundstücke und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22. Dezember 2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20. Juni 2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22. Dezember 2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der an der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen Grundstücke und Gebäudekomplexe im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichteten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiter zu verpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 3. Mai 2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30. Juni 2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ freiwerdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neugestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ freiwerdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden dürfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III“ oder „Ersatzneubau“ sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau“ die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21.11.2016 gefolgt. Das neue Gebäude wird vom ASO Eigenbetrieb errichtet und soll nach seiner Fertigstellung Mitte 2021 an die ASO gGmbH verpachtet werden.

Nach der Fertigstellung des Gebäudes werden die Bewohner des Haus III in den Neubau umziehen. Für die Folgenutzung des Haus III wird die Betriebsleitung dem Betriebsausschuss eine Machbarkeitsstudie vorlegen.

Gleichzeitig soll das Haus II auf dem Gelände umfassend saniert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Hierzu wird eine externe Begutachtung der Gebäudestruktur vorgenommen. Diese wird den bautechnischen Zustand des Gebäudes, den Instandhaltungs- und Investitionsstau, sowie die landesspezifischen baulichen Anforderungen bewerten. Danach wird ein Modernisierungskonzept von Architekten und Fachingenieuren erstellt, welches ebenfalls dem Betriebsausschuss vorgelegt wird.

Sowohl der Neubau, wie auch die Folgenutzung von Haus III und die Sanierung von Haus II stehen in einem ganzheitlichen zukunftsweisenden, bedarfsbezogenen Konzept einer Quartiersentwicklung an der Siepenstraße.

Neben der Öffnung des Standortes zu einem Quartier, soll das Portfolio der ASO erweitert und diversifiziert werden.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Das Bauvorhaben „Ersatzneubau an der Siepenstraße 30“

• Arbeiten am Ersatzneubau

Der Gebäudekomplex, bestehend aus den Bauteilen A, B und C, wurde vollständig erstellt. Die Fassade wurde verlinkert und die Fenster eingebaut. Das Dach wurde fertiggestellt und der Wintergarten montiert. Stromnetz, Fernwärme und Glasfaseranschluss wurden verlegt. Da das Gebäude seit Anfang November beheizt wird, konnten die Innenausbauarbeiten auch in der kalten Jahreszeit unterbrechungsfrei fortgesetzt werden. Der Innenausbau ist im Berichtsjahr zügig vorangeschritten, so dass sich das Bauvorhaben termingerecht im Bauzeitenplan befindet.

Glücklicherweise kam es trotz der Corona-Pandemie nicht zu Verzögerungen im Bauablauf. Die Betriebsleitung hat entsprechend reagiert und die Betreuung der Baustelle durch den Sicherheits- und Gesundheitskoordinator deutlich verstärkt. Dieser hat den Mitarbeitern die behördlichen Vorgaben und die Einhaltung der Hygienevorgaben des RKI und der Berufsgenossenschaft erläutert. Eine Betriebsanweisung zum Umgang mit dem Coronavirus und daraus resultierende wichtige Verhaltensregeln / Schutzmaßnahmen, Verhalten im Verdachtsfall / Maßnahmen der Ersten Hilfe, sachgerechte Entsorgung der Abfälle usw. wurden mit den Mitarbeitern auf der Baustelle thematisiert und ausgehangen. Um die Situation für die Mitarbeiter auch im Detail zu verbessern, wurde ein Sanitärcontainer unter Berücksichtigung entsprechender Hygienevorgaben aufgestellt, welcher mehrfach täglich gereinigt und regelmäßig mit Einmalhandtüchern, Seife und Desinfektionsmittel bestückt wird.

Im Oktober 2020 wurde ein Sicherheitsdienst zur Überwachung des Gebäudes und zum Schutz vor unbefugtem Betreten der Baustelle beauftragt.

• Kostensituation des Bauvorhabens

Im Zeichen der aktuellen Corona-Pandemie war im Berichtsjahr zu beobachten, dass bei Ausschreibungen einzelner Gewerke weniger Angebote als üblich abgegeben wurden. Für die ausführenden Unternehmen besteht das Risiko, dass die Bautätigkeit durch mögliche Probleme bei den Baustoff- und Baumaterialzulieferern, Erkrankungen in der eigenen Belegschaft oder durch behördliche Maßnahmen gebremst wird oder komplett eingestellt werden kann. In Bezug auf die Vergaben resultieren durch die zurückhaltende Angebotsabgabe der Firmen teilweise höhere Kosten. Zudem erhöhten sich die Kosten durch Corona-bedingte Zusatzaufwendungen und Aufwendungen aus der Berücksichtigung von Interessen der Nachbarschaft. Dennoch entspricht die Kostensteigerung im Bauvorhaben der allgemeinen Kostenentwicklung im Baugeerbe.

Durch einen Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) wurde diese Entwicklung erkannt und in einem im Dezember 2019 veröffentlichten Bericht bestätigt, indem der Kostenindex für das Jahr 2020 um 15,5 % erhöht wurde. Das heißt, die Angemessenheitsgrenze, die die Grundlage der Refinanzierung des Ersatzneubaus darstellt, wurde deutlich angehoben. Unter Berücksichtigung dieser vom Land NRW veröffentlichten Zahlen liegt das Bauvorhaben aktuell bei einer Kostensteigerung von ca. 7%.

• Gerichtliches Mediationsverfahren

Bis zum Juli 2020 war ein Rechtsstreit mit den Nachbarn gegen das Bauprojekt anhängig. Die klagende Partei hatte sich mit anwaltlicher Hilfe vor allem deshalb gegen den Ersatzneubau gewehrt, weil sie im Falle einer Versickerung des Regenwassers eine Beeinträchtigung ihrer Immobilie durch eine zusätzliche Feuchtigkeitsbelastung ihrer Kellermauerwerke befürchteten. Diese Sorge wurde ihnen aber durch das neue Entwässerungskonzept genommen, da das Regenwasser in vollem Umfang unmittelbar in den Mühlenbach eingeleitet wird und insoweit eine Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks ausgeschlossen ist. Dennoch wurde die Klage nicht zurückgezogen. Nach zwischenzeitlicher Klärung der Entwässerungsproblematik wurde die nachbarschaftliche Klage vor dem Verwaltungsgericht auf immissionsschutzrechtliche Aspekte beschränkt. Am 13.07.2020 wurde in einem Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf ein Vergleich mit den Nachbarn geschlossen und das Klageverfahren beendet.

Flächendeckendes WLAN in allen Einrichtungen der ASO

Im Berichtsjahr wurde vom ASO Eigenbetrieb die Digitalisierung vorangetrieben. Es wurde in allen Einrichtungen der ASO (Seniorenresidenz am Olga-Park, Louise-Schroeder-Heim, Haus Bronkhorstfeld) inklusive der Tagespflegezentren ein flächendeckendes WLAN eingerichtet. Dieses steht den Bewohnern kostenlos zur Verfügung. Weiter soll es eine Grundlage sein, um zukünftig Prozesse im Betriebsablauf effizienter zu gestalten.

Betriebsleiter

Der Rat der Stadt hat am 22. Juni 2020 nach zustimmender Vorberatung durch den Sozialausschuss, Finanz- und Personalausschuss, sowie dem Hauptausschuss Herrn Matthias Frerix ab dem 08.07.2020 zum Betriebsleiter bestellt.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage**Ertragslage**

Für das Geschäftsjahr 2020 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 96 T€ (Vorjahresüberschuss 84 T€).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 50 T€ von 1.968 T€ auf 1.918 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 1.904 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 14 T€.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 7 T€ auf 806 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 148 T€ auf 532 T€ (Vorjahr 680 T€) gesunken. Hierbei verringerte sich insbesondere die Zuführung zu Verbindlichkeiten im Rahmen des Zuschusses der Stadt Oberhausen für die Kosten des Projektsteuerers.

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 60 T€ auf - 482 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. Die Überdeckung hat sich um 1.285 T€ von 1.352 T€ auf 67 T€ verschlechtert.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 96,5 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Vorjahr 96,0 %).

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf 67 T€ (Vorjahr 1.351 T€) und deckt den Finanzierungsbedarf von 85 T€ für 0,8 Monate (Vorjahr 13,2 Monate).

IV. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hatte in den zurückliegenden Jahren sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfang refinanziert werden konnten. Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Hinzu kam im Berichtsjahr die geringere Auslastung durch freizuhaltende Quarantänebereiche hinsichtlich der Corona-Pandemie. Der Grund der unzureichenden Vermarktungssituation liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die Auslastungsprobleme und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wird jedoch durch den Ersatzneubau und die beabsichtigten Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung von Haus II effektiv und nachhaltig eingegangen. Damit wird der Erwartung der Pächterin entsprochen, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, dass eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können.

Für die Inbetriebnahme des Ersatzneubaus wird der August 2021 anvisiert. Bis zum Abschluss der dann noch beabsichtigten Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung von Haus II werden nach bisheriger Einschätzung weitere zwölf Monate vergehen, so dass selbst bei problemfreiem Verlauf der Bauarbeiten die Pächterin dauerhaft erst wieder ab 2023 positive Jahresergebnisse erzielen dürfte.

Seitens der Verpächterin wird nicht daran gezweifelt, dass sie der Pächterin Mitte 2021 das neue Gebäude zur Verfügung stellen kann und die Pächterin wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Eine Stärkung des Verbundes erhofft sich die Betriebsleitung auch aus der Ratsentscheidung vom November 2016, dass ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen unter Umständen von der Stadt übernommen wird.

Die Pächterin wird gemäß dem bestehenden Pachtvertrag für das Haus 2 des Louise-Schroeder-Heims auch in den nächsten Jahren eine Pacht in Höhe der bilanziellen Abschreibungen und der Zinsen entrichten. Hierdurch wird sich ein Delta zwischen den Zahlungen der ASO gGmbH und dem vom ASO Eigenbetrieb aufzubringenden Aufwand für noch zu leistende Tilgungs- und Zinszahlungen ergeben. Dieses muss seitens der Stadt geschlossen werden, indem entweder ein jährlicher Zuschuss gezahlt wird oder bestimmte Darlehen unmittelbar von der Stadt übernommen werden. Der für den Neubau auszuhandelnde Pachtvertrag sieht ähnliche Regelungen wie für das Haus Bronkhorstfeld vor.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit muss damit gerechnet werden, dass der Ersatzneubau auf Grund unterschiedlicher Faktoren

erheblich teurer werden wird, als dies in den Planungsjahren 2015 und 2016 angenommen worden war. Neben den bereits bekannten Mehrkosten u. a. für die vom Rat beschlossene rollstuhlgerechte Bauweise, für eine vollständige Verklinkerung und für die Erfüllung der brandschutztechnischen Auflagen, werden die seit geraumer Zeit am Markt geradezu explodierenden Baukosten das Gesamtprojekt erheblich verteuern. Positiv ist jedoch die deutliche Erhöhung des Kostenindex, welcher durch einen Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) bestätigt wurde.

Die Gefahr, dass ein behördlicher Erlass oder ein auftretender Corona-Fall vor Ort, die Stilllegung der Baustelle zur Folge hätte muss erwähnt werden. Dies würde negative Auswirkungen auf die Fertigstellung des Ersatzneubaus haben und zu Einnahmeverlusten hinsichtlich der Pachtzahlungen führen. Jedoch hat die Betriebsleitung entsprechende Vorkehrungen getroffen, um dieses Risiko möglichst gering zu halten. Der Bauherr erfüllt alle behördlichen Auflagen sowie die vom Sicherheits- und Gesundheitskoordinator identifizierten Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter auf der Baustelle.

Die genannten Risiken sind für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen nicht als bestandsgefährdend einzustufen. Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Vorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Alteneinrichtungen sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

V. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vom Rat der Stadt im Jahr 2016 vorgenommene Weichenstellung für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung der ASO gGmbH und damit des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig wird es jedoch, eine Lösung für die sich abzeichnende negative Finanzentwicklung des ASO Eigenbetriebs zu entwickeln, indem die Belastung durch eine Anpassung des zzt. noch bestehenden Pachtvertrages für das Haus 2 des Louise-Schroeder-Heims reduziert wird bzw. Darlehen von der Stadt übernommen werden. In der Quartiersentwicklung an der Siepenstraße sieht die Betriebsleistung ein zukunftsweisendes Projekt, welches das Portfolio des ASO-Verbundes erweitert und wettbewerbsfähig macht. Für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 20 T€ geplant.

Oberhausen, 31. März 2021

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO)

Matthias Frerix
Betriebsleiter

Anlagen

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1937	STEAG GmbH	(V)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1967	STEAG Fernwärme GmbH	(V)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1972	Revierpark Vonderort GmbH (jetzt FMR)	(F)
1987	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	(V)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (jetzt OWT)	(WF)
1989	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	(V)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (jetzt OWT)	(F)
1997	TheatrO. CentrO. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (jetzt VZO)	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH (jetzt Oberhausener Netzgesellschaft mbH)	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR (jetzt d-NRW AöR)	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr		Gesellschaft	Sparte*
2016		PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	(S)
2021		SBO Servicebetriebe Oberhausen	(EB)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2020

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2500
	Gesamtquote W	83,2500
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0427
	Gesamtquote W	0,0427
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	4,5455
	Gesamtquote W	4,5455
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0787
	Gesamtquote W	0,0787
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,8404
	durchgerechnet	31,7586
	Gesamtquote W	85,5990
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0438
	Gesamtquote W	11,0438
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7800
	Gesamtquote W	0,7800

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4783
	Gesamtquote W	3,4783
Service KG	durchgerechnet	6,2500
	Gesamtquote W	6,2500
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294

	Grundlage	Kapitalanteil vH
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
Quantum GmbH	durchgerechnet	4,3674
	Gesamtquote W	4,3674
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,3841
	Gesamtquote W	1,3841
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Stadtparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
 Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
 Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht

Stand: 31.12.2020	Geschäftsführung/Vorstand					Aufsichtsrat/Verwaltungsrat			
Name der städt. Gesellschaft	MA insgesamt	insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %	insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
ASO gGmbH Altenheimen der Stadt Oberhausen	280	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ASO Service GmbH Altenheimen der Stadt Oberhausen	59	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ENO GmbH Entwicklungs GmbH ENO Neu-Oberhausen	1	1	1	0	0%	14	10	4	29%
EVO AG Energieversorgung Oberhausen	250	2	2	0	0%	15	12	3	20%
FMR mbH Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr	135	1	1	0	0%	20	13	7	35%
Gasometer GmbH	3	1	0	1	100%	siehe OWT GmbH			
GMVA GmbH Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	176	3	1	2	67%	20	20	0	0%
IKF gGmbH Internationale Kurzfilmtage	9	1	1	0	0%	22	14	8	36%
LAH GmbH Luise-Albertz-Halle	4	2	2	0	0%	7	5	2	29%
OGM GmbH Oberhausener Gebäudemanagement	593	2	2	0	0%	15	11	4	27%
OWT GmbH Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	35	1	1	0	0%	12	9	3	25%
PBO mbH Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen	1	1	1	0	0%	9	6	3	33%
SSK Stadtsparkasse Oberhausen	467	2	2	0	0%	14	12	2	14%
STOAG GmbH Stadtwerke Oberhausen	416	1	1	0	0%	15	13	2	13%
Theater Oberhausen	121	2	1	1	50%	21	14	7	33%
TZU GmbH Technologiezentrum Umweltschutz	3	1	1	0	0%	siehe OWT GmbH			
VZO GmbH Verwaltungszentren Oberhausen	0	2	2	0	0%	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.			
WBO GmbH Wirtschaftsbetriebe Oberhausen	389	2	2	0	0%	21	15	6	29%
Gesamt	2942	27	21	6	22%	239	176	63	26%

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2021)
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen und
in Gesellschafterversammlungen

	Bevollmächtigter/ der STOAG	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Geschäftsführung der Biostrom	Geschäftsführung der FSO	Geschäftsführung der STOAG	Jehn, Michael	Motschull, Frank	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Schranz, Daniel	Sprenger, Detlef	Tsalastras, Apostolos	Vorstand der evo AG	Willecke, Thomas
ASO gGmbH								X							
ASO Service								X							
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG				X											
Biostrom Oberhausen Management GmbH														X	
ecce GmbH												X			
ENO													X		
evo						X									
FMR										X					
FSO GmbH & Co.KG	X				X										
FSO Verwaltungs- GmbH	X														
Gasometer													X		
GMVA											X				
IKF													X		
KSBG														X	
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH														X	
LAH													X		
Lokalfunk													X		
Lokalfunk Verw. mbH													X		
OB-Netz														X	
OGM											X				
OVP									X						
OWT													X		
PBO									X						
Quantum														X	
RWE Aktiengesellschaft	X														
RWW			X												
STOAG		X													
TZU													X		
VKA											X				
VZO							X								
WBO											X				
Werkbundsiedlung e.G.															X

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Axt, Birgit								(X)								
Axt, Norbert														X		
Bandel, Frank							X									
Barwanietz, Thomas								X								
Baumann, Louisa	X															
Bennewa, Helmut	X							(X)								
Benter, Christian								(X)						X		
Berger, Frank						X										
Bischoff, Jörg									X				X		X	
Blanke, Andreas								(X)			X				X	
Blumenthal, Heiko					X											
Bohnes, Frank	X															
Bongers, Sonja	X		X								X					X
Boos, Thomas					X											
Brodrick, Helmut								(X)							X	
Broß, Klaus Dieter	X							X			X			(X)		X
Bruckhoff, Peter											X				X	
Bunse, Antoinette						X										
Cordes, Hubert												X				
Derksen, René												X				
Dilly, Mark												X				
Dittmeyer, Jürgen								(X)								
Domberger, Benedikt	X															
Driever, David														(X)		
Dubbert, Karin								X								
Flore, Manfred								X				X		X		
Gadde, Andreas								X				X				
Gäng, Thomas			X													
Geise, Hans-Christian						X										
Girrullis, Sebastian	X								X							
Gödderz, Sandra			X					X						(X)		
Grothe, Helga	X							(X)								
Hausmann-Peters, Gundula														X		
Heinzen, Tim			X					X					X			
Heitmann, Dagmar							(X)									
Hoff, Marc														X		
Höppner, Chris								X			X					
Ingendoh, Holger							(X)						X			
Jacobs, Silke			X	X				(X)						(X)		

	ASO gGmbH	CVJA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Jacobs, Silke			X	X				(X)						(X)		
Janetzki, Maximilian								X					X			
Jehn, Michael							(X)									X
Kamps, Jochen									X							
Karacelik, Yusuf												X			X	
Karschti, Albert									X							
Kattler, Thomas	X												X			
Kirchhof, Sandra								X								
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	X													X		
Kocks, Sandra								(X)								
Kompa, Hartwig								X								
Korbar, Ulrike	X															
Köster, Volker								X								
Krey, Thomas						X								X		
Küsters, Andrea													X			
Lampe, Siegfried	X															
Lange, Jörg	X							(X)								
Lauxen, Sabine		X														
Lenz, Eugen			X													
Lösken, Kathrin	X															
Matzat, André								(X)								
Motschull, Frank							X									
Müthing, Christa															X	
Nakot, Werner				X								X		X		
Oberste-Kleinbeck, Kirsten									X							
Ohletz, Horst		X														
Osmann, Denis														(X)	X	
Prohl, Manuel								(X)						(X)		
Prystaw, Birgit									X							
Pusch, Jörg									X							
Real, Ulrich															X	
Rubin, Dirk					X											X
Sahin, Bülent				X			X	X								
Salwik, Claudia											X					
Sander, Hanna Marlene					X	X										
Scherer, Axel						X		X					X			
Schmidt, Georgis								X								
Schmidt, Jürgen						X						X				
Schranz, Daniel			X	X						X			X	X		

	ASO gGmbH	CVJA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Schröder-Tebbe, Jörg	X															
Stehr, Simone Tatjana				X								X		(X)		
Telli, Ercan	X															
Tepperis, Maria						X										
Tsalastras, Apostolos															X	
Tüzün, Saadettin								(X)					X			
van Geister, Daniel					X	X										
Völker, Andreas								(X)								
Willecke, Thomas											X					
Willing-Spielmann, Ulrike	X							(X)	X							X
Wilts, Silke								X				X		(X)		
Wischermann, Hermann						X										
Wolter, Marita								X							X	

X Mitglied
 (X) stellvertretendes Mitglied
 Vertreter/in gemäß § 113 (2) GO

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	SBO EB	Theater Oberhausen
Axt, Birgit		(X)	(X)
Axt, Norbert		X	
Bandel, Bärbel			X
Bandel, Frank		(X)	
Barwanietz, Thomas			X
Baumann, Louisa	X		
Bennewa, Helmut	X		(X)
Benter, Christian		(X)	(X)
Bischoff, Jörg		(X)	
Blanke, Andreas	X		(X)
Bohnes, Kirsten	(X)		
Bongers, Sonja	X		
Both, Jutta	(X)		
Brodrick, Helmut			(X)
Broß, Klaus Dieter	X		X
Büschken, Dieter	X		
Cordes, Hubert		X	
Derißen, Jörn		(X)	
Dittmeyer, Jürgen			(X)
Domberger, Benedikt	X		
Dubbert, Karin	(X)		X
Flore, Manfred	(X)	X	X
Gadde, Andreas	(X)	X	X
Girrullis, Sebastian	X		
Gödderz, Sandra			X
Grothe, Helga	X		(X)
Hausmann-Peters, Gundula	(X)		
Heinzen, Tim			X
Heitmann, Dagmar	X		
Hoff, Amelie			X
Höppner, Chris	X		X
Horn, Denise	X		
Ingendoh, Holger		X	
Jacobs, Silke			(X)
Janetzki, Maximilian	(X)		X
Jankowski, René			X
Kamps, Jochen	X		
Kamps, Thorsten	(X)		
Karacelik, Yusuf		X	
Kempkes, Wolfgang		X	
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	X	(X)	
Kompa, Hartwig			X

	ASO Eigenbetrieb	SBO EB	Theater Oberhausen
Kortmann, Richard	(X)		
Köster, Volker			X
Lampe, Siegfried	(X)		
Lange, Jörg			(X)
Laß, Claudia			X
Lenz, Eugen	(X)		
Look, Dietmar		X	
Lösken, Kathrin	X		
Matzat, André			(X)
Müller, Karl-Heinz			(X)
Mumm, Birgit	X		
Mumm, Hartmut		(X)	
Nakot, Werner		(X)	
Noldus, Erich			X
Opitz, Stefanie	(X)	(X)	
Ottersbach, Dustin			(X)
Paspaliari, Ekaterini			(X)
Paß, Eugen	(X)		
Prohl, Manuel			(X)
Pusch, Jörg	(X)		
Racel, Britta			(X)
Rubin, Finn	X		
Sahin, Bülent	(X)		X
Salwik, Claudia	(X)		
Sauer, Florian			(X)
Scherer, Axel			X
Schmidt, Georgis			X
Schnettler, Jennifer	X		
Schröer, Jörg			(X)
Schröer-Tebbe, Jörg	X	(X)	
Stahl, Andreas	(X)		
Stehr, Simone Tatjana		X	
Stelzer, Johannes	(X)		
Telli, Ercan	X		
Tüzün, Saadettin	(X)		(X)
Tzscheppan, Wolfgang			(X)
Virgallita, Gianni	(X)		
Völker, Andreas		X	(X)
Willing-Spielmann, Ulrike	X		(X)
Wilts, Silke			X
Wolter, Marita	(X)		X

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vergütungsbericht 2020

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen		
<u>Geschäftsführung</u>		
Frerix, Matthias	Betriebsleiter (seit 08.07.2020)	0,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin (seit 01.09.2020)	51.485,48
ASO Service GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin (seit 01.09.2020)	2.486,74
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
<u>Vorstand</u>		
Dr. Horn, Detlef	Vorsitzender	113.319,70
Dr. Stappen, Martha		98.703,60
Pöll, Reiner		63.460,05
ecce - european centre for creative economy GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Prof. Gorny, Dieter	Geschäftsführer	83.464,56
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Schranz, Daniel	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	9.432,69
Dr. Schröder, Achim	1. stellv. Vorsitzender	8.942,31
Teigelkamp, Frank	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Bedenbecker, Nicolai	Mitglied	5.250,00
Bockelmann, Cosima	Mitglied	5.250,00
Jacobs, Silke	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	4.750,68
Nakot, Werner	Mitglied	5.250,00
Reichardt, Jürgen	Mitglied	2.134,62
Sahin, Bülent	Mitglied	513,59
Schwermer, Frank	Mitglied	2.711,54
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	5.250,00
Cleven, Frank	Mitglied (AN)	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Püttmann, Uwe	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
<u>Vorstand</u>		
Gieske, Hartmut	Mitglied	278.468,46
Homberg, Bernd	Mitglied	276.483,38

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Straus, Michael	Vorsitzender	1.800,00
Dr. Heidinger, Michael	stellv. Vorsitzender	1.650,00
Buchmann, Jürgen	Mitglied	1.800,00
Dr. Kalkühler, Kathrin	Mitglied	1.800,00
Dr. Schiele, Ralf	Mitglied	1.800,00
Eislöffel, Michaela	Mitglied	0,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	1.800,00
Homberg, Bernd	Mitglied	1.800,00
Klement, Monika	Mitglied	0,00
Kobelt, Volker	Mitglied	0,00
Korten, Anke	Mitglied	0,00
Manderfeld, Markus	Mitglied	1.500,00
Wansing, Heinz	Mitglied	1.800,00
<u>Geschäftsführung</u>		
Döking, Thomas Josef	Geschäftsführer	0,00
Engel, Michael	Geschäftsführer	0,00
Grimberg, Thomas	Sprecher	0,00
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Geiß-Netthöfel, Karola	Vorsitzende	0,00
Schlüter, Markus	Mitglied	560,00
Ossowski, Silke	stellv. Vorsitzende	560,00
Lawitzke, Paul	Mitglied gem. § 113 GO	420,00
Pflug, Ellen	Mitglied gem. § 113 GO	420,00
Boos, Thomas	Mitglied	420,00
Brambora-Schulz, Susanne	Mitglied	420,00
Devers, Josef	Mitglied	560,00
Dr. Haertel, Klaus	Mitglied	140,00
Dr. Rath, Uwe	Mitglied	560,00
Frank, Rainhard	Mitglied	560,00
Fuchs, Florian	Mitglied	560,00
Jentsch, Burkart	Mitglied	560,00
Nees, Martin	Mitglied	140,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	280,00
Pfingsten, Jutta	Mitglied	560,00
Richter, Tim	Mitglied	140,00
Rörig, Barbara	Mitglied	560,00
Sagurna, Bruno	Mitglied	420,00
Schmück-Glock, Martina	Mitglied	560,00
Wöll, Werner	Mitglied	420,00
Wüllscheid, Burkhard	Mitglied	560,00
<u>Geschäftsführung</u>		
Hecht, Jürgen	Geschäftsführer	170.999,76

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
FSO Verwaltungs-GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Gieske, Hartmut	Geschäftsführer	0,00
Homborg, Bernd	Geschäftsführer	0,00
Gasometer Oberhausen GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	127.857,60
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Enzweiler, Rainer	Vorsitzender (bis 18.09.2020)	5.300,00
Susen, Thomas	Vorsitzender (ab 04.12.2020)	3.800,00
Bandel, Frank	stellv. Vorsitzender (ab 04.12.2020)	3.400,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.500,00
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	stellv. Vorsitzender (bis 18.09.2020)	3.400,00
von Häfen, Werner	stellv. Vorsitzender	5.300,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	3.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	2.000,00
Dr. Ritter, Sebastian	Mitglied	800,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	3.000,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	3.000,00
Juchem, Timo	Mitglied	3.000,00
Kaiser, Manfred	Mitglied	800,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	2.500,00
Mauthe, Jürgen	Mitglied	0,00
Patermann, Thomas	Mitglied	0,00
Röder, Angelika	Mitglied	2.300,00
Sahin, Bülent	Mitglied	800,00
Schmidt, Markus	Mitglied	3.500,00
Slykers, Manfred	Mitglied	2.300,00
Stallmann, Ulrich	Mitglied	800,00
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	1.800,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	3.000,00
Wolters, Thomas	Mitglied	800,00
Küster, Helmut	Mitglied (AN)	3.000,00
Linden, Stefan	Mitglied (AN)	3.000,00
<u>Geschäftsführung</u>		
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Mitglied	209.600,00
Nachtsheim, Frank	Mitglied	205.400,00
Schröder, Michaela	Mitglied	168.300,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	108.097,64
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	104,32
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	104,32
Blanke, Andreas	Mitglied	26,08
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Hoff, Marc	Mitglied	52,16
Höppner, Chris	Mitglied	26,08
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	78,24
Radtke, Dorothee	Mitglied	78,24
Salwik, Claudia	Mitglied	26,08
<u>Geschäftsführung</u>		
Lerch, Klaus	Mitglied	5.400,00
Sprenger, Detlef	Mitglied	5.646,30
Oberhausener Netzgesellschaft mbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Schneider, Jörn	Geschäftsführer	222.122,96
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Flore, Manfred	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	3.840,00
Heweling, Detlef	stellv. Vorsitzender (AN)	3.840,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Derksen, René	Mitglied	2.560,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	2.560,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.560,00
Nakot, Werner	Mitglied	2.560,00
Röpell, Armin	Mitglied	2.560,00
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	2.560,00
Bitter, Iris	Mitglied (AN)	2.560,00
Hauffe, Dagmar	Mitglied (AN)	2.560,00
Mazura, Hubert	Mitglied (AN)	2.560,00
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Derksen, René	Mitglied	2.560,00
<u>Geschäftsführung</u>		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	115.612,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	220.452,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Herzog, Stefan	Geschäftsführer	4.000,00
Stadtsparkasse Oberhausen		
<u>Verwaltungsrat</u>		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender (bis 30.11.2020)	10.184,00
Schranz, Daniel	Vorsitzender (ab 01.12.2020)	13.530,40
Benter, Christian	2. stellv. Vorsitzender (ab 01.12.2020)	7.648,00
Runkler, Hans-Otto	2. stellv. Vorsitzender (bis 30.11.2020)	6.544,00
Axt, Norbert	Mitglied	1.554,00
Flore, Manfred	Mitglied	7.798,00
Hausmann-Peters, Gundula	Mitglied	1.036,00
Hoff, Marc	Mitglied	1.036,00
Karschti, Albert	Mitglied	3.272,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	3.640,00
Krey, Thomas	Mitglied	1.036,00
Nakot, Werner	Mitglied	1.036,00
Tscharke, Hans Josef	Mitglied	2.904,00
Wittmann, Regina	Mitglied	3.272,00
Wolter, Horst	Mitglied	3.272,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	4.376,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	4.008,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	8.937,92
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	7.280,00
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.640,00
Bletgen, David	stellv. Mitglied	0,00
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	0,00
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	0,00
Driever, David	stellv. Mitglied	0,00
Dr. Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	426,88
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	0,00
Goeke, Martin	stellv. Mitglied	368,00
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	0,00
Opitz, Stefanie	stellv. Mitglied	0,00
Osmann, Denis	stellv. Mitglied	0,00
Prohl, Manuel	stellv. Mitglied	0,00
Radtke, Dorothee	stellv. Mitglied	0,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Mitglied	0,00
Walther, Andrea-Cora	stellv. Mitglied	0,00
Wilts, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	368,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Midzic, Belinda	stellv. Mitglied (AN)	0,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Schäfer, Marc	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Schwarz, Alexa	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Sommerfeld, Kerstin	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Wrede, Nina	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Bongers, Sonja	1. stellv. Vorsitzende (ab 01.12.2020)	1.802,64
<u>Vorstand</u>		
Mebus, Oliver	Vorsitzender	342.662,07
Gäng, Thomas	Mitglied	303.079,37

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Runkler, Hans-Otto	Vorsitzender	4.612,13
Osmann, Denis	1. stellv. Vorsitzender	4.152,62
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	3.830,42
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Axt, Birgit	Mitglied	2.625,00
Bischoff, Jörg	Mitglied	218,75
Blanke, Andreas	Mitglied	218,75
Brodrick, Helmut	Mitglied	218,75
Bruckhoff, Peter	Mitglied	218,75
Karacelik, Yusuf	Mitglied	218,75
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Nowak, Werner	Mitglied	2.625,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Pascheberg, René	Mitglied	2.289,58
Real, Ulrich	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Koca, Vedat	Mitglied (AN)	218,75
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Pecheol, Sebastian	Mitglied (AN)	218,75
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	231.000,00

Theater Oberhausen

Geschäftsführung

Fiedler, Florian	Betriebsleiter	141.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	131.000,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	137.000,00
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH		
<u>Geschäftsführung</u>		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	5.000,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
<u>Aufsichtsrat</u>		
Hanning, Guido	Vorsitzende	4.160,01
Bongers, Sonja	stellv. Vorsitzender	4.906,70
Herrmann, Regina	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Jehn, Michael	Mitglied gem. § 113 GO	426,66
Lauxen, Sabine	Mitglied gem. § 113 GO	2.133,33
Blanke, Andreas	Mitglied	2.133,33
Bletgen, David	Mitglied	426,66
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	426,66
Dresen, Marga	Mitglied	426,66
Dr. Schröer, Jörg	Mitglied	426,66
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	2.133,30
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.560,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	2.346,67
Juchem, Timo	Mitglied	2.560,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	2.133,33
Rubin, Dirk	Mitglied	2.560,00
Rudolph, Karl-Ulrich	Mitglied	2.560,00
Schuler, Immanuel	Mitglied	2.133,33
Steinberg, Wolfgang	Mitglied	
Tschentscher, Stefan	Mitglied	2.560,00
Willing-Spielmann, Ulrike	Mitglied	2.560,00
Althoff, Claudia	Mitglied (AN)	2.560,00
Bohnes, Ralf	Mitglied (AN)	2.560,00
Croonenbroeck, Andreas	Mitglied (AN)	2.560,00
Froese, Anke	Mitglied (AN)	2.560,00
Horatz, Stefan	Mitglied (AN)	2.560,00
Langenbusch, Jürgen	Mitglied (AN)	2.560,00
<u>Geschäftsführung</u>		
Woidtke, Karsten Bernard	Geschäftsführer	156.018,67
Kußel, Andreas	Mitglied	139.133,55

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Rechtsstand: 20.11.2019)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle

des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Kommunales zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. § 95 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Gesamtabschluss besteht aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,
2. der Gesamtbilanz,
3. dem Gesamtanhang,
4. der Kapitalflussrechnung und
5. dem Eigenkapitalspiegel.

Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Gesamtlagebericht aufzustellen.

(3) Zum Zwecke der Aufstellung des Gesamtabchlusses sind die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form mit dem Jahresabschluss der Gemeinde zu konsolidieren, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nicht anderes bestimmt ist. Für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

(4) Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung bedingt oder im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den gemeindlichen Jahresabschluss entsprechend anzuwenden.

(5) Hat sich die Zusammensetzung der in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche gemäß Absatz 3 im Laufe des Haushaltsjahres wesentlich geändert, so sind in den Gesamtabchluss Angaben aufzunehmen, die es ermöglichen, die aufeinanderfolgenden Gesamtabchlüsse sinnvoll zu vergleichen.

(6) Die in den Gesamtabchluss einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach Absatz 3 haben der Gemeinde ihre Jahresabschlüsse, Lageberichte, und wenn eine Abschlussprüfung stattgefunden hat, die Prüfungsberichte sowie, wenn ein Zwischenabschluss aufzustellen ist, einen auf den Stichtag des Gesamtabchlusses aufgestellten Abschluss unverzüglich einzureichen. Die Gemeinde kann von jedem verselbständigten Aufgabenbereich nach Absatz 3 alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die Aufstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes erfordert.

(7) Am Schluss des Gesamtanhangs sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes,
4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(8) Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht sind innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen, § 95 Absatz 5 findet für deren Aufstellung entsprechende Anwendung.

(9) Für die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichtes gilt § 59 Absatz 3 entsprechend. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss, § 96 Absatz 1 Sätze 1, 4 und 7 und Absatz 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 116a GO NRW - Größenabhängige Befreiungen

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1 500 000 000 €,
2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus,
3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist gegenüber dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 zu erstellen.

§ 116b GO NRW - Verzicht auf die Einbeziehung

In den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung des Satzes 1 ist im Gesamtanhang anzugeben und zu begründen. Aufgabenträger mit dem Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Trägerschaft an Sparkassen sind nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) In den Fällen, in denen eine Gemeinde von der Aufstellung eines Gesamtabchlusses unter den Voraussetzungen des § 116a befreit ist, ist in dem Jahr ein Beteiligungsbericht zu erstellen. Für die Erstellung des Beteiligungsberichtes gilt § 116 Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

(2) Der Beteiligungsbericht hat folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, sofern in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist. Die Berichtspflicht nach Satz 1 kann auf Gesetz, auf Satzung oder auf dem Aufsichtsrat in Textform mitgeteiltem Rechtsgeschäft beruhen.

§ 395 AktG

- (1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.
- (2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beauftragungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization. = „Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
GFKO	Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SBO	Servicebetriebe Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark

T€	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	378
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	292
ASO Service GmbH	300
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	286
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	312
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	310
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	118
Biostrom Oberhausen Management GmbH	124
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	326
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	318
ecce - european centre for creative economy GmbH	238
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	162
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	214
evo Energieversorgung Oberhausen AG	92
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	152
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	264
FSO GmbH & Co.KG	164
FSO Verwaltungs-GmbH	178
Gasometer Oberhausen GmbH	280
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	160
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	158
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	186
GMVA GmbH & Co. KG	196
GMVA Verwaltungs-GmbH	202
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	254
Jobcenter Oberhausen	306
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	144
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	140
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	246
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	108
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	30
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	88
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	220
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	82
Quantum GmbH	128
RWE Aktiengesellschaft	182
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	56
Stadtsparkasse Oberhausen	340
STEAG GmbH	148
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	42
Theater Oberhausen	370
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	232
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	68
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	208
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	74